

# Konversionen Denkmal – Werte – Wandel

Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger  
in der Bundesrepublik Deutschland  
Hamburg 2012



ARBEITSHEFTE ZUR  
DENKMALPFLEGE  
IN HAMBURG NR. **28**

**Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg**  
**Nr. 28**

Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg Nr. 28

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde, Denkmalschutzamt

Redaktion:

Rita Clasen, Christoph Schwarzkopf

Die Tagung wurde gefördert durch:



Titelbild:

Ehemaliger Mühlenbetrieb (Baudenkmal) und zum Bürohaus umgebautes Silo  
am Harburger Binnenhafen

Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Nicolai Wieckmann

# **Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel**

**80. Tag für Denkmalpflege**

**Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger  
in der Bundesrepublik Deutschland**

**Hamburg, 10. bis 13. Juni 2012**



## Inhalt

### 80. Tag für Denkmalpflege in Hamburg Die Stadt im Wandel – Das Denkmal als Konstante?

#### Einleitung

FRANK PIETER HESSE ..... 8

#### Begrüßung

PROF. BARBARA KISSELER ..... 9  
DR. NIKOLAS HILL ..... 11  
HJALMAR STEMMANN ..... 13  
PROF. DR. GERD WEIß ..... 15

#### Vorträge

FRANK PIETER HESSE  
Die Stadt im Wandel – das Denkmal als Konstante? ..... 17

IRINA VON JAGOW  
Fortnutzung, Umnutzung, neue Nutzung – wie die Stiftung  
Denkmalpflege Hamburg Denkmaleigentümer unterstützt .... 23

CHRISTOPH SCHWARZKOPF  
Stadt, Wiederaufbau, Denkmalpflege in Hamburg im  
20. Jahrhundert ..... 25

### Fachtagung Konversionen – Denkmal – Wandel

#### Begrüßung

HANS HEINRICH BETHGE ..... 36  
PROF. DR. GERD WEIß ..... 38  
FRANK PIETER HESSE  
Einführung in das Tagesthema ..... 40

#### Vorträge im Plenum

HANS-RUDOLF MEIER  
Konversion als denkmalpflegerische Strategie? ..... 45

ULRIKE PLATE  
Was macht das Denkmal zum Denkmal – Denkmalbegründungen  
als Grundlage für eine erfolgreiche Konversion ..... 52

PHILIPPE HERTEL  
Umnutzungen in Frankreich gestern und heute ..... 56

BARBARA NEUBAUER  
Denkmalpflege im Umbruch – die Herausforderungen des  
21. Jahrhunderts ..... 57

#### Vorträge in den Sektionen

##### Sektion I: Industrie – Verkehr – Handel

CHRISTINA CZYMAJ  
Zentralflughafen Berlin-Tempelhof ..... 62

KERSTIN WALTER  
Vom Thyssen-Hüttenwerk zum Landschaftspark Duisburg-  
Nord – die von Latz + Partner gestaltete Industriefolgeland-  
schaft aus Sicht der Gartendenkmalpflege ..... 70

CHRISTOPH URICHER  
Textilfabriken in „Klein-Amerika“ einst und jetzt. Zur Konver-  
sion von Industriebrachen in Nordhorn (Niedersachsen) ..... 80

GEORG SKALECKI  
Kaffee war gestern: Konversion von Hafен- und Industriebau-  
ten in Bremen und Bremerhaven ..... 86

GABRIELE BOHNSACK-HÄFNER, CHRISTINE ONNEN  
Welthafen Hamburg – drei Strategien ..... 91

##### Sektion II: „Nach dem Zapfenstreich“ – die Konversion von Militäranlagen

ULRICH KERKHOFF  
Operation gelungen – Patient tot. Konversionen und/oder  
Denkmalpflege ..... 97

GEORG FRANK  
Die Heeresversuchsstelle Kammersdorf – ein wenig bekannter  
Ort der europäischen Militärgeschichte ..... 103

MATTHIAS BAXMANN  
Lausitzflugplatz Finsterwalde/Schacksdorf – eine gelungene  
Konversion? ..... 109

CHRISTIAN HOEBEL  
Das Luftwaffenbekleidungsamt in Bielefeld. Konversion in drei  
Schritten ..... 115

ALEXANDER KRAUß  
Umnutzung von Militärbauten in Hamburg – vom General-  
kommando des X. Armeekorps zum Sophienpalais ..... 116

##### Sektion III: Handlungszwänge und Handlungsmöglichkeiten im Spannungsfeld von Denkmalschutz und Klimaschutz

ROSWITHA KAISER  
Impulse aus der Denkmalpflege für nachhaltigen Klimaschutz 120

HANS-GÜNTHER BURKHARDT  
Von der norddeutschen Backsteinkultur zur gedämmten  
Scheinkultur oder Wie die norddeutschen Wohnreform-  
siedlungen der Weimarer Republik zum dritten Mal zerstört  
werden ..... 124

MICHAEL RINK  
Handlungsempfehlung zur Erhaltung der Backsteinstadt  
Hamburg ..... 130

WERNER KAUL  
Anmerkungen zur hygrothermischen Beurteilung denkmal-  
geschützter Mauerwerksfassaden ..... 137

CHRISTOPH SCHWAN, WOLFRAM SPEHR  
Wandflächentemperierung – die konstruktiv-energetische  
Low-Tech-Lösung zur Vermeidung von Außendämmung an  
Baudenkmalern ..... 143

##### Sektion IV: Historische Grünanlagen und Freiräume

ERIKA SCHMIDT  
Anpassung, Metamorphose, Verschwinden? – Bedeutungs-  
wandel, -zuwachs oder -verlust infolge von Umwidmung bei  
Gartendenkmälern ..... 146

VOLKER GEHRING Vom Friedhof zur öffentlichen Parkanlage – zwei Beispiele aus Osnabrück . . . . .	150	BIAGIA BONGIORNO Bevölkerungswandel und Wertewandel – städtischer Pluralität Rechnung tragen . . . . .	227
HEINO GRUNERT Schicht für Schicht – die Geschichte der Hamburger Wall- anlagen am Beispiel von Pflanzen und Blumen . . . . .	154	GABI DOLFF-BONEKÄMPER Die Denkmale der Anderen. Eigenes und fremdes Erbe in Europa . . . . .	232
JENS BECK Stück für Stück – die Entwicklung des Niendorfer Geheges . . .	161	ANNA MENNY Migration und Geschichtsarbeit im Stadtteil: Erinnerungsorte spanischer Migranten in Hamburg-Eimsbüttel . . . . .	233
SYLVIA BUTENSCHÖN „Die schönste Kaserne der Welt“ – über 50 Jahre militärische Nutzung des früheren Olympischen Dorfs Berlin-Elstal . . . . .	166	JÖRG BIESLER Und wir erhalten es doch – bürgerschaftliche und künstlerische Interventionen zum Schutz von Denkmalen . . . . .	238
KLAUS LINGENAUER Umgang mit historischen Krankenhausanlagen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts in Berlin – Nutzungskontinuität oder Umnutzung, welche Strategie bietet bessere gartendenk- malpflegerische Perspektiven? . . . . .	172	KRISTINA SASSENSCHEIDT Werte darstellen – Denkmalpflege und Öffentlichkeitsarbeit . .	243
<b>Sektion V: Nachkriegsmoderne – Freiräume – Verdichtung</b>		CHRISTIAN ARNS Das Denkmal als Produkt – konstruktive Anregungen zur Kommunikation . . . . .	248
SIMONE MEYDER Verdichtete Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre . . . . .	173	<b>Vorträge im Plenum</b>	
BETTINA HEINE-HIPPLER Borken – Verdichtung im Stadtraum der 1950er Jahre. . . . .	178	DOROTHEE BOESLER Wertewandel und Denkmalpflege . . . . .	252
ALEXANDER KRAUß Aufstieg und Fall der Stadtpromenade in Cottbus . . . . .	179	HENRIETTE VON PREUSCHEN Umnutzung von Kirchen in der DDR . . . . .	255
CLEMENS KIESER Nachkriegsmoderne in der alten Stadt – Verdichtung oder Vernichtung? Zum Beispiel: Verwaltungsbau . . . . .	183	CHRISTOPH SCHWARZKOPF „Hier ist des Volkes wahrer Himmel“ – das ehemalige Gauforum Weimar . . . . .	262
MATTHIAS LERM Freianlagengestaltungen in der früheren DDR im Spannungs- verhältnis zu aktuellen städtebaulichen Leitvorstellungen . . . . .	189	THOMAS DRACHENBERG Konversion statt Konservieren? Der Versuch einer Klärung, ob die aktuelle Denkmalpflege ein schlechtes Gewissen haben muss . . . . .	268
<b>Sektion VI: Das Denkmal als Ressource für Vielfalt und Identität – Wert-Verschiebungen zu einer neuen Kultur des Bewahrens?</b>		Aktionen vor Ort . . . . .	275
TINA FRITSCHKE Das Centro Sociale im ehemaligen Hunde- und Pferdeaus- spann stall . . . . .	194	Programm . . . . .	277
SABINE SCHULTE Zukunftsfähig durch Vielfalt – Leistungsvermögen und Sinn- potenziale von Denkmalen – Einführung . . . . .	196	Teilnehmer . . . . .	281
JÖRG SCHULZE Sein oder Schein – Denkmalpflege als Inszenierung . . . . .	203		
ARNOLD BARTETZKY Im Land der Dichter und Dämmer: Ökologie als Denkmalkiller? . . . . .	208		
WINFRIED SPEITKAMP Werte verwalten: Geschichtspolitik, Denkmalpflege und Identitätspflege nach 1989. . . . .	214		
ARNE DREIßIGACKER Denkmalpflege – eine soziologische Annäherung . . . . .	219		
CHRISTOPH TWICKEL Werte und Wandel: Was Gentrifizierung, Denkmalschutz und die „Recht auf Stadt“-Bewegung miteinander zu tun haben . . .	223		

---

## 80. Tag für Denkmalpflege

Sonntag, 10. Juni 2012

In der Handwerkskammer Hamburg





---

## Einleitung

### Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel

Konversion meint die Umnutzung, Umwandlung von ehemals militärisch und zivil genutzten Flächen für zivile beziehungsweise neue Zwecke. Auslöser für Konversion ist zumeist ein Strukturwandel, der politische, wirtschaftliche oder soziale Ursachen haben kann. In die Betrachtung soll das gesamte Spektrum der Umnutzungen von Bauten und Flächen als Folge der Veränderung von Stadtstruktur einbezogen werden.

Zentrales Thema im Zusammenhang mit der Umnutzung von Bau- und Gartendenkmälern ist die Frage nach dem Fortbestand der Denkmalbedeutungen und -werte, derentwegen sie einst als Denkmale bestimmt worden sind. Nicht wenige Objekte unserer Denkmallandschaft haben überhaupt nur einen Fortbestand, wenn an die Stelle einer aufgegebenen, weil obsolet gewordenen Nutzung eine neue tritt: Die Kaserne wird zum Gewerbe- oder Wohnprojekt, Schulen, Krankenhäuser verwandeln sich in Eigentumswohnungen, Kirchen in Kindergärten, Bibliotheken oder Restaurants. Im glücklichsten Falle bedarf es keiner größeren Adaptionen, zumeist aber doch Umbauten und Umgestaltungen, um das Denkmal seiner neuen Funktion technisch und gestalterisch anzupassen. Derartige Anverwandlungen sind nicht selten von größerem Ausmaß bis hin zum „Fassadismus“, das heißt der Erhaltung der zumeist repräsentativen (bedeutungsvollen) Fassade bei vollständiger Aufgabe des (bedeutungslosen?) Inneren.

Oft fällt es schwer, dem umgestalteten Denkmal die ursprünglichen Bedeutungen auf allen Ebenen noch abzugewinnen und seinen ursprünglichen Denkmalwert noch zuzuschreiben.

Es liegt auf der Hand, dass dabei – je nach Eingriffstiefe – der Gehalt an ursprünglichen Denkmalbedeutungen einem Wandel unterworfen ist: Mit veränderter, ja verlorener Substanz geht auch ein Verlust an Denkmalaussage einher. Ob die neue Funktion dem Denkmal dabei – durch anspruchsvolle, dem Denkmal angemessene Gestaltung – einen nachhaltigen und „denkmalfähigen“ Stempel aufzudrücken vermag, der später als Zuwachs an Bedeutung und Denkmalwert zu bestimmen ist, ist der Fragen würdig:

Wie weit darf das „Weiterbauen am Denkmal“ gehen? Welche Umgestaltungstoleranz bieten die verschiedenen Denkmäler in welchen Abhängigkeiten? Vernichten wir unsere Denkmale, indem wir sie mit fragwürdigen Kompromissen erhalten? Was sind die Kriterien für den „denkmalerhaltenden Verlust“ von Denkmalsubstanz? Welchen „Wertkonkurrenzen“ (Politik, Ökonomie, Klima, andere öffentliche Belange, Ästhetik) unterliegen die Denkmäler bei der Umnutzung und wie wirken sie sich aus? Welche Rolle spielen Bauherrenwille, Impetus der Architekten oder technische Zwänge? Welche Alternativen kann das Denkmal bieten? Welchen Erkenntnisgewinn haben künftige Generationen aus der Anschauung solch anverwandelter Denkmäler? Ist der materielle und ideelle Wertzuwachs, den eine Umnutzung eines ansonsten nicht mehr gebrauchten Denkmals zweifellos darstellt, auch ein Zuwachs an Denkmalwert? Wie reagiert die Denkmalpflege auf soziale

Phänomene wie den demografischen Wandel, was bedeutet er für die Denkmallandschaft, was für die Vermittlung von Denkmalen und ihren Werten? Braucht es neue Kommunikationsformate?

Die Jahrestagung soll hierzu grundsätzliche wie beispielhafte Beiträge liefern und die Diskussion über die Denkmalwerte und – diese reflektierend – über den Umgang mit den Denkmälern und ihren Nutzern vertiefen sowie die meist ämterübliche Trennung der Fachbereiche Inventarisierung und praktische Denkmalpflege hinterfragen. Um die Diskussion in Gang zu setzen, bieten wir eine etwas andere Tagungsstruktur als üblich an: wir wollen nach einem gemeinsamen Auftakt in die Stadt gehen, an Ort und Stelle verschiedene Beispiele vorstellen und debattieren. Die zwecks Ermöglichung einer intensiven Auseinandersetzung zahlreicher aber kleineren Exkursionsgruppen werden sodann in den Sektionen zusammengefasst, in denen viele Beiträge aus den anderen Landesämtern willkommen sind.

*Frank Pieter Hesse*

Denkmalpfleger der Freien und Hansestadt Hamburg

---

## Begrüßung

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Weiß, lieber Herr Hesse, sehr geehrte Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger, liebe Gäste aus dem In- und Ausland,

während ganz Europa gerade vor allem an Fußball denkt, sind Sie hier nach Hamburg gekommen, um sich miteinander über Fragen der Denkmaltheorie und der Denkmalpflege auszutauschen.

Unsere Stadt ist dieses Jahr quasi der bundesweite Austragungsort für den aktuellen Denkmal-Diskurs, und darüber freue ich mich sehr und heiße Sie herzlich willkommen in Hamburg! Im Unterschied zum Fußball geht es bei Ihrer Jahrestagung jedoch nicht um ein Gegeneinander, sondern darum, sich inhaltlich „die Bälle zuzuspielen“ und den bundesweiten fachlichen Zusammenhalt zu stärken. Gerade in Zeiten schrumpfender Kulturetats und Personalbestände halte ich einen solchen länderübergreifenden Austausch für absolut wichtig und unersetzlich!

Meine Damen und Herren, das Thema der Jahrestagung klingt vielversprechend: „Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel“.

Es ging also nicht nur um materielle Werte, sprich um die für die deutsche und europäische Denkmalpflege so alles entscheidende historische Substanz, sondern auch um ideelle Werte, die für das Verhältnis der Gesellschaft zu ihrer Baukultur vielleicht ebenso wichtig sind. Das wird hier in Hamburg ganz besonders spürbar, in einer Stadt, die in ihrer Tradition als Kaufmannsstadt stark von Handel und Hafen geprägt ist. Hier genügt es nicht, „L'art pour l'art“, also „Die Kunst um der Kunst willen“ stehen zu lassen – in dieser Stadt – und das ist in Ihren Arbeitszusammenhängen sicher auch kaum anders – muss man immer auch handfeste wirtschaftliche Argumente anführen, etwa dass ein attraktiver Standort für Unternehmen auch eine lebenswerte gebaute Umwelt mit historischer Bausubstanz bieten muss, oder dass Touristen sich vor allem durch eine gewachsene, vielseitige Baukultur anziehen lassen.

Dabei sollte eigentlich allen klar sein, was Walter Gropius schon 1956 formulierte:

„Die Krankheit unserer heutigen Städte und Siedlungen ist das traurige Resultat unseres Versagens, menschliche Grundbedürfnisse über wirtschaftliche und industrielle Forderungen zu stellen.“

Umso mehr freuen wir uns, wenn wir demnächst in Hamburg das „Ipsa-Lege“-Prinzip einführen können, das unser Denkmalschutzgesetz endlich auf die Höhe der Zeit und auf den Standard der meisten anderen Bundesländer bringt.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder erfolglose Anläufe, das Gesetz zu reformieren, so zuletzt 2006, als das Verzeichnis erkannter Denkmäler eingeführt wurde, das zu einer ziemlichen Ungleichbehandlung der Eigentümer von geschützten und nur erkannten Denkmälern geführt und trotz der unermüdlichen Aufklärungsarbeit unseres Denkmalschutzamtes eher zu allgemeiner Verwirrung beigetragen hat.

Das neue Gesetz gibt auch die Grundlage dafür ab, dass unsere vor drei Jahren im Denkmalschutzamt eingerichteten befristeten

Stellen zum überwiegenden Teil verstetigt werden können. Ich glaube, das ist ein schöner und nachahmenswerter Erfolg für die Denkmalpflege in Hamburg.

Aktuell sind wir mit dem Gesetzgebungsverfahren so weit wie nie zuvor, müssen jedoch immer noch einige Überzeugungsarbeit innerhalb und außerhalb des Senats leisten. Dabei sind die Gegenargumente durchweg von den verschiedenen politischen Zielen der anderen Ressorts bestimmt und daher inhaltlich durchaus nachvollziehbar:

- Der Senat hat sich einem anspruchsvollen Wohnungsbauprogramm verschrieben und ein „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ mit den Wohnungsunternehmen geschlossen, um zu jährlich 6.000 neuen Wohnungen zu kommen. Dass das in unserem flächenmäßig sehr begrenzten Stadtstaat auch überwiegend im Bestand realisiert werden muss – durch Verdichtung, durch Aufstockung – zeigt schon, dass wir mit denkmalpflegerischen Belangen in Konflikte geraten können.
- Die Wirtschaftsbehörde möchte möglichst flexibel und gewerbeorientiert mit den teilweise historisch geprägten Hafenumgebungen umgehen können. Und unser Finanzsenator möchte staatliche Immobilien möglichst ohne Denkmalschutz verkaufen, um möglichst hohe Einkommen für den Fiskus zu erzielen.

Auch hier wird sich das nachrichtliche Denkmalschutzsystem als hilfreich erweisen: Zunächst einmal geschützt, lässt sich ein Denkmal besser verteidigen. Wo es zu Konflikten im Einzelfall kommen wird, wird die Abwägung der unterschiedlichen Interessen sicher auch mal auf politischer Ebene vorgenommen werden müssen. Ich halte das für selbstverständlich und für unsere Aufgabe.

Die Befürchtungen, dass ein neues Denkmalschutzgesetz hinderlich sein könnte, die speziellen Belange der Wohnungswirtschaft, des Handels und Gewerbes oder der staatlichen Vorsorge behindert, müssen wir mit guten Argumenten zerstreuen. Wir spüren dabei, dass viele Widerstände vor allem mit alten Vorurteilen gegenüber Denkmalschutz und unzureichenden Informationslagen zu tun haben. Wir können einfach nicht davon ausgehen, dass jeder sich so intensiv mit dem Thema beschäftigt hat wie wir – da sind auch Politiker letztlich wie wir alle nämlich keine Experten für jedes Thema –, und mancher lässt sich auch von den Medien beeinflussen.

In der immer stärker werdenden Konkurrenz um Aufmerksamkeit wird es zunehmend wichtiger, professionelle Pressearbeit als Instrument zu nutzen, um denkmalpflegerische Belange zu vermitteln, bürgerschaftliches Engagement anzuregen und für eine breite gesellschaftliche Unterstützung zu werben. Es ist jetzt schon spürbar, dass eine kontinuierliche, langfristig aufgebaute Öffentlichkeitsarbeit ganz wesentlich dazu beiträgt – über die fraglos wertvollen wissenschaftlichen Fachpublikationen hinaus – uns die öffentliche Unterstützung in der Gesellschaft zu bringen, die wir benötigen.

---

Ich freue mich daher sehr darüber, dass Sie als Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Ihren im letzten Jahr verabschiedeten Leitsätzen den Vermittlungsauftrag in Form von systematischer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wie auch schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit aufgenommen haben.

Überhaupt ist es ein Gewinn für die deutsche Denkmalpflege, die in 16 Länder und 17 Landesämter aufgespalten ist, dass es nun einen gemeinsamen Kodex der Denkmalpflege gibt. Ich denke, dass das auch eine große Hilfe sein wird beim Austausch mit den europäischen Kollegen und Partnern, die wie zum Beispiel in der Schweiz oder in Großbritannien so etwas schon länger besitzen.

Bei Ihrer diesjährigen Tagung haben Sie sich mit vielen Fragen rund um die alltägliche, praktische Arbeit mit Denkmälern beschäftigt, aber auch und gerade mit der Frage nach den Werten, die den Denkmälern innewohnen oder die Sie ihnen zuschreiben, und ihrem Wandel, den Denkmäler bei Transformationen durchmachen. Diese Fragen spielen nicht nur in Hamburg, sondern auch bundesweit eine Rolle, ob in der Stadt oder auf dem Land:

- Wie gehen wir mit dem baulichen Erbe der Nachkriegszeit um?
- Auf welche Weise kann man Denkmäler möglichst behutsam einer neuen Nutzung zuführen?
- Was bleibt an Wert und Bedeutung? Wie vermittelt sich das?
- Und natürlich die ganz große Frage der Zukunft:

Wie kann man Denkmäler sinnvoll energetisch qualifizieren? Dabei muss man immer wieder betonen: Klimaschutz und Denkmalschutz schließen einander nicht aus! Auch wenn die Baustoffindustrie eine intensive Lobbyarbeit betreibt, sind wir uns alle einig, dass Wärmedämmverbundsysteme für Denkmäler keine Lösung sind, und dass es viele andere, verträglichere Maßnahmen für Denkmäler gibt.

Die deutschen Kultusminister haben ja bereits 2010 gefordert, dass der Klimaschutz das kulturelle Erbe achten und bewahren muss.

Unser Beitrag als Kulturbehörde am Klimaschutzprogramm besteht in der Untersuchung denkmalverträglicher Maßnahmen für die energetische Qualifizierung vor allem der legendären backsteinernen Siedlungsbauten der Weimarer Zeit.

Und wir haben daher das EU-Projekt „Cool Bricks“ initiiert, in dem wir uns mit 18 Partnern aus dem gesamten Ostseeraum zu dem Thema „denkmalgerechte Sanierung von Backsteinbauten“ austauschen.

Ziel des Projektes ist es, gemeinsam von den unterschiedlichen Erfahrungen der Partner zu profitieren und konkrete Empfehlungen auf technischer, administrativer und politischer Ebene zu entwickeln. Sie werden von diesem Projekt hoffentlich noch viel hören! Einen gewissen Erfolg können wir im Bereich der Backsteinbauten ja vermelden: Nachdem die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nach jahrelanger Diskussion sogenannte Handlungsanweisungen für die Backsteinstadt Hamburg herausgegeben hat, an deren Erarbeitung auch das Denkmalschutzamt intensiv beteiligt war, ist jetzt eine formalisierte Qualitätssicherung bei Energieeinsparmaßnahmen an diesen Bauten eingeführt worden. Außerdem wurde die WK-Förderung von Putz- und Kunststoffverkleidungen an Dämmsystemen abgeschafft zugunsten der erhöhten Förderung von werktreuen Backsteinschalen. Es lohnt sich also dicke Bretter zu bohren. Aber das wissen Sie ja, das gehört ja zu Ihrem Berufsethos!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, dass die Vorträge, Diskussionen und Rundgänge in der Stadt Ihnen in diesem Jahr viele gute Anregungen gegeben haben, die nun auch in der Praxis ihren Widerhall finden können. Oder, um es mit der Borussia-Dortmund-Fußball-Legende Adi Preißler zu halten:

„Grau is‘ alle Theorie, maßgebend is‘ auf‘m Platz.“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, hier noch weiterhin einen guten Austausch und einen schönen Abend.<sup>1</sup>

*Prof. Barbara Kisseler*  
Präses der Kulturbehörde Hamburg

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Die Rede wurde aus Anlass des Senatsempfangs am 12.06.2012 im Hamburger Rathaus gehalten.

---

## Begrüßung

Sehr geehrter Herr Stemmann, sehr geehrter Herr Professor Dr. Weiß, lieber Herr Hesse, sehr geehrte Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger aus den Bundesländern und dem Ausland, liebe interessierte Hamburgerinnen und Hamburger, vielen Dank, Herr Stemmann, für die freundliche Begrüßung an diesem schönen Ort! Die Handwerkskammer ist mit ihren inhaltlichen Aktivitäten ganz besonders geeignet für einen Austausch über Denkmalpflege, denn ohne qualitätvolle Handwerksleistungen ist kaum eine gute Denkmalerhaltung oder -sanierung möglich. Zudem besitzt – Herr Stemmann, Sie haben es gerade ausgeführt – dieses Gebäude eine bedeutende Baugeschichte und bietet auch äußerlich einen sehr würdevollen Rahmen für die heutige Veranstaltung.

Aber zu was für einer Veranstaltung kommen wir hier eigentlich zusammen? Der eine oder andere Nicht-Denkmalpfleger wird vielleicht bei dem Namen „Tag für Denkmalpflege“ an den vielleicht viel bekannteren und so sehr beliebten „Tag des offenen Denkmals“ gedacht haben, an dem sich in ganz Europa am zweiten Septemberwochenende die Denkmäler den Besuchern öffnen. Beim heutigen „Tag für Denkmalpflege“ hingegen steht vor allem die inhaltliche Auseinandersetzung im Mittelpunkt, in Form von Vorträgen und fachlichen Rundgängen durch Denkmalpfleger. Wir werden also heute weniger in die Denkmäler schauen, als vielmehr in die Köpfe derer, die sich beruflich mit ihnen beschäftigen. Von 1900 bis 1938 und wiederum seit 10 Jahren findet der Tag für Denkmalpflege jährlich in einem anderen Bundesland statt, er ist der jährlich von Land zu Land wandernden Jahrestagung der Landesdenkmalpfleger als öffentliche Veranstaltung vorangestellt. So ist es uns eine große Freude und Ehre, dass wir ihn in diesem Jahr in Hamburg ausrichten dürfen und anhand von Hamburger Beispielen zeigen können, welche aktuellen Herausforderungen die Denkmalpflege bewegen. Diese Vermittlung in eine breite Öffentlichkeit liegt uns sehr am Herzen, da Denkmalschutz qua Gesetzesdefinition das öffentliche Interesse an der Erhaltung der historischen Zeugnisse zur Voraussetzung hat, also die Denkmalpflege auch in diesem Interesse handeln muss, mit Erfolg aber nur handeln kann, wenn ihr die gesellschaftliche Unterstützung sicher ist.

Traditionell gibt es also im Anschluss an die heutige Veranstaltung drei Tage lang einen intensiven fachlichen Austausch unter Kustoden und Konservatoren aus ganz Deutschland. Viele von ihnen sind auch heute schon hier unter uns, und Sie alle begrüße ich hier besonders herzlich! Ich hoffe, dass unsere Hansestadt mit ihrem Umgang mit ihrer historischen Baukultur auch der bundesweiten Denkmalpflege viele und gute Anregungen bieten kann.

„Stadt im Wandel – Das Denkmal als Konstante?“, so lautet das diesjährige Motto des Tages für Denkmalpflege – durchaus mit Fragezeichen versehen. Im Fokus stehen also die spezifischen Herausforderungen für die Denkmalpflege in Städten. Immer schon wurden in Städten gesellschaftliche Veränderungen

als erstes, am meisten und am heftigsten spürbar. Die Stadtgesellschaft befindet sich in einem ständigen Wandel: Sie benötigt immer wieder neue Gebäude für neue Funktionen, während alte Gebäude ihre Funktionen verlieren. Sie ist zugleich demografischen Veränderungen ausgesetzt wie Schrumpfung oder Bevölkerungswachstum. In wachsenden Städten, wie es Hamburg eine ist, herrscht ein zunehmender Entwicklungsdruck, gerade auf Innenstadt-Lagen, aber auch durchaus in der Peripherie und den alten Ortskernen der ehemals selbstständigen Städte und der Dörfer in den Landgebieten. All das macht sich natürlich bei der Stadtplanung im Bestand bemerkbar, und es ergeben sich daraus viele Fragen zum Umgang mit historischer Bausubstanz: Welche überlieferten Plätze und Freiflächen kann man erhalten, wenn dort stattdessen Wohnungen gebaut werden könnten, wie viele historische Bauhöhen sollen bewahrt werden, wenn die Grundstückspreise anziehen und die nutzbaren Flächen knapp sind? Wo sind Aufstockungen verträglich, wo zerstören sie die überlieferte Stadtsilhouette? Und natürlich geht es auch um das permanente und große Thema der Denkmalpflege, die Um- und Weiternutzung, denn der Wandel hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Denkmäler selbst. Hamburg bietet hierfür viele spannende Beispiele und sicherlich auch Anlass zu Diskussionen. Daher werden wir im Anschluss an die Vorträge diesen Saal verlassen und in die Stadt gehen, um uns viele Objekte vor Ort anzusehen und zu diskutieren: Beispielsweise die Speicherstadt als historischer Lagerhauskomplex, der behutsam zu Büros, Kultureinrichtungen und wohl auch zu Wohnungen umgenutzt wird, das „Gängeviertel“ als ein ehemaliges Arbeiterwohnquartier, das nun kulturell genutzt wird, aber auch das Kontorhausviertel aus den 1920er Jahren, mit seinen besonderen Sanierungsanforderungen – wie die Speicherstadt als UNESCO-Weltkulturerbe-Kandidat.

Über die vielen einzelnen Beispiele hinaus gilt es aber immer auch, den Blick auf das große Ganze zu richten, sprich den Städtebau, der entscheidet über die Bebauungshöhe und -dichte, die Art der Nutzungen oder den Verkehrsfluss. Hamburg diskutiert für diese Fragen seit einiger Zeit das sogenannte „Innenstadtkonzept“, das Hamburgs Identität bewahren soll, gleichzeitig aber auch die neue HafenCity als Erweiterung der historischen Kernstadt verstanden wissen will und die Entwicklungsmöglichkeiten der eigentlich fertig bebauten Stadt innerhalb des historischen Wallrings andeutet. So gibt das Innenstadtkonzept – in der Verantwortung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erarbeitet – eine Art Leitbild für die Stadtplanung der nächsten Jahrzehnte vor und ist zugleich Anlass zu intensiven Auseinandersetzung mit dem historischen Bestand und der Denkmalpflege.

Ein bedeutender Schritt für die Hamburger Denkmalpflege wird die Einführung des Denkmalschutzes „Ipsa-Lege“ sein – anstelle des Schutzes per Verwaltungsakt. Mit dem neuen Denkmalschutzgesetz wird der Denkmalschutz endlich auf den Standard der meisten anderen Bundesländer gehoben, weil es – das für

---

die Nicht-Denkmalpfleger hier im Raum – die bisherigen aufwendigen Unterschutzstellungsverfahren überflüssig macht und alle Denkmaleigentümer steuerlich und rechtlich gleichstellt. Den Unterschied zwischen solchen geschützten Denkmälern, die alle Vorteile der Förderung und steuerlichen Sonderabschreibung genießen, und solchen nur erkannten Denkmälern, die diese Vorteile nicht wahrnehmen können, wird es nicht mehr geben.

Diese Gesetzesnovelle ist auch ein deutliches Zeichen des

Hamburger Senats für die reichhaltige Baukultur dieser Stadt, und will Hamburgs Bürgersinn für Tradition und Qualität wirksam politisch unterstützen.

An dieser Stelle möchte ich ihre Spannung auf den Nachmittag nicht weiter steigern und übergebe das Wort an den Vorsitzenden der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, Herrn Professor Dr. Weiß. Ihnen allen wünsche ich anregende Vorträge und im Anschluss interessante Exkursionen in die Stadt.

*Dr. Nikolas Hill*  
Staatsrat der Kulturbehörde Hamburg

---

## Begrüßung

Sehr geehrter Herr Senatsdirektor Bethge, sehr geehrter Herr Professor Dr. Weiß, sehr geehrter Herr Hesse, meine Damen und Herren, ich grüße Sie, herzlich willkommen im Großen Saal der Handwerkskammer Hamburg! Im Namen der Handwerkskammer freue ich mich, Sie zu Ihrer Jahrestagung hier begrüßen zu dürfen.

„Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel“ – in vielen Facetten widmen Sie sich diesem Themenfeld in den nächsten Tagen. Denkmäler erhalten und zeitgemäß nutzen, das ist die Herausforderung.

Das Handwerk weiß es allemal, welche Bedeutung Denkmäler für unsere Kultur tragen, wie man sie zu neuem Leben erwecken kann und zeitgemäß nutzt.

Fangen wir gleich hier vor Ort an, im Gewerbehaus am Holstenwall:

Dieses Haus muss natürlich in einem räumlichen und zeitlichen Zusammenhang gesehen werden. Es liegt nicht von ungefähr an dem ringförmigen Straßenzug des sogenannten Wallrings, der sich vom Oberhafen bis zu den Landungsbrücken zieht und die ursprüngliche Stadtgrenze darstellt. In diesem Straßenzug entstanden Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts eine Vielzahl von repräsentativen Bauten inklusive der stadtbildprägenden Lombardsbrücke über die Alster.

Angefangen mit den Deichtorhallen am Oberhafen zieht sich bis zum Museum für Hamburgische Geschichte diese Perlenkette von Gebäuden entlang des Wallrings. Manche, wie der Hauptbahnhof, die Musikhalle oder eben dieses Gebäude, werden noch immer für das genutzt, wofür sie ursprünglich gedacht waren: Personentransport, Musikaufführungen oder die Selbstverwaltung des Hamburger Handwerks.

Andere wiederum, wie die Deichtorhallen, das Gebäude der Oberpostdirektion am Dammtorwall oder das hier nur wenige Schritte entfernte Gebäude des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, das spätere ÖTV-Haus und heutige Brahmuskontor, wurden in den letzten Jahren umgebaut und neuen Nutzungen zugeführt: Ausstellungshallen statt Gemüseverkauf, Gesundheitszentrum statt Postverwaltung, repräsentatives Kontorgebäude statt Gewerkschaftshaus.

Allen Gebäuden gemeinsam ist aber, dass nicht nur die Hülle erhalten wurde, sondern auch viele innere Preziosen gerettet und zum Teil auch nach vielen Jahren der Nichtbeachtung wieder freigelegt wurden.

Und auch in den erwähnten Gebäuden, die noch der ursprünglichen Nutzung dienen, hat ein Wandel stattgefunden. Zugeständnisse an eine moderne Nutzung, die aber den alten Kern erhalten. Und dass ist – so glaube ich – auch der Sinn Ihrer Tagung.

Schauen wir hier ins Gebäude. Unter dem hohen Dach befand sich ursprünglich eine sehr große und für die damalige Zeit hochmoderne Niederdruckdampfheizung zur Lüftung der Säle und

Arbeitsräume. Nach einem Umbau 1984 wurden hier Schulungsräume für die Akademie des Hamburger Handwerks eingerichtet, die seit Ende der 1970er Jahre das Abendstudium zum Betriebswirt des Handwerks anbot und aufgrund der großen Nachfrage dringend mehr Räume brauchte. Leider fiel bei dieser Maßnahme das Oberlicht im Innungsflügel weg.

Oder drehen Sie sich kurz um. Sie sehen eine breite Falttür, die Großen und Kleinen Saal seit 1935 optimal miteinander verbindet. Ursprünglich wurde diese Wand nur von kleinen Verbindungstüren durchbrochen.

Fritz Schumacher nannte das Gewerbehaus nicht umsonst einen „wahren Zauberkasten“ – das können Sie an vielen weiteren Stellen im Haus entdecken.

Und hier im Großen Saal haben wir jetzt ein weiteres wichtiges Projekt angefangen, auf das ich gestern schon hingewiesen habe. Die 15 schmucklosen Mittelfenster sollen wieder jeweils zwei Vertreter aus Handwerksinnungen oder Berufsvereinigungen zeigen, wie das bis zur Zerstörung in den Bombennächten 1943 der Fall war.

Der Jugendstilkünstler Carl Otto Czeschka entwarf diese Fensterfront namens „Die Handwerke“. Viele von Ihnen werden es wissen: Czeschka schuf beispielsweise auch den markanten Schriftzug der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Die kunstvollen Fenster werden jetzt Schritt für Schritt rekonstruiert – nach den erhaltenen Originalvorlagen. Das Handwerk ist dabei in zweifacher Hinsicht aktiv: in der Finanzierung und in der Umsetzung.

Eines der letzten Glaskunst-Ateliers, Manuela und Corinna Hempel in Hamburg-Curslack, hat im vergangenen Jahr das Fenster der Bäcker und Fleischer wiederhergestellt. Die Hamburger Vollkornbäckerei Effenberger hat dieses erste „neue alte“ Fenster gesponsert.

Handwerk hilft Handwerk! Aus guter alter Tradition.

Nach diesem Vorbild sollen bis 2017 – also zum 100-jährigen Bestehen des Gewerbehauses – nicht nur alle Fenster rekonstruiert, sondern das gesamte Gewerbehaus saniert und modernisiert werden. In unserem Handlungsprogramm 2014 haben wir unter dem Leitgedanken Verbindung von Tradition und Moderne – das kommt doch Ihrem Tagungsmotto schon ziemlich nah – uns das Ziel gesetzt, dieses Haus auf den neuesten Stand der Technik zu bringen und zugleich das Können der einzelnen Gewerke darzustellen.

Und damit komme ich zu einem Punkt, den ich auch gestern schon einmal erwähnt habe. Denkmalpflege ist wichtig für Kultur und Tradition – und Sie als Fachleute wissen es: Sie ist auch ein handfester Wirtschaftsfaktor.

Gern erinnere ich noch einmal kurz an die 80-20-Regel. Diejenigen, die gestern bereits dabei waren, haben auch dieses schon gehört, aber es ist mir so wichtig, dass sie die Wiederholung verzeihen mögen:<sup>1</sup>

---

Bei Neubauten fließen im Allgemeinen 80 Prozent der Mittel ins Material und 20 Prozent in die Arbeitsleistung.

Bei der Denkmalpflege ist es genau umgekehrt: 20 Prozent der Gelder gehen in die Materialien und 80 Prozent in das kompetente Handwerk.

Gut ausgebildete und spezialisierte Handwerker sind bei diesen anspruchsvollen Projekten mit viel Engagement dabei.

Ihr Know-how in speziellen Sanierungs- und Restaurierungs-Techniken, im historischen Maurerhandwerk verhelfen Denkmälern zu neuem Leben.

Die Hamburger Handwerkskammer wird auch künftig Projekte der Denkmalpflege und damit das Handwerk wo immer möglich

unterstützen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Tagung und einen angenehmen Aufenthalt in unserer schönen Stadt.

Für all das, was Sie hier sehen, gebe ich Ihnen auch heute noch einen Spruch aus der Imagekampagne des Handwerks mit auf den Weg:

„Zugegeben: Hamburg ist uns gut gelungen. Aber wir hatten ja auch 1200 Jahre Zeit.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und viel Erfolg bei dem Erhalt und behutsamen Wandel vieler erhaltungswürdiger Baudenkmäler!

*Hjalmar Stemmann*

MdHB, Vizepräsident der Handwerkskammer Hamburg

## **Anmerkungen**

1 Die Rede wurde am 11.06.2012 gehalten.

---

## Begrüßung

Der 1900 in Dresden begründete „Tag für Denkmalpflege“ war über drei Jahrzehnte eine öffentliche Veranstaltung der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in Verbindung mit der Denkmalpflege, die seit 1911 auch den Reichsbund Heimatschutz mit einschloss. Auf den jährlichen Tagungen wurden aktuelle denkmalpflegerische Probleme breit diskutiert, heute noch nachzulesen in den regelmäßig herausgegebenen Tagungsberichten. Die Tradition des öffentlichen „Tages für Denkmalpflege“ riss nach 1945 völlig ab. Die Zusammenkünfte im Rahmen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger nahmen den Charakter reiner Fachtagungen an, auf denen man unter sich blieb. Wir haben deshalb 2002 in Wiesbaden einen Neuanfang gewagt und die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst abgebrochene Tradition wieder aufgegriffen. Dazu ermutigt hatte uns die öffentlich geführte Diskussion um den Stellenwert der Denkmalpflege in unserer heutigen Gesellschaft, die auf ein großes Interesse gestoßen ist und in der ein Bedürfnis an dieser Diskussion deutlich wurde.

So freue ich mich, dass sich in diesem Jahr die Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Denkmalpflege der Aufgabe gestellt haben, den 80. öffentlichen Tag für Denkmalpflege und die anschließende dreitägige Fachtagung zu veranstalten. Das über beiden Veranstaltungen stehende Hauptthema „Denkmal – Werte – Wandel“ ist in der Denkmalpflege wie in der Gesellschaft überhaupt ein ständiger Begleiter. Nichts ist so dauerhaft wie der Wandel und so ist auch die Geschichte unserer Städte eine Geschichte ihres stetigen Wandels. Schon 1995 stellte der damalige Hamburger Landeskonservator Professor Manfred Fischer in seiner Begrüßungsrede fest, dass Hamburg das Beispiel einer Stadt sei, die „aufgrund ihrer Geschichte nahezu der Inbegriff des oft heftigen und abrupten Wandels zu sein scheint.“ Das beharrende Moment war 1995 der Veranstaltungsort, der dem der vorangegangenen Tagung der Vereinigung von 1982 entsprach: die katholische Akademie am Herrengablenfleet. Auch in diesem Punkt hat es dieses Jahr einen Wandel gegeben.

Der Wandel der Städte kann sich höchst unterschiedlich darstellen. Schrumpfung der Städte und drohende Wüstungen im ländlichen Bereich sind ein Szenario, das längst nicht mehr nur mit den östlichen Bundesländern in Verbindung gebracht wird und von dem der Denkmalbestand erhebliche Bedrohungen erfährt. Tatsächlich haben die Auswirkungen des demografischen Wandels und die Folgen der Änderungen von Wirtschaftsräumen im landwirtschaftlichen wie industriellen Bereich auch die westlichen Bundesländer längst erreicht. Daneben haben wir aber auch die Ballungsräume, in denen der Investitionsdruck unvermindert anhält und der auch die Denkmäler nicht unberührt lässt. Betroffen sind hiervon insbesondere Bauten in den Innenstädten, die teure Grundstücke nur extensiv besetzen. Die zu geringe Grundstücksausnutzung führt regelmäßig zu einem großen Druck auf die Denkmäler und dem Begehren nach einer intensiveren verdichteten Nutzung der teuren Innenstadtlagen. Zusätzlich erhöht

wird dieser Druck, wenn das Nutzungsmaß eines beplanten Gebietes durch einen Beschluss der Kommune im Rahmen ihrer Planungshoheit heraufgesetzt wird. Gleichsam im Gegenzug können geschützte Altbauten begehrte Wohn-Immobilien sein, die stark nachgefragt werden. Sie liegen häufig zentral, versprechen eine hohe Wohnqualität und bieten die steuerliche Abschreibungsmöglichkeit.

Die Frage, welche Rolle in diesem stetigen Prozess des Wandels die Denkmäler einnehmen, beschäftigte auch die Teilnehmer des großen internationalen Kongresses „Das Erbe der Stadt – Europas Zukunft“, den das BMVBS Ende 2011 in Berlin ausrichtete. Es bestand Einigkeit darüber, dass integrierte Stadtentwicklung ohne eine Nutzung der Potenziale des kulturellen Erbes nicht denkbar ist. Insofern sind Investitionen in die Bewahrung und Entwicklung unserer Denkmäler auch zugleich Investitionen in die Zukunft.

Auf europäischer Ebene haben wir diese Fragen im Mai dieses Jahres ebenfalls diskutiert. Ich durfte mit Kollegen als Gastgeber die Leiter der Denkmalbehörden aus 24 europäischen Nationen in Potsdam und Berlin begrüßen. Wir stellten fest, dass unser kultureller Belang als Entscheidungsfaktor bei den vorrangig wirtschaftlichen Zielen der EU nicht ausreichend bedacht wird. Dies ist ein wesentlicher Grund, weshalb seit einiger Zeit das European Heritage Legal Forum als Arbeitsgruppe eingerichtet wurde. Sie beobachtet die gesetzlichen Aktivitäten der Europäischen Union hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das kulturelle Erbe und meldet mögliche Gefährdungen an die EHHF-Mitglieder und die nationalen Entscheidungsträger. Dieses Frühwarnsystem für eine interministerielle Beteiligung auf nationaler und EU-Ebene bei einer Gefahr für das kulturelle Erbe bedarf aber noch eines höheren Maßes an politischer Kompetenz, um wirksam werden zu können.

Der Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes ist ein bedeutender Faktor für die Identitätsbildung mit dem gemeinsamen europäischen Erbe. Das Europäische Kulturerbe-Siegel ist dafür ein sichtbares Zeichen. Die Beschäftigung mit dem kulturellen Erbe ist aber ein in der Förderpolitik noch zu wenig genutzter Motor für Wachstum, Beschäftigung und Stadtentwicklung. Leider müssen wir in einigen Bundesländern feststellen, dass dieses Potenzial nicht erkannt wird. Obwohl die jüngsten Konjunkturprogramme der Bundesrepublik wieder einmal gezeigt haben, wie positiv sich Investitionen in die Altbausubstanz auf die mittelständischen Wirtschafts- und Handwerksbetriebe auswirken und welche günstigen Auswirkungen sich für die Beschäftigung von Arbeitnehmern daraus ergeben, sind die Mittel auf Länderebene stark zurückgefahren worden. Auszunehmen ist ausdrücklich der Bund, der sowohl im Bereich des BKM wie auch des BMVBS erhebliche Förderprogramme für das kulturelle Erbe aufgelegt hat. Sie bedürfen aber der komplementären Ergänzung durch kommunale und Landesmittel, denn wir müssen feststellen, dass in einigen Bundesländern die Bundesmittel wegen der fehlenden Komplementärmittel nicht abgerufen werden können.



---

Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit erforderlich. Überhaupt muss die Förderung der Kreativität im sorgsamem Umgang mit dem kulturellen Erbe nach unserer Auffassung auf allen Politikfeldern aber auch in der allgemeinen Öffentlichkeit besser eingebracht werden. Die rechtzeitige Beteiligung der Zivilgesellschaft ist dabei ein wesentliches Ziel. Eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit ist erforderlich, um die Denkmalwerte zu vermitteln und den Schutz der Kulturdenkmäler im Bewusstsein der Zivilgesellschaft zu verankern. Ein kleiner Schritt auf diesem Weg ist auch der öffentliche Tag für Denkmalpflege, zu dem wir heute zusammengekommen sind.

Ich danke allen Anwesenden, dass Sie mit uns gemeinsam über das Bewahren im Wandel als eine Hauptaufgabe der Denkmalpflege nachdenken wollen. Möglich gemacht haben dies die Kolleginnen und Kollegen der hamburgischen Denkmalpflege, die das Treffen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in diesem Jahr ausrichten. Jeder Kollege unter uns, der schon einmal einen Tag für Denkmalpflege und die sich anschließende Jahrestagung veranstaltet hat, weiß, wie viel Arbeit damit verbunden ist. Deshalb danke ich Ihnen, lieber Herr Hesse, stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Amtes, ganz besonders herzlich für die Vorbereitung.

*Prof. Dr. Gerd Weiß*  
Landesamt für Denkmalpflege Hessen

## Die Stadt im Wandel – das Denkmal als Konstante?

FRANK PIETER HESSE

Sehr geehrter Herr Stemmann, lieber Herr Professor Weiß, sehr geehrter Herr Hill, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste und Freunde der Denkmalpflege, ich danke für die Begrüßungen, denen ich mich gern anschließe. Herzlich willkommen zum 80. Tag für Denkmalpflege. Ich darf mich bei Ihnen, Herr Stemmann, und der Handwerkskammer herzlich dafür bedanken, dass Sie uns ihr wunderbares Haus zur Verfügung gestellt haben für heute und die nächsten Tage, wenn die Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger aus ganz Deutschland hier tagen werden.

Für unsere Jahrestagung haben wir als thematischen Schwerpunkt die Umnutzung von und das Weiterbauen an den Denkmälern gewählt. Die Anverwandlung von Denkmälern für neue Zwecke ist ein altes Phänomen, dafür gibt es viele berühmte Beispiele (Abb. 1). Und selbstverständlich sind die aufgrund der geänderten Nutzungen veränderten Formen – weil aus historischer Zeit und von hoher geschichtlicher Bedeutung – Teil ihres Denkmalwertes. Als Grund dieser wechselnden Nutzungen sind weitreichende Wandlungsprozesse, sich ändernde Machtverhältnisse, Umbrüche in Wirtschaft, Gesellschaft oder Religion auszumachen, die früher durchaus einen längeren Zeitraum beanspruchten, heute aber – so ist sicher das allgemeine Empfinden – wesentlich schneller vorstättengehen.

Der Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft hat auch Folgen für die Städte, ihre Gebäude und Freiräume. Auch der Wandel der religiösen und weltanschaulichen Auffassungen der Gesellschaft wirkt sich recht unmittelbar auf den Bestand der hierfür einst bestimmten Bauten aus. An vielen Stellen unserer Stadt sind derartige Veränderungen sichtbar – wie zum Beispiel in Neumühlen, wo sich das Lawaetz-Haus, der sogenannte Tempel der Tätigkeit, der Rest der Lawaetz'schen Tuchmanufaktur, gegen die neuen Bürobauten am Elbufer behauptet und selbst durch seine neue und erweiterte Nutzung durch die Lawaetz-Stiftung einen rückwärtigen Anbau

bekommen hat (Abb. 2). Die meisten Denkmäler stehen glücklicherweise in einer dauernden Nutzungskontinuität und haben die in bestimmten Abständen erfolgten Instandsetzungen und Anpassungen an zeitgemäßen Komfort hingenommen.

Um das in den Denkmälern enthaltene konstruktive und ästhetische Potenzial zu wahren und zur Geltung zu bringen, braucht es die Denkmalpflege: die hervorragenden Ergebnisse der Sanierungen von Chilehaus und Sprinkenhof, die Rettung und Sanierung des vom Abbruch bedrohten Ballin-Hauses wie auch vor über zwei Jahrzehnten der Denkmalschutz für die Speicherstadt vor dem Hintergrund eines drohenden Verkaufs stehen dafür. Die unermüdliche Arbeit der Denkmalpflege hat die Chance erst ermöglicht, dass sich Hamburg mit dem Kontorhausviertel und der Speicherstadt bei der UNESCO um die Aufnahme in die Liste des Welterbes bewerben kann.

Oft aber ist die Denkmalkonversion, also die Anverwandlung für neue Zwecke, der einzige Weg, Substanz und Erscheinungsbild des Denkmals für spätere Generationen zu erhalten. Derartige Umnutzungen gehören mit zu den interessantesten stadtentwicklungspolitischen Projekten, hier sind Zeugnisse für die Kreativität der Architektenschaft und für den Mut von Bauherren entstanden, ohne die unsere Stadt viel ärmer wäre: Gastwerk Altona, Borselhof und Zeisefabrik, Falkenried, Falckenbergs Phoenix-Hallen, die Stadtspeicher und Langes Mühlenkomplex am Fischmarkt, der Hühnerposten mit seiner Bücherkultur.

Oft sind in ehemaligen Fabriken Büros oder Lofts eingezogen, Kirchen werden zu Kindergärten oder Restaurants, Schulen und Krankenhäuser zu Wohnungen, Friedhöfe zu öffentlichen Parks. So werden über die Nützlichkeitsaspekte weit hinaus Denkmäler immer wieder als bleibende Orientierungen, als identitätsstiftende Momente, heimatbildende Konstanten in der sich wandelnden Stadt angesehen. Beheimatung und Identität können nicht entstehen, wenn sich die Umwelt allzu schnell verändert. So können Denkmäler einen großen Beitrag dazu leisten, dass Bürgerinnen



Abb. 1 Mehrmals umgenutzt: die Hagia Sophia in Istanbul, 2011.



Abb. 2 Lawaetz-Haus, Sitz der Lawaetz-Stiftung, 2013.



Abb. 3 Speicher am Herrengaben, 2013.

und Bürger sich in ihrer Stadt wohlfühlen, dass die Vertrautheit mit der Wohn- und Arbeitsumwelt ein Gegengewicht zur zunehmenden Schnelllebigkeit und Eventisierung des Stadtlebens bildet und dass man weiß, wo man zu Hause ist.

Aber das hat auch seine Grenzen: Wie viel Dynamik vertragen die Denkmäler, wie viel Konstanz können sie vermitteln, ohne zu bloßen Kulissen zu werden? Was vermögen Denkmäler von der Geschichte der Stadt zu bewahren, wenn Umnutzungen von Denkmälern weitgehende Anpassungen der Bausubstanz verlangen? Wann bedeutet Umnutzung auch Verlust von Konstanz und Identität? Was bleibt bei derartigen Transformationen von der geschichtlichen und künstlerischen Aussage? Wir wollen uns hierzu einige Beispiele aus Hamburg betrachten.

Auch unter den relativ ungünstigen rechtlichen Voraussetzungen ist es immer wieder gelungen, bei großen Investitionsvorhaben konservatorische Belange zur Geltung zu bringen. Auf dem als Fleetinsel bezeichneten City-Areal zwischen Stadthausbrücke und Ludwig-Erhard-Straße konnte nach langen Diskussionen über Abbruch und Neubau die gesamte historische Bebauung aus Kontorhäusern und Speichern des 19. Jahrhunderts erhalten werden – auch dank privater Initiative (Abb. 3). Der 1971 beschlossene Bebauungsplan zum Wiederaufbau dieses durch den Krieg stark zerstörten Quartiers sah hier Hochhäuser vor, die den historischen Maßstab der Hamburger Innenstadt gesprengt hätten – so wie schon die Verwaltungsbauten rings umher wie der Axel-Springer-Verlag oder das Unilever-Hochhaus. Mit der Erhaltung der Kontorhaus- und Speichergruppe an der Admiralitätsstraße ist es gelungen, in einem heute von höheren Neubauten umgebenen Quartier – der Fleetinsel – den historischen Maßstab zu wahren. Dem Sanierungskonzept, das ohne Aufstockungen oder andere wertsteigernde Maßnahmen auskam, lag auch die Absicht zugrunde, die vorhandene Bewohner- und Nutzerstruktur zu erhalten.

Im Ergebnis steht das Ensemble auch heute noch mit einer erfreulichen Selbstverständlichkeit gegen den Glanz seiner Umgebung. So ist etwas von der geschäftigen Wohnlichkeit der Altstadt geblieben, die sonst eher weiter westlich in der Neustadt anzutreffen



Abb. 4 Ellerntorsbrücke und Fleethof.

ist. Das Fleetinsel-Quartier reiht sich heute ein in die Handvoll innerstädtischer Ensembles, die den Zeitläuften im sich wandelnden Stadtgefüge gerade noch abgerungen werden konnten und als letzte Zeugen einer einst geschlossenen, das Stadtbild prägenden Baustruktur die Stadtgeschichte vergegenwärtigen: Deichstraße, Krameramtsstuben, Bäckerbreitengang.

Wie empfindlich die historische Stadt gegen unbedachte Eingriffe ist und welch widersinnige Ergebnisse dies zeitigen kann, zeigt die Ellerntorsbrücke in der unmittelbaren Nachbarschaft der Fleetinsel. Anlässlich der in der Mitte der 1990er Jahre erfolgten Neuplanung und Bebauung der Fleetinsel war die grundstücks- und straßenübergreifende Bebauungsplanung der frühen 1970er Jahre leider nicht revidiert worden. Bodenökonomische Gründe haben die Stadtplanung intensiv beeinflusst. Die Folge war die Überbauung des ältesten befestigten Straßenzuges durch die Innenstadt – eines wichtigen in Ost-West-Richtung verlaufenden Handelsweges im Zuge der Steinstraße und des Alten Steinweges – diese Straßennamen sprechen Geschichte. Verbindungsstücke zwischen diesen beiden Straßen waren der Speersort, der Große Burstah, der Graskeller und eben die 1668 errichtete Ellerntorsbrücke, wo das gleichnamige Stadttor stand, das dann mit der Erweiterung der umwallten Neustadt als Millerntor weiter nach Westen an die heute so benannte Stelle verlegt wurde. Der über die Trasse hinweggebaute Fleethof machte aus der Ellerntorsbrücke – zweitälteste Brücke in Hamburg überhaupt – einen Bürohauszugang (Abb. 4). Abgesehen von derartiger Aneignung öffentlichen Gutes und vor dem historischen Hintergrund dieses bedeutenden Straßenzuges ist es schon sehr merkwürdig, dass man dann in einem Innenhof des Kontorhauses steht und jegliche räumliche Orientierung, von der historischen ganz zu schweigen, gänzlich verloren hat. So ist dieses Beispiel das genaue Gegenteil dessen, was ich mit der Überlieferung der historischen Fleetinselbebauung zu verdeutlichen versucht habe. Hier verkommt die seinerzeit noch so schön restaurierte Brücke zur Dekoration des Stadtbildes, ist ihres eigentlichen historischen Gehaltes entledigt. Hier also ist mit der Veränderung der Stadt ein Verlust am Denkmal eingetreten, die Brücke vermag so sich kaum als Konstante gegen den Wandel der Zeitläufte erweisen.



Abb. 5 Ehemaliges Spiegel- und IBM-Hochhaus (W. Kallmorgen 1965–1968).

Die nachkriegszeitlichen Bauten im Umfeld der Fleetinsel hatte ich eben schon angesprochen. Mit die Bedeutendsten stehen an der ehemaligen Ost-West-Straße. Als diese Straße angelegt wurde, konnten die Hamburger Planer aufgrund der Kriegszerstörungen in der südlichen Innenstadt einem Städtebauideal folgen, das von der Moderne vor dem Zweiten Weltkrieg geprägt war: Das dringende Verkehrsbedürfnis einer auf lange Sicht leistungsfähigen, parallel zur Elbe verlaufenden Verbindung zwischen den überregionalen Anbindungen und den gewerblichen Schwerpunkten im Osten und Westen der Stadt realisierte sich als fließender Raum mit eingestreuten Hochpunkten, für die die freistehenden Hauptkirchen St. Michaelis, St. Nicolai und St. Katharinen gewissermaßen Modell standen und zugleich die Verbindung zur Geschichte herstellten. Zeughausmarkt, Hopfenmarkt, Nikolaifleet und Meßberg waren historische Freiräume, die in das neue Konzept integriert wurden. Millerntor-Hochhaus – in den 1990er Jahren gesprengt –, Deutscher Ring, St. Michaelis, St. Nicolai, Spengelins Neue Burg, Hamburg Süd, Spiegel, IBM, Messberghof – das waren einst von West nach Ost die wichtigen Landmarken durch die Innenstadt (Abb. 5).

Zu den freiraumheischenden Solitären gesellten sich nach und nach auf den bis in die 1980er Jahre hinein immer noch freien Flächen links und rechts der großen Ader wieder die Blockkonzepte, die der „europäischen Stadt“ als ihr Grundmuster zugeschrieben wurden. Da konnten die Freiflächen um die Solitäre kaum zurückstehen, entdeckte man sie doch nun als zusätzlich realisierbaren Bodenwert und gab sie zur Bebauung frei.

Mit der erhöhten Grundstücksausnutzung wird aus der einst von fließenden Räumen begleiteten, von Solitären gesäumten Ost-West-Straße eine mehr und mehr geschlossene Schlucht: Ein Stadtmodell der Nachkriegszeit hat sich so verabschiedet. Die einstige Klarheit dieser Textur der Wirtschaftswunderzeit ist schon lange dahin – seit man den Deutschen Ring umbaut hat – dafür hat man die Straße im neustädtischen Teil nach dem Gewährsmann dieses „Wunders“ – Ludwig Erhard – benannt.



Abb. 6 Umgenutzte ehemalige Großmühle Lange und Stadtlagerhaus an der Großen Elbstraße.

Wenn in den nächsten Jahren die beiden Kallmorgen-Hochhäuser der Spiegel-Insel zugebaut werden, bleiben am Ende nur noch drei Bereiche übrig, in denen das postmoderne Modell (vorläufig?) nicht greifen kann: Die denkmalschutzwürdige Kircheninsel von St. Michaelis mit den um den barocken Kirchensolitäre liegenden gemeindlichen Backsteinbauten von Gerhard Langmaack, der Hopfenmarkt mit dem Turm der Hauptkirche St. Nikolai, der vom kriegszerstörten Kirchenschiff bis auf den Chor freigeräumten und als Mahnstätte hergerichteten Freifläche sowie gegenüber der Vorplatz an Cäsar Pinnaus Hamburg-Süd-Hochhaus – dies werden die letzten wahrnehmbaren Leerräume eines als überholt angesehenen Städtebaukonzeptes an der früheren Ost-West-Straße bleiben. An diesen wenigstens kann man die Ideen innerstädtischen Nachkriegsstädtebaus dann noch erklären.

Durch aktive Beeinflussung anderer denkmalbefangener Stadtentwicklungsprojekte mittels der vorausschauenden städtebaulichen Denkmalpflege konnten häufig Denkmale in die Projekte integriert werden. Für viele industriell geprägte Areale konnte ein Umdenkungsprozess eingeleitet werden, wo die Erhaltung des historischen Gebäudebestandes aus Wirtschaftlichkeitsgründen oft nicht für möglich gehalten wurde. In einer differenzierten Auseinandersetzung mit der überlieferten Substanz wurde durch Kombination mit zeitgemäßer Architektur oft eine weiterführende Nutzung erreicht. Das zeigen beispielhaft das Speicher- und Mühlenensemble am Altonaer Hafen (1994, Abb. 6), das zunächst für den Abriss vorgesehene Gaswerksgelände in Bahrenfeld (1995ff.) oder auch die Fahrzeugwerkstätten Falkenried (2002ff.), deren Bauten vollständig dem Wohnungsneubau weichen sollten.

Mit der Einrichtung des Museums der Arbeit in den aus dem späten 19. Jahrhundert stammenden Werksbauten der ehemaligen New York-Hamburger Gummi-Waaren-Compagnie im Stadtteil Barmbek war zugleich ein auf die 1970er Jahre zurückgehendes, von Gewerkschaften und Vereinen getragenes Konzept eines sozialgeschichtlichen Museums realisiert worden. Auf dem ehemaligen Schlachthofareal dient die frühere



Abb. 7 Ehemaliges Allgemeines Krankenhaus Barmbek: zu Wohnungen umgenutzter Pavillon, 2013.

Rinderschlachthalle heute vielfältigen sozialen und kulturellen Zwecken, Einzelhandel und Dienstleister sind hier eingezogen.

Durch derartige Umnutzungen sind viele Kubikmeter Bauschutt und damit Energieverbrauch vermieden worden, attraktive Arbeitsplätze oder Wohnungen sind in den alten Gebäuden entstanden. Das Wichtigste aber ist, dass diese Bauten in Hamburgs Vergangenheit zurückverweisen und lebendige, genutzte Anschauungsobjekte für die Geschichte der Hansestadt sind. Ohne Einwirken der Denkmalpflege wäre vielleicht auch der Rest des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek verloren, dessen erhaltene Pavillonbauten, kleine Schlossarchitekturen allesamt, nun als Wohnstandort und Stadtteilzentrum für das nördliche Barmbek entwickelt wurden. Während der nördliche Teil zugunsten der neuen Asklepios-Klinik bis auf einen Rest am Rübentkamp geräumt wurde, konnte der Bestand des Krankenhauses im südlichen Teil in den am besten überlieferten Bauten erhalten werden. Neben der Änderung der inneren Raumaufteilung bei Erhaltung der Treppenhäuser mussten nur kleinere Eingriffe und Zutaten am Äußeren vorgenommen werden, um aus den Krankenstationen komfortable Wohnungen zu gestalten (Abb. 7). Dabei kamen die therapeutischen Errungenschaften der Bauzeit des Krankenhauses, wie zum Beispiel die luftigen Freiterrassen und Loggien, dem Wohnkomfort zugute; wo diese fehlten, wurden sie als leichte Konstruktionen neu errichtet, ohne dass dies das Gesamterscheinungsbild wesentlich beeinträchtigen würde.

Wo der Krieg Bauten zerstört hatte und diese nicht wieder aufgebaut worden waren, errichtete man nach einem städtebaulichen Wettbewerb neue Wohnungsbauten, die sich in das Gesamtensemble des heute „Quartier 21“ genannten Wohnparks einpassen. So bleibt dem Stadtteil Barmbek ein wichtiges Quartier erhalten, in dem die Neubauten auch von der Geschichtlichkeit der Altbauten profitieren.

Die 1888 eröffnete Speicherstadt, mit heute mehr als 300.000 Quadratmetern Lagerfläche das weltgrößte Ensemble historischer Hafenspeicher und städtebaulich wie architektonisch die eindrucksvollste Denkmallandschaft Hamburgs, ist seit Jahren von einschneidenden Umbrüchen geprägt, die sich zunächst in



Abb. 8 Speicherstadt Block P – Verwaltungszentrum der Hamburg Port Authority, 2011.

Verkaufsdiskussionen Ende der 1980er Jahre äußerten und heute im ehrgeizigen Projekt der HafenCity gipfeln. Dass das Speicherensemble 1991 unter Denkmalschutz gestellt wurde, erweist sich heute als segensreich für seine Erhaltung: stadtstrukturell und substanziell, insoweit Umbau und Restaurierungsmaßnahmen auf hohem konservatorischen Standard vollzogen werden.

Die Hamburg Port Authority hat im Block P ihr neues Quartier bezogen (Abb. 8), die HHLA – hatte schon den an ihr Speicherstadt-Rathaus angrenzenden Speicher vor vielen Jahren zu Büros und Sitzungssälen umbauen lassen. Gerade wurde der Ideenwettbewerb abgeschlossen, der zeigen sollte, dass und wie man in den tiefen Speichern auch wohnen kann. Für diese neue Zweckbestimmung wurde die Speicherstadt aus dem Geltungsbereich des Hafentwicklungsgesetzes entlassen. Doch das Wohnen wirft hier ganz konkrete bauliche Probleme auf: es braucht hochwassersichere Fluchtwege, was heute nur am Kibbelstieg beim Block E und N gegeben ist – außerdem Belichtung, technische Infrastruktur, Brandschutz, Luft- und Trittschalldämmung, das ist alles ergebnisoffen zu noch untersuchen. Ob die daraus folgenden Maßnahmen dann mit einem möglichen Welterbestatus, der in zwei Jahren bei der UNESCO auf dem Prüfstand steht, vereinbar sind, ist heute noch schwer vorzusagen. Aber ganz verschließen können und wollen wir uns dem Thema Wohnen in der Speicherstadt nicht. Wenn sie ein Teil der Hamburger inneren Stadt und Bindeglied zwischen Innenstadt und HafenCity werden soll, kann man das Wohnen nicht ganz ausschließen. Als Denkmal der Hamburger Wirtschaftsgeschichte sowie des Hafen- und Städtebaus des späten 19. Jahrhunderts wird die Speicherstadt bei aller Transformation kaum etwas von ihrer überragenden Bedeutung einbüßen und stets daran erinnern, dass der Keim von Hamburgs Prosperität im Hafen liegt.

Die HafenCity ist ja gegenwärtig europaweit eines der größten Stadtentwicklungsprojekte. Es nahm seinen Ausgangspunkt am Sandtorhafen, auf den ältesten Teilen des mit künstlichen Hafenbecken angelegten Areals des Hamburger Hafens. Sein Schöpfer, der Ingenieur Johannes Dalmann, ist dort noch durch ein kurzes Stück Straße namens Dalmannkai bedacht worden, früher trug die



Abb. 9 Ehemaliges Altes Hafenamts in der HafenCity.

Straße auf der Landzunge zwischen Sandtor- und Grasbrookhafen seinen Namen. An der früheren Dalmanstraße stand auch das Alte Hafenamts. Es war mit dem Hafen Zug um Zug mitgewachsen und hatte sich zu einem ansehnlichen Ensemble entwickelt und so auch die wachsende Bedeutung des Hafens in den Baulichkeiten dieser Behörde veranschaulicht. Die Erweiterungsbauten konnten im Masterplan der HafenCity leider nicht berücksichtigt werden, sodass nunmehr nur sein auf das Jahr 1886 zurückgehender frühester Bau im Überseequartier erhalten ist. Für gastronomische Zwecke umgenutzt und umgeben von mächtig überragenden Neubauten vermag er kaum mehr diese frühere Bedeutung zu vermitteln (Abb. 9). Immerhin zeigt er durch seine Höhenlage – jetzt versunken im Polder des Überseequartiers – die frühere Arbeitsebene des Hafens auf etwa 4,60 Meter über Normalnull – die HafenCity liegt gut ein Geschoss höher auf 8 Meter. So steht dieses Denkmal eher wie ein historisches Präparat in seiner neuen Umgebung, vielleicht ist man bei all den Neubauten der HafenCity eher froh, noch einmal ein historisches Gebäude anzutreffen.

Verdeutlicht man sich die radikalen Veränderungen im Hafen der letzten 40 Jahre vom Stückgutumschlag zum Container und die damit verbundenen und immer noch fortschreitenden Veränderungen der historischen Hafentopografie von den schmalen Hafenbecken und Kaizungen zu den langen Kais mit in der Regel über einen Quadratkilometer großen Lagerflächen, dann muss man die Erhaltung der Kaischuppen der sogenannten 50er Strecke als einen wirklichen Erfolg werten. Die drei kaiserzeitlichen Schuppen Nr. 50 bis 52 samt ihren Kopfbauten wurden aus der Hafentwicklung gewissermaßen ausgeklammert und werden als Anschauungsobjekte der Hafewirtschaft des frühen 20. Jahrhunderts erhalten bleiben. Zusammen mit dem Hafemuseum im Schuppen 50 und der Stiftung Hamburg Maritim als Eigentümerin der Schuppen, die für die denkmalgerechte Restaurierung der Gebäude sorgt ebenso wie für die Instandsetzung des Stückgutfrachters MS BLEICHEN, der historischen Hafenbahn und der Krane, ist hier ein Brennpunkt der Hafengeschichte im Entstehen. Hier erweisen sich die Denkmäler tatsächlich als Konstanten im sich rasch und radikal verändernden Umfeld des Hafens.



Abb. 10 Der zu einem Wohnhaus anverwandelte Teil des Harburger Schlosses, 2013.

Ähnliches erhoffen wir von der Zukunft des Harburger Binnenhafengebietes. Das südlichste Projektgebiet der Internationalen Bauausstellung 2013 ist zugleich – neben der Speicherstadt – eines der größten Konversionsprojekte der Denkmalpflege. Der Binnenhafen mit der Schlossinsel, wo Spuren weit in das 12. Jahrhundert zurückverweisen, durchläuft seit Langem einen tiefgreifenden Strukturwandel: eine vor allem in den letzten Jahren beschleunigte Entwicklung von eher stadtfernen Nutzungen der Schifffahrt und des einschlägigen Gewerbes hin zu einem Standort für Dienstleistungen, Wohnen, für Bildung und Kultur. Bei der Steuerung des Strukturwandels entschied man sich nicht für die radikale Baufeldfreimachung zugunsten allein von Neubauten, sondern für die Anverwandlung nutzbarer, auch ästhetisch reizvoller Strukturen für neue Zwecke. Für diesen Weg hat die Denkmalpflege schon vor über zwanzig Jahren mit einem Erhaltenskonzept geworben und auf den reichen Bestand an historischen Bauten, Freiflächen und technischen Denkmälern aufmerksam gemacht. Sie hat sich mit Ausdauer und Überzeugungskraft in die Planungsprozesse eingeschaltet und den Kontakt zu Bauherren und Projektentwicklern gesucht, um für die nachhaltige Überlieferung dieses Kulturerbes zu werben. Die Internationale Bauausstellung gibt dieser Strategie neuen Schwung und Perspektive. Nicht nur die Reste des einstigen Harburger Schlosses, sondern auch viele Altbauten im Umfeld der Schlossinsel, alte Kaimauern, Krane und historische Freiflächen werden erhalten und in die neue Entwicklung integriert (Abb. 10). Sie werden sicherstellen, dass bei der Umstrukturierung des Harburger Binnenhafens die Verbindung zur industriell-gewerblichen Vergangenheit dieses Areals nicht verloren geht.

Hier wie an vielen anderen Stellen Hamburgs bleiben die Denkmäler also Verbindungen zur Geschichte unserer Stadt und damit auch zu uns und unserer Gesellschaft, sie sind Anker des Selbstwertgefühls unserer städtischen Gesellschaft. In gut erhaltenen Denkmälern ist Geschichte materialisiert, real präsent, anders als in den Büchern. Die historische Stadt ist aber eben kein Museum, sondern ein lebendiger Organismus, der Häutungen und Wandlungen unterworfen ist. Die Neuerscheinungen in



Abb. 11 Bürgerwille in der Hamburger Neustadt.

diesem Wandel haben sich erst noch zu bewähren – die nicht enden wollende Debatte über die HafenCity-Architektur macht das deutlich. Dagegen hat die historische Architektur, haben die Denkmale längst Akzeptanz gefunden, sich über die Geschichte und Zeitläufte bewährt. Sie sind ein Teil des Common Sense der Stadt. Wie zu den Grundphänomenen der Stadt die Dynamik ihrer fortwährenden Weiterentwicklung gehört, gehört auch das Beharrungsvermögen der Zeugnisse historischer Baukultur dazu

– die selbstverständliche Hinnahme des lange Bestehenden und mithin die Wertschätzung der Denkmäler durch die Bürgerinnen und Bürger als Teil ihrer Heimat (Abb. 11). In schnelllebigem und von virtuellen Surrogaten geprägter Zeit scheint die Bedeutung „echter“ Bausubstanz und „echter“ Bilder von der Stadt zu steigen. Im Wandel der Stadt erscheinen Denkmäler als konstante Größen der Verankerung von Vergangenheit, die die Stadt unverwechselbar machen, ihre Identität und Wiedererkennbarkeit bestimmen. Zwischen dem Denkmal als Sachzeugnis der Geschichte, als Quelle von Information und Erkenntnis und dem Denkmal als bloßem Beitrag zum schönen oder charakteristischen Bild der Stadt bewegen sich Denkmalpflege und ihre öffentliche Anerkennung. Je weniger vom Denkmal übrig bleibt, je mehr sich aber auch sein städtebaulicher Kontext verändert, umso weniger vermag es seinen historischen Bedeutungsgehalt noch vor Augen zu führen. Historische Formfindungen im Bauen, Baustile und historische Städtebaukonzeptionen sind ja ehemalige Zukunftsmodelle, wenigstens vergangene Gegenwart von Generationen von Bauherren und Architekten, die sie für das damals Beste und Zukunftsfähigste gehalten haben. Also ein Wissens- und Erfahrungsvorrat für eine weitere Zukunft, die sich nicht allein nach vordergründig gegenwärtigen oder kurzfristigen Bedürfnissen gestalten soll, sondern die Tradition oder Überlieferung als ein unverzichtbares Moment gegenwärtiger und künftiger Kultur anerkennt.

#### Abbildungsnachweis

Abb.1 Frank Pieter Hesse; Abb. 2, 3, 7, 8, 9, 10 Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Nicolai Wieckmann; Abb. 4, 5, 6 Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Sabine Ganczarsky; Abb. 11 Kristina Sassenscheidt.

## Fortnutzung, Umnutzung, neue Nutzung – wie die Stiftung Denkmalpflege Hamburg Denkmaleigentümer unterstützt

IRINA VON JAGOW

Die Stiftung Denkmalpflege Hamburg wurde im Jahr 1978 durch Senatsbeschluss und Bürgerschaftszustimmung ins Leben gerufen. Die Absicht war, der staatlichen Denkmalpflege eine private Institution zur Seite zu stellen. Das außergewöhnliche an der Stiftung Denkmalpflege ist, dass sie neben einem Anlagevermögen über eigene historische Immobilien verfügt. Gegründet wurde die Stiftung, um den letzten Gang des Gängeviertels, ein Ensemble von Backsteinwohnbauten am Dragonerstell und Bäckerbreitergang, zu erhalten (Abb. 1 und 2). Die Stiftung Denkmalpflege wird von einem ehrenamtlichen Vorstand geführt, der aus Mitgliedern der Hamburger Verwaltung besteht. Das überwachende Gremium ist das Kuratorium, das aus Mitgliedern verschiedener gesellschaftlich relevanter Gruppen wie Handelskammer, Handwerkskammer, Architektenkammer und den Deputationen der Fachbehörden besteht. Die Geschäfte werden geführt von einer hauptamtlichen Geschäftsführerin mit dem Team der Geschäftsstelle. Die Aufgaben



Abb. 1 Häuserzeile Dragonerstell 9–13.



Abb. 2 Ensemble Bäckerbreitergang 49–58.

der Stiftung sind neben der Erhaltung der eigenen Bauten die Förderung von Restaurierungsmaßnahmen, die von Besitzern denkmalgeschützter Objekte beantragt werden kann. Außerdem soll die Stiftung das Bewusstsein von der Bedeutung der Pflege des Hamburger Stadtbildes und einzelner Kulturdenkmäler durch PR-Maßnahmen für die Denkmalpflege, durch Veranstaltungen und Vorträge sowie durch Publikationen heben. Schließlich kann die Stiftung, in besonders schwierigen Fällen, Kulturdenkmäler erwerben und auf eigene Kosten restaurieren. Die Finanzierung solcher zusätzlichen Aufgaben wird durch die vermehrte Mobilisierung von Spenden und Zustiftungen ermöglicht.

In mehreren Fällen hat die Stiftung erheblich gefährdete Häuser erworben oder in ihre Verwaltung gebracht: Das Haus Neue Straße 59 in Harburg (Abb. 3) galt in den 1990er Jahren als nicht mehr zu retten. Aber immerhin war es eines der barocken Gebäude, die eine Rolle im neuzeitlichen Ausbau der Stadt Harburg gespielt haben. Es war Münzstätte, Sitz des Königlich-Hannoverschen Kanzlers und anschließend lange als Gerichtsgebäude bekannt. 1995 erwarb die Stiftung Denkmalpflege das Gebäude, restaurierte es vollständig und vermietet es seither an den Verein Frauenkulturhaus Harburg e. V. für verschiedene Nutzungen.

Die Gebäude Mittelweg 183 (Abb. 4) und 185 haben eine große Bedeutung, da sie die ersten ständig bewohnten Hamburger Gebäude außerhalb des Dammtors waren. John Fontenay hatte hier nach dem Abzug der Franzosen Land erworben, am Mittelweg 185 wurde er selbst ansässig. Die umliegenden Häuser, von denen nur noch das ehemalige Doppelhaus Mittelweg 183 erhalten ist, bezogen Verwandte und Angestellte. Nach dem drohenden Untergang des Hauses Mittelweg 183 durch mehrere Brandstiftungen übernahm die Stiftung Denkmalpflege die Gebäude in ihre Verwaltung. Nach vollständiger Restaurierung dient das Haus dem Ägyptischen Generalkonsulat als Sitz.



Abb. 3 Kanzlerhaus Harburg, Neue Straße 59.





Abb. 4 Gartenhaus Fontenay, Mittelweg 183.



Abb. 5 Eduard-Duckesz-Haus, Jüdischer Friedhof Altona.

Das größte Projekt der Stiftung Denkmalpflege ist die Wiedereröffnung des jüdischen Friedhofs Altona. Nach einem großen Forschungsprojekt, das die Hamburger Stiftungen ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, HERMANN REEMTSMA STIFTUNG und Axel Springer Stiftung gefördert hatten, unternahm die Stiftung Denkmalpflege es, ein Besucherzentrum zu errichten (Abb. 5). Seit 2007 ist das Eduard-Duckesz-Haus regelmäßig für Besucher geöffnet. Von hier aus werden Führungen über den Friedhof veranstaltet.

Schließlich übernahm die Stiftung die 1831 errichtete Bergedorfer Mühle (Abb. 6), die von Abriss und Überbauung bedroht war. Das Mühlengebäude wurde dem Verein Bergedorfer Mühle e. V. als kostenfreies Erbbaurecht zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug hat der Verein die Mühle vorbildlich saniert und im vergangenen Jahr sogar wieder mit Flügeln ausgerüstet.

Insgesamt war die Stiftung Denkmalpflege fördernd an Hunderten von Objekten mit bis zu 500.000 Euro jährlich beteiligt. Beispielhaft sei hier die Translozierung der Millerntorwache als besonders spektakuläres Vorhaben genannt (Abb. 7). Auch hier musste nach einem aktuellen Notfall rasch gehandelt werden, nachdem ein Lastkraftwagen in die Säulenfront des letzten Hamburger Stadtorgengebäudes gefahren war. Nun wurde die komplette Wache aus der Gefahrenzone heraus versetzt.

Seit Einführung des Tags des offenen Denkmals ist die Stiftung



Abb. 6 Bergedorfer Mühle.



Abb. 7 Translozierung Millerntorwache.

maßgeblich an seiner Organisation und Durchführung in Hamburg beteiligt. Die Stiftung Denkmalpflege ist aktiver Partner des Denkmalschutzamtes, mit dem sie verbunden ist, da der Denkmalpfleger immer Vorstandsmitglied der Stiftung ist. Die Stiftung Denkmalpflege ist aber auch Partner vieler anderer Institutionen in Hamburg, die sich im Bereich der Denkmalpflege engagieren und dafür gerne das Know-how der Stiftung nutzen.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1–2 Turgay Ugur; Abb. 3 Mesao Wrede; Abb. 4 Turgay Ugur; Abb. 5 Felix Borkenau; Abb. 6 Verein Bergedorfer Mühle e. V.; Abb. 7 Silke Goes.

## Stadtbild, Wiederaufbau, Denkmalpflege in Hamburg im 20. Jahrhundert

CHRISTOPH SCHWARZKOPF

### Einführung

Kommt man als Fremder nach Hamburg, bieten sich vom Wasser her reizvolle Blicke auf die Stadt, und man meint, sie bewahre viel Historisches. Dies gilt für die Annäherung von Westen, elb-aufwärts, aber auch für die Sicht über die Alster. An die Binnen-alster schließen sich zudem ältere Bauten an, erst später erschließt sich dem interessierten Zugereisten, dass diese Teil des Mitte des 19. Jahrhunderts nach einem Stadtbrand neu geschaffenen Stadtbildes sind. Ein Rundgang in der Innenstadt zeigt für deutsche Verhältnisse eine relativ große Zahl offensichtlich aufgestockter Bauten, vielleicht auch nur stehengebliebene zu kleine Fassaden, für die höheren Neubauten hinter ihnen. Dann aber auch offenkundig ältere Bauten, vielleicht dem 18. Jahrhundert angehörig, an einer schmalen Straße, deren eine Seite offenkundig hinter der alten Flucht neu bebaut wurde, die Straße dadurch verbreiternd.

Ein Blick auf eine Planüberlagerung als Vergleich des Bestandes von 1800 und 1990 macht schnell klar, dass tatsächlich wesentliche Teile der Stadtstruktur von 1800 überlebt haben. Und das heißt gleichzeitig, dass das auch noch die Struktur vom Ende des 17. Jahrhunderts ist, denn die Änderungen zwischen 1700 und 1800 waren gering im Verhältnis zu späteren Einschnitten, die noch anzusprechen sind.

Einen wesentlichen Verlust beklagte der seinerzeit nebenamtlich für Denkmalpflege in Hamburg zuständige Direktor des Museums für Kunst und Gewerbe, Justus Brinkmann: „Unsere Stadt Hamburg ist leider ja sehr arm an Kunstdenkmälern. Es ist gerade 98 Jahre her, dass man den wundervollen Silberschatz des Rates eingeschmolzen hat in Tagen einer geistigen Depression der Hamburger; wenige Jahre nachher hat man unseren gotischen Dom abgebrochen [...]“<sup>1</sup>

Brinkmann klagte vor einem hierfür empfänglichen Auditorium: Dem vierten Tag für Denkmalpflege in Erfurt im Jahre 1903.

Hier ist ein Exkurs in die Geschichte der „Tage für Denkmalpflege“ erforderlich. Diese waren ein offenes Forum für denkmalpflegerische Fragen, das seit 1900 jährlich zusammentrat. Der letzte freie „Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz“ – man war seit einigen Jahren mit dem „Reichsbund Heimatschutz“ zusammengegangen – fand 1930 in Köln statt. Zwei bereits gleichgeschaltete, gleichnamige Veranstaltungen fanden in der Zeit des „Dritten Reiches“ statt, der letzte übrigens 1938 in Hamburg. Die heutige Zählung subsumiert alle diese und weitere Nachkriegsveranstaltungen, die unter anderem Namen, anderer Zielsetzung und bis vor 10 Jahren auch nicht öffentlich stattfanden. Soweit der Exkurs.

Vor diesem offenen Denkmalpflegepublikum legte Brinkmann dieses spezifische Problem Hamburgs dar – und man reibt sich verwundert die Augen, zurückblickend ins 19. Jahrhundert: Abbruch des Hamburger Domes Anfang des Jahrhunderts, der ältesten christlichen Kirche im Norden Deutschlands – und nur 15 Jahre später erkor man die Fertigstellung des Kölner Domes zur nationalen Aufgabe, setzte sich Schinkel in Preußen vehement für die Denkmalpflege ein. Ein Gedanke könnte als Erklärungsansatz dienen: Denkmalpflege war und ist vielerorts auch Teil von Annexionsstrategien. Und in Hamburg gab es dieses Problem faktisch nicht – abgesehen von dem bislang exterritorialen Bereich des Domes. Hier galt es eben nicht, mit der Erhaltung des Domes eine bodenständige Bevölkerung zu gewinnen, allenfalls konnte man ein Zeichen fremder Macht in der Stadt auslöschen.

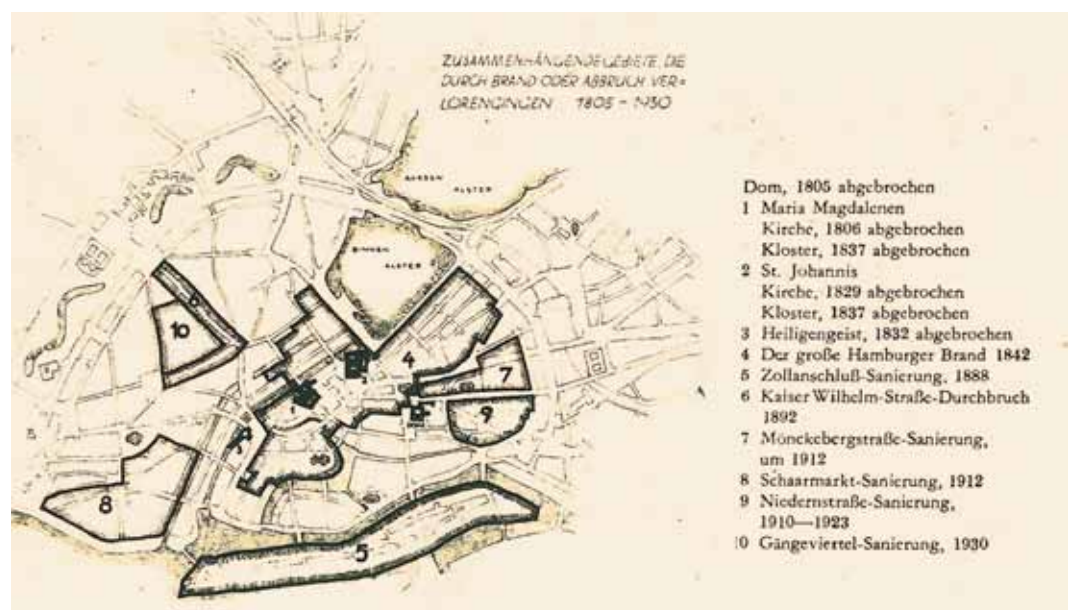


Abb. 1 Die Verluste an historischer Bausubstanz in Hamburg von 1800 bis 1940.

Die folgenden Veränderungen waren jedoch gravierender: 1813 vernichteten Napoleons Truppen die Vorstädte und Villengebiete, um freies Schussfeld zu haben. 1842 zerstörte der Stadtbrand 2.000 Häuser, 20.000 Menschen waren neu zu behausen (Abb. 1). Die Brandareale wurden auch im Stadtgrundriss regelmäßiger neu bebaut. In Vorbereitung des Zollanschlusses 1888 wurden 500 Häuser, vorrangig Fachwerkbauten aus der Barockzeit, abgebrochen, um Platz für die „Speicherstadt“ zu schaffen, in der, ab 1888 Zollausland, hinterm Zollzaun die unverzollte Ware zu lagern hatte. Im Ergebnis verfielen zahlreiche, nicht mehr gebrauchte Speicherbauten an den innerstädtischen Fleeten, die damit ebenfalls größtenteils ihrer Funktion und damit auch ihres permanenten Unterhalts beraubt waren. Immerhin hatte man die für bedeutend gehaltenen Bauten im Areal der neu zu errichtenden Speicherstadt umfassend fotografisch dokumentiert. Und: Was damals neu entstand, schickt sich heute an, Weltkulturerbe zu werden.

Eine weitere Abbruchwelle ereilte die engen Gassen der Gängeviertel in der Innenstadt, nachdem 1892 die Cholera in ihnen gewütet hatte. Robert Koch, damals aus Berlin herbeigeeilt, äußerte sich befremdet über die dortigen Wohnverhältnisse – er konnte kaum glauben, noch in Europa zu sein. Umstritten bis heute, ob wirklich die unhygienischen Verhältnisse oder doch das ungefilterte Wasser, das bis dahin in die städtische Wasserleitung eingespeist wurde, Ursache der Katastrophe war. Das Ergebnis jedoch war eindeutig: Der Abbruch ermöglichte beträchtliche Bodenwertsteigerungen. Anstelle der ehemaligen Gängeviertel in der Altstadt entstand Anfang des 20. Jahrhunderts das heutige Kontorhausviertel. Teil dessen ist auch das wohl bekannteste Hamburger Denkmal, das Chilehaus.

Zwei Vorgänge erhellen schlaglichtartig die denkmalpflegerischen Überlegungen in Hamburg zu dieser Zeit: Vor dem Abbruch des Kaiserhofes, eines prächtigen Renaissancegebäudes, beriet 1873 die Bürgerschaft, das Hamburgische Parlament, und verlangte die Einlagerung der Fassade. Diese erhielt später ihren Platz im Museum für Kunst und Gewerbe und überstand dort auch den Untergang der Innenstadt 1943.<sup>2</sup>

### Denkmalpflege in Hamburg im 20. Jahrhundert

Nachdem 1906 die Michaeliskirche gebrannt hatte, beschloss die Bürgerschaft bereits zwei Tage später, sie wieder aufzubauen. Dieses Thema wurde 1907 und 1908 auch beim „Tag für Denkmalpflege“ verhandelt. Die Hamburger Offiziellen, Museumsdirektor Brinkmann und der Senatssekretär Hagedorn, fühlten sich 1907 brüskiert: Der Hamburger Architekt Groothoff hatte im Plenum eine von der offiziellen Hamburger abweichende Meinung artikuliert: Man hätte das Vergangene aufgeben und einen Wettbewerb für einen Neubau ausloben sollen.<sup>3</sup> Senatssekretär Hagedorn wies ihn zurecht: Hanseaten hätten so etwas unter sich auszumachen und nicht (reichs)öffentlich auszutragen.<sup>4</sup> Im Jahr darauf legte Brinkmann umfassend die Argumente für den Wiederaufbau dar, die Gegenpositionen referierte Professor Högg aus Bremen. Dieser kritisierte vor allem die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung.<sup>5</sup>

Dehio meinte, dass beide Teile recht hätten. Der Gedankenwelt der Künstler und Denkmalpfleger würden von Zeit zu Zeit

„– hoffentlich nicht allzu oft –“ „andere, gemütliche Faktoren [...] besonderer lokaler Art entgegnet.“ Diese wären zu achten und er schloss mit dem Aufruf: „Seid von Zeit zu Zeit auch tolerant!“, beispielsweise „gegen die Hamburger Anschauungen, die der Michaeliskirche ihre alte Gestalt wiedergeben wollten.“<sup>6</sup>

Die starke Veränderung des Umfeldes der Kirche blieb denkmalpflegerisch unbeachtet – auch hier waren bereits in den Jahren vor dem Brand Gängeviertel niedergelegt und neue Wohnbauten errichtet worden, nach dem Brand wurde die angrenzende Bebauung abgebrochen, die Kirche freigestellt. Dies war zudem eine der ersten städtebaulichen Leistungen des seit 1909 in Hamburg tätigen späteren Oberbaudirektors Fritz Schumacher. Er hatte – noch von Dresden aus – den Wiederaufbau der Kirche radikal abgelehnt. 1944 – vielleicht angesichts der Zerstörungen – meinte er, inzwischen anderer Ansicht zu sein.<sup>7</sup> Sein Wirken hat die Innenstadt, aber auch die Stadterweiterungen maßgeblich geprägt.

Für das Stadtbild war der Abbruch der Gängeviertel ebenso bedeutsam wie der schleichende Verlust zahlreicher Bürgerbauten. Auch die Einrichtung der staatlichen Denkmalpflege in Hamburg im Jahr 1920 änderte daran nichts. Seit dieser Zeit wurden Denkmäler in Hamburg nach dem konstitutiven System per Verwaltungsakt unter Schutz gestellt – bis heute sind es etwa 2.000. Einen gewissen Aufschwung nahm die Denkmalpflege in der Zeit des „Dritten Reiches“ – oder sollte man besser von einer Scheinblüte sprechen?

Der seit 1934 amtierende Denkmalpfleger Dr. Bahn schrieb über die bisherige Entwicklung seit dem Bau der Speicherstadt: „Man ließ die Altstadt verfallen in sturer Gleichgültigkeit. Auch jetzt frisst Jahr für Jahr an dem alten Häuserbestand. Heute stehen viele Häuser völlig leer [...]. Es ist heute sicher, dass in 5 Jahren das letzte wertvolle reichgeschnitzte Fachwerkhäuser nicht mehr sein wird und dass in knapp 10 Jahren die alte Hansestadt kaum mehr als 3 Kaufmannshäuser mit ragendem Giebel [...] aufweisen können.“ Er beklagte die Orientierung der Vergangenheit, die „Klassizismus als Südfrucht-Import“ geliebt habe, und in der „das verjudete New-York Amerikas [...] Baudidol geworden“ war.<sup>8</sup> Dennoch lohne es sich, die noch vorhandenen Altstadtträume in Hamburg zu erhalten. „Hört es ein letztes Mal, die Altstadt ruft, folgt diesem Ruf, vielleicht hört ihr ihn niemals wieder!“<sup>9</sup>

In der Hamburger Neustadt wurden in dieser Zeit weitere Gängeviertel abgebrochen und durch eine gefällige Blockrandbebauung, dem Heimatschutz und der Backsteinarchitektur verpflichtet, ersetzt. In großen Teilen hat sie den Krieg überstanden und ist heute als Denkmal eingestuft.

Ebenfalls in den 1930er Jahren begann die Planung der Ost-West-Straße, eines Straßendurchbruchs durch Alt- und Neustadt, der die seit langem als unbefriedigend empfundene Verkehrssituation verbessern sollte. Bahn gelang es, die Lage von Baulinien an der vorgesehenen Straße im Sinne des Erhalts von Bauten günstig zu beeinflussen. Bauteile von wertvollen Gebäuden, die dennoch hätten abgebrochen werden müssen, sollten jeweils in die geplante Denkmalzone auf der Cremon-Insel überführt werden. Die folgenden Zerstörungen der Luftangriffe machten diese Hoffnungen letztlich zunichte.

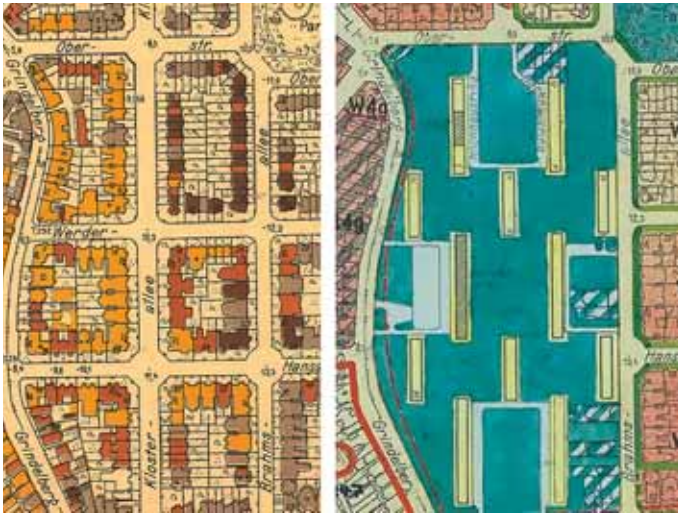


Abb. 2 Vergleich der Bebauung am Grindelberg: Schadensplan von 1945 (links) und Baustufenplan von 1952 (rechts).

### Wiederaufbau und Denkmalpflege

Im Wiederaufbau war zunächst der immensen Wohnungsnot abzuwehren. Im Oktober 1945 meinte der greise Fritz Schumacher in einem Grundsatzvortrag zum Wiederaufbau: „Schon die nächste Generation wird nur aus Büchern wissen, wie Hamburgs Türme und seine alten Stadtbilder ausgesehen haben. Das ist ein Glück, weil es nichts nützt, um Unwiederbringliches zu trauern, aber es ist ein Unglück, wenn das geistige Wesen, das im Unwiederbringlichen lag, nicht unvermerkt im Herzen der Schaffenden verwahrt ist.“ Er mahnte die „Aufstellung eines Gesamtplanes der angestrebten Entwicklung: einen Generalbebauungsplan“ an. Zu lösen waren die bereits vor dem Krieg bekannten Verkehrsprobleme der Stadt. Vor allem aber sollte der Wiederaufbau planvoll vorangehen, nur das einem gesunden Städtebau entsprechende sollte wiederhergestellt werden.<sup>10</sup> Ihm war vor allem an der Verbesserung der Wohnverhältnisse gelegen; dabei sah er die Zukunft eher in Gartenstädten als in mehrgeschossigen Bauten.<sup>11</sup>

Tatsächlich hatte man sich bereits entsprechend Schumachers Vorstellungen orientiert: Schon im April 1945 hatte man die wiederaufzubauenden Gebiete kategorisiert:<sup>12</sup> Innerhalb einer übergeordneten zeitlichen Rangfolge wurden einerseits Gebiete festgelegt, die als „Wiederherstellungsgebiete“ aufgrund ihrer als „gesund“ empfundenen städtebaulichen Struktur im Wesentlichen unverändert wiederaufgebaut werden sollten. Dies waren die Gebiete, die unter Schumachers Ägide als Oberbaudirektor geplant beziehungsweise errichtet worden waren. Von diesen „Wiederherstellungsgebieten“ unterschieden sich die Wiederaufbaugebiete dadurch, dass sie als städtebaulich und baulich nicht „gesund“ eingestuft wurden. Entsprechende Neuplanungen waren hier erforderlich, ebenso eine Neuordnung des Grundbesitzes. Sie wurden überplant, intakte Bauten wurden, wenn immer möglich, in die Neuplanung einbezogen.

Es gab noch weitere, hier unbeachtliche Gebietskategorien. Für das „Geschäftsgebiet der Innenstadt“ war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass deren Neugestaltung nach einem besonderen Aufbauplan erfolgen sollte.

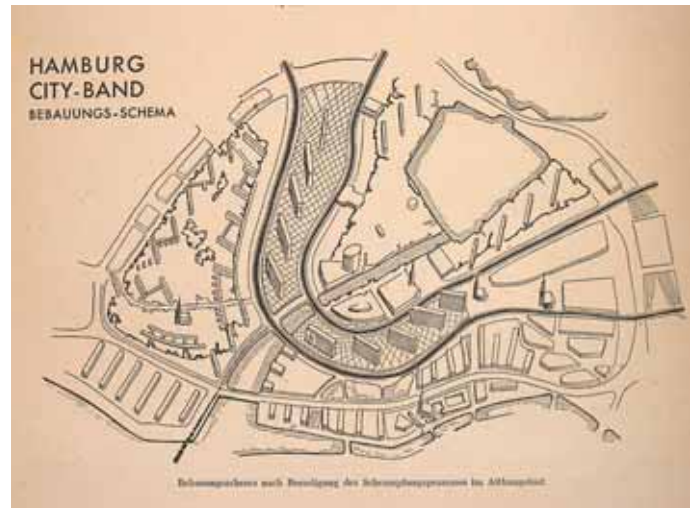


Abb. 3 Das City-Band: Idee zur Neubebauung der Hamburger Innenstadt (1949).

Ein erstes „Wiederaufbaugebiet“ orientierte sich dagegen gar nicht an Schumachers Leitbildern (Abb. 2). Vor dem Zweiten Weltkrieg bestand am Grindelberg eine zumeist fünfgeschossige Blockrandbebauung, die zum Kriegsende stark zerstört war. Von Hamburger Architekten wurden hier Familienwohnungen für die britische Besatzungsmacht geplant.<sup>13</sup> Nach neuem städtebaulichen Konzept sollten 12, bis zu 14 Geschosse zählende Wohnhochhäuser entstehen, um so trotz großer, verkehrsfreier Grünflächen möglichst viel Wohnfläche auf geringem Raum zu schaffen. Die Bauten wurden bis 1956 durch die Stadt Hamburg fertiggestellt. Hiermit hatten ein Stück weit die Ideale der „Charta von Athen“ in Hamburg Einzug gehalten.

Zur Innenstadt stellte Erich Lüth, Leiter der staatlichen Pressestelle Hamburgs, 1947 fest, dass die Silhouette der Türme und das Bild der Fassaden in der Innenstadt im Verhältnis zu Köln, Frankfurt, Düsseldorf, Hannover oder Kassel „fast unverletzt“ wirke. Zerstört sei aber in Hamburg besonders das, was frühere Katastrophen übrig gelassen hätten. Er bedauerte, wie abgestumpft die Menschen derzeit wären, wo doch eine Aufgabe für alle eine Gesundung des Stadtbildes sei.<sup>14</sup>

Wie diese „Gesundung des Stadtbildes“ auszusehen hätte – dazu gab es verschiedene Auffassungen. 1949 veröffentlichte Wilhelm Ohm, Stadtoberbaurat außer Dienst, ein Konzept für ein City-Band, also eine Bandstadt innerhalb des Innenstadtgebietes (Abb. 3). Jeden Ansatz einer historisierenden Wiederherstellung lehnte er ab: „Die Beeinflussung eines auf veränderter Grundlage entstehenden Organismus durch romantisierende, historisierende Gedankengänge kann nur Krankheitsherde ergeben. [...] Vor allen Dingen aber ist es notwendig, dass man den Skandal vermeidet, unser teures Geld und unsere Arbeitskraft in ein historisierendes Städtebaugebilde zu stecken, das schon jetzt untragbar, in 20 Jahren aber völlig unbrauchbar und „sanierungsbedürftig“ ist.“<sup>15</sup>

Gustav Oelsner, der frühere Altonaer Baudirektor, wollte die überkommenen Teile der Innenstadt erhalten, und verlangte 1951 deshalb: „Straßendurchbrüche! Sie sind jetzt zwingend nötig, um die Innenstadt in ihren großen Werten und in ihrer städtebaulichen

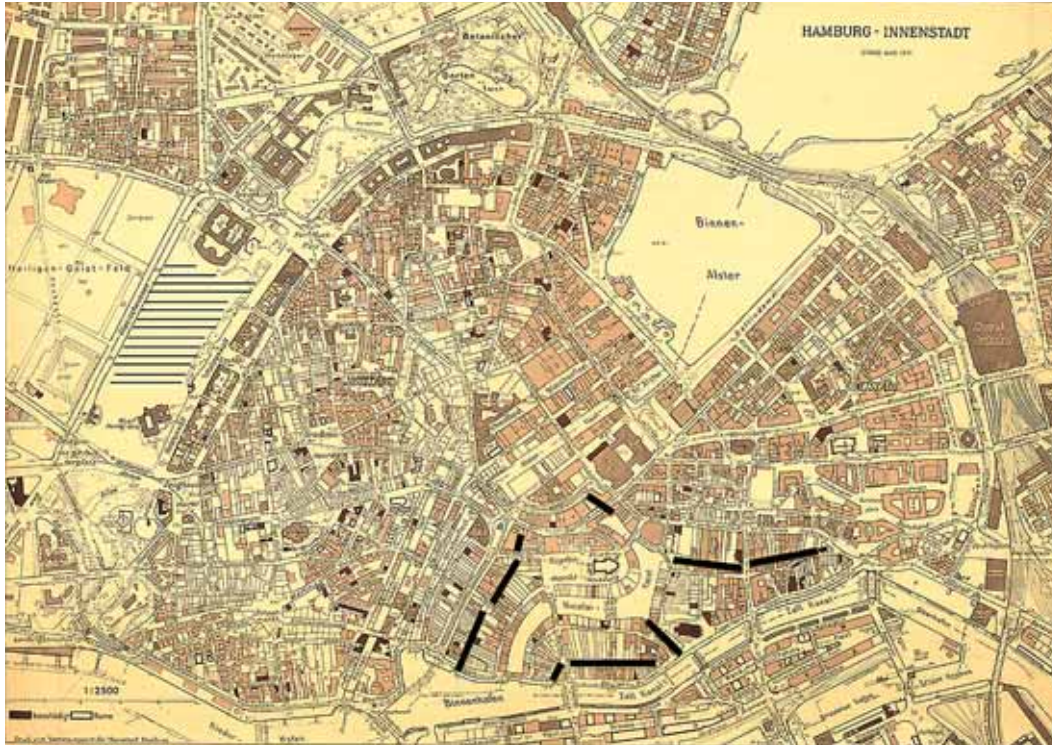


Abb. 4 Schadensplan der Innenstadt von 1950 mit Darstellung der verfüllten Fleete (schwarze Striche) und der verfüllten Wallanlagen (links, schwarze Schraffur).

Bedeutung zu erhalten.“<sup>16</sup> Für die Neubauten empfahl er einerseits Zeilenbauten, da nur sie Besonnung von beiden Seiten erhalten und sie quer zu den in Hamburg von Ost nach West führenden Hauptstraßen errichtet werden könnten. In Anlehnung an Schumacher meinte er überdies: „Denkt man wirklich nicht daran, das, was die Menschen hinauszieht, an geeigneten Stellen hineinzubringen? Das ist das nicht so hohe Haus mit kleinen Gartenflächen, das Haus, das dem geweihten Begriff des Hauses entspricht, das Haus, das nicht – ‚Mietskaserne‘ ist.“<sup>17</sup>

Akutes Thema war zunächst die Entrümmung der Innenstadt und damit verbunden die Sorge um die Besonderheit der Altstadt – ihre von den Fleeten geprägte Struktur. Bereits Anfang Juni 1945 waren einige Fleete mit Trümmerschutt verfüllt worden, soweit nicht ohnehin Gebäude teilweise in diese hineingestürzt waren (Abb. 4).<sup>18</sup>

Für die Innenstadt verfolgte das Denkmalschutzamt das Ziel, das

„topographische Bild“ und den „Charakter der Stadt“ zu erhalten. Grundlage dafür waren vor allem der Erhalt der Hauptkirchen, aber auch die Erhaltung und Beschaffung der Pläne und Aufmaße aller alten Bauten, soweit sie für die Stilgeschichte, Stadtgeschichte oder Baugeschichte der Stadt von Wert waren. Dies war auch angesichts der katastrophalen Situation der Stadt sicher nicht als zentrale Aufgabe erkannt - Denkmalpfleger Hopp beklagte 1947, „dass die geringe Auswirkung der Arbeit [des Denkmalschutzamtes, der Verfasser] nicht weiter verantwortet werden kann.“<sup>19</sup>

Trotz aller Zerstörungen machte man sich in Hamburg daran, diese für eine Veränderung und Verbesserung der Stadtgestalt zu nutzen.

Bereits 1948 entstand die Binnentalsterverordnung, um durch eine Vereinheitlichung von Traufhöhen, Fassadenausbildung, sowie der Dachform, die als zurückgesetztes Staffelgeschoss mit „sichtbarem



Abb. 5 Das Esso-Haus an der Binnenalster.



Abb. 6 Das Neidlingerhaus wurde gemäß der Binnentalsterverordnung umgestaltet (1949).

Steildach“ mit kupferfarbener oder grauer Deckung auszubilden ist, diesen wichtigen Stadtraum in seiner Gestalt zu verbessern.<sup>20</sup> Zwei Dinge sind daran bemerkenswert: Einerseits wurde damit eine Gestaltfindung der Zeit des „Dritten Reiches“ – das „Esso-Haus“ am Neuen Jungfernstieg – zur hier verbindlichen Norm erklärt (Abb. 5), zum andern galt die Norm für alle Bauten an der Binnenalster, egal, ob denkmalwert oder nicht. Bauten des 19. Jahrhunderts wurden infolge dieser Norm vereinheitlichend aufgestockt.

Infolge der Veränderung des Denkmalbegriffs in den vergangenen Dekaden ist inzwischen auch das Areal der Binnenalster mit den sie rahmenden Bauten ein – wenn auch noch nicht in die Denkmalliste eingetragenes – Denkmal.

An der Veränderung einiger Bauten hat das Denkmalschutzamt aber bereits seit den 1950er Jahren mitgewirkt. Exemplarisch können die Vorgänge um das Neidlingerhaus an der Ecke Jungfernstieg-Alsterarkaden stehen.<sup>21</sup> Das Gebäude, ein Verschnitt aus Jugendstil und Historismus, erhielt entsprechend der Binnenalsterverordnung beim Wiederaufbau ein Staffelgeschoß, die zarten Säulen des Erdgeschosses wurden den benachbarten Arkaden angeglichen und die Fassaden mit Tuff verkleidet (Abb. 6). 1954 wurden auch die Ziergitter der Arkaden des Neidlingerhauses in Anlehnung an die benachbarten Arkaden erneuert, wofür die Gitter aus der Bauzeit des Hauses weichen mussten. Das Denkmalschutzamt forcierte diese Veränderungen und förderte letztere sogar finanziell.<sup>22</sup> Episode blieb eine Überlegung des seinerzeit zuständigen Denkmalpflegers, die Dachzone in Erinnerung an die früher vorhandene, aber im Gegensatz zu Binnenalsterverordnung und früheren denkmalpflegerischen Entscheidungen, erneut umzugestalten.<sup>23</sup>

Das Haus bildet mit seiner Seitenfassade gleichzeitig eine Begrenzung der Kleinen Alster, die den Stadtraum des Rathausmarktes zur Binnenalster öffnet. Nach Zerstörungen am Rathausmarkt erwog

man zunächst eine Platzvergrößerung – mit dem Vorliegen einer konkreten Bebauungsabsicht für die zerstörte Platzrandbebauung endeten die Diskussionen. Es entstand ein Prototyp für den Wiederaufbau der Innenstadt: Ausgebombte Grundstücke wurden von einer Bauherrengemeinschaft zusammengelegt, sodass ein größerer Gebäudekomplex entstehen konnte. In der Höhenausbildung sowie in der Gestaltung passte sich der Neubau seinen Nachbargebäuden an: Mit den durchgehenden Steildachflächen auf einem zurückgesetzten Staffelgeschoss nahm das Gebäude Bezug auf seine Umgebung und auf die Gestaltungsvorgaben der Binnenalsterverordnung. 1953 wurden die Gestaltungsprinzipien in einer eigenen Verordnung, der Rathausmarktverordnung, zusammengefasst.

In den Folgejahren wurden nicht nur am Rathausmarkt, sondern in der gesamten Innenstadt Dachzonen analog zu den genannten Verordnungen um-, vor allem aber verändert wiederaufgebaut. Einige dieser Wiederaufbauten stehen heute bereits unter Denkmalschutz.

In einem Fall jedoch, in dem zunächst Veränderungen vorgesehen waren, unterblieben diese vollständig: Für den Neubau des zerstörten Turmhelms des Rathauses war zwar ein Wettbewerb ausgeschrieben worden. Jedoch wurde keiner der Wettbewerbsbeiträge umgesetzt, sondern der Turmhelm rekonstruiert.

Oberbaudirektor Meyer-Ottens war dessen Verhältnis zu den Kirchtürmen besonders wichtig – er sah das Ziel der Bewahrung des Stadtbildes vor allem in der Bewahrung der Stadtkrone.<sup>24</sup> Das Ziel der Erhaltung der Stadtsilhouette für wichtige Blickpunkte verfolgt die Stadtplanung bis heute. Diesem Ziel mussten sich auch nach 1945 fast alle Bauvorhaben in der Innenstadt unterordnen. So ist die Silhouette durch Hochhäuser kaum beeinträchtigt.

Dem diene auch die Schaffung einer Bürostadt, der City Nord, fünf Kilometer nordöstlich der Altstadt seit 1959 – heute ein deutschlandweit einzigartiges Zeugnis des Bauens der 1960er und 70er Jahre.



Abb. 7 Die Stadtsilhouette von Süden um 1700.



Abb. 8 Die Stadtsilhouette von Süden, 2011.

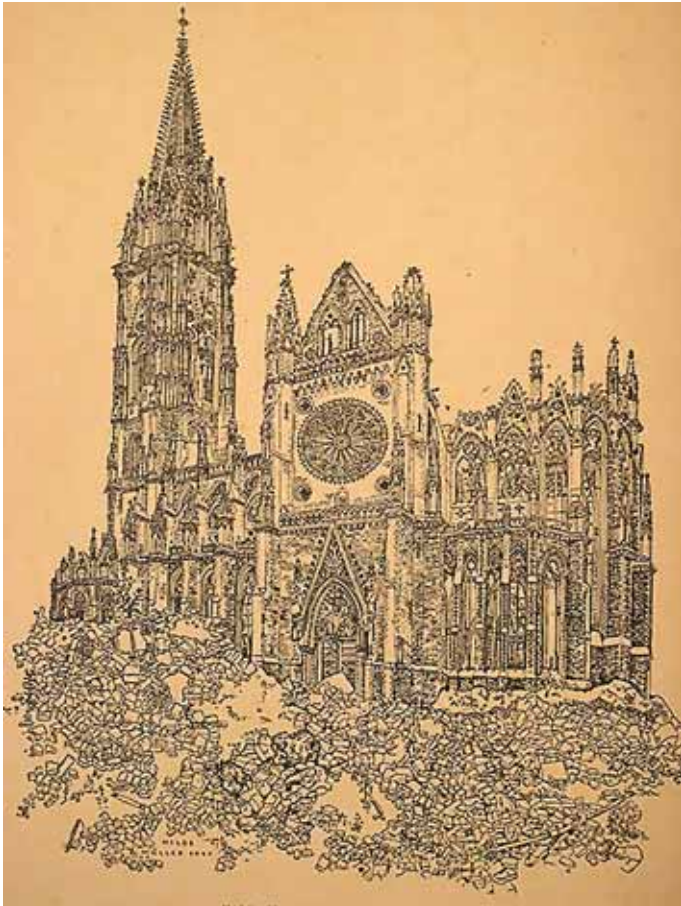


Abb. 9 Ruine von St. Nikolai, 1945.

Einige Hochhäuser entstanden in der Innenstadt dennoch: Plangemäß an der Ost-West-Straße – dazu später – und das Unilever-Hochhaus anstelle eines unzerstörten Gängeviertel-Ensembles in den 1960er Jahren. Unilever hatte seinerzeit abgelehnt, in die City Nord zu ziehen und eine Alternative zum Firmensitz in Hamburg überlegt, wenn eine Standortwahl in der Innenstadt nicht möglich wäre. So entstand das Hochhaus als frei stehender Solitär von 1961 bis 1963. Auch hier wurden in den letzten Jahren die denkmalgeschützten Freiflächen bebaut, da die Eigentümer dem Denkmalschutzamt die Unwirtschaftlichkeit einer Sanierung des Hauses ohne Ergänzungsbauten nachgewiesen hatten.

### Denkmalpflegerischer Umgang mit den Ergebnissen des Wiederaufbaus

Hinsichtlich einiger Hochhäuser konstatiert das Innenstadtkonzept von 2010 Beeinträchtigungen der Stadtsilhouette und benennt das Ziel, solche Störungen zu beseitigen, auch dann, wenn zu verändernde Hochhäuser heute unter Denkmalschutz stehen.<sup>25</sup> Allerdings handelt es sich dabei um das von der Außenalster erlebbare Panorama. Die Elbsilhouette, die in den Stadtansichten bis ins 19. Jahrhundert wesentlich war, ist zunächst durch den Bau der Speicherstadt beeinträchtigt worden, mit dem Bau der HafenCity aber spätestens zerstört worden (Abb. 7 und 8).

Ein anderes Thema, das Denkmalpflege in verschiedener Weise beschäftigt hat und beschäftigt, ist das der Ost-West-Straße. Diese

Querverbindung war bereits vor 1920 zur Bewältigung des Verkehrs erwogen worden. Ernsthaftige Schritte zu ihrer Planung wurden in den 1930er Jahren unternommen. Dem damaligen Denkmalpfleger war zugesagt worden, Bauteile abzubrechender Gebäude in der geplanten Denkmalzone wiederverwenden zu können. Dazu kam es so freilich nicht. Nach den Kriegszerstörungen wurde die Straße neu geplant; danach wurde ihre Realisierung begonnen. Dafür mussten auch einige übriggebliebene barocke Bürgerhäuser weichen. Zunächst war eine niedrige Straßenrandbebauung an der Ost-West-Straße vorgesehen, zusammengefasst im „Baustufenplan Innenstadt“, der 1952 festgestellt wurde.<sup>26</sup> In diesem Jahr trat Werner Hebebrandt das Amt des Oberbaudirektors an. Unter seiner Leitung wurde der gesamte Straßenraum der Ost-West-Straße bis 1960 überplant. Den neuen städtebaulichen Anschauungen folgend, wurden die Neubauten als Solitäre in einem fließenden, aufgelockerten Raum gestaltet. In den 1960er Jahren entstanden bereits ergänzende Bauten, die diese Disposition verunklärten. Die Stadtplanung strebte wegen der Verödung der Innenstadt zudem eine Verdichtung an. Ende der 1970er Jahre kehrte man wieder zurück zu der städtebaulichen Grundkonzeption der Straßenrandbebauung, die zum einen als Schalldamm dienen und zum anderen den Straßenraum stadträumlich fassen sollte.

Heute ist das Konzept der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ nur noch in wenigen Bereichen der Ost-West-Straße nachvollziehbar. Dies sind die Bereiche der Michaeliskirche und der ehemaligen Nikolaikirche.

Auf den Architekten Gerhard Langmaack geht die Umbauung der Kirche St. Michaelis im Zuge der geplanten Ost-West-Straße zurück. Die Kirche war durch die Bombenzerstörungen freigelegt und sollte nun von drei flachen Bauten gerahmt und von der Ost-West-Straße isoliert werden, sodass eine „Insel als Zufluchtsstätte des gejagten Städters“<sup>27</sup> entstehen konnte. Zwischen 1955 und 1958 wurden die Gebäude fertiggestellt. Der Entwurf des Innenstadtkonzeptes von 2010 sieht vor, auch hier die Bebauung des Straßenrandes zu vervollständigen, sodass die Platzaufweitung von der Straße abgekoppelt würde.

Der bislang letzte Verlust im Bereich der Straße ist der der Katharinschule. Die 1957 bis 1961 nach den Plänen von Baudirektor Seitz erbaute Schule stand beispielhaft für die Anschauungen des Städtebaus während des Wiederaufbaus: Auf einem möglichst großen Grundstück wurde ein Solitärbau errichtet, der von Grünflächen umgeben war. Die Schule wurde 2011 abgebrochen, das Areal der Freifläche weicht einer Blockrandbebauung.

Der Turm der im 19. Jahrhundert errichteten neogotischen Kirche St. Nikolai nimmt heute noch Platz 5 auf der Liste der höchsten christlichen Sakralbauten ein. Auch wenn die Bombenangriffe im Juli 1943 die Kirche beschädigten, war sie im Vergleich zu vielen anderen Hamburger Kirchen zum Kriegsende in einem relativ guten Zustand (Abb. 9). Ging man angesichts des Ausmaßes der Zerstörungen davon aus, nur ein oder zwei der vier großen Altstadtkirchen retten zu können, meinte Denkmalpfleger Grundmann 1950, man müsse die Kirche opfern, die von geringster historischer und kunstgeschichtlicher Bedeutung sei.<sup>28</sup> 1951 wurde die Ruine von St. Nikolai gesprengt, nur der 147 Meter hohe Turm



Abb. 10 Rekonstruierte Bürgerhäuser in der Peterstraße.



Abb. 12 Nikolaifleet mit seiner Randbebauung, 2010.

und Reste der Chorwände blieben stehen. Damit ergab sich später die Möglichkeit, den Turm als Hochpunkt mit seinen umgebenden Freiflächen – dem nach dem Stadtbrand von 1842 angelegten Hopfenmarkt und der Fläche des ehemaligen Kirchenschiffes – in das nach 1952 entwickelte neue städtebauliche Konzept für die Ost-West-Straße einzubinden. Der entsprechende Durchführungsplan wurde 1954 festgestellt.

Dem Turm gegenüber wurde 1958 ein 14-geschossiges Hochhaus an der Ost-West-Straße geplant. Denkmalpfleger Grundmann äußerte erhebliche Bedenken gegen die Höhe des Baukörpers. Er befürchtete, dass das Hochhaus in Konkurrenz zu den nahe gelegenen Türmen der denkmalgeschützten Kirchen St. Nikolai und St. Katharinen treten würde. Im Ergebnis eines Ballontestes zur Beurteilung, inwieweit das geplante Hochhaus den Blick auf den Nikolaiturm und die Erscheinung der Stadtsilhouette beeinträchtigt, stimmte das Denkmalschutzamt zu.<sup>29</sup> Heute haben die Eigentümer eine Erhöhung des Hochhauses mit dem Verweis auf wirtschaftliche Zwänge durchgesetzt, die in den kommenden Jahren erfolgen wird. Hier, wie auch vor fünf Jahren bei der Erhöhung des Unilever-Hochhauses, hat das Denkmalschutzamt auf einen erneuten Ballontest verzichtet.

### Aufstockungen in der Innenstadt

Ein zentrales Problem beim Umgang mit den Denkmälern ist angesichts der hohen Bodenpreise die Tendenz, die Innenstadt allmählich immer höher zu bauen. Nicht nur an den genannten Hochhäusern, auch an anderen Denkmälern hat es in den vergangenen Jahren Aufstockungen gegeben. Allerdings ist der sich aufdrängende Eindruck falsch, in der Innenstadt wären zahlreiche Denkmäler aufgestockt worden. Eine aktuelle Masterarbeit an der Bauhaus-Universität Weimar gibt hierzu Aufschluss: Bis auf drei Gebäude haben die Aufstockungen an nicht geschützten

Denkmälern stattgefunden. Die weitaus größte Zahl der Aufbauten auf älteren Baudenkmalern gehört der Nachkriegszeit an, als die Bauten noch nicht denkmalgeschützt waren, oder es sind Ersatzbauten für diese Nachkriegsergänzungen.

Tatsächlich ist das Problem der Aufstockungen erst in den vergangenen Jahren erneut problematisiert worden. Das Denkmalschutzamt vertritt heute die Auffassung, dass da, wo ein Gebäude vollständig aus einer Bauzeit überliefert ist, eine Aufstockung den Denkmalwert so beeinträchtigt, dass dies unzulässig ist.

### Die Reste der Altstadt und die Rekonstruktionen

Bislang blieb Hamburg hiervon im Wesentlichen verschont. Was hier passiert ist, geschah zum einen unmittelbar nach dem Krieg: Die Rekonstruktion von Bauteilen – dem Turmhelm von St. Katharinen, Teilen der Speicherstadt, Bauteilen in der Deichstraße,



Abb. 11 St.-Petri-Begräbniskapelle von Architekt Arens im Schatten der Messehallen, die sich anstelle der früheren Kirchhöfe erstrecken.



dem letzten erhaltenen geschlossenen Bereich des barocken und klassizistischen Hamburgs. Ein bislang letzter Ausbruch des Rekonstruktionsfiebers in Hamburg war der Bau der Bürgerhäuser an der Peterstraße (Abb. 10). Hier in der Neustadt wurden Wohnhäuser mit Fassaden nach dem Vorbild älterer, nicht mehr vorhandener Häuser von anderen Standorten in der Innenstadt errichtet und mit geborgenen Bauteilen zerstörter Bürgerhäuser versehen.<sup>30</sup>

Das wirklich Alte ist dagegen oft bedrängt: Als eklatantes Beispiel dafür kann die St.-Petri-Begräbniskapelle stehen, der seit dem Bau der Messehallen auf den früheren Kirchhöfen in den 1960er Jahren ihr Umfeld verloren ist (Abb. 11). Ein Werk des Architekten Arens, seltenes Beispiel klassizistischer Architektur in der Traditionslinie der französischen Revolutionsarchitektur, führt sie ein Schattendasein, eingezwängt zwischen der stark befahrenen St. Petersburger Straße und der bereits zweiten Generation von Messehallen. Im Stadtmodell in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gar nicht vorhanden, bedarf es für dieses Bauwerk eines tragfähigen Konzeptes, das seine Überlieferung in der Realität auf Dauer ermöglicht – auch wenn die zugehörige Freifläche nicht wiederherstellbar sein dürfte.

Innerhalb der Altstadt ist das vor 1945 bestehende Stadtbild kaum noch erlebbar. Nur noch in einem Teil der Deichstraße und im parallel verlaufenden Nikolaifleet ist anhand älterer Bebauung nachvollziehbar, wie das Stadtbild vor 1900 durch die Wohn- und Speicherbauten an den Fleeten geprägt war (Abb. 12). Wie schroff die rückseitigen Fassaden zu den Fleeten stehen, das ist heute auch noch in anderen Bereichen der Fleete zu erfahren, die in der Tradition der früheren Bebauung im 20. Jahrhundert bebaut worden sind. Gefahr droht dort jedoch durch geplante Bauten

sogenannter „Fleetstege“, wo an Fleetfassaden breite, für Gastronomie vorgesehene Galerien vorgesehen werden. Längs der Flee- te, nur an den Nordseiten derselben, wo sie, sonnenbeschienen, ein Flanieren und Verweilen hoch über dem Fleet ermöglichen. Vermeintlich mit „Wasserbezug“, geht dieser tatsächlich verloren. Weit besser die Lösung, wie sie im Nikolaifleet besteht: Dank der hier liegenden Pontons ist ein wenig nachvollziehbar, wie die Flee- te wirkten, als Schuten noch dicht gedrängt die Fleete belebten.

### **Ausblick**

In einer wirtschaftlich pulsierenden Stadt ist das Bewahren für die Denkmalpflege einerseits schwer. „Armut ist ein guter Konservator“ – so ein geflügeltes Wort in der Denkmalpflege. Aber: Ohne Geld ist keine Denkmalpflege leistbar. Und nicht wenige von denen, die besonders Nutznießer der wirtschaftlichen Stärke der Stadt sind, sind auch bereit, sich für die Denkmalpflege zu engagieren.

Andererseits erstarken in Hamburg inzwischen Gruppierungen, die den Verlust des Stadtbildes nicht hinnehmen wollen. Die 200 Künstler, die 2009 das sogenannte „Gängeviertel“ besetzt haben, machten das deutlich. Und: Bereits der vorige Senat hat die Erhaltung und die Sanierung dieser zumeist denkmalgeschützten Bauten beschlossen.

Der neue Senat hat sich mit seinem Wahlprogramm, in dem es heißt „Denkmalschutz macht Hamburg lebenswert“ auch der Denkmalpflege verschrieben.

So ist doch angesichts der objektiven Probleme der Denkmalpflege in einer sich verdichtenden Stadt mit hohen Bodenpreisen und Wohnungsmangel das politische Klima für Denkmalpflege gut – dies gilt es zu nutzen.

## Anmerkungen

- 1 J. Brinckmann, Vorlegung eines Teiles des Hamburger Denkmälerarchivs [...], in: Vierter Tag für Denkmalpflege, Erfurt 25. und 26. September 1903, o.J., S. 151.
- 2 M. Fischer und E. Först, Denkmalpflege in Hamburg: Idee – Gesetz – Geschichte, Hamburg 2000, S. 19–21.
- 3 Neunter Tag für Denkmalpflege, Lübeck 24. und 25. September 1908, Stenographischer Bericht, Berlin o.J., S. 50ff.
- 4 Neunter Tag für Denkmalpflege, Lübeck 24. und 25. September 1908, Stenographischer Bericht, Berlin o.J., S. 69ff.
- 5 Zehnter Tag für Denkmalpflege, Trier 23. und 24. September 1909, Stenographischer Bericht, Berlin o.J., S. 84.
- 6 Zehnter Tag für Denkmalpflege, Trier 23. und 24. September 1909, Stenographischer Bericht, Berlin o.J., S. 167.
- 7 M. Fischer und E. Först, Denkmalpflege in Hamburg: Idee – Gesetz – Geschichte, Hamburg 2000, S. 31.
- 8 Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (künftig zitiert als: STAHH) Bestand 364-10 (Denkmalschutzamt) Sign. 37, Bestrebungen zur Erhaltung der Hamburger Altstadt (Manuskript vom 30. November 1935) abgedruckt in der Broschüre „Alt-Hamburg ruft!“, Exemplar in der Akte.
- 9 Ebenda.
- 10 F. Schumacher, Zum Wiederaufbau Hamburgs, Hamburg 1945, S. 7f.
- 11 Ebenda, S. 17.
- 12 Vgl. hierzu: STAHH, Bestand 321-3 I (Baubehörde I) Sign. B2 (K. Gutschow, 3. August 1945, Disposition Schriftsatz zu Wiederherstellungsgebieten) Die Stringenz der Überlegungen Gutschows traf sich offenkundig mit den Vorstellungen der britischen Besatzungsmacht, die aktuelle städtebauliche Ideen im Wiederaufbau durchsetzen wollte – vgl. hierzu W. Durth, Vom Überleben, in: I. Flagge, Geschichte des Wohnens, Band 5 (1999), S. 51.
- 13 Vgl. A. Schildt, Die Grindelhochhäuser in Hamburg – Sozialhistorisches Porträt einer innenstadtnahen Wohnhochhausanlage nach dem Zweiten Weltkrieg, Forschungsprojekt der Stiftung Volkswagenwerk (1985).
- 14 E. Lüth, Erneuerung Hamburgs im Geiste Alfred Lichtwarks, in: E. Lüth, Neues Hamburg Folge 1 (1947), S. 106 ff.
- 15 W. Ohm, City-Planung, in: E. Lüth, Erich (Hrsg.), Neues Hamburg Folge IV (1949), S. 43.
- 16 G. Oelsner, Gesinnung im Städtebau, in: E. Lüth, (Hrsg.) Neues Hamburg Folge VI (1951), S. 18.
- 17 Ebenda.
- 18 STAHH 363-6 Sign. 118, (Vermerk vom 8. Juni 1945 über eine Beratung der vorläufigen Verwaltung) Verfüllt waren danach zu diesem Zeitpunkt: Deichstraßenfleet, Catharinenstraßenfleet, Steckelhörnfleet, Gröningerstraßenfleet, Brauerstraßenfleet und Klingbergfleet.
- 19 STAHH 364-10 Sign. 32 (Memorandum über Tätigkeit des Denkmalschutzamtes vom 15.12.1947).
- 20 STAHH 363-6 Sign. 118 (Entwurf der Binnenaltsterverordnung vom 21. Dezember 1948).
- 21 M. Fischer, Bau- und Kunstdenkmalpflege, in: M. Fischer, E. Först: Denkmalpflege in Hamburg, Hamburg 2000, S. 72.
- 22 Denkmalschutzamt, Objektakte Jungfernstieg 7.
- 23 Denkmalschutzamt, Objektakte Jungfernstieg 7.
- 24 O. Meyer-Ottens, Neugestaltung des Rathaussturmes, in: E. Lüth (Hrsg.), Neues Hamburg Folge II (1948), S. 164.
- 25 Freie und Hansestadt Hamburg, BSU, Innenstadtkonzept 2010 (2010), S. 78 f., „In diesen Fällen muss auch eine unvoreingenommene Abwägung zwischen städtebaulichen und denkmalpflegerischen Belangen möglich sein“ (ebenda, S. 79).
- 26 Baustufenpläne wurden seinerzeit von der Baubehörde für das gesamte Stadtgebiet erarbeitet und vom Senat beschlossen. Sie sind bis heute geltendes Planrecht, werden jedoch mehr und mehr von Bebauungsplänen abgelöst. Der Baustufenplan Innenstadt stellt eine fünf- bis sechsgeschossige Bebauung an der Ost-West-Straße dar.
- 27 Zitiert nach: A. Kiene, Die Michaeliskirche, ein barockes Ereignis, in: D. Haas, Der Turm, Hamburg 1986, S. 63.
- 28 STAHH 363-6 Sign. 51 (Denkmalratssitzung am 6.7.1950, Vermerk v. 9.8.1950).
- 29 Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde, Denkmalschutzamt, Akte 39-102.1059/2, Willy-Brandt-Straße 59,61 – Bauprojekt Oetker (Vermerk zum Ballon-Test vom 11. August 1958).
- 30 R. Lange, Architektur in Hamburg, Hamburg 2008, S. 70.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1, 2, 7, 9: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv; Abb. 6, 10: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv; Abb. 3: Ohm, W., City-Planung, in: Erich Lüth (Hrsg.): Neues Hamburg, Band 4, Hamburg 1949; Abb. 4, 5, 8, 11, 12: Christoph Schwarzkopf.



---

# Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland

11. – 13. Juni 2012  
Hamburg



---

## Begrüßung

Ich darf Sie herzlich begrüßen zu unserer diesjährigen Tagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger „Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel“. Der Wandel, den man am stärksten erlebt, ist wahrscheinlich das Altern; und durch die Teilnahme an den Jahrestagungen der Vereinigung wird man daran erinnert, wie lange man schon im Geschäft ist. Es ist bereits das dritte Mal, dass ich in Hamburg dabei sein darf. 1982 hieß das Thema der Hamburger Tagung „Großstadt und Denkmalpflege“. Dabei standen die Architektur der zwanziger Jahre und die historischen Grünflächen im Vordergrund. 1995 beschäftigten wir uns unter der Überschrift „Denkmal – City – Denkmalort“ mit der Frage, wie sich die Kerngebiete einer Stadt entwickeln und welcher gesellschaftliche Wandel der Vorstellungen von den Aufgaben der City in einer Großstadt damit verbunden ist. Dieses Jahr also haben uns die Hamburger Kollegen eingeladen, sich mit dem Thema der Umnutzungen von Bauten und Flächen auseinanderzusetzen und dabei danach zu fragen, wie sich die Denkmalbedeutungen in Abhängigkeit von der Tiefe der Umgestaltung verändern oder sogar aufgehoben werden.

Vielleicht ist diese Balance zwischen Bewahren und Wandel der spannendste Teil unserer denkmalpflegerischen Arbeit. Der stete Wandel als Teil unseres Lebens ist seit den Vorsokratikern ein Thema der Philosophie. *Panta rhei* – Alles fließt, wusste schon Heraklit. So könnte die Aufgabe der Denkmalpflege auch als ein „Bewahren im Wandel“ überschrieben werden und würde damit die Gedichtüberschrift „Dauer im Wechsel“ von Goethe paraphrasieren:

„Gleich mit jedem Regengusse  
Ändert sich dein holdes Tal,  
Ach, und in demselben Flusse  
Schwimmst du nicht zum zweiten Mal.  
Du nun selbst! Was felsenfeste  
Sich vor dir hervorgetan,  
Mauern siehst du, siehst Paläste  
Stets mit andern Augen an.“

Soweit Goethe.

Mit seinem bekannten Motto im „Gattopardo“ von Giuseppe Tomasi di Lampedusa „Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert“ scheitert Tancredi allerdings. Sein Anschluss an die bürgerliche Bewegung Garibaldi's zur Einigung Italiens kann das Ende der Vorherrschaft des fürstlichen Hauses Salina nicht verhindern. Doch auch das krampfhaftes Festhalten an überholten Formen hätte daran nichts geändert.

So ist auch das immer wieder von Teilen der Öffentlichkeit bemühte Bild von der über die Denkmäler gestülpten Käseglocke als vermeintliches Ziel der Denkmalpflege nicht nur falsch, sondern geradezu gefährlich, leugnet es doch den Wandel, der Teil der Erhaltungsbemühungen um das kulturelle Erbe ist. Denkmälern wächst im Laufe der Jahre nicht nur eine Patina zu, die als Teil des

Alterswertes die Zuneigung zum historischen Objekt zu wecken vermag. Die Zeitläufe sind auch mit Zerstörungen verbunden. Wind und Wetter setzen unseren Denkmälern zu und hier den dadurch eintretenden zerstörerischen Wandel zu verlangsamen und Schäden vom kulturellen Erbe fernzuhalten, ist ein Ziel unseres Tuns.

Wir werden uns im Laufe der nächsten Tage enger eingegrenzt mit dem Thema der Konversionen beschäftigen. Zur dauerhaften Erhaltung von Denkmälern ist im Regelfall ihre sinnvolle Nutzung erforderlich. Grundregel muss dabei aber sein, dass die Nutzung sich den Denkmälern anzupassen hat und nicht umgekehrt die Einbringung einer neuen Funktion zu denkmalpflegerisch nicht zu vertretenden Substanzverlusten führt. Dieses Erfordernis einer Angemessenheit der Nutzung, die auf die Verträglichkeit mit der Erhaltung der Originalsubstanz Rücksicht nimmt, ist auch in einigen Denkmalschutzgesetzen der Länder enthalten. Bereits 1985 hat das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz eine „Empfehlung zur Nutzung von Denkmälern“<sup>1</sup> herausgegeben, deren Grundregeln auch nach fast 30 Jahren unverändert gültig sind.

Ich freue mich, dass die Hamburger Kollegen die Chance einer räumlich konzentrierten Tagung in einer Großstadt genutzt haben und uns im Laufe der nächsten Tage zunächst in kleineren Gruppen an die Objekte heranzuführen. Sie zum konkreten Ausgangspunkt der folgenden Diskussion zu machen ist sicher eine gute Idee. Auch dies ist ein Wandel in der Veranstaltungsreihe der Vereinigung.

Es sind ja nicht nur die Denkmäler, die im Laufe der Zeit einem ständigen Wandel ausgesetzt sind. Es ist die Denkmalpflege selbst, die ebenso wenig statisch ist wie die Denkmäler selbst. Als Teil einer angewandten Geschichtswissenschaft unterliegt sie demselben Wandel, den die Gesellschaft vollzieht.

Nach dem großen Aufschwung, den die Denkmalpflege in den siebziger Jahren erfahren hat, ist zurzeit eine kaum nachvollziehbare Diskrepanz zwischen öffentlicher Akzeptanz und politischer Unterstützung wahrzunehmen. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen europäischen Staaten wie in Schweden und Polen zeigen Umfrageergebnisse eine ausgesprochen große Zustimmung zu den Zielen denkmalpflegerischer Arbeit. Und doch findet ein starker Abbau der Denkmalpflege in einigen Bundesländern statt. Die mangelnde Unterstützung in finanzieller, personeller, aber vor allem auch ideeller Hinsicht ist nicht allein mit dem Hinweis auf die schwierige Lage der Staatshaushalte und der Schuldenbremse zu erklären.

So musste erstmals in der Geschichte des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz die jährliche Pressefahrt wegen der fehlenden Unterstützung durch das Kultusministerium Schleswig-Holstein abgesagt werden, das bis zuletzt sich einer Kooperation entzogen hat. Die Tatsache, dass zwar einerseits im Rahmen einer Gesetzesänderung das Kultusministerium die Zuständigkeit für die Ausweisung von Bauten der Nachkriegszeit an sich gezogen hat, aber nicht bereit war, sich einer Podiumsdiskussion über den

---

Umgang mit der Architektur dieser Zeit zu stellen, spricht für sich.

Nach wie vor ist die Beschäftigung mit dem kulturellen Erbe ein in der Förderpolitik noch zu wenig genutzter Motor für Wachstum, Beschäftigung und Stadtentwicklung. Obwohl die jüngsten Konjunkturprogramme der Bundesrepublik wieder einmal gezeigt haben, wie positiv sich Investitionen in die Altbausubstanz auf die mittelständischen Wirtschafts- und Handwerksbetriebe auswirken und welche günstigen Auswirkungen sich für die Beschäftigung von Arbeitnehmern daraus ergeben, sind die Mittel auf Länderebene stark zurückgefahren worden. Auszunehmen ist ausdrücklich der Bund, der sowohl im Bereich des BKM wie auch des BMVBS erhebliche Förderprogramme für das kulturelle Erbe aufgelegt hat. Sie bedürfen aber der komplementären Ergänzung durch kommunale und Landesmittel, denn wir müssen feststellen, dass in einigen

Bundesländern die Bundesmittel wegen der fehlenden Komplementärmittel nicht abgerufen werden können. Wir wollen hoffen, dass auch hier ein Wandel eintritt.

Den Hamburger Kolleginnen und Kollegen darf ich abschließend sehr herzlich für die Vorbereitung der Tagung danken. Aus dem angrenzenden Ausland hat wieder eine Reihe von gern gesehenen und inzwischen zu Freunden gewordenen Gästen zu unserer Tagung gefunden. Stellvertretend darf ich die Präsidentin des Österreichischen Bundesdenkmalamtes Frau Dr. Barbara Neubauer willkommen heißen. Uns allen wünsche ich bei dem breit angelegten Programm mit seinen vielfältigen Sektionen einen anregenden und erfolgreichen Austausch.

*Prof. Dr. Gerd Weiß*  
Landesamt für Denkmalpflege Hessen

#### **Anmerkungen**

- 1 [www.dnk.de/\\_uploads/.../d0ca6d2c9f0880a5ecb3386a5e2406a6.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/.../d0ca6d2c9f0880a5ecb3386a5e2406a6.pdf); download am 08.06.2012

---

## Begrüßung

Sehr geehrter Herr Stemmann, sehr geehrter Herr Professor Dr. Weiß, lieber Herr Hesse, sehr geehrte Damen und Herren Kustoden und Konservatoren, sehr geehrte Gäste aus dem Ausland, ich heiße Sie herzlich willkommen in unserer Freien und Hansestadt Hamburg. Ich freue mich sehr, dass Sie hier zu Ihrer jährlichen Fachtagung zusammengekommen sind. Für die Hamburger Kulturbehörde und insbesondere natürlich für das Denkmalschutzamt ist es eine ganz besondere Ehre und Freude, in diesem Jahr nach 17 Jahren wieder Gastgeber der Jahrestagung zu sein.

Wer das Vergnügen hatte, damals dabei zu sein, wird feststellen, dass Hamburg sich erheblich verändert hat. Die Denkmäler aber, das wollen wir doch hoffen und dafür haben wir unsere Kolleginnen und Kollegen Denkmalpfleger, bleiben und verleihen unserer Stadt ihre Unverwechselbarkeit. Hamburg ist mit Recht stolz auf seine alten Haupt- und Vorstadtkirchen, auf das Rathaus und die Speicherstadt, auf seinen Hauptbahnhof, auf seine schönen Kontorhäuser und Fritz Schumachers Staats- und Siedlungsbauten der 1920er/30er Jahre. Reetgedeckte Fachwerkhäuser aus dem 18. und 19. Jahrhundert schmücken die alten Dorflagen in den Vier- und Marschlanden oder im Süderelberaum und bestimmen noch immer das Bild der Kulturlandschaft. Historische Bürgerhäuser, stuckverzierte Zins- oder Reihenstadthäuser wie in Harvestehude und Rotherbaum prägen das Bild der gründerzeitlichen Stadterweiterungsgebiete. Prachtige oder auch sich vornehm zurückhaltende Villen des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts prägen die Stadtlandschaft der Elbvororte. Technische und gewerbliche Bauten wie die Speicher am Altonaer Hafensrand, auf der Harburger Schlossinsel oder auch in früheren Gewerbegebieten zeugen als Denkmäler von der Bau- und Wirtschaftsgeschichte der Hansestadt.

Zur Vielfalt und Schönheit einer Stadt gehört der geschichtsbewusste Umgang mit den Zeugnissen der Vergangenheit wie es ja auch unser Denkmalschutzgesetz verlangt: Die Denkmäler sollen in die städtebauliche Entwicklung, Raumordnung und Landespflege einbezogen werden. Denkmäler sind ein historischer Beitrag zur lebendigen Baukultur. Das Bewusstsein für Hamburgs historische Bauten ist so schlecht nicht: Wenn mal wieder ein historisches Gebäude fällt, zitiert die Presse gern die Charakterisierung Hamburgs als „Freie und Abrissstadt“, die dem 1914 in Hamburg verstorbenen Kunsthistoriker Alfred Lichtwark zugeschrieben wird. Hamburg hat vor 170 Jahren beim „Großen Brand“ einen Großteil seiner Altstadt verloren, gut hundert Jahre später schwere Kriegsschäden erlitten. Durch das oft vorschnelle Beiseiteräumen der beschädigten Reste aus früherer Zeit zugunsten eines neuen Städtebaus waren die Verluste historischer Bauten und des überkommenen Stadtbildes erheblich. So ist Hamburg heute eine Stadt vieler Zeitschichten und Überlagerungen, umständehalber auch mit einem erheblichen Bestand an bemerkenswerten Bauten aus den Nachkriegsjahrzehnten, wie die gegenwärtige Ausstellung des Denkmalschutzamtes und der Freien Akademie der Künste in deren Räumen am Klosterwall zeigt – ich kann Ihnen einen Besuch dort sehr empfehlen.

In einer Großstadt wie Hamburg sind die Erscheinungsformen des ständigen Wandels besonders manifest: Es sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich letztlich auch in den politischen Zielsetzungen unserer Regierung, des Senates, niederschlagen. Ob nun Hamburg als wachsende Stadt apostrophiert wird, wie es die letzten Senate getan haben, oder der jetzige Senat „das moderne Hamburg schaffen“ will – immer sind die Regierungsprogramme auch Reaktionen auf sich wandelnde Bedingungen des Handelns. Ihre Zielsetzungen – wie zum Beispiel das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm des Senates mit der Absicht, jährlich 6.000 neue Wohnungen bauen zu lassen – vielfach auch durch Ausbau im Bestand – oder das intensiv diskutierte Innenstadtkonzept, sind Herausforderungen, denen sich unsere Denkmalpfleger stellen müssen.

So hatte sich die Hamburger Denkmalpflege nicht nur mit der radikal geänderten Hafenvirtschaft – das stärkste Bein der Hamburger Wirtschaft überhaupt – auseinanderzusetzen, die nicht nur die historische Hafentopografie veränderte und noch weitere Jahrzehnte lang, teilweise bis zum völligen Verschwinden ändern wird. Auch von den hochbaulichen Zeugnissen des historischen Freihafengebietes sind nur mehr zwei Hände voll Objekte übrig geblieben – sieht man mal von der Speicherstadt ab, deren bevorstehende Entlassung aus dem Hafengebiet die Voraussetzungen dafür schafft, dass sie neuen – nicht hafenvirtschaftlichen – Nutzungen offensteht. Sie hat sich in den letzten Jahren peu à peu von einem reinen Lagerkomplex zu einer Mischung von Büros, Kultur und Gastronomie entwickelt, die an der Grenze zum neuen Stadtteil HafenCity historische Strukturen und bauliche Traditionen transportiert. Sie ist gegenwärtig das größte Konversionsprojekt der Stadt.

Neue Nutzungen in alten Bauten oder auf historischen Freiflächen wie zum Beispiel aufgelassenen Friedhöfen, das ist ja seit je ein Thema der Denkmalpflege.

Das Motto Ihrer Tagung greift dieses Phänomen auf und fragt dabei nach den Bedingungen und Möglichkeiten adäquater Denkmalpflege, wie auch nach den gesellschaftlichen Hintergründen und Herausforderungen für die konservatorische Vermittlungsarbeit. Nicht nur Denkmalwerte und Denkmalbedeutungen sind hier zu befragen, sondern auch die gesellschaftlichen Wertsetzungen, die ebenso einem dauernden Veränderungsprozess unterliegen, nicht zuletzt auch durch die demografische Entwicklung.

Nehmen wir Hamburg als einen Ausschnitt aus der bundesrepublikanischen Gesellschaft, so bestimmt besonders hier Wirtschaftlichkeitsdenken oft mehr das Handeln der Akteure als das kulturelle Bewusstsein. Gleichwohl gehen die meisten kulturellen Errungenschaften wie Museen und Theater auf private Initiativen zurück. Das Bürgertum ist engagiert und nicht zuletzt ist Hamburg auch eine Stiftungshochburg. Mit 1.169 Stiftungen übertrifft Hamburg – gemessen an der Einwohnerzahl – alle anderen Bundesländer. Dass es also doch nicht so übel um diese Stadt bestellt sein

---

kann, zeigt auch der bundesweit beachtete Erfolg der Initiative für das historische Gängeviertel: 200 Künstler und Aktivisten besetzten den letzten Rest der innerstädtischen Straßen- und Hinterhofbebauung aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine Vielzahl kultureller Aktionen und die Unterstützung gerade aus bürgerlichen Kreisen veranlasste den Senat zum Rückkauf des Areals und der Initiative zur Überlassung zwecks Sanierung und Nutzung. Ein weiteres Zeichen für einen besseren Erhalt unserer Denkmäler wird bald gesetzt, wenn wir in Hamburg das sogenannte „Ipsa-Lege“-Denkmalrecht einführen und damit endlich den Denkmalschutz auf die Höhe der Zeit bringen.

Die Denkmalpflege besitzt einen riesigen Schatz an Erfahrungen und Methodik im Umgang mit der historischen Bausubstanz. Veranstaltungen wie diese Jahrestagung dienen dazu, diesen Schatz miteinander zu teilen und damit zu vergrößern. Dieser Austausch ist unverzichtbar, gerade für einen Bereich, der immer wieder mit dem Vorurteil wissenschaftlichen Nischendaseins zu kämpfen hat und bei dem viele sich oft als Einzelkämpfer fühlen. Die Denkmalpflege muss in ihrer alltäglichen Arbeit

viel in die Tiefe gehen und Zeit zum Hinterfragen haben, ob bei der Inventarisierung oder bei der baupraktischen Beratung. Dabei werden die Ergebnisse nicht unbedingt sofort greifbar und sichtbar – schließlich wäre es ein Erfolg denkmalpflegerischer Arbeit, dass die Dinge „so bleiben können wie sie sind“. Umso wichtiger ist es, nach Kräften die denkmalpflegerische Arbeit in die breite Öffentlichkeit zu vermitteln, sei es durch Veranstaltungen wie den gestrigen „Tag für Denkmalpflege“, sei es durch den „Tag des offenen Denkmals“ oder andere Formate. Im allgemeinen Werben um Aufmerksamkeit wird es dabei auch zunehmend wichtig, die Möglichkeiten der alten und neuen Medien zu kennen, und professionelle Pressearbeit als Instrument zu nutzen, Denkmalwissen zu verbreiten, denkmalpflegerische Belange zu verteidigen, bürgerschaftliches Engagement anzuregen und so eine breite gesellschaftliche Unterstützung zu gewinnen.

Ihnen allen wünsche ich bei den Vorträgen und den Aktionen vor Ort einen anregenden Austausch und übergebe nun an Herrn Professor Dr. Weiß.

*Hans Heinrich Bethge*  
Kulturbehörde Hamburg, Amtsleiter Kultur



## Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel: eine Einführung

FRANK PIETER HESSE

Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, sehr geehrter Herr Stemmann, sehr geehrter Herr Staatsrat, lieber Herr Professor Weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen auch aus Frankreich, Österreich und der Schweiz, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zu unserer Jahrestagung 2012 und freue mich über das große Interesse, das unsere Tagung gefunden hat. „Großstadt und Denkmalpflege“ – so hieß das Motto in Hamburg 1982, dann 1995 „Altstadt – City – Denkmalort“ – immer wieder beschäftigten wir uns als Denkmalpfleger einer Metropole – das mögen uns die Kolleginnen und Kollegen aus den Flächenländern nachsehen – mit dem Bestand und den Schicksalen der Denkmäler im urbanen Zusammenhang. So wird es auch dieses Mal sein, wobei wir einerseits uns etwas enger auf das Phänomen der Um- und Nachnutzung von Denkmälern konzentrieren, andererseits uns aber auch den gesellschaftlichen Bezügen der Bewertung des baulichen Erbes widmen wollen. Die Umnutzung von Denkmälern – von Bauten wie auch von Freiräumen, die ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung enthoben mehr oder weniger verändert fortbestehen – gehört zu den alltäglichen Phänomenen denkmalpflegerischer Praxis und ist reich an berühmten Beispielen. Da unterscheiden sich die Großstädte auch kaum von den ländlichen Gebieten. Mit der Umnutzung geht in der Regel auch eine physische Transformation des Denkmals einher. Im schlechtesten Fall bedeutet das eine mehr oder weniger weit reichende Metamorphose (Abb. 1). Solche in ihrer Gestalt stark veränderten Objekte mögen wir nur dann noch als Denkmäler anerkennen, wenn sich ihre Substanz, Erscheinung und Funktion über einen längeren Zeitraum

hinreichend mit neuer Bedeutung und Signifikanz aufgeladen hat. Wir haben das Thema unter dem Überbegriff der Konversionen zusammengefasst.

Wir haben den Begriff für das hier gewählte Leitphänomen konservatorischer Arbeit in den Plural gesetzt: zur Verdeutlichung, dass es nicht einfach um die Begrifflichkeit der Erscheinung geht, sondern um eine Vielfalt von Vorgängen, in die die Denkmäler verwickelt sind – oder sollte man besser sagen: die ihnen angetan werden. Das Phänomen des Wandels – selbst ein kollektiver Begriff, als er die Summe sich verändernder Elemente und unterschiedlicher Veränderungen in sich einschließt – wirkt auf die Denkmäler und damit auf die in ihnen verkörperten beziehungsweise die ihnen zugeschriebenen Werte. Sie stehen, wie in unserer Überschrift, gewissermaßen im Zentrum der Betrachtungen.

Konversion im herkömmlichen planerisch-funktionalen Sinne meint die Umnutzung, Umwandlung von ehemals militärisch genutzten Flächen für künftig zivile Zwecke, der Begriff hat sich aber als Bezeichnung für das allgemeine Phänomen der Funktionsänderung im städtebaulichen und planerischen Sinne durchgesetzt. Auslöser für Konversionen ist zumeist ein Strukturwandel, der politische, wirtschaftliche oder soziale Ursachen haben kann. Wir wollen in die Betrachtung das gesamte Spektrum der Umnutzungen von Bauten und Flächen als Folge der Veränderung von Stadt- und Siedlungsstruktur einbeziehen.

Der gestrige 80. Tag für Denkmalpflege stellte die Frage nach der Rolle der Denkmäler in der sich stetig wandelnden Stadt – wie viel Vergangenheit sind sie in der Lage in der Stadt zu verankern



Abb. 1 Ehemaliger Mühlenbetrieb (Baudenkmal) und zum Bürohaus umgebautes Silo am Harburger Binnenhafen.



Abb. 2 Ehemalige Husarenkaserne in Hamburg-Marienthal (Bez. Wandsbek), Umbau zu Wohnungen.

und dem ökonomisch angetriebenen Verwertungsgeschäft von städtischem Boden und Raum so etwas wie Konstanz entgegenzusetzen, ohne die eine städtische Identität und Unverwechselbarkeit, bürgerliches Selbstbewusstsein und bürgerschaftliche Selbstvergewisserung als Momente einer Zivilgesellschaft nicht möglich sind. Auf unserer Tagung wollen wir den anverwandelten Denkmälern genauer nachspüren.

So stehen am Beginn unseres heutigen Tagungsblocks Beiträge grundsätzlicher Natur: Hans-Rudolf Meier wird sich der Frage der Konversion als denkmalpflegerische Strategie annehmen und Ulrike Plate dem Zusammenhang von Denkmalwertbegründungen und praktischem Umgang nachgehen. Um unseren bundesdeutschen Blick auf unsere Nachbarn zu weiten, werden Philippe Hertel über französische Konversionsbeispiele und Barbara Neubauer über österreichische Herausforderungen dieser Art berichten.

Zentrale Fragestellung in diesem Zusammenhang ist der Fortbestand und der Wandel der Denkmalbedeutungen und -werte, deren wegen die Objekte einst als Denkmale bestimmt, beschrieben und ausgedeutet worden sind. Eine beträchtliche Zahl von Objekten unserer Denkmallandschaften haben überhaupt nur dann die Möglichkeit zu überleben, wenn an die Stelle einer aufgegebenen, weil wirtschaftlich oder funktional obsolet gewordenen Nutzung, eine neue tritt: Die Kaserne wird zum Gewerbe- oder Wohnprojekt, Schulen, Krankenhäuser verwandeln sich in Eigentumswohnungen, Speicher in Lofts, Kirchen in Kindergärten, Bibliotheken oder Restaurants. Im glücklichsten Falle bedarf es keiner größeren Adaptionen, zumeist aber doch Umbauten und Umgestaltungen, um das Denkmal seiner neuen Funktion technisch und gestalterisch anzupassen (Abb. 2 und 3). Derartige Anverwandlungen sind nicht selten von größerem Ausmaß bis hin zum „Fassadismus“, das heißt der Erhaltung der zumeist repräsentativen (bedeutungsvollen) Fassade bei vollständiger Aufgabe des Inneren, dessen Struktur, Substanz und Erscheinung sich der Öffentlichkeit in der Regel entzieht, oft aber wesentlich – aber auch nicht immer – zum Denkmalwert beiträgt. Baukonstruktive Eigenarten, die der alten Nutzung genügt und gedient haben, genügen nicht mehr für eine neue. Die in ihrer Funktion veränderten Bauten bekommen keinen bauordnungsbehördlichen Dispens mehr, da im Falle der Neunutzung auch neu



Abb. 3 Wasserturm Sternschanze, Auskernung vor dem Umbau zum Hotel.

gerechnet werden muss: neue Statik, neue Bemessungsgrundlagen für Fluchtwege, für Brandschutz, für Belichtung et cetera. So fällt es oft schwer, dem umgestalteten Denkmal die ursprünglichen Bedeutungen auf allen Ebenen noch abzugewinnen und ihm seinen ursprünglichen Denkmalwert noch zuzuschreiben. Wir kennen alle das Entsetzen manch inventarisierende Kollegen vor dem von ihnen einst erfassten und ausgedeuteten, dann nach ein paar Jahren unter der Obhut des zuständigen Denkmalpflegers umgestalteten Denkmals.

Es liegt auf der Hand, dass dabei – je nach Eingriffstiefe – der Gehalt an ursprünglichen Denkmalbedeutungen sich als äußerst wandelbar erweist: Mit veränderter, ja verlорener Substanz geht auch ein Verlust an Denkmalwert und -aussage einher. Ob die neue Funktion dem Denkmal dabei – durch anspruchsvolle, dem Denkmal angemessene Gestaltung – einen nachhaltigen und „denkmalfähigen“ Stempel aufzudrücken vermag, der später als Zuwachs an Bedeutung und Denkmalwert zu bestimmen ist, hängt sicher sehr vom Einzelfall der Bauaufgabe ab. Nicht immer ist dies zu verlangen, da würden wir viele unserer einfacheren Alltagsdenkmäler sicherlich überfordern.

Wir müssen uns also fragen, welche Umgestaltungstoleranz die verschiedenen Denkmäler bieten. Wovon ist diese abhängig? Wie



Abb. 4 Harburger Binnenhafen, ehemalige Industriebauten am Westlichen Bahnhofskanal.



Abb. 5 Ehemaliges Allgemeines Krankenhaus Barmbek, Wohnungen im Krankenspavillon, 2013.



Abb. 6 Ehemaliger Flakbunker Wilhelmsburg, Visualisierung Energiebunker, Oktober 2012.



Abb. 7 HEW-Gebäude von Arne Jacobsen.

weit darf das „Weiterbauen am Denkmal“ gehen? Vernichten wir unsere Denkmale, indem wir sie mit fragwürdigen Kompromissen erhalten? Was sind die Kriterien für den „denkmalerhaltenden Verlust“ von Denkmalsubstanz? Welchen „Wertekonkurrenzen“ (Politik, Ökonomie, Klima, andere öffentliche Belange, Ästhetik) unterliegen die Denkmäler bei der Umnutzung und wie wirken sie sich aus? Welche Rolle spielen Bauherrenwille, Impetus der Architekten oder technische Zwänge? Welche Alternativen kann das Denkmal bieten? Welchen Erkenntnisgewinn haben künftige Generationen aus der Anschauung solch unveränderter Denkmäler? Wann ist der materielle Wertzuwachs, den eine Umnutzung eines ansonsten nicht mehr gebrauchten Denkmals zweifellos darstellt, auch ein Zuwachs an Denkmalwert? Wie reagiert die Denkmalpflege auf soziale Phänomene wie den demografischen Wandel, was bedeutet er für die Denkmallandschaft, was für die Vermittlung von Denkmalen und ihren Werten? Braucht es neue Kommunikationsformate?

Solche Fragen sollen und werden sicherlich die Diskussionen dieser Jahrestagung bestimmen. Die zahlreichen grundsätzlichen und beispielgebenden Beiträge aus den Landesämtern und von unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen liefern den Stoff – dafür schon mal an dieser Stelle herzlichen Dank an alle

Referentinnen und Referenten für die aufgebrauchte Zeit und Mühe. Wir hoffen auch, durch das Thema und die Struktur der Tagung die meist ämterübliche Trennung der Fachbereiche Inventarisierung und praktische Denkmalpflege und Restaurierung zu hinterfragen.

Um die Diskussion in Gang zu setzen, bieten wir eine etwas andere Tagungsstruktur als üblich an: wir wollen nach dem heutigen gemeinsamen Auftakt morgen in die Stadt gehen, an Ort und Stelle verschiedene Beispiele vorstellen und debattieren. Sie führen uns zu Konversionsprojekten unterschiedlicher Art: Steht der Harburger Binnenhafen für eine umfassende, auch von der Internationalen Bauausstellung forcierten Tertiärisierung eines vormaligen, auf eine mittelalterliche Burggründung und neuzeitliche Befestigungen zurückgehenden Hafen- und Industriestandortes (Abb. 4), so ist auf dem Gelände des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek das Projekt einer von der Denkmalpflege intensiv begleiteten Transformation der ehemaligen und zu ihrer Zeit vorbildlichen Krankenanstalt in einen Wohnpark mit gewerblicher Infrastruktur zu diskutieren (Abb. 5).

Der ehemalige Flakbunker in Wilhelmsburg, der sich sprengmeisterlichen Beseitigungsversuchen nach dem Zweiten Weltkrieg glücklicherweise widersetzte, wird eine wahrhafte Metamorphose



Abb. 8 „Centro Sociale“ im ehemaligen Schlachthof, Neuer Kamp, 2012.

durchmachen, nach der das Denkmal vor allem als Trägersubstanz für eine friedliche, dem ökologischen und klimabewussten Zeitgeist verpflichtete Funktion im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 2013 dienen wird (Abb. 6).

Die City Nord als in der Prosperitätsphase der alten Bundesrepublik zur Entlastung der Hamburger Innenstadt entstandene Bürostadt steht für die Probleme, die aus Leerstand, veränderten Ansprüchen an Büroarbeitsplätze und städtebaulichen Verdichtungsideen für derart von solitären Bauten geprägte Quartiere entstehen. Einige dieser Bauten wie zum Beispiel Arne Jacobsens HEW-Bau sind auch in unserer Ausstellung „Schick und modern – Hamburger Bauten der Nachkriegsjahrzehnte“ in der Freien Akademie der Künste am Klosterwall dokumentiert (Abb. 7).

Ähnlich verhält es sich auch mit der großen, schon auf Planungen der 1940er Jahre zurückgehenden Ader durch Hamburgs Innenstadt, einst pragmatisch-technisch Ost-West-Straße genannt, 1991 durch das Alsterfleet in zwei Abschnitte geteilt nach Willy Brandt (Ost) und Ludwig Erhard (West) benannt. Die freien, nur mit Solitären besetzten Flächen, die zum mit der Moderne assoziierten Konzept dieser Großstadtstraße gehörten, sind seit wenigen Jahrzehnten willkommene Reservelächen innerstädtischer Verdichtung.

Das in den vergangenen Jahren vielfach in vielen Bundesländern diskutierte Thema der überflüssig gewordenen Kirchen beschäftigt uns auch auf dieser Tagung. Hier – wo nicht nur Prinzipalstücke, Orgeln oder Glocken verloren sind – mag der Verlust an Bedeutungstiefe und Bedeutungsdimensionen durch die erfolgten Umnutzungen besonders deutlich hervortreten. Auf eine eigene Sektion für dieses Thema haben wir schweren Herzens verzichtet, da hierzu bereits mehrere Tagungen hinter uns liegen. Da aber verglichen mit den Verhältnissen in der alten Bundesrepublik den Kirchenbauten in der DDR eine völlig anderes Schicksal zuteil geworden war, haben wir das Angebot von Henriette von Preuschen, hierüber zu berichten, für den Plenumsblock am Mittwoch gern angenommen.

Vielleicht wird sich noch die eine oder der andere an unsere Tagung 1995 erinnern, als wir die Wallanlagen als mehrfach konvertierte und tatsächlich auch weitgehend umgestaltete



Abb. 9 Konversionsprojekt Rindermarkthalle, Neuer Kamp, 2012.

Erholungsgrünfläche und vielschichtiges Gartendenkmal vorgestellt hatten. Einige neue Facetten wie zusätzliche Freizeitangebote, Privatisierung von Teilflächen und städtebauliche Konfliktsituationen werden hier zu diskutieren sein.

Weniger als Konversion im eigentlichen Sinn, sondern vielmehr als zeitgebundene Folge eines grundsätzlichen Wertewandels ist die energetische Qualifizierung von Denkmälern zu betrachten. Die Gefahren für das Weltklima durch die immensen CO<sub>2</sub>-Emissionen der verbrauchten fossilen Energien sind weltweit weitgehend anerkannt und haben zu Regelwerken und Subventionsmechanismen geführt, die unsere Denkmäler ernsthaft in Substanz und Erscheinungsbild bedrohen. Die Hamburger Backsteinbauten – großteils Wiederaufbauware, vielfach in den letzten Jahrzehnten auch falsch saniert – stellen uns vor ungeahnte Probleme des denkmalgerechten Umgangs. Auch hier sind Denkmalwerte und Bedeutungskategorien in Frage gestellt.

Alle hier kurz skizzierten örtlichen Aktionsfelder werden in den Sektionen weiter vertieft und durch Beiträge aus den Landesämtern angereichert und diskutiert. Aber wir wollen nicht nur Fallstudien betreiben, sondern uns auch den Fragen nach der gesellschaftlichen Verankerung der Denkmäler und der Denkmalpflege zuwenden. Das Centro Sociale im ehemaligen Schlachthof am westlichen Rand der Innenstadt ist Teil eines Konversionsprojektes aus den 1980er Jahren und bietet mit seinen teils romantisch anmutenden Backsteinbauten unterschiedlichsten Nutzern ein Dach, so auch einer Sektion dieser Tagung (Abb. 8). Die Denkmäler werden gedeutet als Ressource für Vielfalt und Identität. Wir wollen nach ihren Leistungsvermögen und Sinnpotenzialen fragen, nach Substanzverlust contra Ästhetikgewinn, wir wollen fragen nach dem Charakter des Erbes als dynamischer Begriff, der ständigen Wandlungen durch globale Zusammenhänge und neue Formen der Aneignung unterliegt. Auf der einen Seite wirken immer neue wirtschaftliche Wertschöpfungsphantasien inklusive möglichst schnell zugänglicher ästhetischer Wirkung auf Kosten von Substanz und Bedeutung auf die Denkmäler ein. Auf der anderen haben auch wir Denkmalpfleger uns der Frage zu stellen: „Wem gehört die Stadt?“ (Abb. 9).

Wenn die Denkmäler einen Beitrag zur Identität der Stadtgesellschaften leisten sollen, dann wird angesichts der demografischen

Entwicklung auch ein Gespür dafür zu entwickeln sein, was als das migrantische Erbe zu entdecken und zu bewahren ist. Unsere meist nur historisch und kunstgeschichtlich orientierte Denk- und Schreibweise wird hier möglicherweise nicht hinreichend sein. Für die Kommunikation und Vermittlungsarbeit hat sie sich oft genug als ungenügend erwiesen. Auch auf diesem Feld müssen wir uns befragen, ob wir nicht adäquatere Vermittlungsformen entwickeln müssen – da sind wir ja auch wirklich nicht auf uns allein angewiesen, sondern sollten uns mit anderen Netzwerkern zusammentun.

Der letzte Block unserer Tagung im Plenum beschäftigt sich sowohl mit Grundsatzthemen als auch besonderen Fällen von Konversion. Dorothee Boesler wird uns noch einmal auf die hergebrachte Wertediskussion in der Denkmalpflege verweisen und sie vor der Gegenwart des Hinterfragens traditioneller Werte reflektieren. Neben den schon erwähnten Kirchenschicksalen in der DDR werden wir auch die mehrfache Konversion eines städtebaulichen Großprojektes in Weimar kennenlernen.

Um den Tagungsort Hamburg selbst noch einmal aus der Perspektive des aktiven Planers zu diskutieren, haben wir unseren Oberbaudirektor Jörn Walter eingeladen. Als oberster Baubeamter der Stadt vertritt er seiner Position entsprechend durchaus von der Denkmalpflege abweichende Positionen. Seine Kriterien, nach denen zu beurteilen ist, was aus den verschiedenen Zeitschichten der Stadt zu erhalten lohnt und was entwickelt werden kann – ob mit oder ohne Verwendung des Bestehenden –, sind andere als die der Denkmalpflege, aber gewiss solche, denen sich die Denkmalpflege

tagtäglich zu stellen hat. Das führt uns hoffentlich in eine angeregte Diskussion, vor der allerdings ein Denkmalpfleger das letzte Wort haben soll. Thomas Drachenberg vom Brandenburgischen Landesamt wird versuchen, anhand zweier eindrucklicher Beispiele die hohen fachlichen Ziele und über Jahrzehnte eingeübten Methoden und Argumentationen konservatorischen Handelns den Bedingungen der sich wandelnden Realität gegenüberzustellen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten Jahr haben wir als Vereinigung ein Leitbild Denkmalpflege verabschiedet, das – dem gesellschaftlichen Wandel und der größten Migrantengruppe unter uns Rechnung tragend – auch auf Türkisch und Englisch erschienen ist. Ich zitiere daraus den letzten Satz der Vorbemerkung:

„Wie der historisch gewachsene Denkmalbegriff und das sich im Laufe der Geschichte wandelnde Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Denkmälern, bedarf auch das Leitbild einer kontinuierlichen Überprüfung in der Praxis, der Rückkopplung mit der interessierten Öffentlichkeit und der Aktualisierung in einer sich rasch verändernden Welt.“

Es gibt also über das klar und begrenzt zu beschreibende Phänomen der Denkmalkonversionen hinaus auch weitergehende Fragestellungen zu bearbeiten. Wo, wenn nicht auf einer solchen Jahrestagung, sollten wir die Chance hierzu ergreifen. Täten wir dies nicht, liefen wir Gefahr, uns in der Fachimmanenz einzuigeln und der Weltfremdheit anheimzufallen. Ich wünsche uns allen einen guten Verlauf und drei interessante Tage.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1, 4, 7: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Sabine Ganczarsky; Abb. 2, 8, 9: Frank P. Hesse; Abb. 3: <http://www.wasserturm-schanzenpark.de/bildmaterial.html>; Abb. 5: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Nicolai Wieckmann; Abb. 6: IBA Hamburg GmbH/bloomimages; Abb. 8, 9: Frank P. Hesse.

## Konversion als denkmalpflegerische Strategie?

HANS-RUDOLF MEIER

### Zum Begriff

„Konversion“ – vom lateinischen „convertere“ (= umkehren) – ist ein ebenso schillernder wie kontextsensibler Begriff.<sup>1</sup> Allein die Brockhaus-Enzyklopädie verzeichnet elf Bereiche und Disziplinen, in deren Fachsprache der Konversions-Begriff verwendet wird – und Denkmalpflege und Stadtentwicklung sind auf dieser Liste noch nicht verzeichnet.<sup>2</sup> Mit dieser offensichtlichen Wandelbarkeit demonstriert der Begriff an sich selbst das Problem, das er bezeichnet.<sup>3</sup>

Nutzen wir dieses Faktum und wenden uns zuerst kurz den zwei wohl bekanntesten Konvertiten der abendländischen Geschichte zu, um über sie in unser Thema einzusteigen. Kaiser Konstantin hatte bekanntlich vor der entscheidenden Schlacht an der Milvischen Brücke gegen seinen Mitregenten Maxentius im Herbst 312 einen Traum, in dem ihm der Sieg im Zeichen des Kreuzes versprochen wurde, was zur Konversion des Kaisers führte: Konversion im ursprünglichen Wortsinn als religiös-moralischer Prozess des als „Umkehr“ verstandenen Übertritts von einer Konfession zur anderen.<sup>4</sup> Diese Konversion war nicht nur Voraussetzung von Konstantins Triumph über seinen Rivalen, sondern bildete auch die Grundlage des politischen Erfolgs des Christentums. Unmittelbar nach

Konstantins Sieg an der Milvischen Brücke kam es zu einer zweiten Konversion, nun im Sinne des heutigen planungspolitischen Begriffs: der Nutzungswandlung eines größeren Areals, genauer: der Auflfassung eines Kasernenareals zugunsten einer neuen Nutzung und Bebauung. Konstantin ließ auf dem römischen Lateranhügel die Kasernen der Gardetruppen seines besiegten Widersachers bis auf eine Mauerhöhe von etwa einem Meter schleifen und planieren, um auf dieser Plattform zur Verehrung seines neuen Gottes den ersten christlichen Großbau Roms, die Basilica Salvatoris, als Bischofskirche zu errichten.<sup>5</sup> Aus der Sicht der modernen Denkmalpflege kann diese einer Damnatio memoriae gleichkommende Kahlschlag-Konversion kein Vorbild sein, doch bildete sie die Basis für die Errichtung eines herausragenden Monuments, das heute als singuläres Denkmal einer nun genau 1.700-jährigen Nutzungskontinuität die damit verbundenen vielfältigen baulichen Veränderungen bezeugt.<sup>6</sup> Mit Blick auf diese durch die Konversion ermöglichte Erfolgsgeschichte dürfte den materiellen Zeugnissen dieses Prozesses – den unter der Kirche noch archäologisch fassbaren Resten der zerstörten Castra Equitum Singularium (Abb. 1) – gerade in ihrer das radikale Vorgehen belegenden Fragmentiertheit ein höherer

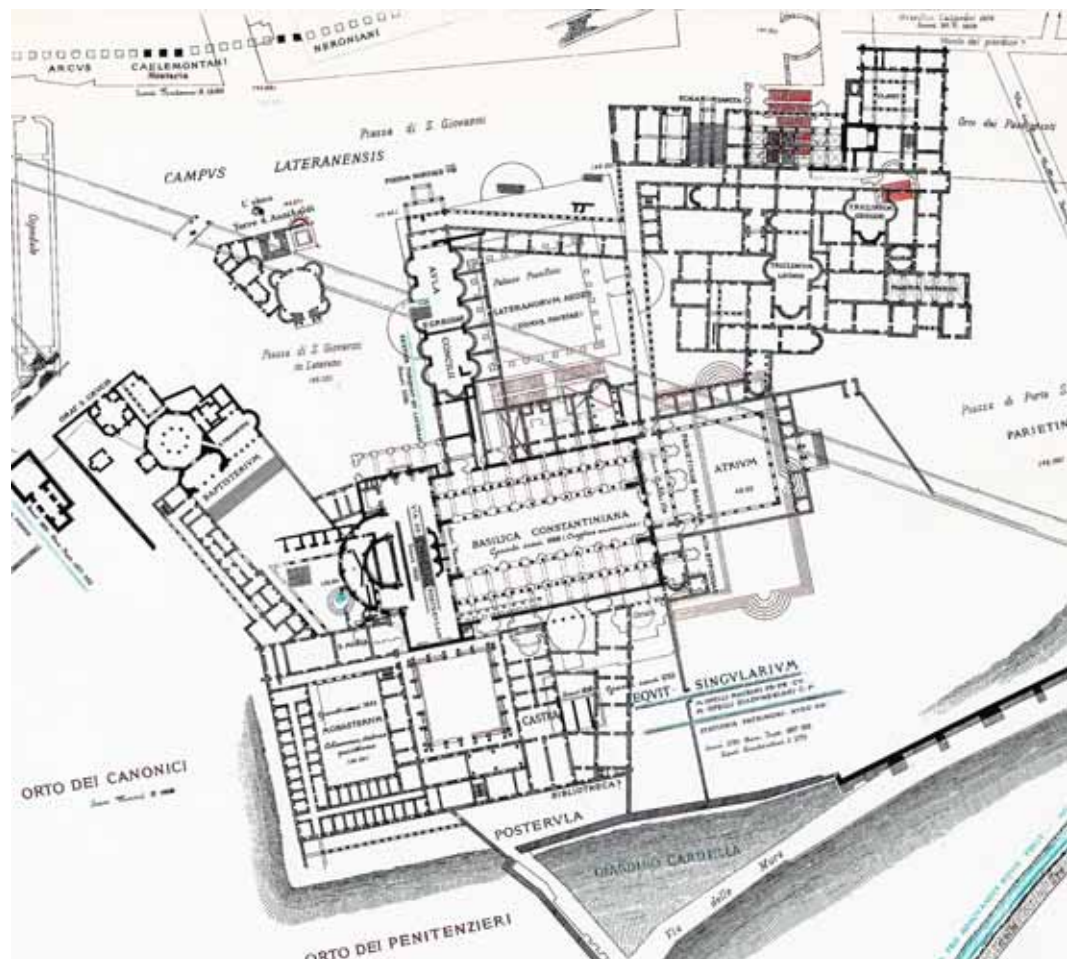


Abb.1 Rom, Lateran, Grundriss der modernen (schwarz), der konstantinischen Kirchenanlage (rot) sowie der erfassten Reste der Kaserne der Equites singulares (blau). (Repro aus: Rodolfo Lanciani, *Forma Urbis Romae*, Rom 1901, Reprint 1990, Taf. 37).



Abb. 2 Rom, die Kirche Santa Maria degli Angeli und das Museo Nazionale Romano (Thermenmuseum) in den Resten der Diokletiansthermen (Aufnahme 2009).

Denkmalwert zukommen, als der einstigen Kaserne, falls sie weiter bestanden hätte, je zugekommen wäre. Der Denkmalwert der Fragmente der destruierten Vorgängerbebauung beruht wesentlich auf deren Zeugnishaftigkeit für die Konversion, die das Denkmal wesentlich mitbegründet.

Das zweite konfessionelle Konversions-Beispiel stammt aus der frühen Neuzeit und weist auf einen ganz andern Aspekt solcher Prozesse hin. Mit „Paris vaut bien une messe“ soll der Bourbonne Heinrich IV. 1593 seine Konversion zum Katholizismus begründet haben, die ihm den Weg zur französischen Krone ebnete. Seit Michael Wolfes Studie wissen wir, dass dieses populäre Diktum nicht von dem vom Calvinismus abgefallenen König, sondern von seinen Feinden aus den Reihen der Katholischen Liga stammt, die damit Henri IV. der Heuchelei bezichtigen wollten.<sup>7</sup> Die Beurteilung dieser Konversion durch die Forschung schwankt zwischen „skandalös“ und „elegant zynisch“,<sup>8</sup> da mit dem Wert von Paris (das heißt der Königskrone) eine an sich moralische Kategorie – die Konfession – ökonomisch begründet worden sein soll. Hörisch, der Konversionen mediengeschichtlich untersucht hat, hebt aber zugleich hervor, dass dieser Schritt – und dass Konversionen insgesamt – zwar für ein Strukturproblem, zugleich aber auch für „ein überdurchschnittliches Maß an mentaler Beweglichkeit“ der Akteure innerhalb und zwischen den Systemen zeugten.<sup>9</sup>

Mit diesem kurzen Blick auf die großen Konvertiten der europäischen Historie sind auch zentrale Fragen der uns hier interessierenden Konversionsproblematik angesprochen: der Denkmalverlust und die Schaffung von neuen Denkmälern durch Konversionsprozesse sowie deren eigene Denkmalwertigkeit, schließlich Aspekte der ökonomischen Motivation von Konversionen und die damit verbundenen Werte- und Wertungsfragen.

#### Die Konversion von Denkmälern: Zeit, Ort und Architektur

Bewertungsfragen und Werteabwägungen sind auch für die Denkmalpflege zentrale Themen bei Konversionsprozessen. Es geht um den Erhalt, die Vernichtung oder Anreicherung von Denkmalsubstanz und um die damit verbundenen Veränderungen der Denkmalwerte und der Denkmalbewertung. Konversionen sind in jedem Fall mit Transformationen, mit Veränderungen verbunden. Mit Konzepten der Konservierung allein sind die damit anfallenden Probleme nicht zu lösen, vielmehr geht es darum, Veränderungsprozesse mitzugestalten, sie zu steuern. Das in der angelsächsischen Denkmalpflege seit längerem fest etablierte, in der deutschsprachigen Community dagegen heftig umstrittene Konzept des „managing change“ ist in diesem Kontext also tatsächlich angesagt. Darauf wird unten zurückzukommen sein.

Die großen Herausforderungen von heute sind die enormen



Abb. 3 Weimar, sogenannte KET-Hallen der ehemaligen Gustloff-Werke. Heute ist die Solaranlage auf den Sheddächern die wirtschaftliche Basis des einstigen Industriegeländes (Aufnahme 2013).



Abb. 4 Apolda, ehemalige Feuerlöschfabrik, Erweiterungsbau von Egon Eiermann (Aufnahme 2010).

Flächen und Bauvolumina, die durch die Deindustrialisierung frei werden, sowie die Konversion von ehemaligen militärischen Anlagen hauptsächlich aus der Zeit des Kalten Krieges. Vergleichbare Konversionswellen in der Geschichte gab es in der Folge der Französischen Revolution und der Säkularisation am Ende des 18. Jahrhunderts beziehungsweise zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als zahllose Schlösser und kirchliche Anlagen zur Disposition standen, sowie nochmals zwei bis drei Jahrhunderte davor, als in der Folge der Reformation viele Klöster aufgehoben und ihre Baulichkeiten für neue Nutzungen freigegeben wurden.<sup>10</sup> Es sind immer epochale Umbrüche, mit denen größere Konversionswellen einhergehen, was ja auch für den heutigen Wandel zur postindustriellen Gesellschaft gilt. Außerhalb der Zentren geht diese Entwicklung vielfach einher mit einer demografischen Krise. Das Szenario erinnert daher manchenorts weniger an fortschrittsfrohe Aufbruchzeiten denn an Phasen der Entvölkerung, wie sie in wohl größten Dimensionen das Ende des römischen Imperiums begleiteten. Entsprechende Wüstungsprozesse sind aber nicht unter den Begriff der Konversion zu subsumieren, da das aktiv gestaltende Element der Transformation zumindest in der Auflassungsphase fehlt und eine eventuelle Neunutzung erst nach einer längeren Wüstungs- beziehungsweise Stagnationsphase einsetzte. Nun verbieten schon baukonstruktive Unterschiede weitergehende Vergleiche zwischen unseren Industriebrachen und etwa den römischen Thermen, bei denen oft Jahrhunderte verstrichen, bis sich neue (Teil-)Nutzungen etablierten. Das zeigen anschaulich die ehemaligen Diokletiansthermen in Rom, die letzten Großthermen, die in der Urbs errichtet wurden. Bereits im Frühmittelalter sind in deren Überreste erste partielle

Neunutzungen nachgewiesen; ein Jahrtausend nach Aufgabe der Thermenfunktion hat dann Michelangelo die Kirche S. Maria degli Angeli im ehemaligen Frigidarium eingerichtet, und in den Nebengebäuden kamen in der Moderne Nutzungen als Museum, Planetarium etc. hinzu (Abb. 2).<sup>11</sup> Trotz aller Veränderungen und Überformungen sind die diokletianischen Thermen aber auch in der Metropole des 21. Jahrhunderts noch immer mit wesentlicher Substanz und als Gesamtstruktur im Stadtgrundriss fassbar. Wenn auch forcierte Vergleiche über Epochen hinweg wenig sinnvoll sind, so lassen sich vielleicht doch Schlüsse ziehen auf möglicherweise sehr lange Prozesse, auf die *longue durée* erfolgreicher Konversionen, und damit Argumente gegen „Abbrüche auf Vorrat“ (das heißt gegen den Abbruch von Gebäuden, nur weil sie leer stehen und für die keine Nachnutzungsoptionen für das Areal vorliegen) gewinnen.

Neben dem Faktor Zeit ist als zweiter Parameter von grundlegender Bedeutung, ob – um den Begriff Hörischs aufzunehmen – die Konversion mit einem „Systemwechsel“ verbunden ist, ob es sich um „Konversionen erster oder zweiter Ordnung“ handelt.<sup>12</sup> Auf unser Fachgebiet übertragen wäre das die Frage, ob die vorhandene Baustruktur als Hülle für die neue Nutzung weitgehend übernommen werden kann oder ob grundlegende Veränderungen angesagt sind. Sind solche nicht notwendig und kann die vorhandene Bebauung im Wesentlichen erhalten werden, ist der Fall in der Regel denkmalpflegerisch wenig problematisch. Das belegen zahlreiche historische Beispiele etwa von Klosteranlagen, die nach der Reformation als Schulen weiter genutzt wurden. Ein ganz anders geartetes aktuelles Beispiel sind die sogenannten KET-Hallen in

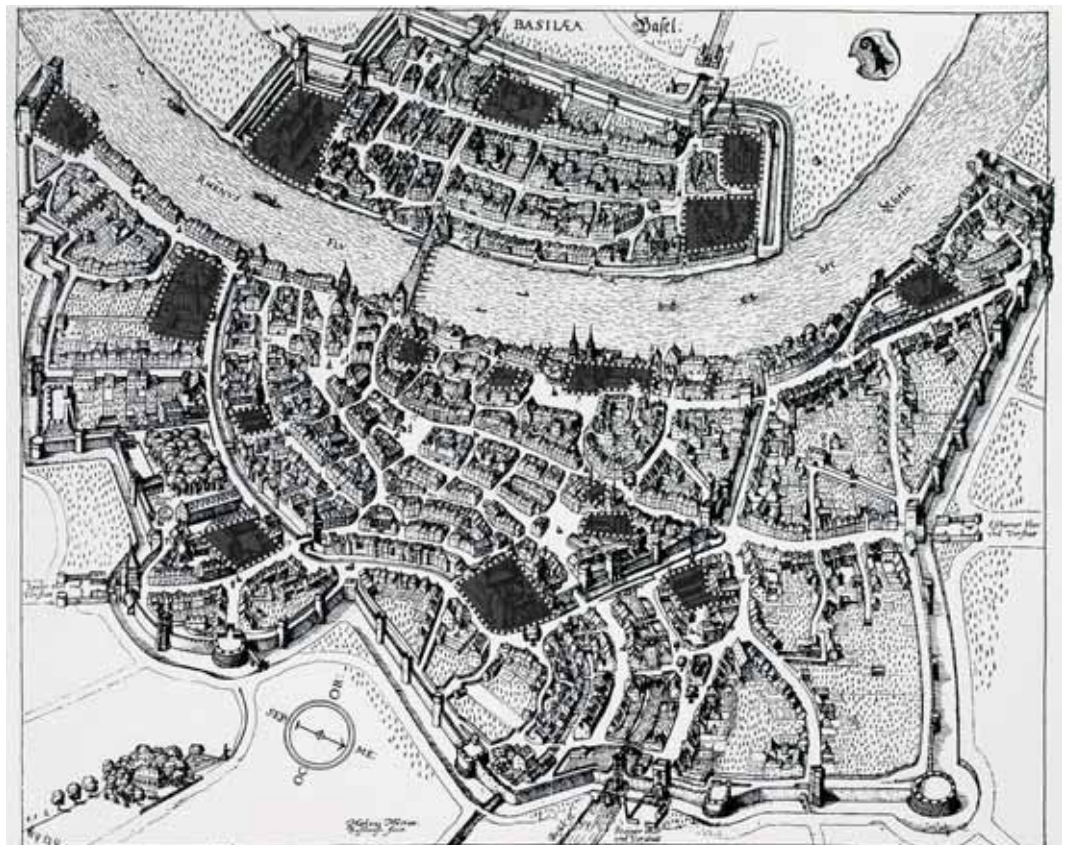


Abb. 5 Flächenanteile mittelalterlicher Klöster und Kirchen an der vor-modernen Stadt: das Beispiel Basel. Plangrundlage Kupferstich von Matthäus Merians Vogelschauplan von 1617, um 1626 (Kartenbearbeitung Alexander Szamborzki).





Abb. 6 Basel, ehemalige Kaserne im ehemaligen Dominikanerinnenkloster Klingental (Aufnahme 2013).



Abb. 7 Banal aber denkmalschonend: Magdeburg, ehemaliger Schlachthof, genutzt als Einkaufszentrum (Aufnahme 2007).

Weimar, eine durch massive Betriebsreduktion weitgehend freigeordnete Folge von Shedhallen, die 1939 bis 1942 nach Plänen von Hans Krebs für die Gustloff-Werke in Buchenwald errichtet worden waren.<sup>13</sup> Jüngst hat ein Investor sie übernommen, um auf der 19.000 Quadratmeter großen Dachfläche eine Photovoltaik-Anlage zu installieren (Abb. 3). Für die Denkmalpflege ist das insofern ein Plus, als damit der Renditedruck für die Hallennutzung weitgehend reduziert ist, so dass sich hier Räume für nicht oder wenig profitable Nutzungen ergeben, die zugleich ohne große bauliche Eingriffe in die Halle auskommen.

Was in Weimar mit tiefen Liegenschafts- und Investitionskosten und entsprechend moderaten Renditeerwartungen klappt, würde in Hamburg, München oder Zürich nicht oder nicht in gleicher Weise funktionieren. Umgekehrt würde dort ein Areal wie die ehemalige Feuerlöschgerätefabrik in Apolda mit dem von Egon Eiermann gebauten beziehungsweise erweiterten Hauptgebäude gewiss nicht jahrelang nutzungslos und ohne konkrete Konversionsperspektive leer stehen (Abb. 4).<sup>14</sup> Evidenterweise ist es also auch im Bereich der Konversion – wie im Immobilienwesen insgesamt – der Standort des Objekts, der für die Beurteilung der Konversionsthematik von entscheidender Bedeutung ist. Wie bereits ausgeführt, ist es in erster Linie standortabhängig, ob Konversion überhaupt ein Thema ist oder ob eher Schrumpfungphänomene wie Leerstand, Wüstung etc. die Agenda diktieren. Es versteht sich, dass der Konversionsdruck von der Knappheit oder Verfügbarkeit von Grund und Boden abhängig ist. In der historischen Perspektive erfolgte die Scheidung hauptsächlich entlang der Stadt-Land-Differenz. Kirchliche Areale hatten in der Stadt des Mittelalters sehr große Flächen eingenommen, die dann entsprechendem Konversionsdruck ausgesetzt waren (Abb. 5). Oft dauerte es allerdings einige Zeit, bis sich neue Nutzungen fest etabliert hatten und noch länger, bis sich dies

auch baulich artikulierte. Dabei beförderten sowohl die Reformation als auch die Säkularisation positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, was heute mit der Deindustrialisierung nicht und bei Aufgabe von Kasernenarealen auch nicht zwingend der Fall ist. In wirtschaftlich boomenden Gebieten ist der Konversionsbedarf hoch, in der – zuweilen ganz nahen – Peripherie besteht dafür kaum Bedarf.

Dort, wo es zu Konversionen kommt, entscheidet der Renditedruck, ob eine eher extensive Nutzung möglich oder eine intensive Nutzung der Konversionsareale unvermeidbar ist. Extensive Lösungen decken sich mit Postulaten der Nachhaltigkeit, wie sie schon seit vierzig Jahren mal mehr, mal weniger stark erhoben werden. Bereits im Gefolge der ersten Erdölkrise in den 1970er Jahren hatte das Royal Institute of British Architects diese Forderung in die anschauliche Parole gefasst: „Long Life, Loose Fit“.<sup>15</sup> Der aus der Sprache der Maßschneider entlehnte „lose Sitz“ beinhaltet dabei „die Absage an hochspezifische und hochkomplexe Komfortbefriedigungspakete und umfasst zugleich die Offenheit für mögliche zukünftige Optionen“.<sup>16</sup>

Diese Offenheit für zukünftige Umnutzungen ist in einer längerfristigen Perspektive ein wesentliches Postulat, um auch bei Mehrfachkonversionen die Geschichte in ihrer Vielfalt, Komplexität und Widersprüchlichkeit bezeugen zu können. Ein Beispiel einer mehrfachen Konversion ist das ehemalige Dominikanerinnenkloster Klingental in Basel, das nach der Reformation Gewerbe- und Lagerzwecken und in den 1690er Jahren auch erstmals militärischer Nutzung diente. Der mit der Modernisierung der Stadt Basel einhergehende Bau der Kaserne anstelle der klösterlichen Wohngebäude nach 1860 bedeutete dann den stärksten baulichen Eingriff auf diesem Areal.<sup>17</sup> Die nächste Konversion erfolgte 1966 nach Auszug des Militärs, wobei die neue Nutzung als Schule und

Künstlerateliers keine größeren baulichen Eingriffe erforderten. Nachdem auch die Schulen weitgehend ausgezogen sind und das ganze Areal vielfältigen kulturellen Nutzungen dient, ist die Denkmalpflege gegenwärtig darum bemüht, den großen Kasernenbau (Abb. 6) zu verteidigen, dessen privilegierte Lage am Rhein Abbruchphantasien schürt, die sich inzwischen auf immer wiederkehrende Forderungen nach Durchbrüchen durch den Kopfbau reduziert haben. Als Argument ist oft zu hören, dieser Teil gehöre ja nicht zum Klosterbestand, habe diesen seinerzeit massiv reduziert und könne nun keinen Schutz beanspruchen. Die noch allzu häufige Argumentation mit dem „Ursprünglichen“ als vermeintlichem „Original“ von besonderem Denkmalwert wendet sich hier gegen das Denkmal als herausragendes Zeugnis wesentlicher Zeitschichten der Stadtgeschichte.

Kehren wir vom Beispiel einer Mehrfachkonversion nochmals zurück zur Nachhaltigkeitsstrategie des „Loose Fit“, einem Grundsatz, der denkmalpflegerischen Intentionen sehr entgegen kommt.<sup>18</sup> Das sei am Beispiel des ehemaligen Schlachthofs von Magdeburg illustriert: Errichtet 1893, wurde die Anlage 1924 von Bruno Tauts ehemaligem Mitarbeiter und Nachfolger Johannes Göderitz erweitert. Nach der Wende wurde die ursprüngliche Nutzung aufgegeben, und seither ist das Areal in Konversion (Abb. 7).<sup>19</sup> Dabei zeigt sich, dass die neue Nutzung als Parkhaus und Einkaufs-Center einen wesentlich substanzschonenderen Umgang mit dem Denkmal darstellt, als dies bei einer Weiternutzung in angestammter Funktion als moderner Schlachthof mit seinen Anforderungen an Hygiene und Technik der Fall gewesen wäre. Evident ist auch der städtebauliche Gewinn, ist mit den hier untergebrachten großflächigen Einkaufszentren doch eine Alternative zum suburbanen Neubau und damit zur weiteren Zersiedlung der Landschaft realisiert worden. Die relativ großzügige Nutzung des vorhandenen Raums – „the loose fit“ – mag dabei typisch für einen Ort wie Magdeburg sein, in dem es eher darum geht, Nutzungen für die freien Flächen und Räume zu finden, als die Wertschöpfung auf jedem Quadratmeter zu optimieren.

In den boomenden Metropolen gilt es dagegen, unter diesem höheren Druck denkmalpflegerisch akzeptable Lösungen zu finden und entsprechende Strategien zu entwickeln. Dabei kann das bei der Immobilienwirtschaft beliebte Konzept der Verdichtung bei Konversionen auch von denkmalpflegerischem Nutzen sein. Das zeigt exemplarisch das Beispiel des Warteck-Areals in Basel. Die größte Brauerei der Stadt stellte nach dem Verkauf an die einstige Konkurrenz 1990 die Produktion auf eigenem Areal unweit des Rheins ein. Die Nachfolgefirma Warteck Invest beauftragte einen Generalunternehmer zur Überplanung des Areals mit einer Wohnsiedlung in Blockrandbebauung, was den Totalabbruch der hundertjährigen Industriebauten bedeutet hätte. Dagegen regte sich Widerstand unter anderem bei der Denkmalpflege. Eine Übereinkunft mit der Stadt ermöglichte schließlich eine einvernehmliche Lösung, die durch die Zustimmung der Wähler zur nötigen Zonenplanänderung abgesegnet wurde. Die Hauptgebäude mit dem markanten Wasserturm konnten erhalten und einer kulturellen Nutzung zugeführt werden. Die anfallenden Umbaumaßnahmen waren durch die Warteck Invest zu bezahlen, da diese durch die partielle



Abb. 8 Basel, Areal der ehemaligen Brauerei Warteck mit den als Kulturzentrum genutzten Altbauten und der neuen Wohnbebauung (links) (Aufnahme 2013).

Umnutzung Abbruchkosten sparte. Im Gegenzug wurde der Firma genehmigt, die Gesamtgeschossfläche, die auf dem ganzen Areal vorgesehen war, durch Verdichtung und Aufstockung in dem nun kleineren zu bebauenden Gebiet beizubehalten, wofür das Architekturbüro Diener & Diener die Planung vorlegte.<sup>20</sup> So lassen sich die Gewinne des Investors im verkleinerten Neubauareal realisieren; die Denkmale werden vom Renditedruck entlastet und dank niedriger Investitionen bleiben im umgenutzten Teil auch Patina und Gepräge einer Industrieanlage erhalten (Abb. 8).

Aufschlussreich ist die Differenz zum nur wenige hundert Meter rheinabwärts gelegenen Kasernenareal: Dieses war stets im Besitz der öffentlichen Hand und wird seit fast fünfzig Jahren kulturell genutzt, wogegen im privaten Warteck-Areal die Konversion mit Renditeerwartungen verbunden war. Erst der Deal ermöglichte dann, einen Teil des Areals aus dieser Renditezone zu lösen und damit dann auch dort eine „loose fit“-Nutzung zu etablieren.

Der Anstoß zu diesem Tauschgeschäft kam vom Architekten Markus Diener, der sich zugleich in die Investfirma einkaufte, um seinem Kompromissvorschlag auch dort Gewicht geben zu können. Unabhängig von der konkreten Konstellation ist es typisch, dass es Strategien von Investoren und/oder Projektentwicklern sind, die in solchen Fällen zu auch denkmalpflegerisch akzeptablen Erfolgen führen. Es sind Akteure, für welche die Steuerung von (Veränderungs-)Prozessen alltägliches Geschäft ist, während die Denkmalpflege in ihrem Selbst- und Fremdbild dem Bewahren verpflichtet ist. Bewahren ist ja auch der gesellschaftliche Auftrag der Denkmalpflege, den deren Institutionen mit dem Image der Verhinderer bezahlen. Tatsächlich war es – um beim Basler Beispiel zu bleiben – insbesondere der Widerstand der Denkmalpflege gegen das ursprüngliche Projekt, das überhaupt den Anstoß zur Suche nach Alternativen gab. Sie wurde damit ihrer Rolle gerecht, Sand ins Getriebe allzu schneller profitorientierter Planungen zu streuen. Diese Rolle muss die Denkmalpflege in jedem Fall beibehalten, gerade auch in den Dynamiken von Konversionen. DenkmalpflegerInnen können und sollen nicht zu Projektentwicklern werden. Dennoch muss in der Denkmalpflege das Mitdenken von Transformationsprozessen gestärkt werden, um vor allem im Falle von Konversionen vermehrt auch proaktiv tätig werden zu können.

### Change management

Dies nun ist der Punkt, um das Schlüssel- und Reizwort „Change management“ oder „Managing change“ einzuführen. Der Begriff stammt aus den Wirtschaftswissenschaften und ist im angelsächsischen Bereich vor einigen Jahren in den Bereich der Heritage Preservation übernommen worden.<sup>21</sup> Gegenwärtig ist er Angelpunkt eines Richtungsstreits bei ICOMOS (Internationaler Rat für Denkmalpflege), eine Kontroverse, auf die hier nicht einzugehen ist.<sup>22</sup> Ich greife den Terminus deshalb auf, weil er die Erkenntnis begrifflich fasst, dass eine reine Konservierung – im Sinne des unveränderlichen Bewahrens – kaum je möglich und jede auch denkmalpflegerische Intervention ein Teil eines Veränderungsprozesses des Objekts ist.<sup>23</sup> Eigentlich handelt es sich dabei um die basale Einsicht, dass sich die Dinge durch die Zeiten in jedem Fall verändern: ohne Intervention erfolgt diese Veränderung im Sinne des Alterswerts, den Alois Riegl mit dem biologischen Werden und Vergehen verknüpft hat, während sie bei einem aktiven Eingriff immer gestaltend ist, auch bei einer konservierenden Intervention der Denkmalpflege.<sup>24</sup> In Riegls Ausführungen zum Alterswert finden sich im übrigen Aussagen, die einen fundamentalen Aspekt der Konversionsthematik ganz gut treffen: „Vom Standpunkt des Alterswerts muss eben nicht für ewige Erhaltung der Denkmale einstigen Werdens durch menschliche Tätigkeit gesorgt sein, sondern für ewige Schaustellung des Kreislaufes vom Werden und Vergehen, und eine solche bleibt auch dann garantiert, wenn an Stelle der heutigen existierenden Denkmale künftighin andere getreten sein werden.“<sup>25</sup>

Den Vorteil des Begriffs „Change management“ (oder eines zu findenden deutschen Synonyms) sehe ich darin, dass er dazu zwingt, sich mit diesem Veränderungsaspekt zu beschäftigen, und die Versuchung der Selbsttäuschung des „Nur-Bewahrens“ – „Konservieren und nur Konservieren“ (Dehio) – mindert. Nachteilig könnte sein, dass diese den Veränderungsaspekt hervorhebende Begrifflichkeit „weiche“ Positionen befördert, wonach Veränderung unausweichlich seien und deshalb das Beharren auf dem Bestand nicht übertrieben werden solle.

Diese Grundsatzdebatte kann hier nicht vertiefend diskutiert werden. Das muss sie auch nicht, da bei der uns hier interessierenden Konversionsthematik die Transformation in jedem Fall gegeben ist und diese idealiter Teil der Denkmalbegründung wird. Die „Spuren der Zeit“ – nun nicht im Sinne der Patina, sondern als Spuren bewusster Planungen und gewollter Veränderungen – hat schon Karl Friedrich Schinkel als eines der Denkmalinteressen genannt, und zwar im Zusammenhang mit der „Betrachtung der Städte in ihren Anlagen und äußeren Formen.“<sup>26</sup> Tatsächlich zeigen sich bei der Diskussion denkmalpflegerischer Aspekte von Konversionen manche Parallelen mit denen anderer Flächendenkmale insbesondere der städtebaulichen Denkmalpflege, aber auch der Gartendenkmalpflege, wo die Beschäftigung mit dem dauernden Wandel naturgemäß eine zentrale Aufgabe ist.

Die Nähe zur beziehungsweise die Verschränkung mit der städtebaulichen Denkmalpflege ergibt sich auch durch die

architektonischen Spezifika der meisten heutigen Konversionsgebiete. Anders als die Schlösser und Klöster vergangener Konversionsschübe geht es bei Kasernen und Industrieanlagen eher selten um künstlerisch wertvolle Details, sondern oft um eher schlichte Anlagen und um städtebauliche Strukturen, die Zeugnisse für Organisationsabläufe, aber auch Spuren gesellschaftlicher Schichtung und Kämpfe sind. Die begrenzte künstlerische Qualität der Bauten bietet den Vorteil größerer Veränderungsspielräume, hat aber andererseits den Nachteil, dass der Schutz unspektakulärer Bauten oft schwieriger zu begründen und zu vermitteln ist. Doch gerade, wenn es darum geht, größere Veränderungsspielräume zu definieren, die auch Aufgabe und Abbruch von Teilbereichen umfassen können, wird die Bedeutung der genauen Kenntnis des Bestandes vor der Konversion – mithin die Inventarisierung – und die Begründung dessen, was das Denkmal und den Denkmalwert ausmachen, besonderes einschichtig.<sup>27</sup>

Ich komme zum Schluss und damit zurück zu meiner Titelfrage, ob Konversion eine denkmalpflegerische Strategie ist. Kriterien zur Beurteilung von Kasernen-Konventionen aus denkmalpflegerischer Sicht hat beispielsweise vor ein paar Jahren Roswitha Kaiser an der Esslinger Jahrestagung vorgelegt;<sup>28</sup> Vertiefungen und Differenzierungen finden sich in vielfältiger Weise in den Beiträgen dieses Tagungsbandes. An den zahlreichen Beispielen lassen sich auch Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen erfolgreichen Konversionen und erfolgreicher Denkmalpflege diskutieren.

Auf die grundsätzliche Problematik, dass Konversionen a priori auf Veränderung und nicht auf Bewahrung angelegt sind und somit nicht per se besonders denkmalfreundlich erscheinen, bin ich in meinen Ausführungen eingegangen. Die Veränderung gerade bei ehemaligen Kasernen- und Industriearealen ist aber oft notwendige Voraussetzung für die Aneignung dieser einst verbotenen und oft wenig geliebten Zonen durch die Bevölkerung. So ist zu Recht hervorgehoben worden, dass die Umwandlung der ehemaligen Industrieareale etwa durch die IBA Emscher Park nicht zuletzt einen kollektiven Prozess der Schaffung einer neuen Heimat nach dem Verlust der alten Gewissheiten darstellte.<sup>29</sup> Und so lohnt es sich, abschließend auch nochmals zu den eingangs genannten prominenten Konvertiten zurückzukehren und deren Handeln nach ihrer Konversion zu betrachten. Es zeigt sich in diesen Fällen, dass die Transformation sowohl bei Konstantin als auch bei Henri IV. auch als Strategie des Bewahrens verstanden werden kann: Kaiser Konstantin setzte mit seiner Konversion einen Prozess in Gange, der am Ende des Jahrhunderts zum Staatskirchentum führte und dem alten Kaiserkult damit quasi eine neue zeitgemäße Machtbasis verschaffte, und Heinrich IV. nutzte sein durch die Konversion gesichertes Königsamt, um im Edikt von Nantes seinen alten Glaubensbrüdern die gewünschten, auf dem Schlachtfeld nicht zu sichernden Freiheiten und Sicherheiten zu garantieren. Oder – um noch einmal den Medien- und Kulturhistoriker zu Wort kommen zu lassen –: „Konversionen sind Identitätswechsel im Interesse der Identitätserhaltung und Bestandsvermehrung.“<sup>30</sup>

## Anmerkungen

- 1 Jochen Hörisch: Konversion. Von der Kultur- zur Mediengeschichte, in: Vorträge aus dem Warburg-Haus 5, 2001, S. 167–189, hier: 179.
- 2 Art. Konversion, in: Brockhaus Enzyklopädie Bd. 15, <sup>21</sup>2006, online-Version: [www.brockhaus-encyklopaedie.de/be21\\_article.php?search\\_q=Konversion](http://www.brockhaus-encyklopaedie.de/be21_article.php?search_q=Konversion) (letzter Zugriff: 17.6.2012).
- 3 Hörisch (wie Anm. 1), S. 179.
- 4 Klaus M. Girardet: Der Kaiser und sein Gott. Das Christentum im Denken und in der Religionspolitik Konstantins des Großen, Berlin/New York 2010, S. 63ff.
- 5 Noch immer grundlegend: Richard Krautheimer et.al.: *Corpus Basilicarum Christianarum Romae. Le basiliche paleocristiane di Roma (IV-XI sec.)*, Bd. 5., Città del Vaticano 1980, S. 1–96, bes. 8f.
- 6 Zum wichtigsten Umbau der Basilika, Borrominis Barockisierung zum Heiligen Jahr 1650, vgl. Augusto Roca de Amicis: *L'opera di Borromini in San Giovanni in Laterano: Gli anni della fabbrica (1646–1650)*, Rom 1995; Meinrad von Engelberg: *Renovatio Ecclesiae. Die „Barockisierung“ mittelalterlicher Kirchen*, Petersberg 2005, S. 75–83.
- 7 Michael Wolfe: *The Conversion of Henri IV. Politics, Power and Religious Belief in Early Modern France*. Harvard Historical Studies 112, Cambridge MA/London 1993, S. 1; Jörg Deventer: „Zu Rom übergehen“. Konversion als Entscheidungshandlung und Handlungsstrategie – Ein Versuch, in: Rudolf Leeb/Susanne Claudine Pils/Thomas Winkelbauer (Hg.): *Staatsmacht und Seelenheil. Gegenreformation und Geheimprotestantismus in der Habsburgermonarchie*, Wien 2007, S. 168–180.
- 8 Hörisch (wie Anm. 1), S. 183.
- 9 Hörisch (wie Anm. 1), S. 180.
- 10 Die Spätantike mit zahlreichen Tempelumnutzungen im Gefolge der Christianisierung wäre eine weitere Umbruchszeit, dazu: Franz Alto Bauer/Norbert Zimmermann (Hg.): *Epochenwandel? Kunst und Kultur zwischen Antike und Mittelalter*, Mainz 2001; Hans-Rudolf Meier: „Die Tempel blieben dem Auge heilig, als die Götter längst zum Gelächter dienten ...“. Texte und Befunde zum Umgang mit dem baulichen Erbe in der Spätantike und im Frühmittelalter, in: Volker Hoffmann (Hg.): *Die „Denkmalpflege“ vor der Denkmalpflege. Akten des Berner Kongresses 30. Juni bis 3. Juli 1999*. Neue Berner Schriften zur Kunst, Bd. 8, Bern 2005, S. 127–161.
- 11 Mirella Serlorenzi/Stefania Laurenti: *Terme di Diocleziano, Santa Maria degli Angeli*, Rom 2002.
- 12 Hörisch (wie Anm. 1), S. 183.
- 13 Rainer Müller: *Katalog der Kulturdenkmale der Stadt Weimar. Bd. 2: Stadterweiterung und Ortsteile. Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmale in Thüringen Bd. 4.2, Erfurt 2009*, S. 636f. Die Hallen werden gegenwärtig (Sommersemester 2012) von Ines Terstappen, Barbara Kiesel, Susanne Schubert und Madeleine Hampe an der Professur Denkmalpflege und Baugeschichte der Bauhaus-Universität Weimar in Bachelorthesen untersucht und dabei auch Nutzungskonzepte erarbeitet.
- 14 Vgl. DNK-Studentenworkshop Apolda. Ergebnisse des 4. Workshops des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz vom 13. bis zum 19. September 2009 in Apolda. Schriftenreihe des DNK Bd. 77, Bonn 2010.
- 15 Royal Institute of British Architects (Hg.): *Long life, loose fit, low energy study*, London 1972; Alex Gordon: *Designing for survival: the President introduces his long life/loose fit/low energy study*, in: *RIBA Journal* 79, 1972/9, S. 374–376.
- 16 Lucius Burckhardt: *Umnutzung als Hoffnung*, in: *Das Werk* 11/1975, S. 968–972, hier: 972.
- 17 David Tréfàs: *Die Kaserne in Basel. Der Bau und seine Geschichte*, Basel 2012.
- 18 Zu Nachhaltigkeit und Denkmalpflege vgl. Marion Wohlleben/Hans-Rudolf Meier (Hg.): *Nachhaltigkeit und Denkmalpflege. Beiträge zu einer Kultur der Umsicht. Veröffentlichungen am Institut für Denkmalpflege der ETH Zürich*, Bd. 24, Zürich 2002; Marion Wohlleben: *Gemeinsamkeiten von Denkmalpflege und Nachhaltigkeit*, in: Hans-Rudolf Meier (Hg.): *Denkmale in der Stadt – die Stadt als Denkmal. Probleme und Chancen für den Stadtumbau*. Schriftenreihe Stadtentwicklung und Denkmalpflege Bd.1, Dresden 2006, S. 61–70.
- 19 Holger Brülls: *Funktionalismus und Monumentalität. Der Magdeburger Vieh- und Schlachthof von 1893 und seine Erweiterung in den 1920er Jahren durch Johannes Göderitz*, in: *Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt* 2, 1994/1, S. 64–76; Holger Brülls/Dorothe Honekamp-Könemann/Sabine Ullrich: *Denkmalverzeichnis Sachsen-Anhalt, Bd. 14: Landeshauptstadt Magdeburg*, Halle 2009, S. 326f., 570–572.
- 20 Roger Diener/Martin Steinmann: *Das Haus und die Stadt. Diener & Diener – Städtebauliche Arbeiten*, Basel/Boston/Berlin 1995, S. 62–69; Jann Lienhart: *Flächentausch*, in: *Hochparterre* 9, 1996, S. 28; Martina Jenzer Bieri: *Die Umnutzung des Wartheck-Areals in Basel*. In *Ku* 49. *Industriekultur Basel-Stadt*, März 2007.
- 21 Explizit als Nachhaltigkeitsstrategie z.B.: *Managing Change: Sustainable Approaches to the Conservation of the Built Environment*. 4th Annual US/ICOMOS International Symposium, Organized by US/ICOMOS, the Graduate Program in Historic Preservation of the University of Pennsylvania, and the Getty Conservation Institute, Philadelphia 2001, Los Angeles 2003.
- 22 Araoz, Gustavo F.: *Preserving heritage places under a new paradigm*, in: *Journal of Cultural Heritage Management and Sustainable Development* 1. Jg., H. 1, 2011, S. 55–60, bes. 58, <http://www.emeraldinsight.com/journals.htm?issn=2044-1266&volume=1&issue=1>; erstmals präsentiert wurde dieser Beitrag an einer ICOMOS-Tagung in La Valletta im Oktober 2009. Eine Gegenposition dazu hat Araoz' Vorgänger anlässlich einer Konferenz „Conservation Turn – Return to Conservation: Challenges and Chances in a Changing World“ in Prag und Český Krumlov im Mai 2010 formuliert: Michael Petzet: *Conservation or Managing Change?*, abrufbar auf der Webseite von ICOMOS Deutschland: <http://www.icomos.de> (letzter Zugriff: 2.5.2012).
- 23 Vgl. hierzu eindrücklich den Beitrag von Thomas Drachenberg.
- 24 Zur Konservierung als Veränderung vgl. Hans-Rudolf Meier: *Konservatorische Selektion von Denkmalschichten*, in: *Das Denkmal als Fragment – Das Fragment als Denkmal. Denkmale als Attraktionen. Arbeitsheft 21 des Landesamtes für Denkmalpflege Baden-Württemberg*, Stuttgart 2008, S. 355–362.
- 25 Alois Riegl: *Der moderne Denkmalkultus. Sein Wesen und seine Entstehung*, Wien/Leipzig 1903, zitiert nach: Ernst Bacher (Hg.): *Kunstwerk oder Denkmal? Alois Riegls Schriften zur Denkmalpflege*, Wien u.a. 1995, S. 72.
- 26 Paul Ortwin Rave: *Karl Friedrich Schinkel, Lebenswerk*, Berlin 1: *Bauten für die Kunst und Kirchen*, Denkmalpflege, Berlin 1941, S. 366.
- 27 Zur fundamentalen Bedeutung der Inventarisierung vgl. den Beitrag von Ulrike Plate: *Was macht das Denkmal zum Denkmal? Denkmalbegründungen als Grundlage für eine erfolgreiche Konversion*.
- 28 Roswitha Kaiser: *Konversion von Kasernen*, in: *Das Denkmal als Fragment – Das Fragment als Denkmal. Denkmale als Attraktionen. Arbeitsheft 21 des Landesamtes für Denkmalpflege Baden-Württemberg*, Stuttgart 2008, S. 475–482.
- 29 Kerstin Brandt: *„Memory Traces of an Abandoned Set of Futures“*. *Industrial Ruins in the Postindustrial Landscapes of Germany*, in: Julia Hell/Andreas Schönle (Hg.): *Ruins of Modernity*, Durham/London 2010, S. 270–293, bes. 274.
- 30 Hörisch (wie Anm. 1), S. 185.

## Abbildungsnachweis

Abb.1: Repro aus: Rodolfo Lanciani, *Forma Urbis Romae*, Rom 1901, Reprint 1990, Taf. 37; Abb. 2, 6, 8: Carola Jäggi; Abb. 3, 7: Hans-Rudolf Meier; Abb. 4: Dietram Franke; Abb. 5: Karte: Archiv Hans-Rudolf Meier, Bearbeitung: Alexander Szamborzki.

## Was macht das Denkmal zum Denkmal – Denkmalbegründungen als Grundlage für eine erfolgreiche Konversion

ULRIKE PLATE

„Am Anfang steht das Denkmal“ – so war 2006 die Jubiläumsausstellung der AG Inventarisierung in der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger betitelt. Der Titel wurde lange abgewogen. Unschwer zu erkennen ist die Bezugnahme des Titels auf den ersten Satz des Johannesevangeliums: „Am Anfang war das Wort“ – so kam auch uns zunächst die Formulierung in den Kopf: Am Anfang war das Denkmal.

Wie oft trifft dieser Satz die bittere Wahrheit. Und doch will keiner diesen Satz wahr werden lassen. Wir, die Inventarisatorinnen und Inventarisatoren in den Landesämtern, haben uns also für eine Abwandlung entschieden: Am Anfang steht das Denkmal.

Auch diesen Satz können wir auf verschiedene Weise verstehen. Er kann bedeuten, dass Ausgangspunkt für das Handeln der Denkmalpflege die Existenz eines Denkmals ist. Er kann aber auch bedeuten, dass am Anfang des denkmalpflegerischen Handelns die Beschäftigung mit dem Denkmal stehen sollte. Es zu erkennen und zu erforschen, um seinen Wert zu vermitteln, damit es dann erhalten werden kann.

Der Titel der diesjährigen Jahrestagung hier in Hamburg lautet: Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel. Konversionen – hier verstanden ganz allgemein für die Neunutzung von Flächen, die Veränderung von Stadtstrukturen, die Umnutzung von Bauten. Was trägt die Inventarisierung hierzu bei? Denkmale. Ja! In aller Regel – zumindest mal durch Denkmallisten, zumeist in Form von Katasterkarten mit rot gekennzeichneten Flächen – in der Regel, ergänzt um eine schriftliche Liste mit Adressen und kurzen Angaben zu den bezeichneten Objekten.

Denkmallisten – in allen modernen Denkmalschutzgesetzen wird die Erstellung von Denkmallisten, das Führen von Denkmalbüchern oder Ähnlichem gefordert. Dies hat eine lange Tradition. In Württemberg folgte der erste staatliche Konservator dem Vorbild Preußens und ließ von Baubehörden, Pfarrern und anderen Heimatkundigen Fragebogen ausfüllen, um einen Überblick über die Denkmale zu bekommen. Sein Auftrag: die Denkmale zu erkennen, zu erforschen und ihren Wert zu vermitteln, damit die Eigentümer sie erhalten.

Listen entstanden daraus zunächst nicht. Es entstanden die ersten Inventare. Über die richtige Darstellung wurde von Anfang an diskutiert. Neben einem wissenschaftlich korrekten Franz Xaver Kraus pflegte der Dichter und Lebenskünstler Eduard Paulus der Jüngere einen ganz anderen Stil – wichtige Dokumentationen der Denkmalwelt ihrer Zeit haben beide hinterlassen. Unschätzbar sind die detailreichen Beschreibungen, die fotografischen Dokumentationen und vor allem die zeichnerischen Aufnahmen von Grundrissen und Schnitten und Baudetails.

Im Zweiten Weltkrieg waren unzählige Städte und Dörfer zerstört worden. Und von vielen gab es noch keine Inventarbände. Es fehlten nicht nur Dokumentationen zu vielen Denkmälern, es fehlte überhaupt der Überblick, was es an wichtigen Baudenkmalen

gegeben hatte. Und über den Ruinen wurde neu geplant. Bekannt ist die Behauptung, den städtebaulichen Neuplanungen der Nachkriegszeit seien mehr Denkmale zum Opfer gefallen als den Bomben des Krieges.

Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass man nun möglichst schnell wissen wollte, was Denkmal ist. Es wurde viel Geld in die Hand genommen, viel Personal eingestellt, um möglichst schnell Denkmallisten zu erarbeiten. Von Anfang an herrschten hierbei Zeitvorstellungen, die eine gründliche und gewissenhafte Erforschung der Denkmale nicht ermöglichten. „Autoinventarisierung“ nannten wir das – weil man gar nicht mehr ausgestiegen ist, um das Denkmal näher zu begutachten, um es herumzugehen oder gar hinein. Ein roter Punkt auf der Karte, die Adresse, eine Kurzbeschreibung. Wir alle hier kennen das „zweigeschossige Fachwerkhaus des 18. Jahrhunderts“.

Denkmallisten beinhalten kein Denkmalwissen. Sie zeigen auf, wo sich Denkmale befinden, aber nicht, was diese Denkmale ausmacht. Fatal ist, dass sie nicht nur positiv auf die Denkmale aufmerksam machen. Stellen Sie sich eine solche Katasterkarte mit vereinzelten roten Flächen vor. Der erste Eindruck ist: auf die roten Flächen muss ich Rücksicht nehmen, diese sind wichtig. Und was ist mit dem Rest? Steht er zur freien Verfügung oder, schlimmer noch, ist er nichts wert?

Es passiert immer öfter, dass Teile der Bevölkerung unverstündig reagieren, wenn Häuser nicht als Denkmale ausgewiesen sind – natürlich vor allem dann, wenn sie nicht ihnen selbst gehören. Dort wird der Denkmalstatus als Auszeichnung gesehen und der fehlende Status als Nicht-Würdigung. Dahinter steht die Erfahrung, dass Nicht-Denkmale abgerissen werden. Sicherlich stimmt das so nicht. Rechtlich schon gar nicht. Aber woher kommt dann dieser Eindruck? Und seien wir ehrlich, geht es uns selbst nicht auch manchmal so? Dass wir versucht sind, ein Gebäude gerade noch so als Denkmal auszuweisen, um es vor dem Abriss zu retten? Glauben wir nicht oft, wir seien die Einzigen, die sich um historische Bauwerke kümmern?

In der „Schwäbischen Heimat“ beispielsweise wurden in den vergangenen hundert Jahren zahlreiche Aufsätze veröffentlicht, die sich mit baulichen und landschaftlichen Phänomenen beschäftigten und sie in ihrem Wert beschrieben – völlig frei von der Frage, ob es sich dabei um staatlich geschützte Denkmale handelte. Es gibt Partner, die sich der Kulturlandschaft annehmen, der Ortsbilder, der Heimatgeschichte – wenn auch viel zu wenige.

Ich nenne in diesem Zusammenhang gerne das Beispiel der Stuttgarter Staatsgalerie. Dort hängt auch nur eine Auswahl an Kunst. Jedoch nicht alle Kunst, die nicht in der Staatsgalerie hängt, ist wertlos. Denkmale sind Quellen, die so wertvoll sind, dass sich der Staat für deren Erhalt stark macht, finanzielle Hilfen und Know-how von ausgebildeten Konservatoren investiert. Diese Objekte sind besonders wichtig als Quellen für die Geschichte des

Landes oder besonders wertvoll für die Architekturgeschichte oder andere Wissenschaften oder von besonders hohem künstlerischen Wert. Auch wir selbst sollten uns dies immer mal wieder bewusst machen und nicht meinen, unsere Denkmalschutzgesetze seien eine Aufforderung an uns, die Welt zu retten.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen war die Katasterkarte und die Frage, ob alle nicht markierten Flächen wertlos sind. Umgekehrt können viele rote Flächen auch zu einem Aufschrei führen. Die ganze Stadt ist ein Denkmal, wir können ja gar nichts mehr verändern, wo bleibt die städtische Planungshoheit, die rote Fläche als Stempel, als Tabu. Es wird nicht gefragt, worum es sich handelt oder warum es ein Denkmal ist. Nur das Verbot, die behördliche Auflage wird gesehen. Auch hier Unverständnis und schnell ist die Rede von Behördenwillkür.

Tilmann Breuer hat bereits 1982 aufgezeigt, wie eine solche statistische Denkmalerfassung ohne reflektierende Betrachtung zu einer „tabuisierenden Unterschützstellung“ führen kann und er stellte die Frage, „ob die Verrechtlichung, die das Denkmalwesen in den letzten Jahren erfahren musste, den Denkmalen auf lange Sicht wirklich mehr nutzt als schadet.“<sup>1</sup>

„Tabuisierende Unterschützstellung“ – ist es nicht genau das, womit wir als Vorurteil immer wieder zu kämpfen haben? Die Käseglocke, die sich über ein Denkmal stülpt? Da darf man nichts mehr verändern. Ein roter Punkt auf dem Gebäude, nicht als Baufreigabe, sondern als Stempel, der jede Veränderung mit einem Erlaubnisvorbehalt belegt, eine „Eigentumsinhaltsbestimmung“, wie der Jurist so charmant zu sagen pflegt, die aber gar nicht Inhalte, sondern nur Zustände bezeichnet, nämlich den rechtlichen Zustand, ein Denkmal zu sein.

Denkmalisten beinhalten kein Denkmalwissen. Sie erklären nicht die Geschichte, die Zusammenhänge, die Qualitäten. Sie beschreiben nicht das Ganze, um dann daraus die einzelnen Urkunden herauszukristallisieren, denen ein gegenüber anderen besonders wertvoller Dokumentcharakter zukommt. Sie vermitteln nicht den Wert des Ganzen, sondern kennzeichnen Tabupunkte.

Man meinte also, immer schneller wissen zu müssen, was denn alles Denkmal sei, ohne Verständnis dafür zu haben, dass es ein wenig Zeit braucht, Denkmale zu erkennen und zu erforschen. Unverständnis durchdrang die Ämter selbst darüber, dass diese Denkmalisten nicht fertig würden. Immer drängender wurde die Forderung vonseiten der Politik, schnell einen Überblick zu haben, erst mal eine Liste – nur um dann über die vermeintlich zu große Zahl der Denkmale zu erschrecken – wer soll die denn alle pflegen? Man sah nur die Zahl, keiner fragte nach dem Inhalt. Reaktionen wie die willkürliche Einführung eines Mindestalters oder die Diskussionen um eine Kategorisierung der Denkmale waren die Folge. Heiko L. Schulze hat dies 2005 sehr schön pointiert: „Wir brauchen keine Kategorisierung, sondern eine Priorisierung.“<sup>2</sup> Um zu Priorisieren jedoch, müssen wir eine genaue Kenntnis von den Denkmalen besitzen.

Der Preis, den wir für diese jahrzehntelange Vorgehensweise zahlen, ist hoch. Ja, wir wissen heute von vielen Denkmalen. Aber kennen wir sie? Was wissen wir wirklich über sie? Können wir dem Anspruch, die Denkmale zu erklären, gerecht werden? Und wenn es dann daran geht, eine Maßnahme zu begleiten – wissen wir genug,

um hier die richtigen Entscheidungen zu treffen? Entscheidungen, die dem Denkmal gerecht werden? Dafür müssen wir schon genauer wissen, was denn das Denkmal nun eigentlich ist.

Es sollte das Selbstverständlichste überhaupt sein, dass die Gründe, warum ein Gebäude als Kulturdenkmal bewertet wird, dargelegt werden. Der erste Adressat für diese Denkmalbegründung ist der Eigentümer. Es geht um sein Eigentum. Es geht um seine Rechte als Eigentümer, die durch diese „Eigentumsinhaltsbestimmung“ eingeschränkt werden. Trotzdem gibt es unendlich viele Kulturdenkmale in unseren Denkmallisten, zu denen es keine Denkmalbegründung gibt. Es gibt kurze Beschreibungen. Es gibt eine Darstellung der Baugeschichte. Und es gibt einen auf die jeweilige gesetzliche Grundlage bezogenen Formelsatz. Das wurde – auch von vielen Denkmalpflegern – jahrzehntelang als hinreichend angesehen.

Doch heute ist das nicht mehr so. In Stuttgart hat im letzten Jahr Denkmalpflege auf der Straße stattgefunden. Die Bürger haben ihren Willen artikuliert. Erklärungen wurden gefordert, um wenigstens verstehen zu können, wenn man schon nichts ändern kann. Die Denkmalpflege hatte sehr wohl erklärt, am Anfang des Prozesses. Damals war sie von den Bürgern nicht gehört – und von den Entscheidungsträgern überhört worden. Doch dann, als alle vor dem Scherbenhaufen standen – die einen vor der Bahnhofsrue, die anderen vor den Wutbürgern – da war sie mundtot – auch ein bemerkenswertes Phänomen der verrechtlichen Denkmalpflege, eingebunden in fachfremde Entscheidungsprozesse, gebunden durch Loyalität und Dienstaufsicht.

Auch in weniger spektakulären Fällen wird heute die Autorität staatlicher Institutionen und Entscheidungen nicht mehr ungefragt hingenommen. Mit Recht werden Erläuterungen verlangt. Mit Recht wird erwartet, dass man sich mit dem fraglichen Objekt hinreichend intensiv befasst hat. Dass es erforscht und in seiner Bedeutung richtig erkannt wurde. Dass es ernst genommen wurde.

Nicht nur die Eigentümer fordern eine Begründung, auch die Denkmalpflege braucht Denkmalbegründungen, sowohl die fachliche, staatliche Denkmalpflege als auch die Kolleginnen und Kollegen in den Denkmalschutzbehörden. Eine Umfrage des Deutschen Städtetags im vergangenen Jahr zum Thema Denkmalbegründungen hat ergeben, dass die Denkmalschutzbehörden eine der wichtigsten Aufgaben der Landesdenkmalpflege darin sehen, dass gute Denkmalbegründungen erarbeitet werden: „Die befragten UDB sind sich einig, dass Inventarisierung eine besonders wichtige, vielleicht die wichtigste Aufgabe der Fachämter ist. In nahezu allen beteiligten Städten besteht allerdings das Problem, dass der Bedarf an Denkmalwertbegründungen durch die Fachämter nicht hinreichend gedeckt wird.“<sup>3</sup>

Nicht, dass jetzt ein falscher Eindruck entsteht: Neben der Erarbeitung von Listen wurden immer auch Denkmalbegründungen geschrieben. Landauf, landab entstehen täglich hervorragende Denkmalbegründungen – doch reicht die Zeit nur für wenige. Und der Blick in die Zukunft stimmt wenig optimistisch. Hier sehe ich viele Interessen, die die gegenwärtige Arbeit der Denkmalpflege gerne wieder in einer „Light“-Fassung hätten. Bei allem Verständnis für die allgegenwärtigen Mahnungen zur Sparsamkeit – wir sollten die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Es geht auch darum, sich zu fragen, welche Aspekte eine Denkmalsbegründung enthalten muss. Im vergangenen Jahr gab es intensive Diskussionen mit Vertretern der Brandschutzversicherungen, die von einer Denkmalsbegründung eine detaillierte Aufzählung erwarten, welche Teile eines Hauses im Schadensfall wieder hergestellt werden müssen. Die Denkmalspflege war sich einig, dass wir mit einer Auflistung zahlreicher Einzelteile dem Wert eines Denkmals nicht gerecht werden.

Am Anfang steht das Denkmal – aber was ist dieses Denkmal? Keine Angst, ich werde an dieser Stelle nicht in die ausgesprochen komplexe Denkmalswert-Diskussion einsteigen. Doch kann ich kaum über Denkmalsbegründungen sprechen, ohne auch über Denkmalswert zu reden – um diesen geht es ja schließlich in der Denkmalsbegründung.

Der Wert eines Denkmals liegt nicht in der Summe seiner Einzelteile. Er liegt auch nicht allein in seinen Eigenschaften. Georg Mörsch hat 2010 zum Thema Denkmalswert noch einmal feinsinnig unterschieden zwischen den Eigenschaften eines Denkmals und dem Wert des Denkmals:

Zu den Eigenschaften zählen das Baujahr, seine Herstellungsart oder seine ursprüngliche Funktion. Werte entstehen nach Mörsch jedoch „erst bei der Annahme ... dieses Gegenstandes als zeugnishaft materielle Überlieferung aus der Vergangenheit.“<sup>44</sup> Es ist unsere Aufgabe, zu klären, welche der Eigenschaften aus welchen Gründen bedeutsam sind. Wir müssen die Geschichte der Denkmale erzählen. Wir sind es, die sich die Fähigkeiten dazu angeeignet haben. Wir sind es, die staatlich dazu beauftragt sind, Denkmale zu erkennen, zu erforschen und ihren Wert zu vermitteln.

Das Kulturdenkmal besteht nicht nur aus seiner materiellen Substanz, auch wenn es diese benötigt. Diejenigen, die Kulturdenkmale begründen, sehen IHR Kulturdenkmal, bringen ihre Fragen, ihr Wissen mit und erkennen dadurch in dem Objekt mehr als nur die Summe der Substanz, nämlich ein Dokument, etwas neues Ganzes. Deshalb ist es wichtig, das, was man über das Objekt weiß und das, was man in dem Objekt sieht, zu erläutern und für andere nachvollziehbar zu machen, und nicht nur die Substanz für sich selbst sprechen zu lassen. Jeder andere tritt mit seiner eigenen Sicht vor das Objekt. Hat nicht dieselben Fragen, nicht dasselbe Wissen. Wir müssen ihm ermöglichen, die Begründung nachzuvollziehen – oder auch seine eigene Begründung zu finden. Ich zitiere hierzu Hermann Bausinger: „Aber die Botschaft der Dinge ist prinzipiell nicht unveränderlich, und sie ist nicht für alle gleich.“<sup>45</sup>

Und genauso, wie wir heute den authentischen Gegenstand benötigen, um seine Substanz zu erforschen und unsere heutigen Fragen beantworten zu können, so benötigen auch zukünftige Generationen mit ihren zukünftigen Fragen den authentischen Gegenstand, um wiederum ihre Fragen an der Quelle erforschen und beantworten zu können. Und sie benötigen dafür die möglichst authentische Quelle. Denn wir sehen nur, was wir erkennen und wir bekommen nur Antworten auf die Fragen, die wir stellen. Und die Sichtweisen und Fragen wandeln sich!

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein anderes Thema ansprechen: Werden wir mit einer einmaligen Denkmalsbegründung, die im Rahmen der Unterschutzstellung erarbeitet wird, dem

Denkmal dauerhaft gerecht werden? Ist es nicht notwendig, die Begründung des Denkmalswerts fortzuschreiben? Denn das Wissen über das Denkmal und auch sein Wert verändern sich, wenn das Denkmal renoviert, erweitert oder umgenutzt wird. Können wir das Denkmal auf dem Papier einmotten, während es in Wirklichkeit weiterlebt? Gerade bei konstitutiven Verfahren ist diese Überlegung eine Herausforderung – aber müssen wir hier nicht die Frage stellen, wem da was dient?

Um die Bedeutung eines Objekts zu beurteilen, ist baugeschichtliches und kunsthistorisches Fachwissen vonnöten, allgemeines und spezielles und auch regionales. Je nach Denkmaltyp gilt es zu wissen, wann wurden Kirchen warum wie gebaut, was war innovativ, was konservativ? Wann kann ich im Siedlungsbau was erwarten und wann ist eine Konstruktions- oder Fertigungsweise erstmalig oder besonders konsequent umgesetzt? Dazu gehören auch sehr gute Kenntnisse des Hausbestands einer Region. Was ist regional typisch, wichtig, selten?

Die Denkmalspflege ist nicht Alleinherrscher über dieses Wissen und schon gar nicht ausschließlich die staatliche Denkmalspflege. Aber wir sind es, die tagtäglich mit den Dokumenten zu tun haben, wir sind direkt dran an den Originalquellen. Es ist unsere Aufgabe, diese Originalquellen zu erforschen, es ist unsere Aufgabe, die Fragen zu erkennen, Antworten zu finden. Und es ist auch unsere Aufgabe, Partner zu finden, die uns bei der Suche nach Antworten unterstützen. Forschungsprojekte durchzuführen, um das Wissen über die Denkmale zu vertiefen, wird jedoch selten als erste Aufgabe der Denkmalspflege angesehen – das ist ein Fehler.

Interessanterweise kann ich immer wieder hautnah miterleben, dass meine Kollegen in der Archäologischen Denkmalspflege da völlig anders argumentieren. Selbstverständlich sind alle archäologischen Quellen im Boden Denkmale. Wenn durch den modernen Laserscan – die sogenannten LIDAR-Daten – statt bisher bekannten 20 Meilerplätzen plötzlich 10.000 erkennbar sind – so sind sie letztendlich alle Denkmale. Zum einen als prägendes Kulturlandschaftselement, andererseits aber auch jeder einzelne als Informationsquelle zum Beispiel für die historische Vegetation. Selbstverständlich steht im Vordergrund das Bestreben, diese Quellen zu erhalten.

Sinnvoll ist es jedoch, Schwerpunkte bei solchen Denkmalen zu bilden, die von der Vollständigkeit her, vom Informationswert und in ihrer Bedeutung versprechen, wichtige neue Erkenntnisse zu liefern. Nur so können wir unser Wissen weiter entwickeln. So können wir zukünftig auch bei den vielen anderen Grabungen mit neuem Wissen, neuen Fragestellungen und nicht zuletzt auch mit verbesserter Technik an die Quellen herantreten.

Diese Vorgehensweise hat mehrere Effekte. Zum einen können wir durch neue Forschungsergebnisse die uns anvertrauten Quellen zukünftig adäquater befragen. Zum anderen tragen die Forschungsergebnisse aber auch zu einer sehr viel größeren Akzeptanz der wissenschaftlichen Methode der Archäologie bei. Sicher liegt ein Teil der Faszination im Alter der Objekte. Doch kann ein verrostetes Schwert wirklich so viel faszinierender sein als eine barocke Holzterasse oder ein mittelalterlicher Handstrichziegel? Ich glaube nicht, dass der Wert von Pfahlbauresten unter Wasser so viel einfacher zu vermitteln ist als der von Siedlungsbauten der sechziger

Jahre. Das sind beides – auf emotionaler Ebene – schwer zugängliche Denkmale.

Ein Grund für die größere Akzeptanz der Archäologie ist die Selbstverständlichkeit, mit der sie als Wissenschaft verstanden wird, mit der Forschung als Teil des denkmalpflegerischen Auftrags gesehen wird, mit der über die Nutzung neuester Technik und der Faszination hierfür eine Brücke geschlagen wird zu den Zeugnissen aus der Vergangenheit. Der Baudenkmalpflege ist es letztendlich bis heute nicht gelungen, den Mantel der Bauverwaltung ganz abzulegen. Betrachten wir nur die Studienzweige: Archäologie kann man studieren als Paläontologie, als Vor- und Frühgeschichte, als christliche Archäologie und so weiter. Denkmalpflege befreit sich nur mühsam aus der Unterkategorie zu Architektur und Kunstgeschichte.

Dabei fordern alle Denkmalschutzgesetze – außer natürlich in Baden-Württemberg – die wissenschaftliche Erforschung der Denkmale. Im Alltag der Baudenkmalpflege wird die wissenschaftliche Erforschung jedoch oft als Kür hintangestellt. Selbst unsere ureigsten Mittel der Baudokumentation und Bauforschung werden kaum noch zur Erforschung der Denkmale genutzt, sondern dienen nur noch als Datenlieferant für Maßnahmen.

Wir konzentrieren uns auf die materielle Erhaltung. Dabei haben wir hier viele kompetente Partner und wir übernehmen die beratende Funktion. Auch in der konservatorischen Beratung müssen wir wissenschaftliche Kompetenz behalten. Doch handeln am Denkmal tun andere: Eigentümer, Architekten, Handwerker und Restauratoren.

Wo liegt die Kompetenz der Denkmalpflege? Ohne wissenschaftliche Beschäftigung mit den Denkmalwerten haben wir keine Grundlage für einen differenzierten Umgang mit den Denkmalen. Die Gefahr ist groß, dass wir nur noch den Tabupunkt sehen und vergessen, was Denkmal eigentlich ist.

Der Titel meines Vortrags stellt die Frage nach dem Beitrag der Denkmalbegründung zu einer erfolgreichen Konversion des Denkmals.

Mein Vortrag ist ein Plädoyer dafür, wissenschaftlich fundierte Denkmalbegründungen zu schreiben. Er ist ein Plädoyer dafür, wieder mehr zu erforschen. Wir werden nicht mehr Ressourcen dafür bekommen. Deshalb gilt es, Prioritäten zu setzen. Prioritäten setzen in der Erforschung der Denkmale, sich Wissen anzueignen, um Antworten zu finden auf unsere Fragen und Raum zu haben, um neue Fragen zu stellen. Prioritäten setzen, um unsere Kompetenz zu wahren, um auch weiterhin – oder wieder – als die Institution zu gelten, die die Denkmale kennt, die weiß, was die Denkmale ausmacht, die weiß, wie Denkmale zu erhalten sind.

Vielleicht müssen wir uns von der Vorstellung freimachen, dass wir jedes Denkmal erhalten können? Dürfen wir nur deshalb nicht so viele Denkmale erkennen, weil unsere Kapazitäten hinterher nicht ausreichen, sie alle zu pflegen? Steckt hinter einem solchen Denken nicht wieder die Vorstellung, es würde nur das erhalten, worum sich die Denkmalpflege kümmert?

Wir sehen heute, dass die Anforderungen der Gesellschaft an die Denkmalpflege und unsere eigenen Vorstellungen von unserem Auftrag auseinanderdriften. Wir stehen vielfach in der Kritik, wir stehen vor allem vor einem Denkmalbild, das sich von dem unseren unterscheidet. Wir können das nicht einfach nur mit einem Schulterzucken abtun.

Vielleicht haben wir einfach zu lange nicht das erklärt, was die Menschen von uns wissen wollen. In unserer Konzentration darauf, die Denkmale zu erhalten, ist uns vielleicht aus dem Blick geraten, dass wir immer wieder neu erklären müssen, was ein Denkmal ist.

## Anmerkungen

- 1 Tilmann Breuer, Erfassen und Dokumentieren: Wissenschaftliche Methoden zur wertenden Darstellung geschichtlicher Überlieferung. Erfassen und Dokumentieren im Denkmalschutz. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Heft 16, 1981, S. 11–16, hier S. 12.
- 2 Heiko K. L. Schulze: Über die schwierige Aufgabe, Erhaltenswürdiges von Erhaltensbarem unterscheiden zu müssen. Zur Kategorisierung und Prioritätensetzung in der Denkmalpflege. Vortrag anlässlich des Symposiums «Nachdenken über Denkmalpflege» (Teil 4): «Nur die Prachtstücke? – Kategorisierung in der Denkmalpflege», Berlin, 2. April 2005.
- 3 Svenja Schickel: Umfrage in der AG Denkmalpflege (unveröffentlicht). Denkmalwertbegründungen im Herbst 2011 des Deutschen Städtetags.
- 4 Georg Mörsch, Denkmalwerte. Denkmalpflege statt Attrappenkult, Gegen die Rekonstruktion von Baudenkmalern – eine Anthologie. Bauwelt Fundament 146, hrsg. von Ulrich Conrads und Peter Neitzke (Gütersloh-Berlin 2010). S. 19–41, hier S. 21.
- 5 Hermann Bausinger, Ding und Bedeutung, Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 107/3 (N.S. 58), Wien 2004, S. 193–210, hier S. 206. zitiert nach Anton Distelberger, Bedeutung und Bedeutungsort, S. 211–220, hier S. 211.



## Umnutzungen in Frankreich gestern und heute

PHILIPPE HERTEL

Historische Umbrüche, Krisen und gesellschaftlicher Wertewandel beeinflussen die Nutzungen und Umnutzungen von Denkmälern. Auch die spezifische geschichtliche Entwicklung in Frankreich hat bis heute Auswirkungen auf seine Denkmallandschaft. Anhand der großen historischen Verwerfungen in der französischen Geschichte sollen die veränderten Nutzungsansprüche an Gebäuden und Kunstgegenständen, die wir heute als Denkmale bezeichnen, erläutert werden. Die Religionskriege des 16. Jahrhunderts, die Französische Revolution, die Industrialisierung, die Säkularisierung und die beiden Weltkriege haben in Frankreich zu weitreichenden Umnutzungen geführt, die sich zum Teil von den deutschen Entwicklungen unterscheiden.

Gerade die Folgen der Säkularisierung wirken in Frankreich bis heute fort. Die Möglichkeiten des Erhalts von Sakralbauten und ihrer Innenausstattung haben sich in den letzten Jahren sogar verschlechtert. Wie in Deutschland hat das Sterben einst wichtiger Industriezweige (Textilindustrie, Eisenhütten, Kohlezechen, et cetera) die Frage nach dem Umgang mit wertvoller Bausubstanz aufgeworfen.

Abschließend soll die aktuelle Situation in Frankreich vorgestellt werden, wie Wirtschaftskrise, Globalisierung, allgemeine Beschleunigung und Wertewandel auf Denkmäler und ihre (Um-)Nutzungen wirken und wie versucht wird, Strategien für die Zukunft zu entwickeln.<sup>1</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Kurztex aus der Broschüre Konversionen: Denkmal - Werte - Wandel, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt, Mai 2012.

## Denkmalpflege im Umbruch – Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

BARBARA NEUBAUER

„Es ist aber heute wie jederzeit wichtig, das Kleinhaus so zu gestalten, dass es Erweiterungs- und Umbaumöglichkeiten hat“<sup>1</sup>

Dieser heute als eine der wesentlichen Grundlagen für jede Form der Architektur postulierte Grundsatz findet unter Nutzern und Planern zweifellos allgemein Zustimmung. Dieses programmatische Statement, welches von Josef Frank anlässlich der Errichtung der Wiener Werkbundsiedlung (1929 bis 1933) formuliert wurde, entwickelt sich für die seit der Unterschutzstellung 1978 vor Ort tätige Denkmalpflege zu permanenten Herausforderung.

Büro- und Wohnhäuser werden zu Hotels, aus alten Gewerbeflächen entsteht neuer Wohnraum und städtische Strukturen ändern sich unter dem Einfluss immer globaler werdender wirtschaftlicher Interessen.

Wie bauliche Eingriffe, besonders aber Nutzungsänderung von Objekten tief in die Identität eines Ortes eingreifen können, zeigt der wohl allseits bekannte Heurigenort Grinzing in Wien:

„Wenn Grinzing seine Dörflichkeit einbüßt, verliert Wien als Altstadt. Wenn die Weingärten und Heurigen hier nicht mehr das Bild bestimmen, verändert dies das Bild der Stadt. Verhüttelung und Wohnbezirke hierher zu holen, entspräche wieder einmal der unausrottbaren menschlichen Unvernunft, die so schnell grassiert, wenn es um den Profit geht, [...]“<sup>2</sup> so die Schauspielerin Erika Pluhar in einem Leserbrief 2004, zu einer Zeit, als sich auch einige andere Schauspielerkollegen in diesem Zusammenhang exponierten. Auch die Bezirkspolitiker wollten das „schützenswerte Grinzinger Kulturgut“ – nämlich den echten Buschenschank-Heurigen – am Leben erhalten.<sup>3</sup>

Bald zeigte sich aber, dass eine strukturelle Veränderung des Ortes – hin zu einem Wohnort – nicht aufzuhalten ist. Denn:

- Die Wirtschaftlichkeit rückt in den Vordergrund,
- die junge Generation sieht ihre Zukunft vielfach nicht in der Gastronomie,
- die Flächenwidmung erlaubt großzügige Nutzung freier Flächen hinter den straßenseitig gelegenen Objekten,
- der Einflussbereich des Denkmalschutzes (fokussiert auf das

Objekt) ist begrenzt.

So können ursprüngliche Identitäten der Objekte nicht mehr erhalten werden. Dies macht die Aufgabe der Denkmalpflege umso schwieriger, als sie sich auf den rein substantiellen Wert des Objektes in der Vermittlung und Darstellung (und damit letztlich auch in den Genehmigungen von Veränderungen) beschränken muss.

Solche Entwicklungen sind per se nicht neu und viele Denkmale begründen ihren Wert in der umfassenden Geschichte auch ihrer Veränderungen. Neu ist aber wohl der Umfang von explodierenden Bauvorschriften und Reglements – begründet in ausgeprägten wirtschaftlichen Interessen und schwerwiegenden gesellschaftspolitischen Veränderungen – denen sich die Denkmalpflege stellen muss.

Beschäftigt man sich mit dem Thema Konversion, Um- und Neunutzung oder vielleicht richtiger – wie es ein österreichischer Architekt formuliert hat „Umprogrammierung“<sup>4</sup> – befindet sich die Denkmalpflege rasch in der Diskussion um Alt/Neu – einer Auseinandersetzung die die Denkmalpflege fast das ganze 20. Jahrhundert begleitet und seit 1964 mit der Charta von Venedig auch eingehend thematisiert wurde. Sie manifestierte den Gegensatz zwischen „moderner Denkmalpflege“ und „moderner Architektur“, indem die gedankliche Trennung von Alt und Neu um den Preis der Distanz und des Kontrastes förmliche Anerkennung findet.<sup>5</sup> Abseits dieses Spannungsfeldes ergeben sich heute für den Denkmalpfleger und damit für die Denkmale in einem extrem progressiven Ausmaß neue Problemstellungen durch andere gesetzlich geregelte Bereiche wie Bauvorschriften, Behindertengerechtigkeit, energetische Maßnahmen, ArbeitnehmerInnenschutz, Veranstaltungsgesetz etc. Sie führen tatsächlich oftmals zu einer „Umprogrammierung“ von Objekten, auch ohne dass diese ihre Nutzung ändern. Der Umgang damit zählt zu den großen Herausforderungen in der Denkmalpflege des 21. Jahrhunderts.

Die Auswirkungen von immer größeren Ansprüchen, die an ein Objekt herangetragen werden, und den Versuchen, diesen unter Einhaltung denkmalpflegerischer Grundsätze gerecht zu werden, sei am Beispiel des ehemaligen 20er- nun 21er-Hauses in Wien



Abb. 1 Österreich-Pavillon von Kurt Schwanzner, Weltausstellung Brüssel 1958, Aufnahme 1958.



Abb. 2 20er-Haus, Wien 3, Schweizergarten, Aufnahme 2008.

aufgezeigt.

Ursprünglich als Österreich-Pavillon auf der Weltausstellung 1958 in Brüssel von Karl Schwanzer errichtet (Abb. 1), wurde das Gebäude 1962 im Schweizergarten wieder aufgestellt. Als Museum des 20. Jahrhunderts spielte es über Jahrzehnte eine zentrale Rolle in der österreichischen Kulturlandschaft. Nach jahrelangem Leerstand und der Suche nach einer nachhaltigen Nutzung wurde schließlich 2008 mit den Umbau- und Instandsetzungsarbeiten begonnen. Das Objekt musste für die Zukunft die Ansprüche eines zeitgemäßen Museums- und Ausstellungsbetriebes erfüllen, und dazu an heutige bauphysikalische, brandschutztechnische und energetische Anforderungen angepasst und schließlich um das Vierfache der Fläche zur Unterbringung einer Sammlung und der Infrastruktur erweitert werden.

Die sehr komplexe Bauaufgabe wurde vom Architekturbüro Adolf Krischanitz übernommen, das schon im Vorfeld die wesentlichen Leitdetails für das Objekt in Abstimmung mit der Denkmalpflege entwickelte.

Bereits bei der Wiederaufstellung des Pavillons 1962 (Abb. 2) war es im Zusammenhang mit geänderten Nutzungsanforderungen zu architektonischen Veränderungen gekommen. So lagen in Brüssel die Treppen in dem auf vier Pfeilern „schwebenden“ Ausstellungsraum an den gegenüberliegenden Ecken. Beim Wiederaufbau in Wien wurden diese Treppen ins Obergeschoß anders angeordnet und ausgeführt. Auch bei der zuletzt 2008 bis 2011 durchgeführten Instandsetzung erwies sich die Erschließung als zentrales Thema des Projektes. Dies ergab sich aus den nunmehrigen Anforderungen:

- Schaffung von Erschließungen in die zwei neugeschaffenen Untergeschosse,
- Barrierefreiheit in alle vier Ebenen (bisher nur im Erdgeschoß),
- Brandschutz (räumliche Abtrennungen und Feuerwehraufzüge),
- ausreichende Fluchtwege,
- umfangreiche neue Heizungs-, Lüftungs- und Klimaleitungen,
- Absturzsicherung (die Bestandsgeländer entsprachen nicht den Vorschriften).

Die ursprüngliche offene Erschließung war aus Brandschutzgründen nicht mehr zulässig. Nach umfangreichen Untersuchungen

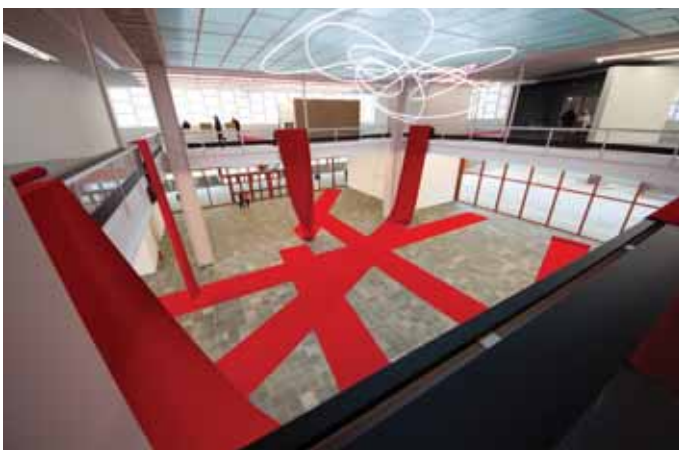


Abb. 3 21er-Haus, Wien 3, Schweizergarten, Innenraumgestaltung nach Restaurierung, Aufnahme 2011.

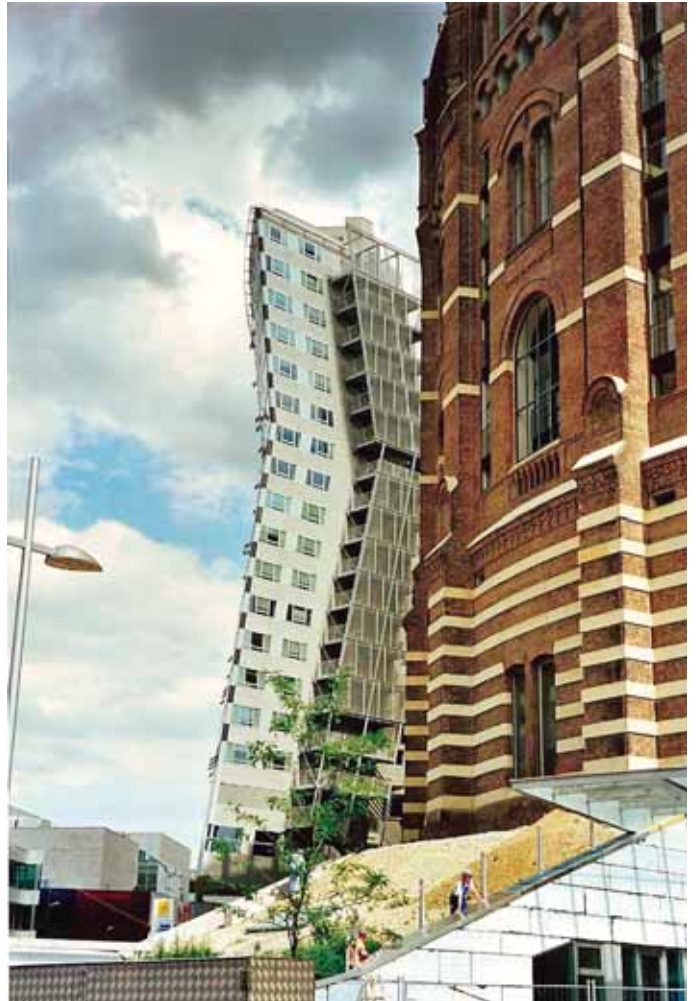


Abb. 4 Gasometer, Wien 11, nach Umbau 2001.

wurde schließlich die Entscheidung für einen punktuellen Eingriff getroffen, das heißt sämtliche Funktionen in neuen, genau auf die Öffnung ins 1. Obergeschoß abgestimmten Beton-Stiegenhäusern zusammenzufassen (Abb. 3).

Neben der Problematik des Umganges mit den erscheinungsbildprägenden Glasflächen, die durch innovative Sonderanfertigungen gelöst werden konnte, stellte die vom Brandschutz geforderte zwingende Trennung von Erd- und Obergeschoß eine immense Herausforderung dar. Der bisher offene Ausstellungsraum konnte durch eine Spezialentwicklung einer brandschutztechnischen Rauchschrürze, die in die Decke integriert ist, erhalten bleiben.<sup>6</sup>

Kommt zu all diesen zu erfüllenden gesetzlichen Vorschriften schließlich auch noch eine Nutzungsänderung, wird die Denkmalpflege vor Herausforderungen gestellt, die oft kaum mehr zufriedenstellend zu bewältigen sind.

Die sogenannten Gasometer in Wien-Simmering (Abb. 4), vier ehemalige Gasbehälter aus dem Jahr 1896 zeigen die Problemstellung deutlich. Die in einem umfangreichen Umbau von 1999 bis 2001 „revitalisierten“ Objekte beherbergen heute ein Entertainment-Center, etliche Wohnungen, ein Studentenheim und eine Veranstaltungshalle.

Nach jahrzehntelangem Leerstand fanden 1995 Wettbewerbe zur Ideenfindung für eine Umnutzung statt. Es gab ausgearbeitete

Konzepte für eine Adaptierung als Hotel- und Messegelände im Rahmen der geplanten Weltausstellung in Wien und Budapest. Man entschloss sich jedoch für die Realisierung einer gemischten Nutzung mit Wohnen, Arbeiten und Entertainment, bestehend aus Wohnungen, einem Studentenwohnheim, Büros, einem Einkaufszentrum und einem Kino. Die Architekten Jean Nouvel, Coop Himmelb(l)au (Wolf D. Prix), Manfred Wehdorn und Wilhelm Holzbauer erarbeiteten jeweils für einen der Gasometer die Umgestaltung, die von 1999 bis 2001 realisiert wurde. Die Ausstattung der Gasometer im Inneren wurde während der Umbauten entfernt – lediglich die Ziegelaußenmauer und der Dachstuhl blieben bestehen.

Zwölf Jahre nach der „Revitalisierung“ wird die Situation in Wikipedia öffentlichkeitswirksam so dargestellt:

„Die Gasometer sind durch einen besonderen Dorfcharakter geprägt. Auf 220.000 m<sup>2</sup> stehen sie als eigenständige Stadt in der Stadt. Durch die hohe Identifizierung der rund 1.500 Bewohner der Gasometer mit dessen Wohnraum erfolgte die Bildung einer großen Wohngemeinschaft, die sowohl virtuell in einer Gasometer Community als auch real als Verein und gelebte gemeinschaftliche Nachbarschaft existiert. Zahlreiche Diplomarbeiten und Dissertationen im Bereich der Psychologie, Raumplanung und Architektur sowie Publizistik widmeten sich diesem Phänomen.“<sup>67</sup>

Tatsächlich ist das Ergebnis jedoch differenzierter zu sehen. Abseits von zum Teil durchaus attraktiven Wohnbereichen, ist das intendierte Konzept, wie unter anderem große Leerstände in der Shopping-Mall belegen, nicht aufgegangen. Wie ging aber nun die Denkmalpflege mit dieser komplexen Aufgabe um? Schon im Vorfeld der Planung im Zusammenhang mit einer Machbarkeitsstudie hatte sie argumentiert, dass „modern gestaltete Anbauten zuzulassen sind, um signalhaft auf die zeitgemäße Nutzung der

alten Baukörper aufmerksam zu machen“. Der Vorbau des so genannten „Schildes“ von Coop Himmelb(l)au sei schlussendlich ein Symbol der Revitalisierung. Das deckte sich mit den Vorstellungen von Wolf Prix von Coop Himmelb(l)au, dass ein Zeichen für einen neuen Inhalt erforderlich sei: „Wir wollten und konnten nicht zulassen, dass die vier denkmalgeschützten Gasometer mit ihrer neuen Funktion sich von ihrem früheren Dasein als Gastanks nicht unterscheiden. Wir wollten ein Zeichen setzen, dass es einen neuen Inhalt gibt.“<sup>68</sup> Der durchaus legitime Ansatz des Architekten – der Einheit von architektonischer Gestaltung und Nutzung – wird für die Denkmalpflege ganz schnell zu einer neuen Herausforderung und kann, wie die Begründung in der Genehmigung erkennen lässt, im Sinne des Denkmals kaum zufriedenstellend sein.

Zu ebenfalls massiven Eingriffen in die Bausubstanz und vor allem das Erscheinungsbild führte die Adaptierung einer ehemaligen Industrieanlage für Ausstellungszwecke in Kärnten.

Das ehemalige Eisenhüttenwerk (Abb. 5), ab 1857 in Heft bei Hüttenberg errichtet, 1908 stillgelegt und 1983 unter Denkmalschutz gestellt, war im Jahr 1995 Ort einer Ausstellung, in deren Mittelpunkt Bergbau und Hüttenwesen der Region standen. Architekt Günther Domenig hatte 1990/1991 ein architektonisches Projekt entworfen, dessen reduzierte Variante 1993 zur Ausführung gelangte.

Das ehemalige Eisenhüttenwerk präsentiert sich nach dem Verlust seines durch den Betrieb gewährleisteten inneren Zusammenhalts als ein Konglomerat von Fragmenten und das nicht nur im Sinn des ruinösen Zustands seiner Teile, sondern auch als Versammlung von Objekten aus unterschiedlichen Phasen seines Bestehens.<sup>9</sup> Seit der Stilllegung und Verschrottung beziehungsweise Verbringung der Einrichtung verfielen die Hefter Anlagen und wurden wohl auch als Steinbruch verwendet. Mit der Schließung des Bergbaus in Hüttenberg 1978 und der Umwandlung des Bergwerks in ein Schaubergwerk, erinnerte man sich nun auch der Hefter Anlagen und erwog ihre Einbeziehung in einen montan-historischen Lehrpfad, der 1980 eingerichtet werden konnte. Die Stellung unter Denkmalschutz und folgende Restaurierungen, unter anderem der Hochöfen (1983/84), bedeuteten einen neuerlichen



Abb. 5 Ehemaliges Eisenhüttenwerk in Heft bei Hüttenberg, Kärnten, nach Adaptierung 1993.



Abb. 6 Hotel Daniel, Wien 3, ehemaliges Hoffmann-La-Roche-Gebäude, nach Umbau 2011.

Bedeutungswandel, nämlich die Musealisierung.

Betrachtet man das Gesamtprojekt unter dem Blickwinkel der wirtschaftlichen und lokalpolitischen Gegebenheiten und der Beteiligung eines namhaften Architekten, so könnte man aus Sicht eines Architekturkritikers, zeitgeistig durchaus positiv argumentieren: „Die Anlage hat also mehrere Bedeutungswandel inhaltlicher und funktioneller Natur hinter sich, denen durch entsprechende Veränderung ihres physischen Aspekts – Ruine natur – Ruine konserviert – konservierte Ruine mit Neuzubauten – Rechnung getragen wird.“<sup>10</sup>

Ein durchaus positives Beispiel für eine Nutzungsänderung, die aus den wesentlichen Denkmalqualitäten des Objektes einen speziellen Mehrwert generiert, ist das Hotel Daniel in Wien (Abb. 6).

1959 plante der Wiener Architekt Georg Lippert für den Konzern Hoffmann-La Roche einen Neubau für Verwaltung, Produktion, Laboratorien und Lager. Nach jahrelangem Leerstand und Kauf durch einen Immobilienentwickler, der die Weiternutzung als Büro plante, trat 2009 zwar der Denkmalschutz mit der Unterschutzstellung auf den Plan, die üblichen Probleme zeichneten sich aber bereits ab. Die bestehenden Fassaden, die frühesten sogenannten „Curtainwall-Fassaden“ in Österreich, waren für eine Büronutzung mit hohen thermischen Anforderungen nicht geeignet. In einer kritischen Phase, in der das Denkmalamt einer Erneuerung, das heißt Ertüchtigung der Fassaden bereits zugestimmt hatte, trat schließlich ein neuer Kaufinteressent auf, der mit seiner intendierten Hotelnutzung wesentlich zu einer positiven Wende beitrug. Die thermischen Anforderungen konnten nun in einem verhältnismäßigen Rahmen bleiben. Voraussetzung war die Lösung sämtlicher technischer Anforderungen, wie etwa der Brandüberschlag. Die flexibel gestaltete Binnenstruktur des Gebäudes wurde mit 115 Zimmern adaptiert. Der Foyerbereich konnte von späteren Einbauten befreit und dadurch eine Wiederannäherung an die bauzeitliche Gestaltung des Eingangsbereiches erreicht werden.<sup>11</sup>

Eine zusätzliche Dimension im Zusammenhang mit Neu- oder Umnutzung ergibt sich bei historisch belasteten Objekten. In den letzten Jahren oft intensiv diskutiert wurden in Wien die sogenannten Flaktürme.

Bereits um 1940 wurden Überlegungen angestellt, Kernbereiche

wichtiger Städte durch Flakstellungen auf Türmen zu schützen. Zunächst wurden solche in Berlin und Hamburg und ab 1942 auch in Wien errichtet. Architekt aller Flaktürme war Friedrich Tamms. Die Baudurchführung geschah vorrangig durch deutsche Baufirmen, zum Arbeitseinsatz kamen überwiegend Kriegsgefangene. Die Flaktürme wurden paarweise im Arenbergpark, Esterhazypark/Stiftskaserne und Augarten errichtet. Die im Stadtbild so präsenten Bauten haben seit 1945 als „Zeitzeugen“ eine wichtige emotionale Dimension hinzugewonnen „... sie sind in der Zwischenzeit zu den wohl am besten ‚funktionierenden‘, und dies ohne bemühte semantische Verschlüsselung, Anti-Kriegsmahnmalern der Stadt geworden [...]“.<sup>12</sup> Von den drei im Bundes- bzw. Landesbesitz befindlichen Turmpaaren sind alle, mit Ausnahme jenes im Augarten, mehr oder minder provisorisch genutzt. Der Turm im Esterhazy-Park, als „Haus des Meeres“ seit 1962 genutzt, hat die gravierendsten Veränderungen erfahren und steht nicht mehr unter Denkmalschutz (Abb. 7). Der Gefechtsturm in der Stiftskaserne wird für Zwecke des Bundesheeres, jener im Arenbergpark seit 1990 als Bundesmobiliendepot und durch das MAK (Museum für Angewandte Kunst), der zugehörige Leitturm als Lager des Magistrates genutzt. Der Gefechts- und der Leitturm im Augarten haben derzeit keine Nutzung. Im Jahr 2002 gab die Stadt Wien (MA18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung) eine Studie zur Dokumentation des Meinungsspektrums und der unterschiedlichen Nutzungsvorschläge in Auftrag. Weiter sollte die Vereinbarkeit dieser Vorschläge mit den baulichen und rechtlichen Gegebenheiten als auch mit dem spezifischen historisch-emotionalen Hintergrund untersucht werden. Die Untersuchung beinhaltet aber auch einen Kriterienkatalog für den künftigen Umgang mit den Türmen und die Darstellung realisierbarer



Abb. 7 Haus des Meeres, ehemaliger Flakturm Esterhazypark, Wien 6.



Abb. 8 Ehemaliger Flakturm, Gefechtsturm Augarten, Wien 2.

Vorschläge.<sup>12</sup> Aufgrund des relativ schlechten Erhaltungszustandes des Gefechtsturmes im Augarten (Abb. 8) entstand in den letzten Jahren ein gewisser Nutzungs- bzw. Verwertungsdruck. Abseits der in der Studie erarbeiteten Empfehlungen für eine Nutzung als Datenlager, Rechenzentrum, Archiv und Dokumentationsstelle, allesamt unter Berücksichtigung der starken zeithistorischen Komponente, wurden seit damals von potenziellen Investoren Projekte entwickelt, die Hotelnutzungen, Eventlocations oder Erlebnissgastronomie mit massiven Auf- und Zubauten öffentlich propagieren.

Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass Konversionen,

Um- und Neunutzungen immer ein Kernthema der Denkmalpflege waren und in Zukunft auch immer sein werden. Es haben sich aber die Herausforderungen für den Denkmalpfleger geändert, da abgesehen von einem immer größer werdenden wirtschaftlichen Druck, sich auch die Rahmenbedingungen für das Bauwesen mit neuen und immer mehr europäischen Normen massiv verändern. Umso wichtiger wird es in Zukunft sein, die „richtigen“ Nutzungen für die Denkmale zu finden, denn nur dadurch kann nicht nur eine denkmalgerechte Erhaltung gewährleistet, sondern auch ein nachhaltiger Mehrwert für den Eigentümer generiert werden.

## Anmerkungen

- 1 Lehne Andreas, Zur Unterschutzstellung der Wiener Werkbundsiedlung, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege, Jg. XXXIII, 1979, S. 68.
- 2 Pluhar Erika, „Grinzings Dörflichkeit nicht zerstören“ Leserbrief, in: Die Presse, 17. 9. 2004.
- 3 „Rettungsversuch für versteigerten Heurigen Berger“, in: Die Presse, 21. August 2004.
- 4 Gangoly Hans, Erkennen von Potentialen – Umprogrammierung von Nutzungen, in: Hintergrund 43, Bauen im Bestand, Architektur Zentrum Wien (Hg.), 2009, S. 37ff.
- 5 Euler-Rolle Bernd, „Moderne Denkmalpflege“ und „Moderne Architektur“ gemeinsame Wurzeln, getrennte Wege?, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege, Jg. LXI, 2007, Heft 2/3, S. 153.
- 6 Website Bundesdenkmalamt: „Das 20er-Haus. International beachtetes Denkmalpflegeprojekt der Nachkriegsmoderne“ (Denkmal des Monats Jänner 2012). [http://www.bundesdenkmalamt.at/text/136/Denkmal-des-Monats/17550/Das-20er-Haus\\_International-beachtetes-Denkmalpflegeprojekt-der-Nachkriegsm](http://www.bundesdenkmalamt.at/text/136/Denkmal-des-Monats/17550/Das-20er-Haus_International-beachtetes-Denkmalpflegeprojekt-der-Nachkriegsm) (vom 9. 8. 2012).
- 7 Wikipedia: „Gasometer“. <http://de.wikipedia.org/wiki/Gasometer> (vom 9. 8. 2012).
- 8 Euler-Rolle Bernd, vgl. Anm. 5, S. 156.
- 9 Podbrecky Inge, Günther Domenigs Entwurf für Heft: Das Fragment als Konzept, in: Grubenhunt & Ofensau, Beitragsband zur Kärntner Landesausstellung 1995, Klagenfurt 1995, S. 615ff.
- 10 Ebenda.
- 11 Bundesdenkmalamt (Hg.), „Hotel Daniel – ehemaliges Hoffmann-La Roche-Gebäude“, Broschüre wiederhergestellt 04, Wien o. J.
- 12 Pieler Erich (abp), Wiener Flaktürme. Untersuchung zur Klärung der Nutzungsmöglichkeiten im Auftrag der Magistratsabteilung 18 (gekürzte Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse), Stadtentwicklung Nr. 53, Wien, 2002, S. 5.
- 13 Ebenda, S. 15ff.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1: Internet; Abb. 2, 3, 6, 8: BDA, Fotoarchiv, Bettina Neubauer; Abb. 4: Internet, Wikimedia Commons 2005; Abb. 5: Abb. aus „Grubenhunt & Ofensau“, Landesausstellung Hüttenberg, Kärnten 1995, Katalog zur Kärntner Landesausstellung; Abb. 7: Internet, 2009.

## Zentralflughafen Berlin-Tempelhof

CHRISTINA CZYMAJ

Heute ist auch der Flughafen Tempelhof Geschichte. Seine Schließung als Verkehrsflughafen erfolgte im Jahr 2007, Flugverbot ab 2008. Mit der Schließung des Flughafens „Otto Lilienthal“ in Berlin-Tegel, voraussichtlich im Frühjahr 2014, wird es keinen für den Flugverkehr offenen Flugplatz mehr in Berlin geben. Dennoch können wir auf eine wechsel- und bedeutungsvolle Ära der Luftfahrt in Berlin zurückblicken. Um diese wichtigen Zeugnisse der Verkehrsgeschichte zu erhalten, wurden sie als Denkmalsbereiche (Gesamtanlagen) in die Denkmalliste Berlin eingetragen und damit ein gesetzlicher Schutz und Genehmigungsvorbehalt erwirkt.

So sind Teile des ersten Motorflugplatzes Deutschlands, des ehemaligen Flugplatzes Johannisthal,<sup>1</sup> konkret einige an das Flugfeld angrenzende Industriebauten der Flugzeugproduktion und Flugzeughallen von 1912 bis 1916, denkmalgeschützt. Die 1910 gegründete Luftverkehrs-Gesellschaft Berlin-Johannisthal (LVG) siedelte sich unmittelbar nach ihrer Gründung im nördlichen Bereich des Flugplatzes Johannisthal-Adlershof an. Der Flugplatz war erst wenige Jahre zuvor durch die „Terrain-Aktiengesellschaft am Flugplatz Johannisthal-Adlershof“ (TAGAFIA) unter Leitung von Arthur Müller angelegt und im September 1909 durch eine Flugwoche eröffnet worden. Durch die Luftverkehrs-Gesellschaft Berlin-Johannisthal und den Flugplatz mitsamt den frühzeitig angesiedelten Flugzeugfirmen und Forschungseinrichtungen wurde Johannisthal-Adlershof zur Wiege und Zentrum des deutschen Motorfluges und der deutschen Luftfahrtindustrie. Von Beginn an bestand eine enge Verbindung zum Militär und zur Rüstungsindustrie. So fertigten die hier ansässigen Firmen (auch die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt DVL) allein während des Ersten Weltkrieges 13.000 Flugzeuge, von denen ein Großteil militärischen Zwecken diente.

Beim Flugplatz Staaken, heute am westlichen Stadtrand von Berlin gelegen, begann die Geschichte 1915 mit der „Luftschiffbau Zeppelin AG“<sup>2</sup>, die Luftschiffe und Flugzeuge vorwiegend für den Kriegseinsatz produzierte. Nach dem Ersten Weltkrieg baute 1925 die „Deutsche Sportfliegerschule“ und in den 1930er Jahren die Deutsche Lufthansa technische Gebäude für den Flugverkehr.

Heute ist der „Flugplatz Staaken“<sup>3</sup> einschließlich der 1935–1938 errichteten Kaserne des „Fliegerhorstes Staaken“ als Denkmalsbereich (Gesamtanlage) unter Schutz.

Ein weiteres frühes Zeugnis der Luftfahrtgeschichte sind die sechs erhaltenen Flugzeughallen der ehemaligen Fliegerstation Berlin-Friedrichsfelde, später Militärflugplatz Friedrichsfelde<sup>4</sup>. Sie wurden 1917–1918, nach Entwurf der vor allem in Bayern tätigen Gebrüder Rank, aus Eisenbeton-Zweigenkrahmen errichtet und mit je drei Schalenkuppeln überwölbt. In ihrer Konstruktionsart und erhaltenen Anzahl sind sie einzigartig frühe Zeugnisse eines Flugplatzes aus der Zeit des Ersten Weltkrieges.

Die denkmalgeschützten baulichen Zeugnisse der einstigen Flugplätze Johannisthal, Staaken und Friedrichsfelde-Karlshorst

sind in ihrem Bestand stark gefährdet. Fehlende Umnutzungs-ideen zogen zwanzig Jahre Leerstand nach sich. Mangelnder Erhaltungswille und Vandalismus tragen zur Gefährdung bei.

Positiver ist die Erhaltungsbilanz bei Weiterführung der militärischen Nutzung. Hier konnte der Denkmalsbereich (Gesamtanlage) Flugplatz Gatow<sup>5</sup> neben den technischen Gebäuden und der Kaserne auch die Teile des Flugfeldes sichern, die dem Luftwaffenmuseum der deutschen Bundeswehr zugeordnet sind. Mit der Nutzung als Museum ist der Flugplatz Gatow eine der wenigen Anlagen, die trotz militärischer Nutzung der Öffentlichkeit in ausgewählten Hallen und auf dem Vorfeld zugänglich ist.

### Zentralflughafen Berlin-Tempelhof

Der Flughafen Tempelhof wurde am 5. April 1995 zusammen mit dem Vorhof und dem Radarturm von 1982 als Mehrheit baulicher Anlagen in das Baudenkmalbuch eingetragen. 19 Tage später trat das jetzt gültige „Gesetz zum Schutz von Denkmälern in Berlin“ in Kraft. Von nun an wird der Flughafen Tempelhof als Denkmalsbereich (Gesamtanlage)<sup>6</sup> in der Denkmalliste Berlin geführt.

Eine Erweiterung des Schutzgutes um das funktional notwendige Flugfeld mit den beiden Start- und Landebahnen von 1948 und sogenannten Flugzeugaufstellplätzen oder Warmlaufplätzen vom Ende der 1930er Jahre konnte nicht erfolgen, denn schon Mitte der 1990er Jahre hatte die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit einer intensiven Beplanung des Flugfeldes begonnen.

In Vorbereitung des europäischen Projekts „Europa der Lüfte“, im Rahmen des Programms Raphael, führte der Landeskonservator von Berlin dazu im August 1998 aus: „Wir hoffen, mit diesem Plan [Denkmalpflegeplan] einen Weg beschritten zu haben, der dem Eigentümer [Verfügungsberechtigten] einen möglichst unproblematischen Umgang mit dem Denkmal, trotz erheblicher denkmalpflegerischer Auflagen, gestattet. Auf jeden Fall bietet diese Form für den jetzigen Eigentümer sowie mögliche Rechtsnachfolger



Abb. 1 Flughafen Tempelhof, offene Flugsteigehalle, 2009.

oder Nutzerinteressenten eine frühzeitige und verlässlich[e] Orientierung über die zu berücksichtigenden denkmalpflegerischen Interessen. [Offen bleiben musste dabei bisher eine Einbeziehung der Freiflächen, insbesondere des charakteristischen Flugfeldes, in die Erhaltungs- und Entwicklungsüberlegungen.] Die Verfügungsberechtigten waren von Anbeginn an der Ausarbeitung des Planes beteiligt, was unserer Meinung nach half, unberechtigte Vorbehalte auf Eigentümerseite weitgehend auszuräumen und uns andererseits Augenmaß bei der Formulierung konservatorischer Anforderungen abnötigte.“<sup>47</sup>

Heute ist das Flughafengebäude anspruchsvollen Umnutzungsvorstellungen ausgesetzt. Das gesamte Flughafengelände von Tempelhof ist wieder im Wandel begriffen. Am 8. Mai 2010 wurde das vormalige Flugfeld für die Bevölkerung geöffnet und schloss damit an eine Entwicklung vom Ende des 19. Jahrhunderts an, als das damalige militärische Gebiet sich zeitweise zu einem beliebten Ausflugsziel der in den Mietskasernen eng lebenden Berliner Bevölkerung entwickeln konnte. Hier ist nun eine Parklandschaft im Entstehen, die an Geschichtsspuren anknüpfen und diese einbeziehen soll und den Zusammenhang mit dem Flughafengebäude erhalten und die Geschichte in ihrer vielfältigen Form erlebbar lassen soll.

„Im Zentrum des ehemaligen Flugfeldes wird während der kommenden Jahre eine urbane Parklandschaft entstehen, die Angebote für Erholung, Freizeit, Sport, Spiel und wohnungsnahes Grün

enthalten und darüber hinaus wichtige klimatisch-ökologische Ausgleichsfunktionen für die dicht bebaute Berliner Innenstadt erfüllen wird“, schreibt die Grün Berlin GmbH, die vom Land Berlin mit der Entwicklung und Realisierung dieser Parklandschaft beauftragt ist, „unter anderem durch internationale Wettbewerbe und die Umsetzung nachhaltiger Betriebskonzepte.“<sup>48</sup> 2009 erhielt Berlin den Zuschlag zur Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung, IGA 2017. Die Ausrichtung auf dem Gelände des ehemaligen Flughafen Tempelhof wurde 2012 wieder abgesagt.

Derzeit erfolgt eine intensive Vorbereitung künftiger Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen des ehemaligen Flughafengebäudes. Das historische Flughafengebäude wird bereits für nationale und internationale Großveranstaltungen genutzt. Außerdem werden einzelne Bereiche als Büro-, Lager- und Gewerbeflächen vermietet. Das Land Berlin ist der Eigentümer des gesamten Flughafengeländes. Die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt mit der Verwaltung des Flughafengebäudes beauftragte Tempelhof Projekt GmbH stellte im März 2012 einen Antrag auf Förderung eines umfangreichen Erfassungs- und Pflegeplanes bei der BKM, die nicht bewilligt wurde.

#### Geschichte des Zentralflughafens Tempelhof

Der Flughafen Tempelhof gilt als erster Zivilflughafen der Welt. Er wurde nach einjähriger Bauzeit 1923 als „Flughafen Berlin“ mit damals noch bescheidenen Baulichkeiten eröffnet.



Abb. 2 Lageplanüberlagerung Flughafen Tempelhof 1926 und 2010.



Nachdem die modernen, neuen Flughafengebäude von 1924–1929 schnell an ihre Kapazitätsgrenzen zu stoßen drohten und bereits 1934 erste Entwürfe für einen Neubau vorlagen, weckte dies das besondere Interesse der 1933 an die Macht gekommenen Regierung. Durch den Reichsluftfahrtminister, Hermann Göring, wurde im August 1935 das Vorhaben angeordnet.<sup>9</sup>

Die neue Flughafenanlage sollte der einzige innerstädtische Flughafen dieser Größe werden und als ein funktional zusammenhängender Baukörper, das größte Flughafengebäude der Welt.

Das Flughafengebäude entstand 1936–1939 nach einer Konzeption des Architekten Ernst Sagebiel, der nach einem ergebnislosen Wettbewerb von 1933, an dem bedeutende Architekten wie Mies van der Rohe, Walter Gropius und Hans Poelzig teilgenommen hatten, direkt vom Reichsluftfahrtministerium, für das er ein Jahr zuvor das Verwaltungsgebäude entworfen hatte, beauftragt wurde.

Sagebiel entwickelte die Idee des Luftstadions weiter. Die ovale Form des Flugfeldes wurde durch ein leicht gekrümmtes Flughafengebäude komplettiert, welches durch seinen strengen symmetrischen Aufbau von Abfertigungs- und Empfangshalle mit beidseitig anschließenden Hangars einen funktionalen wie formalen Zusammenhang und gleichzeitige Erhabenheit erhielt.

In der Anlage des Zentralflughafens Tempelhof zeigt sich die große Macht Hermann Görings als Reichsluftfahrtminister, dem

es innerhalb weniger Jahre gelang, wichtige Großbauten für das Reichsluftfahrtministerium, wie das ebenfalls von Ernst Sagebiel entworfene Ministeriumsgebäude auf dem Karree Wilhelmstraße/Leipziger Straße/Prinz-Albrecht-Straße (heute Niederkirchnerstraße)<sup>10</sup>, zu realisieren.<sup>11</sup> Dementgegen blieben die Planungen von Albert Speer weitgehend Utopie.

### Bauliche Anlage

Ernst Sagebiel hatte eine monumentale Flughafenanlage entworfen, die mit einer Kapazität von sechs Millionen Passagieren für einen dreißigfach höheren Bedarf ausgelegt war, als er zur Bauzeit bestand. (Die Angaben zu den Baudaten schwanken zwischen 1935 und 1941.)<sup>12</sup> Der Flughafen Berlin-Tempelhof sollte als zentrales europäisches Luftkreuz den Mittelpunkt des Weltflugverkehrs bilden. Die Konzeption der Erschließung und inneren Organisation des Flughafengebäudes war zur Erbauungszeit die modernste und großzügigste seiner Art in Europa.

Die gesamte Flughafenbebauung ist axial auf das Kreuzbergdenkmal, das Nationaldenkmal von Karl Friedrich Schinkel zur Erinnerung an die Befreiungskriege von 1813–1815, ausgerichtet, zu dem eine architektonisch gestaltete Allee führen sollte. Die Einbindung des Flughafens in den Stadtbereich sollte mittels einer kreisförmigen Platzanlage von 250 Metern Durchmesser zu den sich



Abb. 3 Flughafen Tempelhof, Vogelperspektive, um 1975.

kreuzenden Hauptstraßen der Nord-Süd- und Ost-West-Achse, des heutigen Mehring- und Tempelhofer Damms sowie des Columbiadamms und der Dudenstraße, erfolgen. Im Generalbebauungsplan von Albert Speer von 1937 war das Flughafengebäude als östlicher Abschluss einer repräsentativen Ost-West-Achse vorgesehen. Die bereits 1912–1913 von Bruno Möhring erbauten repräsentativen Mietshäuser westlich des Rundplatzes<sup>13</sup> blieben erhalten. Das Tempelhofer Feld befindet sich auf dem flachen Gelände der Teltow-Hochfläche. „Zu den Straßen Columbiadamm und Tempelhofer Damm fällt das Gelände um ca. 1,5 bis 2,0 Meter ab“,<sup>14</sup> sodass von hier aus das Flughafengebäude, auch durch den starken Bewuchs des Platzes der Luftbrücke, kaum wahrnehmbar ist.

Die neuen Flughafengebäude an der Ostseite des seit dem 25. Juni 1949 Platz der Luftbrücke benannten Platzes sind drei- und viergeschossige Bürogebäude, die für die Verwaltungen von Zivilluftfahrt, zugehörigen Bereichen wie Wetterdienst und Luftpostamt sowie kriegswissenschaftlichen Abteilungen der Luftwaffe vorgesehen waren. Dreigeschossige Bauten (G1 und G2) bilden die Platzwände eines 90 Meter langen und 80 Meter breiten Ehrenhofes (P1). Sie sind im Erdgeschoss mit offenen Hallengängen ausgebildet, die auf das höchste Gebäude der Gesamtanlage zuführen. In diesem



Abb. 4 Platz der Luftbrücke, Flughafen Tempelhof mit Ehrenhof und Bauteil H2 rund, G2 und C von Nordwest, 2012.

Bauteil C nahm eine Eingangshalle mit über 15 Metern Höhe und 90 Metern Breite den größten Bereich ein. Darüber wurden drei Büroggeschosse angeordnet, seitlich sieben. Die drei Untergeschosse dienten vorwiegend für Lagerzwecke.

Die spiegelbildlich angelegten Haupteingänge an den Stirnseiten der Bürogebäude (H1 rund und H2 rund) sind jeweils durch einen Altan, zweigeteilte Fensterachsen und mächtige Adlerreliefs hervorgehoben. Hier, zwischen den Ehrenhofflanken, fand auch 1985 der Kopf, der nach der Besetzung durch die Alliierten als Hoheitszeichen des NS-Staates gestürzten Figur eines Reichsadlers, Aufstellung. Vormalig thronte die von Walter E. Lemcke gestaltete Figur auf der Attika des Empfangsgebäudes.

Das gesamte Flughafengebäude besteht aus einem Stahlskelettbau der Flugsteig- und Flugzeughallen mit 1.300.000 Kubikmetern umbauten Raumes und aus einem Stahlbeton-Skelettbau für Büros und technische Anlagen mit einem umbauten Raum von einer Million Kubikmetern. Architektonische Gestaltung erhielten die stadtseitigen Bauteile durch ihre städtebauliche Anordnung, die Verkleidung mit gelblichen Muschelkalkplatten, durch Fenstereinfassungen aus hellem Jurakalkstein, die scharfkantig aus den glatten Fassaden hervortreten.

Die Stadtseite des als Bogensegment gebildeten Baukörpers wird durch massige, im Abstand von 70 Metern angeordnete Treppenhaustürme gegliedert. Es sind dreizehn Turmbauten, die Büroflächen sowie eine geplante Tribüne für 100.000 Zuschauer auf dem rückwärtigen Drittel des Daches des Gebäudes gegenläufig erschließen sollten. Diese geplante Dachtribüne für Großveranstaltungen wurde niemals fertiggestellt. Auch heute gibt es ehrgeizige Planer, die die östliche Dachhälfte als Ausblickfläche vorsehen wollen.

Zur Erschließung des Gebäudes für den Luftfrachtverkehr und zur Gewährleistung eines reibungslosen technischen Ablaufs waren durch Sagebiel beidseitig der Empfangshalle, seitlich neben den Risaliten, breite Tordurchfahrten mit Rampen geschaffen worden, die als Zufahrtsstraßen zwischen Hauptstraßen und den unter Niveau liegenden Fracht- und Versorgungsstraßen und Wirtschaftshöfen geführt wurden. Da solcherart technische Bereiche immer für den Publikumsverkehr abgesperrt wurden, sind sie auch heute den Besuchern nahezu unbekannt.



Abb. 5 Flughafen Tempelhof, Treppenhaustürme zur geplanten Dachtribüne über den Flughallen, nach Ost, 2012.



Abb. 6 Flughafen Tempelhof, Frachtstraße zum Ehrenhof, 2012.

Der Flughafenkomplex wurde mit modernsten technischen Einrichtungen ausgestattet, die eine autonome Funktionsweise sichern sollten. Dazu gehörten ein eigenes Wasserwerk, ein Elektrokraftwerk, eine Notstromanlage sowie Niederdruckdampfheizungszentralen. Über ein weitverzweigtes Netz von begehbaren Leitungstunneln wurden alle Gebäude mit Strom, Heizung, Wasser und Abwasser versorgt. Funktionalität und Konstruktion des Flughafengebäudes waren für die Entstehungszeit sehr modern. Der Wasser- und Stromverbrauch des Flughafens entsprach etwa dem Gesamtverbrauch von Städten wie Küstrin oder Frankfurt/Oder.

Der Flughafen hatte einen eigenen Betriebsbahnanschluss, dessen Schienen stadtseitig neben dem Bogensegment des Hallenbaus verlaufen und innerhalb der unter dem Mittelbau geführten Bunkerstraße. Einzelne Gleisabzweigungen werden auch in Turmbauten geführt, um von hier aus Fracht aufzunehmen.

In einem baufachlichen Gutachten aus dem Jahre 2005<sup>15</sup> zur „Zentrale Ver- und Entsorgung“ sind auch Ausführungen zum zentralen Dampfheiznetz, welches an das eigene Heizkraftwerk am Columbiadamm angeschlossen ist, zu finden. Trinkwasser wird auch heute noch aus vier eigenen Tiefbrunnen gefördert. Heizung, Lüftung, Sanitär erfolgt in bauzeitlichen, aber auch erneuerten Anlagen. Die technischen Anlagen nehmen sehr viel Raum innerhalb und außerhalb des Flughafengebäudes ein.

Ein wichtiges Anliegen für einen Flughafen mit großen befestigten Flächen ist die zentrale Regenwasserentsorgung. Dies ausgeklügelte System aus den 1930er Jahren funktioniert weiterhin gut.

Heute betritt man vom Platz der Luftbrücke aus das Hauptgebäude (Bauteil B) über eine niedrige, durch Einbauten verstellte Eingangshalle. Von der ursprünglich dreigeschossigen Eingangshalle (im Bauteil C) ist der obere, durch Lisenen strukturierte Hallenteil mit erhaltenen Stuckgliederungen und schwarzen Brandspuren bei Besichtigungstouren zu sehen.

Die Empfangs- und Abfertigungshalle für die Fluggäste schließt sich nach Südost an. In ihren Dimensionen von 100 mal 50 Metern, mit über 18 Metern Höhe und 32 Metern stützenfreier Breite bietet sie den Fluggästen einen erhabenen Empfang. Ernst Sagebiel hatte die Längswände der Haupthalle durch rechteckige Pfeiler und große, beidseitig bis zum Boden reichende Fensterflächen gegliedert.

An den Seiten sind Emporen angeordnet, die man über die Eingangshalle betreten kann. Über der Abfertigungshalle war ein mit beweglichem Schiebedach ausgestattetes Großrestaurant mit Dachterrasse vorgesehen. Von dort sollten die Besucher, getrennt von den Fluggästen, das Treiben im Abfertigungsbereich beobachten können. Ein eigens entwickeltes Stahlfachwerkssystem trägt die Decke. Über der Gaststätte wurden Büroräume angeordnet, über diesen wiederum der Kommandoturm für die Flugleitung. Bei der Umgestaltung der Abfertigungshalle 1959–1961 durch die Berliner Flughafen GmbH wurde die stark beschädigte Stuckdecke durch eine Kassettendecke mit Neonlichtbändern, in zeitgenössischer Modernität, ersetzt und das geplante Großrestaurant verbaut.

Das Empfangsgebäude (Bauteil B) leitet zum Bürotrakt am Tempelhofer Damm (Bauteil A1) und am Columbiadamm (Bauteil A2) über sowie zum Flugsteig- und Wartungstrakt (Hallen 1 bis 7), der als 1,2 Kilometer langes Bogensegment das elliptische Flugfeld begrenzt. In der Mitte befindet sich die luftseitig, zum Flugfeld geöffnete Flugsteighalle mit Vorfeld. Daran schließen auf beiden Seiten Flugzeug- und Wartungshallen an. Alles wird von einer weit auskragenden Stahlkonstruktion überdacht. Die außerordentlich kühne Konstruktion besteht aus einem Bindersystem aus Dreieckenrahmen mit beidseitigem Kragarm. Die freistehenden Hauptstützen von 17 Metern Höhe haben eine Gründung von 9 mal 9 Metern Fundamentgrundfläche. Sie sind ebenso wie der flugfeldseitig 35 Meter ausladende Kragarm und der stadtseitig 16 Meter reichende Arm als Vollwandbinder ausgeführt.<sup>16</sup>

Das Flughafengebäude mit seinen, in Publikationen mit unterschiedlichen Längenangaben beschriebenen, Kragarmen gilt als technische Meisterleistung und wurde 2011 als „Historisches Wahrzeichen der Ingenieurbaukunst in Deutschland“ geehrt. Insgesamt überdacht „Das auskragende Dachtragwerk des Flughafens Tempelhof [...] eine Fläche von 61.505 Quadratmetern. Davon sind 42.707 Quadratmeter räumlich geschlossene Hangarflächen. 18.798 Quadratmeter fallen auf den luftseitig offenen Flugsteig (Gebäudeteil A)“, <sup>17</sup> so der Architekt der BREAD & butter GmbH zu einem Bauantrag.

Nimmt man andere, frühere große Hallen der 1920er Jahre zum Vergleich, wie die 1925–1926 von Franz Ahrens errichtete



Abb. 7 Flughafen Tempelhof, Eingangsgebäude C mit Eingangshalle, vom Platz der Luftbrücke, seitlich Zufahrten zur Frachtstraße, 2012.



Abb. 8 Flughafen Tempelhof, Flugsteig, Hallen 4 bis 1, Kopfbau Ost und Radarturm, 2009.

Wagenhalle des Berliner Omnibusbetriebes in der Helmholtzstraße<sup>18</sup> von 5.000 Quadratmetern<sup>19</sup>; die berühmte Produktionshalle der Hutfabrik Friedrich Steinberg in Luckenwalde, 1922–1923 von Erich Mendelsohn, von 8.000 Quadratmetern<sup>20</sup> oder den dreiteiligen Hallenbau des Straßenbahnhofs in der Dietzgenstraße<sup>21</sup>, 1924 von Jean Krämer, mit einer inneren Raumfläche von 14.000 Quadratmetern<sup>22</sup> Größe, so wird die technische Leistung noch deutlicher.

Unter dem Dach des Flugsteigs stiegen die Passagiere in die bereitstehenden Flugzeuge. Die seitlich anschließenden Flugzeughallen bestehen aus einem meist dreigeschossigen Büro- und Werkstattbereich mit einem Untergeschoss und der vorgelagerten Halle. Die zum Flugfeld gerichteten Fronten können durch elektrisch betriebene Tore verschlossen werden. Auf der Stadtseite des Bogensegmentes treten die Werkstatträume in einer hohen Fensternische als Sockelgeschoss in Erscheinung. Darüber sind Zwillingsfenster angeordnet. Hier befinden sich Büroräume. Sie sind durch Mittelkorridore, in dessen Decke sich Oberlichter befinden, von den in das Halleninnere geführten Werkstätten getrennt.

In den das Gebäude abschließenden Kopfbauten Ost und West befinden sich in sechs Obergeschossen und zwei Untergeschossen, das UG 1 ist auf Rollfeldebene, vorwiegend Büros. Die unspektakulär aber modern gestalteten Büroräume wurden beidseitig der Zimmertür mit Einbauschränken und einem Waschbecken ausgestattet.

1939 waren weite Teile der Flughafenanlage fertiggestellt, beziehungsweise der Innenausbau in vollem Gange. Erste Mieter konnten einziehen. Die Bauarbeiten gingen aber während des Zweiten Weltkrieges nur relativ langsam voran. Sie wurden um 1943 eingestellt. In den Flugzeughallen und in der Bunkerstraße fand nun Kriegsproduktion, die Montage von Kampfflugzeugen, statt. Andere Untergeschossbereiche dienten als Luftschutzkeller und wurden an den Wänden volkskünstlerisch gestaltet.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgten Instandsetzungsarbeiten an der zu 70 Prozent fertiggestellten und kriegsbeschädigten Anlage. Aber es kamen unmittelbar nach Kriegsende weitere Zerstörungen hinzu; so während der ersten neun Wochen Besetzung durch die Rote Armee beim Versuch die Tür eines Bunkers im dritten Untergeschoss aufzusprennen. Er soll große Mengen

unbekannten Filmmaterials enthalten haben, die eine solche Hitze hervorbrachten, dass das gesamte Material vernichtet wurde, sich dicke Betonschichten abschälten und Bewehrung freigelegt wurde.

Am 4. Juli 1945 übernahmen die amerikanischen Alliierten den Flughafen Tempelhof. Die ehemalige Hauptstadt des Deutschen Reiches war in vier Besatzungszonen aufgeteilt worden.

1947 nahm die American Overseas Airlines den Zivilluftverkehr in Tempelhof auf. Während der Berlin-Blockade wurde der innerstädtische Zentralflughafen Tempelhof zum Symbol der Luftbrücke und des Überlebens- und Freiheitswillens Berlins. Die Westalliierten wurden zur Schutzmacht Westberlins.

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte im Juni 1948, am Tag der Währungsreform in den Westsektoren Berlins, die Zufahrtswege nach Westberlin abgeriegelt und dies mit der einseitigen Einführung einer neuen Währung begründet. Die sogenannte Berlin-Blockade hielt vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 an. In dieser Zeit und darüber hinaus bis einschließlich Oktober 1949 wurden die Flughäfen der Westalliierten, der britischen Besatzungsmacht in Gatow, der Französischen in Tegel und der Amerikanischen in Tempelhof, zu Umschlagplätzen für die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung in Westberlin.

Bis dahin waren lediglich das Vorfeld und die sogenannten Warmlauf- oder Flugzeugaufstellplätze mit Kunststeinplatten befestigt, der Start selber erfolgte über Grasnarbe. Die US Air Force (USAF) hatte mit der Einnahme des Flugplatzes Tempelhof im Juli 1945 eine aus Luftlandeblechen<sup>23</sup> befestigte Start- und Landebahn gebaut. Innerhalb kurzer Zeit wurden während der Luftbrücke 1948 zwei weitere Start- und Landebahnen errichtet. In Tempelhof entstanden neue Frachtschuppen, Wartungsbereiche und moderne flugsicherungstechnische Anlagen.

Im Januar 1951 übertrug die alliierte Hohe Kommission den deutschen Flughafengesellschaften wieder begrenzte Eigenverantwortung. Bereits 1950 war ein südwestlicher Bereich des Flughafens Tempelhof an die Berliner Flughafengesellschaft (BFG) für den Zivilluftverkehr übergeben worden. Die Haupthalle blieb den zivilen Fluggästen verschlossen. Eine relativ provisorische Flugabfertigung am südlichen Ende der Flugsteighallen war nun vom Tempelhofer Damm aus zu erreichen.



Abb. 9 Flughafen Tempelhof, Halle 6, Inneres nach Süd, 2012.



Abb. 10 Flughafen Tempelhof, Bunkerstraße mit Schienen und Fahrbahn, 2012.



Abb. 11 Flughafen Tempelhof, Untergeschoss 3, gesprengter Zugang zum Film-bunker, 2012.

Um den Fluggästen das Auffinden zu erleichtern, ließ die BFG einen Eingangspavillon mit hoher beleuchteter Inschrift „Flughafen Tempelhof“ errichten. Der Entwurf stammt von Heinrich Kosina, der sich im Flughafenbau hervortat. Er hatte bereits für den ersten Zentralflughafen Berlin 1924 Flugzeughallen entworfen.<sup>24</sup> Der alte, kriegszerstörte Flughafen, südwestlich des Garnisonfriedhofs, wurde nicht wieder aufgebaut. Die Fundamente der 1924–1929 errichteten Flughafengebäude sollen nach tatsächlicher Feststellung der überlieferten Reste als Bodendenkmal geschützt werden. Vorfeldebefestigung und Wasseranschlüsse entgehen dem aufmerksamen Besucher nicht. Sie kennzeichnen heute die Lage des ersten modernen Zivilflughafens der Welt.

Mit dem Mauerbau im August 1961 und der zunehmenden Insellage Westberlins war der Ausbau der Transitstrecken durch Flugverkehr die einzige sichere Verbindung zwischen Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland. Bauliche Veränderungen wurden durch die BFG unter Leitung von Werner Loebermann in mehreren Etappen auch im Inneren durchgeführt. 1962 wurde die große Abfertigungshalle für den zivilen Flugverkehr in Betrieb genommen. Doch trotz Verlängerung der Start- und Landebahnen waren diese bald für die neu entwickelten Düsenmaschinen ungeeignet.

Mit dem Ausbau der längsten bisher dagewesenen Start- und Landebahn in Berlin-Tegel während der Berlin-Blockade war



Abb. 12 Flughafen Tempelhof, Kasino der US Air Force, Glasfenster, 2012.

bereits eine Entscheidung für einen Großflughafen in Tegel getroffen worden. Die Bauarbeiten begannen 1969, die Eröffnung des TXL-Flughafens, „Otto Lilienthal“ in Tegel-Süd fand im Oktober 1974<sup>25</sup> statt.

1975 wurde der Flughafen Tempelhof für den zivilen Flugverkehr geschlossen, blieb aber Militärflughafen der US Air Force (USAF) bis zu ihrem Abzug 1993. Dennoch durfte 1982 der nationale zivile Geschäfts-Flugverkehr wieder mit kleinen Flugzeugen aufgenommen werden. Nach der Wiedervereinigung übergaben die Amerikaner 1992 den Flughafen der Berliner Flughafengesellschaft. 2008 versuchte die Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof (ICAT) durch einen Volksentscheid, den Beschluss der Schließung des innerstädtischen Flughafens rückgängig zu machen, ein sogenannter „Konsensbeschluss“, der bereits 1996 zugunsten eines Großflughafens in Schönefeld getroffen worden war. Zum 31. Oktober 2008 wurde der Flughafen Tempelhof für den gesamten Flugverkehr geschlossen.

Der Flughafen Tempelhof ist ein geschichtsträchtiges Dokument der Luftfahrt, der Architektur und Bautechnik im 20. Jahrhundert. Er ist eines der wenigen fast vollständig realisierten Beispiele der groß dimensionierten nationalsozialistischen Hauptstadtplanung. Der Flughafen Tempelhof ist in seinen vielfältigen Bedeutungsschichten ein außergewöhnlich anschauliches Monument deutscher Gesellschaftsgeschichte.

**Anmerkungen**

- 1 Segelfliegerdamm 1/45, Flugzeugfabrik der Luftverkehrsgesellschaft, 1912–16, um 1921 (D)  
- Verwaltungsgebäude mit Produktionshalle (Gebäude 7, 7A)  
- Fabrikhalle (Gebäude 6)  
- Wohlfahrtsgebäude und Schmiede (Gebäude 5)  
- Versuchshalle (Gebäude 52)  
- Feuerwehr  
- Pfortnerhäuschen mit Einfriedung  
- Fabrikhallen (Gebäude 1–4)  
(TRE-KÖP/JOHTH-G).
- 2 Brunsbütteler Damm 447/449, Geschossbau der ehem. Luftschiffwerft und des Luftschiffflughafens der Luftschiffbau Zeppelin GmbH, 1915 (SPA/STAAK-D).
- 3 Schulstraße 13–21, ehem. Flugplatz Staaken, Kaserne des „Fliegerhorstes Staaken“, 1935–38 (Schulstraße 13–20, Brunsbütteler Damm 409, 413); Offizierswohnhäuser, 1936 (Brunsbütteler Damm 423/429); Pfortnerhaus, Wache, um 1938 (An der Spitze 1); Wohngebäude, um 1926–28 (An der Spitze 3–5); Flugplatz mit Flugzentrale, 1925 für die „Deutsche Sportfliegerschule“; Werfthalle, 1933–35 für die Lufthansa; Feuerwache, Tankstelle, Werkstätten, Garagen, 1936 für den „Fliegerhorst Staaken“ (Nennhauser Damm 158/Schulstraße 21) An der Spitze 1, 3–11 Brunsbütteler Damm 409/417, 423/435 Nennhauser Damm 158 (SPA/STAAK-G).
- 4 Köpenicker Allee 121/153, sechs Flugzeughallen der ehem. Fliegerstation Berlin-Friedrichsfelde, 1917–18 (Konstruktion von den Gebrüdern Rank) (LIC/KARLH-G).
- 5 Kladower Damm 182/220, Flugplatz Gatow, Eingangsgebäude, Kriegsschule der Luftwaffe, Kasernen, Werkstätten und Hangars, 1935–36 von Richard Binder, Josef Braun und Alfred Gunzenhauser (SPA/KLADO-G).
- 6 Platz der Luftbrücke 1–6, Flughafen Tempelhof, 1936–39 von Ernst Sagebiel (D) (siehe Ensemble Platz der Luftbrücke 1–6) Columbiadamm 1–7C Mehringdamm 129–129C Tempelhofer Damm 1/5 (TEM-SCH/TEMPH-G).
- 7 Schreiben von Jörg Haspel an Gabriele Lechner vom 13.08.1998.
- 8 <http://www.gruen-berlin.de/parks-gaerten/tempelhofer-freiheit/parkplanung/>.
- 9 Siehe auch im Weiteren: Thomas Blau, Der Flughafen Berlin-Tempelhof, Band 10 Historische Wahrzeichen der Ingenieurbaukunst in Deutschland, Hrsg. Bundesingenieurkammer, Berlin 2011.
- 10 Leipziger Straße 5–6, Reichsluftfahrtministerium, 1934–36 von Ernst Sagebiel, Umbau 1946–47; Wandbild, 1952 von Max Lingner (D) (siehe Ensemble Leipziger Straße 3–6 und Gartendenkmal Leipziger Straße 5–6) Niederkirchnerstraße 1–4 Wilhelmstraße 97 (MIT/MITTE-D).
- 11 Weitere unter Denkmalschutz stehende Ministerialbauten von Ernst Sagebiel: Niederkirchnerstraße 5, Preußischer Landtag, Berliner Abgeordnetenhaus, 1892–97 von Friedrich Schulze, Umbau 1936 von Ernst Sagebiel (D) (siehe Ensemble Leipziger Straße 3–6) (MIT/MITTE-D) Hüttenweg 21, 25, Dienstwohnhäuser für Luftwaffenoffiziere, 1935–37 von Ernst Sagebiel (STE-ZEH/DAHLE-G).
- 12 Thomas Blau, Der Flughafen Berlin-Tempelhof, S. 8.
- 13 Dudenstraße 9, Wohn- und Geschäftshäuser, 1912–13 von Bruno Möhring und Hermann Speck Kaiserkorso 155 Manfred-von-Richthofen-Straße 2 Tempelhofer Damm 2 (TEM-SCH/TEMPH-G).
- 14 Siehe: Parklandschaft Tempelhofer Flugfeld. Offener zweistufiger landschaftsplanerischer Ideen- und Realisierungswettbewerb, Ausschreibung Teil 3, 3.6.3. Topographie, Boden, Altlasten, S.47. „Das Gebiet befindet sich im nördlichen Randbereich der Teltow-Hochfläche, im Übergangsgebiet zum Urstromtal der Spree und liegt 7–10 Meter höher als die nördlich angrenzende Stadtlandschaft.“
- 15 Arnold und Gladisch Architekten, Baufachliches Gutachten Flughafen Tempelhof, im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Teil I, 15.06.2005, S. 54ff.
- 16 Siehe Zeichnung des Bindersystems der Flugsteighalle, von Arno Schleusner 1938. in: Thomas Blau, Der Flughafen Berlin-Tempelhof, S. 18–19.
- 17 Ulrich Weingärtner (Architekt, BREAD & butter GmbH), Bau- und Betriebsbeschreibung zum Bauantrag Temporäre Fassade ..., 17.Dezember 2009.
- 18 Helmholtzstraße 41, ABOAG-Omnibus-Betriebshof, 1925–26 von Franz Ahrens Morsestraße (CHA-WIL/CHARL-D).
- 19 Siehe: Przygode, Der Betriebshof der ABOAG in der Helmholtzstraße zu Berlin. in: Deutsche Bauzeitung 1927, Nr.51, Konstruktion und Ausführung, S. 85–86.
- 20 Größenangabe siehe Deutsche Stiftung Denkmalschutz: Obj1799 Hutfabrik Luckenwalde.
- 21 Dietzgenstraße 100, Straßenbahn-Betriebshof, Hauptgebäude, Werkstattanlagen, Halle, Verwaltungsgebäude, Vorplatz, 1900–01 von Joseph Fischer-Dick; Anbau, 1924 von Jean Krämer, Gleisanlage mit Kanälen (D) Schillerstraße (PAN/NIEDS-G).
- 22 Siehe: Paul Schaefer, Die Halle des neuen Straßenbahnhofs im Norden von Berlin. in: Deutsche Bauzeitung 1927, Nr. 75, Konstruktion und Ausführung, S. 133–136.
- 23 Luftlandebleche = Perforated Steel Planking. In: Thomas Blau, Der Flughafen Berlin-Tempelhof, S. 40.
- 24 1922 war der ehemalige Exerzierplatz für eine dauerhafte Nutzung als Flugfeld geplant worden. 1924–25 wurden zwei große Flugzeughallen von Heinrich Kosina und Paul Mahlberg errichtet, zwischen diesen bis 1929 das Empfangs- und Abfertigungsgebäude nach Entwurf von Paul und Klaus Engler. Der Flughafenbereich dieses ersten Tempelhofer Flughafens wurde 2011 als eine archäologische Verdachtsfläche ausgewiesen.
- 25 Aus: Robert Conrad/Margrit Kühl, Aktenrecherche zum Untersuchungsgegenstand Flugplatz Tegel. Kontinuität der Luftfahrtgeschichte auf dem Gebiet der Jungfernheide in Berlin. 12.2011 im Auftrag des Landesdenkmalamtes Berlin.

**Abbildungsnachweis**

Abb. 1, 4–12: Christina Czymaj; Abb. 2: Landesdenkmalamt Berlin; Abb. 3: Fotoarchiv Landesdenkmalamt Berlin.

## Vom Thyssen-Hüttenwerk zum Landschaftspark Duisburg-Nord – die von Latz + Partner gestaltete Industriefolgelandschaft aus Sicht der Gartendenkmalpflege

KERSTIN WALTER

Das Ruhrgebiet besitzt als ehemals größte Industrieregion Europas eine besonders hohe Dichte von Zeugnissen der Industriegeschichte. Die Zeche und Kokerei Zollverein in Essen zählt als Welterbestätte sicherlich zu den bekanntesten Industriedenkmalern Deutschlands. Zahlreiche weitere ehemalige Produktionsstätten sind inzwischen entlang der Route der Industriekultur<sup>1</sup> zu besichtigen. Im Zuge des vergleichsweise früh einsetzenden Strukturwandels sind im Ruhrgebiet großflächige Industriefolgelandschaften entstanden, die heute in der Regel frei zugänglich sind und häufig eine besonders große Zahl von Tier- und Pflanzenarten aufweisen – die sogenannte Route der Industrienatur<sup>2</sup> präsentiert ausgewählte Beispiele.

Neue Wege im Umgang mit großflächigen Industrieanlagen sollten ab 1989 im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park unter der Leitung von Karl Ganser aufgezeigt werden.<sup>3</sup> Das Ziel bestand unter anderem darin, in der Emscher-Region zukunftsfähige Folgelandschaften entstehen zu lassen, die ihre industriellen Ursprünge nicht verleugnen, sondern als besondere historische Qualität herausstellen und neue Nutzungen ermöglichen.

Ein inzwischen preisgekröntes Ergebnis ist der Landschaftspark Duisburg-Nord, der als IBA-Projekt realisiert werden konnte und international große Beachtung erfahren hat. Der Entwurf vom Büro Latz + Partner ging als Sieger aus dem 1990/91 durchgeführten Wettbewerb hervor. Die Planung dieses Landschaftsarchitekturbüros zielte darauf ab, das 1985 stillgelegte Hochofenwerk sowie viele weitere Relikte des großflächigen Industriekomplexes substanzerhaltend in einer Parkanlage für die Menschen erlebbar und nutzbar zu machen.<sup>4</sup> Rückblickend betont Karl Ganser die Neuartigkeit des Projektes: „Der Begriff Landschaftspark ist eine Suchvokabel, denn bis dahin gab es keine Vorstellungen, wie man eine Industriebranche mit den vielfältigen Belastungen und einem Hüttenwerk zu einem Park entwickeln soll. Man war sich nur einig, dass diese Fläche nicht einfach der natürlichen Sukzession

überlassen werden soll, andererseits aber auch nicht eine normale innerstädtische Grünanlage das Vorbild sein kann.“<sup>5</sup> Der Projektträger, eine Planungsgemeinschaft, zu der die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH (LEG) und die Thyssen Entsorgungs-Technik GmbH gehörten, beabsichtigte insbesondere die Steigerung der Lebensqualität in der Region: „Planerische Zielvorstellung ist die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse im Duisburger Norden durch Schaffung eines großen zusammenhängenden Freiraumes.“<sup>6</sup>

Das rund 200 Hektar große Gelände dieses Industriekomplexes ist heute frei zugänglich. Verschiedene Anlagenteile des ehemaligen Hochofenwerks und Hüttenbetriebs sind zu besichtigen. Vor allem der Aufstieg zum Hochofen 5, von dem sich ein grandioser Panoramablick über die Gesamtanlage, die angrenzenden Stadtviertel und bis zu weit entfernten Industriebauten eröffnet, gehört zu den Höhepunkten des Parkbesuchs durch Touristen (Abb. 1). Informationstafeln mit Kurztexen, anschaulichen Grafiken und historischen Fotos vermitteln an Ort und Stelle Kenntnisse über die früheren Produktionsabläufe. Darüber hinaus wurden

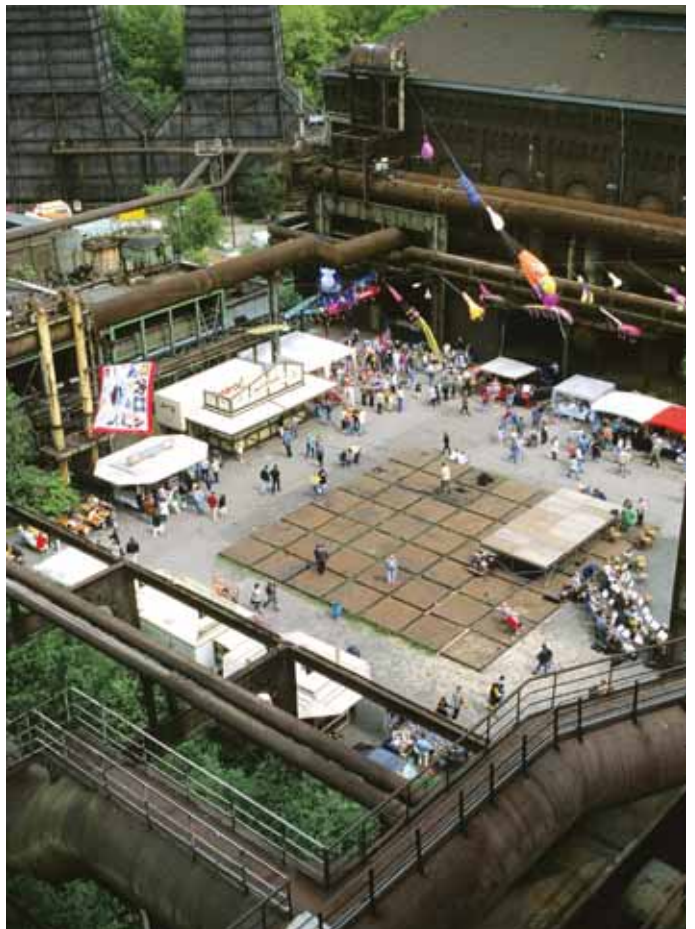


Abb. 2 Multifunktionale Veranstaltungsräume auf dem Areal des Industriedenkmal – z. B. die „Piazza Metallica“, 2011.



Abb. 1 Blick vom Hochofen 5 über die Möllerbunker zur ehemaligen Sinteranlage, 2011.

außergewöhnliche Freizeitnutzungen ermöglicht, die den Landschaftspark Duisburg-Nord zu einem wichtigen Anziehungspunkt für ein regionales und auch ein überregionales Publikum gemacht haben: Der Gasometer wurde zu Europas größtem künstlichen Tauchsportzentrum ausgebaut. In den früheren Erzlagerbunkern befinden sich heute Klettergärten des Alpenvereins. Werkshallen wie etwa die ehemalige Kraftzentrale und gestaltete Plätze unter freiem Himmel dienen als großräumige Veranstaltungsorte (Abb. 2). Am Abend taucht eine Lichtinstallation des britischen Designers Jonathan Park die Industriekulisse als weithin sichtbare Landmarke in ein Farbspiel.

Der Parkcharakter ist zuallererst durch die ökologische Aufwertung vorgefundener Elemente erreicht worden. Pflanzen, die sich durch Samenverbreitung auf dem Gelände eingefunden hatten – teils ausgesprochene Raritäten<sup>7</sup> –, dürfen sich auf bestimmten Flächen kontrolliert weiterhin entwickeln. Hingegen werden andere Areale gezielt immer wieder freigelegt, um frühe Sukzessionsstadien erlebbar zu machen und die im Landschaftspark vorhandene Artenvielfalt zu erhalten beziehungsweise noch zu erhöhen.

Zum anderen wurden Alleen und Baumreihen angelegt, um eine städtebauliche Einbindung der Gesamtanlage zu erreichen. In Analogie zu Gebäudegrundrissen platzierten Latz + Partner darüber hinaus Bäume in klarem Raster, um so beispielsweise in der Nähe der Hochöfen ein Laubdach zu erzielen, das dem Publikum im Sommer Schatten spendet. Grundsätzlich war es die planerische Absicht von Latz + Partner, die menschlichen Eingriffe deutlich zu machen und den Kunstcharakter des Landschaftsparks zu offenbaren. Eine Renaturierung des Geländes war keineswegs beabsichtigt.<sup>8</sup>

Die erzielten Begrünungen verändern nun den Blick auf die Industrieanlagen und werden von der Industriedenkmalpflege in der Regel eher kritisch beurteilt. Aus Sicht der Gartendenkmalpflege ist hingegen zu klären, ob der Landschaftspark Duisburg-Nord als international gewürdigtes Beispiel für den gartenarchitektonischen Umgang mit Industriedenkmalern sowie Industriefolgelandschaften und als herausragendes Werk des Landschaftsarchitekten Peter Latz selbst Denkmalbedeutung hat.

### Das Landschaftsarchitekturbüro Latz + Partner

Das Büro Latz + Partner hat mit seinen landschaftsplanerischen Lösungen für Industriefolgelandschaften große Anerkennung gefunden. Gegründet wurde es 1968 von den Landschaftsarchitekten Anneliese und Peter Latz in Aachen, inzwischen befindet es sich in Kranzberg, Bayern, und wird von Sohn Tilman Latz geleitet. Peter Latz lehrte bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2008 rund 25 Jahre als Professor für Landschaftsarchitektur und Planung an der TU München-Weihenstephan.<sup>9</sup> Er hat nicht nur mit seinen Planungen, sondern auch durch Vorträge und seine Lehrtätigkeit in Deutschland und als Gastprofessor in den USA über Jahrzehnte großen Einfluss ausgeübt.<sup>10</sup>

Vor dem Landschaftspark Duisburg-Nord hat das Büro Latz + Partner bereits ab 1979 mit der Hafensinsel Saarbrücken eine Parkanlage gestaltet, die ein ehemals gewerblich genutztes Areal einer neuen Nutzung zuführte und historische Relikte einbezog.<sup>11</sup> Das

neun Hektar große Gelände des ehemaligen Kohlehafens an der Saar war damals verwahrlost und wurde als Schuttkippe und für provisorische Parkplätze genutzt. Die eigentlichen Hafenanlagen waren im Zweiten Weltkrieg zerstört, das Hafenbecken in den 1960er Jahren verfüllt worden. Anders als in Duisburg-Meiderich waren auf der Hafensinsel in Saarbrücken also keine historischen Gebäude und Anlagen mehr vorhanden, die als denkmalwerte Zeugnisse die Geschichte des Ortes verdeutlicht hätten. Stattdessen musste eine neue Saarbrücke, deren nördlicher Brückenkopf auf der Hafensinsel platziert werden sollte, in die Parkgestaltung einbezogen werden. Diese Brückenplanung war für die Stadt Saarbrücken Ende der 1970er Jahre überhaupt erst der Anlass gewesen, zur Aufwertung des stadtnahen Hafensinselgeländes ein Planungsverfahren durchzuführen. Der Entwurf von Peter Latz und seinem Büroteam sah vor, die noch vorhandenen Spuren des Hafens herauszustellen, indem vorgefundene Materialien, wie Reste von Pflasterflächen, Fundamentreste, Schuttberge et cetera, den Ausgangspunkt der Gestaltung bildeten. Darüber hinaus wurde entschieden, die auf dem Gelände vorhandene und an die Schuttflächen angepasste Ruderalvegetation auf bestimmten Flächen zu erhalten. Neue bauliche Elemente sollten die Nutzungsmöglichkeiten der Parkanlage erweitern und zusätzliche inhaltliche Bedeutungsebenen erzeugen. Zu ihnen gehört das an zentraler Stelle inmitten eines Sees als künstliche Ruine errichtete Wassertor (Abb. 3). In der Fachwelt löste der Hafensinsel-Park intensive Diskussionen aus. Das Wassertor, welches auf Traditionslinien verweist, die über Industriearchitektur bis hin zu antiken Bauwerken wie Aquädukten oder dem Kolosseum in Rom reichen, wurde als postmodernes Element klassifiziert.<sup>12</sup> Mit der Hafensinsel Saarbrücken hatte das Büro Latz + Partner ein überzeugendes Referenzobjekt, als der Planungswettbewerb für den Landschaftspark Duisburg-Nord durchgeführt wurde. Udo Weilacher, der 2008 eine Latz-Werkmonographie veröffentlichte, bewertet sie als Vorstufe: „Für Peter Latz und sein Team war die Hafensinsel Saarbrücken jedoch nur die Vorstufe zu einem wesentlich komplexeren und stärker richtungweisenden Unterfangen im Ruhrgebiet.“<sup>13</sup>



Abb. 3 Hafensinsel Saarbrücken (ab 1979 entstanden) mit einer künstlichen Ruine im Zentrum, dem sogenannten Wassertor, 2010.



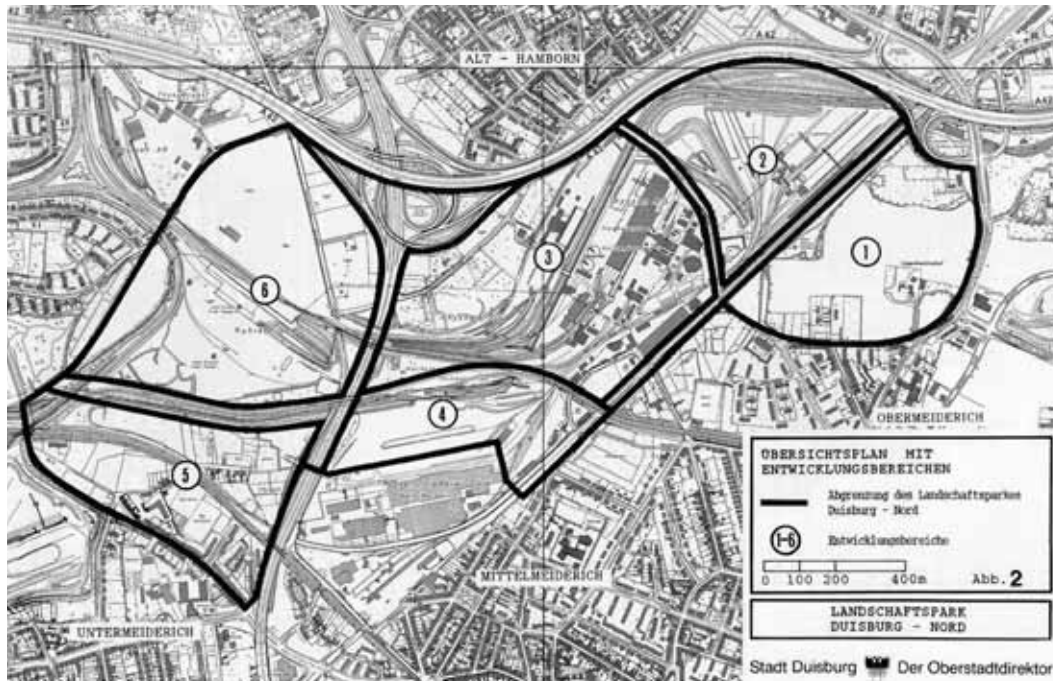


Abb. 4 Übersichtsplan mit Entwicklungsbereichen – Abgrenzung des Landschaftsparks Duisburg-Nord und der sechs Entwicklungsbereiche, Stadt Duisburg, 1992.

### Das Hütten- und Hochofenwerk Meiderich der Thyssen AG als Industriedenkmal

Der großflächige Industriekomplex des Hütten- und Hochofenwerks Meiderich befindet sich im Duisburger Norden. Das rund 200 Hektar große Areal<sup>14</sup> liegt südlich von der Autobahn A42 (Kamp-Lintfort – Dortmund) und zu beiden Seiten der Autobahn A59 (Duisburg – Dinslaken) in unmittelbarer Nähe des Autobahnkreuzes Duisburg-Nord. Von den Fahrbahnen der Autobahn A42 ist die Hochofenreihe für die Vorbeifahrenden deutlich zu erkennen. Die Hauptzufahrt zum Gelände erfolgt aus südöstlicher Richtung über die Emscherstraße. Die Geschichte und historische Bedeutung dieser Industrieanlage soll hier kurz skizziert werden:<sup>15</sup>

Seit den 1890er Jahren plante August Thyssen zusätzlich zur August-Thyssen-Hütte (ab 1895 in Duisburg-Bruckhausen errichtet) ein weiteres Hochofenwerk, das Stahleisen und Spezialeisensorten wie Gießereieisen, Ferromangan und anderes produzieren sollte. 1901 konnte mit dem Bau der Hütte in Duisburg-Meiderich begonnen werden, wobei für diesen Standort die verkehrstechnisch günstige Lage und vor allem die Nähe zur Kohle, nämlich zu dem ab 1899 abgeteuften Schacht 4 der Gewerkschaft Deutscher Kaiser und zur dortigen Kokerei, entscheidend war. Die ersten beiden Hochöfen des Meidericher Werks wurden 1903 in Betrieb genommen, drei weitere sollten folgen, um schließlich 1912 das geplante letzte Ausbaustadium mit fünf in einer Reihe angeordneten Hochöfen zu erreichen.

Seit 1911 konnten Hüttenwerk (Abb. 4, Entwicklungsbereich 3) und Kokerei (Abb. 4, Entwicklungsbereich 6) im aufeinander abgestimmten Produktionsverbund betrieben werden und waren durch Gasleitungen miteinander verbunden. Darüber hinaus gehörte die ab 1904 in unmittelbarer Nähe zur Hütte errichtete Gießerei zum Meidericher Industriekomplex – entsprechende Gleisanlagen sicherten schnelle Transportwege (Abb. 4, Entwicklungsbereich 4). Außerdem entstanden später noch eine Walzengießerei (ab 1923)

und eine Sinteranlage (Abb. 4, Entwicklungsbereich 3). Von den ursprünglich in diesem großflächigen Gebiet ansässigen bäuerlichen Betrieben blieb nur der Ingenhammshof erhalten (Abb. 4, Entwicklungsbereich 1), weil er unter anderem die Werkskantinen mit landwirtschaftlichen Produkten belieferte.

Durch den Zweiten Weltkrieg kam es zu erheblichen Zerstörungen, im Zuge des Wiederaufbaus wurden Modernisierungen vorgenommen. 1974 erzielte die Meidericher Hütte die höchste Jahresproduktion in ihrer Geschichte. Nachdem die Kokerei bereits 1977 stillgelegt worden war, wurde zu Beginn der 1980er Jahre die Produktion im Hüttenwerk schrittweise eingestellt. Nach der endgültigen Schließung des Hochofenwerks im April 1985 war die Denkmalpflege angesichts des drohenden Abbruchs unter Zeitdruck aufgefordert, dessen Denkmalwert zu prüfen. Der beim Landeskonservator tätige Industriedenkmalpfleger Axel Föhl beschrieb die Situation in einer ersten gutachtlichen Stellungnahme 1988 folgendermaßen: „Herausragende denkmalpflegerische Bedeutung, Bedrohung durch fortschreitenden Verfall sowie die Grundlagentatsache für anstehende Nutzungskonzepte machen eine denkmalpflegerische Bewertung der Meidericher Hütte in Duisburg zum gegenwärtigen Zeitpunkt unumgänglich.“<sup>16</sup>

Die Industriedenkmalpflege befand sich in den 1980er Jahren in einem frühen Stadium und entsprechende Möglichkeiten der Bewahrung großer Industrieanlagen als historische Zeugnisse waren noch zu entwickeln – die denkmalrechtlich relevante Bewertung fiel jedoch schon damals, wenige Jahre nach Schließung des Duisburger Werkkomplexes, eindeutig für dessen Erhaltung aus: „Das Rheinische Amt für Denkmalpflege (heute LVR-ADR) geht davon aus, dass trotz der hohen historischen Bedeutung der deutschen Schwerindustrie im Eisen- und Stahlbereich letztlich nicht mehr als eine große, exemplarische Anlage pro Region erhalten werden kann. Für Nordrhein-Westfalen erfolgt daher unser Votum für den Erhalt des Hochofenwerks Meiderich der Thyssen AG.“<sup>17</sup>

Eine detaillierte Inventarisierung des Hochofenwerks erfolgte nach Erstellung dieser ersten denkmalfachlichen Stellungnahme durch externe Fachleute, weil im Denkmalfachamt die personellen Kapazitäten für diese zeitaufwendige Gutachtertätigkeit fehlten. Der entsprechende Auftrag wurde an das Büro für Industriearchäologie, Darmstadt, unter Leitung von Rolf Höhmann<sup>18</sup> vergeben. Weitere Untersuchungen wurden von der Duisburger Gesellschaft für Industriegeschichte e. V. vorgenommen, die sich insbesondere im Hinblick auf die Konzeption eines industriehistorischen Rundweges mit dem Zeugniswert der verschiedenen Gebäude und Anlagenteile des stillgelegten Werkkomplexes beschäftigte und 1993 ein entsprechendes Gutachten vorlegte.<sup>19</sup>

Die denkmalfachliche Bewertung der verschiedenen Objekte gemäß Denkmalschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen erfolgte dann auf der Grundlage dieser umfangreichen Erfassungen und Recherchen mit einer zweiten gutachtlichen Stellungnahme des Denkmalfachamtes, die im Oktober 1993 von Walter Buschmann (LVR-ADR) abgeschlossen wurde. Er stellte heraus, dass das Hochofenwerk Meiderich die Bedeutung des westlichen Ruhrgebietes als historischer Stahlstandort dokumentiert und durch seinen umfangreichen Gebäudebestand insbesondere geeignet sei, die zweite Gründungswelle der Eisen- und Stahlindustrie zur Zeit der Jahrhundertwende zu veranschaulichen: „In der Gesamtdisposition vermittelt Meiderich mit seinen drei in einer Reihe stehenden Hochofen, den Bunkeranlagen, Schrägaufzügen und Gießhallen noch das traditionelle Bild einer Hochofenanlage der Jahrhundertwende mit der Möglichkeit, den Produktionsgang von der Rohstoffanlieferung bis zur Abfuhr des Roheisens und der Schlacke zu dokumentieren. Dieses komplette Bild einer Hochofenanlage wird andernorts in einem denkmalwerten Zusammenhang nur noch in Völklingen überliefert.“<sup>20</sup>

Das Verfahren zur Unterschutzstellung, welches die Bezirksregierung Düsseldorf in enger Abstimmung mit dem Denkmalfachamt und dem NRW-Landesministerium durchführte, wurde jedoch erst im Mai 2000, also nach Durchführung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (1989–1999) und der Realisierung des Landschaftsparks Duisburg-Nord, mit der Eintragung in die Denkmalliste des Landes Nordrhein-Westfalen abgeschlossen (Abb. 5). Bis zu diesem Zeitpunkt war also de facto noch kein Denkmalschutzstatus für das ehemalige Hütten- und Hochofenwerk Meiderich vorhanden. Da dessen Denkmalwert jedoch bereits 1988 mit der ersten gutachtlichen Stellungnahme des Denkmalfachamtes festgestellt worden war, erfolgte von Beginn an die Beteiligung der zuständigen Denkmalbehörden in die Entscheidungsprozesse zur Erhaltung und Umnutzung des Industriedenkmal. Im Zuge der Beratungen zwischen dem zuständigen NRW-Landesministerium, der Bezirksregierung Düsseldorf und dem Denkmalfachamt (LVR-ADR) wurde die Idee einer Parkanlage mit dem Industriekomplex im Zentrum entwickelt. Wie die romantischen Ruinen in den Landschaftsgärten des 18. Jahrhunderts sollte das stillgelegte Stahlwerk zu einer Attraktion für die Menschen werden. Mit diesem Vergleich war jedoch ausdrücklich nicht gemeint, dass das Industriedenkmal dem Verfall preisgegeben werden, also tatsächlich im Laufe der Zeit ein ruinöses Stadium erreichen sollte. Dies

hätte schließlich auch zur Folge, dass die öffentliche Zugänglichkeit, die man doch gerade dauerhaft erreichen wollte, nicht mehr möglich wäre.<sup>21</sup>

Im Zuge der Internationalen Bauausstellung Emscher Park wurde im Sommer 1989 zu einem Teilnehmerwettbewerb aufgerufen, wobei aus den über 60 eingegangenen Bewerbungen dann im Februar 1990 fünf Teams ausgewählt wurden, die ihre unterschiedlichen Konzepte im Frühjahr 1991 abliefern: „[...] alle fünf interdisziplinären Planungsteams schlugen vor, das Hochofenwerk möglichst in seiner Gesamtkonfiguration zu erhalten als die identitätsstiftende Landmarke des Gesamtareals.“<sup>22</sup>

Von der Bewertungskommission, die das Planungsteam Latz + Partner im April 1991 als Sieger ermittelte, wurde die Einschaltung von Experten empfohlen, um die Möglichkeiten des weiteren Umgangs mit dem Werkkomplex untersuchen zu lassen. Die einberufene Expertenkommission sollte auch den finanziellen Aufwand beziffern, den der Abriss des ehemaligen Hochofen- und Hüttenwerks Meiderich oder der teilweise Abbruch mit Entsorgung des teils erheblich belasteten Materials bedeuten würde. Die Kosten der unterschiedlichen Abbruchvarianten sollten mit den nötigen Investitionen und Folgekosten für die Erhaltung und Umnutzung

### AG Hüttenbetriebe Meiderich

Obermeiderich  
Topogr. Karte Nr. 4506-11



- a. Baudenkmäler und zugehörige Teile**
  - 1. Gebäude und bauliche Anlagen (100 % r 230, g 40, b 40)
  - 2. Grünanlagen, Parks, Friedhöfe (60 % r 80, g 200, b 40)
  - 3. Gewässer (100 % r 30, g 130, b 240)
  - 4. Zu Gebäuden gehörende Freiflächen, Gärten, Plätze (25 % r 250, g 50, b 50)
  - 5. Siedlungsgrundrisse (65 % r 250, g 50, b 50)
- b. Denkmalbereiche und Strukturen**
  - 1. Denkmalbereiche gem. § 2 (3) (25 % r 250, g 50, b 50)
  - 2. abgegangene historische Strukturen und Objekte (100 % r 255, g 255, b 0)



Maßstab: 1:10000, gezeichnet mit: Illustrator C!

Duisburg-Obermeiderich	Wiss. Bearbeitung: Walter Buschmann, 2012	Verwendungszweck: Reinzzeichnung für die Publikation "Industriekultur"	LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland Abt. Brauweiler, Ehrenfriedstr. 19, 50259 Pußh
AG Hüttenbetriebe Meiderich	Reinzzeichnung: Hans-Dieter Heekes, 2008	benutzte Vorlagen: Topogr. Karte Nr. 4506-11	<b>LVR</b> Qualität für Menschen
		PDF-Z: -000 821	Denkmal-Nr:

Abb. 5 Industriedenkmal AG Hüttenbetriebe Meiderich, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, 2012.

verglichen werden. So sollte eine Entscheidungsgrundlage für die Lenkungsgruppe und den Rat der Stadt Duisburg geschaffen werden. Ihre Ergebnisse legte die Expertenkommission 1992 in einem Bericht vor, wobei sie die folgende Empfehlung abgab: „Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse empfiehlt die Expertenkommission den Erhalt der gesamten Hochofenanlage als integralen Bestandteil des Landschaftsparks Duisburg-Nord.“<sup>23</sup>

Durch dieses wirtschaftliche Argument wurde letztendlich erst der Weg frei für die Realisierung des Parkentwurfes. Der wissenschaftliche Direktor der IBA Emscher Park, Arno Sighart Schmidt, erinnert sich an diese ausschlaggebende Wendung in der Diskussion: „Selbst bei einem Abbruch der Hochöfen und der Deponierung des Bauschutts und der Sonderabfälle in den Erzbunkertaschen würden die Kosten – so wurde ermittelt – noch etwas höher liegen als beim Gesamterhalt der Anlage. Hinzu kämen in diesem Falle höhere Kosten für die Aufbereitung und Gestaltung der Freianlagen. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, auch in der Öffentlichkeit und in den Entscheidungsgremien über den Erhalt der Hochofenanlage als realistische Alternative zu diskutieren.“<sup>24</sup>

### Der Landschaftspark Duisburg-Nord

Aus dem 1990/91 durchgeführten Planungswettbewerb unter internationaler Beteiligung ging das Büro Latz + Partner aus Freising (heutiger Sitz: Kranzberg, Bayern) als Sieger hervor (Abb. 6). Seinen Entwurf hatte das Team unter den programmatischen Titel gestellt: „Ein Geflecht industrieller Infrastrukturen und Resten von Produktionsanlagen wird Landschaft.“<sup>25</sup> Die Bewertungskommission unter dem Vorsitz von Donata Valentin hatte sich einstimmig dafür entschieden: „Insbesondere wurde hervorgehoben, dass dieser Entwurf die Strukturen und Elemente des Ortes sensibel

aufgreift und seine historischen, sozialen, ästhetischen und ökologischen Potenziale behutsam ausgestaltet und weiterentwickelt. Ferner würde gerade dieser Entwurf die Aneignung des Parkgeländes durch die Bürger in einem prozesshaften Sinne am besten ermöglichen.“<sup>26</sup>

Inzwischen ist dieser Aneignungsprozess tatsächlich weit vorangeschritten, wie die aktuellen jährlichen Besucherzahlen von circa 700.000 Personen eindrucksvoll belegen<sup>27</sup> – doch das konnte mit der Anmeldung des Projektes zur IBA Emscher Park im Jahr 1989 gewiss niemand voraussagen.

Als der Ideenwettbewerb durchgeführt wurde, war das Areal des ehemaligen Hochofenwerks und Hüttenbetriebs Meiderich, aber auch das benachbarte Gelände der 1959 stillgelegten Schachtanlage Friedrich Thyssen 4/8 und der ehemaligen Kokerei, die 1977 geschlossen und wenige Jahre später abgebrochen worden war, bereits von Wildwuchs bedeckt und in unterschiedlichen Stadien zugewachsen. Die Gleisanlagen seien beispielsweise bei seinen ersten Besichtigungen überhaupt nicht erkennbar gewesen, erinnert sich Peter Latz im Gespräch. Sie mussten zum Teil erst mit Hilfe von Karten im Dickicht gesucht werden.<sup>28</sup> Die Infrastruktur der ehemaligen Produktionsstätten wie Werksstraßen, Gleisanlagen, aber auch weitere verbindende Elemente wie die Gasleitungen sollten im Landschaftspark Duisburg-Nord eine wichtige Rolle für die Geländeschließung spielen und auch das Verstehen der historischen Zusammenhänge erleichtern. In der Zusammenfassung des Konzeptes durch das Team Latz + Partner werden die Bahnanlagen besonders hervorgehoben: „Die Bahnlinien bilden die dominierende Geländestruktur. Es sind teils aufgehobene Trassen sowie intakte und genutzte beziehungsweise aufgegebene Schienenstränge. [...] Die genutzten Bundesbahn- und Werksbahnlinien



Abb. 6 „Ein Geflecht industrieller Strukturen wird Landschaft“, Entwurfsplan für den Landschaftspark Duisburg-Nord von Latz + Partner, 1991.

werden als ästhetisches Führungselement in den Park integriert. Sie sind sowohl Attraktionen als auch Barrieren. Durch parallele Hochpromenaden und Stege stellen sie Verbindungen zwischen den Stadtteilen dar. Stillgelegte Streckenabschnitte bieten die Chance, ehemals voneinander abgeschnittene Stadtteilzentren neu zu verknüpfen.<sup>29</sup>

Zugleich sollten mithilfe neuer Wege, Rampen, Stege und Treppen neue Verbindungen geschaffen, zuvor verschlossene Räume geöffnet und Einblicke ermöglicht werden. Alleen und Baumreihen, aber auch Kleingarten-Anlagen und Spielplätze an den Rändern stellen städtebaulich wichtige Schnittstellen dar.

Die ökologische Aufwertung des Industriegeländes gehörte zu den zentralen Aufgaben der Landschaftsplaner. So konnten Latz + Partner beispielsweise ein komplexes Wasserkonzept realisieren, das ein System der Regenwassersammlung bietet, vorhandene Wasserbecken wie etwa Klär- und Kühlbecken einbezieht sowie die Alte Emscher wieder erlebbar macht. Dieser ehemalige offene Abwasserkanal wurde abschnittsweise als Emscherbach, Emscherschlucht, Klarwasserkanal, Klarwasserrinne und Emschergraben abwechslungsreich gestaltet (Abb. 7).

Peter Latz betonte im Gespräch, dass er zu Beginn der Planungsarbeit davon ausgehen musste, die Besucher würden eine große Scheu haben, das Gelände zu betreten, weil die Sorge vor Altlasten, also vor kontaminierten Böden, in der Bevölkerung groß war: „Das Vorurteil, da könne man sich vergiften, war allgegenwärtig. Wie sollten wir also den Menschen erklären, dass sich dieses Gelände nutzen lässt?“<sup>30</sup> Die Lösung bestand für das Büro Latz + Partner in einem durchdachten Vegetationskonzept. Das lebendige Grün der Pflanzen konnte den Menschen deutlich signalisieren, dass die ehemalige „No-Go-Area“ – also das nur für die Beschäftigten zugängliche

Industrieareal – nun als Freizeitstätte dienen soll.

Von politischen Vertretern wurden ganz konkret sogar Blühereignisse gewünscht, wie sich Peter Latz rückblickend erinnert.<sup>31</sup> Intensiv zu pflegende Blumenbeete hätten jedoch nicht zu diesem Ort gepasst und dessen Geschichte verleugnet – der Landschaftspark Duisburg-Nord sollte keineswegs den Charakter einer Gartenschau annehmen. In dieser Situation wurden Bäume wie Rosskastanien, Zierkirschen oder Zierbirnen ausgewählt, die gerade im Bereich des Haupteingangs im Frühling mit einer Blütenfülle beeindruckend und zum Ende des Jahres mit ihrem leuchtenden Herbstlaub für einen weiteren saisonalen Höhepunkt sorgen. Der rasterförmig bepflanzte Cowperplatz vor den Hochöfen und dem Gasometer gehört heute zu den beliebtesten Plätzen des Landschaftsparks. Er ist offenkundig neu angelegt worden, verweist durch die Gehölzwahl auf die bäuerliche Kulturlandschaft und erinnert mit seiner formalen Gestaltung zugleich an eine städtische Situation – die landschaftsgestalterische Aussage ist also gezielt auf die Geschichte des Ortes abgestimmt worden. Die Bäume stellen innerhalb des Flächendenkmals jedoch Fremdkörper dar, weil diese neuen Elemente dort ursprünglich nicht vorhanden waren. Das wird von der Industriedenkmalpflege meist eher kritisch gesehen, denn das herangewachsene Laubdach verstellt je nach Blickwinkel die Sicht auf die Industrieanlagen (Abb. 8). Darin werden jedoch tatsächlich gartenkünstlerische Prinzipien erkennbar: Die Sichtmöglichkeiten auf die Industrieanlagen und die Blickbezüge wurden im Landschaftspark Duisburg-Nord gezielt gestaltet. Mehrere Aussichtspunkte, erhöhte Wege und Stege eröffnen Panoramasichten auf die Industrieanlagen und vor allem auf das Hochofenwerk.

Den ästhetischen Reiz des Landschaftsparks Duisburg-Nord machen grundsätzlich die Kontraste zwischen Industrierelikten



Abb. 7 Ein ehemals offener Abwasserkanal wurde zum ökologisch aufgewerteten Element des Wasserparks – dem Klarwasserkanal, 2012.

und lebendiger Vegetation aus. Dem Wildwuchs wird dabei im Rahmen der Erhaltungspflege konsequent Einhalt geboten. Peter Latz bestätigte, dass der aktuelle Pflegezustand seines Erachtens gut ist.<sup>32</sup> Ein detailliertes Parkpflegewerk, das 1999 vorgelegt wurde, beschreibt die Ziele der Vegetationsentwicklung und dient als fachliche Grundlage für die weitere Pflege, um die mehr als 450 vorhandenen Arten von Blütenpflanzen zu erhalten: „Gezielte Vegetationspflegemaßnahmen nehmen heute anstelle der Industrie die Eingriffe und Selektionen vor, um die typischen Pflanzengesellschaften der unterschiedlichen Industriebrachen zu erhalten. Im Sinne der Regelpflege des ursprünglichen Vegetationskonzeptes zum Landschaftspark Duisburg-Nord wird gerodet, gemäht, aufgerissen und einiges mehr. Auf diese Weise hat ein wenig beachteter Teil des industriellen Erbes trotz des Strukturwandels Ruhrgebiet eine Zukunft.“<sup>33</sup>

Entgegen dem Gerücht, dass der Rückeroberung durch die Natur im Landschaftspark Duisburg-Nord tatenlos zugesehen wird, legt das Parkpflegewerk auf rund 250 Seiten für die unterschiedlichen Bereiche die Entwicklungsziele und Pflegemaßnahmen fest.<sup>34</sup> Für das Industriedenkmal selbst gilt zweifellos, dass es nicht durch Spontanbewuchs geschädigt werden darf. Es lässt sich nicht verhindern, dass sich durch Samenflug Pflanzen auf den Bauten und am Fuße der Mauern einfinden. Birken, Weiden oder Sommerflieder unter anderem sind solche typischen Pioniergehölze, die im Flächendenkmal nur heranwachsen dürfen, wenn dadurch keine Schäden an denkmalgeschützten Objekten entstehen. Innerhalb des Landschaftsparks Duisburg-Nord ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen denkmalgeschützten Objekten und weiteren Industrierelikten sowie Flächen des ehemaligen Industriekomplexes, die außerhalb des Flächendenkmals liegen – wie zum Beispiel die ehemalige Sinteranlage. Einige Bunkertaschen wurden mit kontaminiertem Material verfüllt, dann versiegelt und bepflanzt. Andere

wurden durch gezielte Mauereinschnitte geöffnet und beherbergen heute die sogenannten Sintergärten (Abb. 9), welche an Bauerngärten und gartenbauliche Nutzflächen erinnern und von Peter Latz auch als „Symbolgärten“ bezeichnet werden.

Innerhalb des Landschaftsparks gibt es durchaus auch Sukzessionsflächen, auf denen der natürliche Prozess der Bewaldung ungehindert fortschreiten darf, um für die Besucher erlebbar zu sein und außerdem neue Erkenntnisse für die Fachleute der Biologischen Station Westliches Ruhrgebiet zu liefern, die den Landschaftspark ebenfalls betreuen.<sup>35</sup> Der als „Wildnis“ bezeichnete Teil ist hingegen das Ergebnis aufgegebener gärtnerischer Pflege, denn es handelt sich um ein ehemaliges Wohngebiet mit verwildertem Gartenland, das seit dem Bau der Autobahnen A42 und A59 nicht mehr gartenbaulich genutzt wird.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die Vielfalt der unterschiedlich gestalteten und genutzten Entwicklungsbereiche im Landschaftspark Duisburg-Nord eine differenzierte Betrachtung erfordert. Das Erhaltungsprinzip der „kontrollierten Ruine“ beziehungsweise des „kontrollierten Verfalls“, das in Diskussionen gelegentlich als mögliche Option zur Senkung von Erhaltungskosten genannt wird, kommt bei diesem Industriedenkmal keineswegs zum Tragen. Gelingen ist hingegen mit dem Landschaftspark Duisburg-Nord eine Konversion, die mit der erfolgreichen Nutzung des gesamten großflächigen industriell geprägten Areals als Bildungs-, Erholungs- und Veranstaltungstätte die Erhaltung langfristigt sichert.

### Die Denkmalbedeutung des Landschaftsparks Duisburg-Nord

Für den Landschaftspark Duisburg-Nord hat das Büro Latz + Partner mehrfach internationale Auszeichnungen erhalten, mit denen herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Landschaftsarchitektur und des Städtebaus gewürdigt werden. Zu nennen sind



Abb. 8 Der Cowperplatz mit schattenspendendem Laubdach aus Zierkirschen, 2011.



Abb. 9 Die Bunker der ehemaligen Sinteranlage (nicht denkmalgeschützt) wurden zum Teil geöffnet und beherbergen nun die sogenannten Sintergärten.

hier der 1st European Prize for Landscape Architecture Rosa Barba, Barcelona, 2000, die Grande Medaille d'Urbanisme de l'Académie d'Architecture Paris, 2001, in den USA 2005 der Places Award von der Environmental Design Research Association (EDRA) und der Green Good Design Award 2009.<sup>36</sup> Unzählige Fachdelegationen und Besuchergruppen aus dem Ausland haben den Landschaftspark Duisburg-Nord seit seiner Eröffnung besichtigt, nicht selten kommen sie aus industriell geprägten Regionen, die ebenfalls einen Strukturwandel erleben und vor ähnlichen Problemen stehen – beispielsweise aus den USA oder auch aus Asien.<sup>37</sup>

Zahlreiche Publikationen würdigen die Ergebnisse der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA) und insbesondere den Landschaftspark Duisburg-Nord: Auf der VI. Architektur-Biennale Venedig 1996 wurde die IBA Emscher Park als offizieller Beitrag der Bundesrepublik Deutschland präsentiert.<sup>38</sup> Als weiterer Höhepunkt der internationalen Rezeption ist die Ausstellung „Groundswell – Constructing the Contemporary Landscape“ zu nennen, die 2005 im Museum of Modern Art in New York gezeigt wurde. Im Katalog wird die zukunftsweisende Neuartigkeit des Landschaftsparks Duisburg-Nord betont:

„Rather than try to erase the past, which was fiscally irresponsible if not impossible, Peter Latz recognized that the combination of industry and nature results in an experience rich with memories, associations, and feelings. The project has expanded the idea of what a park can be, and set new standards for similar environmental, economic, and social transformations happening around the region.“<sup>39</sup>

Für die Konversion großflächiger Industriebrachen in Stadtparks gibt es ältere Beispiele, auf die hier kurz hingewiesen werden soll: Als frühestes wird in der Literatur<sup>40</sup> eine ehemalige Raffinerie (Gas Works) auf einer Landzunge im Lake Union von Seattle genannt, die Landschaftsarchitekt Richard Haag ab 1970 in einen Stadtpark integrierte. Von den Industrieanlagen blieben allerdings nur die markantesten Teile erhalten – aus Sicherheitsgründen wurden sie eingezäunt und waren von Beginn an nicht zu betreten. Von kurz geschorenen Rasenflächen umgeben, wirken sie wie kuriose Relikte einer vergangenen Zeit.

In Fachkreisen sorgte dann der 1982 durchgeführte internationale Wettbewerb zur Gestaltung des Pariser Parc de la Villette für Aufsehen. Es galt, ein 55 Hektar großes ehemaliges Schlachthofgelände in einen Park zu verwandeln. Der Sieger-Entwurf für die Gesamtgestaltung stammte von dem Schweizer Architekten Bernard Tschumi. Er hatte eine Raumgestaltung entwickelt, die jegliche hierarchische Organisation negierte und das Prinzip der Dekonstruktion anwandte.<sup>41</sup>

Für das ebenfalls in Paris, am Rande der Innenstadt an der Seine gelegene Gelände der abgebrochenen Citroën-Werke wurde 1985 ein Planungswettbewerb durchgeführt. Den Auftrag für den Parc André Citroën mit einer Fläche von circa 14 Hektar erhielten schließlich zwei Teams um den Architekten Alain Provost und die Landschaftsplaner Patrick Berger und Gilles Clément.<sup>42</sup> Die Industriebrache wurde nach dem Vorbild französischer Barockanlagen in architektonischer Formensprache gestaltet – die frühere industrielle Nutzung des Geländes ist kaum noch zu erahnen.

Es würde hier zu weit führen, den Landschaftspark Duisburg-Nord im Detail mit diesen früher entstandenen Anlagen in Seattle und Paris zu vergleichen. Ganz offenkundig ist jedoch in Duisburg mit der Nutzung des Industriedenkmal und der Einbeziehung weiterer Relikte des Industriekomplexes unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Aspekte eine ganz neue Dimension von Industriefolgelandschaft erzielt worden.

Der ehemalige Leiter der IBA Emscher Park Karl Ganser bescheinigte dem Landschaftspark Duisburg-Nord 2009 eine weltweite Bedeutung: „Dieser Park hat die Maßstäbe für die meisten anderen Projekte im Emscher Landschaftspark gesetzt. Heute ist er ein weltweit beachtetes Vorbild.“<sup>43</sup>

Der frühere Bereichsleiter der IBA Emscher Park Jörg Dettmar betonte rückblickend die Pionierleistung von Peter Latz: „Aus meiner Sicht ist der Landschaftspark Duisburg-Nord ein Schlüsselprojekt der europäischen Landschaftsarchitektur mit weltweiter Bedeutung. Er stellt einen echten Beitrag zur Weiterentwicklung der zeitgenössischen Landschaftsarchitektur dar. Eine ganze Reihe von Dingen, die uns heute in aktuellen landschaftsarchitektonischen Projekten begegnen, wurde hier erstmals auf großer Fläche erprobt. Das Aufspüren von räumlichen, ästhetischen und ökologischen Qualitäten eines alten Industriestandortes, deren Bewahrung und Steigerung durch die Überlagerung und Ergänzung mit neuen Elementen eines Parks, ist die zentrale Leistung des landschaftsarchitektonischen Entwurfs von Peter Latz und seinem Büro. Damit wurde das wichtigste Anschauungsbeispiel eines neuen Parktyps geschaffen, der heute gelegentlich, aber wenig treffend als Ruderalpark bezeichnet wird.“<sup>44</sup>

Trotz seines vergleichsweise geringen Alters wurde die epochale Leistung in Expertenkreisen also bereits deutlich erkannt. Der Landschaftspark Duisburg-Nord ist als international gewürdigtes Ergebnis der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park zugleich das Hauptwerk des renommierten Landschaftsarchitekturbüros Latz + Partner. Er gilt als richtungsweisende landschaftsarchitektonische Gestaltung einer Industriefolgelandschaft in Deutschland, in Europa und sogar weltweit.

Die hohen Besucherzahlen zeigen die Akzeptanz der Bevölkerung und belegen deutlich den touristischen Stellenwert für Duisburg und das Ruhrgebiet. Dennoch wiegen in Duisburg wirtschaftliche Interessen schwer, die auf eine gewinnbringende Verwertung von Industriebrachen zielen. Dies wurde zuletzt deutlich, als auf dem ehemaligen Kokerei-Gelände und damit innerhalb des Landschaftsparks Duisburg-Nord ein großer Möbelmarkt errichtet wurde, der nun eine Beeinträchtigung des Denkmals darstellt – darauf hat bereits Industriedenkmalpfleger Walter Buschmann hingewiesen (LVR-ADR). Er legte im April 2012 ein Gutachten vor, welches die nationale Bedeutung des Hochofenwerks in Duisburg-Meiderich begründet und für die Beantragung von Fördermitteln beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) erforderlich war. In seinen Ausführungen würdigt er insbesondere die Landschaftsgestaltung von Latz + Partner: „Die städtebauliche Bedeutung ergibt sich auch aus der weit in die Umgebung hineinwirkenden und besonders auch von der vorbeifahrenden Autobahn A42 sehr gut einsehbaren Hochofenanlage mit den drei

hoch aufragenden Hochöfen 1, 2 und 5. Der Zusammenhang mit den anderen hier genannten Thyssen-Betriebsteilen wurde leider durch den Bau eines großen Möbelhauses auf dem Kokereigelände beeinträchtigt. Dennoch ist der Komplex besonders auch durch eine substanzorientierte Landschaftsgestaltung (Landschaftspark Duisburg-Nord, Architekt Peter Latz) noch gut nachvollziehbar mit den als Fuß- und Radwegen ausgebauten auf die

Hochofenanlage zuführenden Erzbahntrassen.<sup>445</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass aus Sicht der Gartendenkmalpflege aufgrund seiner zweifellos vorhandenen hohen Bedeutung für die Geschichte der Gartenarchitektur Deutschlands, Europas und der Welt dafür einzutreten ist, den Landschaftspark Duisburg-Nord als Gartendenkmal zu schützen.

## Anmerkungen

- 1 [www.route-industriekultur.de](http://www.route-industriekultur.de).
- 2 [www.industrienatur.metropoleruhr.de](http://www.industrienatur.metropoleruhr.de).
- 3 IBA '99. Internationale Bauausstellung Emscher Park. Katalog der Projekte 1999, Redaktion Sabine Radomski u. a. Gelsenkirchen 1999; Internationale Bauausstellung Emscher Park. Die Projekte 10 Jahre danach, hg. vom Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung, Fakultät Raumplanung, TU Dortmund. Essen 2008.
- 4 Landschaftspark Duisburg-Nord. Ein Projekt im Rahmen der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“. Planungsverfahren Stufe 1. Kurzfassung der von den fünf beauftragten Planungsteams vorgelegten Entwicklungskonzepte, hg. v. Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord (Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH/Thyssen Entsorgungstechnik GmbH). Duisburg 1991, S. 89–107.
- 5 Landschaftspark Duisburg-Nord. Das Projekt, hg. Stadt Duisburg und Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord (Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH/Thyssen Entsorgungstechnik GmbH). Duisburg 1992, S. 2.
- 6 Landschaftspark Duisburg-Nord. Bericht über die Ergebnisse der Arbeit der Expertenkommission Umgang mit der Hochofenanlage, hg. v. Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord (Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH), vervielfältigtes Typoskript, Duisburg 1992, S. 4.
- 7 Johannes Messer: Landschaftspark Duisburg-Nord. Naturkundlicher Führer, hg. v. Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord (Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH/Thyssen Entsorgungstechnik GmbH). Duisburg 1990.
- 8 Planungsverfahren Stufe 1, 1991, wie Anm. 4, S. 89–107.
- 9 Udo Weilacher: Syntax der Landschaft. Die Landschaftsarchitektur von Peter Latz und Partner. Basel 2008, S. 198.
- 10 Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und industrielle Landschaft, Fakultät für Architektur, TU München (Hg.): Learning from Duisburg-Nord. München 2009.
- 11 Peter Latz: Die Hafensinsel in Saarbrücken. In: Garten + Landschaft, 11/87, S. 42–48.
- 12 Claus Reisinger: Die Hafensinsel in Saarbrücken. In: Die Gartenkunst, 1/91, S. 99; Weilacher 2008, wie Anm. 9, S. 93. Während einer Besichtigung durch die Arbeitsgemeinschaft Gartendenkmalpflege der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der BRD im April 2010 wurde über den möglichen Denkmalwert der Hafensinsel Saarbrücken als postmoderne Parkanlage diskutiert – ein Votum wurde damals nicht abgegeben.
- 13 Weilacher 2008, wie Anm. 9, S. 101.
- 14 Es wurde hier die Fläche des heutigen Landschaftsparks Duisburg-Nord zugrunde gelegt. Ralf Winkels, Günter Zieling: Landschaftspark Duisburg-Nord. Vom Eisenkochtopf zum Erlebnispark. Duisburg 2009, S. 138.
- 15 Als Grundlage wurden neben der Literatur vor allem die verschiedenen gutachtlichen Stellungnahmen des zuständigen Denkmalfachamtes herangezogen: Erste Gutachterliche Stellungnahme zum Denkmalwert des ehem. Hochofenwerks der Thyssen AG in Duisburg-Meiderich von Axel Föhl, Rheinisches Amt für Denkmalpflege (heute LVR-ADR), 12.12.1988; Zweite Gutachtliche Stellungnahme zum Denkmalwert des AG Hüttenbetriebes Meiderich in Duisburg von Dr. Walter Buschmann, Rheinisches Amt für Denkmalpflege (heute LVR-ADR), 22.10.1993; Gutachtliche Stellungnahme zum Denkmalbereich Hüttenbetriebe Meiderich in Duisburg von Dr. Walter Buschmann, Rheinisches Amt für Denkmalpflege (heute LVR-ADR), 06.12.2000, Akte LVR-ADR, Pulheim.
- 16 Axel Föhl: Erste Gutachterliche Stellungnahme zum Denkmalwert des ehem. Hochofenwerks der Thyssen AG in Duisburg-Meiderich, 12.12.1988, S. 1, Akte LVR-ADR, Pulheim.
- 17 Föhl 1988, wie Anm. 16, S. 2.
- 18 Vorbericht zur denkmalpflegerischen Bewertung des Hochofenwerks Duisburg-Meiderich, Büro für Industriearchäologie Dipl.-Ing. Rolf Höhmann, Darmstadt, 17.08.1990, Akte LVR-ADR, Pulheim.
- 19 Zugänge zum Eisen. Erfahrungsräume in einem stillgelegten Hüttenwerk, Gutachten zur Konzeption eines industriehistorischen Rundweges von der Gesellschaft für Industriegeschichte e. V., Mitarbeit: Michael Clarke, Wolfgang Ebert, Werner Klinkhammer, Gabi Musebrink, Joachim Pollack, Michael Quast, vervielfältigtes Typoskript, Duisburg 1993.
- 20 Dr. Walter Buschmann: Zweite Gutachtliche Stellungnahme zum Denkmalwert vom AG Hüttenbetrieb Meiderich in Duisburg, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, 22.10.1993, Akte LVR-ADR, Pulheim.
- 21 Freundlicher Dank an den Industriedenkmalpfleger Prof. Dr. Walter Buschmann (LVR-ADR) für die zahlreichen wertvollen Informationen – hier insbesondere zur Entstehung der Park-Idee.
- 22 Arno Sighart Schmidt: Die industriell geprägten Landschaftsparks, S. 60. In: Jörg Dettmar, Karl Ganser (Hg.): IndustrieNatur – Ökologie im Emscher Park. Stuttgart 1999, S. 58–95.
- 23 Landschaftspark Duisburg-Nord. Bericht über die Ergebnisse der Arbeit der Expertenkommission Umgang mit der Hochofenanlage, hg. v. Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord (Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH), vervielfältigtes Typoskript, Duisburg 1992, S. 21.
- 24 Schmidt 1999, wie Anm. 22, S. 64.
- 25 Landschaftspark Duisburg-Nord. Ein Projekt im Rahmen der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“. Planungsverfahren Stufe 1. Kurzfassung der von den fünf beauftragten Planungsteams vorgelegten Entwicklungskonzepte, hg. v. Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord (Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH/Thyssen Entsorgungstechnik GmbH), Duisburg 1991, S. 89–107. Eine vergleichende Analyse der im kooperativ-konkurrierenden Planungsverfahren vorgelegten fünf Parkkonzepte interdisziplinär besetzter Teams aus Deutschland, England und Frankreich hat Tanja Hasselberg mit ihrer kunsthistorischen Dissertation vorgelegt: T. H.: Parks und Gärten auf Brachen. Umnutzung industrieller Flächen im Ruhrgebiet (= Arbeitsheft der rheinischen Denkmalpflege 77). Worms 2011, S. 92–110.
- 26 Schmidt 1999, wie Anmerk. 22, S. 63.
- 27 Landschaftspark Duisburg-Nord. Parkpflegewerk. Pflegemanagement von regional und überregional bedeutsamen Standorten des Emscher Landschaftsparks als Bestandteil der Qualitätsvereinbarungen, hg. v. Regionalverband Ruhr Grün, vervielfältigtes Typoskript, Essen 2011, Kapitel 3.1.1, „Fakten zum Park“, S. 97.
- 28 Freundlicher Dank an Peter Latz für das ausführliche Gespräch am 4.4.2012.
- 29 Planungsverfahren Stufe 1, 1991, wie Anm. 25, S. 97.
- 30 Gespräch der Verf. mit Peter Latz am 4.4.2012. Siehe auch: Peter Latz: Industriefolgelandschaft als Aufgabe der Gartenkultur – Drei Annäherungen. In: Historische Gärten heute. Zum 80. Geburtstag von Professor Dr. Dieter Hennebo, hg. von Michael Rohde und Rainer Schomann. Leipzig 2003, S. 60–65.
- 31 Gespräch der Verf. mit Peter Latz am 4.4.2012.
- 32 Gespräch der Verf. mit Peter Latz am 4.4.2012.
- 33 Landschaftspark Duisburg-Nord. Parkpflegewerk. Vegetationsentwicklung und Parkpflege im Landschaftspark Duisburg-Nord, hg. von der Stadt Duisburg, bearb. von Cornelia Alker und Andreas Köllner. Duisburg 1999, S. 6.
- 34 Parkpflegewerk 1999, wie Anmerk. 33. Ein zusätzliches Parkpflegewerk

- wurde 2011 durch den Regionalverband Ruhr Grün, Essen, vorgelegt. Es war eine Voraussetzung für die Aufnahme in ein Pflegemanagement, das vom Land NRW finanziell gefördert wird. Damit soll die Erhaltung von im Zuge der IBA Emscher Park entstandener Anlagen gesichert werden. Siehe: Landschaftspark Duisburg-Nord. Parkpflegewerk. Pflegemanagement von regional und überregional bedeutsamen Standorten des Emscher Landschaftsparks als Bestandteil der Qualitätsvereinbarungen, hg. v. RVR Ruhr Grün, bearb. v. Marc Hennenberg, Bearbeitungsstand: 12.01.2011, Essen 2011.
- 35 Johannes Messer: Landschaftspark Duisburg-Nord. Naturkundlicher Führer, hg. v. Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord (Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH/Thyssen Entsorgungstechnik GmbH). Duisburg 1990.
  - 36 [www.latzundpartner.de/projects/detail/17](http://www.latzundpartner.de/projects/detail/17) (Stand: 10.06.2012). Freundlicher Dank für die detaillierten Informationen zu diesen Auszeichnungen an Anneliese Latz.
  - 37 Freundlicher Dank für das ausführliche Gespräch mit Dirk Büsching, ehem. Leiter der Betriebsgesellschaft Landschaftspark Duisburg-Nord GmbH (heute Duisburg Marketing GmbH), am 12.04.2012.
  - 38 Wandel ohne Wachstum? Stadt-Bau-Kultur im 21. Jahrhundert, Katalog zur VI. Architektur-Biennale Venedig 1996, hg. v. Kunibert Wachten, Redaktion Ingeborg Flagge, Carl Steckeweh. Braunschweig/Wiesbaden 1996; Internationale Bauausstellung Emscher Park, Topos 26/1999.
  - 39 Groundswell. Constructing the Contemporary Landscape. Katalog zur Ausst. im Museum of Modern Art, New York 2005, S. 124–131.
  - 40 Weilacher 2008, wie Anmerk. 9, S. 108–109.
  - 41 Penelope Hill: Contemporary History of Garden Design. European Gardens between Art and Architecture. Basel 2004, S. 100.
  - 42 Caroline Holmes (Hg.): Gartenkunst. Die schönsten Gärten der Welt. München 2001. S. 164–165.
  - 43 Karl Ganser: Wegweiser der Konversion, S. 28. In: Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und industrielle Landschaft, Fakultät für Architektur, TU München (Hg.): Learning from Duisburg-Nord. München 2009, S. 26–28.
  - 44 Jörg Dettmar: Leuchtturm, S. 23. In: Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und industrielle Landschaft, Fakultät für Architektur, TU München (Hg.): Learning from Duisburg-Nord. München 2009, S. 23–25.
  - 45 Das Hochofenwerk in Duisburg-Meiderich. Gutachten von Prof. Dr. Walter Buschmann, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, 27.04.2012, Akte LVR-ADR, Pulheim.

### Abbildungsnachweis

Abb. 1, 2, 8, 9: LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, Foto: Jürgen Gregori; Abb. 3, 7: LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, Foto: Kerstin Walter; Abb. 4: © Geo-Basis-DE: Stadt Duisburg, Amt für Baurecht und Bauberatung, Nr. 219/2012. Repro aus: Landschaftspark Duisburg-Nord. Das Projekt, hg. Stadt Duisburg und Planungsgemeinschaft Landschaftspark Duisburg-Nord. Duisburg 1992, S. 5; Abb. 5: LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, wissenschaftliche Bearbeitung: Walter Buschmann, Reinzeichnung: Hans-Dieter Heckes, 2012; Abb. 6: Copyright: Latz + Partner, Kranzberg.



## Textilfabriken in „Klein-Amerika“ einst und jetzt. Zur Konversion von Industriebrachen in Nordhorn (Niedersachsen)

CHRISTOPH URICHER

Nordhorn, im Landkreis Grafschaft Bentheim nahe der niederländischen Twente gelegen, galt als ein Schwerpunkt der deutschen Textilindustrie, sogar nachdem mit L. Povel & Co. das erste große Textilunternehmen 1979 schließen musste. Hingegen war Nordhorn um 1800 ein bescheidenes Landstädtchen, das von der Schifffahrt auf der Vechte lebte.

Durch die Abtrennung Belgiens von den Niederlanden 1831 war das niederländische Textilgewerbe zum größten Teil an Belgien gefallen. Als Ersatz hatte man die Twente mit staatlicher Unterstützung zum neuen Zentrum der exportorientierten Textilindustrie entwickelt. Da gleichzeitig Schutzzölle für importierte Baumwollwaren nach Deutschland erhöht worden waren, hatten niederländische Kaufleute jenseits der Grenze in der Grafschaft Bentheim sowie im südlich angrenzenden Westmünsterland neue Textilunternehmen gegründet. Darauf hatten sich bis 1913 in Nordhorn einige Textilbetriebe zu Großunternehmen entwickelt. Das waren ab 1871

L. Povel & Co., ab 1888 die Betriebe von Bernhard Rawe, die bis 1932 im Unternehmen B. Rawe & Co. aufgegangen waren, sowie ab 1898 Niehues & Dütting.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren Niehues & Dütting zum führenden deutschen Textilunternehmen aufgestiegen und konnten als einziges bei der Weltausstellung 1929 in Barcelona im deutschen Pavillon ausstellen. Nach Entwürfen aus dem Stuttgarter Architekturbüro von Philipp Jakob Manz hatten Niehues & Dütting und L. Povel & Co. 1928–1929 zwei fünfgeschossige Spinnerei-Hochbauten errichtet, die das Ortsbild dominierten, und Nordhorn trug im Volksmund den Namen „Klein-Amerika“.

Zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ waren von etwa 38.000 Einwohnern 11.550 in Textilunternehmen tätig. Die Nino GmbH & Co., wie Niehues & Dütting seit den 1960er Jahren hießen, hatte für ihre Markenwerbung herausragende Modefotografen wie Helmut Newton, Fritz Christian Gundlach, Charles Wilp oder Regina Relang



Abb. 1 Werk I von L. Povel & Co. nach der Konversion zur „Wasserstadt Povel“ mit der früheren Weberei (oben), dem „Povelturm“ (Mitte) und dem sanierten Kontor (unten), 2009.



Abb. 2 Werk I von L. Povel & Co., „Povelturm“ als umgenutzter Wasserturm der ehemaligen Spinnerei mit der benachbarten Wohnbebauung, 2009.



Abb. 3 Werk I von L. Povel & Co., Ausstellungspavillon des Skulpturenwegs „Kunstwegen“ in der ehemaligen Weberei, 2009.

engagiert. Außerdem gab es eine enge Zusammenarbeit mit Modedesignern wie Karl Lagerfeld.

Die Wirtschaftsrezession nach der „Öl-Krise“ und steigender Importdruck aus Fernost hatten eine nachhaltige Krise in der Textilindustrie verursacht, sodass sich seit den 1970er Jahren der Niedergang der Nordhorer Textilindustrie vollzogen hatte. L. Povel & Co. mussten 1979 ihr Werk I schließen, das 1928–1929 entstandene Werk II allerdings erst 2002. Im Jahr 1994 folgte die Nino AG und B. Rawe & Co. schließlich 2001. Dadurch waren im Zentrum Nordhorns große Industriebrachen mit Industriedenkmalen entstanden, die der städtebaulichen Revitalisierung bedurften.

#### Sanierung des Werks I von L. Povel & Co.

Auf dem 18 Hektar großen Fabrikgelände des Werks I von L. Povel & Co. war nach der Schließung 1979 über einen Zeitraum von 30 Jahren die mehrfach ausgezeichnete „Wasserstadt Povel“ entstanden (Abb. 1). Im Jahr 1979 hatte die Stadt Nordhorn die leerstehende Textilfabrik erworben und 1980–1981 außer wenigen Gebäuden abtragen lassen. Von 1986–2008 befand sich das ehemalige Fabrikareal in einem förmlichen Sanierungsgebiet, in dessen Sanierung 18 Millionen Euro öffentliche Mittel für das Modellvorhaben des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus flossen. Hierzu trug die Stadt Nordhorn als Sanierungsträger 2,85 Millionen Euro bei, und die Gesamtinvestitionen der Sanierung beliefen sich auf etwa 160 Millionen Euro.

Ein zunächst ausgewählter städtebaulicher Entwurf aus einem Ideenwettbewerb musste aufgrund später im Boden aufgefundener Altlasten verworfen werden. Daraufhin wurden das städtebauliche Konzept und die Bodensanierung in wechselseitiger Abstimmung miteinander entwickelt. Das Gesamtkonzept und Teilpläne hatte man variabel angelegt, um auf neue Erkenntnisse der Sanierung eingehen zu können. Die Bodensanierung wurde vor Ort vorgenommen und das Erdreich weitgehend auf dem Gelände belassen.

Der in vier Bauabschnitten umgesetzte städtebauliche Entwurf vom Schweizer Architekten Alfred Grazioli berücksichtigt Nutzungsrestriktionen wegen der Altlasten und beschränkt sich auf wenige Elemente. Die strenge, rasterförmige Linienführung

für Wasserläufe, Straßen und für die Bebauung nimmt Bezug zum nahen Stadtkern und zum benachbarten Vehteseesee. Zwischen dem städtischen Geschosswohnungsbau und einer aufgelockerten Bebauung vermittelt eine architektonische Übergangsform in Anlehnung an die städtebauliche Kubatur der Textilfabrik von L. Povel & Co. In der „Wasserstadt Povel“ finden sich Wohnungen, insbesondere am Wasser, Büros, Geschäfte und Dienstleistungs- sowie kulturelle Einrichtungen, und drei Baudenkmale konnten erhalten werden: der „Povelturm“, eine Weberei und ein Kontor.

Der „Povelturm“ gehörte zur ab 1906 nach dem Entwurf des Enscheder Architekturbüros Beltman entstandenen dreigeschossigen Spinnerei, die nach der Werbung von L. Povel & Co. die erste in Deutschland mit einem elektrischen Antrieb war. Das ist allerdings zu bezweifeln, da die elektrisch angetriebene Spinnerei der Emil Schmölder AG in Mönchengladbach bereits 1905–1906 errichtet worden war. Jedoch zählte die Spinnerei von L. Povel & Co. zu den ersten elektrisch betriebenen Spinnereien Deutschlands, worauf ihr Denkmalwert basierte.

Getragen wurden die Kosten von 727.000 Euro für die Umnutzung des „Povelturmes“ durch Zuwendungen des Landes Niedersachsen für den Denkmalschutz in Höhe von 25.500 Euro und für die Einrichtung sozio-kultureller Zentren in Höhe von 19.300 Euro sowie durch Mittel des Landkreises Grafschaft Bentheim und der Stadt Nordhorn in Höhe von je 308.700 Euro. Ferner spendete die niederländische Ribo-Stiftung 64.800 Euro.

Nach dem Entwurf von Alfred Grazioli konnten im „Povelturm“ 1993–1994 auf einer Nutzfläche von fast 400 Quadratmetern Ausstellungsräume für das Stadtmuseum Nordhorn eingerichtet werden. Der Rundgang durch die Ausstellung führt in ein Café, das man in der Turmspitze eingefügt hatte. Außerdem kann das Café über einen gläsernen Aufzug, der durch das Museum führt, erreicht werden.

Nachdem ein Vorentwurf für ein Umweltinstitut im „Povelturm“ zunächst den Anbau eines flachen Gebäudes mit einem Pultdach vorgesehen hatte, entstand nach der Umnutzung des „Povelturms“ für das Stadtmuseum Nordhorn in seiner Nachbarschaft eine viergeschossige Wohnbebauung. Deren Lage und Kubatur entspricht nahezu jener der früheren Fabrikgebäude. Dazwischen ragt der

umgenutzte Wasserturm, wie einst aus der Textilfabrik, als Wahrzeichen der „Wasserstadt Povel“ hervor (Abb. 2).

Ein weiteres erhaltenes Baudenkmal nutzt das Stadtmuseum Nordhorn mit der 1997–1999 umgenutzten Weberei von L. Povel & Co. aus dem Jahr 1950. Deren Eigenschaft als Industriedenkmal begründen insbesondere fensterlose Tonnenschalen, aufgrund derer die Produktionshalle von L. Povel & Co. als eine der ersten Webereien nahezu ohne Fenster in Schalenbauweise gilt.

Nachdem die Weberei während der Bodensanierung als Feldlabor genutzt worden war, konnte sie mit einem Umbau 1997–1999 nach dem Entwurf des Nordhorer Architekten Johann Bouws als „Kulturzentrum Alte Weberei“ in die „Wasserstadt Povel“ integriert werden. Die Umbaukosten in Höhe von 2,45 Millionen Euro wurden aus öffentlichen Zuwendungen des Landes Niedersachsen, unter anderem für den Denkmalschutz, der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Eigenmitteln der Stadt Nordhorn finanziert.

Das Kulturzentrum beherbergt auf einer Nutzfläche von 6.000 Quadratmetern unter anderem die Städtische Galerie, Veranstaltungssäle, eine Gastronomie und die „Museumsfabrik“ des Stadtmuseums Nordhorn, in welcher die Herstellung von Textilien veranschaulicht wird. Durch transparente Unterteilungen und durch zwei Ausstellungspavillons der Städtischen Galerie, die zum internationalen Skulpturenweg „Kunstwegen“ gehören, konnten starke Eingriffe in den ehemaligen Websaal mit seinen Tonnenschalen unterbunden werden. Das gelang bei den Ausstellungspavillons dem Künstler Stephen Craig, indem er sie als „Haus im Haus“ in Kontrast zur Industriearchitektur setzte (Abb. 3).

Ebenso ließ sich das ab 1906 entstandene Kontor erhalten. Nachdem eine Umnutzung zur Musikschule aufgrund von deren Anforderungen gescheitert und das Gebäude vom Arbeitsamt sowie von der Stadtverwaltung genutzt worden war, beherbergt es heute nach einer privat finanzierten Sanierung 2006–2008 nach dem Entwurf der Rheinenser Architekten Gehring, Vos & Rotkamp Büros.

#### **Sanierung des Areals von Niehues & Dütting beziehungsweise der Nino AG**

Nachdem 1996 die letzten Abteilungen der Nino AG schließen mussten, war 1999 ein etwa 12 Hektar großer Teil des Firmenareals in das Eigentum der Nino Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH übergegangen. Die war als Sanierungsträger vom Landkreis Grafschaft Bentheim und von der Stadt Nordhorn gegründet worden, unter anderem um die erforderliche Altlastenbeseitigung vorzunehmen. Denn auf dem ehemaligen Fabrikareal hatte man eine massive Kontamination des Grundwassers festgestellt, deren Sanierung fast 20 Jahre dauern und mindestens 12,5 Millionen Euro kosten wird.

Im Jahr 2001 wurde ein Sanierungsgebiet von 20 Hektar förmlich ausgewiesen, in dessen Sanierung bislang 11,5 Millionen Euro öffentliche Zuwendungen investiert wurden, und zwar 4 Millionen Euro vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie 7,5 Millionen Euro von der Städtebauförderung. Innerhalb des Sanierungsgebiets strebte die Sanierungsgesellschaft den Erhalt von drei, städtebaulich dominanten und vom Stuttgarter

Architekturbüro Manz entworfenen Gebäuden, des 1921–1923 errichteten Kontors einschließlich des Ballenlagers, des 1921–1922 gebauten Rohgewebelagers sowie des 1928–1929 entstandenen Spinnerei-Hochbaus, an.

Nach einem 2002 prämierten Wettbewerbsentwurf der Berliner Architektin Christine Edmaier wären auf dem innerstädtischen Areal überwiegend Wohnhäuser entstanden, um die Industriebrache in die umgebenden Wohngebiete zu integrieren. Als der Erhalt des Spinnerei-Hochbaus gesichert war, hatte man jedoch das städtebauliche Sanierungskonzept geändert: Zeitgleich mit der Bodensanierung soll auf dem früheren Firmenareal von Niehues & Dütting der „Nino-Wirtschaftspark“ mit Unternehmen entstehen, die den umgenutzten Spinnerei-Hochbau ergänzen.

Zunächst konnten die beiden Kopfbauten am ehemaligen „Tor 1“ von Niehues & Dütting, das 1921–1922 gebaute viergeschossige Rohgewebelager und das 1921–1923 errichtete dreigeschossige Kontor, von Privatinvestoren umgenutzt oder saniert werden, sodass die beiden Gebäude nach wie vor einen städtebaulichen Akzent am Eingang des Gewerbegebiets bilden. Hierbei ließ sich jeweils die äußere Gestalt bewahren. Bei der Umnutzung des Rohgewebelagers zu einem Schulgebäude 2002–2004 nach dem Entwurf der Nordhorer Architekten Breidenbend & Pena wurden die großen Lagerräume in Schul- und Nebenräume aufgeteilt, in denen die Tragstruktur des Gebäudes sichtbar belassen werden konnte.

Die Bemühungen um den Erhalt des Spinnerei-Hochbaus von Niehues & Dütting zogen sich hingegen über 14 Jahre hin. Doch nicht nur die Anstrengungen zum Erhalt dieser Textilfabrik, sondern auch deren Planung in den 1920er Jahren währten lange. Philipp Jakob Manz hatte für Niehues & Dütting 1924 eine Spinnerei geplant, welche dem Rohgewebelager in seiner historisierenden Architektur mit großen Walmdächern und in seiner Dimension ähnlich gewesen wäre. Verwirklicht wurde dieses Projekt jedoch nie. Vielmehr war nach dem Vorbild der Spinnerei im Werk II von L. Povel & Co. sowie weiterer Spinnereien im Westmünsterland im Büro Manz 1926 ein erster Entwurf für den fünfgeschossigen Spinnerei-Hochbau von Niehues & Dütting entstanden, der kubische Baukörper mit großen Fenstern sowie angefügte Türme vorsah. Umgesetzt wurde jedoch ein Entwurf von 1928 aus dem Büro Manz. Der beinhaltete eine vergleichbare Baukörperbildung, jedoch eine kleinere Grundfläche als die im Entwurf von 1926. Indessen war vorgesehen, die Fabrik nach Süden erweitern zu können, was allerdings nie geschah. Nach diesen vielen Planungsschritten war der 1928–1929 errichtete Spinnerei-Hochbau von Niehues & Dütting der Endpunkt einer langen Entwicklungskette vergleichbarer Spinnereien, was architekturgeschichtlich seine Denkmaleigenschaft untermauert.

Erste konkrete Planungen zur Umnutzung dieses Gebäudes begannen im Jahr 2000. Von einer privaten Investorengruppe war der Spinnerei-Hochbau erworben worden, um darin ein Call-Center einzurichten. Als das Vorhaben gescheitert war, hatte man den Spinnerei-Hochbau in das Treuhandvermögen der Nino Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft überführt.

Trotz der missglückten Bemühungen um den Erhalt dieses Industriedenkmal motivierte die Umnutzung der ähnlichen

Spinnerei von J. Schröder & Söhne in Greven, in welche Büros und Loftwohnungen eingebaut worden waren, zu weiteren Anstrengungen. Nach einem Ideenwettbewerb 2004–2005 hatte sich die Nordhorner Investorengemeinschaft Lindschulte & Veddeler entschlossen, eines der Konzepte für die Umnutzung des Spinnerei-Hochbaus in ein „Kompetenzzentrum Wirtschaft“ weiterzuentwickeln. Die dafür gegründete Nino-Hochbau GmbH & Co. KG wollte mit privaten und öffentlichen Mitteln die Umnutzung des Spinnerei-Hochbaus zum „Kompetenzzentrum Wirtschaft“ finanzieren. Dieses Ziel war allerdings erst 2009 erreicht worden, sodass das „Kompetenzzentrum Wirtschaft“ 2010 eröffnen konnte.

Zur Finanzierung der Umnutzung konnte die Nino-Hochbau GmbH & Co. KG 19 Millionen Euro bereitstellen. Ferner ließen sich über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 3 Millionen Euro der Umbaukosten finanzieren. Weitere 3 Millionen Euro konnten aus Städtebaufördermitteln rekrutiert werden, da sich der Spinnerei-Hochbau im 2001 förmlich ausgewiesenen Sanierungsgebiet befindet. Von diesen Zuwendungen hatten der Bund und das Land Niedersachsen jeweils 1 Million Euro sowie der Landkreis Graftschaft Bentheim und die Stadt Nordhorn als Haupteigentümer der Nino Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH jeweils 500.000 Euro übernommen.

Für das „Kompetenzzentrum Wirtschaft“ war ein Nutzungskonzept entwickelt worden, welches die Ansiedlung wirtschaftsnaher Institutionen vorsah. Diese Einrichtungen ergänzen ein Kongresszentrum, eine Gastronomie sowie die Dauerausstellung „Menschen, Mode und Maschinen. Textilkultur und Textilgeschichte aus Nordhorn“ des Stadtmuseums Nordhorn mit Modedokumentationen aus der Markenwerbung der Nino AG. Der Entwurf der Planungsgemeinschaft Kresing & Lindschulte für die Umnutzung des ehemaligen Spinnerei-Hochbaus von Niehues & Dütting beinhaltete, ihn außen der ursprünglichen Erscheinung anzugleichen, sodass die frühere „weiße Spinnerei“ auch heute noch mit ihrem wiederhergestellten hellen Putz das Ortsbild beherrscht (Abb. 4).

Im Innern war ein zentraler Innenhof eingefügt worden. Das stellte zwar einen irreversiblen Eingriff in das Baudenkmal dar, war jedoch für die weitere Nutzung unerlässlich. Dieser Innenhof ist über alle Vollgeschosse als ringsum verglaste Halle mit gläsernem Dach ausgebildet (Abb. 5). Die außerordentlichen Raumhöhen in den verschiedenen Etagen ermöglichten die Einrichtung großzügiger Büros. Deren Trennwände sind oberhalb einer Höhe von 3 Metern verglast, sodass Sichtbeziehungen zur zentralen Halle bestehen und die ursprüngliche Tragkonstruktion sichtbar ist. Ferner sind die früheren Dimensionen der Spinnensäle in der Ausstellung des Stadtmuseums Nordhorn noch heute zu erleben (Abb. 6).

Das „Kompetenzzentrum Wirtschaft“ birgt in fünf Vollgeschossen und in einer Zwischenebene 10.000 Quadratmeter Geschossfläche. Auf diesen Flächen ist der ehemalige Spinnerei-Hochbau von Niehues & Dütting zum „Kompetenzzentrum Wirtschaft“ umgenutzt worden, beziehungsweise die Textilfabrik des 20. Jahrhunderts hat sich in eine „Denkfabrik“ für das 21. Jahrhundert verwandelt. Die soll als „Katalysator“ für die weitere Entwicklung des „Nino-Wirtschaftsparks“ dienen.



Abb. 4 Textilfabrik von Niehues & Dütting, ehemaliger Spinnerei-Hochbau nach der Umnutzung zum „Kompetenzzentrum Wirtschaft“, 2010.



Abb. 5 Textilfabrik von Niehues & Dütting, Foyer im „Kompetenzzentrum Wirtschaft“, 2010.



Abb. 6 Textilfabrik von Niehues & Dütting, Ausstellung „Menschen, Mode und Maschinen. Textilkultur und Textilgeschichte aus Nordhorn“ des Stadtmuseums Nordhorn im „Kompetenzzentrum Wirtschaft“, 2011.

### Sanierung des Areals von B. Rawe & Co.

Im Unterschied zu den Industriebrachen von L. Povel & Co. und der Nino AG verblieb das etwa 13 Hektar große Fabrikreal von B. Rawe & Co. nach der Einstellung der Produktion 2001 im Eigentum des Unternehmens. Deshalb wurde 2001 ein städtebaulicher Vertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen, um die städtebauliche Sanierung der Industriebrache zu regeln.

Der östliche, knapp sechs Hektar große Teil des Fabrikareals wurde an einen niederländischen Investor verkauft. Der finanzierte und führte die Sanierung der gesamten Industriebrache 2005–2006 durch, während derer sämtliche Altlasten im Boden und fast alle Gebäude beseitigt worden waren. Erhalten blieben lediglich Teile der denkmalgeschützten Spinnerei Bussmaate. Auf dem östlichen Teil des ehemaligen Fabrikareals von B. Rawe & Co. entstand 2006–2007 ein Einkaufszentrum, dessen Erlöse der Investor für die Sanierung der Industriebrache benötigte.

Den westlichen, etwa sieben Hektar großen Teil der Industriebrache erwarb nach der Sanierung 2010 die Nordhorner Investorengruppe Ewar GmbH & Co. KG. Deren mit der Stadt Nordhorn entwickelten städtebaulichen Planungen sehen vor, auf dem westlichen Teil eine verdichtete Wohnbebauung entstehen zu lassen, auf dem mittleren, streifenförmigen Abschnitt Gebäude für eine gewerbliche und Wohnnutzung zu erstellen sowie auf dem östlichen Teil den Rest der Spinnerei Bussmaate durch einen gewerblich genutzten Anbau zu ergänzen.

Die Spinnerei Bussmaate hatte man 1911–1912 nach dem Entwurf des Enscheder Architekturbüros Beltman zunächst mit zwei Geschossen errichtet (Abb. 7). Ab 1921 waren auf der Rückseite der Spinnerei Bussmaate in mehreren Bauabschnitten eine Weberei mit eingeschossigen Shed-Hallen und mehrgeschossigen Verwaltungsgebäuden an der Vechte entstanden, nach der Planung von Arend Beltman war 1927 die Spinnerei Bussmaate aufgestockt und an der Rückseite mit der genannten Weberei verbunden worden. Nach einem Entwurf der damals in Osnabrück tätigen Architekten Emanuel Lindner und Eberhard Zeidler hatte man schließlich 1950–1951 die Spinnerei Bussmaate nach Süden um einen dreigeschossigen

Hochbau erweitert.

Nachdem 1984 im Rahmen einer Schnellinventarisierung die gesamte Spinnerei Bussmaate sowie die anschließende Weberei als Baudenkmale erfasst worden waren, wurde diese Ausweisung nach dem Produktionsstopp bei B. Rawe & Co. 2001–2002 konkretisiert: Als Baudenkmal wurde die 1911–1912 errichtete Spinnerei Bussmaate wegen ihrer orts- und wirtschaftsgeschichtlichen Bedeutung erfasst. Die Erweiterungen der Spinnerei Bussmaate und Teile der angeschlossenen Weberei hatte man als denkmalpflegerisch erhaltenswert eingestuft. Im städtebaulichen Vertrag von 2001 wurden allerdings nur Teile der Spinnerei Bussmaate als zu erhaltende Gebäude festgesetzt, und zwar deren Wasserturm, der Batteur, der Staubturm sowie das Turbinen- und das Kesselhaus. Ferner sollte das Kontor erhalten werden.

Die als denkmalpflegerisch erhaltenswert eingestuft Teile der Spinnerei Bussmaate sowie der angeschlossenen Weberei konnten bei der Sanierung der Industriebrache 2005–2006 beseitigt werden, da dieser Einstufung eine rechtliche Bindung fehlte. Aber auch Teile der als Baudenkmal erfassten Spinnerei Bussmaate durften abgebrochen werden, da B. Rawe & Co. belegen konnte, dass sie deren Erhalt wirtschaftlich unzumutbar belasten würde. Letztendlich ließen sich nur die Teile der Spinnerei Bussmaate erhalten, die im städtebaulichen Vertrag von 2001 derart bezeichnet worden waren, nämlich der Wasserturm, der Batteur, der Staubturm sowie das Turbinen- und das Kesselhaus.

So blieb ein Torso der Spinnerei Bussmaate übrig. Dieser soll nach dem Entwurf des Nordhorner Architekturbüros Gesamtwerk mit Anbauten ergänzt werden, um sich der ursprünglichen Kubatur anzunähern (Abb. 8). Gestalterisch orientieren sich die Fassaden der geplanten Anbauten an der straßenseitigen Fassade des Anbaus von 1950–1951, um die stilistisch reduzierte Formensprache der Spinnerei Bussmaate aufzunehmen. Die Reste der Spinnerei Bussmaate sollen unter anderem durch eine Werkstatt für Behinderte sowie der Anbau im Süden durch Einzelhandels-, Dienstleistungseinrichtungen und Wohnungen genutzt werden. Über die Nutzungen unter anderem des Anbaus im Süden hatte man eine heftige Debatte geführt: Befürchtet wurde, dass durch die vorgesehene Nutzungen die Entwicklung des „Nino-Wirtschaftsparks“ behindert werden könne. Ziemlich genau 100 Jahre nach der Errichtung der Spinnerei Bussmaate sind jedoch inzwischen die Bauarbeiten zur Einrichtung einer Werkstatt für Behinderte in der ehemaligen Textilfabrik im vollen Gang.

### Zusammenfassung

Unterschiedlich sind oder waren die Voraussetzungen für die Konversion der Industriebrachen in Nordhorn: Während bei der Sanierung der Industriebrachen von L. Povel & Co. und von Niehues & Dütting beziehungsweise der Nino AG die Liegenschaften von der öffentlichen Hand übernommen, Sanierungsgebiete ausgewiesen worden waren und öffentliche Zuwendungen zur Verfügung standen, fehlt es an solchen Möglichkeiten für die Revitalisierung des ehemaligen Fabrikareals von B. Rawe & Co. Deshalb konnten bei den Sanierungen der Industriebrachen von L. Povel & Co. und von Niehues & Dütting die städtebauliche Entwicklung



Abb. 7 Textilfabrik von B. Rawe & Co., Rekonstruktion der Spinnerei Busmaate im Jahr 1912.

gesteuert sowie mehrere Industriedenkmale erhalten werden, wohingegen bei der Konversion des früheren Fabrikgeländes von B. Rawe & Co. solche Möglichkeiten nur eingeschränkt bestehen und der Abbruch von Baudenkmalen genehmigt werden musste. So ließ sich bei der Sanierung der Brachen von L. Povel & Co. und von Niehues & Dütting der Erhalt einiger Baudenkmale vollständig oder zum Teil mit öffentlichen Zuwendungen finanzieren, während die Umnutzung der Spinnerei Busmaate ausschließlich privat bezahlt wird.

Die Dimensionen der Industriebrachen ließen nicht zu, die ehemaligen Textilfabriken komplett, sondern nur einige städtebaulich prägende Industriedenkmale zu erhalten. Hierbei sollte der städtebauliche Kontext gewahrt werden wie etwa am ehemaligen „Tor 1“ von Niehues & Dütting, an dem die erhaltenen Baudenkmale einen imposanten Auftakt zum „Nino-Wirtschaftspark“ darstellen. Bei der Umnutzung der Reste sowohl der Spinnerei Busmaate als auch der Spinnerei von L. Povel & Co., des „Povelturns“, konnten wenigstens die städtebaulichen Strukturen der



Abb. 8. Textilfabrik von B. Rawe & Co., Darstellung der erhaltenen Teile der umgenutzten Spinnerei Busmaate mit Anbauten, Entwurf von 2011.

Fabriken wiederhergestellt werden.

Aufgrund der Nutzungskontinuität mussten an beziehungsweise in den Kontoren von L. Povel & Co. und von Niehues & Dütting die wenigsten Eingriffe vorgenommen werden. Die Umnutzungen des Rohgewebelagers und des Spinnerei-Hochbaus von Niehues & Dütting sowie der Weberei von L. Povel & Co. erforderten zwangsläufig stärkere Eingriffe in die Industriedenkmale. Indessen konnten bei den letzten beiden die ursprünglichen Produktionsräume teilweise erhalten werden. Sowohl in diesen beiden umgenutzten Industriedenkmalen als auch im „Povelturn“ zeugen ferner die Einrichtungen des Stadtmuseums Nordhorn von der ursprünglichen Nutzung der Gebäude.

Die Bemühungen um die Konversion von Industriebrachen und um den Erhalt von deren Industriedenkmalen dauerten viele Jahre und erforderten lange Entwurfsprozesse, während derer öfter Umplanungen nötig waren. Letztendlich ist es jedoch gelungen, wichtige Industriedenkmale bei der Revitalisierung innerstädtischer Brachen einstiger Textilfabriken „Klein-Amerikas“ zu erhalten.

## Literatur

Müller, Michael Christian, Spinnen – Weben – Färben: Zu Geschichte und Bedeutung der Textilindustrie in der Grafschaft Bentheim, in: Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 22, 2002, H. 1, S. 44–45.

Straukamp, Werner, Fotografien aus der Sammlung Zahn. Nordhorn 1912–1962 (Nordhorn 2002).

Straukamp, Werner, Textilgeschichte(n) aus Nordhorn. Die Textilfabriken Nino, Povel und Rawe (Nordhorn 2007).

Straukamp, Werner, Menschen, Mode und Maschinen. Textilkultur und Textilgeschichte aus Nordhorn (Nordhorn 2011).

Uricher, Christoph, Erfolgreicher Strukturwandel: ehemaliges Rohgewebelager von Nordhorer Textilunternehmen umgenutzt, in: Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 24, 2004, H. 2, S. 33–36.

Uricher, Christoph, Zeugnisse des „Wirtschaftswunders“ in Nordhorn. Produktions- und Verwaltungsbauten der Textilindustrie aus den 1950er und 1960er Jahren, in: Architectura 34, 2004, H. 1 + 2, S. 249–260.

Uricher, Christoph, Von der Textilfabrik zur „Denkfabrik“: Gelungene

Umnutzung einer Spinnerei von Nordhorer Textilunternehmen, in: Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 30, 2010, H. 2, S. 65–71.

Wiegandt, Claus-Christian; Zwafelink, Wolfgang, Altlastensanierung und städtebauliche Erneuerung Nordhorn-Povelgelände. Forschungsvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus 1985–1989 (Bonn 1990).

Woltering, Henning, Abschluss-Dokumentation. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Bundesmodellvorhaben: „Wasserstadt Povel“ (Nordhorn 2008).

Zwafelink, Wolfgang, Städtebau trotz Altlast, in: Deutsche Bauzeitung 127, 1993, H. 6, S. 86–92.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1, 2: André Sobott; Quelle: Stadt Nordhorn; Abb. 3: Helmut Claus; Quelle: Städtische Galerie Nordhorn; Abb. 4, 5: André Sobott; Quelle: Nino Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH; Abb. 6: Werner Westdörp; Quelle: Stadtmuseum Nordhorn; Abb. 7: Sebastian Stöber; Abb. 8: Architekturbüro Gesamtwerk.

## Kaffee war gestern: Konversion von Hafen- und Industriebauten in Bremen und Bremerhaven

GEORG SKALECKI

Der Titel dieses Beitrages erzeugt vielleicht eine falsche Erwartung: „Kaffee war gestern“ steht nur als eine Art Metapher. Bremen ist zwar die Kaffeestadt schlechthin und insofern gibt es viele historische Zeugnisse, die mit Kaffee – Anlieferung, Umschlag, Verarbeitung – zu tun haben, aber ich werde allgemein auf umgenutzte Zeugnisse historischer Hafenwirtschaft und historischer Industrie eingehen. Der Fokus liegt dabei auf der Umnutzung, also dem Verlust der ursprünglichen Funktion und der Darstellung, mit welchen Veränderungen am Bestand neue Funktionen in diese Denkmäler gebracht wurden. Es handelt sich also nicht um eine Entwicklungsreihe eines speziellen Bautypus, sondern um sehr unterschiedliche Fallbeispiele für Veränderungen von Denkmälern für eine neue Nutzung.

Doch welche Reihenfolge oder welches Ordnungsprinzip macht Sinn? Da das Thema der Tagung „Umnutzung“ ist, wäre eine Möglichkeit, nach den Arten der neuen Nutzungen zu sortieren, zum Beispiel Kultur, Büro, Gewerbe oder Wohnen. Da es sich aber in Bremen teilweise um sehr große komplexe Gebilde handelt, haben wir in manchen Objekten sehr unterschiedliche Nutzungen nebeneinander, auch mit unterschiedlich intensiven Eingriffen und Veränderungen am Objekt. Damit erweist sich dieses Ordnungsprinzip als ungeeignet. Also gehe ich einfach chronologisch nach Alter der Denkmäler vor.

Bremen verfügt über eine Reihe sehr alter Speichergebäude, die dem Warenumschlag in einem Hafenbetrieb dienen. An einer ehemaligen mittelalterlichen Anlegestelle im Bremer Altstadtbereich,

an der Balge im Schnoor-Viertel, existieren Reste von spätmittelalterlichen Packhäusern, die schon vor langer Zeit neuen Nutzungen zugeführt worden sind.

Ein Beispiel ist das Haus Schnoor 2, am Anfang des 15. Jahrhunderts als Packhaus erbaut. Eine erste Umnutzung gab es Mitte des 19. Jahrhunderts, als das Gebäude zum Witwenhaus umgebaut wurde. Inzwischen wird es als Gaststätte genutzt. Reste der originalen Innenausstattung und auch der alten Seilwinde aus der Packhauszeit sind heute dekorativer Teil der Kneipenidylle.

In Bremen-Vegesack, wo im frühen 17. Jahrhundert ein geschütztes Hafenbecken angelegt worden war, einer der ältesten europäischen künstlichen Häfen überhaupt, entstanden in der Folge im 17. und 18. Jahrhundert mehrere Hafenspeicher, von denen sich einige erhalten haben. Ein Beispiel einer geglückten und sehr simplen Umnutzung ist der sogenannte Thiele-Speicher, unmittelbar am Hafenbecken gelegen. Erbaut um 1800, diente dieses Gebäude als Lager eines Bremer Handelshauses. Die gesamte originale hölzerne Innenkonstruktion mit mittigen Stützenreihen, die Beschickungstore und der Kranbalken an den Giebelseiten haben sich erhalten. Einfache, reversible Einbauten für neue Funktionsräume, Büros und Clubzimmer sind vorgenommen worden, damit hier ein Fechtclub einziehen konnte. Die langen Lagerböden eignen sich hervorragend für die Trainingsbahnen des Fechtclubs, womit die Umnutzung nur wenige Veränderungen notwendig machte (Abb. 1).

Etwas tiefergehend waren die Eingriffe, um den nur wenige Meter entfernten Lange-Speicher, ebenfalls am Bremen-Vegesacker



Abb. 1 Bremen, Vegesack: Thiele-Speicher, Fechtclub.



Abb. 2 Bremen, Vegesack: Lange-Speicher, Außenerschließung.



Abb. 3 Bremen, Vegesack: Lange-Speicher, Büronutzung.

Hafenbecken gelegen, durch eine Umnutzung zu retten. Dieses Gebäude entstand kurz nach 1805 als Lager einer Schiffsbauwerft. Der viergeschossige Bau liegt parallel zum Wasser und hat somit eine Erschließung an der Langseite. Über Ladeluken und Seilwinde wurden die Waren direkt aus dem Schiff über die Mitte des Speichers eingelagert. Nach dem Ende der Werft im Jahr 1870, wurde der Bau mehrfach von unterschiedlichen Nutzern als Lager verwendet. Dabei blieb die innere Holzkonstruktion unangetastet. Nach mehrjährigem Leerstand wurde 2007 nach Durchführung eines Architekturwettbewerbs eine zukunftssträchtige Umnutzung realisiert. Da die einzelnen Etagen des Speichers von außen beschickt wurden, gab es nie eine richtige innere Vertikalerschließung. Wunsch der Denkmalpflege war es, besonders die Holzkonstruktion der Böden unverändert zu erhalten, trotz der Probleme von Brandschutz und Erschließung. Geschickt schlug das siegreiche Architekturbüro eine externe Treppen- und Aufgangsanlage an der Stelle vor, wo auch die Waren früher auf und ab gehievt wurden. Heute arbeiten in dem Gebäude Yachtdesigner und Bootsausstatter im originalen Ambiente der unverändert erhaltenen, unverkleideten hölzernen Lagerböden. Die großen Unebenheiten auf den Böden wurden für die Büroarbeitsplätze durch horizontale Plateaus ausgeglichen. Durch Glas- oder Leichtbauwände wurden Funktionseinheiten, wie Bürobereiche, brandgesicherte Serverräume, Teeküchen und Sanitäranlagen abgetrennt. Aus dem ehemaligen Lager einer Werft entstanden so moderne Arbeitsplätze für Yachtdesigner (Abb. 2 und 3).

Zu den ältesten erhaltenen Hafengebäuden in Bremerhaven gehört der ehemalige Lagerschuppen E, erbaut in den 1880er Jahren am Handelshafen Geestemünde, der seit dem Jahr 1857 in Etappen angelegt worden war. Der ursprünglich eingeschossige Lagerschuppen wurde 1926 vom Institut für Seefischerei übernommen und 1930 zum Nordsee-Museum umgenutzt. Dabei erfolgte eine Aufstockung und die zeittypische Einrichtung der Museumsräume im Obergeschoss, allerdings voll und ganz dem Hafenspeicherambiente

angepasst. Seit 1986 hat das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung hier eine Außenstelle. Dazu hat man 2004 neben dem Lagerschuppen auch einen Neubau von Otto Steidle errichtet. Die historische Umnutzung des Lagerschuppens zum Museum brachte einige Veränderungen – neben der Aufstockung, das Ziehen von diversen Innenwänden – mit sich, die neuerliche Umnutzung durch das Alfred-Wegener-Institut übernahm aber ohne große Maßnahmen vollständig den überkommenen Zustand.

Nur als Einschub soll kurz die Idee der Umnutzung der Bremer Wollkammerei in Bremen-Blumenthal erwähnt werden. Das Unternehmen wurde als Aktiengesellschaft von Bremer Wollhändlern gegründet und war bei der Stilllegung 2009 die letzte produzierende Wollkammerei in Deutschland. Das Werk gehörte zu den größten und führenden Wollkammereien. Aus Schafwolle wurde in mehreren Schritten das Halbfertigprodukt „Kammzug“ hergestellt. Die in Etappen gewachsene Anlage besitzt noch Bauten aus der Frühphase, so die Kammzuglager aus den 1890er Jahren, die gerade an Privatinvestoren verkauft wurden und nun zum Oldtimer-Zentrum umgebaut werden sollen. Die Idee, die Gebäude mit möglichst geringen Eingriffen wieder nutzbar zu machen, und sie so anzunehmen, wie sie überliefert sind, leitet auch den Gedanken dieser jetzt anstehenden Umnutzung.

Als weiterer Exkurs soll nur kurz die Silberwarenmanufaktur Koch & Bergfeld Erwähnung finden, da es sich hier eigentlich gar nicht um eine tiefgreifende Umnutzung handelt. Das ursprünglich an anderer Stelle produzierende Unternehmen Koch & Bergfeld errichtete 1889 bis 1895 in der Bremer Neustadt nach einheitlichem Plan eine Silberwarenfabrik. Hier waren vom Schmelzen, Galvanisieren, Schmieden, Pressen bis hin zum Polieren alle Schritte der Besteckproduktion vereint. Heute werden weiterhin – allerdings in der Form einer gläsernen Manufaktur – Produkte um das Besteck und Produkte der Tischkultur hergestellt und vermarktet. Die Sanierung und der sehr vorsichtige Umbau für diese leicht veränderte





Abb. 4 Bremen, Überseestadt: Speicher XI, Hochschulnutzung.

neue Nutzung haben gerade begonnen. Auch hier haben wir eine Veränderung mit nur geringsten Eingriffen.

Kommen wir nun zu einer wirklich neuen und umfassenden Umnutzung. Im stadtbremischen Überseehafen, der ab 1888 leistungsfähig ausgebaut worden war, sind nach schweren Kriegszerstörungen nur wenige Vorkriegsbauten erhalten. Als der Hafen 1999 stillgelegt wurde, entstand hier ein neues, rund 300 Hektar großes Stadtentwicklungsquartier. Mehrere exponierte und besonders typische Bauten konnte die Denkmalpflege schützen und in Abstimmung mit Investoren einer neuen Nutzung zuführen.

Den Auftakt dieser Revitalisierung in der Bremer Überseestadt machte der älteste dort erhaltene Speicher, der rund 400 Meter lange, 1910 erbaute Speicher XI. Ganz unterschiedliche Waren, darunter auch Kaffee, wurden in diesem Speicher ursprünglich einmal eingelagert und nach einer bestimmten Lagerzeit zum Weitertransport wieder verladen. Dies erfolgte von der Südseite des Gebäudes, deshalb zeigt diese Fassade mehrere Erschließungsachsen, von denen immer zwei Segmente des Speichers beschildert wurden. Dort waren Treppenhäuser, Lastenaufzüge sowie Ladeplattformen und Ladeluken angeordnet. Ab dem Jahr 2001 wurde dieser Bau mit 37.000 Quadratmetern Nutzfläche langsam saniert und umgenutzt. Es wurden jedoch keine modernen Bürostandards angestrebt, sondern wie selbstverständlich wurden die historischen Gegebenheiten akzeptiert und daran die Neugestaltungen angepasst. Die unterschiedlichen Nutzer fügen sich ein in den historischen Rahmen, ohne diesen zu sprengen. Hochschule, Büros, Gewerbe, Handel, Museum, Gastronomie, Flächen für Veranstaltungen finden hier gemeinsam eine Unterkunft und können das historische Ambiente für sich selbst gewinnbringend nutzen. Alle Details der Gestaltung wurden sensibel entwickelt. Die Hauptfassade wurde nur zurückhaltend aufbereitet, dabei stand Reparatur stets vor Erneuerung. Ebenso wurden die alten Industriefenster nur aufbereitet, Fußböden zum großen Teil erhalten und historische Oberflächen belassen, notwendige Installationen wurden passend zum industriellen Bild schlicht auf Putz gelegt. Für die innere Nutzung war allerdings eine bessere Belichtung unumgänglich. An der ehemals vollständig



Abb. 5 Bremen, Holz- und Fabrikhafen: Kaffee-HAG, Eventbereich.

geschlossenen Nordwand wurden mit Diamantsägen neue Fensteröffnungen geschnitten, aber in ihrem rohen Zustand belassen, sodass sich dem Betrachter die Veränderungen sofort erschließen. Für die Hochschulnutzung wurde durch Herausnehmen der Decke in einem Teilbereich ein größerer Hörsaal gewonnen. Die historische Identität des Speichers wird durch die Veränderung nirgends gestört (Abb. 4).

Die bisher gezeigten Projekte hatten lediglich bedingt etwas mit Kaffee zu tun. Eine wichtige Kaffeefabrik wird zurzeit ebenfalls umgenutzt, nämlich die Anlage von Kaffee-HAG. Gerade diese Anlage ist ein gutes Beispiel dafür, dass solche Konversionsprozesse manchmal lange Zeit in Anspruch nehmen können. Nach jahrelangem Leerstand und mehreren Überlegungen zum Abbruch fand sich schließlich doch ein Investor für das Areal dieser Fabrikbauten, die 1906 von Hugo Wagner für den Kaffeeproduzenten Ludwig Roselius errichtet worden waren. Die innovative Industriearchitektur wurde schon von Walter Gropius als vorbildhaft bezeichnet. Auch der Firmeneigentümer selbst strebte bewusst eine Besonderheit der Architektur an und setzte diese als Corporate Identity für seine Werbung ein. Das Kaffee-HAG-Gelände muss Schritt für Schritt umgenutzt werden, wobei es bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise jetzt zu einer gewissen Verzögerung und Verlangsamung des Prozesses gekommen ist. Dies liegt natürlich auch an der Größe des Komplexes. Was allerdings für die gesamte Anlage erreicht wurde, ist eine Grundsanierung „Dicht und Zu“, womit zunächst einmal weiterer Verfall aufgehalten ist. Teilbereiche werden nun Schritt für Schritt an unterschiedliche Nutzer und Interessenten vermietet, die sich in die vorgegebenen Strukturen einpassen müssen. Eine Schaurösterei mit Kaffeeausschank und ein Eventbereich im ehemaligen Direktionscasino sowie ein Veranstaltungsraum für Vorträge und Ausstellungen sind jeweils ohne besondere Veränderungen bereits in Nutzung (Abb. 5).

Wenig spektakulär ist die Umnutzung einer Fischauktionshalle in Bremerhaven. Die 1927 errichtete Großhalle ist inzwischen teilweise gewerbemäßig in neuem Gebrauch. In die vorhandenen Büroräume sind neue Nutzer eingezogen und im Auktionsbereich

hat sich ein Aus- und Weiterbildungszentrum der Offshore-Windindustrie mit großräumigen Werkstätten und Schulungsräumen eingerichtet, was ohne besondere Eingriffe zu lösen war.

Im letzten Teil meines Beitrages kommen wir zu Umnutzungsfällen an Nachkriegsbauten. In dem schon erwähnten heute zur „Überseestadt“ umgeplanten stadtbremischen Hafengebiet gab es erhebliche Kriegszerstörung. Sofort nach Kriegsende wurde der Hafbetrieb jedoch wieder aufgebaut und dazu neue Schuppen- und Speicherbauten errichtet. Das Bremer System des Hafenumschlags mit Sortierschuppen und Speichergebäuden wurde beibehalten. Bereits 1948 entwickelte man dafür einen Prototyp mit dem Bau von Speicher I in Form einer Stahlbetonskelettkonstruktion. Es entstand ein Neubau, der mit einer klaren, allein der Funktionalität geschuldeten Gestalt viele Nachfolger fand. Das Rasterskelett wurde mit Backstein ausgefacht und sparsam befenstert. So wie der Bau seinerzeit abschnittsweise fertiggestellt und abschnittsweise in Betrieb genommen wurde, sollte er auch langsam in Teilabschnitten saniert und umgenutzt werden. Die extrem große Nachfrage nach solchen Lofts ließ jedoch eine rasche Komplettsanierung des Speichers zu. Die Fassadenstruktur mit den horizontalen Fensterbändern und darunterliegenden Wandausfachungen wurde als Modul genommen und dafür neue Fensterelemente entwickelt, die diesen Aufteilungen folgten. Jede dritte Achse des Bauwerks wurde unberührt gelassen, die dazwischenliegenden wurden geöffnet, um eine geeignete Belichtung für die neuen Arbeitsplätze zu schaffen. Bei der Ausgestaltung des Inneren übte man sich in größter Zurückhaltung und verschonte den Bau weitestgehend vor Veränderungen. Die Oberflächen der Wände wurden original und unbehandelt belassen, die historischen Holzböden nur aufbereitet, Stahlschiebetüren und Beschriftungen blieben ebenso authentisch erhalten wie die

alten Aufzüge und Treppen. Teeküchen und Sanitäreinrichtungen in den einzelnen Mieteinheiten sind in Boxen untergebracht, die wie abgestellte Holzkisten wirken. Dadurch konnte auf neue Innenwände verzichtet werden und der Grundriss blieb unverändert.

Man muss sich klar darüber sein, dass die vorgeführten Objekte zum Teil mehrere 10.000 Quadratmeter Nutzfläche besitzen. Eine Mischnutzung ist in der Regel die einzige Möglichkeit, diese Größen zu vermarkten. Gleichzeitig kommt dadurch aber auch Leben in die Denkmäler, monostrukturelle Entwicklungen werden vermieden und eine Belebung des ganzen Quartiers ist die Folge.

Im Gegensatz zu Speichern, wie Speicher XI und Speicher I, wo wir es sozusagen mit einem Geschossbau zu tun haben, also mit normal nutzbaren Deckenhöhen und Raum- beziehungsweise Segmentunterteilung, die historisch vorgegeben sind, sind die Sortierschuppen deutlich problematischer. Diese ein- oder zweigeschossigen Schuppen mit Höhen, die für Stapler geeignet sind, und enormen weiträumigen Einheiten, die man natürlich gerne erhalten möchte, vermarktet man nicht ganz so einfach. Dennoch ist es uns auch hier gelungen, Investoren für die zwei denkmalwürdigen Sortierschuppen zu begeistern. Diese Beispiele sollen zum Abschluss folgen. Der Schuppen 2 ist mit seinem Baujahr 1951 der älteste erhaltene Schuppen. Große Schiebetüren zur Kaje, wo die Kräne liefen, stellten eine schnelle Löschung der Waren sicher. In den großflächigen Schuppen wurden die Waren sortiert und kurz abgestellt, um sie dann auf der anderen Seite abzutransportieren. Zweckmäßig waren deshalb große Stützenweiten und viel Lichteinfall über Lichtkuppeln. Nach einer sehr zurückhaltenden Sanierung wurde der Schuppen 2 in vermietbare, unterschiedlich große Teile durch reversible Zwischenwände aufgeteilt. Jedoch blieben die Segmente so groß, dass etwas von der ursprünglichen Weite eines



Abb. 6 Bremen, Überseestadt: Schuppen 2, Büronutzung.



Abb. 7 Bremen, Überseestadt: Schuppen 1, Gastronomie.

Schuppens auch heute noch zu erahnen ist. Ein Mix an Gewerbe, wie zum Beispiel die Korpuswerkstatt der Silberwarenmanufaktur Koch & Bergfeld oder die Ideenschmiede von Next Practice, wo Psychologen die Anforderungen an die Produkte der Zukunft erforschen, zeigt den Aufbruch in eine neue Zeit. Einbauten der Mieter sind reversibel beziehungsweise erwecken den Eindruck von abgestellten Kisten, ähnlich wie die Situation beim historischen Hafenumschlag war (Abb. 6).

Ein letztes Beispiel, zugleich eine Sonderform, stellt Schuppen 1 dar. 1959 entstand dieser Bau, der, und das ist ungewöhnlich, als zweigeschossige Anlage konzipiert worden war. Dies war nötig, weil hier ein besonders hoher Warenumsatz gewährleistet werden musste. So entstand ein übereinandergestapeltes Doppelschuppen. Die Deckenkonstruktion musste natürlich für besonders hohe Lasten konzipiert werden. Dieser Schuppen hat eine Länge von 405 Metern und eine Nutzfläche von 36.000 Quadratmetern. Im Erdgeschoss ist dem Schuppen eine Rampe vorgelagert, wo die Kräne die Waren aus den Schiffen abstellen konnten. Um für das Obergeschoss eine ebensolche Rampe zu erhalten, wurde dieses Geschoss etwas verschoben, so entstand dort eine eigene Ladebühne. Auf der Wasserseite besitzen beide Geschosse große Schiebetore, an der Landseite befinden sich Lastenaufzüge und Rampen für die Verladung auf Zug und Lkw. Auch dieser Bau ist inzwischen fast vollständig umgenutzt. Über einen Architekturwettbewerb wurden die Lösungen für die Nutzungsideen zweier Investoren gesucht.

In der einen Hälfte liegt der Schwerpunkt auf Gastronomie und Büro, aber auch ein großer Fitnessbereich und eine normale Druckerei sind hier untergekommen, während die andere Hälfte unter dem Stichwort „Faszination Auto“ steht. Hier wird alles um das klassische Automobil angeboten: Restaurierung, Wartung,



Abb. 8 Bremen, Überseestadt: Schuppen 1, Autowelt, während Umbau.

Verkauf, jegliches Zubehör und Einlagerung sowie ein Automuseum. Im Obergeschoss kann der Oldtimer-Liebhaber ein Wohnloft erwerben, wo er mit seinem Auto in die Wohnung fahren kann. Für die Denkmalpflege war auch hier besonders wichtig, dass die ehemalige Weite eines Schuppens in Teilen weiter wahrnehmbar bleibt. Die Hauptachse wird deshalb als Boulevard eine zentrale Erschließung übernehmen und die seitlichen Einbauten werden durch Glas und große Offenheit ein hohes Maß an Filigranität und Transparenz bewahren. Auch hier wurden die Umnutzungen auf größtmögliche Einfachheit hin entwickelt. Die herbe Schlichtheit der Industriearchitektur bleibt weitestgehend bewahrt. Dort wo es notwendig ist, werden moderne Gestaltungselemente hinzuentwickelt (Abb. 7 und 8).

Aus den gesehenen Beispielen möchte ich folgendes Fazit ziehen: Der bremschen Denkmalpflege ist es in den letzten Jahren gelungen, den enorm dynamischen Prozess der Konversion von Hafen- und Industriebauten konstruktiv zu begleiten und dabei einige zum Teil sehr sperrige Objekte nicht nur zu schützen, sondern via Umnutzung in die Zukunft zu bringen. Dabei sind fast immer sehr einfache pragmatische Lösungen gewählt worden, Vorschläge, die zum großen Teil auf Anregung und Anstöße der Denkmalpflege zurückgehen. Die Nutzer nehmen diesen herben Charme der Industriebauten an und akzeptieren, dass sie eben hier keine Neubauten vorfinden. Fast immer haben wir sparsame zurückhaltende Sanierungen und vergleichsweise wenige Einbauten vornehmen müssen. Selten bekommt der Betrachter den Eindruck, dass das eigentliche Denkmal überformt und mit modernen Zutaten überfrachtet wurde, keinesfalls modernistisch „overstyled“. Dennoch bleiben natürlich bei der Umnutzung solcher Objekte Veränderungen unumgänglich, die wir aber als Denkmalpfleger gern akzeptieren, um den Gesamterhalt zu gewährleisten.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 5: mikropolis Bremen, Prof. Ulrike Mansfeld, Foto: Jens Lehmkuhler; Abb. 6: nextpractice GmbH, Bremen; alle anderen Abbildungen: Landesamt für Denkmalpflege Bremen.

## Welthafen Hamburg – drei Strategien

GABRIELE BOHNSACK-HÄFNER/CHRISTINE ONNEN

Das Thema Konversion mit dem Fokus unserer Sektion auf Handel, Wirtschaft und Verkehr verdichtet sich in Hamburg in keinem Bereich so sehr wie im Hafen:

Herz und Motor der Stadt, Tor zur Welt, mit über 800-jähriger Geschichte, ein Fünftel der Stadtfläche einnehmend, gehört er zu den 10 größten Häfen der Welt, er ist nach Rotterdam der zweitgrößte Seehafen Europas (Abb. 1).

An keinem Ort ist Bewahren und Konservieren so fern vom unternehmerischen Handeln der Stadt. Wachstum, Wandel, Anpassung und Vorreiter sein für technische Innovation, diese ganzen Faktoren bilden die Grundlagen der Entscheidungen. Insbesondere die Entfernung zur Nordsee, die Tiefgang- und Tideabhängigkeit der Schiffe neuer Generationen zwingen Hamburg zu exzellenten Lösungen bei Logistik, technischer Ausstattung, Distribution, schlicht bei aller Infrastruktur. Als sich die Hamburger Denkmalpfleger 1989 mit der Tagung „Industriekultur an der Wasserkante“ des Themas „Denkmalschutz im Hafen“ intensiver annahmen, waren die Räume nicht groß genug, die Distanz im Denken der Beteiligten auszudrücken. Denkmalpflege im Hafen drohte schon allein als Begriff einer massiven Einschränkung der Entwicklung des Hafens gleichzukommen. Es galt, von Anbeginn Strategien zu entwickeln, die eine Akzeptanz bei den Vertretern von Hafen- und Stadtwirtschaft ermöglichten. Dies möchte ich an drei sehr unterschiedlichen Beispielen erläutern:

An der Speicherstadt, inzwischen Welterbe-Kandidat der UNESCO. Hier vollzieht sich seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Wandel vom weltgrößten Freihafen-Lagerensemble zu einem heißbegehrten Ort zwischen Altstadt und sich entwickelnder HafenCity mit vielfältigen Begehrlichkeiten.

Am Freihafen – von jeher Ort massiver Hafenumstrukturierungen, selbst Wasser- und Landverteilung ändert sich ständig. Hier sind die verbliebenen Denkmale punktuell über Quadratkilometer verteilt.

Am Harburger Binnenhafen, südlich der Elbe gelegen, erst seit 1937 zu Hamburg gehörig, einem Schichtendenkmal mit Zeugen

der Frühgeschichte bis zur Industrialisierung, in dem die Denkmalpflege mit aktiven Bausteinen die Entwicklung zum Innovationscampus begleitet (Abb. 2).

### Zunächst ein Blick zurück auf die geschichtliche Entwicklung des Hafens:

Die Anfänge des Hamburger Hafens waren bescheiden. Als im Jahr 832 Hamburg als ‚Hammaburg‘ gegründet wurde, spielte in erster Linie die günstige topographische Situation aufgrund des Zusammentreffens zweier Flüsse eine Rolle. Dort, wo sich die Alster – ein von Norden kommendes, etwa 40 Kilometer langes Flüsschen – und der breite Elbstrom treffen, hatte sich auf natürlichem Wege ein System von Kanälen und Inseln herausgebildet, ideal für die Anlage einer Siedlung. Aber erst die Gründung des Hafens drei Jahrhunderte später (1189), beförderte die Entwicklung Hamburgs entscheidend. Dieser ursprüngliche Hafen lag noch inmitten der Stadt, nur wenige Hundert Meter vom heutigen Rathaus entfernt. Die Handelsschiffe machten am Elbufer fest, die Waren wurden auf flache Kähne – Schuten oder Ewer genannt – umgeladen und traten zunächst den Weg über das Nikolafleet, das größte Fleet, in den im Zentrum liegenden Hafen an, wo sich auch das alte Rathaus und die alte Börse befanden. Von dort wurden die umgeschlagenen Waren über das kleinteilige Fleetsystem in die über die ganze Stadt verteilten Kaufmannshäuser transportiert. Der erste größere wirtschaftliche Aufschwung setzte allerdings erst 1321 mit dem Beitritt Hamburgs zur Hanse ein. Im späten Mittelalter verlagerte sich das Hafengeschehen aus praktischen Gründen in Richtung Elbufer. Auf einem Plan der Stadt von 1400/1500 ist die Herausbildung eines größeren Hafenbeckens zwischen Elbe und dem südlichen Bereich des Alsterfleets zu erkennen. Dieser Hafen war durch eine Barriere von der Elbe bis auf eine schmale Durchfahrt abgetrennt, die nachts und bei Bedarf durch einen schwimmenden Wall aus Baumstämmen geschlossen werden konnte.

Im 17. Jahrhundert wurde die Stadt in zeittypischer Weise mit einem Wallring aus Bastionen und einem vorgelagerten Graben



Abb. 1 Hamburg, Hafen, Luftbild des Bereichs Bremer Kai - Australiakai, 50er Schuppen, 1991.



Abb. 2 Hamburg, Hafen, Ausbauphase um 1865.

befestigt, wobei sich der Umfang der Stadt nicht nennenswert vergrößerte. Dies blieb auch bis ins 19. Jahrhundert nicht anders; erst der Große Stadtbrand von 1842 als Initialereignis, der die unhaltbaren Zustände einer derart stark räumlich begrenzten Stadt deutlich gemacht hatte, führte 1860/61 zur Aufhebung der Torsperre und leitete damit eine rasante Vergrößerung der Stadt ein. Zeitgleich fanden fundamentale Neuerungen im Hafenbetrieb statt. Erste Auslagerungen – wie etwa die des ersten Petroleumhafens, der sinnigerweise aufgrund der Feuergefahr erfolgte – hatten bereits eingesetzt. Zudem wurde aufgrund des sich immer mehr vergrößernden Hafenbetriebs, der Zunahme der einlaufenden Schiffe und des explodierenden Warenumschlags die Anlage eines neuen, leistungsstarken Hafens notwendig – auch vor dem Hintergrund des Zollanschlusses Hamburgs nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871. Eine grundsätzliche Entscheidung verlangte dabei die Abhängigkeit von der Tide: Obwohl Hamburg über 100 Kilometer von der Nordsee entfernt liegt, machen sich die Gezeiten hier immer noch in einem Tidenhub von fast drei Metern bemerkbar. Die Entscheidung fiel gegen einen Dock- oder Schleusenhafen und für einen Tidehafen aus, in dem der wesentliche Teil der Kai- und Umschlagseinrichtungen auf Pontons angelegt wurde, bis heute noch in Teilen aus der Luft erkennbar an dem charakteristischen Fingersystem, also tiefen Hafennarven und Hafenbecken zwischen fingerartigen Landzungen. Grundsätzlich ist an diesem System noch bis vor kurzem festgehalten worden, inzwischen jedoch führen Umstrukturierungen und neue Bedarfe durch immer größere Containerschiffe mit entsprechenden Wendekreisen zur sukzessiven Aufgabe dieses Systems, indem Landzungen gekürzt und Hafenbecken vergrößert werden sowie große zusammenhängende Landflächen zu Logistikzwecken geschaffen werden.

Die zahlreichen Schleusen in den Verbindungskanälen der einzelnen Hafenbecken sind reine Strömungsschleusen, die die Strömungen im Hafenbereich regulieren und eindämmen. Vor allem seit der Etablierung des Containerschiffsverkehrs hat sich der Hafen immer weiter nach Westen verlagert, wobei sich heute ein Zentrum des modernen Hafens nahe dem neuen Elbtunnel im Bereich Waltersdorf konzentriert.

#### Die Entstehung der Speicherstadt (Abb. 3 und 4)

Mit den Neustrukturierungen im Hafenbetrieb in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging auch eine Neuerung im Bereich der Warenlagerung einher, die bis dahin im Innern der Stadt, das heißt in den Speicherböden der Kaufmannshäuser, stattgefunden hatte. Abgesehen davon, dass diese Häuser längst zu klein geworden waren, um die Handelsgüter – in erster Linie Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze – aufzunehmen, spielten wiederum die politischen Entwicklungen in Hamburg nach der Gründung des Deutschen Reiches eine entscheidende Rolle, wie generell bei der Anlage des neuen Hafens. Bis zum Zollanschluss genoss die Stadt Hamburg das seltene Privileg eines die gesamte Stadt umfassenden Freihafens, das den Hamburger Kaufleuten die zollfreie – auch langfristige – Lagerung und Weiterverarbeitung beziehungsweise Weiterveredelung ihrer Waren erlaubte. Verhandlungen mit dem Deutschen Reich führten schließlich zur Ausweisung eines neuen Freihafenbezirks, der südlich an



Abb. 3 Holländischer Brook ca. 1870, vor Abbruch und Bau der Speicherstadt.



Abb. 4 Hamburg, Speicherstadt (erbaut ab 1885), 2012.

die Stadt angrenzte. Teil dieses neuen Freihafens sollte die Speicherstadt werden, ein der Stadt unmittelbar vorgelagerter, langgestreckter Gürtel aus Lagerhäusern, in dem alle Hamburger Kaufleute zentral ihre Waren lagerten. Das vorgesehene Gelände aus langgestreckten Inseln war nun zu diesem Zeitpunkt keineswegs unbebaut, sondern bestand vielmehr aus einer Wohnbebauung mit fast 25.000 Einwohnern, die in mehreren Bauabschnitten abgebrochen wurde, um den neuen Lagerhäusern zu weichen. Für die Bewohner war dies eine katastrophale Maßnahme; zwar entstanden zeitgleich ausgedehnte, neue Wohnquartiere um den Stadtkern, die jedoch aufgrund ihrer Entfernung zum Hafen gänzlich unattraktiv waren, da die meisten Bewohner der Wandrahm- und Kehr wiederinsel im Hafen oder auf den Werften tätig und daher auf die Nähe zu ihrer Arbeitsstätte angewiesen waren. Der Bau der Speicherstadt seinerzeit ist damit nicht nur ein Beispiel für die zuweilen rigorose Vorgehensweise, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung des Hafens geht, sondern auch ein frühes Beispiel einer umfassenden Konversion vom Wohngebiet zum Industriegebiet im weiteren Sinne.

In drei Bauabschnitten – zwischen 1885 und 1927 – wurde der riesige neue Lagerhauskomplex emporgezogen, kofinanziert durch

das Deutsche Reich, wobei keine Kosten gescheut wurden: Abgesehen von modernster Innenausstattung, unter anderem mit elektrischem Strom, über den zu jener Zeit noch die wenigsten Privathaushalte verfügten, zeichnet sich vor allem das Äußere durch hohen gestalterischen Aufwand aus. Die Speicherstadt – Ausdruck des Reichtums der Hamburger Kaufleute – sowie das etwa zeitgleich fertiggestellte neue Rathaus bildeten die beiden repräsentativen Baukomplexe ihrer Zeit. Schwer beschädigt durch die Bombenangriffe insbesondere im Jahr 1943, wurde die Speicherstadt nach dem Zweiten Weltkrieg unter hohem finanziellen Aufwand wieder aufgebaut – um ab den 1960er Jahren rasant an Bedeutung zu verlieren durch den Siegeszug der Containerschifffahrt und die Verlagerung des Hafenbetriebs an das südliche Elbufer. Nur noch in Einzelfällen erinnern Inschriften wie „Ockelmann & Consorten“ an die ursprüngliche Funktion dieser Gebäude. Der Funktionswandel seit den 1960er Jahren führte indessen zu einer weitgehenden Aufgabe der Lagerhäuser als solche, in denen sich als beständige Mieter bis heute die Händler von Orientteppichen halten.

### Die Geschichte des Harburger Binnenhafens

Einen eigenen Fall im Zusammenhang des Hamburger Hafengebietes stellen Harburg und sein Hafen dar (Abb. 5). In Harburg fand zunächst eine parallele und ganz eigene Entwicklung einer Siedlung und ihres Hafens statt. Den Anfang bildete eine Burganlage aus dem frühen 12. Jahrhundert am südlichen Arm der Elbe – der Süderelbe –, die, in sumpfigem Terrain gelegen, über einen Damm mit der südlich ansteigenden Geest verbunden war. Entlang dieses Damms, der heutigen Harburger Schloßstraße, entstand eine Siedlung aus Häusern, die wohl vor allem von Ackerbürgern, Händlern, Handwerkern, auch Burgleuten, bewohnt waren. Zahlreiche historische Bauten, wenngleich bereits neuzeitlich, haben sich gerade entlang der Schloßstraße und in Querstraßen erhalten. Ein wichtiger Faktor für die Entwicklung Harburgs war jedoch der Hafen, insbesondere dessen Ausbau ab 1845, womit Harburg in Konkurrenz zu den nördlich der Elbe gelegenen Häfen Hamburg und Altona trat. Dabei wurde der zu dieser Zeit zum Königreich Hannover gehörige Seehafen über die Anlage einer Eisenbahnlinie mit dem Binnenland und der Stadt Hannover verknüpft. Im Gegensatz zum Hamburger Hafen wurde der Binnenhafen als Dockhafen angelegt, in dem mit Schleusen die Tidenhube ausgeglichen wurde. Mit der Entwicklung des Harburger Hafens ging die städtische Entwicklung zu einem bedeutenden Industriestandort einher, unter dessen Relikten zum Beispiel die monumentalen Baulichkeiten der New York-Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG bis heute herausragende städtebauliche Akzente bilden. Außerdem erfuhr Harburg im Zuge der Aufrüstung in den 1930er Jahren einen Aufschwung, ebenso wie in der frühen Nachkriegszeit; in den 1960er Jahren setzte im Einklang mit den zeittypischen Entwicklungen im Industrie- und Hafensektor der Niedergang mehrerer bedeutender Industriebetriebe und hafenbezogener Einrichtungen ein, der zur Aufgabe zahlreicher Gebäude und Flächen führte.

Im Folgenden werden die drei Strategien denkmalpflegerischen Handelns in den beschriebenen Bereichen vorgestellt.

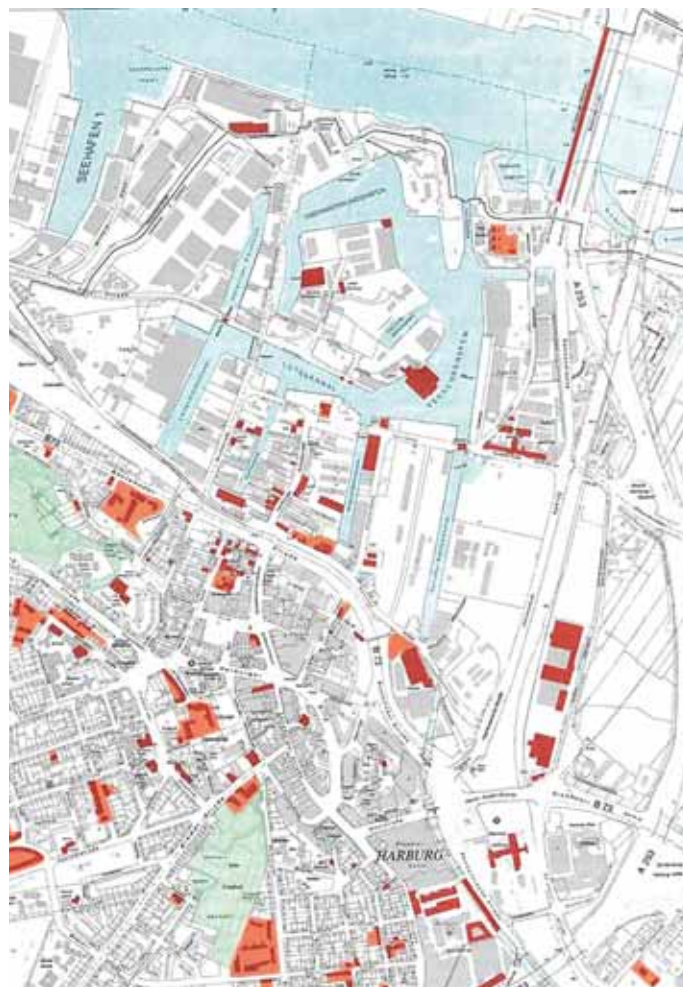


Abb. 5 Hamburg, Harburg, Denkmalkartierung 2008.

### Die Speicherstadt

Wohl seit Bestehen der Denkmalpflege in Hamburg zählt die Speicherstadt, südlich der Altstadt gelegen, in ihrer Geschlossenheit unumstritten als ein Denkmal ersten Ranges der Hafengeschichte. Gleichwohl war die Eintragung des Ensembles in die Denkmalliste in den frühen 1990er Jahren keine Selbstverständlichkeit und gelang nur mit einem politisch unterlegten Schachzug.

Auch in dieser Zeit war die Verschuldung der Städte ein Thema, die langfristige Lagerung, gerade in den oberen Böden der Speicher, ging angeblich zurück. Da entstand der Gedanke, den Hamburger Haushalt durch den Verkauf der Speicherstadt zu sanieren. Der gesamte Gebäudebestand befand sich im Eigentum einer städtischen Gesellschaft, der Grund und Boden gehört der Stadt. Die schon oft formulierten Fantasien zur Konversion nahmen Form an.

Eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe wurde gegründet mit dem Auftrag der Ermittlung der Konsequenzen und der Vorbereitung der erforderlichen Schritte. Die Denkmalpflege wurde, wenn auch widerwillig, in der Runde akzeptiert, ging es doch vorrangig um wirtschaftliche Aspekte. Allein durch das Argument, dass bei einem Verkauf einzig durch rechtskräftigen Denkmalschutz Einfluss auf die weitere gestalterische Entwicklung genommen werden könne, wurden vorbereitende Schritte zur Eintragung in die

Denkmalliste akzeptiert, wie die Erstellung eines denkmalfachlichen Gutachtens und später eine Bürgerbeteiligung in Form der öffentlichen Auslegung der Rechtsverordnung zum Denkmalschutz.

Inzwischen regte sich Widerstand. Den Hamburgern waren ihre Speicherstadt und die ansässigen Nutzungen mit der Lagerung von Teppichen, Kaffee, Tee, Gewürzen lieb, sie wollten keinen Verkauf, keine Vermarktung. Die Politik knickte ein. Die geplante Unterschutzstellung war aber bereits soweit publik, dass die Politik diese Aktion nicht mehr ohne kulturellen Gesichtsverlust stoppen konnte.

Dem Denkmalschutzamt wurde aufgezwungen, im Rahmen der Unterschutzstellung für alle künftigen Zeiten schon im Vorwege Zugeständnisse für eine spätere Umnutzung zu akzeptieren. In Studien wurden Belichtungen über Lichthöfe, Dachflächen, Architekturelemente festgelegt, Bereiche für Entkernungen definiert. Die Befürchtung, Denkmalschutz würde wirtschaftliche Entwicklung verhindern, war eminent und nur auf der Ebene einer Koalitionsfrage des Senates gehoben, gelang die Eintragung in die Denkmalliste überhaupt.

Es folgte kein großflächiger Verkauf, aber seit diesem Zeitpunkt begann eine langsame, eher schleichende und moderate Konversion. Bis 2003, noch im Freihafengebiet gelegen, waren rechtlich zu erst nur hafenkonforme Nutzungen zulässig. Dann entstanden ein Speicherstadtmuseum, Büros, die indirekt mit Hafen zu tun hatten, die Modelleisenbahn „Miniaturwunderland“, eine Stage School und noch mehr Büros.

Mit der Entscheidung für den Bau der HafenCity war klar, dass die hafenbezogene Nutzung über kurz oder lang verschwinden würde. Die Speicherstadt wurde in den Köpfen der Planer zum „Milieugeber“ für die HafenCity. Die Herausnahme aus dem Freihafengebiet wurde umgesetzt, die Zollzäune und Zollstationen verloren ihre Funktion, verschwanden zum Teil. Der geheimnisvolle, dunkle Ort – nachts nur von Befugten erreichbar, die Schätze des weltweiten Handels bergend, wie Tee, Gewürze, Kaffee, Teppiche – wurde illuminiert, geöffnet, freie Fläche bebaut. Statt Insel am Rand der Stadt nun Ort zum Queren, Erschließung und Entree für die HafenCity. Multifunktionale, einheitlich historisch gepflasterte

Verkehrsflächen wurden zur Gefahr für die touristischen Besucher: Keine Sicherheitsstreifen? Keine Radwege? Absturzsicherung zu den Fleeten, geregelte Stellplatzflächen – auch für Reisebusse, hochwassersichere Rettungswege – all dies wurden Themen.

Gut, dass es den Denkmalschutz da schon gab, wir als nicht zu umgehende Partner einzubeziehen waren. Die Experten der UNESCO haben uns bestätigt, dass sie die Chancen der Bewertung als Welterbestätte gemeinsam mit Chilehaus und Kontorhausviertel für aussichtsreich halten, auch nach knapp 20 Jahren laufender Konversion und unter Berücksichtigung der noch umzusetzenden bestehenden Planungen.

Noch immer handelt es sich um ein hoch eindrucksvolles Ensemble, nie wurde am denkmalpflegerisch-kulturellen Wert gezweifelt, wir waren immer dabei, es ist das Beste, was wir im Hafen haben. Bauliche Ergänzungen setzten sich mit dem vorherrschenden Material des Backsteins auseinander, Höhen und Fluchten wurden von Neubauten aufgenommen, Konzepte für Umnutzungen verfeinert, Werbung zurückgeführt auf die historischen Vorbilder. Viele Qualitäten konnten mit der Denkmalpflege erreicht werden und die Denkmalpflege wird sich weiter einbringen, um dieses wertvolle Ensemble zu pflegen. Trotz allem ist man als Zeitzeuge der vergangenen 20 Jahre in manchen Momenten etwas wehmütig.

### Der Freihafen

Wie anders war die Entwicklung denkmalpflegerischer Einflussnahme im sonstigen Freihafengebiet, dem Ort des schnellen Umschlags. Hier erfolgt die Konversion nicht durch Nutzungswandel, vielmehr erfordert die Fortdauer der Nutzung den ständigen Wandel. Waren im Krieg schon 80 Prozent der baulichen Anlagen zerstört, brachte die Umstellung vom Fracht- zum Containerschiff, die immer größeren Schiffstypen, Verladeanlagen und erforderlichen Distributionsflächen einen Wandel, bei dem im wahrsten Sinne des Wortes kaum ein Stein auf dem anderen blieb. Der Status Hamburgs als Stadtstaat mit räumlich begrenzter Erweiterungsfläche verschärfte diese Situation. Die Akten, der 1985 bei der Erfassung als Denkmal erkannten Objekte im Hafen, lesen sich fast ausnahmslos als Verlustgeschichte. Nur bei in Randbereichen gelegenen, mit touristischer und Stadtidentität versehenen Anlagen, fand denkmalpflegerische Auseinandersetzung überhaupt statt, zum Beispiel bei dem Ensemble um die Landungsbrücken, dem alten Elbtunnel, der Fischauktionshalle.

Ein Zeichen setzte der Erhalt und die Unterschutzstellung des letzten verbliebenen kaiserzeitlichen Schuppenensembles im Hafen, der sogenannten 50er Strecke am Australiakai (Abb. 6). Es ist das einzige erhaltene Ensemble für den sogenannten schnellen Umschlag, mit vielen Schiffsliegplätzen an langen Kaikanten, ausgestattet mit Kränen, Bahnanschluss und großen ebenen Lagerflächen, im Gegensatz zur langfristigen Lagerung in den Böden der Speicherstadt. Es folgten zähe Auseinandersetzungen über 15 Jahre. Erhalt und Gestaltung interessierten neben den Denkmalpflegern kaum einen Planer, Politiker oder sonstigen Akteur in der Stadt. Es gelang durch Taktieren, Überzeugen, Werte vermitteln, selbst konstruktive Lösungen entwickeln, immer wieder verhandeln, Restzeiten des Erhaltens herauschinden, Partner suchen und



Abb. 6 Hamburg, Hafen, Kräne an den 50er Schuppen, 2005.

Verhandlungsmarathons – endlich über den Weg der Gründung einer Stiftung – für das Ensemble eine Zukunft zu konstruieren, es unter Denkmalschutz zu stellen und es wieder in Wert zu setzen.

Noch heute wird das Ensemble aktiv für Lagerung genutzt, dazu kommen Eventflächen und ein Hafensemuseum. Schön, dass inzwischen alle vom Erhalt begeistert sind, das Ensemble mehr als ein Dutzend „Väter“ hat.

Mit diesem denkmalpflegerischen Erfolg im Rücken, der ja inzwischen glücklicherweise auch von der Hafenseite als Positivum gesehen wird, haben wir strategische Gespräche mit den Hafenanplanern aufgenommen, um vom „sich Zermürben“ und meist doch „den wirtschaftlichen Interessen unterliegen“ wegzukommen. Es gelang, wichtige Akteure davon zu überzeugen, Agreements zu treffen, mit denen gemeinsam Objekte zum Erhalt ausgewählt wurden, Objekte, die sich als Erfolg vermarkten ließen. Dafür wurden in anderen Bereichen Prioritäten des Hafens akzeptiert. Relativ zeitnah gab sich die Denkmalpflege mit Dokumentationen zufrieden und akzeptierte die Handlungserfordernisse des Hafens. Ein Weg – nur möglich bei ausgeprägtem Gespür für das Machbare: Freiwillig aufgeben, was ohnehin nicht zu halten ist – dafür Tribut verlangen an anderer Stelle. Auf diesem Weg gelang es, die Grevenhof-Schleuse als letzte funktionsfähige Schleuse unter Denkmalschutz zu stellen, ein Beispiel der Trennung von Seeschiffwegen und Binnenschiffwegen.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen den gültigen Hafenentwicklungsplan nicht vorenthalten. Er zeigt in der Überlagerung die geplanten Überformungen in diesem Bereich.

Für das Ellernholzleuchtfeuer konnte ebenfalls die Unterschutzstellung erreicht werden, allerdings mit der Zustimmung der Translozierung, wenn die geplanten Umstrukturierungen des gesamten Areals beginnen und die derzeitige Funktion mit Radareinrichtungen aufgehoben wird.

Oft ist die Dokumentation der Objekte die letzte mögliche Tat und Auflage. Gelegentlich gelingt es, nicht mehr genutzte Kräne vor der gewinnbringenden Verschrottung zu retten und zu bergen. Dann gilt es, neue Standorte zu finden und Paten, die die Finanzierungen der Instandsetzung und des Unterhaltes ermöglichen.

Auch die Flintwerft auf Steinwerder zeigt schnell die Grenzen des denkmalpflegerisch Machbaren. Der Werftbetrieb mutet noch an, wie Hafenarbeit vor knapp 100 Jahren ablief. Der Standort soll aufgegeben werden, Umweltauflagen sind lange zurückgestellt worden, eine Wirtschaftlichkeit ist nur noch eingeschränkt gegeben, und, sobald in die Situation eingegriffen wird, sei es auch nur in kleinen Schritten, zerrinnt das Historische mit seinen Zusammenhängen. Hier arbeiten wir noch an einer Lösung, die hoffentlich über die reine Dokumentation hinausgeht. Ideen, Finanziers, Träger und viel Engagement sind gefragt.

So bleiben in der Konsequenz neben der Dokumentation nur, oder immerhin, Splitter des Historischen im Gefüge des sich ewig wandelnden Hafens. Bezüge zur überlieferten Hafenvelt sind sicher bei der Speicherstadt und dem Schuppenensemble noch herstellbar. Darüber hinaus ist die Frage legitim, ob der Aufwand, das „der Entwicklung im Wege stehen“, bei der Bruchstückhaftigkeit der Ergebnisse im Sinne nachvollziehbaren Denkmalschutzes vertretbar ist.

### Der Harburger Binnenhafen

Der Harburger Binnenhafen, drittes und letztes Beispiel des Vorgehens der Denkmalpflege im Hafen, ist ein Ort der mehrfachen Überformung. Ende des 20. Jahrhunderts geprägt von Arbeitswelten, die sich im deutlichen Abschwung befanden. Bedingt durch veränderte Herstellungsweisen, Produktionsabläufe und Handelswege begann der Niedergang der ansässigen Industrie ab den 1970er Jahren. Silos fielen aus der Nutzung, Schrotthändler siedelten sich an, ebenso wie die typischen Nischen- und Nachnutzungsbetriebe, für die günstige Flächenmieten Voraussetzung sind. Gebäude standen leer, verkamen. Die verbliebene Wohnnutzung in den erwähnten Fachwerkhäusern, aber auch in Fabrikantenvillen sank im Standard auf Minimalansprüche. Ein vergessener, etwas verkommener Ort, auf den ersten Blick wahrlich kein Denkmalort. Aber auf den zweiten? Eigentümliche Formen der Wasserflächen, Elemente der Hafengeschichte, wie Kaimauern, Kräne, Schienen, Klappbrücken, Pflasterungen, Schleuse, Slipanlage. Hüllen der Industriegeschichte, Silos, Lagerstätten, Gummifabrik, Ölmühle, Kontore, Fabrikantenvillen, Bahnanlagen. Aber auch Fachwerkhäuser, geschwungener Straßenverlauf, Reste der Schlossanlage und nicht zuletzt die Spuren im Boden: archäologisches Erwartungsland.

Und die Menschen, die den Ort schätzen und lieben, Chancen sehen: Dies ist trotz allem Harburgs historischer Kern, hier könnte eine Entwicklung zurück an den Strom, an die Elbe beginnen. Hier hat Harburg Potenziale, kann es sich entwickeln, neu erfinden.

Früh entschieden sich alle Beteiligten für einen kooperativen Planungsprozess. Es galt, viele Rahmenbedingungen und Interessen zu koordinieren: planrechtlich im Hafengebiet gelegen mit Verantwortlichkeiten bei Hafen- und Wirtschaftsbehörde, die über wenig Kompetenz in Stadtentwicklungsfragen verfügen; private Eigentümer; laufende, zum Teil einer Entwicklung im Wege stehende störende Betriebe, die es zu verlagern galt; eine Universität mit Entwicklungspotenzial im Gebiet; Wunschvorstellungen der Politik: Wohnen am Wasser mit mediterranem Charakter, Restriktionen wie Starkstromleitung, verschmutzte Gewässer und Böden; Vorbehalte der Hamburger Investoren gegen das Gebiet „südlich der Elbe“ und – die Denkmalpflege.

Die Denkmalpflege hat sich von Anbeginn des Planungsprozesses als Anwalt aller Schichten und Spuren der Vergangenheit verstanden. Wir haben die denkmalpflegerischen Interessen bereits 1989 durch ein Erhaltenskonzept begründet und eingebracht. Wir hatten die Vision und das Glück, Eigentümer für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, die früh positive Zeichen bei der Instandsetzung und Umnutzung von Denkmalsubstanz im Gebiet setzten. Wichtige Pilotprojekte und Beispiele für den weiteren Prozess. Genannt sei hier das älteste erhaltene profane Gebäude, der Graue Esel am Karnapp 5. Wir fanden einen begeisterten Harburger, der zum Kauf des stark mitgenommenen Gebäudes bereit war und mit bewundernswertem Einsatz und auch starker finanzieller Hilfe durch die Stadt ein Kleinod gerettet hat. Ein „zugereister“ erfolgreicher Landschaftsarchitekt mit höchsten ästhetischen Ansprüchen entdeckte seine Leidenschaft für eine völlig heruntergekommene Fabrikantenvilla. Ein Hamburger Entwickler ging das Risiko ein, ein statisch problematisches Röhrensilos für eine Büronutzung





Abb. 7 Harburger Binnenhafen mit Veritaskai: umgenutzte Speichergebäude und Silo, 2008.

umzuwandeln (Abb. 7).

Die Strategie des Denkmalschutzamtes ging in vielen Fällen auf. 2008 befand sich ein Drittel der bereits umgenutzten und ein Drittel der geplanten gewerblichen Flächen im Gebiet in Denkmälern. In einer Veröffentlichung, gemeinsam mit der IBA, ist die Entwicklung bis 2010 aus dem Blickwinkel der Denkmalpflege dargestellt. Insbesondere kommen dort aber unsere Partner wie Eigentümer,

Entwickler, Architekten und Betroffene zu Wort, wie sie die Potenziale und Lasten im Umgang mit dem kulturellen Erbe und mit den Denkmalpflegern wahrgenommen haben.<sup>1</sup>

Auch im Harburger Binnenhafengebiet gab es Verluste wie das Silo auf der Schlossinsel, welches durch einen Bombentreffer in der Umgebung in den letzten Kriegsjahren statisch so instabil geworden war, dass eine Umnutzung nicht mehr umsetzbar war. Kompromisse im Sinne der wirtschaftlichen Realisierbarkeit mussten eingegangen werden, wie die Umsetzung von Parketagen im Fleethaus. Und es gibt noch ungelöste Fälle, wie der künftige Umgang mit der New York-Hamburger Gummi-Waaren Compagnie.

Insgesamt ist das historische Erbe, der Umgang damit und die Bewahrung der Spuren ein großer Gewinn für die Identität, den Charakter, die Akzeptanz und letztlich die Wertschöpfung in diesem ehemaligen Hafengebiet. Die Denkmalpflege hat sich hier über den gesamten Prozess aktiv um Lösungen bemüht, Investoren aufmerksam gemacht, das Gebiet in das Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz des Bundes aufgenommen. So vollzieht sich die dritte oder vierte Konversion, eine völlig neue Ästhetik entsteht und der aufmerksame Stadtnutzer hat die Möglichkeit, zwischen den Spuren aller Konversionen zu wandeln.

Sie selbst hatten im Rahmen einer Exkursion die Möglichkeit, die heutigen Zustände in Harburg in Augenschein zu nehmen. Auf der Hafenfahrt morgen, können Sie weitere Eindrücke sammeln, Ihr Bild vervollständigen. Wir sind an Ihrer Meinung interessiert. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Anmerkungen

1 Denkmalwelt Harburger Binnenhafen: <http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/publikationen/177878/sonstige-veroeffentlichungen.html>.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1: Holger Weitzel, Hamburg; Abb. 2: In: Wendemuth, L./ Böttcher, W.: Der Hafen von Hamburg. Hamburg 1928, Taf. VI.; Abb. 3: Denkmalschutzamt Hamburg. Bildarchiv, Fotograf: Koppmann; Abb. 4, 5: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Fotograf: Nicolai Wieckmann; Abb. 6: Hamburg, Stiftung Maritim; Abb. 7: Denkmalschutzamt Hamburg.

## Operation gelungen – Patient tot. Konversion und/oder Denkmalpflege

ULRICH KERKHOFF

Dieser lapidare Satz aus dem Klinikalltag fasst mit gewissem Humor – Humor heißt: Distanz – fasst eine Erfahrung zusammen, die auch in unserem Fach vorkommt: Nach Anamnese und Diagnose folgt die Therapie, der Eingriff. Die Operation gelingt auch, allein: der Patient stirbt. Das kommt vor. – Ein Denkmal kann auch unter denkmalfachlicher Betreuung „sterben“. Wenn andere Faktoren mächtiger sind oder werden, kann ein Denkmal seinen Denkmalwert verlieren, kann zur Unkenntlichkeit entstellt werden. Und das geschieht nicht eben selten.

Je deutlicher sich eine neue Nutzung von der alten entfernt, desto stärker ist der Denkmalwert bedroht oder dann eben auch nicht mehr zu retten. Konversion ist also eine Operation mit offenem Ausgang. Die Grenze zwischen Noch-Denkmal und Nicht-Mehr-Denkmal ist dabei aber nicht so eindeutig definiert wie der Hirntod im medizinischen Bereich. Sie ist eine Frage des Ermessens, des Bewertens. Der Denkmalpfleger entscheidet in jedem einzelnen Fall zwischen „Konversion und Denkmalpflege“ und „Konversion oder Denkmalpflege“.

Ich berichte – um im Bild zu bleiben – aus einigen Operationssälen in der südlichen Pfalz. Meine Patienten sind konventionelle Militäranlagen des 17. bis 19. Jahrhunderts. Sie liegen in Germersheim, in Landau und Speyer. Ganz gleichartig aber liegen sie auch in Ingolstadt und Mainz, in Ulm, in Minden oder Koblenz oder anderswo – überall war Militär, überall gab es Kasernen und andere militärische Anlagen, an Grenzen gab es Festungen. Festungen werden hier und heute nicht mehr gebraucht (heute: Firewalls). Konventionelle Grenzen sind in Mitteleuropa unnötig geworden, das Militärische ist auf dem „geordneten Rückzug“. Die Wehrpflicht ist ausgesetzt – wofür dann noch Kasernen? Außerdem: Krieg – oder das, was man heute nicht so nennen darf – wird anders und anderswo geführt.

Und all das ist aus ziviler Sicht wahrlich kein Grund zur Klage. Nur: Die zugehörigen Anlagen sind noch da. Diese unglaublich großen und gnadenlos monofunktionalen und dabei oft hässlichen – ich weiß, Schönheit ist in der Denkmalpflege nicht relevant und sie ist es doch – ich wiederhole: diese hässlichen und sperrigen



Abb. 1 Blick von Norden auf die ehemaligen Kasernen Estienne & Foche, Landau (Friedrich-Ebert-Straße), vor Konversion.



Abb. 2 Südansicht der ehemaligen Kasernen Estienne & Foche (Cornichonstraße), Landau.



Abb. 3 Ehemalige Kaserne des 2. Bayerischen Pionierbataillons, Speyer, heute Wohnungen (Franz-Schöberl-Straße).

Anlagen stehen einfach in den Städten herum. Auch Reste einer Festung sind nach wie vor alltäglich wirksam, nicht zuletzt im städtischen Straßennetz und im Untergrund. Und es gleicht einer Kehrtwendung, will man heute aus einer Garnisonsstadt etwa eine Uni-Stadt machen (Landau und Germersheim).

Konversion militärischer Anlagen, die als Denkmal eingestuft sind, ist eine Operation am Denkmalwert. Und Konversion ist indes nicht auf militärische Anlagen beschränkt. Bei jeder Umnutzung – ein Wohnhaus wird Hotel oder Ärztehaus, eine Kirche wird Atelier oder Restaurant oder Bibliothek oder Kolumbarium oder Museum, eine Fabrik wird Supermarkt oder Wohnhaus oder Kulturzentrum – bei jeder Umnutzung wird der Denkmalwert ebenso heftig strapaziert wie die Geduld des Denkmalpflegers – bis an Schmerzgrenzen. Aber diese Grenzen sind in jedem einzelnen Fall zu konkretisieren, da es die klare Grenze zwischen „erlaubt“ und „nicht erlaubt“ nicht gibt.

Drei konkrete Beispiele aus südpfälzischen Städten möchte ich Ihnen also zeigen. Germersheim, Landau und Speyer verfügen noch über Kasernenanlagen des 19. Jahrhunderts. In Landau und Germersheim sind zudem Reste großer Festungen des 17. beziehungsweise 19. Jahrhunderts erhalten.

Germersheim wurde ab 1832 über ganze drei Jahrzehnte in preußischer Manier als Bundesfestung ausgebaut, über 6.000 Soldaten lagen hier in Garnison. Durch veränderte Kriegsführung und fortentwickelte Waffentechnik wurde die Festung schon während der Bauzeit obsolet. Durch den Versailler Vertrag bestimmt, folgte Anfang der 1920er Jahre die Entfestigung. Lediglich unmittelbar nutzbare Gebäude blieben stehen. Die Wallanlagen wurden gründlich, aber nicht vollständig eingeebnet, etliches auch gesprengt. Der größte Teil der Festungsareale wurde unmittelbar zur Bebauung freigegeben. Die letzte Nutzung der Festungs- und Kasernenbauten durch die Bundeswehr lief in den 1990er Jahren aus.

Landau wurde 1687–1691 – unter französischem Protektorat – nach Plänen von Vauban massiv zur Festung ausgebaut, dann vielfach belagert und wechselseitig erobert, zuletzt wieder von Frankreich, das aber die Stadt dann rund ein Jahrhundert später

(1815) dem Deutschen Bund überlassen musste. Die Vauban'sche Festung wurde so zu einer Bundesfestung, die erst mit dem Frieden von Versailles aufgegeben und ab 1872 ziemlich gründlich geschleift wurde. Die Fläche bot auch hier der Stadterweiterung Raum, besonders der ausgezeichneten historistischen Ringstraßen-Bebauung. Neben den oberirdischen Bauten verfügten beide Festungen auch über umfangreiche unterirdische Anlagen, deren tatsächliche Ausdehnung aber niemand mehr kennt. Hier schaffen nur Baumaßnahmen Zufallsfunde zutage.

Die älteste meiner drei Beispielstädte verfügte über keine ähnliche große neuere Befestigung. Speyer war aber lange Garnisonsstadt (am Rhein, also Pioniere) und verfügt noch über Kasernen des späten 19. Jahrhunderts, also auch aus bayerischer Zeit. Zur Erinnerung: die Pfalz war ja seit 1815 etwa ein Jahrhundert bayerisch. 1888 wurden für das 2. Bayerische Pionierbataillon Kasernen errichtet und genau 50 Jahre später erweitert. 1918–1930 dann stand Speyer wieder unter französischer Besatzung und nach dem Zweiten Weltkrieg blieb ebenfalls eine französische Garnison in der Stadt. Bis 1997 lagen hier französische Pioniere. Die Kasernen verloren Funktion und Bedeutung, als letzte Reste der französischen Armee aus der Pfalz abzogen und die Bundeswehr umstrukturiert wurde. Alle Militärstandorte in alten Gebäuden dieser drei Städte sind heute aufgegeben, die Bauten unterliegen der Konversion.

Militärische Bauten des 19. und auch des 20. Jahrhunderts – also noch nicht diese hübschen Kasernen der 1960er, die anders als ihre schweren Schwestern auch unmittelbar als lockere Wohnsiedlung taugen könnten – nein, diese dicken alten Backsteinkasernen und einige sperrige Festungsreste unterliegen hier nun seit rund zwei Jahrzehnten verstärkt der Konversion. Die Anlagen stellen immer noch räumlich und substanziell und funktional eine Last für die Städte dar. Aber sie bieten der Stadtentwicklung eine Chance: Hier können große und lange Zeit gleichsam exterritoriale Areale erstmals der Stadt übergeben, können damit der urbanen Nutzung geöffnet werden. Ist Konversion auch eine Chance für die Denkmalpflege? Dient sie der Denkmalerhaltung? – Zunächst zu den Kasernen, dann zu den Festungsresten.



Abb. 4 Ehemaliges Festungslazarett, Germersheim, vor Konversion.

### Kasernen

Kasernen sind große Wohngebäude zur Unterbringung von Menschen – Menschen allerdings unter militärischem Kommando. Im 19. und früheren 20. Jahrhundert sind es formal schlichte, dabei aber sehr stabile Bauten. Sie bauten ihrerseits auf schlichten, aber sehr stabilen Strukturen auf und verkörpern sie bis heute sinnfälliger. „Kaserniert sein“ heißt nicht „wohnen“. Kasernen bieten Räume für Befehle und Befehlsempfänger, für komprimierte Massen, nicht für entfaltete Individuen. Und darin liegt ihre deutlich erkennbare Funktion, daraus wächst ihre Form. Und an beidem ist nicht zuletzt auch ihr Denkmalwert festgemacht.

Wie nutzt man dann solche Strukturen gedanklich/baulich zu heutigem Wohnraum um? Denn heutiges Wohnen stellt das Gegenteil der Kaserne dar: es bietet Raum für entfaltete Individuen, die hier keiner militärischen Struktur unterstellt sind, die aber eigene Erwartungen an Wohnraum definieren, einfordern und bezahlen. Lässt sich das unter Erhalt des Denkmalwertes schaffen?

Das Rätsel beginnt: wie erfüllt man moderne Erwartungen an Wohnen in der alten Substanz einer Kaserne? Eine Kaserne trägt noch alle Spuren der letzten militärischen Nutzung: große Schlafsäle, Gemeinschaftssanitärräume mit Ausstattung der 1960er Jahre, zwei bis drei Treppenhäuser, lange Flure, gelegentlich noch mit den Nischen für Gewehrstände in den Flurwänden. Fenster sind mehrfach ausgewechselt, zuletzt natürlich in Kunststoff, Türen sind aus Metall. Aus militärischem Sinn für Schönheit sind alle Oberflächen mehrfach mit militärischer Gründlichkeit überstrichen. – Aktuelle Anforderungen an Wohnen schlechthin widersprechen alle zusammen dieser alten Substanz. Und werden alle zusammen verwirklicht, sind alle Facetten des Denkmalwertes so gründlich zerstört, dass nachher bestenfalls die äußeren Oberflächen und die stadträumlich immer noch ausdrucksstarken Kubaturen übrig bleiben.

Was ist da passiert?! Das waren doch Denkmale?! Zur Genese dieses Erstaunens will ich über drei Schritte der denkmalpflegerischen Begleitung berichten, über Feststellung, Verteidigung und schließlich Überprüfung des Denkmalwertes.

Wenn – 1. – die Inventarisierung den Denkmalwert einer Kaserne (noch in militärischer Nutzung) feststellt, stellt sie ihn leicht fest,

da seit mehr als einhundert Jahren Nutzungskontinuität besteht.

Alles ist noch soweit stimmig, einige Veränderungen hielten sich im Rahmen, der Zweck blieb ja derselbe. Kein Nutzer verlangte bisher einen Balkon und einen Tiefgaragenstellplatz und ein ausgebauten Dachgeschoss, niemand konnte Sonnenschutz und Schallschutz und Brandschutz und Wärmedämmung auf dem Stand der Zeit verlangen.

Dann wird – 2. – der Militärstandort aufgelöst. Es folgt die Konversion unter allen Aspekten unserer entmilitarisierten Gegenwart. Die Konversion wird begleitet von der städtischen Politik, vom Baurecht, vom Immobilienmarkt und der örtlichen Presse und vielen anderen. Die Konversion wird auch begleitet von der praktischen Denkmalpflege – begleitet, nicht gesteuert. Sie hat der Feststellung der Inventarisierung zu folgen und beginnt gehorsam den Denkmalwert zu verteidigen. „Die Denkmalpflege ist von Anfang an eingebunden!“, heißt es dann ängstlich-selbstsicher auf allen Seiten. Ja, sie ist dabei, aber in heikler Mission: „Wie kann ich diesen Leuten gegenüber – goldene Münzen auf den Augen wie Dagobert Duck – Denkmalwert erläutern? Welchen Handlungsspielraum habe ich hier noch, wenn der Oberbürgermeister das Projekt bereits guthieß, wenn bereits Wohnungen mit fixierter Größe und Ausstattung und Preis im Internet annonciert wurden, bevor nur irgendein Gespräch stattfand? Welchen Teil vom Denkmalwert kann, was genau muss ich hier (noch) retten?“ – Ist hier die Denkmalpflege eingebunden oder ist sie nicht vielmehr irgendwann festgebunden an den Marterpfählen von Planung und Bau?

Ist nicht allein schon die Erkenntnis, dass eine Kaserne nicht mehr Kaserne sein wird, sondern die Fläche zum Wohngebiet wird und die Bauten in Wohneigentum aufgeteilt werden, ist diese Erkenntnis nicht allein schon Grund genug, letztmalig auf den Denkmalwert in all seinen Facetten hinzuweisen, bevor er untergeht in der Vielzahl aktueller Erfordernisse? Hinweisen also, aber dann den absehbaren Planungs- und Bauprozess nicht mehr begleiten, geschweige denn die Steuerbescheinigung ausstellen?

Oder muss man tatsächlich unter allen Verrenkungen des denkmalpflegerischen Gewissens dabei bleiben – nicht selten in der trügerischen Hoffnung, noch etwas erreichen zu können oder wenigstens das Schlimmste noch verhindern zu wollen, zu können? Und dafür gibt es nachher auch noch die Steuerbescheinigung?

Anfänglich mag man dazu Hoffnung haben, ja, muss man Hoffnung haben. Nur „irgendwann“ im Prozess verlischt diese Hoffnung. Die Denkmalpflege wird nolens volens Teil der Planungsmaschinerie, die nun einmal in Gang gesetzt und von der Denkmalpflege begleitet, nicht gesteuert wurde – anfangs durchaus „positiv“. Merkt man dann eigentlich, wann diese Hoffnung verlischt? Und wichtiger noch: Handelt man dann entsprechend? Noch wichtiger: Kann man dann noch entsprechend handeln?

Der Denkmalpfleger kann einen solchen Planungsprozess nicht mehr aufhalten und bleibt meist einfach dabei. Nein, einfach ist es gar nicht, aber er kann irgendwann nicht mehr aussteigen, weil die Denkmalpflege längst Teil des Verfahrens ist, und deutlicher: weil sie längst auch Teil der Finanzierung und/oder Teil der politischen Meinung geworden ist. Durch einen Ausstieg würde die Finanzierung obsolet, das Projekt würde



Abb. 6 Innenhof der ehemaligen Kaponniere der Fronte Beckers, Gemersheim, nach Konversion (Musikschule).

auch politisch „sterben“. Und wer war es dann: die Denkmalpflege! – Schlechtes Bild.

Auf der anderen Seite pocht das schlechte Gewissen! Das schlechte Gewissen treibt den praktischen Denkmalpfleger um mit der Frage: Ist das dann denn noch ein Denkmal? Warum bin ich nicht einfach rechtzeitig ausgestiegen? Warum habe ich dort nicht anders, hier nicht mehr gekämpft? Hätte ich mich besser für jenes als für dieses Detail eingesetzt?! Warum habe ich bloß diese dumme Anregung für ... gegeben, hätte ich doch ahnen können, dass das bei diesem Architekten, bei jenem Investor nur scheitern konnte?! ... und anderes mehr, vor allem aber die Gretchenfrage: Ja, ist das nun noch ein Kulturdenkmal? Operation gelungen – Patient tot?

Im vergangenen Jahr wurde in der Zeitschrift „Die Denkmalpflege“ von einer Überlegung aus einer deutschen Großstadt berichtet. Dort war ein Vieh- und Schlachthof reduziert und umgenutzt worden, der zuvor selbstverständlich in seinem vollen Umfang als denkmalwert in die Liste aufgenommen war. Fazit: „Die Anzahl der Denkmale ist geringer geworden, die ausgewiesene Fläche des alten Schlachthofes ebenso. Aber sind die umgebauten Gebäude noch Baudenkmale? [...] Eins ist wohl sicher: würden wir erst heute vor die Entscheidung gestellt werden, die umgebauten wenigen Gebäude des einstigen Zentralvieh- und Schlachthofes in ihrem Denkmalwert zu untersuchen, täten wir uns schwer, diese als Gesamtanlage auszuweisen.“

Diese hier nur vorsichtig angedeutete Überlegung ist das Damoklesschwert, das über schlechthin jeder denkmalpflegerischen Entscheidung schwebt. Denn dass Denkmalwert unter denkmalpflegerischer Begleitung in Planung und Bau verschwindet, ist weder im Ideal der Denkmalpflege noch im denkmalrechtlichen Verfahren vorgesehen. Aber es passiert – mit und ohne Genehmigung.

Operation also gelungen, der Patient aber tot? Was genau kann uns eine Kaserne des 19. Jahrhunderts, die heute nicht mehr Kaserne, sondern Wohnanlage geworden ist – was kann uns diese Kaserne denn noch über die Militärgeschichte des 19. Jahrhunderts, über die Sozialgeschichte der Stadt erzählen? – Doch kaum mehr, als dass es damals eine große Bauaufgabe war, deren Ergebnisse das Stadtbild bis heute prägen. Alle Zeugnisse der militärischen Nutzung aber, alle Nutzungsspuren, alle Details des kasernierten Lebens sind verschwunden und durch alle Zeichen unserer Gegenwart und ihrer Gesellschaft ersetzt.

Nach den ersten beiden Schritten folgt nun also der dritte, die Überprüfung des Denkmalwertes. Ich wiederhole aus dem Zitat: „Würden wir erst heute vor die Entscheidung gestellt werden, die umgebauten [...] Gebäude [...] in ihrem Denkmalwert zu untersuchen, täten wir uns schwer, diese als Gesamtanlage auszuweisen“. Eine vorsichtig-freundliche Umschreibung der Tatsache, dass der Patient tot ist, und implizit ein ganz leiser Vorwurf (oder doch nur Ratlosigkeit?), dass der Verlust des Denkmalwertes in denkmalpflegerischer Begleitung eintrat, die es natürlich gab.

Im letzten Schritt der denkmalpflegerischen Begleitung der Konversion muss/müsste dann der Verlust der Denkmaleigenschaft durch Löschung des Objektes bestätigt werden. Wird so ein Objekt gelöscht? Kann es gelöscht werden? Meist wird es in der Liste belassen – zähneknirschend, aber das hört ja keiner.

### Festungen

Anders tritt das Problem der Erhaltung des Denkmalwertes bei der Konversion von Festungsresten zutage. Wohlbemerkt: Wir reden hier nicht von der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz, sondern von Festungsresten. Und wir reden auch nicht von Neuf-Brisach im Elsass, das bis heute noch so aussieht, wie es damals in Landau aussah.



Abb. 7 Ehemalige Kaponniere der Fronte Beckers, Germersheim, nach Konversion (angefügte Büros der Musikschule).



Abb. 8 Ehemalige Kaponniere der Fronte Lamotte, Germersheim, derzeit ohne Nutzung.

Hier aber ist sie heute bis auf wenige Reste verschwunden und auch in Germersheim sind nur einzelne Bauten der ursprünglichen Anlage erhalten.

Vorab: Kann eine Festung, die fast vollständig geschleift, übererdet wurde, überhaupt noch als „Kulturdenkmal Festung“ gelten? Eigentlich behaupten ja auch nur noch die innerstädtischen Hinweisschilder, dass es gleich rechts ab zur „Festung“ gehe. Wäre die Festung tatsächlich noch da, bedürfte es schwerlich einer Beschilderung (vgl. Neuf-Brisach).

Ist jeder Festungsrest noch Denkmal? Wie groß muss er sein, um mit Klauen und Zähnen verteidigt zu werden? Wie lange ist ein ungenutzter Festungsrest noch Denkmal? Und konkreter: Kann eine Festung, wie kann der Rest einer Festung umgenutzt werden, also der Konversion unterzogen werden? – Vorab: Konversion ist besser als Desinteresse oder Abbruch.

Eine Festung ist eine Festung ist eine Festung – und sonst nichts. Die beste Gewähr für ihren Erhalt ist das fortdauernde Bedürfnis an ihr, das aber besteht heute nicht mehr. Die Schleifung in Landau, 50 Jahre später in Germersheim, war überfällig, öffnete den Städten Raum der Expansion. Übrig blieben hier wie da die schönsten Stücke, die Tore und auch die Defensivbauten, also Gebäude in bescheidener, vor allem aber massiver Repräsentation, die nutzbar waren, also ähnlich den Kasernen. Daneben blieb in Germersheim sogar ein respektables Stück der Wallanlage erhalten.

Die ersten Umnutzungen waren durchaus unauffällig, Lager blieben Lager, Wohnraum wurde ohne weitere Ansprüche genauso weiter genutzt, die Tore wurden freigestellt in der städtischen Grünanlage. Fast alle Wälle und Gräben wurden eingeebnet, quasi renaturiert und dann bebaut. Alles darunter – und das ist bei einer Festung nicht wenig – alles darunter wurde allerdings nicht mit gleicher Sorgfalt und Konsequenz zurückgebaut. Minengänge, Kanäle und Schleusen, Mauern, Böschungen und anderes sind in Mengen verschüttet vorhanden. Diese Reste sind die alltäglichen Überraschungen von Baggerfahrern und Gärtnern, Denkmalschutz- und Tiefbau-Behörden.

Wichtiger aber ist erstens: Die heutige Vielgestaltigkeit von Festungsresten macht es ungleich schwerer als bei Kasernen, zu Planungsbeginn das denkmalpflegerische Ziel konkret und umfassend

und realitätsnah und treffsicher zu formulieren. Und ein zweiter wesentlicher Unterschied: Anders als Kasernen schützen sich Festungsreste zunächst quasi durch ihre schiere Masse selbst schon vor Veränderungen. Festungen haben nur kleine Räume und kleinste Öffnungen. Sie haben keine Fenster und das ist es tatsächlich, was sie vor dem Wohnungsmarkt rettet, dem die Kasernen ausgeliefert sind. – Nein, bei Festungen liegt die Bedrohung durch Konversion primär in deren Umfeld.

Drei Beispiele:

1. 1904 übernahm ein Landauer Verein „Vogelfreund“ den Graben südöstlich des Forts und errichtete dort Volieren. Seit 1920 in städtischem Besitz wurde das Areal zu einem veritablen Zoo ausgebaut, der Raumbedarf von immer mehr Tieren sprengt diese beengte Situation. Die lange betriebene Erweiterung in den Gräben des Forts und darüber hinaus ist nun gegen denkmalpflegerischen Einspruch im Bau. Sie wird den Charakter des Fort-Umfeldes weiter verunklären. Denn schon seit den 1960er Jahren wuchsen auf dem Fort aus einer Schule (um 1900) Bauten der Universität (EWH Landau), die bis heute jede Möglichkeit der Expansion ausloten.

Das Fort – größter Rest der Vauban-Festung – versinkt also schon seit Jahrzehnten unter universitären Neubauten. Wall und Graben sind – soweit noch verschliffen vorhanden – derzeit einfach zugewachsen. Respekt schwindet in dünnen Scheibchen und ist kaum zu restituieren.

Ähnlich in Germersheim, mein 2. Beispiel, wo erst vor wenigen Jahren gegenüber dem Ludwigstor (ehemaliges Deutsches Tor) ein Supermarkt in der unvergleichlichen Schönheit entstand, an die man sich ja inzwischen europaweit gewöhnen durfte. Auch hier: Je näher eine neue Nutzung an die Festungsreste herantritt, desto selbstverständlicher schwindet die Achtung vor diesen Resten, desto näher tritt eine neue Nutzung an sie heran, desto mehr Respekt schwindet in dünnen Scheibchen bis hin zur Respektlosigkeit.

Aber Konversion ist wie gesagt nicht auf Kasernen und Festungen beschränkt. Jede Umnutzung eines Kulturdenkmals ist auch eine Konversion. Die Maßstäbe sind kleiner, die Fragen aber dieselben: Ist die große bauliche Anlage, ist das von der Inventur als Kulturdenkmal bewertete Gebäude nach Abschluss der



Abb. 5 Ehemaliges Hafermagazin, Landau, nach Konversion (Wohnungen).

Umnutzung, der Konversion noch als Kulturdenkmal zu bewerten? Würde es die Inventarisierung mit der gleichen Argumentation und Selbstverständlichkeit in die Liste der Kulturdenkmäler aufnehmen, wie vor Sanierung und Umnutzung?

Unter dieser Frage handelt die praktische Denkmalpflege wie unter einem Damoklesschwert – und hinge es nur im eigenen Kopf. Die Selbstrechtfertigung der praktischen Denkmalpflege überzeugt nämlich nicht automatisch auch die inventarisierende Denkmalpflege. Das ist die interne Seite einer jeden Konversion, auf die ich gleich noch einmal zurückkomme.

Die externe Seite: Konversion ist gut, wenn sie gut dargestellt ist, wenn sie politisch anerkannt und öffentlich geschätzt wird, einfach wenn sie „schön“ wird.

Nun als Beispiel 3 das Hafermagazin Landau, ein sehr fortschrittlicher Eisenbetonbau aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, aber auch ein monofunktionales Kulturdenkmal aus der Militärgeschichte der Stadt. Alle Ideen zur Konversion wollten natürlich die Lagerfunktion beseitigen, alle wollten das Gebäude öffnen bis hin zur völligen Entkernung. Etwa ein Dutzend Vorschläge innerhalb eines Jahrzehnts scheiterten. Aber wohl bemerkt, sie scheiterten nicht allein am inhaltlichen Widerstand der Denkmalpflege, die hier über zehn Jahre unter scharfer Beobachtung von Politik und Öffentlichkeit stand. Wie lange hält „die Denkmalpflege“ das aus, wie lange hält man/frau das persönlich ohne Gesichtsverlust aus, wie lange ist die Schuldzuweisung zu ertragen, ein „wichtiges Projekt für die Stadt!“ verhindert zu haben oder nur so zu erscheinen?

Und zudem: Im Hinterkopf stehen wir alle in solchen Situationen unter scharfer Beobachtung durch die Ideale der Denkmalpflege: Denkmalwert erhalten – konservieren, nicht restaurieren – Nutzungsspuren erhalten – Reversibilität – Eingriffsminimierung – Hebung des geschichtlichen Bewusstseins – und so weiter. Sie

kennen alle diese Ziele, die im jahrelangen Planungs-, erst recht aber im Bauprozess unaufhörlich dahinschmelzen. – Das Hafermagazin ist heute ein Wohngebäude, Kubatur und Eisenbetonkonstruktion sind weitgehend erhalten, Reste und Spuren früherer Nutzung beseitigt. Aber es ist ein Vorzeigeprojekt der Konversion in der Stadt. Konversion von Militärbauten ist unausweichlich und besser als Desinteresse. Wann aber ist Konversion *objektiv* gut? Denn auch wenn Denkmalwert zu wesentlichen Teilen vernichtet ist – bei der Einweihung ist es immer ein „Beispiel einer gelungenen Konversion“.

Wann ist Konversion wirklich gut? These: Konversion ist gut, wenn man sie rechtfertigen kann, überzeugen kann – und wenn man sich selbst dabei glaubt. Und sich nicht in die Tasche lügt, ja lügen müsste, um das Ergebnis weiterhin auszuhalten. Hier sind die jeweiligen Wertmaßstäbe entscheidend, die sich meist aus der Geschichte des Projektes, aus dem eigenen Erleben entwickeln. Diese Maßstäbe liegen nicht zu Beginn einer Maßnahme fest und sie sind wandelbar in der Öffentlichkeit wie in Fachkreisen.

Deswegen noch einmal zur internen Seite, denn die Öffentlichkeit hat – sind die Baumaßnahmen erst einmal abgeschlossen – mit Konversion in der Regel kein Problem – Hauptsache: es gibt ein Café, einen Kinderspielplatz, frisch angepflanzte oder alte Bäume und einen günstigen Parkplatz, besser noch eine der vielen neuen Kitas in der Nähe. – Nein, das Risiko liegt nicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Das Risiko ist intern. Das Risiko ist der Vorwurf aus dem eigenen Hinterkopf, die Nachfrage von Kollegen und Spezialkundigen, etwa Festungskundigen und Militärgeschichtlern, von Freunden des militärischen Betons, auch des militärischen Rituals. Denn *sie* wecken das schlechte Gewissen mit den bereits genannten Fragen: Soll das jetzt noch ein Denkmal sein? Hätte man da nicht anders oder hartnäckiger verhandeln müssen? Hätte man dort nicht „einfach nur“ rechtzeitig aussteigen müssen? Ist DAS alles wirklich ein Erfolg für die Denkmalpflege?

Den Königsweg zwischen Anspruch und Wirklichkeit gibt es nicht. Er muss bei jedem Konversionsobjekt neu als solcher definiert und vermittelt werden. Und der Weg ist mit vielen Niederlagen gepflastert, die mit Würde zu tragen sind. Nein, Würde ist der Lächerlichkeit zu nahe – sie sind mit Humor, also mit Distanz zu tragen. Je höher aber der Anspruch, je hartnäckiger er verfolgt wird, desto geringer der Erfolg. Der Denkmalpfleger muss diese Widersprüche in sich ausmitteln, um damit leben zu können. Er höchstselbst bestimmt damit das Maß seines Leidens wie seiner Freude in jedem Einzelfall.

Die These sei wiederholt: Konversion ist gut, wenn man sie vor der Öffentlichkeit und der Politik rechtfertigen kann, wenn man auch (einige) Fachkollegen überzeugen kann und – das Wichtigste – wenn man sich selbst dabei glaubt.

#### Abbildungsnachweis

Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesdenkmalpflege,  
Ulrich Kerkhoff.

## Die Heeresversuchsstelle in Kummersdorf-Gut – ein wenig bekannter Ort der europäischen Militärgeschichte

GEORG FRANK

Im Bundesland Brandenburg gibt es zahlreiche ehemals militärisch genutzte Liegenschaften, von denen viele seit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte dem Verfall preisgegeben sind. Die Heeresversuchsstelle in Kummersdorf-Gut stellt aus drei Gründen unter diesen eine Besonderheit dar. An diesem Ort fanden von 1875 bis 1945 die Entwicklung und Erprobung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen, die deutsche Armeen benötigten, statt.

Zu den verschiedenen Problemen, die mit dem Gelände verbunden sind, gehören eine hohe Munitionsbelastung, ein ungewöhnliches Naturschutzpotenzial und eine jahrelange Veränderungsperre.

In den Jahren seit 1991 und verstärkt seit 2008 gibt es Bemühungen, dieses Gelände mit seinem historischen Potenzial der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Erst seit Anfang 2012 steht fest, dass das Land Brandenburg Eigentümer der Liegenschaft ist, sodass eine Entwicklung des Geländes möglich wird. Dadurch ergibt sich die Perspektive für eine touristische, auf die Erhaltung des Denkmals zielende Nutzung, die

nicht nur die ehemalige militärische Forschung auf dem Gelände präsentiert, sondern auch über deren Folgen aufklärt (Abb. 1).

### Die Bedeutung des Geländes

Bei der Anlage handelt es sich um die größte Erprobungsstelle für die Bewaffnung und Ausrüstung deutscher Armeen zwischen 1875 und 1945. Die Geländegestaltung, Bebauung und Besiedlung der gesamten Region um Sperenberg und Kummersdorf wurden dadurch nachhaltig beeinflusst. Die ehemalige militärische Nutzung bestimmt nach wie vor den Charakter der Landschaft. Die Heeresversuchsstelle ist in besonderer Weise geeignet, die Militarisierung der deutschen Gesellschaft seit Mitte der 1870er Jahre sowie die Vorbereitung und Durchführung industrialisierter, totaler Aggressionskriege zu erläutern. Die Anlage in Kummersdorf war ein Hightech-Standort mit sehr komplexen Forschungsfeldern. Damit war sie ein „Laboratorium des Teufels“, in dem faktisch alle militärisch relevanten und denkbaren Forschungsvarianten realisiert wurden.<sup>1</sup> Auf dem Gelände haben die verschiedensten Abteilungen

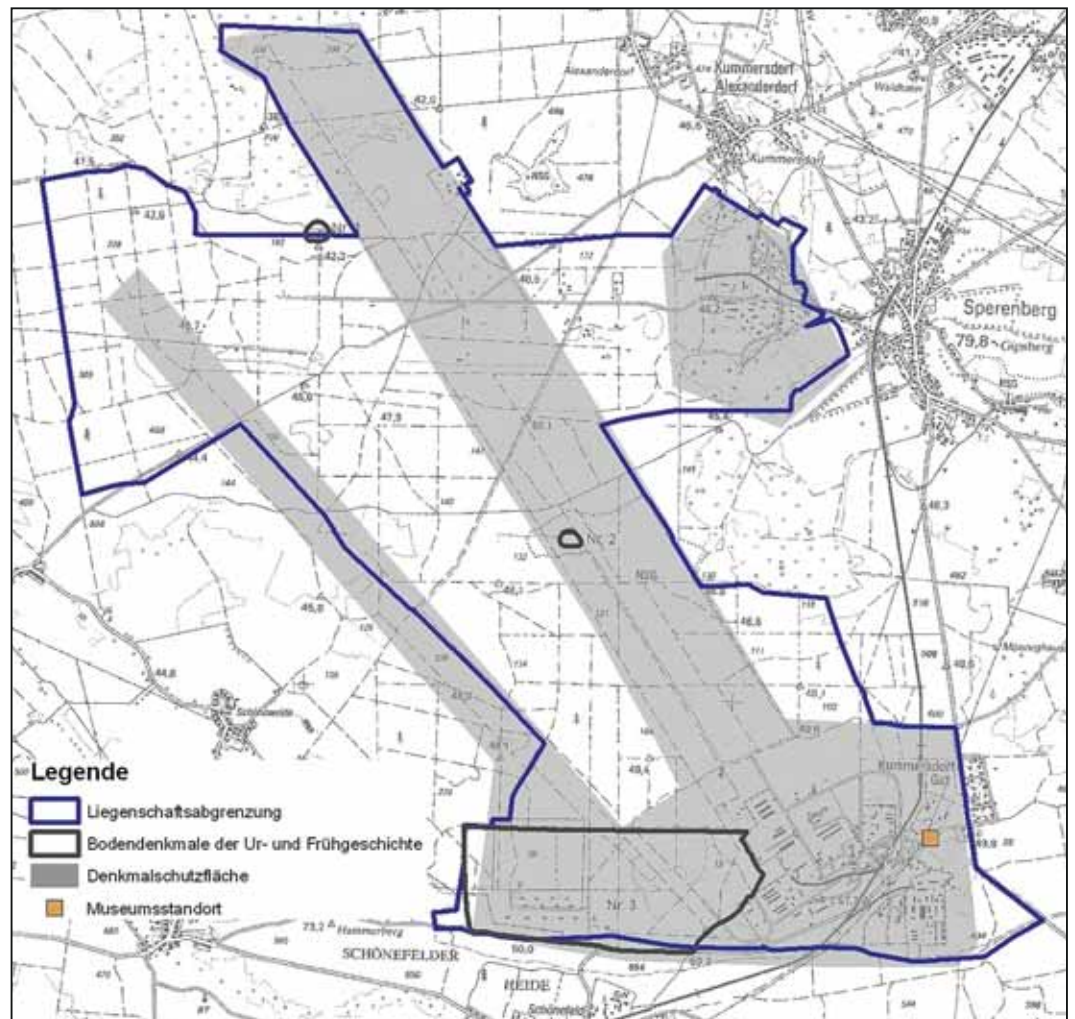


Abb. 1 Das vom sowjetischen Militär vor 1994 genutzte Gelände umrahmt, die Fläche des Denkmals grau unterlegt, 2011.





Abb. 2 Beobachtungsunterstand am Rand der Schießbahn Ost, 2009.



Abb. 3 Panzer- und Gewölbeziel auf der Schießbahn Ost, 2010.

des deutschen Militärs Spitzenforschung mit hochtechnologischen Inhalten betrieben, die als Grundlagenforschung im Dienste des Militärs zu bezeichnen ist.

Von über 1.000 Bauten und sonstigen Relikten auf dem Gelände gehören geschätzte 160 Einzelobjekte als technik-, industrie- und militärarchäologische Zeugnisse zum Schutzgegenstand. Hinzu kommen die für die ehemalige Nutzung erforderlichen Freiflächen wie die beiden Schießbahnen und die Kasernenbereiche. Zudem befinden sich bereits bekannte und vermutete Bodendenkmale auf dem Gelände.

### Geschichte

Es sind zwei Nutzungsphasen des Geländes zu unterscheiden. Zwischen 1875 und 1945 forschten deutsche Armeen auf dem Gelände. Von 1945 bis 1994 nutzte das sowjetische Militär die Liegenschaft.

Im königlichen Kummersdorfer Forst erfolgte ab 1875 die Anlage eines Schießplatzes, der vom Süden Berlins über eine eigens dafür erbaute Eisenbahnlinie erreicht werden konnte. Die Königlich Preußische Militäreisenbahn wurde später bis Jüterbog verlängert und zunehmend auch für zivile Transporte genutzt.

Neben dem Bahnhof Schießplatz entstand eine Kaserne mit Mannschaftsgebäude, Ställen, Zeughaus, Offizierskasino,

Kommandantenvilla, Wasserturm und anderen für die Nutzung erforderlichen Bauten. Nordwestlich der Kaserne wurde ab 1880 die zwölf Kilometer lange Schießbahn Ost genutzt. An ihrem westlichen Rand errichtete man 55 Beobachtungsstände (Abb. 2), neben denen eine Schmalspurbahn als Schießplatzbahn angelegt wurde. Auf der Schießbahn befinden sich noch heute die Reste großer und kleiner Geschützstellungen sowie das sogenannte Vereinigte Panzer- und Gewölbeziel, das nach 1885 in Anlehnung an französische und belgische Festungsanlagen zu Schießversuchen gebaut wurde (Abb. 3). Bis 1918 hat man den „Versuchs- und Schießplatz Kummersdorf“ intensiv zur Waffenentwicklung genutzt. 1917 kam eine zweite Schießbahn West mit 7,5 Kilometern Länge und 10 Beobachtungsständen für kleinere Kaliber hinzu (Abb. 4). Sie besaß Fernmeldeanschlüsse und ebenfalls eine Gleisanlage, die sie mit der Schießplatzbahn verband. Am östlichen Rand entstand ein künstlicher See, der Bensbergsee, an dem Geschosseinschläge untersucht wurden.

In der Nähe der Ortschaft Sperenberg entstand nach 1900 eine weitere Kaserne für die Eisenbahnpioniere, die hier am Schumka- und Heegensee unter anderem Brücken und Pontons erprobten (Abb. 5). Außer dem Kasernengelände sind Brückenpfeiler im Schumkasee und auch Teile von Gleisanlagen erhalten.

Nach 1920 wurde das Gelände als „Versuchsgelände des Heereswaffenamtes der Reichswehr“ betrieben, doch konnte aufgrund des Versailler Vertrages nur eingeschränkt geforscht werden. So wurden vor allem Fahrzeuge entwickelt, deren Erprobung zeitweise in Russland durchgeführt wurde. Auch in dieser Phase entstanden neue Gebäude: eine Kantine, die Kommandantur und weitere Mannschaftsgebäude. Zudem errichtete man einen Komplex von Werkstätten und Prüfständen östlich der Schießbahn Ost. Ab 1926 betrieb man auch eine Krafftversuchsstelle auf dem Kasernengelände.

Bereits ab 1930 begannen im Auftrag des Militärs auf dem Gelände erste Versuche potenzieller Raketenantriebe. Dafür entstanden die Raketenversuchsstellen Ost und West (Abb. 6). Seit 1932 erprobte man Flüssigtreibstoffe für Raketenantriebe, die später in den Aggregaten A1, A2 und A3 (später als Vergeltungswaffe V1 bekannt) eingesetzt wurden. Auf dem Gelände in Kummersdorf-Gut



Abb. 4 Geschossfangkorb auf der Schießbahn West, 2009.



Abb. 5 Brückens Pfeiler der Eisenbahn pioniere im Schumkasee, 2010.

fanden lediglich die Tests von Antrieben aber keine Starts kompletter Raketen statt. Als einer der führenden Ingenieure arbeitete Wernher von Braun in Kummersdorf.<sup>2</sup>

Nach dem politischen Wandel im damaligen Deutschen Reich setzten nach 1935 intensive Forschungen und Erprobungen von Waffen in Kummersdorf-Gut ein.

Auf einem zusätzlich südlich der Kaserne erschlossenen Gelände wurden ab 1935 Kraftfahrzeuge getestet. Hier hat sich die Montagehalle für den Superpanzer „Maus“ mit 188 Tonnen Gewicht, der nur in zwei Prototypen gebaut wurde, als Fragment erhalten (Abb. 7). Des Weiteren befindet sich hier ein Klimasimulationsgebäude, das der Erprobung der Tauglichkeit von Fahrzeugen in unterschiedlichen Klimasituationen diene.

Eng mit der Versuchsstelle war auch ein weiteres Testgelände für Fahrzeuge bei der Ortschaft Horstwalde verbunden, das verschiedene Steigungs- und Verwindungsbahnen aufweist.

Zu der Heeresversuchsstelle gehörte die Chemisch-Physikalische Versuchsstelle Gottow, wo vermutlich nach 1938 auch erste Versuche mit nuklearem Material durchgeführt wurden. Belegt sind für 1941 und 1943 Versuche mit Uranwürfeln. Erhalten sind Versuchs- und Prüfstände, Labore und ehemals geheime Werkstätten.

#### 1945–1994

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges besetzte das sowjetische Militär die Liegenschaft ohne Kampfhandlungen und nutzte sie seitdem bis zu seinem endgültigen Abzug im Jahr 1994 als Kaserne, nicht mehr als Versuchsgelände. Für diese Zwecke wurden einige Bauten hinzugefügt, während andere nicht mehr genutzt wurden. Der Flugplatz mit allen dazu erforderlichen Bauwerken wie der Landebahn, einem Kontrollturm, Tanklager und einem Empfangsgebäude, der quer zur Schießbahn Ost angelegt wurde, diente Militär- wie Zivilreisenden. Das sowjetische Militär unterhielt neben dem Flugbetrieb einen Fahrzeugpark und einen Versorgungsstützpunkt. Im Bereich Sperenberg wurden zudem auf der ehemaligen Kaserne der Eisenbahn pioniere einige Wohnbauten für das Militär errichtet. Im Rahmen der Denkmalwertbestimmung im Jahre 2007 wurden die für das sowjetische Militär errichteten Bauten nicht als



Abb. 6 Raketenprüfstände Ost, sogenannter Kleiner Prüfstand, 2010.

Teile des Denkmals aufgenommen, da die historische Bedeutung in der vorherigen militärischen Phase zu sehen ist.

#### Die besonderen Probleme

Mit 2.100 Hektar Größe stellt die Heeresversuchsstelle das von seiner Fläche her größte Denkmal des Landes Brandenburg dar. Die Erfassung und Beschreibung des Denkmalumfangs war nur durch die Hilfe ortskundiger Mitglieder des „Fördervereins Historisch-Technisches Museum Versuchsstelle Kummersdorf e.V.“ möglich. Die Bewertung aller baulichen Relikte wird erst abschließend möglich sein, wenn sich die Forschungslage über die Versuchsstelle verbessert haben wird. Da es vergleichbare, militärische Einrichtungen mit derart breitem Forschungsspektrum in der heutigen Bundesrepublik nicht gibt, ist der ehemaligen Heeresversuchsstelle eine sehr hohe historische Bedeutung beizumessen, der es in der Zukunft gerecht zu werden gilt.

Die militärische Vergangenheit des Geländes ist bisher nur ansatzweise erforscht. Es ist bekannt, dass über die Jahrzehnte hinweg die verschiedensten Abteilungen des deutschen Militärs hier ein sehr breites Spektrum an militärisch relevanter Forschung betrieben, doch gibt es bisher keinen Überblick über die Ergebnisse der siebzigjährigen Forschung und deren Folgen für die unmittelbaren Kriegshandlungen.



Abb. 7 Sogenannte Maushalle der Kraftfahrzeugversuchsstelle, 2010.

Nach dem Abzug des sowjetischen Militärs 1994 ging das Gelände in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland über. Nach dem „Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Brandenburg zur Übertragung der von der Westgruppe der Truppen genutzten Liegenschaften auf das Land Brandenburg“ vom 20.06.1994 wurde jahrelang über diese Übertragung verhandelt. Sie erfolgte schließlich zum 29.02.2012. Seitdem ist das Land Brandenburg Eigentümerin des größten Teils der Fläche. Die Betreuung und Verwaltung wurde der „Brandenburgische Boden Gesellschaft“ mit Sitz in Zossen übertragen. Lediglich 129 Hektar stark kontaminierte Flächen sind beim Bund verblieben.

Einer der Gründe für diese lange Phase der Verhandlungen war die Suche nach einem Standort für einen neuen Großflughafen für Berlin und Brandenburg. Sperenberg blieb als möglicher Flughafenstandort bis zum Baubeginn in Schönefeld aufrechterhalten. In dieser Zeit gab es eine Veränderungssperre für das Gelände der ehemaligen Heeresversuchsstelle.

Auf den Flächen der beiden Schießbahnen und in dem umgebenden Waldgebiet finden sich große Mengen an Munition und andere Hinterlassenschaften aus der Nutzungsphase der Heeresversuchsstelle. Es handelt sich teilweise um explosive Munition, die entsprechend aufwendig geborgen und entsorgt werden muss. Es finden sich jedoch auch gefahrlose Relikte, die für die Forschung über das Gelände relevant sind. Eine flächendeckende Untersuchung und Bergung dieser Relikte ist bisher nicht erfolgt und wird eine aufwendige und kostenintensive Aufgabe für die nächste Zukunft sein. Hinzu kommen Schadstoffbelastungen aus der sowjetischen Nutzung auf jenen Flächen, die beim Bund verblieben sind.

Im Rahmen einer Masterarbeit wird der Raketenforschung auf dem Gelände und anschließend in Peenemünde das Potenzial für eine Nominierung auf der Liste des Welterbes attestiert.<sup>3</sup> Eine solche Nominierung, die aus der Raketenforschung heraus begründet würde, wäre eine unzulässige Einengung auf ein Thema, die die übrigen militärischen Forschungsbereiche ausblendet. Es ist derzeit keine Institution in Sicht, die die Vorbereitung und die Antragstellung einer solchen Nominierung leisten könnte. Eine öffentliche Diskussionen darüber, ob das Gelände eine solche internationale Bedeutung hat, erscheint angesichts der historischen Dimension der Versuchsstelle dennoch angebracht.

Die Fläche der Heeresversuchsstelle besteht zu etwa 85 Prozent aus Wald. Daneben gibt es Offenlandbereiche mit Mooren und Röhrichten und sogenannte trockene europäische Heiden. Große Anteile der Fläche sind Naturschutzbereiche, 1.400 Hektar stehen unter gesetzlichem Biotopschutz und 1.000 Hektar sind Flora-Fauna-Habitat-Bereiche. Im Rahmen einer zukünftigen Nutzung des Geländes sind die Belange des Naturschutzes zu berücksichtigen.

### Die Bemühungen um das Gelände

Bereits im Jahre 1990 gründete sich in der Region um Sperenberg der „Förderverein Historisch-Technisches Museum Versuchsstelle Kummersdorf e.V.“, dessen Ziel die Aufarbeitung der Geschichte der Gemeinde Kummersdorf-Gut und der dazugehörigen ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf ist.<sup>4</sup> Seitdem bot er Führungen über das Gelände an und kümmerte sich um die

Freihaltung von Wegen sowie um die Pflege und Sicherung einzelner Gebäude wie des Wasserturms. Zudem unterhält der Verein Kontakte zu vielen Personen, die mit der Heeresversuchsstelle in Verbindung stehen, und sammelt Unterlagen zur Geschichte des Ortes. Seit 1995 zeigt er eine Ausstellung zur Geschichte der Heeresversuchsanstalt, die in diesem Jahr nach einer Überarbeitung neu eröffnet werden konnte. Die gute Ortskenntnis der Vereinsmitglieder und ihr ungeheures Engagement stellen für jede Institution, die mit dem Gelände umgehen muss, eine enorme Hilfe dar. Für dieses Engagement wurde der Verein 2009 mit dem Brandenburgischen Denkmalschutzpreis geehrt.

Der Verein löste im Jahre 2008 die Gründung der Projektgruppe „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf“ aus, die seitdem von der Geschäftsführerin des Museumsverbands Brandenburg e.V. geleitet wird. Zur Projektgruppe gehören Mitglieder des Vereins, verschiedene Sachgebiete des Landkreises (darunter der Natur- und der Denkmalschutz), die beiden betroffenen Gemeinden Am Mellensee und Nuthe-Urstromtal, Vertreter des Naturschutzes, unterschiedliche Forschungseinrichtungen und das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und archäologische Landesmuseum.

Nach dreijähriger, intensiver Beratung legte die Projektgruppe das Konzept „Museum in der Natur – Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“ (vom 28.03.2011) vor. Die Zielstellung ist darin folgendermaßen formuliert: „Das Konzept zeigt auf, wie das einst ausschließlich militärischen Zwecken vorbehalten Gebiet unter Beachtung der Aspekte von Natur- und Denkmalschutz als Museum in der Natur zu öffnen und in all seinen Facetten erlebbar gemacht werden kann. Ausstellungen in einem Museumsgebäude und Führungen über das Gelände sollen die historischen Zusammenhänge, die das Areal geprägt haben, verdeutlichen. Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit Krieg, dessen Vorbereitung und dessen Folgen.“ „Die mehr als 100 Jahre andauernde militärische Nutzung, die als Entwicklungs- und Erprobungsstätte für Militärtechnik begann und als sowjetischer Militärflughafen 1994 endete, bewirkte, dass sich hier eine sehr wertvolle Naturlandschaft erhalten und entwickeln konnte. Großflächige Wälder, Heiden, Moore und Seen bilden den Lebensraum einer Vielzahl gefährdeter und geschützter Tier- und Pflanzenarten, zu denen Kranich, Nachtschwalbe, Sonnentau, Sumpfporst und Königsfarn gehören. Bereits heute stehen große Teile der Königshorster Heide und des Breiten Buschs unter Naturschutz, der Teufelssee ist eines der ältesten Naturschutzgebiete Brandenburgs.“ „Grundlage für die Erschließung des Geländes sollte eine Zonierung und ein Konzept der Besucherlenkung und touristischen Erschließung sein, das die Belange von Natur- und Denkmalschutz zusammenführt. [...] Der weitaus größte Teil der Liegenschaft kann und sollte für das Naturerleben und die Naherholung behutsam geöffnet und entwickelt werden.“<sup>5</sup>

Das Konzept geht sowohl von dem Denkmal in seiner Vielschichtigkeit wie auch von der naturräumlichen Situation des Geländes aus, die beide bei einer zukünftigen Entwicklung berücksichtigt werden sollen. Die Projektgruppe ist sich bewusst, dass das „Museum in der Natur“ über einen langen Zeitraum modular

entwickelt werden muss, da für einen kurzfristigen Aufbau sowohl die finanziellen, die organisatorischen wie auch die fachlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Das Gelände selbst und die Relikte der unterschiedlichen Forschungsbereiche dort stellen den eigentlichen Fundus des Museums dar. Diese sind durch professionelle Geländeführungen zu erschließen und zu vermitteln. Die heutige Ausstellung, die außerhalb der eigentlichen Heeresversuchsstelle präsentiert wird, muss langfristig komplett überarbeitet und möglicherweise an verschiedenen Orten auf dem Gelände präsentiert werden, um verschiedene Themenbereiche zu erläutern. Die vorhandene Sammlung muss inventarisiert und ausgebaut werden, Bibliothek und Archiv müssen wachsen.

Ein dauerhafter Betrieb des Museums erfordert eine Trägerschaft, die mit Finanzen und Personal ausgestattet ist, um eine professionelle touristische Vermarktung wie auch eine wissenschaftliche Begleitung zu ermöglichen.

Für die Relikte und Gebäude auf dem Gelände bedarf es eines Denkmalpflege-Management-Plans, als dessen Ergebnis Leitlinien für die denkmalpflegerische Behandlung festgeschrieben werden müssen, die Geschäftsgrundlage für die kommenden Jahre sein müssen. Verschiedene Szenarien für den Umgang mit einzelnen Bauwerken und Gruppen sind vorstellbar:

- Erhaltung, Sanierung und gegebenenfalls Wiederherstellung – für Gebäude und Anlagen mit guten, denkmalverträglichen Nutzungsmöglichkeiten und herausragendem Zeugniswert;
- Konservierung, Stoppen des Verfalls – durch zurückhaltende Eingriffe an Gebäuden und Anlagen von hohem Zeugniswert (Entfernen von Bewuchs, Notsicherung);
- Kein Handlungsbedarf – bei Gebäuden ohne Entwicklungsperspektive und Anlagen, deren Zeugnis- und Erlebniswert durch das Zusammenwirken mit der Natur gesteigert wird;
- Abriss beziehungsweise Teilabbriss – bei Bauten, die die historische Aussagekraft der Anlage schmälern;
- Auswirkungsanalyse (Impact Assessment).

Die Konzeption des Büros RANA aus dem Jahr 2007 verdeutlicht die Nutzungsmöglichkeiten der vom Naturschutz betroffenen Flächen, die nicht der FFH-Richtlinie (Flora-Fauna-Habitat) oder dem gesetzlichen Naturschutz unterliegen.<sup>6</sup> Bereiche, die keine Eingriffe erfahren sollen und solche, die umgebaut werden sollen. Diese Konzeption wird auch im Rahmen des Museums in der Natur berücksichtigt werden.

In den vergangenen drei Jahren präsentierte die Projektgruppe ihre Konzeption bei Veranstaltungen in Potsdam der Öffentlichkeit. Sie wurde an die Entscheidungsträger in Bund und Land verteilt. Zudem wurden Politiker der unterschiedlichen Ebenen eingeladen und über das Gelände geführt, um für das Projekt zu werben.

### Die derzeitige Situation

Die Ausstellung, die der Verein in Kummersdorf präsentiert, konnte 2012 überarbeitet und neu eröffnet werden.

Im Februar dieses Jahres erfolgte die Eigentumsübertragung vom Bund an das Land. Dabei sind drei Teilflächen, die besonders hohe Schadstoffbelastungen aufweisen, in Bundeseigentum

verblieben. In einer Pressemitteilung anlässlich der Übertragung hieß es, das Konzept der Projektgruppe soll im Rahmen der zukünftigen Vermarktung der Fläche berücksichtigt werden.<sup>7</sup> Eine Machbarkeitsstudie soll dies klären. Das Finanzministerium hat beschlossen, die ehemalige sowjetisch genutzte Militärfäche in Kummersdorf-Gut in Landesbesitz zu belassen und die dort zu erzielenden Einnahmen auch wieder auf dem Gelände für die Beseitigung der Munition und für Bewirtschaftung der Liegenschaft zu verwenden. Die Finanzierung des Museumsbetriebes ist jedoch ausdrücklich nicht vorgesehen.

Das bedeutet, dass das Bundesland auch Eigentümer des Denkmals bleiben wird, dessen Erhaltung damit in seiner Zuständigkeit verbleibt. Auch hierfür soll ein Anteil der Einnahmen verwendet werden.

Die Projektgruppe hat ihr Interesse bekundet, in die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie einbezogen zu werden. Sowohl die Bundesimmobilienabteilung wie auch das Brandenburgische Finanzministerium haben dies in den Gesprächen zugesagt.

Zur gleichen Zeit fragen beide Behörden bei der Denkmalfachbehörde nach Flächen auf dem Gesamtgelände, die aus der denkmalfachlichen Sicht für Solar- und Windkraftanlagen geeignet sind, da sie zur Verpachtung ausgeschrieben werden sollen. In Zukunft soll auch die Waldbewirtschaftung Einnahmen erbringen. Für das Ministerium der Finanzen stellen die zukünftigen Pachtverträge eine Voraussetzung für die zu beauftragende Machbarkeitsstudie dar.

Die beiden Gemeinden, auf deren Gebiet die Heeresversuchsstelle liegt, überarbeiten derzeit ihre Flächennutzungspläne im Hinblick auf die Nutzung von regenerativen Energien in den Gemeindegebieten. Es werden Flächen für Solaranlagen und die Aufstellung von Windkraftanlagen innerhalb der Waldflächen ausgewiesen, zu denen unterschiedliche Mitglieder der Projektgruppe je nach ihren Zuständigkeiten Stellung beziehen müssen.

Die Verwaltung der Liegenschaft wurde an die Brandenburgische Boden Gesellschaft übertragen. Diese hat erste kleine Sicherungsmaßnahmen an Gebäuden vorgenommen, hat aber derzeit die Betretung des Geländes untersagt, weil bisher keine flächendeckende Untersuchung der Munitionsbelastung durchgeführt wurde. Davon ist auch der Verein betroffen, der seine Führungen einstellen musste, mit denen er bisher auch den Betrieb seiner Ausstellung sicherstellen konnte. Derzeit wird gemeinsam nach einer Lösung gesucht, die es ermöglicht, die Führungen wieder aufzunehmen.

In den kommenden Monaten werden die politischen Weichen für die zukünftige Verwendung des Geländes der ehemaligen Heeresversuchsstelle gestellt. Dabei wird über die Erhaltung und die öffentliche Präsentation des Denkmals entschieden. Es besteht die Chance, dass auf dieser außergewöhnlichen Liegenschaft über Militärforschung und ihre Folgen für Menschen der gegnerischen Länder aufgeklärt wird. Da in den siebenzig Jahren der militärischen Rüstungsforschung vor allem europäische Staaten gegeneinander kämpften, besteht hier die Möglichkeit, über diese Gegnerschaften und ihre Überwindung im europäischen Vereinigungsprozess zu informieren.

**Literatur**

Rita Mohr de Perez, Unbequeme Zeitzeugen – die Militärdenkmal im Landkreis Teltow-Fläming, in Denkmalpflege und Gesellschaft, Rostock 2010, S. 120–126.

Christian Bauermeister/Markus Pöhlmann, Heeresversuchsstelle Kummersdorf. Schießplatz – Geheimer Ort – Denkmal, Manuskript 2011.

Historisch-Technisches Museum Versuchsstelle Kummersdorf e.V., <http://www.museum-kummersdorf.de/> Stand 22.01.2012.

Hans Hack, The Significance of the former military site 'Kummersdorf'. Assessing Kummersdorf's international significance and its potential of becoming a UNESCO World Heritage Site, Masterarbeit BTU Cottbus 2010.

Museum in der Natur – Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut, Hg. Projektgruppe Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf, Manuskript vom 28.03.2011.

Akten des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum in 15806 Zossen.

Wolfgang Fleischer, Heeresversuchsstelle Kummersdorf. Maus, Tiger, Panther, Luchs, Raketen und andere Waffen der Wehrmacht bei der Erprobung, Eggolsheim 1999.

Wolfgang Fleischer, Heeresversuchsstelle Kummersdorf. Augenzeugenberichte, Fotografien, Akten 1874–1945, Eggolsheim 1999.

Georg Frank/Thomas Kersting, Offene Geheimnisse am verschwiegenen Ort, in: Archäologie in Deutschland 1/2012, S. 64/5.

RANA, Büro für Ökologie und Naturschutz, Naturschutzfachliche Kurzbewertung und Zielkonzeption für die Militärische Liegenschaft Kummersdorf/Sperenberg, Manuskript Stand 11/2007.

Projektgruppe, Manuskript, Stand 28.03.2011.

Militärgeschichtliches Handbuch Brandenburg-Berlin, Hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam 2011, S. 444–447.

Günter Nagel, Rezension des Militärgeschichtlichen Handbuchs Brandenburg-Berlin, in: Jahrbuch der Landesgeschichtlichen Vereinigung Berlin-Brandenburg, 2011, S. 244–247.

**Anmerkungen**

- 1 Die Formulierungen stammen von Matthias Baxmann aus dem Gutachten über den Denkmalwert der Anlage von 2007 und aus einem amtsinternen Vermerk von 2008, beides findet sich in den Akten des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege und archäologischen Landesmuseums.
- 2 Die praktische Erprobung der Raketen erfolgte ab 1937 in Peenemünde auf der Insel Usedom an der Ostsee. In Kummersdorf-Gut sind die verschiedenen Prüfstände der Antriebe erhalten.
- 3 Hack 2010.
- 4 Siehe dazu den Internetauftritt des Vereins unter [www.museum-kummersdorf.de](http://www.museum-kummersdorf.de). Für seine Bemühungen erhielt der Verein 2009 den Denkmalschutzpreis des Landes Brandenburg durch die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur.
- 5 Museum in der Natur, 2011, S. 5.
- 6 Studie RANA 2007.
- 7 Landtag Brandenburg, Kleine Anfrage 1847, Antwort vom 19.03.2012.

**Abbildungsnachweis**

Abb. 1, 4: Landkreis Teltow-Fläming; Abb. 2, 3, 5, 6, 7: BLDAM, Baxmann.

## Lausitzflugplatz Finsterwalde/Schacksdorf – eine gelungene Konversion?

MATTHIAS BAXMANN

### Zur Geschichte der Militärliegenschaft

Südöstlich der Niederlausitzer Stadt Finsterwalde und in der Gemarkung der Gemeinde Schacksdorf befindet sich ein vormals bedeutender Militärflugplatz, der im Verlauf der Geschichte von drei Armeen gebaut, ausgebaut und genutzt wurde.

Der Bau des Militärflugplatzes in der Niederlausitzer Heide begann bereits im Jahr 1933 unter der Ägide der Reichswehr, obwohl die Bestimmungen des Versailler Vertrages, der Deutschland gemäß der Paragraphen 198 bis 202<sup>1</sup> einen Wiederaufbau einer eigenen Luftwaffe verbot, nach wie vor galten. Als Tarnung diente eine Verordnung der nationalsozialistischen Regierung vom 19. Oktober 1934 zum Bau von Notlandeplätzen für die Deutsche Luftfahrt- und Handels A. G. Die Stadt Finsterwalde hatte bereits im Mai 1934 mit der im Dezember 1932 gegründeten Aktiengesellschaft<sup>2</sup> einen Vertrag zum Ankauf von Grundstücken in Schacksdorf, Grünhaus und Nehesdorf geschlossen. Danach ging alles sehr schnell und der Bau des Flugplatzes wurde unter der Firmierung „Deutsche Verkehrsflieger-Schule, Bauleitung Finsterwalde“ zügig in Angriff genommen.<sup>3</sup> Aus dieser Zeit stammen die heute denkmalgeschützten, militärhistorisch und baugeschichtlich bedeutsamen Flugzeughangars und der Tower (Abb. 1). Darüber hinaus entstand sukzessive eine komplette Infrastruktur, die dem Betrieb des Fliegerhorstes diente. Dazu gehörten eine Wohnsiedlung für die Offiziere und ihre Familien, ein Wasserwerk, Kasernenanlagen, ein großes Feuerwehrgebäude, ein Garagenkomplex, ein Gleisanschluss mit Bahnhof, ein Kasino und Schwimmbad sowie Lagergebäude, Bunkeranlagen, die teilweise noch vorhanden sind.

Als am 16. März 1935 unter Bruch des Versailler Vertrages das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht verabschiedet wurde, verfügte das nationalsozialistische Deutschland bereits über 14 Fliegerhorste, die mehr oder weniger einsatzbereit waren oder kurz vor ihrer Fertigstellung standen. Der Fliegerhorst in Finsterwalde zählte zu diesem Zeitpunkt zu den bereits gut ausgebauten Militärflugplätzen der faschistischen Wehrmacht, der 1935 über folgenden

Gebäudebestand verfügte: sechs Flugzeughallen [Hangars, der Verfasser], eine Werfthalle, ein Befehlsgebäude [Tower, d. V.], ein Wirtschaftsgebäude, ein Schwimmbad und etwa 12 Unterakunftsgebäude. Dies wurde sehr bald durch eine Feuerwache und einen Trafobunker ergänzt. Außerdem erhielt der Flugplatz einen Gleisanschluss an die Zschipkau-Finsterwalder Eisenbahn, der an einem Güterbahnhofsgelände in der Nähe der Befehlsstelle endete. Parallel dazu wurde die Start- und Landebahn – bis 1952 eine Graspiste – sowie entsprechende Rollbahnen ausgebaut. Am 1. Oktober 1935 wurde der Finsterwalder Fliegerhorst dem Luftkreiskommando III, Dresden, unterstellt (Abb. 2).<sup>4</sup>

Im März und Juni 1935 rückte das erste Kontingent Flugpersonal ein, im Juni folgte ein weiteres. Das Personal rekrutierte sich aus Offizieren, Offiziersanwärtern und Soldaten der Reichswehr und Marine. Das fliegende Personal wurde meist aus der Zivilluftfahrt übernommen. Darüber hinaus stammten sie aus dem Kader von 300 jungen Flugzeugpiloten, die im Rahmen einer Geheimvereinbarung mit der Sowjetunion auf dem Flugplatz Lipezk als Jagd- und Militärflieger ausgebildet worden waren. Von den technischen Schulen und Universitäten kam ausgebildetes technisches Personal, wie Funk- und Waffentechniker, Fallschirmwarte, Elektro- und Fahrzeugmotorentechniker.<sup>5</sup>

Bis August 1939 war hier die zweite Gruppe des Kampfgeschwaders 153 stationiert. Ende des Jahres 1938 wurde die Einheit in II./KG 3 umbenannt. In der Zeit von 1935 bis 1937 wurden unterschiedliche Fliegermodelle eingesetzt. Zum Bestand gehörten unter anderem die Ju 52, die Do 23 [Bomber, d. V.] und die Ju 86. Mitte 1937 wurde die Gruppe auf Do 17 und Do 17 E umgerüstet. Einige Flieger meldeten sich freiwillig zur berüchtigten Legion Condor, wo sie in den Versuchsbomberstaffeln zum Einsatz kamen. Im April 1939 wurde die Einheit von Finsterwalde nach Heiligenbeil in Ostpreußen verlegt. Mit Kriegsbeginn 1939 richtete man auf dem Finsterwalder Flugplatz eine Fliegerschule ein.

Während des Zweiten Weltkrieges waren hier verschiedene



Abb. 1 Flugplatz Finsterwalde/Schacksdorf, Blick vom Tower auf die Start- und Landebahn, 2012.



Abb. 2 Fliegerhorst Finsterwalde bei der Inbetriebnahme durch die Deutsche Wehrmacht.

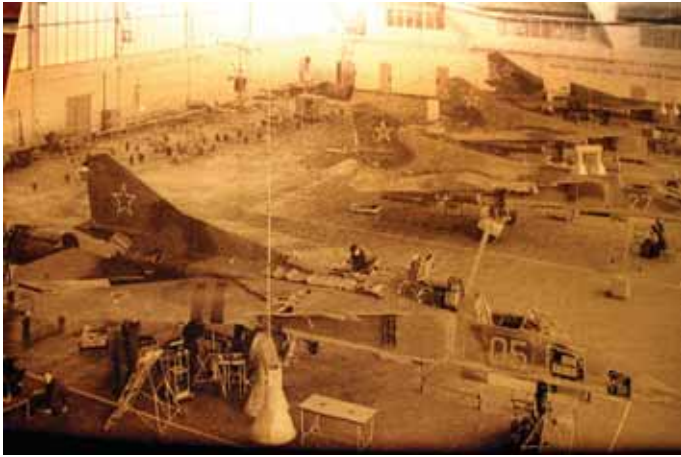


Abb. 3 Flugzeughalle während der Nutzung durch die GSSD.

Wehrmachtsfliegereinheiten, unter anderem eine Flugzeugwerft und eine Flugzeugführerschule sowie eine Flugnachrichtenschule und das geheimnisumwitterte Kampfgeschwader 200 stationiert. Das war ein spezieller Verband für besonders schwierige Kampf- und Transportaufträge sowie für die Erprobung und Nutzung von erbeuteten Flugzeugen. Die Einheit verfügte unter anderem über etwa 40 verschiedene Typen, darunter Lastensegler und

Wasserflugzeuge sowie amerikanische Douglas DC-3 und etwa 20 viermotorige Bomber Flying Fortress und Liberator. 1945 wurde die große Werfthalle gesprengt, ansonsten blieb der Flugplatz weitgehend intakt. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb er in militärischer Nutzung durch die Sowjetarmee. Diese fügte weitere Bauten hinzu, unter anderem etwa 40 erdgedeckte Shelter<sup>6</sup> vom Typ GDF Typ 2 A, gedeckte Stellplätze für Fahrzeuge der flugplatztechnischen Sicherstellung, verschiedene Munitionsbunker für konventionelle Flugzeugbewaffnung und eine große, weitgehend autarke Wohnsiedlung. Zirka einen Kilometer südlich baute man ein erstschlagsicheres Sonderwaffenlager zur Unterbringung von ABC-Waffen für Kampfflugzeuge. Das bestand im Kern aus einem zweigeschossigen, monolithischen Lagerbunker von Typ „Basalt“. Ab 1950 wurde dann die Graspiste der Start- und Landebahn durch eine 2.050 Meter lange, in Ost-West-Richtung verlaufende Betonpiste [später auf 2.700 Meter verlängert, d. V.] ersetzt. Gleichzeitig baute man neue Rollwege und eine Vorstartlinie. In Finsterwalde stationierte die Sowjetarmee moderne Jagd- und Bomberflugzeuge (Abb. 3).

1982 wurde der Flugplatz für mehrere Monate geschlossen, da durch die intensive Nutzung umfangreiche Sanierungsarbeiten notwendig geworden waren, vor allem an der Start- und Landebahn, an den Rollwegen und der Vorstartlinie. Am 22. März 1993 verließen die letzten Flugzeuge der Westgruppe der russischen Streitkräfte in

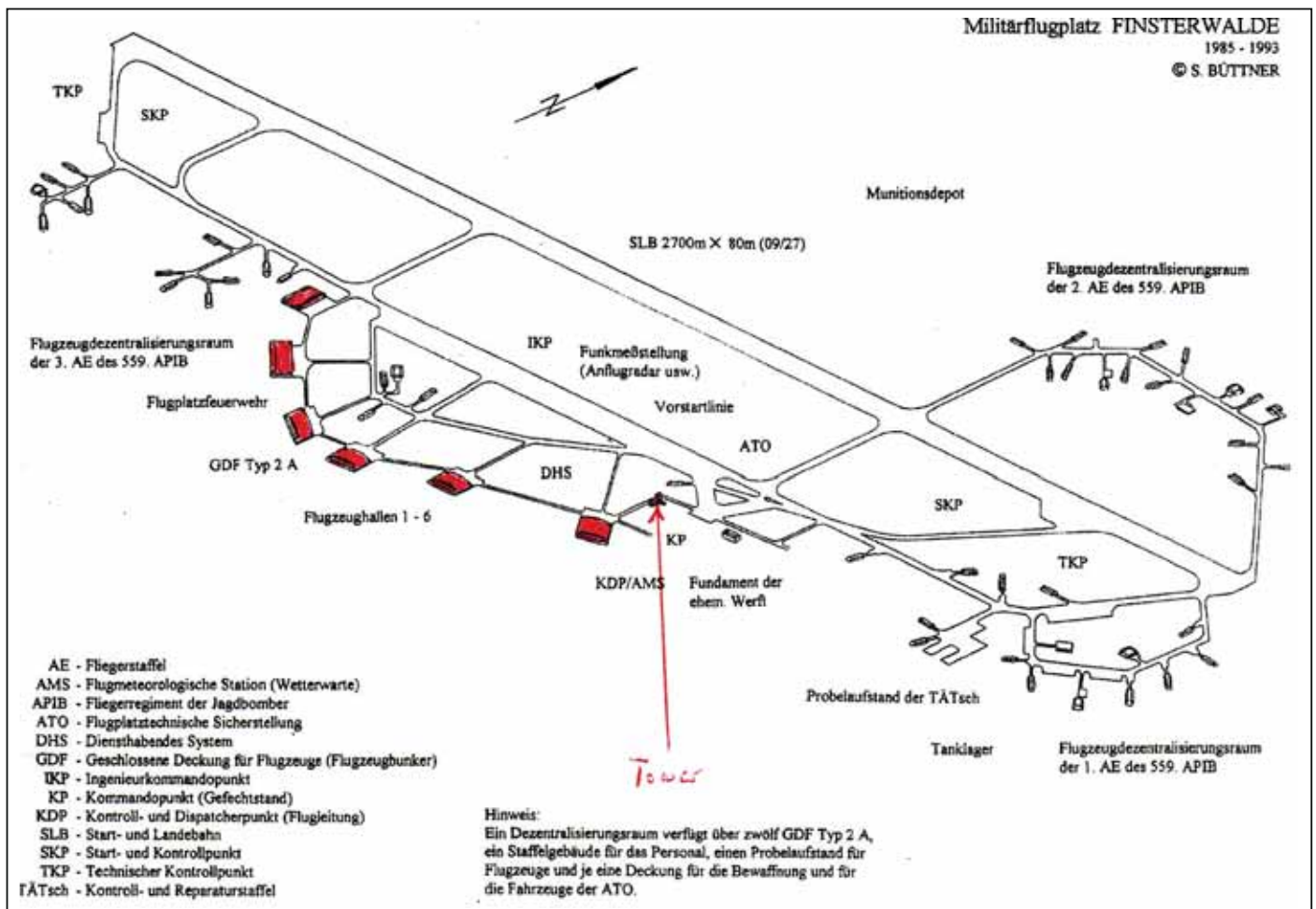


Abb. 4 Lageplan des Militärflugplatzes Finsterwalde/Schacksdorf. Denkmale rot.

Deutschland den Finsterwalder Flugplatz in Richtung Militärflugplatz Morosowsk im Nordkaukasischen Militärbezirk.<sup>7</sup> Damit endete die fast 40-jährige Geschichte des Militärflugplatzes Finsterwalde/Schacksdorf, der jetzt den deutschen Behörden übergeben wurde.

### Denkmalgeschützte Anlagen – Denkmalwert

Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (im folgenden BLDAM) begutachtete im Jahr 1996 die Bauten und Anlagen des Flugplatzes, 1997 erfolgte schließlich nach einer rechtlichen Auseinandersetzung die Eintragung von sechs Flugzeughangars und des Towergebäudes in die Denkmalliste des Landes Brandenburg.

Der denkmalgeschützte Gebäudebestand hat sowohl militär- als auch baugeschichtliche sowie regionalgeschichtliche Bedeutung. Der Tower beziehungsweise die historische Befehlsstelle und die zum Teil zu ihm in Sichtbeziehung stehenden, in einem großen Halbkreis unmittelbar an der historischen Start- und Landebahn angeordneten Flugzeughallen [Hangars, d. V.] bilden eine markante Gebäudegruppe, die ein Zeugnis des frühen Beginns des Luftwaffenausbaus im faschistischen Deutschland ist. Gleichzeitig zeugen sie von einer funktionalen und innovativen Bautechnik, die stellvertretend für die Gesamtanlage des Finsterwalder Fliegerhorstes steht.<sup>8</sup> Der Kern der Anlage besteht aus den sechs in einem weit gezogenen Bogen errichteten weitgehend konstruktionsgleichen Flugzeughallen [die Werfthalle wurde in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges von der Wehrmacht gesprengt, d. V.] mit zugehörigen Heizhäusern sowie einem Gebäude für die Flughafenfeuerwehr. Am östlichen Ende der Hangarreihe befindet sich der Tower mit einem unmittelbar anschließenden Verwaltungsgebäude. In dieser Befehls- und Leitstelle waren die Flugleitung, der Wetterdienst und die Bild- und Kartenstelle sowie der Befehlsstab untergebracht. In dem anschließenden Wohn- und Kasernenbereich entstanden Mannschaftsquartiere und Offizierswohnungen mit der dazugehörigen Infrastruktur. Zwischen den Flugzeughallen und den Wohnbereichen verlief ein Bahngleis, das den Anschluss an die Zschipkau-Finsterwalder Eisenbahn (ZFE) herstellte und gleichzeitig dem innerbetrieblichen Transport diente. Auf der gegenüberliegenden Seite des Flugfeldes wurden Munitionsdepots und Garagen in Erdbunkern und Leichtbauhallen sowie Tanklager untergebracht (Abb. 4).



Abb. 5 Historischer Befehlsstand (Tower) nach der denkmalgerechten Sanierung, 2012.

Das Wahrzeichen des Flugplatzes war und ist zweifellos die historische Befehlsstelle beziehungsweise der weithin sichtbare Tower mit einem rückwärtig anschließenden Verwaltungsbau. „Bei dem Verwaltungsbau handelt es sich um einen zweigeschossigen, fünfachsigem Putzbau mit Walmdach. Der voll unterkellerte Mauerwerksbau, der im Innern Stahlbetondecken und Betondecken besitzt, wurde durch sechsteilige Holzkastenfenster gegliedert, die heute durch Kunststofffenster ausgetauscht sind, welche die ursprüngliche Gliederung aufnehmen. Die dem [heutigen, d. V.] Flugfeld abgewandte Schmalseite betonen zwei im zweiten Geschoss liegende Fenster. Zum Flugfeld hin sind ein dreigeschossiger Eingangsbau sowie der viergeschossige Tower mit aufgesetzter Flugleitwarte angefügt. Auf der den Hangars zugewandten Seite vermittelt ein dreigeschossiger Eingangsbau mit Flachdach zwischen dem Verwaltungsgebäude und dem schmaleren viergeschossigen Tower. Eine überdeck geführte Treppenanlage führt zu dem im Hochparterre gelegenen offenen Eingangsbereich. Die darüber liegenden Geschosse werden durch je eine Fensterachse akzentuiert. Außerdem betonen die Zifferblätter zweier Uhren die Gebäudeecke des zweiten Geschosses. Der eigentliche Tower, ein wesentlich schmalerer Baukörper, der dem Verwaltungsgebäude zum Flugfeld hin vorgesetzt wurde, schließt mit einer halbrunden Flugleitwarte ab. Er wurde als Stahlbetonkonstruktion ausgeführt. Durch die umlaufenden Fensterbänder, die zugleich das bestimmende Gestaltungsmerkmal des Towers bilden, kann das gesamte Flugfeld überblickt werden (Abb. 5).

Bei den Flugzeughangars handelt es sich um große [der Funktion angepasste, d. V.] Stahlbetonhallen, die [1934, d. V.] von der Dyckerhoff und Widmann A.G. entwickelt und hergestellt wurden. Die Rückseite der Hangars ist ebenso wie die inneren Einbauten und Torkammern gemauert und verputzt. Diese moderne Stahlbetonkonstruktion [...] ermöglichte den Bau weiter, stützenfreier Hallen und [...] bot im Kriegsfall einen besseren Schutz gegen Brandbomben als die [sonst, d. V.] im Flugzeughallenbau vielfach verwendeten, leichteren Stahlkonstruktionen. Die Hallen bestehen aus einem flachen quergespannten Schalengewölbe, dessen versteifende Rippen [Binder] über die Seitenwände der Halle hinaus als freie Streben weitergeführt werden sind (Abb. 6).



Abb. 6 Hangar, Innenraum, 2012.





Abb. 7 Shelter, 2012.

Die Fundamente [Binderfundamente] dieser sich zum Bogen hin verbreiternden Rippen sind durch Stahlzugbänder in der stahl-armierten Bodenplatte der Halle[n] miteinander verankert. Zwei der querspannenden Deckenkompartimente sind gewölbt, das dritte, rückwärtige Deckenkompartiment wird in zwei Drittel der Höhe gerade weitergeführt. Im Inneren wurden Wartungsräume entlang der Schmalseiten eingezogen. An der Decke befinden sich Laufschienen für Flaschenzüge [und Krane, d. V.]. Ihr Licht erhalten die Hallen durch zwei breite Fensterbänder an der Rückseite. Das eine verläuft zwischen der gemauerten Rückwand und dem flachen, letzten Deckenkompartiment, das zweite zwischen dem abgehängten dritten und dem über die gesamte Raumhöhe gekrümmten zweiten Deckenkompartiment. Ein drittes Fensterband befindet sich über den zum Flugfeld ausgerichteten Faltdüren [bei einer Halle Rolltor, d. V.]. Diese Tore können zum Öffnen in die beiden seitlichen Tor-kammern geschoben werden, welche zusammen mit den Toren das Erscheinungsbild der Hallen zum Flugfeld hin bestimmen.<sup>49</sup>

Das BLDAM hat im Jahr 2012 das Gelände des ehemaligen Militärflughafens erneut einer denkmalrechtlichen Bewertung unterzogen. Im Fokus standen dabei vor allem die von der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) hinzugefügten Bauten. Im Ergebnis dieser Erfassung ist beabsichtigt, den Denkmalbestand um einige Shelter, den zweietagigen monolithischen Lagerbunker (Typ Basalt) des Sonderwaffenlagers, den Güterbahnhof mit Bahngleisen sowie ein Heizhaus zwischen den Flugzeughallen zu erweitern, um so Sachzeugnisse der Nutzung durch die Sowjetarmee zu sichern (Abb. 7).

Von besonderem Interesse ist dabei der erwähnte Bunker des Sonderwaffenlagers, das sich ganz in der Nähe des ehemaligen GSSD-Flugplatzes Finsterwalde befindet (offizielle Tarnbezeichnung war 2952 Reparatur-Technische Basis der Luftstreitkräfte). Das Bauwerk war Teil eines gut gesicherten Kasernengeländes, das von etwa 600 Mann einer KGB-Sondereinheit bewacht wurde und höchster Geheimhaltung unterlag. Es besteht aus zwei Teilen, dem Technikkopfbau und dem 9 mal 40 Meter großen Lagerraum. Das Gesamtbauwerksmaß beträgt knapp 70 mal 9 Meter. Der Technikkopfbau beinhaltet sämtliche technische Anlagen, einschließlich der Klimaanlage. Beeindruckend sind die etwa 45 Zentimeter



Abb. 8 Sonderwaffenlager, Lagerbunker Typ „Basalt“, Drucktor Eingangsbereich, 2012.

starken Verschlussstore an der Kraftfahrzeug-Zufahrt und vor dem Lagerraum. Zwischen Lagerraum und dem Technikkopfbau befindet sich ein sechs Meter hoher Umschlagraum mit Kran. Neben der Kraftfahrzeug-Einfahrt befindet sich noch ein kleiner Zugang für Personen, zwischen den beiden hydraulisch angetriebenen Verschlussstoren befanden sich ursprünglich zwei dünnwandige Drucktore, welche zusätzlich eine „Tür in Tür“-Konstruktion beziehungsweise Schleusenfunktion besaßen, sodass Personen hindurchgehen konnten, ohne die großen Tore zu öffnen. Von den anderen Bauten des Lagers sind nahezu alle aufsteigenden Bauten bereits geschleift, lediglich ein Wachbunker vom Typ USB ist noch zu finden (Abb. 8).

### Genese der Konversion

Nach dem Abzug der GUS-Truppen im Jahr 1993 standen die deutschen Behörden, insbesondere die Stadt Finsterwalde und die Gemeinde Schacksdorf sowie der Landkreis Elbe-Elster vor der schwierigen Frage, was mit der ehemaligen Militärliegenschaft geschehen soll. Immerhin gab es hier etwa 600 Wohnungen mit der entsprechenden Infrastruktur und darüber hinaus einen Flugplatz, der trotz des Vandalismus der abziehenden russischen Truppen und der deutschen Bevölkerung relativ schnell wieder aktiviert werden konnte. Die Pläne reichten von einem Regionalflughafen, über ein attraktives Wohngebiet im Grünen bis hin zu Ansiedlungen für Industrie und Gewerbe.

Gleichwohl ist hier nicht der Platz, um alle Einzelheiten der Entwicklung seitdem nachzuvollziehen. Nach einer gescheiterten Privatisierung nahmen die öffentlichen Körperschaften schließlich die Sache selbst in die Hand. Dafür gründeten sie eine gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft, die die Aufgabe hatte und hat, das Gelände der ehemaligen Militärliegenschaft für eine zivile Nutzung zu entwickeln. Als einen ersten Schritt begann man einen Teil der Wohnblocks zu sanieren und zu vermieten. Die Stadt Finsterwalde und die Gemeinde Lichterfeld-Schacksdorf, vertreten durch das Amt Kleine Elster in Massen-Niederlausitz sanierten von 1998 bis 2003 mit GFG-Mitteln die denkmalgeschützten Bauten und stellten sie für eine Nachnutzung zur Verfügung. Kernpunkt des gesamten Areals ist der Tower mit seinen in unmittelbarer Sichtnähe angeordneten sechs Hangars. Im Jahr 1999



Abb. 9 Hangarnutzung durch die Air Tempelhof, 2012.



Abb. 10 Fliegercafé im Tower, 2012.



Abb. 11 Flugleitzentrale im Tower, 2012.

wurde der Landeplatz für den zivilen Luftverkehr neu eröffnet. Er ist heute ein sogenannter Sonderlandeplatz für die allgemeine Luftfahrt. Er wird für Werks- und Geschäftsflugverkehr genutzt. Beim Sonderlandeplatz (englisch: Special Airfield) handelt es sich um einen Flugplatz, auf dem aufgrund einer Verwaltungsgenehmigung motorgetriebene Luftfahrzeuge generell starten und landen dürfen. Im Gegensatz zu einem Verkehrslandeplatz dürfen

auf dem Sonderlandeplatz nur der Betreiber und auf Anfrage auch Dritte starten und landen. Es existiert keine Betriebspflicht, Öffnungszeiten sind also nicht vorgeschrieben.

In den Hangars siedelten sich inzwischen diverse Unternehmen an, unter anderem die Aircraft Maintenance & Consulting GmbH – ein Flugzeugwerftunternehmen, das hier Flugzeuge wartet und instandsetzt, Schulungs- und Trainingsflüge anbietet und vieles anderes mehr.

Seit 2011 ist hier auch die Air Tempelhof Fluggesellschaft mbh & Co. KG ansässig. Mitte der 1990er Jahre hatte der aus Bremerhaven stammende Henning Lueg in Berlin-Tempelhof ein Luftfahrtunternehmen gegründet. Geflogen sind seine Maschinen vom ehemaligen Militärflughafen Eberswalde-Finow. Von hier aus unternahm Air Tempelhof im Auftrag von Firmen und Behörden Vermessungsflüge in ganz Deutschland, aber auch im Ausland wie in Ägypten, Saudi-Arabien, im Jemen oder in Bulgarien. In Deutschland erneuern die Katasterämter alle vier Jahre ihre Karten – genug Beschäftigung für die Air Tempelhof. Als die Betreibergesellschaft in Eberswalde-Finow plante, den dortigen Flugplatz als Standort für einen Solarpark zu vermarkten, musste sich Henning Lueg nach einer Alternative umsehen und zog nach Finsterwalde/Schacksdorf um, wo er in der Vergangenheit schon sein Fluggerät hatte warten lassen. Seitdem hat er sich im Hangar 3 eingerichtet, den er denkmalverträglich für seine Nutzung ausgebaut hat. Von hier aus bietet er auch Rundflüge über Berlin, Dresden und Brandenburg und Flüge für Geschäftsreisende an. Es ist zu erwarten, dass dadurch die Flugbewegungen auf dem Finsterwalder Sonderlandeplatz von etwa 300 auf 1.000 im Jahr steigen werden (Abb. 9).<sup>10</sup>

In einem weiteren Hangar hat sich ein Recyclingunternehmen angesiedelt. Als Zwischennutzungen findet auf dem Flugplatzgelände seit einigen Jahren die Niederlausitzmesse statt. Im Tower gibt es eine Wohnung, Büros, den Flugleitstand und ein Café (Abb. 10 und 11).

Von der Terrasse aus haben Besucher einen wunderbaren Blick über das Flugplatzareal und die weitläufige Umgebung. Im Treppenhaus gibt es eine Dauerausstellung zur Geschichte des Flugplatzes.

Darüber hinaus wird die Landebahn regelmäßig für Autoevents wie Hot-Rod-Treffen genutzt. In den Shelters und dem historischen Feuerwehrgebäude haben sich diverse Gewerbetreibende eingemietet.

### Fazit und Ausblick

Spürt man der Frage nach, inwieweit die Konversion der ehemals militärischen Liegenschaft in der Niederlausitzer Heide der Gemarkungen Finsterwalde und Schacksdorf gelungen ist, muss man von einer zweigeteilten Entwicklung ausgehen.

Resümieren wir die Entwicklung des ursprünglichen Kernbereiches des Militärflugplatzes, können wir konstatieren, dass wir es hier nach der Überwindung von anfänglichen Schwierigkeiten mit einer Erfolgsgeschichte zu tun haben. Das ist aus Sicht der Denkmalpflege umso erfreulicher als die Denkmalsubstanz vorbildlich saniert wurde und einer denkmalverträglichen Nutzung, teilweise

sogar in der ursprünglichen Weise, zugeführt werden konnte. Der Zeugniswert des Denkmals konnte so erhalten werden und Besuchern vermittelt das Denkmalensemble einen Eindruck von der Entwicklung als Militärflugplatz von den 1930er bis zu den 1990er Jahren.

Die gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft der Stadt Finsterwalde und des Amtes Kleine Elster (Massen) haben das Gelände behutsam und mit Fingerspitzengefühl als Gewerbe- und Industriestandort entwickelt und dafür unter anderem den Bahnanschluss, der eine Verbindung zur Eisenbahnstrecke Leipzig-Cottbus herstellt, revitalisiert. Darüber hinaus fungiert der Flugplatz nach wie vor als Sonderlandeplatz. Dafür wurde unter anderem die Start- und Landebahn des Flugfeldes saniert und von 2.700 auf 1.200 Meter eingekürzt.

Leider gibt es auch Schattenseiten. In dem vor allem durch die Sowjetarmee errichteten Wohngebiet konnte die Erfolgsgeschichte nicht fortgeschrieben werden. Die meisten der 600 Wohnungen verfallen mehr und mehr. Wer es sich leisten kann, ist

nach verheißungsvollen Anfängen von dort wieder fortgezogen. Geblieben sind vor allem gettoisierte soziale Randgruppen. Für die Kommunen Finsterwalde und Schacksdorf wird das Wohngebiet mehr und mehr zu einer Belastung und es wird für die öffentlichen Körperschaften immer schwerer, die Infrastruktur für die verbliebenen Bewohner aufrecht zu erhalten. Das beginnt bei der Anbindung durch den öffentlichen Nahverkehr und endet mit der Wasser- und Abwasserversorgung, der Müllentsorgung oder der Elektrizitätsversorgung sowie der Postzustellung. Und so ist absehbar, dass das Wohngebiet, nachdem schon viele Gebäude abgerissen wurden, mittelfristig keine Zukunft haben wird.

Der ehemalige Militärflugplatz Finsterwalde/Schacksdorf mit seiner eindrucksvollen Denkmalsubstanz ist trotzdem ein gelungenes Beispiel für die Umnutzung einer vormals militärischen Liegenschaft und vielleicht wird eines Tages auch der eindrucksvolle Bunker vom Typ Basalt des ehemaligen sowjetischen Sonderwaffenlagers wieder eine denkmalverträgliche Nutzung erhalten.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Versailler Vertrag. Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten. Dritter Abschnitt: Luftstreitkräfte. Zit. in: [www.versailer-vertrag.de/vv-i.htm](http://www.versailer-vertrag.de/vv-i.htm)
- 2 Vgl. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin) vom 30. Mai 1933, lfd. Nr. 125.
- 3 Siehe: Manfred Woitzik, GENIUS LOCI. Finsterwalder Siedlungs- und Baugeschichte „Vom Besiedlungsanfang bis zum Jahr 2000“, hrsg. v. Verein der Freunde und Förderer des Kreismuseums Finsterwalde e.V., Leipzig 2010, S. 306.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Vgl. Archiv Kreismuseum Finsterwalde.
- 6 Aus den Erfahrungen des Sechstagekrieges zwischen Israel und den arabischen Staaten Ägypten, Jordanien und Syrien im Jahr 1967, wo die arabischen Luftstreitkräfte durch die Israelis faktisch am Boden zerstört wurden, schuf man in der Folgezeit sogenannte Hardened Aircraft Shelter. Das waren und sind in der Regel durch Stahlbetongewölbe und Panzertore geschützte, meist

- grassodengedeckte Flugzeugunterstände für jeweils ein oder zwei Kampflugzeuge. Die Shelter ordnete man nahe den Rollwegen oder Pistenenden an, um so einen schnellen Einsatz der Flugzeuge zu ermöglichen.
- 7 Vgl. Stefan Büttner, Geschichte des sowjetischen Militärflugplatzes Finsterwalde 1945–1993. In Finsterwalde Heimatkalender 2000, S. 43–53.
- 8 Vgl. „Towergebäude und sechs Flugzeughangars des ehem. Militärflughafens Finsterwalde, 03238 Schacksdorf, Landkreis Elbe-Elster“. Gutachtliche Äußerung des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum (BLDAM) vom 25.05.1997.
- 9 Ebd.
- 10 Vgl. Lausitzer Rundschau, Finsterwalder Rundschau v. 14.12.11.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1, 5–11: Matthias Baxmann; Abb. 2, 3: Repro: M. Baxmann, Ausstellung zur Geschichte des Flugplatzes; Abb. 4: Repro: M. Baxmann, Lageplan von Stefan Büttner, a.a.O.

## Das Luftwaffenbekleidungsamt in Bielefeld. Konversion in drei Schritten

CHRISTIAN HOEBEL

Das ehemalige Luftwaffenbekleidungsamt in Bielefeld ist ein Bau der Reichsluftwaffe. Mit seinen mehr als 45.000 Quadratmetern Nutzfläche war es nicht nur Logistikzentrum zur Annahme, Lagerung und Verteilung von Bekleidung für die Truppen der Luftwaffe, sondern auch Produktionsstätte. Die Planung erfolgte 1938, die Bauarbeiten begannen im März 1939, am 16. August 1940 waren sie beendet. Bestimmt war der Baukomplex für einen Betrieb von 50 Offizieren, 50 Beamten und 1.200 Arbeitern und Angestellten.

Der Bielefelder Baukomplex gruppiert sich im Süden um einen großen rechteckigen Innenhof, dem sich nördlich, etwas nach Westen versetzt, ein kleinerer anschließt. Im Norden bilden drei kammartig angeordnete Flügel den Abschluss. Zur Straße hat der Bau eine mehr als 100 Meter lange dreigeschossige Klinkerfassade, die durch einen Mitteltrakt gegliedert wird. Auffällig an der Straßenfront in ihrer ganzen Länge ist der betonte Verzicht auf Symmetrie. Der Mitteltrakt liegt nicht in der Mittelachse. Die jeweils dreiteiligen Einfahrten in die beiden Höfe sind einmal als Rechtecköffnungen im Klinkermauerwerk und einmal als Segmentbogenöffnungen mit Sandsteinrahmungen unterschiedlich gestaltet. Die Fassadenstruktur insgesamt wird durch den funktionsbedingten Wechsel von großflächigen Fenstern für die Arbeitssäle und den kleineren, hochrechteckigen für die Büros bestimmt.

Von 1945 bis 1992 wurde der im Krieg nur in Teilbereichen beschädigte Komplex – erst unter dem Namen Brixton Barracks, dann Richmond Barracks – von der Britischen Rhein-Armee als eines ihrer wichtigsten Nachschublager genutzt.

Nach kurzem Leerstand wurden zwei Drittel des Gebäudes für neue Nutzungen umgerüstet: Im Westflügel wurden in einem ersten Schritt Büros für die Zentrale Ausländerbehörde der Stadt Bielefeld und eine Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eingerichtet, in einem zweiten Schritt zwei Fachbereiche der Bielefelder Fachhochschule um den großen südlichen Innenhof angesiedelt. Für die rund 15.000 Quadratmeter Restnutzfläche konnte der Bund als Eigentümer bis zum Jahr 2009 keinen Nutzer finden; 2005 stellte er Überlegungen an, die ungenutzten Baukörper abzubauen. 2009 erwarb letztlich ein Bielefelder Investor diesen Bereich und führte die Instandsetzung und Umnutzung zum „Lenkwerk“ durch.

Heute bildet das Lenkwerk mit arrondierten Autowerkstätten, einer Gastronomie und Nebenflächen das Rückgrat der privaten Nutzung, alle anderen Flächen sind durch Büros beziehungsweise Magazinräume Bielefelder Museen belegt.<sup>1</sup>

### Anmerkungen

- 1 Kurztext aus der Broschüre Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt, Mai 2012.

## Umnutzung von Militärbauten in Hamburg – Vom Generalkommando des X. Armeekorps zum Sophienpalais

ALEXANDER KRAUß

Im heutigen Stadtgebiet existiert eine Vielzahl militärischer Bauten und ihrer Folgeeinrichtungen. Konzentrierten sich diese seit dem 19. Jahrhundert und bis 1933 allein in den ehemaligen preußischen Gebieten (wie zum Beispiel Altona, Wandsbek, Harburg und anderen), begann nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten eine überaus rege Bautätigkeit, mit der der „Führerstadt“ an der Elbe ein neues Gesicht verliehen und deren militärische Bedeutung ausgebaut werden sollte. Es entstanden zahlreiche neue Kasernen, Ausbildungs- und Verwaltungsstätten sowie Wohnsiedlungen in den Randgebieten, die heute zu einem großen Teil als denkmalgeschützwürdig erachtet werden. Später in der Regel von der Bundeswehr genutzt, mehren sich mit deren Verkleinerung und dem Rückbau von Standorten die Fragen nach Möglichkeiten der Weiter- und Umnutzung.

Ein aktuelles Beispiel stellt das Gebäude des ehemaligen Generalkommandos des X. Armeekorps und der Wehrverwaltung in der Sophienterrasse 14 dar (Abb. 1). Der Bau befindet sich im Gegensatz zu vielen anderen oder sogar den meisten Militärbauten in einer damals wie heute bevorzugten Wohnlage für sehr wohlhabende Hamburger, dem Stadtteil Harvestehude im Bezirk Eimsbüttel. Die NSDAP-Gauleitung (Alsterufer 27/28) und die Gauleiterresidenz (Harvestehuder Weg 12) befanden sich in unmittelbarer Nähe.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude kurzzeitig durch den Britischen Geheimdienst genutzt und ab 1955 von der neugegründeten Bundeswehr übernommen.

Der Entwurf für die Gesamtanlage – errichtet zwischen 1935 und 1937 – stammt vom Leiter der Bauabteilung der

Wehrkreis-Verwaltung X Oberregierungsbaurat Schweitzer, der zugleich auch die oberste Bauleitung innehatte, und Regierungsbaurat Thiessen. Die Anlage bestand ursprünglich aus dem Verwaltungsgebäude, mehreren Villen, einer Reitbahn, Stallungen, Garagenbau mit Werkstatt und Tankstelle, Mannschaftshaus und Casino (Umbau einer Villa). Eine Ausweisung als Ensemble ist nach Überprüfung des Denkmalwerts seinerzeit nicht erfolgt, sodass die dazugehörigen Wohnhäuser vom Chef des Stabes und vom Chef der Wehrkreisverwaltung bereits vor einiger Zeit abgerissen wurden.

Die Pläne für das Verwaltungsgebäude in der Bauprüfabteilung Eimsbüttel sind von den Architekten Hermann Distel (1875–1945) und August Grubitz unterzeichnet. Gemäß der zeitgenössischen Presse war das renommierte Hamburger Architekturbüro allerdings lediglich für die Bearbeitung der Fassadenteile des Hauptgebäudes zuständig. Es entstand eine Dreiflügelanlage in Form eines unregelmäßigen Doppel-T, dreigeschossig auf einem Sockelgeschoss. Der von der Straße weit zurückgesetzte Nordflügel wird dabei von einer fünfsachsigen Pfeilerhalle betont, die zusammen mit den bis zur Straße vorgezogenen Seitenflügeln zwei Ehrenhöfe bilden, die von einer bauzeitlichen Einfriedung eingefasst werden (Abb. 2). Die Fassadenflächen bestehen aus grün durchgefärbtem Edelputz und Muschelkalkplatten. Die Südfassade (Hofseite) ist dagegen deutlich schlichter gestaltet und wird durch einen Mittelrisalit, ein rustiziertes Sockelgeschoss und ein stark hervortretendes Kranzgesims gegliedert. Das Walmdach war schiefergedeckt.

„Die architektonische Gestaltung der Fassade des Hauptgebäudes zeigt bei Vermeidung von übertriebenem Aufwand Schönheit



Abb. 1 Verwaltungsgebäude Generalkommando des X. Armeekorps und Wehrkreisverwaltung (1935–37), Straßenfassade, Zustand Juni 2012.

und Würde. Diszipliniert und straff in der Form, technisch und hygienisch vollkommen, entsprechen die Bauten ihrem militärischen Charakter.“<sup>1</sup>

Trotz der Monumentalität des Gebäudes sind es gerade die verwendeten Details, die eine Plastizität der Fassaden entstehen lassen, die trotz der Fassadenlänge jegliche Monotonie vermeidet (Abb. 3 und 4).

Wie es am Außenbau zahlreiche bemerkenswerte Details gibt, so setzt sich dies auch im Inneren fort. Im Inneren sind es vor allem der weitgehend unveränderte Zustand der Grundrisse und die erhaltenen Einbauten aus der Entstehungszeit. Sämtliche Veränderungen in der Nachkriegszeit sind reversibel und beschränkten sich auch weitgehend auf das Überarbeiten der Oberflächen. So sind im Inneren aus denkmalpflegerischer Sicht das Haupttreppenhaus mit der Eingangshalle, die Nebentreppenhäuser und der Vortragssaal bemerkenswert (Abb. 5).

Kurz gesagt: Es handelt sich hierbei um das „einzige namhafte öffentliche Gebäude aus der Zeit des ‚Dritten Reichs‘ in Hamburg“<sup>2</sup>.

Dass sich dieses ehemalige Verwaltungsgebäude nicht per se für eine Wohnnutzung eignet, dürfte zumindest unter Denkmalpflegern bereits von vorherein klar gewesen sein.

„Rechts und links von der Eingangshalle dehnt sich die lange

Flucht der Diensträume, die spartanisch einfach ausgestattet sind und doch in ihren hellen Farbstimmungen einen freundlichen und wohnlichen Eindruck machen. In ihrer schlichten Sachlichkeit wirken auch die Räume des kommandierenden Generals und seines Adjutanten repräsentativ und behaglich zu gleich.“<sup>3</sup>

Wünschenswert wäre ein neuer Eigentümer und Nachnutzer gewesen, der Büro- oder Schulungsräume in großer Zahl benötigt. Nachdem ein angedachtes Hotelprojekt gescheitert war, wurde auf Grundlage eines städtebaulichen Gutachtens ein beschränkter hochbaulicher Realisierungswettbewerb durchgeführt, der bereits zum Ergebnis hatte, dass das Gebäude komplett entkernt werden sollte.

„Das Gebäude wird komplett entkernt, sodass im Inneren neue Wohnungen entstehen können.“<sup>4</sup>

Bei der Projektentwicklerin handelt es sich um die Frankonia Eurobau Investment Sophienterrasse GmbH, die mit dem Planungsteam Kister Scheithauer Gross Architekten und Stadtplaner GmbH aus Köln antrat. Die geplante Konversion vom militärischen Verwaltungsbau zu einem Wohngebäude im Luxussegment hat nach mehrjährigem Vorlauf – seit 2003 – und verschiedenen Planungen im letzten Jahr begonnen. Es sollen 105 Luxus-Wohnungen entstehen (Abb. 6). Die Eingangslobby und die Club-Lounge



Abb. 2 Ehrenhof, bauzeitliche Einfriedung, Detail, Juni 2012.



Abb. 4 Nordfassade, fünfschichtige Pfeilerhalle, Fenstergitter, Detail.



Abb. 3 Nordfassade, fünfschichtige Pfeilerhalle, Detail, Juni 2012.



Abb. 5 Eingangshalle mit Treppenhaus, Zustand Juni 2012.



Abb. 6 Straßenfassade, Zustand Oktober 2013.



Abb. 7 Hoffassade, Zustand Oktober 2013.

– es ist wohl der ehemalige Vortragssaal gemeint – soll von Karl Lagerfeld designt werden. 340 Millionen Euro sind als Baukosten veranschlagt.<sup>5</sup>

Der Erfolg einer Konversion beziehungsweise Nutzungsänderung hängt maßgeblich von den Partnern ab. Bestehen diese ausschließlich aus rein monetär getriebenen Projektentwicklern, beratenden Immobilienmaklern und anonymen zukünftigen Immobiliennutzern, dann ist ein höherer Verlust denkmalwerter Bausubstanz nach meiner Einschätzung oftmals zwangsläufig die Folge davon.

Fragwürdig wird in diesem Zusammenhang die Funktion der indirekten Fördermöglichkeiten von Denkmaleigentümern durch die sogenannte Denkmal-AfA (Abschreibung für Abnutzung), mit der auch hier im Vorfeld ganz massiv die Käuferschaft umworben wurde. Die Denkmal-AfA soll – so ist es vom Gesetzgeber gewollt – eigentlich dem Eigentümer den mit der Instandhaltung eines Denkmals oftmals verbundenen Mehraufwand wenigstens ansatzweise ersetzen. Aber seit die Denkmal-AfA eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten ist, die Steuerlast für entsprechende Bevölkerungsschichten teilweise ganz erheblich zu senken, hat sich darauf wieder einmal eine ganze Schar von Immobilienmaklern

und Projektentwicklern spezialisiert, rund um dieses Steuereinsparmodell eine ganze Produktpalette zu entwickeln. Den ernsthaften Erhalt von denkmalwerter Bausubstanz haben diese Projektsteuerer und -entwickler dabei selten oder nie im Blick. Es gibt die entsprechenden Anwaltskanzleien, einen qualifizierten Denkmalgutachter und zuletzt natürlich auch noch den Versuch, politischen Druck auszuüben, um ihre im Sinne des Denkmalerhalts teilweise abstrusen Vorstellungen durchzusetzen.

Die mit dem neuen Adressatenkreis zwangsläufig verbundenen Forderungen nach maximalem Wohnkomfort führen schnell an die Grenzen einer denkmalgerechten Konversion (Abb. 7). Zitat aus der Werbung des Projektentwicklers:

„Das weit über die Grenzen von Hamburg hinaus bekannte historische Gebäude wird in Abstimmung mit dem Denkmalschutz entkernt, sorgfältig neu strukturiert, modernisiert und mit zweigeschossigen Panorama-Penthouses, den sogenannten Skydecks, aufgestockt. Die klassische Fassade, der repräsentative Vestibülbau und die Ehrenhöfe werden stilvoll saniert. Die dem Park und der Südseite zugewandten bis zu drei Meter hohen Palaiswohnungen werden mit einer raumhohen Verglasung und vorgelagerten Terrassen und Balkonen zum Grün des Parks geöffnet.

Abb. 8 Sophienpalais, „Denkmalrest mit Baudenkmalqualität“.



Dadurch entstehen große, repräsentative Wohnungen mit lichtdurchfluteten Wohn- und Aufenthaltsräumen in einer absolut außergewöhnlichen Kombination historischer und modernster Architektur“ (Abb. 8).<sup>6</sup>

Es sollen bis zu 15.000 Euro pro Quadratmeter als Kaufpreis erzielt werden, was ein neuer Spitzenwert in Hamburg wäre. Die Aussage „Denkmalpflege als Wirtschaftsfaktor“ bekommt gerade hier in Hamburg eine ganz neue Bedeutung. Ganz allgemein formuliert ist festzustellen, dass nach Ablauf des beschriebenen

Szenarios hinterher kein Stein mehr auf dem anderen steht, sind die Gebäude gern etwas höher, länger, breiter oder alles zugleich, und die Sozialstruktur ist eine gänzlich andere.

Während es 2005 hieß: „Bisher hat sich noch kein ernsthafter Interessent für ‚Sophie‘ gefunden. Potentielle Käufer wurden nach Angaben von Militärs stets durch die strikten Auflagen des Denkmalschutzes abgeschreckt.“<sup>7</sup> ist am Ende von den vermeintlich strikten Auflagen ein „Denkmalrest mit Baudenkmalqualität“<sup>8</sup> geblieben.

## Anmerkungen

- 1 Siehe: Hamburger Tageblatt, 1. Februar 1937.
- 2 Siehe: Hipp, Herrmann: Harvestehude/Rotherbaum, Hamburg 1976, S. 81.
- 3 Siehe: Hamburger Anzeiger, 1. Februar 1937.
- 4 <http://www.hamburg.de/stadtplanung-eimsbuettel/2877918/sophienterrasse-artikel.html>.
- 5 Vgl. Hamburger Abendblatt, 1. März 2012.
- 6 Vgl. Sophienpalais – Verkaufseröffnung ab 3. März 2012, in: Abendblatt, 3./4. März 2012, S. 47.
- 7 Vgl. Bundeswehr verlässt „Sahngrundstück“ Sophienterrasse, in: Die Welt, 15. November 2005.
- 8 Begrifflichkeit aus den Bescheinigungsrichtlinien zur Anwendung der Denkmal-AfA, vgl. Amtlicher Anzeiger Nr. 15, Freitag, den 18. Februar 2005, S. 321.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1–8: Alexander Krauß



## Impulse aus der Denkmalpflege für nachhaltigen Klimaschutz

ROSWITHA KAISER

Kein anderes Thema trifft das Selbstverständnis und die geisteswissenschaftlichen Wurzeln der Denkmalpflege so in ihrem Kern wie die neuen Herausforderungen für den geschützten Baubestand durch Klimaschutzpolitik und die Energiewende.

Zertifizierungsstelle  
Energieberater für Baudenkmale

### Leitfaden zur Fortbildung

#### Energieberater für Baudenkmale und für sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz im Sinne des § 24 EnEV 2009



Denkmalpflegerische Grundsätze wie Eingriffsminimierung, Reversibilität von Maßnahmen, Wahrung der gestalterischen Integrität helfen wenig, wenn sie im Falle zwingender anderer öffentlicher Belange nicht den Weg in eine umsetzbare Praxis finden. Durch weitverzweigte Netzwerkarbeit konnten wir in den letzten beiden Jahren zwei Ansatzpunkte finden, um den Belangen von Denkmalschutz und Denkmalpflege zu besserer Durchsetzung im Rahmen der oben genannten Anforderungen zu verhelfen. Ein Hebel konnte bei der Förderpolitik des Bundes im Kontext der vereinbarten Klimaschutzziele angesetzt werden. Der zweite Hebel wurde geschaffen bei der Qualifizierung der Fachleute, die für Beratung, Planung und Projektbegleitung als Gebäudeenergieberater tätig sind. Die erzielten Verhandlungsergebnisse werden Ihnen als Schlaglichter bekannt sein, über die damit verbundenen Diskussionen, offenen Fragestellungen und den aktuellen Sachstand möchte ich Sie heute informieren, weil wir uns als Vereinigung der

Landesdenkmalpfleger zu diesen, unsere Aufgaben grundlegend berührenden Herausforderungen konzertiert äußern müssen.

Bei der Gestaltung des neuen Fördersegments Effizienzhaus Denkmal der KfW-Bankengruppe (KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau) in Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (BMVBS) haben wir ein Einlenken auf die Möglichkeiten der baulichen Energieeffizienzsteigerung beim geschützten Bestand erreichen können. Metaphorisch bemerkt: Mehr Förderung des Seniorensports als des Spitzensports. Man kann der Politik in diesem Zusammenhang die Einsicht unterstellen, dass sie bei gegebenen Verhältnissen von 1 Prozent jährlichem Gebäudezuwachs und 99-prozentiger baulicher Aktivität im Bestand erkannt haben könnte, dass es ein hohes Risiko wäre, sich der „systematischen Verkürzung von Lebens- und Gebrauchsdauern im Bauwesen“<sup>1</sup>– „wegen der damit verbundenen Stoffflüsse und gesellschaftlichen Verluste.“<sup>2</sup> Wir haben ein Ressourcenproblem, kein Energieproblem.

Die langfristigen und immateriellen Dienste, die der Denkmalbestand der Gesellschaft leistet, indem er sie verortet, ihr Orientierung verschafft, spielte in den Gesprächen keine Rolle. Hier besteht durchaus für uns noch Aufklärungsarbeit. Die negative Erfahrung der Fördergeldgeber, dass die Projektergebnisse und Projektqualität in der Vergangenheit bei vielen Maßnahmen nicht erreicht werden konnten, beförderte den gemeinsamen Anspruch der Verhandlungspartner, Überprüfungsmechanismen und Qualifizierungsbestrebungen der Berater im Programm zu etablieren.

Der Start des neuen Fördersegmentes der KfW-Bankengruppe im Rahmen des vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) finanzierten Programms „Energieeffizient Sanieren“ erfolgte zum 1. April 2012. Es ist für alle Eigentümer von Baudenkmalen und sonstigen besonders erhaltenswerten Gebäuden von Interesse, die ihre Wohnimmobilie energetisch ertüchtigen wollen. Die Beantragung der KfW-Fördermittel als Kredit oder Zuschuss für die geplante Investitionsmaßnahme muss über den neu im Programm etablierten „Energieberater für Baudenkmale“, künftig „Sachverständiger für die KfW-Programme“, erfolgen, der damit zugleich für Planung und Durchführung der Maßnahmen die Verantwortung trägt. Die Übersicht über die in Frage kommenden Energieberater wird in einer von der Koordinierungsstelle „Energieberater für Baudenkmale“, künftig Koordinierungsstelle „Fördersegment Effizienzhaus Denkmal“, geführten Liste vorgehalten. Diese ist auch zentral bei der Deutschen Energie Agentur (dena) abrufbar, was Wunsch des Fördergeldgebers war.

#### Wer und was werden gefördert?

Gefördert werden können energetische Sanierungsmaßnahmen bei bewohnten Baudenkmalen, die nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften der Landesdenkmalschutzgesetze als schützenswert erfasst sind. Auskunft über den Schutzstatus erteilen die nach Landesrecht zuständigen Behörden. Für die formale Ausweisung

besonders erhaltenswerter Bausubstanz sind die Kommunen zuständig. Im KfW-Formular 6000002248 sind verschiedene Kriterien für die Ausweisung dieser Gebäudekategorie aufgelistet, so etwa Gebäude, die wegen ihres Baualters oder ihrer besonderen (städtebaulichen) Lage ortsbild- oder landschaftsprägend sind. Das Niveau der neuen Förderstufe „Effizienzhaus Denkmal“ entspricht dem des KfW-Effizienzhaus 115. Der Zielwert für den zu erreichenden Primärenergiebedarf ist jedoch auf 160 Prozent festgelegt.

Auf einen Anforderungswert an den mittleren Wärmedurchgang der wärmeabgebenden Gebäudehülle wurde verzichtet, um die Integrität von Substanz und Erscheinungsbild dieser Gebäude bestmöglich wahren zu können und den Druck von der Fassade zu nehmen. In der Planung zum Förderantrag sind die verfahrensrechtlich zulässigen und durchführbaren energetischen Maßnahmen zur optimalen Reduzierung der Transmissionswärmeverluste nachzuweisen. Die Anforderungen gelten als erfüllt sofern eine weitere Reduzierung des Transmissionswärmeverlustes aufgrund von behördlichen Auflagen nicht durchführbar ist. Maßnahmen über das Anforderungsniveau der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009 an die Gebäudehülle für den Baubestand sind für dieses Fördersegment nicht zur Bedingung gemacht. Zur Reduzierung der Transmissionswärmeverluste sind an mindestens zwei unterschiedlichen Bauteilen der Gebäudehülle bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz durchzuführen. Maßnahmen an Gebäudeteilen ohne Auflagen aus Gründen des Denkmalschutzes oder des Schutzes besonders erhaltenswerter Bausubstanz müssen nach den Anforderungen der geltenden Energieeinsparungsverordnung behandelt werden. Die Einsatzmöglichkeit erneuerbarer Energien ist bei den Konzepten zum „Effizienzhaus Denkmal“ ebenfalls zu überprüfen. Sofern der Zielwert des Jahres-Primärenergiebedarfs von 160 Prozent nachweislich nicht erreicht werden kann, ist eine Antragstellung für das KfW-Effizienzhaus dennoch möglich, wenn der Energieberater belegen kann, dass er alle mit den Anforderungen des Denkmalschutzes beziehungsweise des Schutzes der besonders erhaltenswerten Bausubstanz zu vereinbarenden Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz durchführen lassen wird.

Neben den denkmalfachlich zu bevorzugenden Gesamtkonzepten zur energetischen Sanierung sind auch Einzelmaßnahmen an Bauteilen förderfähig. Für Baudenkmale und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz sind in der Anlage „Technische Mindestanforderungen“ des KfW-Merkblattes 6000002246 Ausnahmeregelungen zur Fenstererneuerung und Wärmedämmung von Wänden definiert. Der Wärmedurchgangskoeffizient der Wand mit Innendämmung darf danach max. 0,45 W/(qmK) betragen. Bei Ertüchtigung von Fenstern ist ein U-Wert von 1,6 W/(qmK) einzuhalten, dürfen diese ausgetauscht werden, gilt ein strengerer Wert von 1,4 W/(qmK). Nach wie vor ist die Förderung von Maßnahmen an Einzelbauteilen aus Sicht der AG Bautechnik der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (VdL) als kritisch anzusehen; sie entspricht allerdings der gängigen Sanierungspraxis.

#### **Wer kann auf die Liste der Energieberater für Baudenkmale?**

Ein Arbeitskreis verschiedener in der Denkmalpflege tätigen Institutionen hatte sich im April 2011 bei der Geschäftsstelle des

Deutschen Nationalkomitees (DNK) auf deren Einladung zusammengefunden, um ein geeignetes Fortbildungsmodul für Energieberater für Baudenkmale und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz zu entwickeln. Die Notwendigkeit einer besonderen qualifizierten Planungs- und Beratungsleistung zur energetischen Ertüchtigung für die Baudenkmale ist uns allen bewusst. Im Dezember 2011 wurde der Leitfaden zur Fortbildung zum Energieberater für Baudenkmale durch die Geschäftsstelle des DNK veröffentlicht.<sup>3</sup> Gleichzeitig wurde in Abstimmung mit dem BMVBS und der KfW-Bankengruppe eine Koordinierungsstelle Energieberater für Baudenkmale bei der Wissenschaftlich-Technischen Arbeitsgemeinschaft für Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege (WTA) und der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (VdL) eingerichtet. Vertragspartner der KfW für die Einrichtung dieser Stelle ist die WTA, aus formalen Gründen nicht die VdL.

Die Architekten- und Ingenieurkammern der Länder, vertreten durch die Bundesarchitektenkammer und die Bundesingenieurkammer waren an der Erarbeitung des Fortbildungsmoduls nicht beteiligt, sollen aber im Rahmen einer partnerschaftlichen Mitarbeit in der Koordinierungsstelle mitwirken. Ein großes Problem ist nach wie vor die generelle Ablehnung der Listungspflicht durch diese berufsständischen Organisationen öffentlichen Rechts schon vor Einführung des Fördersegments Effizienzhaus Denkmal. Seit November 2011 wird mit Bundesarchitektenkammer (BAK) und Bundesingenieurkammer (BInGK) von WTA, VdL und teils DNK gemeinsam mit BMVBS und KfW hart über die Eingangsvoraussetzungen zur Erstlistung bislang ohne durchschlagenden Erfolg verhandelt. Seit Veröffentlichung des neuen Förderbausteins muss die Arbeit der Koordinierungsstelle laufen, auch ohne förmliche Beteiligung der Kammern. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) bewilligte dankenswerterweise eine Förderung zum Aufbau der Koordinierungsstelle über die ersten beiden Jahre an die WTA. Die VdL ist Kooperationspartner. Durch diese Unterstützung wird es möglich sein, den Gesamtprozess in die breite Diskussion zu bringen und zu evaluieren. Alle Beteiligten gehen davon aus, das das KfW-Fördersegment „Effizienzhaus Denkmal“ ein lernendes Programm sein muss.

Die Koordinierungsstelle ist zurzeit für die Prüfung von Anträgen in eine temporär bis zum 31.12.2012 gültige Erstliste von geeigneten Energieberatern zur Durchführung des neuen KfW-Programms zuständig, da die künftig für die Listung zwingend zu durchlaufenden Fortbildungsangebote derzeit noch in der Entwicklung sind.

Anträge auf Zulassung von Fortbildungsangeboten liegen schon vor, erste Kurse werden voraussichtlich im Herbst unter anderem in Sachsen, Bayern und Hessen starten. Primäre Voraussetzung zur Listung ist zunächst ein abgeschlossenes Studium der Architektur, Bauingenieurwesen, Technische Gebäude Anlagen (TGA), Bauphysik oder nach jetzigem Vereinbarungsstand der übrigen im §21 Abs. 1, Nr. 1 und 2 der EnEV 2009 genannten Fachrichtungen. Zusätzlich notwendig ist eine abgeschlossene Weiterbildung als Energieberater mit einer Bundesamt für Ausfuhrkontrolle (BAFA)-Berater-Nummer oder Erfüllung der Qualifizierung gemäß BAFA-Richtlinie „Vor-Ort-Beratung“, alternativ ein Studium mit

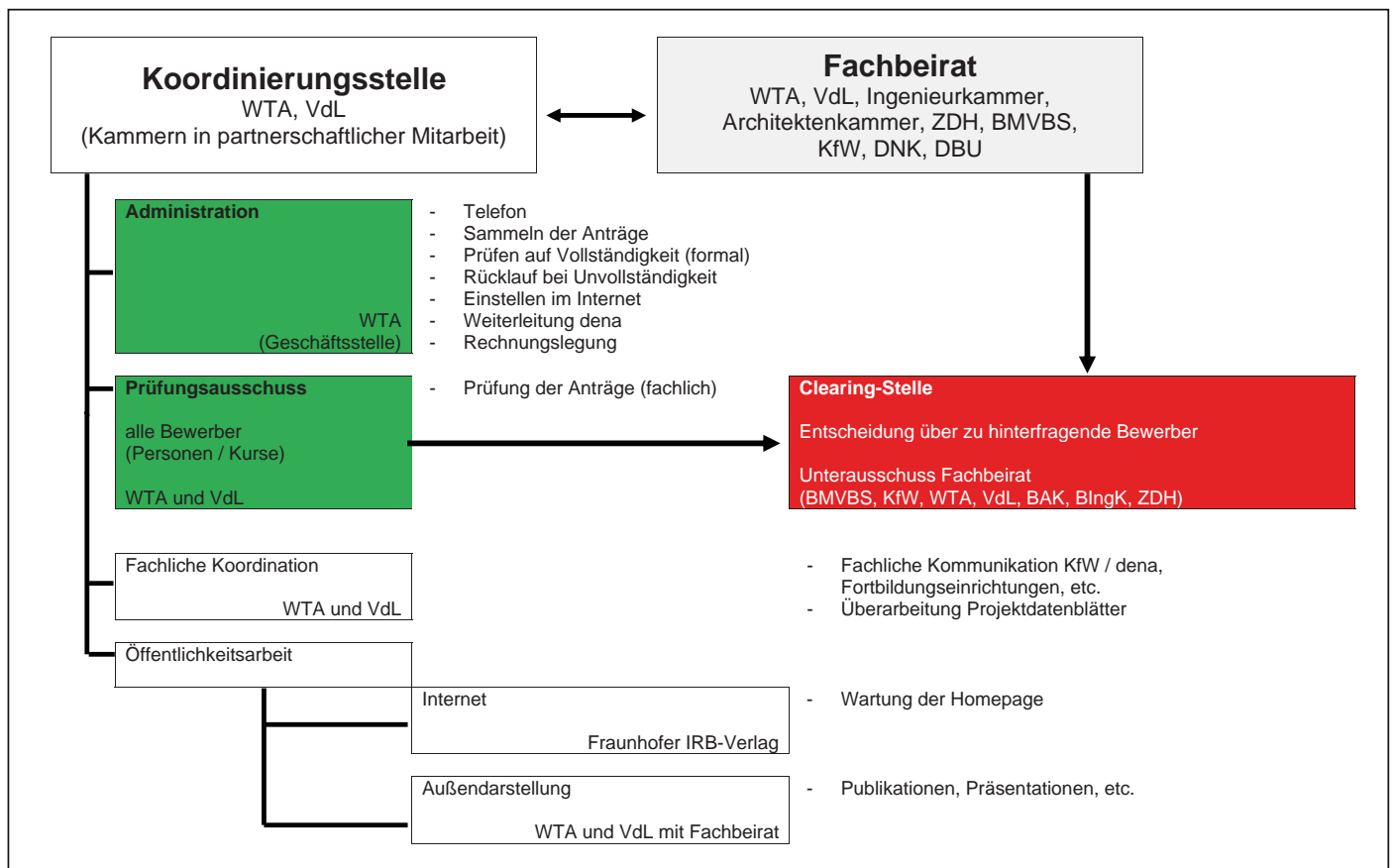
anerkanntem diesbezüglichem Schwerpunkt. Von den Antragstellern sind darüber hinaus drei Formulare auszufüllen, die ihre Ausstellungsberechtigung nach §21 EnEV, ihre Unabhängigkeit und das Einverständnis zur Datenweitergabe betreffen. Primäres Kriterium zur Erstlistenaufnahme ist jedoch der Nachweis von entsprechender Erfahrung im Bereich der energetischen Sanierung von Baudenkmalen und sonstiger erhaltenswerter Bausubstanz, die durch den Nachweis von mindestens drei Projekten aus den letzten acht Jahren, davon eines aus den letzten drei Jahren, mit Angaben in Projektdatenblättern zu überprüfen sind. Die zurzeit noch im Internet abrufbaren Projektdatenblätter sind in der Arbeitsgruppensitzung der AG Bautechnik Anfang Mai in Schleswig-Holstein präzisiert worden, um die Referenzen besser überprüfen zu können. Einzelne Komponenten des Aufnahmeverfahrens, etwa die Anerkennung aufgrund besonderer Sachkunde, sind noch in der Diskussion. Geplant ist, dass Personen, die als öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige für Denkmalpflege, im Hochschulbereich für dieses Fach Verantwortliche und auch besonders qualifizierte, in die Berufsgruppe nach § 21 Abs. 1, Nr. 3 ff. EnEV gehörende, künftig gelistet werden können. Die Aufnahmekriterien werden sich also im Detail noch ändern können. Für die Listung wird eine Bearbeitungsgebühr zur Kostendeckung erhoben. Aktuell sind 100 Personen bundesweit auf der Liste. Nach Informationen der KfW-Bankengruppe vom 25. Mai liegen 90 Anträge/Bewilligungen für Förderungen aus dem Segment „Effizienzhaus Denkmal“ vor.

Neben der zeitlich begrenzten Möglichkeit, über Referenzen

gelistet werden zu können, soll primär der Weg über die Listung durch die Absolvierung der bereits genannten Fortbildung zum Energieberater für Baudenkmale beschritten werden. Nach den Vorstellungen der Architekten- und Ingenieurkammern der Länder soll auch dauerhaft ein Listenzugang über Referenzen möglich bleiben. Hierzu sind zurzeit Anerkennungsschemata für „Sachverständige für die KfW-Programme ‚Energieeffizientes Bauen und Sanieren‘ für Baudenkmale und für besonders erhaltenswerte Bausubstanz gemäß § 24 EnEV 2009“ und für die Fortbildung in Bearbeitung, die mit dem BMVBS, der KfW-Bankengruppe und auch mit den Architekten und Ingenieurkammern abgestimmt werden. Die Anerkennung von Absolventen und Fortbildungsangeboten wird auch zeitlich begrenzt ausgesprochen und bedarf nach Ablauf der Gültigkeit einer Relistung beziehungsweise Verlängerung.

### Was soll Inhalt der Fortbildung sein?

Struktur und Gliederung des Leitfadens zur Fortbildung folgen dem Grundsatz einer Interdisziplinarität mit dem Ziel, von Planungsbeginn an die am Denkmal und seiner Bedeutung ausgerichteten möglichen energetischen und klimapolitischen Einsparziele bautechnisch und bauphysikalisch sicherzustellen. Das erste der sieben Lehrgangsmodule ist folglich der Vermittlung von Grundlagen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege gewidmet. Hinweise auf denkmalpflegerische Grundsätze wie Einzelfallbetrachtung, Eingriffsminimierung und Reversibilität von Maßnahmen zeugen von den Besonderheiten im Umgang mit dem geschützten Bestand. Der



Ablauf der Antragstellung:

Ablauf	Was	Wer	Wohin
1	Antragstellung	Bewerber an WTA	2
2	Formelle Prüfung (Vollständigkeit)	WTA (Geschäftsstelle)	3 oder 4
3	Nachforderungen	WTA (Geschäftsstelle)	1
4	Weiterleitung	WTA (Geschäftsstelle)	5
5	Prüfungsausschuss – fachliche Prüfung aller Anträge	Sprecher des Prüfungsausschusses	6 oder 7
6	Clearingstelle zu hinterfragende Bewerber	Sprecher der Clearingstelle (Entscheidung)	7
7	Ergebnis Prüfung	WTA (Geschäftsstelle)	1 und 8
8	Einstellen im Internet Weiterleitung dena (Abgleich) Rechnungstellung	WTA (Geschäftsstelle)	

zweite Block bedarf der ständigen Aktualisierung, da er sich mit Möglichkeiten der Förderung auseinandersetzt. Ein Exkurs geht im dritten Block auf Gesetze, Verordnungen und Richtlinien ein, die im Zusammenhang mit denkmalrechtlichen Verwaltungsverfahren Beachtung finden müssen. Zwei weitere Module sind dann den naturwissenschaftlichen und speziell den bauphysikalischen Inhalten des Weiterbildungsangebotes gewidmet. Der Schwerpunkt liegt auch hier in der Kenntnisvermittlung der Besonderheiten beim Umgang mit historischem Baubestand. Hinweise zur Fachwerkbauweise und zu Bauschadensforschung seien hier beispielhaft erwähnt. Modul fünf bezieht sich auf die Konzeption von denkmalverträglichen bauphysikalischen Maßnahmen, während der darauffolgende Block noch über die Betrachtung des Einzelgebäudes hinauszielt und die Standortparameter im Quartier und unter anderem die Lebenszyklusbetrachtung des Gebäudes einschließt.

Das letzte Modul schließlich vermittelt in abstrahierender Form die Grundlagen des denkmalspezifischen Planungs- und Instandhaltungskonzepts, die der Sachverständige in seiner Rolle

als Projektsteuerer kennen muss. Die deckungsgleichen Inhalte bestehender Fortbildungsangebote von Akademien der Kammern und anderer Fortbildungseinrichtungen können selbstverständlich zukünftig für die Listung der Absolventen Anerkennung finden.

Die öffentliche Aufmerksamkeit des neuen Förderbausteins ist positiv und groß. Durch die Ausweitung auf besonders erhaltenswerte Bausubstanz ist ein nennenswerter Markt entstanden, den einzelne Interessengruppen für sich beanspruchen. Eine kontinuierliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ist daher unverzichtbar, kostet aber viel Energie und Zeit.

Das KfW-Programmsegment Effizienzhaus Denkmal wird sicherlich von vielen Denkmaleigentümern in Anspruch genommen werden, da es den Besonderheiten des historischen Baubestandes Rechnung trägt. Der im Programm etablierte verantwortliche Sachverständige soll langfristig eine hohe fachliche Qualität und Nachhaltigkeit der Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz garantieren. Das wäre ein großer Erfolg für Denkmalbesitzer, Denkmalschützer sowie vor allem für die Bau- und Denkmale selbst und ihren Erhalt für kommende Generationen.

#### Anmerkungen

- 1 Uta Hassler (Hg.), Langfriststabilität. Beiträge zur langfristigen Dynamik der gebauten Umwelt. Zürich 2011, S. 28.
- 2 Ebda.
- 3 Siehe: [www.energieberater-denkmal.de](http://www.energieberater-denkmal.de).

## Von der norddeutschen Backsteinkultur zur gedämmten Scheinkultur oder Wie die norddeutschen Wohnreformsiedlungen der Weimarer Republik zum dritten Mal zerstört werden.

HANS-GÜNTHER BURKHARDT

Die Bedeutung der Wirkung einer Zerstörung erfordert zunächst die Herausarbeitung des Wertes der Substanz, die angegriffen wird: die 1920er-Jahre-Siedlungen Hamburgs und der ehemaligen preußischen Randgemeinden, die, das sei vorweggenommen, einige Besonderheiten gegenüber anderen Siedlungen im deutschen Sprachraum aus jener Zeit aufweisen. Um diese Eigenheiten soll es deshalb nachfolgend vorrangig gehen.

Betrachten wir also die gefährdeten Siedlungen in ihrer ursprünglichen Gestalt, mit der damals beabsichtigten – allgemein gesprochen – gesellschaftlichen Zielstellung, und den Rahmenbedingungen, die Fritz Schumacher sowie etwas später, Gustav Oelsner in Altona, stellvertretend für die preußischen Randstädte vorfanden. Der Zeitraum reicht von 1917, dem inoffiziellen Beginn Schumachers als städtebaulicher Planer beziehungsweise 1924, der eigentlichen Realisierungsphase, nach der Einführung der Reichsmark und der offiziellen Zuständigkeit Schumachers und Oelsners für den Städtebau für ihre eng ineinander verzahnten Städte bis 1933. Dann wurden beide, sowie ihre wichtigsten Mitstreiter, aus dem Amt entfernt.<sup>1</sup>

In beiden Städten waren die Flächenreserven für Stadterweiterungen eng begrenzt. Schumacher hatte es darüber hinaus praktisch ausschließlich mit bereits gründerzeitlich verplanten, ja zum Teil halberschlossenen Gebieten zu tun. Auch hatte er – anders als Oelsner – immer mit einem sozialliberalen Senat zu tun, der in Fragen der Bodenpolitik nicht so radikal denken mochte, wie

der junge Sozialdemokrat Max Brauer in Altona.<sup>2</sup> Lediglich die am Rande gelegenen Gartenstädte Langenhorn und Berne sind auf ungeplanten Flächen – allerdings mit Bahnanschluss – entstanden. Alle anderen Quartiere, mit immerhin circa 60.000 Wohneinheiten, sind auf komplett neu geordneten Flächen, aber in der ursprünglichen Dichte, sehr urban und stadtnah, in der Zeit von 1924 bis 1932 entstanden.<sup>3</sup>

Schumachers Verdienste dabei sind, städtebaulich betrachtet, drei Merkmale: Die Herausarbeitung von alle Teile der Quartiere verbindenden, öffentlichen Freiräumen, statt des bis dato spärlichen Grünsaumes um die obligatorische Quartierskirche. Die Verknüpfung dieser Grünzüge mit den Schulen, die als kulturelle und soziale Zentren gedacht und in allen Fällen gebaut wurden – eine Neuerung, die es in diesem Umfang in keiner anderen deutschen Großstadt gegeben hat. Schumacher hat sich dieser Architekturaufgabe selbst gewidmet, 21 Schulen sind von ihm zwischen 1924 und 1932 gebaut worden. Hamburg entdeckt gerade wieder die multifunktionale Stadtteilschule. Alles schon einmal da gewesen und vielfach durchgängig – ohne näheres Wissen der Behörde – bis heute so empfunden und praktiziert. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Hamburger Siedlungen stellt die enge Verknüpfung der neuen Quartiere mit dem, durch den Ersten Weltkrieg und Schumachers Wirken abrupt beendeten, gründerzeitlichen Städtebau dar. Schumacher, der im Verurteilen des Historismus seinen jüngeren Reformkollegen in nichts nachstand, hat im Gegensatz zu



Abb. 1 Übergang vom gründerzeitlichen Städtebau im Vordergrund zum neuen Quartier Dulsberg, Luftaufnahme von 1932.

den meisten aus diesem Kreis, keine städtebaulichen Brüche provoziert, sondern die Stadt, trotz allem Streben nach neuen Ufern, als Kontinuum begriffen. So finden sich eine Fülle von sorgfältig durchgeplanten Übergängen vom Gründerzeitlichen ins Neue, mit einer Vielzahl kleiner Korrekturen im Bestand, zugunsten besserer Belichtungsverhältnisse und Freiflächen. Die freigekämpften, großen Grünräume legt er allerdings immer in die Mitte der neuen Quartiere, sozusagen als Startgeschenk an das erhoffte bessere, neue Stadtleben für die „breiten Kreise“ der Bevölkerung. Schumacher war einer der wenigen Reformer, für den die Großstadt als positiv wirkender Lebensraum nicht nur denkbar, sondern das Hauptziel der neuen Staatlichkeit darstellte (Abb. 1).<sup>4</sup>

Schumacher greift mit diesem Ansatz auf seine kurz zuvor in Köln entwickelten Stadterweiterungsplanungen zurück, die er für, oder besser mit, Konrad Adenauer zwischen 1919 und 1922 entwickelt und in dem 1923 erschienen, heute weitgehend vergessenen Standardwerk für den Städtebau im deutschsprachigen Raum, „Köln, Entwicklungsfragen einer Großstadt“ auf 315 Seiten mit 158 Planaufnahmen veröffentlicht hat.<sup>5</sup> Die dort demonstrierte städtebauliche Denkweise, das Alte mit dem Neuen kraftvoll zu verknüpfen, hätte, wenn häufiger praktiziert und weniger verleumdet, viel Unheil an unseren Städten vermieden und wäre auch heute noch das richtige Rezept für die so sehnsüchtig herbeigeredete „europäische Stadt“.

Oelsner, mit Schumacher im engen, ja freundschaftlichen Kontakt, macht städtebaulich ähnliches, betreibt den Wohnungsbau mit der neu gegründeten kommunalen SAGA weitgehend selbst und schafft, mit Hilfe Max Brauers, ein Netz aus großzügigen Grünflächen, meist aus dem Bestand ehemaliger Villenparks der begüterten Hamburger Kaufleute, entlang dem Elbhochufer, statt deren Flächen vollständig aufzuparzellieren, wie es zuvor üblich geworden war.

Vergleicht man diese städtebaulichen Ansätze mit jenen in Berlin oder Frankfurt, die ja bis heute als Vorbild weit mehr erhalten müssen als die Hamburger Quartiere, dann wird deutlich, dass diese weit mehr mit dem aktuell diskutierten Modell der kompakten Stadt zu tun haben, als die oft vorstädtischen Siedlungen, wie sie gerade Ernst May in Frankfurt idealisiert hat. Die Wiener Siedlungen, zwar ähnlich dicht wie jene in Hamburg, sind aber geradezu feindlich abgeschottet von der umgebenden historischen Situation und bis heute sozial auch so empfunden.

An diese erste Besonderheit fügt sich eng verknüpft eine zweite Eigenart, deren Ursachen sowohl mit den vorgefundenen, als auch im Wandel begriffenen gesellschaftlichen Zuständen, aber auch mit Schumachers städtebaulichen Realisierungsphilosophie zu tun haben: Wie und mit wem baut man neue Großstadtquartiere? Schumacher hatte es mit einer Vielzahl von alten und neu formierten Bauherren zu tun: private Eigentümerkonsortien aus der Vorkriegszeit, alten und neuen Genossenschaften und Neugründungen der diversen gewerkschaftlichen und sonstigen, meist parteipolitisch eingebundenen, Vereinigungen sowie den in den Hansestädten besonders tradierten Stiftungen. Hamburg hat im Gegensatz zu vielen preußischen Städten, so auch Altona und Harburg, damals darauf verzichtet eine eigene große kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu entwickeln. Schumacher musste also

ein Planungssystem entwickeln, dass diese Vielfalt an Bauherren und deren Architekten unter ein zusammenwirkendes „Dach“ versammeln konnte, ohne dass die für das Allgemeinwohl zuständige öffentliche Hand den lenkenden Einfluss aufgab. Hier brachte die Verfassung der Weimarer Republik einen deutlich höheren Anspruch an Staatseinfluss, als es in der ständestaatlich geprägten Hansestadt vor dem Krieg üblich war, in der die Grundbesitzerklasse durch das Dreiklassenwahlrecht in Baufragen das Sagen hatte.

Er hat dafür zwei Mittel entwickelt, ein gestalterisches und ein organisatorisches. Statt auf einen architektonischen Stil zu setzen,<sup>6</sup> hat er mit der Vorgabe des Materials Backstein ein ortstypisches und verbindendes Gestaltungselement eingeführt, welches im Übrigen für alle Randgemeinden durch seine sorgfältige Kommunikation weitgehend übernommen wurde. Schumacher hat damit einerseits die individuelle Kreativität der Elite der Hamburger Architekten – sie waren damals die Hauptauftragnehmer der Wohnungsbaugesellschaften – angeregt und andererseits mit dem Material Backstein das Gestaltungsziel eines „harmonischen“, „nordischen“ Stadtbildes erreicht.<sup>7</sup> Mit dieser Vielfalt in der Einheit, um ein heute gern gebrauchtes Synonym für die europäische Stadt zu gebrauchen, hat er nachgewiesen, dass die Reformbewegung aus der Vorkriegszeit eine weit breitere Akzeptanz reichweit hätte entfalten können als es die von Streit beherrschte Entwicklung mit ihren Auswirkungen bis in unsere Tage tatsächlich aufgewiesen hat.<sup>8</sup>

In den skandinavischen Ländern, die vom Werkbund mitgeprägt worden sind, hat es diese Konfliktsituation so nicht gegeben. Es ist interessant, dass durch Schumachers Einfluss – über seinen in Köln verbliebenen engen Mitarbeiter Wilhelm Arntz – nach seinem Weggang 1923 dort eine Reihe von Quartieren entstanden sind, die ähnlich vielfältige Stilelemente aufweisen, sie werden derzeit sorgfältig modernisiert.<sup>9</sup>

Das zweite, organisatorisch geprägte Mittel war seine Methode der „elastischen“ Städtebauplanung. Im Prinzip handelt es sich hier um eine dreistufige Bauleitplanung: Generalbebauungsplan, vorläufiger Bebauungsplan und endgültiger Plan, in zeitlich enger Verbindung mit dem jeweiligen Hochbau. Emil Maetzel, Schumachers Leiter der Städtebauabteilung, hat dafür aus Plastolin gefertigte Modelle für jedes Quartier entwickelt, an denen sich, ohne großen Aufwand, die individuellen Ausformungen und Gestaltungsvorschläge von Bauherren und Architekten darstellen, diskutieren und endgültig entscheiden ließen.

So konnten auch die vielen kleineren städtebaulichen Wettbewerbe – ohne Baurechtsänderung – integriert werden. Schumacher sprach vom „Dirigat“, wenn er von seiner städtebaulichen Arbeit berichtet hat. So lassen sich auch die unerschöpflichen Varianten für Blockecken erklären, wie man sie in keiner anderen deutschen Stadt finden kann. Schumachers Einfluss wird man auch vermuten dürfen, wenn man sich mit dem ersten Entwurf für ein reichseinheitliches Städtebaugesetz aus den 1920er Jahren befasst, in dem diese Dreistufigkeit vorgeschlagen wird.<sup>10</sup> Das spätere Bundesbaugesetz hat dies leider nicht übernommen, anders als in den Niederlanden und den meisten skandinavischen Ländern, die

danach mit sehr viel schlüssigeren städtebaulichen Ergebnissen in der Vergangenheit aufwarten konnten. Das heutige Hamburg praktiziert die Dreistufigkeit wieder überall dort, wo sie im Besitz des Baulandes ist, wie zum Beispiel in der HafenCity, also über Kaufvertrags-Klauseln mit beachtlichem Erfolg.

Eine dritte Besonderheit ist mehr gesellschaftspolitischer Natur und findet ihren sichtbaren Niederschlag in der Gestaltung der wohnungsnahen Freiflächen. Es fällt auf, dass es keine privaten Freiflächen zum Beispiel in Form von kleinen Vorgärten oder Mietergärten gibt, wie wir sie in den Siedlungen von May, Taut oder Salvisberg finden. In Hamburg sind alle Flächen nur kollektiv nutzbar oder gar nicht, wie jene der Vorgärten zum Straßenraum. Das ist merkwürdig angesichts der gesellschaftspolitisch weit vielfältigeren Bauherrnschaften und Schumachers ersten städtebaulichen Arbeiten kurz vor dem „Ausflug“ nach Köln und jenen dort selbst. Im einzigen Quartier mit Geschoßwohnungsbau das er in Hamburg gebaut hat (1919) am westlichen Ende von Dulsberg, finden wir eine dreigeschossige Zeilenhausgruppe, in der sich gemeinschaftliche Freiflächen, zu den Eingängen orientiert, mit privaten „Gartenflecken“ abwechseln. Solche Hausgruppenmuster finden sich dann in vielfältiger Variation in den Kölner Stadterweiterungsplanungen die auch vielfach so verwirklicht worden sind. Warum in den späteren Hamburger Siedlungen davon abgewichen wurde, ist bisher nicht belegt. Man kann nur Vermutungen anstellen. Zunächst ist es durchaus denkbar, dass die hohe Dichte und die damit verbundene große Zahl an Wohnungen pro Block, nicht für

jeden Mieter einen Garten zugelassen hätte und der Gerechtigkeit halber keine Unterschiede zwischen den Mietern entstehen sollten. So ist, bis lange nach dem Zweiten Weltkrieg, von der Wohnungswirtschaft argumentiert worden. Die starke Betonung der Mietergemeinschaft ist zumindest bei den Genossenschaften damals ein Teil der sozialen Zielsetzung gewesen, unabhängig von deren jeweiligen parteipolitischen Neigungen. Es kann auch ein Motiv für die privaten Vermieter gewesen sein, mit Hilfe der Gemeinschaftsflächen, eine effektivere Bewirtschaftung zu erreichen. Insgesamt muss man auch davon ausgehen, dass nach dem Ersten Weltkrieg wegen der allgemeinen Verunsicherung über die Zukunftsentwicklung, alle Arten von Gruppenformierung, von politisch ganz recht bis ganz links, Sicherheit versprochen. Der patriarchalische Geist der meisten Städte- und Wohnreformer kam unterstützend hinzu.<sup>11</sup> Von Schumacher gibt es zu diesem Thema bislang keine direkt erklärenden Fundstellen.

Wenige Jahre nach der Fertigstellung der meisten Quartiere hat 1933 ein tiefer Einbruch in diese soziale Struktur stattgefunden. Sie sind, womöglich gerade wegen der starken Ausprägung der Anlagen für gemeinschaftliches Handeln, leichter Opfer des Blockwartsystems der Nationalsozialisten geworden. Zumindest beginnt zu diesem Zeitpunkt, kaum, dass sich eine stabile, sozial vielfältige Struktur hätte ausbilden können, die gesellschaftliche Vergiftung und die Pervertierung des Gemeinschaftsgedankens. Hier liegt der Beginn der ersten Zerstörung, der im Inferno des Feuersturms von 1943 seinen logischen Höhepunkt gefunden hat. Östlich der

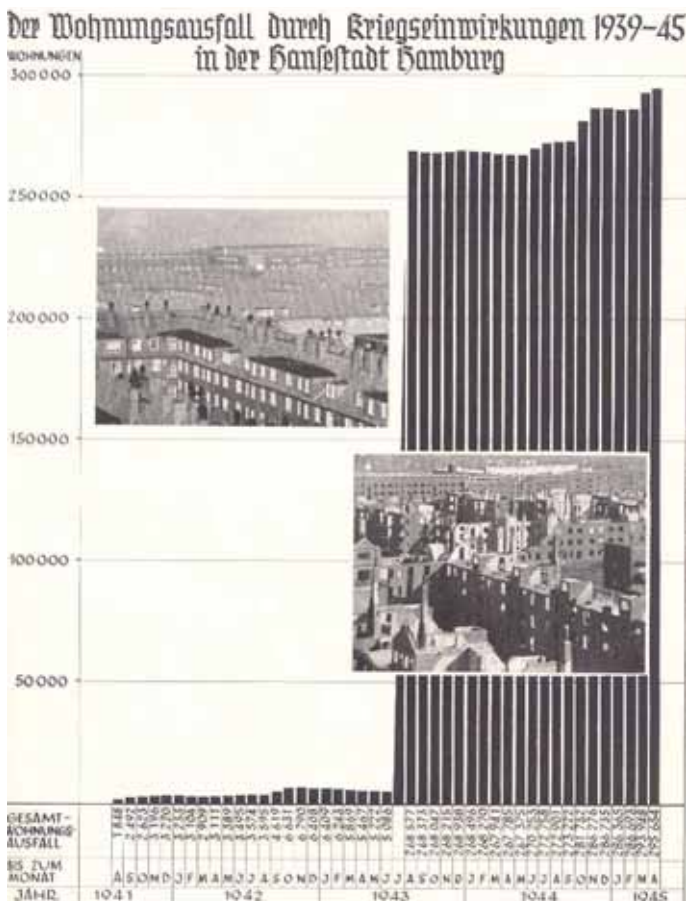


Abb. 2 Zerstörung 1943, aus „Hamburg und seine Bauten 1929–1953“.



Abb. 3 Wiederaufbau in Dulsberg, Friedrich-Naumann-Hof.



Abb. 4 Im Hintergrund Fassadenzerstörung mit Asbestplatten aus den 1960er Jahren. Im Vordergrund fachgerechte Fassadensanierung einer Schumacherschule aus den 1990er Jahren.



Abb. 5 Neue stilkonforme Fenster aus dem Sprossenfensterprogramm der 1980er/1990er Jahre.

Alster sind bis zu 90 Prozent der Quartiere ausgebrannt, es standen nur die Hüllen da. Anders als bei den Gründerzeitbauten haben die massiven Treppenhäuser, mit den meist daran anschließenden, ebenfalls massiven, Sanitärräumen, für eine Stabilität der Ruinen gesorgt. Dieser Zustand dauerte immerhin fünf Jahre, unter extremen Witterungseinfluss, bis zur Währungsreform 1948 (Abb. 2).

Die erste Wiederaufbauphase bis 1952 ist noch stark geprägt von Schumachers Mitstreitern, wie Ostermeyer, Ockert und natürlich Oelsner, der aus seinem türkischen Asyl von Max Brauer als Berater nach Hamburg gelockt wurde. So wundert nicht, dass es eine der Basisentscheidungen war, den Wiederaufbau der ausgebrannten 1920er-Jahre-Siedlungen als erstes Hauptprojekt anzugehen. Dabei sind folgende Eckwerte fast durchgängig eingehalten worden:

- Die Fassaden, einschließlich der Fensterdetails werden wiederhergestellt (Abb. 3).
- Die Wohnungsgrundrisse werden von den großzügigen Zweispännern in Drei- und Vierspänner umgewandelt. Das war der Fördersystematik der ersten Nachkriegsjahre geschuldet, die in Hamburg im bundesweiten Vergleich die weitaus kleinsten Wohnungen vorschrieb.
- Ein Teil der Dachböden werden in Wohnraum umgewandelt.
- Statt der Holzbalkendecken werden meist die verschiedensten Massivdecken aus Trümmermaterial eingebaut.
- Die Freiflächen werden in der kollektiven Ausprägung wiederhergestellt.

Diese in vier Jahren vollzogene Leistung ist in der Dimension in der Bundesrepublik ohne Beispiel. Für mich ein deutliches Indiz für eine Denkmalwürdigkeit. Insbesondere wenn man bedenkt, dass die meisten Bauten wieder von den ursprünglichen Architekten oder ihnen verbundenen Büronachfolgern aufgebaut worden waren.<sup>12</sup>

Allerdings konnte bei der Wiederherstellung der Fassaden in vielen Fällen weder eine Nacharbeitung der Fugen, noch eine sorgfältige Wahl des Steinmaterials geleistet werden. Die Holzqualität der Fenster konnte darüber hinaus nicht mehr den

Vorkriegsstand erreichen.<sup>13</sup> Beide Fakten bilden die Ursache für die zweite Zerstörung. Diese beginnt in den frühen 1960er Jahren mit dem Austausch der fein gegliederten Fenster in grobschlächtige Formate mit Thermopanegläsern, die damals die in Hamburg üblichen Einscheibenverglasungen bei Neubauten ablösten. Auch hat man versucht, Fassaden mit Anstrichen, Asbestplatten oder oberflächlichen Teilsanierungen von Fugen gegen Schlagregen zu schützen. Später kamen die neu entwickelten Hydrophobierungen hinzu, die mehr Schaden als Nutzen anrichteten. Systematische Sanierungsuntersuchungen unterblieben jedoch.

Die damals verantwortlichen Männer der Baubehörde ließen dies geschehen, sie hatten keine Sympathie für das Schumachersche Werk (Abb. 4).<sup>14</sup>

Ende der 1970er Jahre hat diese schleichende Entwicklung unter Hamburger Architekten, Hochschullehrern und jüngeren Baubeamten eine Diskussion entfacht, die den damaligen Leiter des Denkmalschutzamtes, Manfred Fischer, zu dem Aufruf veranlasste, ein „Sprossenfenster“-Programm mit staatlicher Subventionierung ins Leben zu rufen. Als Grundlage diente eine vom Denkmalschutzamt durchgeführte Bestandsaufnahme des gesamten 1920er-Jahre-Bestandes auf Basis dessen dann eine Liste der denkmalwürdigen Gebäude zusammengestellt wurde. Herrmann Hipp hat diese Arbeit geleitet und parallel dafür gesorgt, dass eine Neuauflage der von Schumacher verfassten Schrift von 1932: „Das Werden einer Wohnstadt“ erscheinen konnte, die er mit einer klugen Nachbetrachtung versehen hat. Das Hamburger Landesplanungsamt hat darüber hinaus mehrere Gutachten vergeben, in denen das Entwicklungs- und Modernisierungspotential der Quartiere aufgezeichnet worden ist. Kernelemente waren der Rückbau in die alten Grundrisse, Verbesserung der Haustechnik und Umplanung des Wohnumfeldes mit einem Mehr an privat nutzbaren Freiflächen. Davon ist dann aber wenig Gebrauch gemacht worden. Dafür hat der Fensterbau durch ein intensives Engagement der führenden Hamburger Fensterhersteller – Hamburger Fensterkreis – große Fortschritte bei der Entwicklung ausdifferenzierter Fensterformen gemacht (Abb. 5).

Die dritte Zerstörung fängt nicht erst mit den verschärften





Abb. 6 Details mangelhafter Thermohautverkleidungen.



Abb. 7 Vorbildliche Fugensanierung und kompletter Rückbau in die Zweispännersystematik im Baublock an der Ecke Fuhlsbütteler Straße/Ring 2.

Vorschriften zur Energieeffizienz ab 2004 an, sondern hat wegen der nicht kostengünstig zu lösenden Probleme der Fassadendurchfeuchtungen bereits in den 1990er Jahren mit der Anbringung von Thermohautelementen begonnen. Kostengünstig musste es auch deswegen für viele Wohnungsbaugesellschaften sein, da diese Quartiere, wegen des großen Anteils an Kleinstwohnungen und der geringen Belastung durch Kredite, vorrangig für die untersten Einkommensklassen und deren Transferempfänger reserviert wurden, womit man trotz der niedrigen Mieten auf einen soliden Ertrag nicht verzichten zu müssen glaubte. Große Teile der Quartiere sind, trotz aller Sozialarbeit der Wohnungsträger, soziale Brennpunkte. Sie waren aber ursprünglich – auch nach dem Wiederaufbau – gedacht gewesen als Wohnorte für die breiten Schichten der Bevölkerung. Die Bevorzugung der Thermohaut erklärt sich auch mit der Vermeidung von Eingriffen in das Wohnungsinnere.

Im Ergebnis steht danach fest, dass damit die Originalfassaden wegen der Klebstoffe auf Dauer vernichtet sind. Dazu kommt, dass fast alle Fenster auf der alten Fassade außen angeschlagen sind und die über die Fensterrahmen gezogene Thermohaut ein Auswechseln der Fenster, ohne eine breitflächige Zerstörung der Laibungen, nicht mehr möglich ist. Da die Scheinklinker aus Kunststoff nicht UV-fest sind und rasch aufhellend vergrauen, ist eine optisch einwandfreie Reparatur nicht mehr möglich. Die Brandsicherheit dieser Fassaden ist nicht gewährleistet, es entwickeln sich darüber hinaus giftige Dämpfe.

Bei den meisten derart behandelten Objekten fällt auch auf, dass die gestalterische Qualität der Details weit unter dem Niveau der Ursprungsarchitektur liegt. Von Qualität kann man fast gar nicht reden. Das deutet darauf hin, dass die handelnden Personen von der baukulturellen Bedeutung der Objekte keine Kenntnis haben (Abb. 6).

Diese wenigen Aspekte müssten eigentlich dazu führen, dass eine Zulassung dieser Baumethoden nicht statthaft ist, schon gar nicht dürften sie mit Steuermitteln gefördert werden. Die Fritz-Schumacher-Gesellschaft hat in Zusammenarbeit mit Experten festgestellt, dass angesichts der hohen Baudichte und dem äußerst günstigen Verhältnis von Gebäudevolumen und Fassadenfläche – die Quartiere haben dabei mit Abstand die Bestwerte aller Hamburger Siedlungstypologien – auf eine Fassadendämmung bei

regendichter Außenwand ganz verzichtet werden kann, wenn man sich auf die Dämmung von Dach und Kellerdecken beschränkt. Werte von 100 kcal/a/m<sup>2</sup> sind da bereits gemessen worden. Mit verbesserter Haustechnik und CO<sub>2</sub>-sparender Wärmeerzeugung – am besten im Verbund mehrerer Wohnblöcke – ließen sich optimale Werte erreichen. Der Schwerpunkt müsste daher auf der Ertüchtigung der Backsteinfassaden gelegt werden. Hier gibt es bereits einige gute Beispiele (Abb. 7).<sup>15</sup>

Die Fritz-Schumacher-Gesellschaft hat nach ihrem Kolloquium 2007 über die Zukunftsfähigkeit der 1920er-Jahre-Siedlungen, vor der Wahl zur Bürgerschaft 2008, die Initiative mit zahlreichen anderen Verbänden ergriffen, mit einem Memorandum an die Politik zu appellieren, etwas für die Erhaltung der Backsteinstadt Hamburg zu tun. Ein spürbares Echo blieb aus. Wir haben deshalb nach der Wahl im Jahr 2008 ein weiteres Memorandum mit konkreten Handlungsvorschlägen direkt an die neue Bausenatorin geschickt, mit folgenden Kernthesen:

„Backsteinfassaden – 2. Memorandum (Auszug)

In Ergänzung unseres Memorandums vom Februar 2008 schlagen die unterzeichnenden Institutionen und Einzelpersonen nachstehende Einrichtungen und Aktivitäten zur Erhaltung der baukulturell bedeutsamen Backsteinfassaden in Hamburg vor:

Ernennung eines oder einer Beauftragten/Institution für die Erhaltung von Backsteinfassaden im Rahmen der Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz durch den Senat. Diese Person/en sollte/n denkmalpflegerische sowie bau- und haustechnische Grundkenntnisse zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden mitbringen.

Diese kurzfristig und auf Zeit zu ernennende Person/Institution sollte mit umfassender Kompetenz ausgestattet sein, um angemessene Lösungen für den Konflikt zwischen Stadtbilderhaltung und den zukünftigen Anforderungen an den Klimaschutz zu befördern. Projekte in den nachstehend beschriebenen Gebieten sind dem Beauftragten/Institution zur Kenntnis zu bringen.

Erarbeitung einer Übersicht der städtebaulich und bauhistorisch infrage kommenden Gebiete und Gebäude auf der Basis der bereits vorliegenden Milieuuntersuchungen und neueren Erkenntnisse, als Grundlage für die Moderationstätigkeit der/des Backsteinbeauftragten sowie der Bauherren/Eigentümer/Wohnungsbausträger.

Diese Arbeit kann kurzfristig auch von externer Seite unter Mitwirkung der betroffenen Bezirke, des Denkmalschutzamtes und der BSU erfolgen.

Erarbeitung eines Handbuchs über Maßnahmen, Konzepte zur Steigerung der Energieeffizienz im Bereich des Hamburger Backsteinbaus als Hilfestellung für Bauherren, Architekten und ausführende Fachbetriebe. Dabei sollte das Zusammenspiel von Bau- und Haustechnik besonders herausgestellt werden.

In dieses Handbuch sollen in knapper und übersichtlicher Form die neuesten Erkenntnisse und Beispiele aus Forschung und Praxis unter besonderer Berücksichtigung der Nutzbarkeit und der architektonischen Sprache der jeweiligen Entstehungszeit einfließen. Die Arbeit kann in Form eines externen Gutachtens unter der Schirmherrschaft des Backsteinbeauftragten und unter Mitwirkung eines externen Fachbeirates (ehrenamtlich) erarbeitet werden. Die Form sollte eine dauerhafte Fortschreibung ermöglichen, dies könnte zum Beispiel mit einer losen, digitalen Blattsammlung, über das Internet zugänglich, geschehen.

Entwicklung eines spezifischen Hamburger Förderprogramms für denkmalgeschützte, modernisierungsbedürftige Gebäude. Es soll die erhöhten Aufwendungen durch zum Beispiel Fugeneinsetzung, Innendämmungen, massiveren Haustechnikeinsatz und so

weiter abfedern helfen. Ziel ist die Erreichung des Neubaustandards der aktuellen EnEV 2007 – auch über den 1.1.2009 hinaus.“ [Auf die nachfolgende Begründung kann hier verzichtet werden.]

Die Senatorin hat dann das getan, was wir gehofft hatten, sie gab den Text weiter an die Regierungsfractionen, die daraus eine Anfrage an den Senat machten. Damit konnten die betroffenen Behörden reagieren. Was daraus in den letzten vier Jahren geworden ist, wird Herr Rink in seinem Vortrag näher erläutern.

Meine Damen und Herrn, Fritz Schumacher hat in einer seiner zahlreichen Nachbetrachtungen zur Eigenart Hamburgs im Umgang mit baukulturellen Fragen folgenden treffenden Satz formuliert, der die Wirkung seiner vielen Fachschriften selbstkritisch beleuchtete: „Sie – die Schriften – haben ihren Einfluss still und unvermerkt ausgeübt. In manch einer anderen Stadt würde dieses unablässige Rufen beinahe grotesk erscheinen, in Hamburg merkt man es bei Dingen des kulturellen Lebens kaum. Auch der Ton, dem man mit Anteil gelauscht hat, verweht sogleich wieder im unablässigen Winde dieser Stadt, und man darf nicht müde werden, immer neu die Hände an den Mund zu legen und ‚Ahoi!‘ zu rufen.“

Wir haben also mal wieder „Ahoi“ gerufen und sind gespannt, woher und wohin die Hamburger Winde wehen werden.

## Anmerkungen

- 1 Gustav Leo, der Oberbaudirektor des Ingenieurwesens, Otto Linne, Leiter des Grünflächen Amtes, Emil Maetzel, Leiter der Städtebauabteilung.
- 2 Alle Bausenatoren, unter denen Schumacher arbeitete, waren Liberale. Der Leiter der Beleihungskasse, die die Mittel aus der Hauszinssteuer verwaltete und für die Genehmigung der Neubauten das letzte Wort hatte war, mit Chapeaurouge, ebenfalls ein Liberaler.
- 3 „Das Werden einer Wohnstadt“, Verlag Georg Westermann, Hamburg 1932. Neuauflage im Christians Verlag Hamburg. Beide vergriffen.
- 4 Schumacher zum Beispiel hat die Untergangsthesen von Oswald Spengler stets als falsch erachtet. Seine Großstadtvision war in etwa das, was spätere Generationen – wohl in Kenntnis der Thesen in seiner letzten öffentlichen Rede im Hamburger Rathaus am 10. Oktober 1945 – als Regionalstadt (Rudolf Hillebrecht u. a.) bezeichnet haben.
- 5 „Köln, Entwicklungsfragen einer Großstadt“, Callwey Verlag München 1923, Seite 210 Tafel 97. Dort hat Schumacher, nachgewiesen, dass es gelingen könnte, trotz einer bereits entstandenen Zersiedlung mit neuen raumbildenden Strukturen jene einzubinden.
- 6 Schumacher, der Mitinitiator und Hauptredner auf der Gründungsversammlung des Werkbundes, hat die Streitigkeiten, die bald nach der Gründung unter den Architekten entstanden und die nach dem Ersten Weltkrieg ins persönlich, feindschaftliche, abglitten nicht befeuert. Er war immer bemüht, sachliche Kritik zu formulieren. Lesenswert sein Text „Architektonische Regungen der Nachkriegszeit“ von 1929 in Hamburger Staatsbauten, Band drei, 2006 neu aufgelegt im Dölling und Galitz Verlag, München/Hamburg.
- 7 Schumacher hat sich schon früh mit den Qualitäten des Backsteins als Farb- und Stimmungsgeber beschäftigt in den „Streifzügen eines Architekten“, Diederichs Verlag Leipzig 1906 im Kapitel Farbige Architektur S. 118 ff. und später in „Das Wesen des Neuzeitlichen Backsteinbaues“ 1920 Callwey, neu aufgelegt daselbst 1985. Wichtig war ihm vor Anfang an die „farbige“ Wirkung des nach alter Tradition gebrannten unregelmäßigen Steins. Und dann die vielseitigen Möglichkeiten der strukturbildenden Oberflächen durch Drehung, Vorrücken etc. der Steine in der Fläche.
- 8 Die weniger streitbelastete Architekturentwicklung in der skandinavischen Moderne mit ihren regionalen und ortsgebundenen Variationen zeigt, was sich hätte in Deutschland entwickeln können. Schumachers letzte Bauten

- sind die, immer noch weitgehend im eigenen Land verkannten, deutschen Beispiele.
- 9 In der Germaniasiedlung und der Naumannsiedlung in Köln kann man die Realisierung der theoretischen Überlegungen Schumachers nachfühlen, die er auf den S. 202–203, Tafel 91–92 zur Einfügung anderer Architekten in ein städtebauliches Grundgerüst angestellt hat. Wilhelm Arnzt, der in Köln nach 1922 verbliebene enge Mitarbeiter Schumachers war – wohl in enger Fühlung mit ihm – für den Städtebau zuständig. Schumacher hat sich auch von Hamburg aus in enger Verbindung zu Konrad Adenauer – die FSG hat erst jüngst den letzten Briefwechsel der beiden von 1943–1947 erwerben können – um die Entwicklungen von Köln gekümmert.
- 10 Im ersten Entwurf für ein reichseinheitliches Städtebaugesetz in der Weimarer Republik taucht diese dreistufige Bauleitplanung bereits auf. Man darf davon ausgehen, dass Schumachers Einfluss hier gewirkt hat, war er doch Mitbegründer und im Vorstand der 1920 gegründeten Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.
- 11 In den ersten Nachkriegsjahren gab es sogar von dem friedfertigen Bruno Taut den Satz von der notwendigen „Diktatur der Städtebauer“.
- 12 Ostermeyer, Frank Heimbau, Dorenburg, Laage, u.a.m.
- 13 Das ostdeutsche Kiefernholz, über die Ostsee getreidelt, extrem beständig, war in der Nachkriegszeit nicht mehr verfügbar.
- 14 Die architektonischen Ergänzungen von Hebebrands Hochbauamtsleiter Seitz und seinem Nachfolger Gropp an Schumacherbauten, lassen deren ganze Verachtung für dessen Architektur spüren, ohne dass deren eigenen Qualitäten dort zum Tragen gekommen wären.
- 15 Baugenossenschaft freier Gewerkschafter, Gebäude Fuhlsbütteler Straße, Hansa Baugenossenschaft, Straßburger Straße.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1 Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv (Nr. L0001580); Abb. 2 oben: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Willy Beutler von 1952 (Nr. 19878); Abb. 2 unten: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Fotos: Willy Beutler von 1947 (Nr. 7982); Abb. 3–7 Hans-Günther Burkhardt.

## Handlungsempfehlung zur Erhaltung der Backsteinstadt Hamburg

MICHAEL RINK

Für die Identität von Stadt ist seit jeher das Erscheinungsbild seiner Gebäude eines der prägendsten Merkmale, welches sich im Bewusstsein der Menschen gemeinsam mit den geografischen, klimatischen und sozialen Begebenheiten zu einem Gesamteindruck zusammensetzt. Dieser ist in Hamburg in weiten Teilen von Backstein bestimmt, was im Wesentlichen auf die historische Entwicklung des Wohnungsbaus der 1920er Jahre und den Wiederaufbau der Siedlungsgebiete in den 1950er und 1960er Jahren des vorherigen Jahrhunderts zurückzuführen ist. Zuvor wurde der „rohe“ Backstein im klassizistisch geprägten Hamburg hinter weißem Putz versteckt und nur bei technischen Gebäuden, Kirchen oder wenigen innovativen Einzelobjekten als Fassadenmaterial verwendet. Beispiele sind die Alte Post, der Wiederaufbau der im großen Brand von 1842 zerstörten Petrikirche (beides nach Plänen von Alexis de Chateauneuf) sowie das Gebäude der Patriotischen Gesellschaft (Abb. 1). Letzteres wurde bereits 1845 bis 1847 zwar als Sieger-

Speicherstadt verstanden werden, welche unter Leitung des Oberingenieurs Franz Andreas Meyer ab 1883 errichtet wurden und Folge des Anschlusses Hamburgs an die Deutsche Zollunion und der daraus resultierenden Gründung des Freihafens waren. Mit dem Bau des Kontorhausviertels wurde dem Backstein eine neue stadtgestalterische Rolle zuteil, weil für diesen bis dahin in Hamburg unbekanntes Haustyp des reinen Bürogebäudes eine eigenständige Architektur- und Fassadensprache gefunden werden musste.

Erst mit dem Dienstantritt von Hamburgs erstem Oberbaudirektor Fritz Schumacher 1909 wurde der Backstein bewusst zum Leitmaterial für die weitere Stadtentwicklung, was sich neben einer Reihe von Staatsbauten und Schulen insbesondere an den großen Wohnungsbauvorhaben der 1920er Jahre ablesen lässt. Folgende Passage aus der Veröffentlichung „Fritz Schumacher, Mein Hamburg“, herausgegeben 1994 von Joachim Paschen mag dieses Vorhaben belegen: „Als ich nach Hamburg kam mit der Absicht, dem



Abb. 1 Gebäude der Patriotischen Gesellschaft.



Abb. 2 Bestand aus den 1920er Jahren in Barmbek.

entwurf eines großen Architekturwettbewerbs nach Plänen von Theodor Bülow im neugotischen Stil gebaut, blieb aber über lange Zeit ein vielfach unverständlicher „Exot“ in den vom Putz geprägten Wiederaufbaujahren der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Als technische Bauten können in weiterem Sinne auch die Gebäude der

Backstein nach Kräften zu einer neuen Blüte zu verhelfen, war einer meiner schönsten Eindrücke ein Ausflug nach Lübeck, den ich mit Bausenator Erich Marcks und Senator von Melle machte. Wir kamen nicht etwa hierher, um Backsteinbau zu studieren, denn meine in dieser Richtung gehenden Absichten hatte ich wohlweislich

niemandem gegenüber ausgesprochen, aber der gewaltige Eindruck dieses Materials übertönte für mich alle Kunsteindrücke. Mein Staunen darüber wuchs, dass man in unmittelbarer Nähe dieser Stadt, in Hamburg, den Backstein so verständnislos behandelte. Für die Art, wie das geschah, war charakteristisch, dass die Kommission für den Wiederaufbau der vom Brand zerstörten Michaeliskirche das zum großen Teile erhaltene Mauerwerk mit den schönsten glatten Maschinensteinen ergänzte! Jedes Zusammenwachsen von Alt und Neu war dadurch für immer verhindert.“

Bis Anfang der 1930er Jahre wurden in einer großen öffentlichen Anstrengung umfängliche Stadterweiterungsgebiete in rotem Backstein erstellt, während in der benachbarten, bis 1937 eigenständigen Stadt Altona Bausenator Gustav Oelsner mit gelben und gelbbuntem Backstein reinste Fassadenkunstwerke schuf. An vielen Gebäuden dieser Zeit kann man die große Varianz und Stärke dieses Materials studieren, von vielfältigsten Methoden der Fassadengliederung und der Ausbildung von Zierrat bis hin zu unterschiedlichen Oberflächenqualitäten durch differenzierte Brennmethode und Verwendungsvarianten eines immer gleichen Moduls, des Backsteins.

Das Motiv der roten und in kleineren Teilen gelben Wohnstadt in Dualität mit der weißen Stadt an Alster und Elbe wurde trotz großer Kriegszerstörungen in den 1950er und 1960er Jahren wieder aufgenommen und ist auch im Zeichen neuer, in der Moderne entstandener städtebaulicher Gedanken zur offenen, durchgrünten und autogerechten Stadt als ein Leitmotiv für die städtebauliche Entwicklung Hamburgs bis heute erhalten geblieben. Große Teile des Stadtgebietes, insbesondere im damals stark zerstörten Osten sind geprägt von bescheidenen Wohngebäuden, häufig drei- bis viergeschossige Zweispänner mit Satteldach, die einzig über das Fassadenmaterial, sparsame Detailsausbildung und einem hohen Grünanteil eine Qualität und Würde erreichen, die nicht leichtfertig einer äußerlichen Fassadendämmung mit Putzoberfläche geopfert

werden sollte. Andere Teile der Stadt erzählen noch heute von der Ära Schumachers, sei es durch städtebauliche Grundplanungen wie in Hamm und Horn oder durch ganze, denkmalgeschützte Quartiere wie die Jarrestadt, Dulsberg oder die Veddel (Abb. 3). Viele Gebäude waren im Krieg zerstört oder ausgebrannt und wurden in ähnlicher oder gleicher Weise wieder aufgebaut. Dies geschah in der Nachkriegszeit nicht selten aufgrund des Mangels mit minderwertigen Materialien, was heute in vielen Fällen leider zu erheblichen bauphysikalischen Schäden und statischen Problemen bei einer Sanierung führen kann (Abb. 4).

In den frühen 1970er Jahren trat das Materialthema mit dem Massenwohnungsbau zugunsten kostengünstiger und schneller Herstellung in den Hintergrund, wurde aber schon zum Beispiel mit der Siedlung Tegelsberg und dann ab den 1980er Jahren mit dem Weiterbau der Hamburger Innenstadt (Fleetbebauung, Passagenviertel) sowie den späteren Stadterweiterungen wie Allermöhe wieder aufgegriffen und über die Entwicklung der Perlenkette bis hin zur HafenCity in die heutige Zeit geführt. Auch gegenwärtig spielt der Backstein trotz erheblicher energetischer Anforderungen im Neubau eine wichtige Rolle, was sich neben der HafenCity auch anhand vieler anderer Neubauprojekte belegen ließe (Abb. 5).

Der Backstein hat also als prägendes Fassadenmaterial für das stadtkulturelle Erbe und die Identität Hamburgs eine Strahlkraft, die weit über das architektonische Thema hinaus reicht. Neben den leider nicht immer denkmalgeschützten Wohnquartieren der 1920er und 1930er Jahre sind es also vor allem die großen Siedlungsbereiche der Nachkriegsjahrzehnte, die das Bild der Stadt in weiten Teilen prägen und sich durch den Backstein von ähnlichen Gebieten anderer deutscher Großstädte positiv unterscheiden. Besteht für den Erhalt denkmalgeschützter Bestände zumindest noch weitgehend gesellschaftlicher Konsens, so scheint das für die backsteinernen Siedlungsgebiete der 1950er und 1960er Jahre nur bedingt der Fall zu sein.



Abb. 3 Städtebau von Fritz Schumacher in Hamm.



Abb. 4 Dulsberg, Rundbalkone aus den 1920er Jahren.



Abb. 5 Backstein im zeitgenössischen Wohnungsbau, Stadtparkquartier Barmbek.



Abb. 6 Sanierung als gestalterische Aufgabe: Ein positives Sanierungsbeispiel eines Gebäudes aus den 1950/1960er Jahren.

Will man den backsteinernen Gesamteindruck auch langfristig erhalten, dann darf eine unter klimatischer, energetischer und sozialer Hinsicht notwendige Modernisierungsförderung baukulturelle Aspekte nicht länger außer Acht lassen, sondern muss diese im Sinne einer gestalterischen Qualitätssicherung mit einbeziehen.

Die bisherigen Ergebnisse energetischer Sanierungen können gestalterisch leider nur in wenigen Fällen wirklich überzeugen. Zu häufig wurden bisher aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen, nicht reflektierter Bau- und Architekturgeschichte sowie einem missverständlichen Qualitätsanspruch an eine gewünschte gestalterische Erneuerung ordentliche Backsteinfassaden zugunsten belangloser, völlig unspezifischer Putzfassaden vernichtet. Hält man sich zudem vor Augen, dass allein die Anzahl der über die Hamburger Modernisierungsförderung geförderten Wohnungen 2012 mit über 4.100 Wohneinheiten nicht allzu weit von den faktischen Neubauzahlen im selben Jahr entfernt war und damit nicht einmal alle Fassadendämmungen im Stadtgebiet erfasst sind, so wird die städtebauliche Dimension dieser Problematik deutlich. Während im Neubau, über zum Teil aufwendige Wettbewerbs- und Gutachterverfahren architektonische Qualität und städtebauliche Einfügung angestrebt wird, ist für die energetische Sanierungen von Gebäuden teilweise weder ein Architekt beteiligt noch für viele Gebäude mit drei und weniger Geschossen eine Baugenehmigung erforderlich. Fassadewettbewerbe gibt es bisher nicht und gestalterische Vorbehalte sind in Gebieten ohne besonderem Schutzstatus wie Milieuschutz oder Erhaltungsgebiete kaum geltend zu machen (Abb. 6).

Ein Blick auf die Backsteinkarte verdeutlicht bildhaft, welche Dimension dieses Problem für die Backsteinstadt Hamburg hat. Diese Karte wurde in 2010 auf Basis einer flächendeckenden Begehung der verdichteten, inneren Stadt erstellt, um Klarheit über

das Ausmaß der Backsteinbestände in Hamburg zu erhalten. Alle Häuser wurden durch äußerliche Inaugenscheinnahme Kategorien zugeordnet und auf ihren Sanierungszustand untersucht. Viele Gebäude wurden zudem fotografisch dokumentiert und alles zusammen in der Backsteinerfassung zusammengetragen. Diese ist gegenwärtig nach Bezirken sortiert im Internet verfügbar und bietet eine erste Orientierung im Fall anstehender Sanierungen. Der Untersuchungsbereich wird gegenwärtig um weitere ausgesuchte Gebiete im gesamten Stadtgebiet ergänzt.

Karte 1 (Abb. 7) zeigt den gesamten Backsteinbestand innerhalb des definierten Erfassungsgebietes. Die Karten 2 und 3 stellen Szenarien dar, in welchem bei Karte 2 auf den Backstein bei sämtlichen Nachkriegsbeständen verzichtet wird, bei Karte 3 ausschließlich die denkmalgeschützten Bestände erhalten würden (Abb. 8 und 9).

Diese Karten belegen eindrücklich, dass sich das gewohnte Stadtbild fundamental verändern wird, wenn man nicht entschieden gegengesteuert. Beispiele dieser Veränderung finden sich bereits in vielen Bereichen der Stadt, eindrücklich zum Beispiel in Rothenburgsort, welches seinen ehemals backsteinernen Charakter heute nahezu völlig verloren hat.

Der Zielkonflikt zwischen den bislang formulierten Erfordernissen des Klimaschutzes (CO<sub>2</sub>-Einsparung um 80 Prozent bis 2050), einer wirtschaftlich und sozialen Balance sowie einer baukulturell vertretbaren Sanierung stadtbildprägender Fassaden ist vielschichtig, tiefgreifend und lässt sich von Politik und Verwaltung durch Bauordnungsmaßnahmen alleine nicht nachhaltig lösen. Es handelt sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Fragestellung, zu der erste Lösungsansätze in 2009 im Rahmen eines regelhaft tagenden „Runden Tisches“ unter Leitung des Oberbaudirektors mit Schlüsselpersonen der handelnden

Institutionen und Verbände diskutiert und in einer „Handlungsempfehlung zur Erhaltung der Backsteinstadt Hamburg“ zusammengefasst wurden. Inhalt dieser Veröffentlichung ist zunächst eine differenzierte Problembetrachtung unter folgenden Kriterien:

- Backstein als Alleinstellungsmerkmal des Hamburger Stadtbildes in Gefahr,
- Probleme bei der energetischen Sanierung stadtbildprägender und architektonisch wertvoller Fassaden,
- Defizite bei der Durchführung von Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen,
- soziale und wirtschaftliche Fragen,
- Förderung.

In einem weiteren Schritt werden die grundsätzlichen Dämm- und Sanierungsoptionen für eine Backsteinfassade aufgezeigt. In einem dritten Schritt werden die Backsteinbestände in fünf zeitliche Kategorien unterteilt und mit konkreten Handlungsempfehlungen unterlegt, um die Problemlage zu gliedern und besser greifbar zu machen. Letztere werden hier in kursiver Schrift nur in knapper Form wiedergegeben.

- Kategorie 1: Geschützte und erkannte Denkmäler  
*Historische Fassade ist zu erhalten.*
- Kategorie 2: Wohnungsbau und Öffentliche Gebäude zwischen 1910–1936  
*Historische Fassade sollte erhalten bleiben, bei unausweichlicher Sanierung gilt eine Backstein Vorsatzschale als Vorzugslösung. Wärmedämmverbundsysteme sind an städtebaulich wirksamen Fassaden ausgeschlossen.*
- Kategorie 3: Bestände des Wieder- und Neuaufbaus bis Mitte der 1960er Jahre  
*WDVS-Lösung ist möglich, Klinkerriemchen werden empfohlen. Die Entwicklung einer Gesamtstrategie ist anzustreben, welche die klimatischen, wirtschaftlichen, architektonisch-städtebaulichen und stadtstrukturellen Anforderungen integrativ berücksichtigt.*
- Kategorie 4: Stadterweiterungen bis Ende der 1970er Jahre.  
*Sind im Einzelfall zu betrachten.*
- Kategorie 5: Bestände seit den 1980er Jahren.  
*Sind im Einzelfall zu betrachten.*

Die „Handlungsempfehlung zum Erhalt der Backsteinstadt Hamburg“ versucht der Wohnungswirtschaft, Verwaltung und Politik einen Handlungsrahmen zu setzen, der gestalterische, energetische, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigt. Sie wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im November 2010 vorgestellt und ist in 2011 im Rahmen des „Bündnis für das Wohnen“ in wesentlichen Teilen in die Politik eingeflossen. Neben einer Vielzahl anderer Themen wurden bezüglich der Stadtgestaltung folgende Punkte zwischen Senat und Hamburger Wohnungswirtschaft vereinbart:

- a) Grundsätzliches
- Der Erhalt der charakteristischen Backsteinfassaden Hamburgs ist gemeinsames Ziel der Bündnispartner. Die Wohnungsverbände, deren Unternehmen viele dieser stadtbildprägenden Backsteinbauten in ihren Beständen halten, bekennen sich zu ihrem Erhalt.

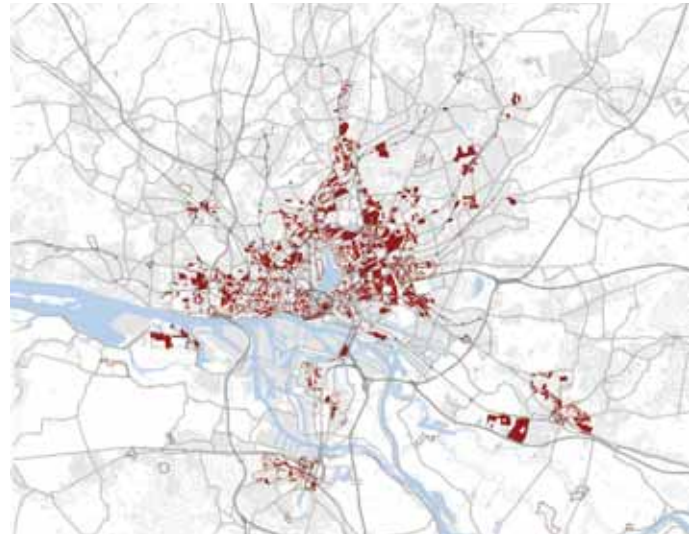


Abb. 7 Karte 1: Backstein-Wohnungsbauten im inneren Stadtgebiet.



Abb. 8 Karte 2: Backstein-Wohnungsbauten im inneren Stadtgebiet, errichtet vor 1945.



Abb. 9 Karte 3: Denkmalgeschützte Backstein-Wohnungsbauten im inneren Stadtgebiet.

- Mögliche Maßnahmen zum Erhalt bei energetischen Sanierungen sollen immer auch sozial verträglich, städtebaulich angemessen und wirtschaftlich darstellbar sein. Hierbei müssen nicht nur die technischen, sondern auch die sozialen Gegebenheiten bei der Refinanzierung der Investition berücksichtigt werden.
  - Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) wird im Rahmen ihres WK-Förderprogramms für energetische Modernisierungen die seit Januar 2011 erhöhten Zuschüsse für Vollklinker und gebrannte Klinkerriemchen auch künftig auf einem Niveau anbieten, das einen Anreiz zum Erhalt der Backsteinfassaden leistet. (WK=Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt)
- b) Kategorien und Empfehlungen
- Die Eigentümer orientieren sich an den zuvor beschriebenen Kategorien und den zugeordneten Handlungsempfehlungen.
- c) Beratung und Qualitätssicherung bei geförderten Modernisierungen
- Gemäß den grundsätzlich beschriebenen Kategorien und Empfehlungen vereinbaren die FHH und die Wohnungsverbände bei geförderten WK-Modernisierungsmaßnahmen ein Verfahren zu betreiben, das sicherstellt, dass die Bauherren zu angemessenen Kosten von qualifizierten und durch die WK autorisierten Qualitätssicherern bei Maßnahmen zur Fassadengestaltung und Fragen des städtebaulichen Bildes beraten werden. Die Wohnungsverbände werben bei ihren Mitgliedern für dieses Verfahren und die Akzeptanz der Beratungsleistung. Die FHH wird das System

implementieren und die Voraussetzungen für eine städtebauliche Qualitätssicherung im Rahmen der WK-Modernisierungsförderung schaffen.

Dieses Verfahren wurde 2011 entwickelt und kam 2012 im Rahmen einer Pilotphase erstmals zur Anwendung. Zunächst wurden vom Oberbaudirektor drei etablierte Hamburger Architekten gebeten, im Auftrag der Stadt als Qualitätssicherer Backstein (QSB'ler) alle Vorhaben zu begutachten, für die Hamburger Modernisierungsförderung beantragt wird. Erstmals wurden somit die Gebäude und ihr städtebauliches Umfeld vor Ort in Augenschein genommen und die vorgesehenen Maßnahmen von einem unabhängigen Fachmann architektonisch und städtebaulich bewertet, bevor eine Aussage zur Förderfähigkeit getroffen wird. Diese Einschätzung des QSB'lers wird in strittigen und bedeutsamen Fällen in einem gesonderten Entscheidungsgremium überprüft, diskutiert und verbindlich entschieden. Diesem Gremium gehören neben dem Oberbaudirektor und dem Vorstand der WK paritätisch die Qualitätssicherer und Experten aus der Wohnungswirtschaft an. Dieses Korrektiv hat sich im Laufe des letzten Jahres als sehr wertvoll erwiesen, handelt es sich bei den Beurteilungen doch stets um komplexe Sachverhalte mit vielen Facetten, die immer wieder ein gut austariertes Abwägen von baukulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten erfordert. Das Urteil der Qualitätssicherung Backstein hat bindende Wirkung für das gesamte Förderspektrum der Wohnungsbaukreditanstalt (WK). Werden hier beschlossene



Abb. 10 Erhaltung der Backsteinstadt, Hamm, 1999.

Vorgaben oder Restriktionen in der Planung nicht eingehalten, können Hamburger Fördermittel versagt werden.

Stützte sich das Verfahren bisher nur auf drei Qualitätssicherer Backstein, so soll die Anzahl in naher Zukunft deutlich erhöht werden. Zu diesem Zweck ist unter Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eine sechstägige Fortbildungsveranstaltung entwickelt worden. Hier werden neben den baukulturellen, historischen und technisch/planerischen Aspekten auch wohnungswirtschaftliche, juristische und förderrelevante Belange behandelt. Eine Teilnahme an dieser Fortbildung ist neben dem Nachweis einer backsteinspezifischen Berufserfahrung Voraussetzung, sich für die Aufgabe als Qualitätssicherer Backstein zu bewerben. Eine eigens einzurichtende Zulassungskommission wird nach Vorstellung der Bewerber anhand einer konkreten Falldiskussion über deren Aufnahme in die Liste der Qualitätssicherer Backstein entscheiden. Langfristig sollen diese nicht mehr im Auftrag der Stadt arbeiten, sondern direkt vom Bauherrn ausgesucht, beauftragt und bezahlt werden.

Anfangs hat es mit der Einführung dieses Verfahrens einige Irritationen gegeben, was insbesondere auf bereits im Vorfeld entwickelte Planungen zurückzuführen war, die dann im Zuge des Verfahrens als stadtgesterisch unverträglich eingestuft wurden. Das hat neben zeitlichen Verzögerungen mitunter für den Bauherrn auch zu höheren Kosten aufgrund von Planungsänderungen oder der Verwendung von höherwertigem Fassadenmaterial (zum Beispiel

Klinkerriemchen) geführt. Gleichwohl hat es bei insgesamt nur 7 Vorhaben intensiver Verhandlungen bedurft, um zu einem für alle Seiten vertretbaren Konsens zu gelangen. Entgegen anfänglicher Befürchtungen ist die Nachfrage nach Modernisierungsförderung der WK bisher nicht eingebrochen, sondern leicht gestiegen. Knapp 120 bearbeiteten Fällen standen in 2012 nur vier Vorhaben entgegen, in denen ein Bauherr aufgrund der Anforderungen aus der Qualitätssicherung Backstein seinen Antrag zurückgezogen hat. Über die Hälfte der Anträge war „backsteinrelevant“ und wurde mit Vorgaben und Empfehlungen versehen, welche vom Fassadenmaterial über Detailgestaltungen bis hin zu einem kompletten Verzicht auf äußerliche Fassadendämmung bei besonders wertvollen Fassaden reichen konnten. Natürlich besteht immer auch das Risiko, dass sich ein Bauherr von der WK-Förderung abwendet und sein Projekt ohne Hamburger Förderung realisiert. In diesem Fall durchläuft das Projekt keine explizite Qualitätssicherung Backstein und wird, sofern es überhaupt einer Genehmigung bedarf, im Rahmen des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens in der Regel kaum auf gestalterische Aspekte hin geprüft. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die im Vorfeld bereits angesprochene Abwägung der baukulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte sehr ernsthaft und verantwortungsbewusst zu betreiben und das Verfahren einer andauernden Evaluation zu unterziehen, um bei Bedarf immer wieder nachjustieren zu können. Das erfolgt auch gegenwärtig im Hinblick auf Verfahrensfragen und Förderhöhen für einzelne Teilkomponenten.



Abb. 11/12 Schützenswerte Bestände aus den 1920er Jahren von hohem, baukulturellem Wert, Block in Hamm und Horn.



Das gesamte Verfahren findet keine Anwendung für denkmalgeschützte Objekte, weil Sanierungsabsichten an diesen Gebäuden ohnehin vom Denkmalschutzamt genehmigt werden müssen und somit einer Qualitätskontrolle unterliegen. Außerdem sind diese Bestände bezogen auf die große städtebauliche Dimension der Fassadenfrage eher von untergeordneter Bedeutung. Allerdings handelt es sich bei vielen Gebäuden in der Qualitätssicherung Backstein insbesondere aus den 1920er Jahren um Bestände, die zumindest im Sinne des städtebaulichen Denkmalschutzes wahrscheinlich auch als schützenswert eingestuft werden könnten. Dies ist umstritten, weil es sich häufig um im Krieg zerstörte Gebäude handelt, die zwar annähernd baugleich wieder hergestellt wurden, streng genommen aber keine Originalsubstanz darstellen. Gleichwohl sind sie in der Summe für das kollektive Gedächtnis der Stadtgesellschaft wahrscheinlich von größerem Wert als manch ein Einzeldenkmal. Daher ist es sehr bedauerlich, wenn ungeschützte, wertvolle Fassaden durch energetische Sanierungsmaßnahmen verloren gehen (Abb. 11 und 12).

Die Probleme im Umgang mit der Backsteinarchitektur sind vielfältig. Steht man bei eigentlich allen Beständen aus der Vorkriegszeit vor der Problematik, eine deutliche Veränderung der Fassade durch Dämmung, vorgebaute Balkone oder auch andersformatige Fenster aus baukultureller und auch ästhetischer Sicht ablehnen zu müssen, ergeben sich durch bautechnische Probleme (insbesondere undichte Fassaden) sowie wirtschaftliche und soziale Aspekte nicht selten Zwänge, die immer wieder Kompromisse unumgänglich machen. Für die Nachkriegsarchitektur stellt sich die Situation etwas anders dar, weil der Anteil bedeutender Einzelbestände gemessen am Gesamtvolumen deutlich geringer ist. Trotzdem gibt es auch hier wichtige Einzelgebäude oder Ensembles, deren Fassaden im Original erhalten bleiben sollten. In beiden Fällen kommt einer Modernisierung der Haustechnik inklusive regenerativer Eigenenergieerzeugung ein besonders hoher Stellenwert zu. Hier wird im Bereich der Förderung noch Innovationsbedarf angemeldet, da gegenwärtig bei Verzicht auf eine Außendämmung zwar eine Fugensanierung mit 25 Euro/Quadratmeter gefördert werden kann, dies aber nach Aussage vieler Antragsteller auch in Kombination mit anderen Förderkomponenten nicht ausreicht, um ein wirtschaftlich vergleichbares Ergebnis zu erzielen wie mit einem Wärmedämmverbundsystem (WDVS).

In vielen Fällen wird letztlich einer Förderung auch bei Verwendung von WDVS mit Klinkerriemchen oder Putz aufgrund der

bisher genannten Aspekte zugestimmt. Allerdings beginnt dann für das Gebäude ein Umwandlungsprozess, der für das Stadtbild aufgrund der großen Fallzahlen von immenser Wirkung ist und dessen Gestaltung in vielen Fällen auf erschreckende Weise vernachlässigt wird. Es findet keine oder nur eine unzureichende Auseinandersetzung mit der Umgebung, der Entstehungszeit oder der Architektur selbst statt. Auch wird zu wenig Augenmerk auf die Ausbildung zahlreicher Details gelegt, die bei Aufbringung einer Dämmung neu entworfen werden müssen. Das gilt insbesondere für Fensterlaibungen, Hauseingänge und Dachanschlüsse, die selbst in den knappen Jahren der Nachkriegszeit gestalterische Berücksichtigung fanden und den Gebäuden zusammen mit dem Backstein ihr Gesicht geben. Auch wird eine energetische Sanierung durchaus als Gelegenheit gesehen, einer Wohnanlage nach vielen Jahren endlich ein neues, frisches Gesicht zu geben. Das ist einerseits verständlich, andererseits aber bei genauerer Betrachtung nicht selten mit hohen Folgekosten verbunden, weil Luftverschmutzung und Algenbildung Putzfassaden auf WDVS nicht ansehnlich altern lassen und Anstriche nötig werden. Außerdem können mechanische Beschädigungen durch unsachgemäßes Verhalten oder natürliche Aktivitäten (Spechtlöcher) zu erhöhten Reparaturaufwendungen führen. Eine Wohnanlage verliert allzu leicht ihren Bezug zur Vergangenheit, wenn die nachhaltige und ortsspezifische Qualität des Backsteins zugunsten einer irgendwie vordergründig und beziehungslos gefärbten Putzfassade mit vorgestellten Balkonen aus einfachsten Materialien aufgegeben wird.

Hier sollte im Sinne ganzer Quartiere vermehrt über umfassende Gesamtlösungen nachgedacht werden, die die berechtigten Interessen der Eigentümer und Bewohner nach zeitgemäßen Wohnungen, Balkonen und energetisch technischen Standards verbinden mit einer behutsamen Weiterentwicklung der Quartiere durch Aufstockung, Zubau und/oder bei weniger bedeutenden Beständen auch Teilabriss und Neubau. So könnten mehr zeitgemäße Wohnformen insbesondere auch für die alternde Gesellschaft in die Bestandsquartiere integriert und der Backstein an städtebaulich wichtigen Orten erhalten und erneuert werden. Gegebenenfalls könnte auch über die Ausweitung von Baurechten eine finanzielle Kompensation für die Eigentümer erreicht werden, um Projekte dieser Art vermehrt auf den Weg zu bringen. Das Bild der Backsteinstadt wird sich verändern, doch gibt es jetzt noch die Möglichkeit, an dem Ausmaß und der Qualität dieser Veränderung im Sinne der Baukultur Hamburgs positiv mitzuwirken.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1, 2, 4, 5, 12: Michael Rink; Abb. 3, 10: FHH, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Foto: E. Kossak; Abb. 6: Günter Wilkens; Abb. 7, 8, 9: FHH, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Abb. 11: Prof. H.-G. Burkhardt.

## Anmerkungen zur hygrothermischen Beurteilung denkmalgeschützter Mauerwerksfassaden

WERNER KAUL

### Hygrothermische Bewertung: Option oder Notwendigkeit?

Die Anforderung, erhaltenswerte Bestandsfassaden energetisch zu sanieren, stellt alle Beteiligten vor neue Herausforderungen – insbesondere Mauerwerk jeder Art bereitet bei der Sanierung Schwierigkeiten.

Da moderne Dämmethoden und Heizverfahren sehr effektiv sind, ist die Relevanz der dynamischen thermischen und hygrischen Vorgänge für das bauphysikalische Verhalten von Hüllflächenkonstruktionen heutzutage deutlich höher zu bewerten als noch vor 20 Jahren. Selbst bis zum Maßnahmenzeitpunkt unkritische Störungen in der Konstruktion gewinnen durch die dämmungsbedingte permanente Veränderung der hygrothermischen Verhältnisse leicht das Potenzial, langfristig Schäden in der Bausubstanz oder Einschränkungen in der Nutzbarkeit nach sich zu ziehen. Ähnlich dramatisch wirken sich in der Regel Fehler bei der haustechnischen Planung aus.

Die Entscheidung für die eine oder die andere Maßnahme muss also stets mit der Sorge verbunden sein, durch die baulichen Eingriffe selbst oder durch die Veränderung der hygrothermischen Verhältnisse irreparable Schäden an der Bausubstanz zu verursachen. Der Blick auf die Kosten tut ein Übriges, um Eigentümer und Nutzer, aber auch Planer, Fachbehörden und Subventionsgeber, zu verunsichern.

In dieser Gemengelage verschiedenster Interessen und Anforderungen hat die hygrothermische Bewertung der Gebäudehülle wesentliche Bedeutung. Sie bildet – neben der konservatorischen Einordnung und der grundlegenden bautechnischen Untersuchung – das Fundament für die Entscheidungen über Art und Umfang einer jeden denkmalpflegerisch verträglichen und kostenbewussten energetischen Sanierung.

### Planungsprozess und Bauteilanalytik

In der Ausführung kann das Schadensrisiko durch Sorgfalt und kontinuierliche Qualitätskontrolle minimiert werden. Das gelingt jedoch bei der Planung nicht, da es üblicherweise an ausreichendem Datenmaterial zu den bauphysikalischen Gebäude- und Bauteileigenschaften mangelt.

Die gängigen Energieausweise reichen hier nicht aus, da sie lediglich einen einzigen – nämlich den durch die EnEV [EnEV-2007] [EnEV-2009] definierten – Zustand statisch beschreiben. Darüber hinaus erfolgt die Erhebung der Materialdaten durch Übernahme der tabellarischen Werte aus der Norm. Die Untersuchung der vorgefundenen Konstruktionen und Baumaterialien im Rahmen der Energieausweis-Erstellung wird üblicherweise nur pauschal durchgeführt und stellt daher einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar.

Der einzig sichere Weg zu bautechnisch wie bauphysikalisch einwandfreien, nachhaltigen und ästhetisch ansprechenden Lösungen führt über eingehende Untersuchungen im Vorfeld der Planung:

- 1.1. Herstellen der Informationsbasis
- 1.2. Gebäudeeigenschaften
- 1.3. Historie, Lage und Umfeld
- 1.4. Nutzungen und Nutzer
- 1.5. Physikalische und chemische Eigenschaften der Baustoffe (Probenentnahme und bautechnische Analysen)
- 1.6. Dynamisches Bauteilverhalten im Bestand (durch hygrothermische Langzeitmessungen)
- 1.7. Allgemeine Bewertung und Optimierungsansätze
- 1.8. Aufbereitung der Messdaten
- 1.9. Modellierung und Simulation
- 1.10. Bestand
- 1.11. Sanierungsvarianten
- 1.12. Aufbereitung der Ergebnisse

Hier wird deutlich, dass die hygrothermische Bewertung denkmalpflegerisch relevanter Gebäude entgegen landläufiger Meinung deutlich über die rein mathematisch-physikalische Untersuchung der Hüllbauteile hinausgeht. Insbesondere die nutzungs- und nutzerabhängigen Faktoren werden zu häufig übersehen.

### Glaser-Verfahren oder Simulation

Die DIN 4108-3 [4108-1981] legt für die Überprüfung der Tauwasser-Sicherheit baulicher Konstruktionen das sogenannte „Glaser-Verfahren“ und die entsprechenden Randbedingungen fest. Der Darmstädter Professor für Thermodynamik, Helmut Glaser, hatte das nach ihm benannte Verfahren bereits 1958 – lange bevor alltagstaugliche zuverlässige Computer zur Verfügung standen – in einem Aufsatz über die Vermeidung von Tauwasserproblemen beim Kühlhausbau vorgestellt.

Das Verfahren hat sich über viele Jahre auch im Hochbau bewährt. Allerdings lassen die steigenden Anforderungen an die Wärmedämmung der Gebäudehülle und die daraus resultierenden, baulich und physikalisch komplexer werdenden Konstruktionen die Schwächen der Methode immer deutlicher hervortreten:

- Stationäre Betrachtung,
- vereinfachte Randbedingungen,
- kapillare Effekte bleiben unberücksichtigt,
- Gravitationseffekte bleiben unberücksichtigt,
- extreme Einzelereignisse bleiben unberücksichtigt,
- hygrothermische Resonanzerscheinungen bleiben unberücksichtigt.

In der stationären Betrachtung bleiben die natürlich vorhandenen und ständig wechselnden Verhältnisse des Klimas sowie ihr zeitlicher Ablauf unberücksichtigt. Singularitäten wie zum Beispiel das Aufheizen oder Auskühlen eines Innenraumes durch Sonneneinstrahlung oder Regenereignisse werden von den stationären Methoden ignoriert.

Baustoffe nehmen darüber hinaus bei verschiedenen Temperaturen entsprechend ihrer Stoff- und Porenstruktur unterschiedliche Mengen Feuchte in Form von Dampf oder Flüssigwasser auf.

Wenn ein (poröser) Baustoff mit konstanter Temperatur und Feuchte umgeben ist, stellt sich in seinen Hohlräumen eine hygroskopische Gleichgewichtsfeuchte ein. Das lässt sich in sogenannten „Sorptionsisothermen“ darstellen. Diese sind im Rahmen der Materialuntersuchungen experimentell zu bestimmen.

Diese Vorgänge werden jedoch von der Glaser-Methode ebenso wenig berücksichtigt, wie kapillare, gravitationsabhängige oder chemisch bedingte Transportprozesse.

Mit steigender Wärmedämmung steigt das Risiko, dass Konstruktionen, die nach Glaser eigentlich unkritisch sein sollten, in der Praxis aufgrund ihres dynamischen hygrothermischen Verhaltens versagen. Umgekehrt zeigt die jüngste Baupraxis, dass sich verschiedene Konstruktionen, die nach Glaser hochgradig tauwassergefährdet sein müssten, in der instationären Wirklichkeit bestens bewähren.

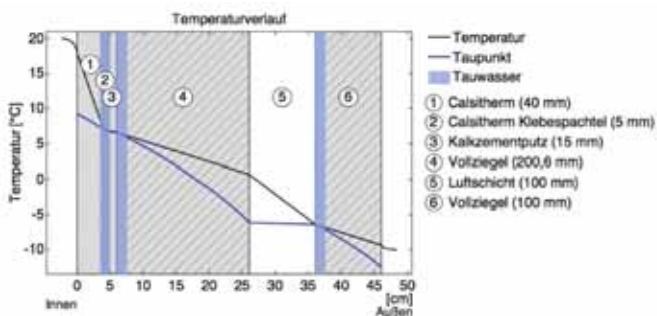


Abb. 1 Glaser-Diagramm einer Sanierungsvariante erstellt in [www.u-wert.net](http://www.u-wert.net).

Im Beispiel (Abb.1) besteht nach Glaser insbesondere an den Grenzschichten zwischen Mauerwerk und Putz, zwischen Putz und Klebspachtel sowie zwischen Klebspachtel und Kalziumsilikat-Dämmung ein hohes Tauwasserrisiko.

*Ob und wie sich die besonderen kapillaren Eigenschaften des Dämmmaterials Calciumsilikat auf den Feuchtehaushalt auswirken, kann mit dem Glaser-Verfahren aus genannten Gründen nicht abgebildet werden. Eine seriöse Beurteilung ist daher ohne dynamische Untersuchung unmöglich.*

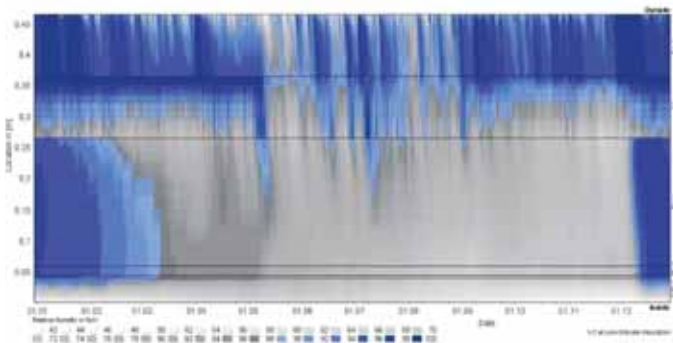


Abb. 2 Simulationsergebnis für die gleiche Sanierungsvariante.

Das entsprechende Simulationsergebnis (Abb. 2) zeigt die relative Feuchte („Oben“ entspricht „Außen“, „Unten“ entspricht „Innen“) über ein Jahr (von links nach rechts). Mit Ausnahme eines kurzen Zeitraumes im Winter ist die Konstruktion in keinem der nach Glaser „verdächtig“ Bereiche kritisch und trocknet über die

Sommermonate auch weitgehend aus. Das Schadensrisiko durch hygrothermische Prozesse ist daher gering. Am Rande sei bemerkt, dass das Resultat bei einem nicht kapillaraktiven Dämmstoff gleicher Wärmeleitfähigkeit deutlich ungünstiger ausgefallen wäre.

Das Beispiel zeigt deutlich, wie überlegen moderne Simulationsverfahren sind. Insbesondere bei der nachträglichen Dämmung von Bestandsgebäuden erlaubt die Simulation zuverlässige Aussagen über die hygrothermischen Auswirkungen solcher Maßnahmen. Einerseits lässt sich die Funktionsfähigkeit von Konstruktionen nachweisen, an denen die Glaser-Methode aufgrund der oben genannten Schwächen scheitert. Auf der anderen Seite lässt sich das Schadensrisiko durch ungeeignete oder falsch ausgeführte Dämmmaßnahmen mithilfe der Simulation der geplanten Maßnahmen deutlich minimieren.

*Mit Blick auf den historischen und gesellschaftlichen Wert kann bei der energetischen Optimierung von Baudenkmalen nicht auf die simulative Untersuchung verzichtet werden.*

### Informationsbasis

Als erste Informationsquellen eignen sich zum einen die gängigen Energiepässe. Zum anderen wird das Gebäude begangen und der allgemeine Zustand in hygrothermischer Hinsicht festgehalten. Als zusätzlicher Baustein dient die Auswertung der Einschätzungen der Mieter und Hausmeister, die als langfristige Nutzer bzw. Betreuer üblicherweise einen sehr klaren Blick für nicht so offensichtliche Schäden und Nutzungseinschränkungen haben [KAU-2011]. Darüber hinaus sind eine ganze Reihe von Analysen und Messungen notwendig.

Im Überblick:

1. Gebäudedossier („aus den Akten“):
  - Historische Einordnung,
  - Lage und Klima,
  - Bauart und Konstruktion,
  - Nutzung und Nutzerstruktur,
  - Haustechnik,
  - Fotodokumentation,
  - Planunterlagen.
2. Energiepässe
3. Begehungsprotokoll:
  - mikroklimatische Besonderheiten,
  - hygrothermische Besonderheiten,
  - nutzungsspezifische Besonderheiten,
  - Schadensbilder,
  - gegebenenfalls Fotodokumentation.
4. Befragungsergebnisse Nutzer:
  - mikroklimatische Besonderheiten,
  - hygrothermische Besonderheiten,
  - nutzungsspezifische Besonderheiten/Einschränkungen,
  - Schadensbilder.
5. Befragungsergebnisse Facility Management:
  - mikroklimatische Besonderheiten,
  - hygrothermische Besonderheiten,
  - nutzungsspezifische Besonderheiten/Einschränkungen,
  - Schadensbilder.

6. Ergebnisse der Materialuntersuchungen:
  - Laborbericht physikalische Eigenschaften,
  - Laborbericht chemische Eigenschaften.
7. Geprüfte hygrothermische Messdaten eines vollen Jahreszyklus:
  - Datenblätter der verwendeten Messgeräte,
  - Eichprotokolle der verwendeten Messgeräte,
  - Dokumentation der Einbausituationen (Pläne/Fotos/Protokolle),
  - Zuordnung der Sensoren zu den jeweiligen Loggerkanälen,
  - Ausleseprotokolle,
  - Messdaten für den Messzeitraum in einheitlicher Dateinomenklatur und -form,
  - Zuordnung der Dateien zu den Sensoren,
  - Protokolle der Datenüberprüfung,
  - Liste der gelieferten Daten.

Die Auswahl der Projektpartner und Auftragnehmer ist hier von entscheidender Bedeutung, da von deren Qualifikation und Zuverlässigkeit der Erfolg der gesamten Untersuchung wesentlich abhängt. Letztendlich ist die sorgfältige Grundlagenermittlung zur Schaffung einer soliden Informationsbasis wie auch die Durchführung und Auswertung von Messungen mit erheblichem Organisations- und Koordinationsaufwand verbunden (Abb. 3). Daher ist ein erfahrenes und professionelles Projektmanagement unverzichtbar.



Abb. 3 Projektorganisation für die energetische Bewertung denkmalgeschützter Gebäude.

**Allgemeine Bewertung**

Auf Basis der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen und Daten wird im Rahmen dieser Auswertung zunächst eine allgemeine Analyse und eine grobe Abschätzung des energetischen Optimierungspotentials vorgenommen.

**Modellierung und Simulation**

Ziel der simulativen Untersuchung ist einerseits die hygrothermische Beurteilung der vorhandenen Wandaufbauten. Andererseits sollen die bauphysikalischen Auswirkungen energetischer Sanierungsmaßnahmen auf diese Wandaufbauten eingeschätzt werden. Die Anwendung simulativer Werkzeuge erfordert zunächst eine möglichst präzise Modellierung der vorgefundenen und der geplanten Situationen:

- Erstellung der Materialdatensätze (gelieferten Materialdaten, Herstellerangaben),
- Erstellung des Geometriemodells aus den gelieferten Informationen,
- Materialzuordnung,
- Kalibrierung des Systems mit Standardbedingungen,
- Zuordnung der tatsächlichen Randbedingungen,
- Festlegung der Ausgabeparameter/Zonierung,
- Prüfdurchläufe zur Bestimmung der Einschwingdauer.

Im Anschluss erfolgen je nach Erfordernis mehrere Simulationsdurchläufe für jede einzelne Situation. Die Ergebnisse liegen im Anschluss in Form von Tabellendateien vor.

**Materialdaten**

Die für die Durchführung der Simulation notwendigen Materialdaten liegen üblicherweise in Form von Laborberichten vor. Diese werden zunächst zusammengestellt und in die Materialdatenbank des Simulationssystems eingepflegt.

Vor und Hintermauerwerk: Vollziegel rot, massiv	
<b>Allgemeine Eigenschaften</b>	
Schichtstärke d	0,100 m
Dichte ρ	1,890 kg/m³
Porosität φ	0,290 m³/m³
<b>Thermische Eigenschaften</b>	
Wärmekapazität C	850 J/kgK
Wärmeleitfähigkeit λ	0,550 W/(mK)
Wärmedurchlasswiderstand R (= d/λ)	0,19 m²K/W
<b>Hygrische Eigenschaften</b>	
Wasserdampfdiffusionswiderstand μ	38
Diffusionsäquiv. Luftschicht-dicke s <sub>d</sub> (= μ·d)	3,8 m
Aktuelle Baufeuchte <sup>**1</sup>	10,40 kg/m³ = 0,0104 m³/m³ = 0,0055 kg/kg
Prakt. Feuchtegeh. / Bezugsfeuchte / w <sub>90</sub>	16,83 kg/m³ = 0,0167 m³/m³ = 0,0088 kg/kg
Freie Wassersättigung / Sättigungsfuchte	207,90 kg/m³ = 0,2083 m³/m³ = 0,11 kg/kg
<b>Hilfsgrößen</b>	
Dichte Luft ρ <sub>L</sub>	1,204 kg/m³
Dichte Wasser ρ <sub>W</sub>	998,200 kg/m³

\*\*1 Für Bestandsbauteile die gemessene "Aktuelle Baufeuchte bzw. Sorptionsfeuchte w<sub>90</sub>", für Neubauteile die "Typische Bau-Feuchte / Neubaufeuchte"

Tabelle 1 Beispiel für Materialdaten aus einem Laborbericht.

**Messdaten**

Die gelieferten Messdaten liegen in einem vom jeweiligen Datenlogger abhängigen Format als Tabellen in ASCII-Dateien vor. Jede Datei enthält die Daten mehrerer Sonden.

Der volle Jahreszyklus umfasst dabei üblicherweise mehrere Einzeldateien, die jeweils von einem Ableszeitpunkt bis zum nächsten reichen.

Die Dateien müssen nun zunächst nach Sonden und Messparametern separiert und die einzelnen Zeitabschnitte zum gesamten Messzeitraum zusammengefasst werden. Im Anschluss wird eine Plausibilitätskontrolle durchgeführt.

Um die Daten anschließend in der Simulationsumgebung als Randbedingungen verwenden zu können, ist eine Umwandlung in ein für das Simulationsprogramm lesbares Format notwendig.

Die Datenaufbereitung kann angesichts mehrerer zehntausender Datensätze nicht mit Tabellenkalkulationen wie zum Beispiel Microsoft Excel erfolgen, sondern muss mit leistungsfähigen mathematischen Programmen wie MathLab, Octave, GNU R oder S bewerkstelligt werden.

### Simulation

Die Simulation hygrothermischer Vorgänge in Bauteilen basiert auf der mathematischen Abbildung realer Transportvorgänge nach den Regeln der Thermodynamik. Dies mündet in einem System von Differentialgleichungen, deren nicht triviale Lösung mit sogenannten „Solvem“ gesucht wird. Dabei handelt es sich um Bibliotheken oder eigenständige Programme, die Algorithmen für die notwendigen Lösungsverfahren zur Verfügung stellen.

Der Simulationsvorgang selbst folgt im Kern einfachen Regeln:

- Das Modell wird zunächst in viele kleine Elemente unterteilt.
- Für jedes Element werden unter Berücksichtigung der gegebenen Anfangsbedingungen zu einem bestimmten Zeitpunkt die oben genannten Berechnungen durchgeführt.
- Die Ergebnisse dienen als Randbedingungen für den nächsten Durchgang. Dabei entspricht jeder Durchgang einem Zeitschritt.
- Dies wird fortgeführt, bis der gewünschten Zeitraum abgebildet ist.

Um zuverlässige Ergebnisse zu erhalten, muss das System zunächst „Einschwingen“ (Abb. 4). Die Berechnungen für den betrachteten Zeitraum werden dazu so oft zyklisch wiederholt, bis sich Randbedingungen und Resultate nahezu identisch wiederholen. Üblicherweise wird ein System nach drei solchen „ähnlichen“ Durchgängen als „eingeschwungen“ bezeichnet. Die Resultate des darauf folgende vierten identischen Berechnungszyklus bilden das Ergebnis der Simulation.

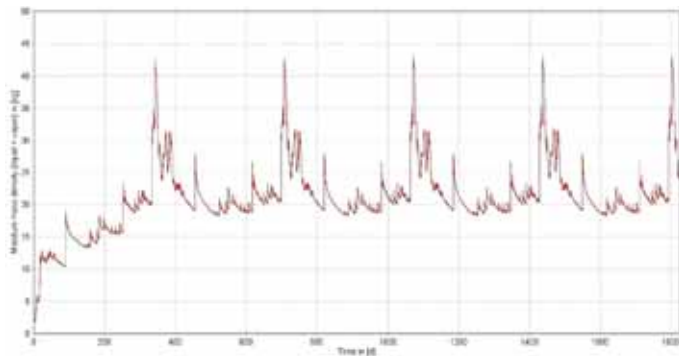


Abb. 4 Einschwingverhalten am Beispiel des Verlaufes des Gesamtwassergehaltes über 5 Jahre.

Es ist offenkundig, dass Präzision und Aussagekraft neben den geforderten Toleranzbereichen im Wesentlichen von drei Parametern abhängen:

- der Anzahl der Elemente,
- der Anzahl der Zeitschritte,
- der Anzahl der zu verfolgenden physikalischen Größen.

Seit den 1990er Jahren hat sich die Leistungsfähigkeit der Rechneranlagen rasant entwickelt. Neben höherer Präzision ermöglicht

dies auch zunehmende Komplexität der geometrischen Modelle. Markierten zunächst eindimensionale Simulationen die Grenzen des Machbaren, so sind heutzutage auch zwei – oder in Ausnahmefällen sogar dreidimensionale Simulationen möglich (Abb. 5).

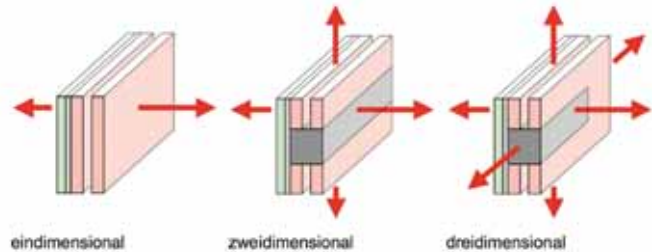


Abb. 5 Simulationstiefe.

Je komplexer das Modell wird, das heißt, je genauer man wissen will, was im Bauteil in hygrothermischer Hinsicht vor sich geht, desto langwieriger werden die Berechnungen. Eine einzelne Simulation kann daher je nach Anforderung und zur Verfügung stehender Rechenleistung schnell mehrere Stunden oder sogar Tage dauern. Daher ist man stets bemüht, die Modelle so weit zu vereinfachen, wie es ohne wesentlichen Informationsverlust möglich ist.

So wird üblicherweise mit einem einfachen Schichtenmodell begonnen und eindimensional simuliert. Wärme- und Feuchtebrücken wie Anker, Überbinder, einbindende, durchlaufende Bauteile bleiben zunächst unberücksichtigt. Wird diese Tatsache bei der Bewertung der Simulationsergebnisse bedacht, so ist diese Betrachtung häufig ausreichend. In kritischen Fällen, also zum Beispiel, wenn die Oberflächenfeuchte auf der Innenwand im Jahresverlauf längerfristig in den Grenzbereich des bauphysikalisch Unbedenklichen läuft, werden zweidimensionale Berechnungen dieser speziellen Bereiche allerdings unvermeidbar.

Im Baubereich haben sich für die hygrothermische Simulation die Pakete WuFI (Fraunhofer IBP) und DELPHIN (IBK TU Dresden) durchgesetzt.

### Ergebnisse

Die Ergebnisdateien sind in der tabellarischen Form nicht direkt auswertbar, da es sich um Tausende von Datensätzen handelt. Für die Bewertung ist eine umfangreiche Aufbereitung notwendig:

- Erstellung von Simulationsprotokollen,
- Visualisierung der Daten,
- grafische Optimierung,
- Herstellung von Bezügen,
- Erstellung von Vergleichsgrafiken.

Die Grafiken im nachfolgenden Beispiel zeigen den Schichtaufbau gegen die Zeit. Die Y-Achse zeigt den untersuchten Schichtaufbau in Metern. Dabei entspricht „Null“ der Innen-, der höchste Wert der Außenoberfläche der Wand. Die X-Achse gibt den Beobachtungszeitpunkt an. Im Fallbeispiel zeigt sie einen vollen Jahreszyklus.

Die Farbgebung eines Punktes repräsentiert den Wert des berechneten Parameters am entsprechenden Ort in/auf der Wand zum entsprechenden Zeitpunkt. Es ergeben sich typische Farbstrukturen, die markante Zustände wie zum Beispiel Tauwasserausfall,

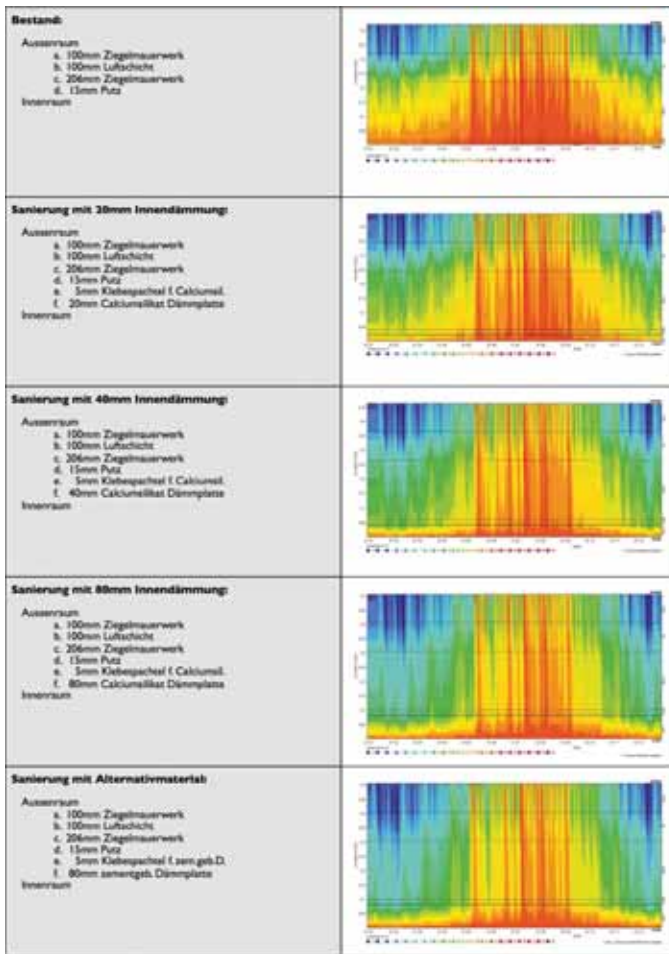


Abb. 6 Simulationsergebnisse Temperatur.

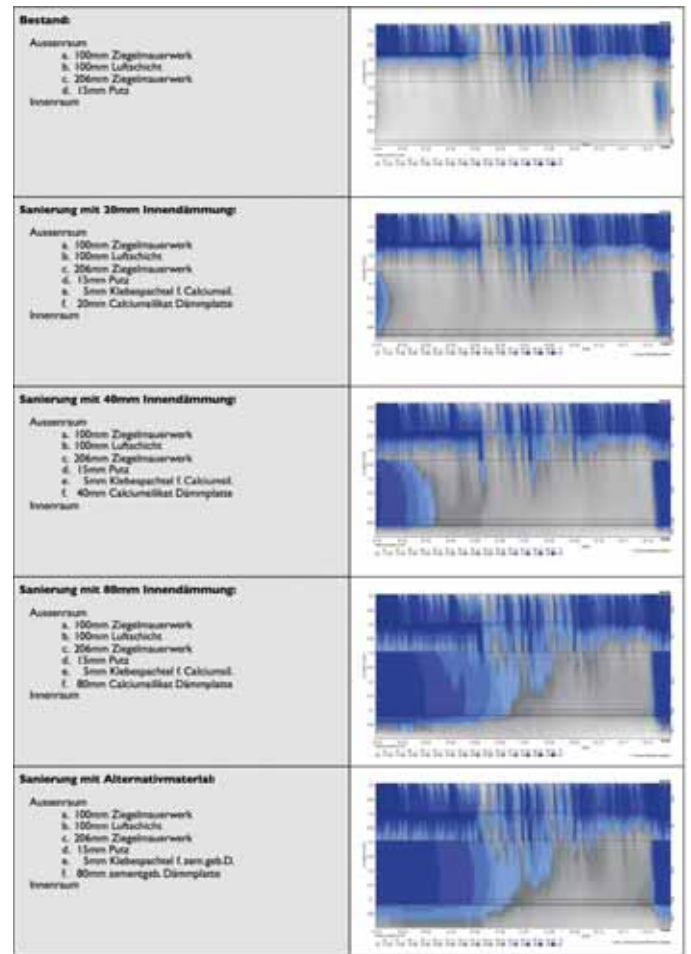


Abb. 7 Simulationsergebnisse relative Feuchte.

frostgefährdete Bereiche oder hohes Schimmel-Risiko sofort erkennen lassen.

### Bewertung

Die graphische Aufbereitung der Simulationsergebnisse zeigt deutlich:

1. Temperatur (Abb. 6): Alle Sanierungsvarianten führen zu einer Erhöhung der Oberflächentemperatur auf der Innenwand und verringern so die vorhandenen Strahlungsasymmetrien. Es ist davon auszugehen, dass die Räume bereits bei niedrigeren Innenluft-Temperaturen als bisher behaglich empfunden werden [FAN-1972] [GLU-1994]. Dies bedeutet, dass sich der Heizenergiebedarf voraussichtlich deutlich – über das dämmungsbedingt zu erwartende Maß hinaus – reduzieren dürfte. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Frostgrenze deutlich nach innen, bei höheren Dämmstärken sogar bis in die innere Mauerwerksschicht rückt. In Verbindung mit den berechneten Feuchtwerten kann bei höheren Dämmstärken ein erheblich höheres Risiko für frostbedingte Schäden ausgemacht werden. Dämmstärken bis etwa 40–50 Millimeter begrenzen diesen Effekt offensichtlich auf die äußere Mauerwerksschicht, sodass sich die sanierte Wandkonstruktion in dieser Hinsicht kaum vom Bestand unterscheiden wird

2. Feuchte (Abb. 7): Wie sich in der Simulation zeigt, steigt das Risiko der Durchfeuchtung der gesamten Wandkonstruktion mit zunehmender Dämmstoffdicke deutlich an. Bei Verwendung eines kapillaraktiven Dämmstoffes wie Calciumsilikat in Materialstärken bis etwa 40–50 Millimeter ist die Konstruktion über Monate fast trocken, sodass nicht mit einer bauphysikalischen Beeinträchtigung des Bestandes zu rechnen ist.
3. Schimmelrisiko (Abb. 8): Die Diagramme zeigen die Feuchtebereiche, in denen – vorausgesetzt die Temperatur liegt im Bereich zwischen 0 und 50 Grad Celsius – ein Schimmelwachstum zu erwarten ist. Offensichtlich steigt das Schimmelrisiko innerhalb des Wandaufbaues für alle Sanierungsvarianten deutlich an. Bei Dämmstärken bis etwa 40–50 Millimeter ist jedoch bei sorgfältiger Ausführung der Innendämmung nicht mit Schimmelbefall auf der innenseitigen Oberfläche der Wand zu rechnen.

Die Tatsache, dass es sich um ein mehrschichtiges, also inhomogenes Mauerwerk mit Überbindern oder Ankern handelt, macht je nach Menge und Anzahl möglicherweise eine zweidimensionale Untersuchung notwendig. Für Wärmebrücken wie einbindende beziehungsweise durchlaufende Bauteile gilt dies ohnehin.

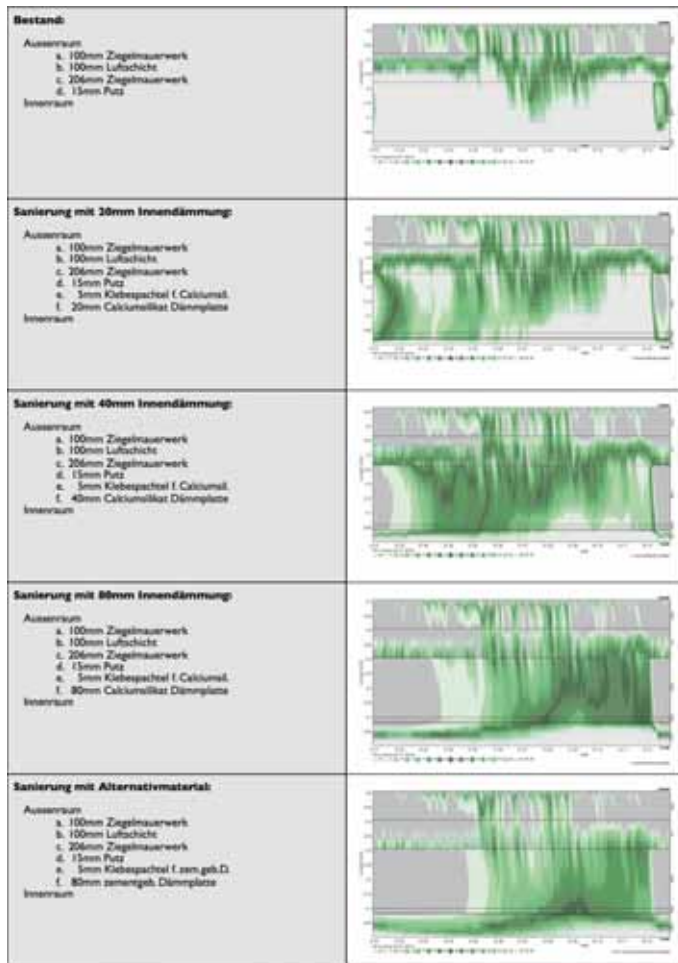


Abb. 8 Simulationsergebnisse schimmelgefährdete Bereiche bei 0–50 Grad Celsius.

### Zusammenfassung

Die energetische Sanierung von Gebäuden hat dank politischen Rückenwindes Hochkonjunktur und macht auch vor Baudenkmalen nicht halt. Schäden durch Fehler in der Planung und Ausführung entsprechender Maßnahmen gehen hier jedoch meist mit dem Verlust wichtiger kultureller Werte einher. Daher müssen die entsprechenden Gebäude sowie die jeweils infrage kommenden

Sanierungsvarianten schon in der Vorplanungsphase sorgfältig und umfassend analysiert werden.

Neben den allgemeinen Gebäudedaten müssen genaue geometrische und konstruktive Untersuchungen der Bauteilaufbauten sowie physikalische und chemische Analysen der verwendeten Materialien vorgenommen werden. Die Notwendigkeit der Erfassung sogenannter „weicher“ Basisdaten, etwa der Nutzungs- und Nutzerstruktur, wird jedoch häufig unterschätzt. Für die Abschätzung möglicher Einsparpotenziale und die Entscheidung über Art und Umfang von Sanierungsmaßnahmen im Sinne denkmalverträglicher, energetisch optimaler und dennoch kosteneffektiver Lösungen sind diese Kenntnisse jedoch unerlässlich.

Für die bauphysikalische Beurteilung greift das geläufige Glaser-Verfahren zu kurz. Als stationäre Methode mit zahlreichen vereinfachenden Annahmen ist es für die Beurteilung des hygrothermischen Verhaltens sanierter Konstruktionen und Materialien kaum noch geeignet. Abhilfe schaffen aktuelle dynamische Feuchte-Wärme-Simulationspakete wie DELPHIN oder WuFI. Mit diesen Werkzeugen können sowohl Bestand als auch in Erwägung gezogene Sanierungsvarianten hygrothermisch realitätsnah abgebildet werden. Je mehr Randbedingungen am Gebäude selbst ermittelt werden, desto höher wird die Zuverlässigkeit der Ergebnisse. Laboruntersuchungen der vorgefundenen Materialien wie auch die Durchführung von mikroklimatischen und hygrothermischen Messungen an relevanten Stellen der Gebäudehülle über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr sind bei der Planung von energetischen Sanierungsmaßnahmen daher selten verzichtbar.

*Die energetische Bewertung denkmalgeschützter Gebäude darf ohne Übertreibung als komplexe und umfangreiche Aufgabe bezeichnet werden. Im Sinne denkmalverträglicher, bauwerkserhaltender, nutzungsgerechter, energetisch optimaler und dennoch kostengünstiger Lösungen stellt sie die Grundlage für alle Entscheidungen über Art und Umfang einer energetischen Sanierung dar. Versäumnisse an dieser Stelle können in jeder Hinsicht teuer werden, weshalb neben aller fachlichen Kompetenz stets auch ein durchdachtes und konsequentes Projektmanagement notwendig ist.*

### Literaturnachweis

[FAN-1972]: Fanger, P.O. (1972): Thermal Comfort. Analysis and Applications in Environmental Engineering. USA: McGraw-Hill. [GLU-1994] Glück, B. (1994). Zulässige Strahlungstemperatur-Asymmetrie, Gesundheitsingenieur, 115. Jg. 1994, S.285–293, Berlin, K.W. Usemann. [KAU-2011] Kaul, W. (2011), Organisationsleitfaden für die Erhebung hygrothermischer Messdaten im Gebäudebestand, Hamburg, ABT TUHH. [4108-1981]. Normenausschuss Bauwesen im DIN (1981), DIN 4108 Wärmeschutz im Hochbau. Teil 1–5., Berlin, Beuth Verlag. [EnEV-2009] Bundesregierung 2009, Verordnung zur Änderung der Energieeinsparverordnung, Bundesgesetzblatt Jg. 2009 Teil I Nr. 23. [EnEV-2007] Bundesregierung 2007, Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden, (Energieeinsparverordnung), Bundesgesetzblatt Jg. 2007 Teil I Nr. 34.

### Abbildungsnachweis

Die Rechte an allen Bildern und Tabellen liegen bei Dipl.-Ing. Architekt Werner Kaul.

## Wandflächentemperierung – die konstruktiv-energetische Low-Tech-Lösung zur Vermeidung von Außendämmungen an Baudenkmalern

CHRISTOPH SCHWAN/WOLFRAM SPEHR

Das Fabrikgebäude von 1905 aus Leipzig ist ein dreigeschossiges Backsteingebäude mit einem befensterten Tiefparterre. Die Haupt-Backsteinfassaden sind horizontal gegliedert durch großformatige Fensterbänder. Die innere Tragstruktur der Fabrik ist eine der ersten Stahlbeton-Konstruktionen in Leipzig.

Die ursprüngliche Nutzung der Fabrik diente der Herstellung von Stärke. Zum jetzigen Zeitpunkt werden die Innenräume in den unteren Geschossen als Büroräume und das Dachgeschoss als Wohnraum genutzt. Insgesamt beträgt die Wohn- und Nutzfläche des gesamten Gebäudes 1.300 Quadratmeter, bei einer durchschnittlichen Raumhöhe von 3,30 Metern (Abb. 1 und 2).

Der technisch-konstruktive Zustand der Fabrikanlage vor der Instandsetzung kann durchaus als desolat und ruinös bezeichnet werden. Wesentliche Teile des Gebäudes wie Dach und Außenwände waren von Grund auf zu erneuern. Bei der Instandsetzung der Backsteinfassaden wurden insgesamt 15.000 „neue“ Backsteine durch polnische Facharbeiter eingesetzt.

Für uns, als planende und bauleitende Architekten, hatte bei der Instandsetzung der Fabrikanlage grundsätzlich immer Reparatur Vorrang vor Erneuerung.

Die Verwendung natürlicher heimischer Baustoffe, sowie die bewusste Anwendung tradierter Handwerkstechniken, waren

festen Bestandteil unserer denkmalgerechten konstruktiv-energetischen Planung.

Die besondere Herausforderung für uns Architekten bestand in der energetisch-konstruktiven Lösung des Konfliktes zwischen Denkmalschutz und Klimaschutz.

Um die denkmalwerten Eigenschaften des Fabrikgebäudes im Fassaden- und Fensterbereich, uneingeschränkt zu erhalten, und gleichzeitig den anlagenbezogenen Verbrauch an Wärme- und Stromenergie des Gebäudes drastisch zu senken, kam für uns nur der Einsatz einer strahlungsbasierten Gebäudeerwärmung infrage, in Form einer Wandflächentemperierung (WFT-System). Diese energetisch-technische Konzeption basiert ausschließlich auf der Physik der Wärmestrahlung (Abb. 3 und 4).

Eine Wandflächentemperierung ist eine extreme Niedertemperaturtechnik, die zu einer nahezu vollständigen Trocknung der Außenwand und somit zu einer drastischen Senkung der Wärmeleitfähigkeit führt.

Bei Backsteinmauerwerk-Außenwänden mit einer Ausgangsfeuchte von 5 Volumen-Prozent, verbessert sich somit die Dämmfähigkeit der Außenwand erheblich. Auf Außendämmungen zur energetischen Verbesserung des Gebäudes kann verzichtet werden.



Abb. 1 Ansicht des Fabrikgebäudes von 1905 vor der Restaurierung.



Abb. 2 Ansicht des Fabrikgebäudes von 1905 vor der Restaurierung.





Abb. 3 Rohrleitungssystem der Wandflächentemperierung vor Verputz.



Abb. 5 Original rekonstruierte Fenster mit Einscheibenverglasung.



Abb. 4 Innenansicht einer Außenwand mit 50 Millimeter HWL-Platten belegt.



Abb. 6 Wandansicht nach Aufbringung des Innenputzes.

Durch den Verzicht auf Außendämmungen profitiert ein Gebäude auch von den exogenen Energieeinträgen aus Solar-, Umgebungs-, und Diffusstrahlung. Die effektiven U-Werte verbessern sich deutlich.

Ebenso entfallen auch die sonstigen Nachteile von Wärmedämmverbundsystemen wie Verschimmelung, Veralgung, Tauwasserbildung im Dämmstoff, Schimmelbildung auf Innenwänden und nicht zuletzt die Brandgefährlichkeit dieser Konstruktionen.

In der Stärkefabrik in Leipzig wurde das wassergeführte Rohrleitungssystem der Wandflächentemperierung planmäßig, umlaufend auf den Innenseiten der Backstein-Außenwände montiert und zweilagig mit Kalk-Gips-Putz verputzt.

Auf Grundlage dieser Technologie konnten die großformatigen Fenster, als wesentliche Stilelemente der Backsteinfassaden der Stärkefabrik, original rekonstruiert mit Einscheibenverglasung, wiederhergestellt werden (Abb. 5 und 6).

Der gemessene Energieverbrauch für Wärmeenergie seit 2008 beträgt dennoch nur ca. 60 [kWh/m<sup>2</sup>a] für Heizung und Brauchwasserbereitung.

In der Physik gibt es drei Bereiche des Wärmetransports: Wärmestrahlung, Konvektion und Wärmeleitung. Der Wärmetransport über Konvektion ist die ineffektivste Form der Gebäudeerwärmung, da immer das gesamte Raumluftvolumen erwärmt werden muss und enorme Lüftungswärmeverluste über die Fenster und Außentüren eines Gebäudes unvermeidlich sind. Die effektivste Form des Energietransportes ist die Wärmestrahlung, da sie nicht an das Medium Innenraumluft als Transporteur von Energie gebunden ist.

Gewöhnliches Fensterglas ist für einen großen Teil der langwelligen Wärmestrahlung nicht durchlässig, sodass bei strahlungsbasierter Gebäudeerwärmung als Wandflächentemperierung nur marginale Wärmeverluste über die Fenster entstehen. Ein Luftaustausch der Innenraumluft über die Fenster ist möglich und erwünscht.

Die wesentlichen Vorteile einer strahlungsbasierten Wandflächentemperierung (WFT-System) gegenüber konvektiven Systemen wie Radiatoren, Flachheizkörpern oder Unterflurkonvektoren sind die geringe Systemtemperatur von maximal 35 Grad Celsius und der geringe Wasserinhalt in der Beheizungsanlage (Abb. 7).

Abb. 7 Ansicht des Fabrikgebäudes von 1905 nach der Restaurierung.



Die naturwissenschaftlichen, physikalischen Grundlagen zur Berechnung einer strahlungsbasierten Gebäudeerwärmung und Gebäudekühlung (WFT-System) sind die Strahlungsgesetze, insbesondere das Stefan-Boltzmann-Gesetz.

Als Architekten und Ingenieure vertreten wir die Auffassung, dass das gängige bauphysikalische Denkmodell, das ein Gebäude wie einen Warmluftbehälter betrachtet und im wesentlichen durch die Berechnung des konvektiven Wärmetransportes bestimmt ist, nicht der naturwissenschaftlichen Realität entspricht.

Betrachtet man die Mechanismen von Energiegewinnen und „Energieverlusten“ an einem Gebäude unter dem Aspekt der Strahlungsphysik, so erkennt man, dass energetische Prozesse in Gebäuden und an Hüllflächen von Gebäuden geprägt sind durch Reflexion, Absorption und Transmission elektromagnetischer Wellen.

Dabei ist von besonderer Bedeutung der Austausch von Wärmestrahlung. Jeder Körper mit einer Temperatur über dem absoluten Nullpunkt von etwa -273 Grad Celsius, sendet Wärmestrahlung aus, die von anderen Körpern und gegebenenfalls auch von ihm selbst absorbiert wird. Der Wärmeaustausch mittels Strahlung ist daher ein in der Alltagsumgebung ständig und überall ablaufender Vorgang.

Im Vakuum ist Strahlungsaustausch die einzig mögliche Form der Wärmeübertragung.

Aus dem naturwissenschaftlichen Zusammenhang zwischen Strahlungsaustausch, Wärmestrahlung und der direkten, unmittelbaren Wirkung auf den menschlichen Organismus ergibt sich eine neue Definition für Raumklima – das Strahlungsklima.

Das Strahlungsklima in einem Gebäude ist der entscheidende Faktor. Es bestimmt die relative Luftfeuchtigkeit, die Lufttemperatur und damit prägend die Raumluft- und Arbeitsplatzqualität (Stefan-Boltzmann-Gesetz).

Ein gutes Strahlungsklima in einem Gebäude ist immer dann gegeben, wenn die Innenseiten der Außenwände über Wandoberflächentemperaturen von 19–21 Grad Celsius verfügen.

Als Architekten und Ingenieure setzen wir das baupraktisch um in Form einer Wandflächentemperierung (WFT-System) als extreme Niedertemperaturtechnik.

Dämmstoffe haben nur eine geringe Masse (Physik) und sind nicht speicherfähig. Durch das außenseitige Aufkleben der Dämmstoffe verlieren die massiven Außenwände eines Gebäudes ihre energiespeichernde Wirkung, gleichsam einer Batterie, da die Wände jetzt von der Absorption des exogenen Energieeintrages aus direkter Solarstrahlung, sowie der Global- und Umgebungsstrahlung abgekoppelt sind.

Diese Naturenergien stehen dem Gebäude zur Verringerung des Temperaturgefälles in der Gebäudeaußenwand nicht mehr zur Verfügung. Das kann zu einem erhöhten Energieverbrauch führen.

#### Abbildungsnachweis

Alle Bilder: Christoph Schwan.

## Anpassung, Metamorphose, Verschwinden? – Bedeutungswandel, -zuwachs oder -verlust infolge von Umwidmung bei Gartendenkmälern

ERIKA SCHMIDT

Im Bereich historische Grünanlagen und Freiräume sind zwei Arten von Konversion festzustellen: zum einen die Umwidmung eines Gartenareals für eine ganz andere Flächennutzung, etwa eine bauliche Nutzung oder Inanspruchnahme für den Verkehr; zum anderen die Umwidmung einer Grünfläche zu einer anderen Kategorie von Freiraum wie etwa vom Friedhof zum Park. Dazwischen liegen Fälle, wo die Gebäude eines Ensembles mit Folgen für den zugehörigen Garten umgewidmet werden. Beim folgenden Überblick über verschiedene Konstellationen werden historische und aktuelle Beispiele herangezogen. Dabei ergibt sich eine thematische Überschneidung mit Beiträgen zur Sektion V, „Nachkriegsmoderne – Freiräume – Verdichtung“, was deutlich macht, wie akut strukturprägende städtische Freiräume aus der jüngeren Vergangenheit durch Konversionsprojekte gefährdet sind.

Die Spanne möglicher Konsequenzen eines Funktionswandels für die Bedeutung von Gartendenkmälern lässt sich in sechs Fallgruppen aufzeigen:

- Aufgabe des Gartens zugunsten von Überbauung
- Fortwirken des Gartens in einer städtebaulichen Struktur
- Reduktion des Gartens auf immer noch schutzwürdige Relikte
- Preisgabe von Teilen eines Gartens zwecks Anpassung des Ensembles, zu dem er gehört, an eine neue Funktion
- Integration neuer Freiraumfunktionen, wodurch dem Gartendenkmal – aus der Sicht späterer Zeiten – zusätzliche Bedeutung verliehen wurde
- Steigerung des Schauwertes einer weitgehend brachgefallenen Gartenanlage durch Rekultivierung.

Die als Beispiele herangezogenen Anlagen können nicht in der Tiefe behandelt werden, die ihrer Geschichte und Bedeutung angemessen wäre. Sie werden nur sozusagen illustrierend aufgerufen. Dabei gehe ich von negativen zu positiven Beispielen über.

### Verschwinden

Der Fortbestand selbst hervorragender Werke der Gartenkunst oder Landschaftsarchitektur ist keineswegs garantiert. Er wird offenbar am ehesten infrage gestellt, wenn es sich um noch relativ junge Anlagen handelt, deren historische oder künstlerische Bedeutung zunächst nicht erkannt ist oder jedenfalls noch nicht zu ihrer Unterschutzstellung als Denkmal führte. Die Anlage des 345 Hektar großen Central Park inmitten von Manhattan wurde 1857 beschlossen. Der Gestaltung durch Frederick Law Olmsted und Calvert Vaux lag die Idee zugrunde, den Bewohnern der Großstadt Naturerlebnis und den Eindruck einer ländlichen Gegend zu vermitteln. Gebäude sollten im Park nur eine untergeordnete Rolle spielen.<sup>1</sup> Die ausgedehnte Freifläche provozierte aber unzählige Bauprojekte für Sportstätten oder kulturelle Einrichtungen bis hin zu blockweiser Überbauung des Parks.<sup>2</sup> Zum Glück wurden nur wenige dieser Ideen realisiert. Heute würde niemand mehr die Existenz der seit 1974 als „scenic historic landmark“<sup>3</sup> geschützten

innerstädtischen Landschaft infrage stellen. Wenn es um die Werke von Städtebau und Landschaftsarchitektur der Nachkriegsmoderne geht, muss hingegen mit radikaler Negation gerechnet werden. Das Zentrum des Teils von Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) war, wies bis zu den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg dichte Bebauung auf. In den 1960er Jahren konvertierte man das Gebiet zwischen Spree, Marienkirche, Rotem Rathaus und S-Bahnhof Alexanderplatz zur Grünfläche mit Standort eines Fernsehturms. Die partiell erst Mitte der 1980er Jahre abgeschlossene Gestaltung des Freiraums mit drei markanten Teilbereichen war eine prominente Leistung der Landschaftsarchitektur jener Zeit.<sup>4</sup> In einem Gutachten von 2009 heißt es zur historischen und künstlerischen Bedeutung des Ensembles: „Die große Freifläche zwischen dem geplanten Humboldt-Forum und dem Fernsehturm war Kern der in den 60er Jahren geschaffenen ‚Achse Berlin‘ mit dem Palast der Republik als wesentlichem baulichen Bestandteil. Mit dieser Achse erhielt Berlin als einzige europäische Hauptstadt eine städtebauliche Komposition im Zentrum, die die charakteristischen Gestaltungsvorstellungen der 60er Jahre, der ‚optimistischen Moderne‘, verdeutlicht und entsprechend weitläufig und großzügig ausgelegt wurde. Sie bildete zusammen mit der Karl-Marx-Allee den städtebaulichen Nukleus der Hauptstadt der DDR.“<sup>5</sup> Nichtsdestoweniger – oder gerade deshalb – wurde vor wenigen Jahren mit großem publizistischen Aufwand vorgeschlagen, diesen Freiraum erneut zu konvertieren, nämlich in gleicher Dichte wie vor dem Zweiten Weltkrieg zu überbauen und Berlin dem Leitbild „Europäische Stadt“ entsprechend eine „Altstadt“ zu beschenken.<sup>6</sup> Damit wäre das Verschwinden des geschichtsträchtigen Freiraums erreicht. Freiraumplanerische Gegenpositionen hierzu wurden 2010 im Schinkelwettbewerb formuliert. Dabei bliebe immerhin der Freiraum als solcher gewahrt, die Gestaltung würde jedoch ausgelöscht.<sup>7</sup> Ob das Denkmal von Städtebau und Landschaftsarchitektur der 1960er bis 1980er Jahre in aussagefähigen Teilen erhalten bleibt beziehungsweise nach der Teilerstörung durch laufende U-Bahn-Baumaßnahmen restauriert wird, ist meines Wissens bis heute offen. Auch dem Neustädter Markt in Dresden haftet das Odium „sozialistischer Städtebau“ an. Er ist Teil eines 1979 vollendeten Ensembles, das vom Albertplatz im Norden über die im Barock angelegte Hauptstraße fast bis an die Uferzone der Elbe reicht. Der Neustädter Markt öffnet sich mit großer Geste zum Fluss und zur Ansicht der Dresdner Altstadt hin. Beiderseits eines Standbildes für August den Starken schuf man in den 1970er Jahren unter Beteiligung namhafter Dresdner Künstler vielfältig strukturierte Aufenthaltsbereiche.<sup>8</sup> Die nicht zuletzt von Anwohnern geschätzte Grünanlage wird indessen stadtplanerisch infrage gestellt. Nach einem 1993 beschlossenen und im Wesentlichen wiederholt bestätigten Planungsleitbild für die Dresdner Innenstadt sollen große Teile der nach den Kriegszerstörungen weiträumig neu bebauten Gebiete baulich verdichtet werden. So ist intendiert, die Platzfläche

des Neustädter Marktes durch zwei neue Baufelder in etwa auf die bis zum Zweiten Weltkrieg gegebene Ausdehnung zu reduzieren. Erfreulicherweise sprachen sich Teilnehmer einer Bürgerbefragung im Herbst 2011 für den Fortbestand der Grünfläche aus.<sup>9</sup> Sie soll nun erst einmal, in Teilen gestalterisch modifiziert, instand gesetzt werden. Doch gleichzeitig ist vorgesehen, „die bauliche Entwicklung und Ausgestaltung der Baufelder weiter planerisch im Blick zu behalten.“<sup>10</sup> Meines Erachtens erfüllt das Ensemble Hauptstraße-Neustädter Markt die gesetzlichen Kriterien, wurde bisher aber nicht in das nachrichtliche Verzeichnis der Dresdner Kulturdenkmale aufgenommen.

### Metamorphose

Mit Metamorphose als einer Form von Folgen der Konversion ist hier das „Weiterleben“ oder Fortwirken des Gartens in einer städtebaulichen Struktur gemeint. Die Stadt Leipzig war im achtzehnten Jahrhundert von einem Kranz aus Gärten wohlhabender Bürger umgeben, unter denen der des Seidenmanufakturisten Andreas Dietrich Apel als besondere Sehenswürdigkeit galt. Er schloss an die Gebäude der Manufaktur und an eine Orangerie an und erstreckte sich, durch Obstbaumalleen gegliedert und gerahmt, weit nach Westen. Seine ungewöhnliche Grundrissfigur basierte auf fächerförmig von einem Parterre ausstrahlenden Wegen und Kanälen. Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts wurde der Garten von Apels Nachfahren verkauft, im neunzehnten Jahrhundert schließlich parzelliert und bebaut. Ein markanter Dreistrahl von Gartenwegen wirkt jedoch bis heute im Straßennetz nach. Als das Gebiet in den 1980er Jahren „durch Neubauten verjüngt“ wurde, wie es in einem Kunstführer aus dieser Zeit heißt, war man sich der Vorgeschichte des Areals sehr wohl bewusst. Am Ausgangspunkt des Wegedreistrahls wurden die Kopien zweier von Balthasar Permoser für Apel geschaffener Gartenskulpturen aufgestellt (außerdem heißen eine Gasse und ein Restaurant in dem Gebiet sinnigerweise „Apels Garten“).<sup>11</sup> Das Gelände machte einen tiefgreifenden Gestaltwandel durch. Aber es blieb ein konkreter Ansatzpunkt für die Erinnerung an den einstigen Garten, so wie jemand, der den Mythos kennt, beim Anblick von Lorbeerbäumen an die Nymphe Daphne denken mag. Die heutige städtebauliche Struktur in diesem Gebiet ist ein Denkmal der Gartengeschichte, ohne ein Gartendenkmal zu sein.

### Rudimentierung

Die dritte Form von Folgen der Konversion ist die Reduktion des Gartendenkmals auf schutzwürdige Relikte. Sie geht weiter als eine Fragmentierung, also Zerschlagung in mehrere Teilstücke, weshalb mir die Bezeichnung „Rudimentierung“ treffender zu sein scheint. Das im Zeitraum 1965–1978 geschaffene Ensemble der Prager Straße in Dresden war ein Musterbeispiel für internationale Tendenzen im Städtebau der Nachkriegsjahrzehnte. Teils gereichte, teils spannungsvoll asymmetrisch angeordnete Großbauten für Wohnen, Hotellerie, Gastronomie und Handel samt ungewöhnlichem Rundbau für ein Kino wurden von fließendem Freiraum quasi umspült. Die differenzierten grafischen Effekte der Flächengliederung im Außenraum korrespondierten mit der Fassadengestaltung.

Der weite Bewegungsraum für Fußgänger war reich mit Pflanzungen und Wasserspielen ausgestattet. Der Kunsthistoriker Quinger urteilte Anfang der 1990er Jahre, das gesamte Ensemble wirke einladend und werde so wie die geschäftige Prager Straße der Vorkriegszeit „als Promenierviertel und Geschäftszone angenommen“.<sup>12</sup> Trotzdem sah das Planungsleitbild für die Dresdner Innenstadt seit 1993 eine erhebliche Verdichtung innerhalb der Sachgesamtheit vor. Dementsprechend erfuhr die Prager Straße bis 2004 eine Umwidmung insofern, als dem Raum durch Einengung und eindeutige Längsgliederung wieder, wie vor dem Krieg, mehr Straßencharakter gegeben wurde. Der Fußgängerstrom ist nun entlang der Geschäfte kanalisiert.<sup>13</sup> Zuvor hatte es Bereiche mit ausgesprochener Aufenthaltsqualität gegeben, und der weite multifunktionale Raum motivierte zu pendelndem Durchstreifen. Zunächst war als einziges Element aus den 1970er Jahren das Rundkino als Denkmal verzeichnet. Mittlerweile – nachdem das große Ganze des räumlichen Gefüges und der Freiflächengestaltung zerstört ist – wurde ein kleiner Rest davon ebenfalls als Denkmal anerkannt, und zwar einer von zwei Touristengärten, die Großhotels zugeordnet waren. Im Zuge der baulichen Verdichtung sollten beide überbaut werden, was im Falle des einen denn auch geschah. Der verbliebene, nun als Denkmal geschützte, weist zwar zeittypische Details (zum Beispiel eine rahmende Wand aus Betonformsteinen) auf, kann aber bei Weitem nicht die spezifischen Qualitäten des landschaftsarchitektonischen Beitrags zum Ensemble Prager Straße der Anlagezeit von 1964 bis 1978 repräsentieren. Er kann bestenfalls als Reminiszenz gelten. Historische und künstlerische Bedeutung ist dem Touristengarten nur noch als originelle gartenkünstlerische Schöpfung bezuzumessen, die nach Zerstörung vieler anderer Dresdner Anlagen aus der DDR-Zeit nunmehr Seltenheitswert hat.

### Verstümmelung

Es gibt Fälle, wo das betroffene Gartendenkmal bei der Konversion im Wesentlichen erhalten blieb oder bleibt, wo aber eine Bedeutungsminderung zu verzeichnen ist. Zu den Eigenheiten des um 1720 vollendeten Großen Gartens in Hannover-Herrenhausen gehörte es, dass dem Haupttrakt des dreiflügeligen Schlosses im Süden ein quadratischer Gartenhof vorgelagert war. Erst nach Durchschreiten dieses Hofes und eines aufwendigen schmiedeeisernen Gitters erreichte man das Parterre und die Boskettens. Von den Dachterrassen der eingeschossigen Schlossflügel blickte man in den Hof, der vom neunzehnten Jahrhundert bis zur Zerstörung des Schlosses 1943 mit gärtnerischen Anlagen geschmückt war.<sup>14</sup> Schon 1945 setzte eine Diskussion über Bauen oder Nichtbauen anstelle des Schlosses ein.<sup>15</sup> Die Baulücke wurde von Vielen als ästhetische Verstümmelung des Ensembles empfunden. Letzten Endes erbot sich 2007 die Volkswagen-Stiftung, einen Neubau zu finanzieren. Der ehemalige Schlossstandort wurde ihr auf 99 Jahre zur kostenfreien Nutzung überlassen. Der Garten, der 1936 von der Stadt Hannover erworben worden war, hatte seither als öffentlicher historischer Schaugarten fungiert. Nun wird er Standort und Wirkungsbereich einer Tagungsstätte. Die Volkswagen-Stiftung als Inhaberin des Gebäudes wird einen Betreiber mit dessen Unterhaltung und Vermietung beauftragen. Oberirdisch entsprechen

Kubatur und Fassadengestaltung des Neubaus dem in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts modernisierten Schloss. Das Innere wird auf die Erfordernisse einer Tagungsstätte mit einigen Raumfluchten für Museumszwecke zugeschnitten. Weil er sich in der Kubatur des Schlosses nicht unterbringen lässt, wird ein Vortragssaal unterirdisch im Bereich des einstigen Gartenhofes gebaut. Er soll durch zwei Lichtschächte erhellt werden, die mit ihren Brüstungen in den Freiraum ragen. Der Bereich des Gartenhofes, der ein ungewöhnliches Bindeglied zwischen dem nun im Äußeren nachgebauten Schloss und den übrigen Gartenräumen war, wird durch diesen Eingriff völlig verfremdet. Um dem verstümmelten Ensemble eine bauliche Prothese zu verpassen, verstümmelt man also den Garten. Seine künstlerische Bedeutung und Wirkung wird gemindert.

### **Rettung durch Verstümmelung**

Der häufigste Fall von Konversion mit Folgen für Gartendenkmale dürfte die Umwidmung privater Wohnsitze für gewerbliche Zwecke oder die Nutzung durch Institutionen sein. Auf einem besonders großen Grundstück im Villengebiet rund um den Waldpark in Dresden-Blasewitz ließ der Kaufmann Adolf Rothermundt um 1900 eine Villa in Formen der Neorenaissance bauen und einen von Max Bertram entworfenen parkartigen Garten anlegen. 1937 ging das Anwesen in städtischen Besitz über und wurde seit 1945 als Musikschule genutzt. Seit 1965 ist es eine staatliche Liegenschaft, heute Sächsisches Landesgymnasium für Musik.<sup>16</sup> Vor einigen Jahren wurden dort, wo sich ursprünglich ein Tennisplatz, später dann Baracken, Spiel- und Sporteinrichtungen befunden hatten, zwei Internatsgebäude errichtet. Der Übergriff wurde in der Öffentlichkeit kritisiert. Allerdings ist eine Nutzung solcher Anwesen in der ursprünglichen Form heute nur ganz ausnahmsweise realisierbar. Der Preis dafür, dass sich ein Träger findet oder bei der Stange gehalten werden kann, sind meist Umbauten im Innern der Baudenkmale, zusätzliche Bauten und Nebenanlagen im Garten. In diesem Fall wurde ein akzeptabler Standort für die Internatsbauten gewählt. Die zwei viergeschossigen Kuben treten zudem dank geschickter Fassadengliederung gegenüber der Villa angemessen zurück. Weniger gelungen ist die landschaftsarchitektonische Einbindung. Das brav restaurierte Wegenetz der landschaftlichen Anlage entspricht nicht den neuen Nutzungsabläufen zwischen der Villa, wo der Unterricht stattfindet, und den Wohnungen der Internatsschüler, weshalb sich ein augenfälliger Trampelpfad ergeben hat.

### **Anreicherung**

Wenn ein nutzungsbedingter Übergriff hingenommen werden muss, wäre zu wünschen, dass damit einhergehend eine neue landschaftsarchitektonische Qualität erreicht wird. Hermann Mattern ist das wohl im Fall des Palaisgartens in Detmold gelungen, obwohl er – ganz zeittypisch – keinen grundsätzlichen Respekt vor historischem Bestand hatte, sondern eine fast überhebliche Einstellung dazu erkennen ließ.<sup>17</sup> In Detmold hatte er in den Landschaftspark des neunzehnten Jahrhunderts einen Konzertsaal und Institutsgebäude der Nordwestdeutschen Musikakademie zu integrieren. Er schuf charakteristische Anlagen der 1960er Jahre, die als Werk eines

der führenden deutschen Landschaftsarchitekten des 20. Jahrhunderts die Bedeutung des Gartendenkmals steigern. Schon wenn der programmatische Schwerpunkt einer Anlage verlagert wird, kann das zu gestaltverändernden Eingriffen führen. Sie müssen nicht unbedingt negativ wirken, wie das Beispiel des Kückwaldparks in Chemnitz zeigt. Es handelt sich um einen von 1898 bis 1915 parkartig umstrukturierten Stadtwald (also damals ein Fall von Konversion). An einer Schmalseite der großen Fest- und Tummelwiese stand bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg eine stattliche Parkgaststätte.<sup>18</sup> Im Jahr 1952 beschloss die Stadt, den Kückwald zum Kulturpark zu entwickeln. In einem 1954 veröffentlichten Idealprogramm mit Geltung für die gesamte DDR wurde der Kulturpark zwar als Antithese zum Volkspark des frühen 20. Jahrhunderts deklariert, er sollte aber weitgehend die gleichen Elemente aufweisen, wobei den Bildungseinrichtungen zentrale Bedeutung zugewiesen war.<sup>19</sup> Dementsprechend baute man in Karl-Marx-Stadt 1963 am ehemaligen Standort der Parkgaststätte eine großzügige, hervorragend in das Geländere relief und Raumgefüge eingepasste Freilichtbühne. Das kann aus heutiger Sicht als Zugewinn an historischer und künstlerischer Bedeutung des Gartendenkmals verzeichnet werden. Bedauerlicherweise verwahrlost die Einrichtung nunmehr, weil der Lärm heute üblicher Freilichtveranstaltungen nicht mit der Wohnnutzung angrenzender Gebiete vereinbar ist.<sup>20</sup>

### **Rekultivierung**

Abschließend sei auf einen Fall hingewiesen, wo die jüngste Konversion durchweg positive Folgen hatte, nachdem das Areal zuvor Umwidmungen unterworfen worden war, die zur Degradation des Gartens führten. Mein Beispiel dafür, dass ein Denkmal durch Rekultivierung neuen Wert gewann, ist der Garten der Liebermann-Villa am Großen Wannsee in Berlin. Für die Gartenanlage hatte der Maler den Rat seines Freundes Alfred Lichtwark eingeholt (was hier in Hamburg nicht unerwähnt bleiben darf). Das Ergebnis war exemplarischer Ausdruck von programmatischen und ästhetischen Absichten der Gartenkunstreform des frühen 20. Jahrhunderts. Der Garten diente Max Liebermann seit 1910 als Refugium, Freiluftatelier und Motiv. Nach dem Tod des Malers musste seine Witwe das Anwesen unter unrechtmäßigen Bedingungen an das Deutsche Reich verkaufen. Es wurde als Erholungsstätte für Bedienstete der Reichspost, als Lazarett und von 1945 bis 1969 als Krankenhaus genutzt. Nach zweijährigem Leerstand pachtete ein Wassersportclub das Grundstück. Als der Pachtvertrag 1995 zur Verlängerung anstand, konstituierte sich die Max-Liebermann-Gesellschaft, die ein Konzept zur musealen Nutzung von Haus und Garten vorlegte. Seit dem Auszug der Wassersportler 2002 betreibt der gemeinnützige Verein hier ohne öffentliche Zuschüsse das Liebermann-Museum. Der weitgehend verödete, „entkernte“ Garten war 1987 unter Denkmalschutz gestellt worden. Vor nunmehr zehn Jahren konnte dann mit der Umsetzung eines Wiederherstellungsentwurfs begonnen werden.<sup>21</sup> Schutzwürdig ist der Garten auf jeden Fall als Wirkungsstätte von Max Liebermann. Quellenwert haben einige bauliche Elemente des Gartens und die jetzt mehr als hundertjährige Lindenhochhecke zwischen dem Hauseingang und dem

neuerlich mit Blumenrabatten geschmückten Nutzgarten. Durch den weitgehenden Nachbau der vielfältigen Gartenbestandteile sind der „Kunstwert“ des Gartens – im Sinne von ästhetischem Genusswert – und sein „Schauwert“<sup>22</sup> im Sinne von anschaulicher Darstellung des Ortes, an dem ein wesentlicher Teil des Werkes von Max Liebermann entstand, geradezu umwälzend gesteigert worden. Selbst die Wassersportler, einstiges Krankenhauspersonal oder Patienten werden angesichts des kompetent und mit Hingabe kultivierten Gartens der devastierten Freifläche ihrer Erinnerung wohl kaum nachtrauern.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Konversion zum völligen Verlust oder zur Verstümmelung von schutzwürdigen Gärten führen kann. Sie kann aber auch, wie oftmals bei der baulichen Inanspruchnahme von Teilen eines Gartens, die Rettung eines Ensembles im Großen und Ganzen sichern. Zu konstatieren ist schließlich, dass sich infolge einer Umwidmung sogar neue Denkmalqualitäten gewinnen lassen. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Integration neuer Funktionen in ein Gartendenkmal mit hohem landschaftsarchitektonischen und gärtnerischen Anspruch betrieben wird.

### Anmerkungen

- 1 Kirchner, Franziska: Der Central Park in New York und der Einfluss der deutschen Gartentheorie und -praxis auf seine Gestaltung. Worms 2002. – Olmsted, Frederick Law/Vaux, Calvert: Description of a Plan for the Improvement of the Central Park. In: Fein, Albert (Hg.): Landscape into Cityscape. Frederick Law Olmsted's plans for a greater New York City. Ithaca (N.Y.) 1968, Document II, S. 63–88, hier S.74f.
- 2 Berendt, John (Hg.): Rebuilding Central Park. A Management and Restoration Plan. Cambridge (Mass.), London und New York 1987, S. 10–17.
- 3 Ebd., S. 13.
- 4 Rühle, R.: Die Freiflächen am Fernsehturm in Berlin. In: Deutsche Gartenarchitektur, 10, 1969, H.3, S. 54f. – Funeck, Gottfried: Marx-Engels-Forum in der Hauptstadt Berlin. In: Landschaftsarchitektur, 15, 1986, H. 3, S. 73f.
- 5 Backmann, Rolf: Vorbereitung zum offenen Realisierungswettbewerb Freiraumgestaltung Humboldt-Forum. Vergleichsgutachten zu Stadträumen. Vorabzug, 6. 7. 2009, S. 13 (unveröffentlicht).
- 6 Stimmann, Hans: Renaissance der Berliner Altstadt. Von der DDR-Staatsmitte zur Stadtmitte. In: Ders.:Berliner Altstadt. Von der DDR-Staatsmitte zur Stadtmitte. Berlin 2009, S. 7–12. – Albers, Bernd: Rund um den Neuen Markt. Zwischen Rotem Rathaus und Berliner Dom. In: Ebd., S. 141–156.
- 7 Rada, Uwe: Radikale Bilder als Gegenentwürfe zur Rekonstruktion von Berlins Mitte. Senatsverwaltung stellt Entwürfe für den „Zukunftsraum Historische Mitte – Rathausforum“ vor. In: Garten+Landschaft, 120, 2010, H.5, S. 4f. – Kröger, Susanne Isabel: Gute Statements für die Berliner Stadtmitte. Entscheidung des Schinkelwettbewerbs 2010. In: Garten+Landschaft, 120, 2010, H.5, S. 4f.
- 8 Gruner, Günter: Zur Gestaltungskonzeption der Straße der Befreiung in Dresden. In: Architektur der DDR, 27, 1978, H. 4, S. 210f. – Kretschmar, G.: Ein neuer Boulevard mit alten Plastiken in Dresden. In: Landschaftsarchitektur, 9, 1980, H.3, S. 78–80. – Michalk, Heinz: Der Fußgängerboulevard „Straße der Befreiung“ in Dresden. In: Architektur der DDR, 30, 1981, H. 4, S. 209–211. – Quinger, Heinz: Dresden und Umgebung. Geschichte und Kunst der sächsischen Hauptstadt (DuMont-Dokumente: DuMont-Kunst-Reiseführer). 2. Aufl. Köln 1994, S. 229–232.
- 9 Landeshauptstadt Dresden, Dezernat Stadtentwicklung und Bau (Hg.): Dresden – Europäische Stadt. Rückblick und Perspektiven der Stadtentwicklung. Symposium und Ausstellung Sommer/Herbst 2000 (Urban 21). Dresden 2000, S. 62–69. – Landeshauptstadt Dresden, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Stadtplanungsamt (Hg.): Dresden – Jahrbuch Stadtplanung 2009. Fokus City. Dresden 2009, S. 53. – Landeshauptstadt Dresden, Die Oberbürgermeisterin (Hg.): Dresdner Debatte. Im Zentrum: die Innere Neustadt. Dokumentation und Auswertung der zweiten Dresdner Debatte. Dresden 2011, S. 27–32.
- 10 Landeshauptstadt Dresden 2011, wie Anm. 9, S. 65.
- 11 Trajkovits, Thomas: Der Leipziger Kaufmann und Manufakturist Andreas Dietrich Apel und sein Garten. In: Ullmann, Ernst (Hg.): „...die ganze Welt im kleinen...“. Kunst und Kunstgeschichte in Leipzig. Leipzig 1989, S. 103–116, hier S. 103. – Hocquél, Wolfgang: Leipzig. Baumeister und Bauten. Von der Romanik bis zur Gegenwart. Berlin und Leipzig 1990, S. 197.
- 12 Pietsch, J./Kretschmar, G./Grau, R.: Dresden, Prager Straße. In: Deutsche Gartenarchitektur, 15, 1974, H.1, S. 6–10. – Quinger 1994, wie Anm. 8, S. 214.
- 13 Landeshauptstadt Dresden 2000, wie Anm. 9, S. 89 (Abb. 2). – Benz-Rababah, Eva/Smaniotto-Costa, Carlos: Neue Freiraumqualitäten für die Dresdner Innenstadt? In: Garten+Landschaft, 117, 2007, H. 10, S. 12–15.
- 14 Palm, Heike: Die Geschichte des Großen Gartens. In: König, Marianne von (Hg.): Herrenhausen. Die königlichen Gärten in Hannover. Göttingen 2006, S. 17–42.
- 15 Lindau, Friedrich: Hannover. Der höfische Bereich Herrenhausen. Vom Umgang der Stadt mit den Baudenkmalen ihrer feudalen Epoche. München und Berlin 2003, hier S. 159–203.
- 16 Gössel, Peter/Leuthäuser, Gabriele (Hg.): Villenarchitektur/Villa Architecture in Dresden. Köln 1991, S. 148–151. – Reichel, Beate: Der Garten der Villa Rothermundt. Semesterprojekt 7 am Institut für Landschaftsarchitektur, Technische Universität Dresden, 2002 (unveröffentlicht).
- 17 Akademie der Künste, Abteilung Baukunst/Technische Universität Berlin (Hg.): Hermann Mattern 1902–1971. Garten, Gartenlandschaften, Häuser. Ausstellung der Akademie der Künste und der Technischen Universität Berlin vom 17. Oktober bis 17. November 1982. Berlin 1982, S. 60f und S. 71. – Mit Vorbehalt beurteilt, weil die Anlage d. V. nicht aus eigener Anschauung bekannt ist; dennoch herangezogen, um die Möglichkeit einer aktuellen künstlerischen Bereicherung zu thematisieren. Grundsätzlich besteht bei solchen Konversionen das Risiko, dass die Institutionen mit der Zeit weitere Parkflächen für ergänzende Bauten beanspruchen.
- 18 Sigmund, Niels: Der Küchwaldpark in Chemnitz. Denkmalpflegerische Überlegungen und Vorschläge. Semesterprojekt 9 am Institut für Landschaftsarchitektur, Technische Universität Dresden, 1996 (unveröffentlicht).
- 19 Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau, Abteilung Grünplanung: Vorläufige Richtlinien für die Anlage von Kulturparks. In: Probleme der Gartenarchitektur, Sonderheft 1, Deutsche Architektur, 1954, S. 47f. – 1951 war vom Rat der Stadt Dresden ein „Ideenwettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung des Großen Gartens zu einem Kulturpark“ ausgeschrieben worden; dazu: Bauch, Werner: Der Große Garten in Dresden. Ebd., S. 13f.
- 20 Anacker, Karoline/Blask, Anke: Die Freilichtbühne im Küchwaldpark Chemnitz. Semesterprojekt 8 am Institut für Landschaftsarchitektur, Technische Universität Dresden, 2007 (unveröffentlicht).
- 21 Howoldt, Jennis Eric/Schneede, Uwe M. (Hg.): Im Garten von Max Liebermann. Katalog zur Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle vom 11. Juni bis 26. September 2004 und in der Alten Nationalgalerie, Berlin, vom 12. Oktober bis 9. Januar 2005. Berlin und Hamburg 2004.
- 22 Dolf-Bonekämper, Gabi: Gegenwartswerte. Für eine Erneuerung von Alois Riegls Denkmalwerttheorie. In: Meier, Hans-Rudolf/Scheurmann, Ingrid (Hg.): Denkmalwerte. Beiträge zur Theorie und Aktualität der Denkmalpflege. Berlin und München 2010, S. 27–40. – Euler, Bernd: „Am Anfang war das Auge“ – Zur Rehabilitation des Schauwerts in der Denkmalpflege. Ebd., S. 89–100.

## Vom Friedhof zur öffentlichen Parkanlage – zwei Beispiele aus Osnabrück

VOLKER GEHRING

Die Entwidmung von Friedhöfen ist kein Vorgang, der sich unmittelbar und mit vorhersehbaren Konsequenzen vollzieht. Im Fall der hier vorzustellenden historischen Friedhöfe aus Osnabrück läuft dieser Prozess bereits seit dem Beschluss 1965 und wird rechtlich 2015 abgeschlossen sein. 1985 wurden die letzten Erdbestattungen, 1995 die letzten Urnenbeisetzungen vorgenommen. Die Stadt Osnabrück gestaltet den Wandlungsprozess seit etwa vier Jahren mit unterschiedlichen Aktivitäten und Projekten, um die Denkmalensembles als öffentliche Grünanlagen mit Friedhofscharakter zu tradieren. Seit Anfang 2011 wird über ein Förderprojekt der Deutschen Bundesstiftung Umwelt an Leitbildern und Pflegekonzepten gearbeitet, die den dauerhaften Erhalt der zukünftigen Anlagen gewährleisten soll. Über den bisherigen und den initiierten Wandel, über Aspekte der Gestaltqualitäten, Denkmalsubstanz und die Chancen durch die planerische Begleitung, wie sie sich im Rahmen dieses DBU-Projekts ergeben, soll hier berichtet werden.

Heute liegen Hase- und Johannisfriedhof im Innenstadtbereich Osnabrücks. Sie sind ein wesentlicher Teil der zentrumsnahen Grünversorgung. Der Hasefriedhof weist mit einer Größe von 10,5 Hektar sechs Abteilungen auf, der Johannisfriedhof mit 5,5 Hektar fünf Abteilungen. Als beide 1808 mit der jeweils ersten Abteilung eröffnet wurden, lagen sie noch weit außerhalb der Stadtmauern. Ein Erlass der westfälischen Regierung hatte der Stadt Osnabrück die Weiterbelegung der innerstädtischen Friedhöfe untersagt. Der Hasefriedhof wurde den Bürgern der Altstadt zugewiesen, der Johannisfriedhof den Bürgern der Neustadt. Da sich

die Gestaltungsmerkmale beider Friedhöfe konzeptionell nur wenig unterscheiden, soll die Entwicklung beispielhaft am Hasefriedhof vorgestellt werden. Die Friedhofsfläche wird mit einer Mauer eingefasst, entlang derer die Erbbegräbnisse angelegt sind. Ein umlaufender Weg erschließt die Grabstellen und ein Totengräberhaus, das in einer der Mauerecken errichtet wird. Die Binnenflächen dienen als Verwesungsflächen, sind anfangs unstrukturiert und weisen vermutlich weder Grabschmuck noch Bepflanzung auf. Erst im Lauf der folgenden Jahrzehnte wird ein Wegekreuz angelegt, das nun vier Quartiere mit Verwesungsflächen definiert. In seiner Mitte errichtet man ein Hochkreuz und entlang der neuen Wege wird mit Streifen von Wahlgräbern ein neuer Grabtyp angeboten. Zur gärtnerischen Ausstattung bepflanzt man die Friedhofsecken und Wegekrenzungen mit Solitäräumen (Abb. 1). Der Johannisfriedhof erhält außen entlang der Mauer auf zwei Seiten eine Pflanzung von Lindenreihen. Für beide Friedhöfe ist anzunehmen, dass sie als Typ des Allee-Quartierfriedhofs wie ihre Vorbilder in Herrnhut und Dessau als Gärten betrachtet werden. Der wesentliche gärtnerische Schmuck wird allerdings auf den mit Gitterwerk eingefassten Erbbegräbnissen und Wahlgrabstreifen zu sehen gewesen sein. Erst im Zuge der Erweiterung durch neue Abteilungen werden gärtnerische Strukturen in die Konzeptionen eingebracht. Man sieht eine Betonung der Mitte durch Beetanlagen oder Gebäude vor, schafft aber auch an den Eingängen und untergeordneten Wegekrenzungen platzartige Aufweitungen mit Schmuckpflanzungen. Das Raster der Solitäräume wird im Fall der vierten Abteilung auf einen Rasenstreifen gestellt, der die Verwesungsflächen von den Wahlgrabreihen entlang der Wege trennt (Abb. 2). Über den gesamten Entwicklungszeitraum der Friedhöfe bis zur Eröffnung der letzten Abteilungen Anfang des 20. Jahrhunderts wird an der Grundkonzeption mit der Einfassung der Abteilungen durch Mauern und der formalen Gestaltung der Grundrisse festgehalten. Nur die Ausformulierung des formalen Prinzips erfolgt nach aktuellen zeitgenössischen Vorstellungen. Ein wesentliches Merkmal der Organisation und Ausgestaltung ist die Schaffung einer Haupterschließungsachse. Anhand der gärtnerischen Strukturen lassen sich im Wesentlichen zwei Gestaltungsphasen oder Entwicklungsschritte aufzeigen. Bis um 1900 stellen sich die Abteilungen wie oben angedeutet dar. Das orthogonale Wegenetz gliedert die Flächen in Quartiere. Es gibt drei Grabtypen, die Mauergräber, die Wahlgräber und die Verwesungsflächen. Ihre Hierarchie durch die Lage zur Mauer und den Wegen ist deutlich ablesbar. Die gärtnerische Ausstattung besteht aus Solitärbaumpflanzungen, Rasenstreifen und Schmuckpflanzungen an hervorzuhebenden Punkten, wobei die aufwendigste Gestaltung und Betonung auf der Hauptachse liegt. Alle Elemente erscheinen als gestalterischer Teil eines formalen Gartengrundrisses. Um 1930 scheint der Bedarf an höherwertigen Grabstellen zu wachsen und die Verwesungsflächen werden zu Wahlgrabreihen oder Reihengrabfeldern umgewandelt. Charakteristisch wird für fast alle Abteilungen die von einer Hecke getrennte Doppelgrabreihe. In der

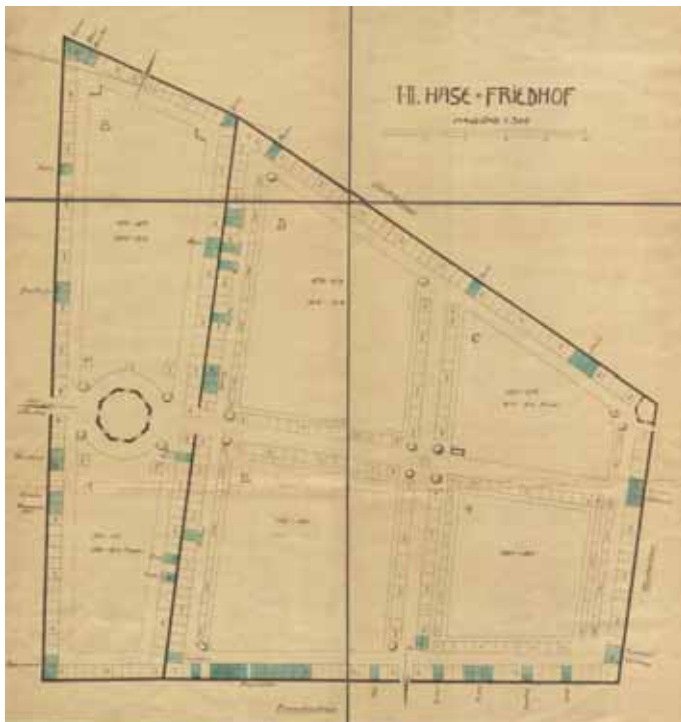


Abb. 1 Hasefriedhof, 1. und 2. Abteilung (links), Belegungsplan um 1900. Die erste Abteilung zeigt den charakteristischen Grundriss eines Allee-Quartierfriedhofs.

Abb. 2 Hasefriedhof, 4. Abteilung, undatiertes Plan des 19. Jahrhunderts. Bei der Anlage der 4. Abteilung um 1878 werden die formalen Strukturen erstmals mit aufwendig gestalteten gärtnerischen Strukturen aufgewertet.

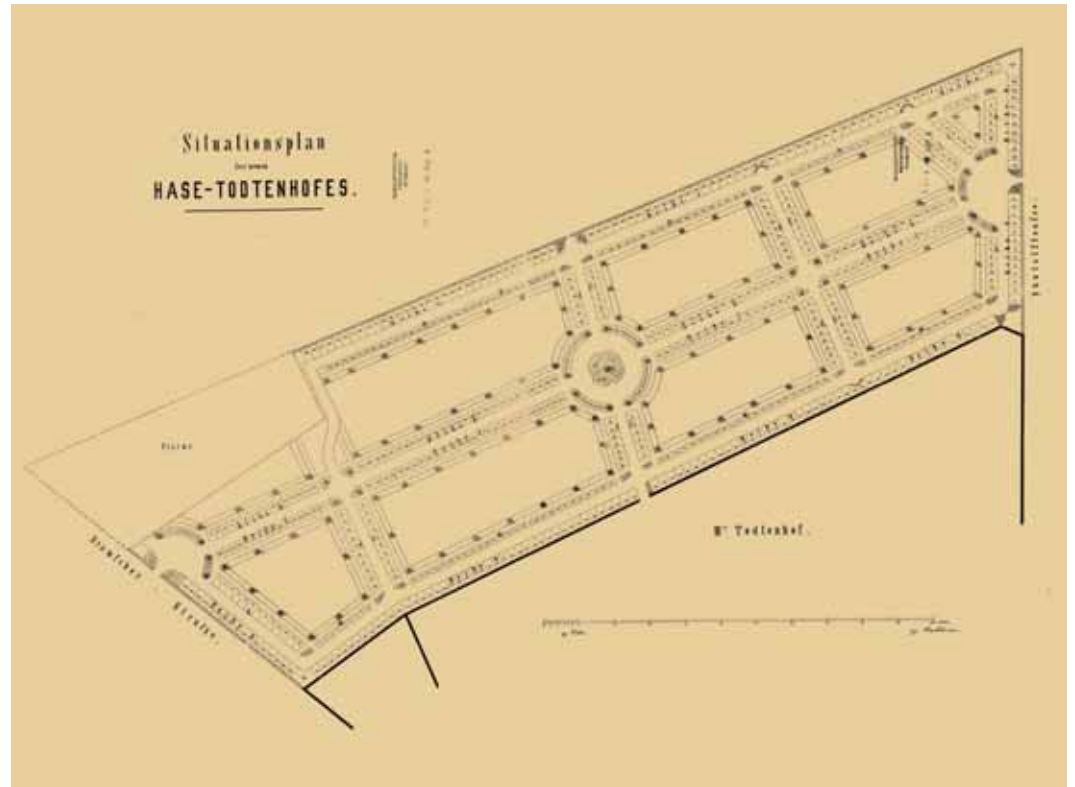
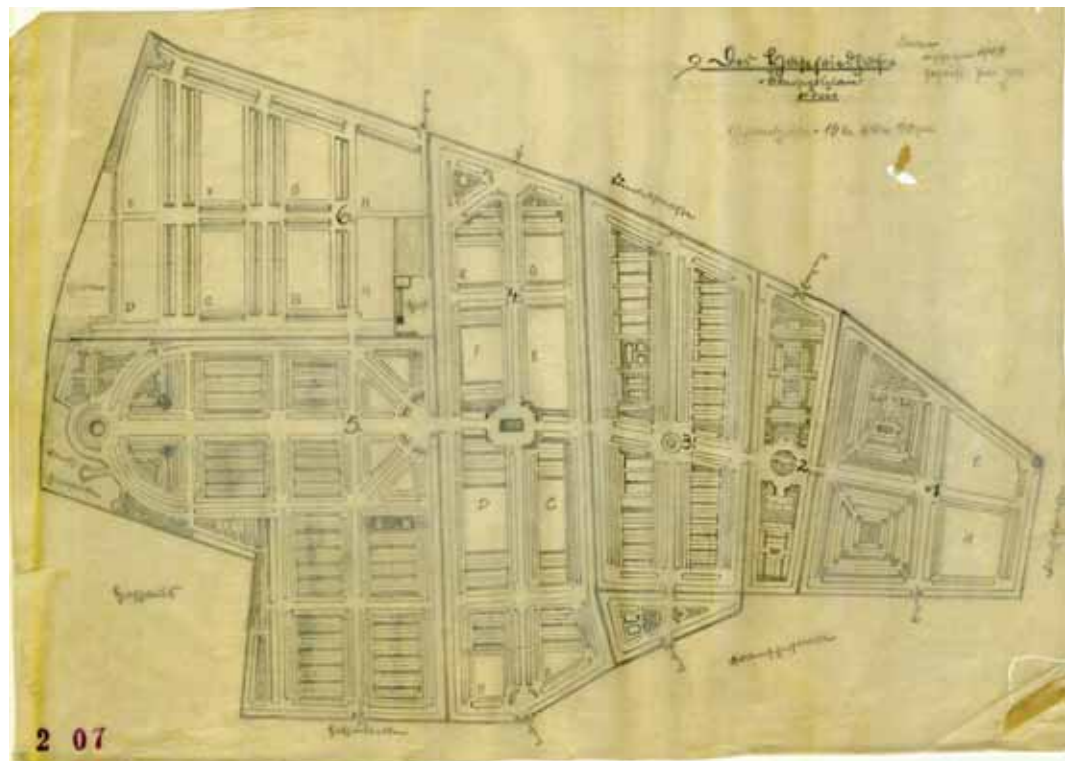


Abb. 3 Hasefriedhof, Gesamtplan 1943.



ersten und zweiten Abteilung werden gärtnerisch sehr aufwendige Quartiere geschaffen, die den Bruch mit der alten hierarchischen Struktur besonders deutlich machen und zeigen, dass die Abteilungen nun kleinräumiger und bedarfsorientierter betrachtet werden (Abb. 3).

Die Friedhöfe sind zu Beginn der 1960er Jahre wie alle aktiven Friedhöfe gut funktionierende Gestaltungs- und Pflegekooperationen von öffentlicher Verwaltung und den Nutzern. Neben der Hauptfunktion, der Bestattung, bieten sie Raum für Kontemplation, Plätze zum Aufenthalt und als Treffpunkte. Ihre Ausstattung mit





Abb. 4 Hasefriedhof, 5. Abteilung. In einigen Bereichen des Hasefriedhofs sind die Grabstrukturen mit ihrer Bepflanzung noch gut erhalten, 2011.



Abb. 5 Hasefriedhof, 1. Abteilung. Durch das Verschwinden der Grabbepflanzungen gehen wesentliche Strukturen und Qualitäten der Grünanlage verloren, 2011.

anspruchsvoller Architektur und gärtnerischen Schmuckanlagen zeugt von bürgerlichem Anspruch und der Wertschätzung an den Ort und die Nutzung. Sie überzeugen durch Alter und Vielfalt des Gehölzbestandes. Die persönliche Bindung der Bürger besteht mitunter seit Jahrzehnten. Mit der Ankündigung der Entwidmung wird auch die Aufkündigung der Kooperation erklärt. Die Zahl der pflegenden Bürger sinkt; die Gebühreneinnahmen sinken. Nach Friedhofssatzung sind abgelaufene Grabstellen zu räumen. Wird nicht wiederbelegt, bleiben Rasenflächen, erst kleine, dann größere, bis die Quartiere als geschlossene Rasenflächen erscheinen. Ihre Binnengliederung ist durch den Verzicht auf Nebenwege nicht mehr nachvollziehbar. Es ist unmöglich für die Verwaltung, den Pflegeausfall der privaten Nutzer zu kompensieren. Die Strukturen und die vielfältigen gärtnerischen Eindrücke, die sich aus der Summe der Grabstellen ergeben, lösen sich auf. Dieser Prozess erfolgt ohne planerisches Konzept. Durch die eingeschränkte Pflege bleiben jedoch auch Grabgehölze erhalten und können sich zu beeindruckenden Solitären entwickeln. Auf der anderen Seite ist es gelegentlich erforderlich, durch vehemente Fäll- und Schnitarbeiten den Pflegerückstand auszugleichen. Einzelne Schritte dieses Wandels der vergangenen Jahre und Jahrzehnte sind in der Substanz und im Erscheinungsbild an verschiedenen Stellen noch nachvollziehbar. Mit diesem Erscheinungsbild des Übergangs unterscheiden sich Hase- und Johannfriedhof deutlich von aktiven historischen Friedhöfen (Abb. 4 und 5).

Als man 1965 beschließt, Hase- und Johannfriedhof zu schließen, sind sie mit ihrer stadtgeschichtlichen Bedeutung als Ruhestätten namhafter Persönlichkeiten höchstwahrscheinlich im Bewusstsein der Bürger verankert, denn bereits kurze Zeit nach Erlass des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes werden sie 1980 als „Gruppen baulicher Anlagen“ unter Schutz gestellt. Im Fokus stehen dabei anfangs allerdings lediglich die Einfassungsmauern mit den historisch bedeutenden Mauergräbern, das Haupt-Wege-system und die historischen Bauwerke. Auf Betreiben des Landesamtes für Denkmalpflege Hannover werden für den Hasefriedhof 1986–1988 neben den Mauergräbern die schützenswerten Einzelgrabstellen kartiert und festgeschrieben. Für den Johannfriedhof

wird eine unverbindliche Vorschlagsliste der denkmalwerten Einzelgrabstellen erstellt. Im heutigen Ergebnis bedeutet dies den Schutz der Grabplatte oder des Grabsteins und – sofern noch vorhanden – der Einfassungsgitter. Die steinerne Grabeinfassung und die Grabbepflanzung zählen nicht zur schützenswerten Substanz. Der Erhalt der Grabeinfassungen ist auch da nicht gesichert, wo sie Teil der Einfassung der Hauptwege sind. Eine Auseinandersetzung mit den charakteristischen Quartier- oder Grabstrukturen und den gärtnerischen Konzeptionen der Abteilungen findet nicht statt. Ein denkmalpflegerisches Pflege- und Entwicklungskonzept zu beiden Friedhöfen lenkt im Jahr 2008 die Aufmerksamkeit auf das Thema der Friedhöfe als Grünanlagen und beschäftigt sich erstmals mit der Frage des Erhalts der Friedhofsgehölze. Mittlerweile wird der erhaltene Vegetation der ursprünglichen gärtnerischen Konzeptionen des 19. Jahrhunderts Denkmalwert und -schutz zugestanden. In Fällen qualitätsvoller Umgestaltungen der frühen Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts bestehen bezüglich des Denkmalwerts erhaltener Gehölze und Strukturen noch Zweifel, der Schutz wird vorerst abgelehnt. Gleiches gilt für die noch vorhandenen Grabstrukturen in den Quartieren, die in Resten die ehemalige Binnengliederung andeuten. Den überkommenen Grabbepflanzungen und Grabgehölzen wird bis heute kein Denkmalwert zugemessen.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn durch das Ende der ursprünglichen Nutzung, der aus finanziellen Gründen notwendigerweise ständig reduzierten Pflege und durch den geringen Umfang der ausgewiesenen Denkmalsubstanz eine deutlich reduzierte Grünanlage resultiert. Es stellt sich die Frage, ob das gärtnerische Erscheinungsbild des Umfeldes für die Tradierung der Denkmalsubstanz tatsächlich so dehnbar oder gleichgültig ist. Sachlich mag das so sein, emotional aber nicht. Und hier liegt ein Antrieb für den durch die Friedhofsverwaltung jetzt angestrebten Wandel. Der Qualitätsverlust und der unbefriedigende Pflegezustand der Anlagen wird an immer mehr Stellen sichtbar, erzeugt Unbehagen und wird als unwürdig empfunden. Gleiches wird auch in der Bevölkerung registriert und der Unmut darüber der Verwaltung mitgeteilt. Natürlich besteht auch weiterhin großes Interesse an den historisch bedeutenden Orten. Und hier ist die festgeschriebene

Denkmalsubstanz erfreulicherweise so grundlegend, dass Diskussionen über Veränderungen in der Grundrissgestalt, im Wegesystem oder für die großzügige Öffnung der Anlagen durch Beseitigung der Mauern nicht geführt werden müssen. Der Erhalt von Grabmalen gewährleistet, dass der Friedhofscharakter auf jeden Fall erhalten bleibt. Für den Wunsch der Schaffung von Parkanlagen sind aber erstaunlicherweise zwei Elemente in zweifacher Hinsicht ausschlaggebend. Es ist gerade die Vielfalt der erhaltenen Grabgehölze als Altexemplare und die vereinheitlichenden Rasenflächen, die heute in Teilen der Anlagen schon den geschätzten parkartigen Eindruck erzeugen und keinen Zweifel an Nutzen und Qualität der Grünanlagen aufkommen lassen. Gerade über diese Mehrzahl nicht denkmalwerter Elemente transportiert sich ein Wunsch am Erhalt der Friedhöfe und damit der Chance am Erhalt der schützenswerten Substanz ohne Änderung des Grundcharakters als eine öffentliche Grünanlage. In zweiter Hinsicht erweisen sich Rasenflächen und Grabgehölze als wertvolle Voraussetzung für die hohe Bedeutung der Friedhöfe nach naturschützerischen Gesichtspunkten. Die trockenen und nährstoffarmen Rasenflächen weisen eine hohe Kräuterdichte auf und bieten damit Insekten ideale Lebensräume. Diese wiederum dienen Vögeln und Fledermäusen als Nahrung. Nach Abschluss der naturschützerischen Kartierung zeigt sich zum einen, dass die Friedhöfe in mancher Beziehung bedeutendere Lebensräume darstellen als vergleichbare Grünanlagen der Umgebung und zum anderen, dass ihre diesbezüglichen Qualitäten auf eben der Nutzung, Ausstattung und Pflanztradition historischer Friedhöfe beruhen. Die Substanz, die der einen Fachbehörde derzeit ohne Wert erscheint, ist für die andere von großer Bedeutung. In der Entwicklung von Leitkonzepten für Hase- und Johannfriedhof liegt die große Chance darin, die Friedhöfe mit diesen unterschiedlichen Erhaltungsinteressen Denkmalschutz, Naturschutz und Gestaltqualität neu als Gesamtanlagen von untrennbar verknüpften gleichberechtigten oder gleichwertigen Teilen zu sehen und diese Gesamtanlagen vom planerischen gestalterischen Ansatz wie Neuanlagen in die Zukunft

zu befördern, um alle vorhandenen Qualitäten und im Moment ein Maximum an überkommener Friedhofsubstanz zu sichern.

Es ist daher naheliegend, dass das Leitkonzept für den Hasefriedhof im Wesentlichen das Erhaltene tradiert. Aufgewertet werden sollen als wichtige Strukturen die Hauptachse durch die Abteilungen und die Mauergräber durch die Neubepflanzung der leeren Grabflächen. Im Rahmen des Förderprojektes soll hier auch die Einsaat attraktiver standortgerechter Kräutermischungen erprobt werden. Die ehemals charakteristischen Wahlgrabstreifen entlang der Wege sollen ebenfalls durch Neupflanzung oder Einsaat wieder angedeutet und damit die zahlreichen schützenswerten Grabdenkmale, die sich hier finden, in einer ordnenden Struktur zusammengefügt werden. Die Wege sind instanzzusetzen und an den Kreuzungspunkten wieder aufzuweiten, um mit mehr Sitzplätzen neue/alte Aufenthaltsqualität zu schaffen. Durch die unterschiedlichen räumlichen Verhältnisse und Gehölzausstattungen der Abteilungen lassen sich differenzierte kontemplative Nutzungen denken, ohne dafür Neugestaltungen vornehmen zu müssen. So bietet die fünfte Abteilung mit einer kleinräumigen Struktur Platz für individuelle Freizeitgestaltung wie Lesen, Musik hören oder eine Unterhaltung; die vierte und sechste Abteilung bieten große Rasenflächen in malerischer Umgebung für geselligen Aufenthalt. Die dritte Abteilung mit ihrer dichten, unstrukturierten Bepflanzung weist kaum nutzbare Flächen auf. Sie könnte eher Naturrefugium und Ort der Naturbeobachtung werden. Die Rasenflächen würden sich nach der Zwiebelblüte im Frühjahr ungemäht entwickeln. Die erste und zweite Abteilung sind die ältesten des Friedhofs. Sie bieten die interessantesten Anknüpfungspunkte für die Vermittlung geschichtlicher Inhalte. Museal aufgewertet beziehungsweise ausgestattet könnten sie neben der Geschichte bedeutender Persönlichkeiten auch die Geschichte der Friedhöfe und der Friedhofskultur vermitteln. Die Kapelle in der zweiten Abteilung bietet sich als Veranstaltungsort an und wird schon in diesem Jahr für Vorträge zur Friedhofskultur, ein Konzert und eine Filmvorführung genutzt.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1, 2, 3: Plansammlung des OSB, Stadt Osnabrück; Abb. 4, 5: Volker Gehring.

## Schicht für Schicht – die Geschichte der Hamburger Wallanlagen am Beispiel von Pflanzen un Blumen

HEINO GRUNERT

1935 fand vom 6. Juni bis Anfang Oktober die Niederdeutsche Gartenschau „Pflanzen un Blumen“ in Hamburg statt. Heute gehört die daraus hervorgegangene Parkanlage zu den herausragenden Grünflächen der Stadt, ist hier in besonderer Weise identitätsbildend und zählt zu den 10 bekanntesten Parkanlagen Deutschlands.

Im Folgenden soll vor allem am Beispiel dieser Parkanlage (auch wenn der Ort nicht zum historischen Wallgelände gehörte) die Vielschichtigkeit der Entwicklung auch der Wallanlagen insgesamt dargestellt werden.

### Vorgänger 1 – Dammtorfriedhöfe

Pflanzen un Blumen entstand auf dem Gelände des ehemaligen Zoologischen Gartens und auf Teilen der Friedhöfe vor dem Dammtor. Die Friedhöfe wurden ab 1879 aus Platz- aber auch aus sanitären Gründen geschlossen und 1907 durch die Friedhofsdeputation zu einer einheitlichen Anlage umgestaltet. Das Ende der Friedhofsnutzung wurde eingeleitet und in den nachfolgenden Jahren bereits zahlreiche Umbettungen auf den neuen Ohlsdorfer Friedhof durchgeführt.

### Vorgänger 2 – Zoologischer Garten

Der unmittelbar nördlich der Friedhöfe liegende Zoologische Garten wurde 1863 eröffnet. Das Gelände wurde 2 Jahre vorher der Zoologischen Gesellschaft von der Stadt Hamburg für 50 Jahre unentgeltlich zur Nutzung überlassen.<sup>1</sup> Erster Direktor war für kurze Zeit der Zoologe Alfred Brehm. Die Gestaltung geht auf einen Entwurf von Friedrich Joachim Christian Jürgens zurück, der damals den Wettbewerb zur Anlage des Zoologischen Gartens in Hamburg gewann.

Aus einer mit magerem Gras bewachsenen Sandöde mit Teich und einem fichtenbestandenen Grabhügel (dem ehemaligen Pestberg von 1712) entstand durch erhebliche Bodenbewegungen eine

englische Parklandschaft mit Grotten und Wasserfall, Eulenburg-Hügel mit Ruine, Konzertplatz und einem Rosengarten. Baumarten aus Nordamerika wie auch zahlreiche Koniferen, die es wegen der enormen Rußentwicklung der nahen Stadt oft schwer hatten zu wachsen, bestimmten das Gesamtbild. Illuminationen mit farbigen Glaslampen und Bengalfeuern oder abendliche Konzerte von Militärkapellen sorgten an lauen Sommerabenden für besondere Stimmungen.<sup>2</sup> Die Qualität der naturnahen, landschaftlichen Gestaltung wurde vielfach gerühmt und fand nachhaltig Beachtung. Nicht zuletzt legte Jürgens hier den Grundstein für seinen guten Ruf als Landschaftsgestalter.<sup>3</sup> Doch nicht nur die Tiere oder die Parkanlage lockten die Besucher, sondern auch die zahlreichen Ausstellungen wie zum Beispiel die Walfischausstellung 1884, die Rosen- und Blumenausstellung des Gartenbauvereins für Hamburg, Altona und Umgebung 1887 oder auch der 23. Deutsche Gastwirschaftstag 1896, um nur einige zu nennen. Der Zoologische Garten war in einem starken Maße eben auch Ausstellungs- und Veranstaltungsgelände, eine Nutzung, die in der Folgezeit beibehalten worden ist.

Wegen der großen Konkurrenz durch den moderneren Tierpark von Hagenbeck wurde der Zoo 1930 endgültig geschlossen.<sup>4</sup> Ein Teil der Tiere wurde an Hagenbeck verkauft und Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, den Garten in einen Volkspark mit Vogelpark umzuwandeln. Die insolvente Gesellschaft übergab der Stadt 51 Prozent ihres Kapitals.<sup>5</sup>

### Vorgänger 3 – Volkspark und Vogelpark

1930 hieß es in der Zeitschrift Gartenkunst, dass der Zoologische Garten aufgelöst werden soll, um auf dem Gelände einen Volkspark mit Vogelpark einzurichten. Der Gartenarchitekt Hermann Koenig lieferte den Entwurf für die Umgestaltung.<sup>6</sup> Das Gelände wurde in einen westlich liegenden Vogelpark und einen östlichen liegenden sogenannten Volkspark zweigeteilt. In letzterem bestimmten nun

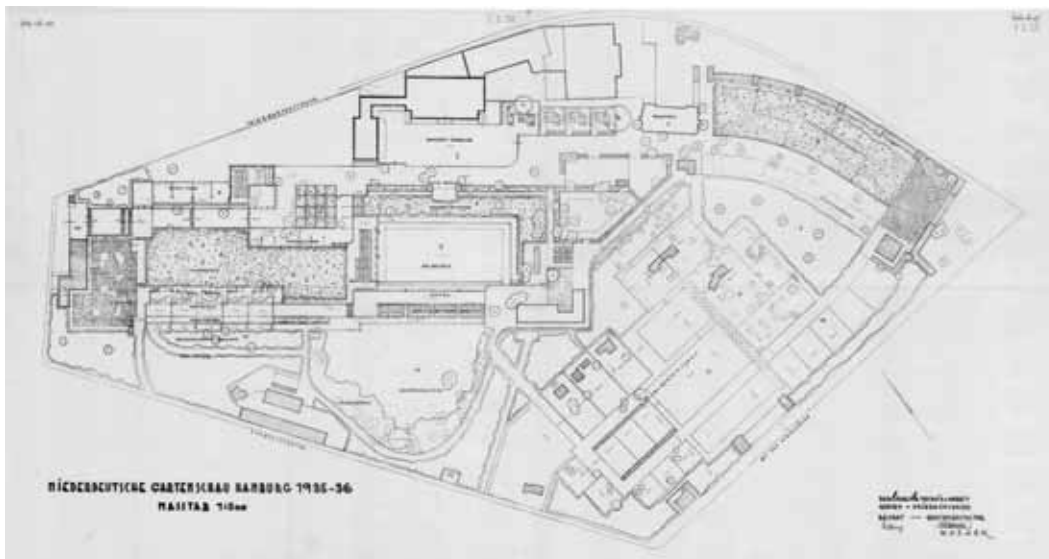


Abb. 1 Meding/Plomin. Entwurfsplan der Niederdeutschen Gartenschau Hamburg 1935–36 der Behörde für Technik und Arbeit, Garten- und Friedhofswesen.

eine Parkeisenbahn (Kindergeländebahn), eine Achterbahn (Alpenbahn), eine Motorbootbahn und Vergnügungsstätten das Bild der „Volkspark Zoo“ genannten Anlage. Ein anderes realisierungsreifes Konzept von kommunaler Seite war bis dahin wohl nicht vorhanden, das Gelände aber durchaus auch im Blickpunkt der Stadtplanung.<sup>7</sup>

Der gestalterische Eingriff Koenigs war insgesamt gering. Die landschaftlich geschwungenen Wege der Jürgens-Planung wurden lediglich etwas gestrafft, das Erschließungskonzept und die Baulichkeiten weitgehend beibehalten, sieht man vom Einbau der Vergnügungsobjekte einmal ab. 1931 hieß es in einer Beurteilung der Gruppe Hamburg-Schleswig-Holstein der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst, dass die Anlage insbesondere auch wegen garten-technischer Mängel und zu wenig Rücksicht auf die Vogelwelt wenig gelungen sei.<sup>8</sup> Letztendlich war auch diesem Konzept in den damals wirtschaftlich schwierigen Zeiten kein Erfolg beschieden.

### Die Niederdeutsche Gartenschau – Bauzeit 5 Monate

(Abb. 1) Am 26. September 1934 holte der nationalsozialistische Bürgermeister Krogmann das grundsätzliche Einverständnis des Senats ein, das Gelände des ehemaligen Zoologischen Gartens und der aufgelassenen Dammtorfriedhöfe als Parkanlage herzurichten. Anlass bot die Durchführung der Niederdeutschen Gartenschau „Planten un Blumen“. Politisch ging es vor allem darum, im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen und Notstandsarbeiten ein Programm durchzuführen, das in der Bevölkerung Anerkennung und Zustimmung fand. Die Planungen der „Niederdeutschen Gartenschau Hamburg 1935–1936“<sup>9</sup> erfolgten durch die Behörde für Technik und Arbeit, Garten- und Friedhofswesen. Verantwortlich waren Baurat Hans Meding, damals als Nachfolger des Ende 1933 pensionierten Otto Linne seit einigen Monaten Leiter des Garten- und Friedhofswesens zusammen mit seinem Mitarbeiter, Gartengestalter<sup>10</sup> Karl Plomin, der sich mit dem Erfolg dieses Projektes später selbstständig machte.<sup>11</sup>

Die Ausstellung wurde am 6. Juni 1935 nach nur wenigen Monaten Bauzeit eröffnet. Schirmherren waren Reichsstatthalter Karl Kaufmann zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Carl Krogmann. Veranstalter war die Freie Reichs- und

Hansestadt Hamburg, Rechtsträger war die Zoo-Ausstellungshallen Aktiengesellschaft, die auch für die Ausstellungsleitung verantwortlich war.<sup>12</sup> Anders als bei den vorherigen Gartenbauausstellungen 1869 und 1897 hatte nun erstmals die Stadt selbst die Initiative für eine große Gartenschau ergriffen und stellte sich damit in eine lange Tradition von Gartenbauausstellungen in Hamburg und Altona,<sup>13</sup> die später ihre Fortsetzung in den großen Internationalen Gartenbauausstellungen der Nachkriegszeit fand.

Doch der Reihe nach:

Nach dem Beschluss zur Durchführung einer niederdeutschen Gartenschau begann für das Gartenamt der Stadt eine intensive Planungstätigkeit in eigener Regie. Einen Wettbewerb für eine Gesamtkonzeption gab es nicht, sondern nur für einzelne Sondergärten. In der Dezemberausgabe der Zeitschrift Gartenkunst wurde 1934 ein Ideenwettbewerb zur Ausgestaltung von 22 Einzelgärten (Historische Gärten, Kleingärten, Siedlergärten, Wohngärten, Wochenendgärten) auf dem künftigen Gartenschaugelände ausgeschrieben. Am 25. Februar wurden die Preisträger bekannt gegeben: Otto Valentin (Stuttgart), Förster/Mattern/Mattern-Hammerbacher (Potsdam-Bornim), Kurt Ahles (Roth bei Nürnberg), Wilhelm Hübötter mit Erich Ahlers (Hannover), Sepp Rasch mit Alfred Lüdemann (Dessau), Gustav Lüttge (Altona Klein-Flottbek), Kurt Schönbohm (Bremen), Georg Gunder mit Otto Derreth (Berlin) und Hans Schiller (Düsseldorf).<sup>14</sup>

Auch wenn das Preisgericht bemängelte, dass die Wettbewerbsergebnisse zu wenig den Geist der Neuen Zeit widerspiegelten und insbesondere die neue Lebensform der Siedlung für ein „Volk im Umbruch“ nicht verstanden worden sei, wurden die Wettbewerbsarbeiten in der Hamburger Kunsthalle ausgestellt und später umgesetzt. Die nationalsozialistische Siedlungsidee, insbesondere aber auch die Abfolge der historischen Gärten sollte das Gartenschaffen des sogenannten neuen Deutschlands zeigen. Politische Zielsetzungen und der im Vordergrund sichtbare, gärtnerische Sachverstand waren auf der Suche nach dem kommenden Garten aber doch nicht so einfach zusammenzubringen.

Kreisleiter Regierungsrat Willi Tegeler, Vorsitzender der Zoo-Ausstellungshallen AG begründete die Gartenschau 1935 unter anderem mit der Notwendigkeit einer seit Jahren dringend erforderlichen Umgestaltung des ehemaligen Zoo-Geländes und der Dammtorfriedhöfe, vor allem nannte er aber auch die Auftragserteilung an Kleinunternehmen des Gartenbaus und Hamburger Handwerker wie auch die Beschäftigung von 1.800 Erwerbslosen und die Gestaltung eines Geländes für Erholungszwecke als Begründung für die Gartenschau.

Hans Meding lobte die Entstehung einer zeitgemäßen Gartenanlage ohne herausragende repräsentative Elemente, Karl Plomin stellte den beherrschenden und volkserzieherischen Charakter der Gartenschau in den Vordergrund. Es ging um Vielgestaltigkeit und den Vergleich unterschiedlicher Pflanzenarten vor dem Hintergrund des Parks als neuem Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. Sommerblumen aus Ländern rund um den Erdball wurden in großer Zahl eingesetzt, sicherlich auch weil durch die Kürze der Bauzeit Stauden und Gehölze kaum in präsentabler Weise zur



Abb. 2 Rosengärten, heute Bürgergärten.



Abb. 3 Musikpavillon (Orchesterplattform) von Walter Puritz.



Abb. 4 Niederdeutsche Bauernschänke (Gerhard Langmaack, Richard Laage) mit dem großen Wasserbecken.

Verfügung stehen konnten. Haben zahlreiche Altbäume dem Gelände noch einen passenden Rahmen gegeben, ist den Neuanpflanzungen die Kürze der Bauzeit anzusehen. Für die Fußwege wurde rote Asche verwendet, dies hatte bis zur Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) 1963 Bestand.

Einzige Relikte des Zoologischen Gartens waren neben zahlreichen Altbäumen das Brehmhaus und das Hauptrestaurant, die in die Gartenschau integriert worden sind.

#### Die Anlage in Einzelteilen

(Abb. 2) Besonders hervorgehoben wurden die Rosenpflanzungen: Erstmals wurden Rosen nicht als Masserpflanzung, sondern auch als Einzelexemplare präsentiert. Fünf Rosengärten lagen im Bereich der heute Bürgergärten genannten Teile der Parkanlage zwischen den weißen Mauern. Die Klinker im Hamburger Format (22 Zentimeter mal 10,5 Zentimeter mal 5,5 Zentimeter) wurden mit Kreuzfugen verlegt.<sup>15</sup>

Das vorliegende Konzept einer Parkanlage in innerstädtischer Lage fand bei der Bevölkerung großen Anklang. Kostenlose Kinderbetreuung, Ponyreiten, kostenloses Ausleihen von Büchern zum Lesen im Park, zahlreiche Konzerte von Militär-, Polizei- und Partikapellen am Hauptrestaurant oder die Künstlerkapelle am Orchideencafe (Architekt Gustav Meves), wo man Weltläufigkeit atmen konnte, trugen zum positiven Image der Parkanlage bei. Imposant waren auch die beheizten Victoria-Regia-Becken (die heute leider auf den Hermkes-Gewächshäusern nicht mehr betrieben werden können).

Sehr modern wirkt die Stahlbetonkonstruktion der Orchesterplattform mit Rundfunkanlage von Walter Puritz (Abb. 3).<sup>16</sup>

Eine der größten Besonderheiten war zweifellos das große Wasserbecken, das im Winter als Eisbahn diente.<sup>17</sup>

Zurück zur Gartenschau: Dem Reichsbund der Kleingärtner

und Kleinsiedler e.V. ging es vor allem um die Stärkung der Verbundenheit der Bevölkerung mit der eigenen Scholle sowie die volkswirtschaftliche Bedeutung der Eigenversorgung. Die Siedlergärten mit den Schwerpunktthemen Kompost, Bodenverbesserung und Bewässerung wie auch der Liebhabergarten von Gustav Lüttge und der Doppelhausgarten von Wilhelm Hübotter lagen auf dem ehemaligen Friedhofsgelände im Süden des Parks. Sie waren zur Ausstellungseröffnung im Juni noch nicht fertig und erst Wochen nach Ausstellungsbeginn öffentlich zugänglich. Zu erklären ist dies sicherlich auch mit der parallel zum Bau der Parkanlage auf dem Baustellengelände stattfindenden Nordischen Bau-Schau (13.4. bis 1.5.1935) des Deutschen Instituts für Wirtschaftspropaganda, die Teilflächen und Gebäude belegt hatte.<sup>18</sup>

Bemerkenswert war ferner die Kakteenschau in den 180 Meter langen Häusern (Architekt Konstanty Gutschow; er war auch Planer der Eingangsgebäude) am nördlichen Rand des Geländes. Sie dienten gleichsam als Lärmschutzmaßnahme zur nördlich verlaufenden Bahnstrecke. Hier entstand in den folgenden Jahren eine eindrucksvolle Kakteensammlung, die besonders auch durch die Altersexemplare als einzigartig in Europa beschrieben wurde und die Sammlung der Gruson-Gewächshäuser in Magdeburg oder die der Sammlungen in Düsseldorf und Hannover nach eigenen Angaben weit übertraf.<sup>19</sup> Noch 1940 fanden Exkursionen nach Südamerika statt, um insbesondere Riesenkakteen für Hamburg zu gewinnen.

(Abb. 4) Die Architekten Gerhard Langmaack und Richard Laage gaben der Gaststätte am See die Form eines niedersächsischen Bauernhofes. Schänke, Reetdach, buntes Gebälk, Remise und Stallungen für 14 kleine Pferde und Maulesel sollten auf das urwüchsige Bauen im Norden hinweisen.

Auch die Bildende Kunst zeigte auf ihre Art die „neue“ Zeit.



Abb. 5 Niederdeutsche Bauernschänke mit Iris- und Gladiolenschau und Monumentalfiguren. Postkarte 1935.

Plastische Monumentalarbeiten entstanden von vier Hamburger Bildhauern (Ruwoldt, Kunstmann, Opfermann und Wied), die sich einer gemeinsamen Gestaltungsaufgabe unterordnen mussten, am großen Wasserbecken. Arbeiten anderer Künstler wie Wöbke, Kuühl, Albrecht, Prütz, Böhlig, Hartung, Bauroth und Meimerstorf fanden sich an verschiedenen Stellen der Anlage (Abb. 5).

Die Monumentalskulpturen von Ruwoldt (Eisbär), Kunstmann (Eisbär) und Opfermann (Seelöwe) wurden 1953/54 nach einer Odyssee in den Stadtpark nach Winterhude versetzt, das Walross von Wied wurde zerstört.<sup>20</sup>

Im Ergebnis konnten Meding und Plomin in einer sehr kurzen Ausführungszeit von Anfang Januar 1935 bis Anfang Juli 1935 ihre Gestaltungsideen auf dem 21 Hektar großen Gelände konsequent umsetzen.<sup>21</sup> Die Arbeitsfürsorge verpflichtete in Spitzenzeiten rund 1.800 Arbeiter für die Baustelle, davon über 1.000 ungelernete Erwerbslose, die in Gruppen aufgeteilt für einen Wochenlohn von 30 bis 35 Reichsmark einem Vorarbeiter vom Gartenfriedhofsdienst unterstellt waren.

Zweifellos gelang es den gleichgeschalteten Vereinen wie auch der politischen Spitze der Stadt durch die Niederdeutsche Gartenschau in Hamburg, eigene Ziele mit dem positiv besetzten Thema der Durchführung einer Gartenschau und der Anlage eines Parks zu verknüpfen.

Von fachlicher Seite widmete sich Wilhelm Hübotter, Gartengestalter aus Hannover und einer der Preisträger des Sondergartenwettbewerbs im Septemberheft der ‚Gartenkunst‘ der geistigen Haltung von *Planten un Blumen*. Er kritisierte eine „fröhliche Unbekümmertheit gegenüber bisherigen Gestaltungsanschauungen“, hob aber insbesondere die Gestaltungskraft der Sommerblumenwiese, der Rosengärten und der Ufergärten hervor. Rückschauend betrachtet war für ihn die Niederdeutsche Gartenschau wohl vor allem Mittel zum Zweck: „Es handelt sich also letzten Endes im eigentlichen Sinn nicht um eine Gartenbauausstellung im üblichen Sinn, sondern um die Schaffung eines Pflanzenparks, dessen Auftakt die Ausstellung „Planten un Blumen“ darstellt, also eine Grünanlage im Zug der übrigen Hamburger Anlagen.“<sup>22</sup>

Das Abweichen von traditionellen Gartenanschauungen kritisierte vor allem Hermann Koenigs. Er missbilligte *Planten un Blumen*

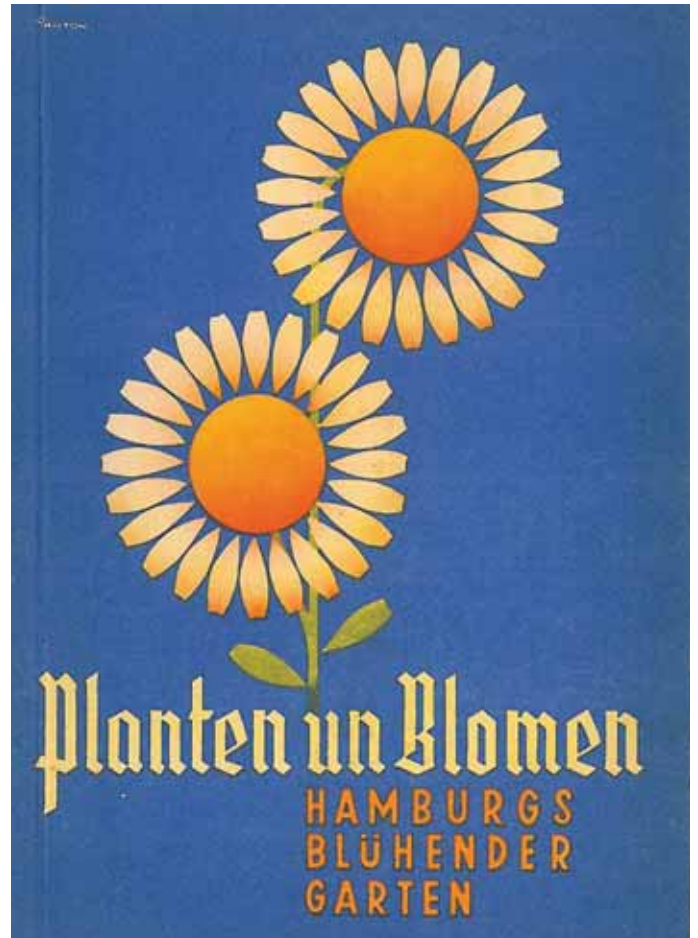


Abb. 6 Titelblatt Parkführer *Planten un Blumen*, 1949.

nicht nur als Hilfsaktion für die Hamburger Anzuchtgärtnereien, in deren Folge kaum züchterische Höchstleistungen zu sehen seien, sondern setzte sich auch kritisch mit der Gartengestaltung auseinander. In einer Art Rundumschlag bemängelte er ein zu viel an Mauern, vor allem die weißen Mauern der Rosengärten, große Platten und Klinkerwege im Kreuzfugenverband sowie die Unmaßstäblichkeit mancher Plastiken, den Verzicht auf einen axialen Endpunkt an der Wasserkaskade und eine zu moderne Gestaltung am Bauernhaus. Insbesondere die mit Verspätung geöffneten Sondergärten bezeichnete er als beschämend für den Berufsstand.<sup>23</sup> Die Art der Kritik und besonders der letzte Hinweis fügen sich nahtlos in das sonstige Agieren Koenigs. Als Schriftleiter der Zeitschrift ‚Der Deutsche Gartenarchitekt‘ und aktives Mitglied im Bund Deutscher Gartenarchitekten (BDGA) äußerte er sich bei zahlreichen Gelegenheiten mitunter auch sehr polemisch nicht nur gegen die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst (DGfG) oder missliebige freischaffende Kollegen/Konkurrenten (der Streit mit Migge zieht sich durch zahlreiche Ausgaben des Deutschen Gartenarchitekten), sondern vor allem auch gegen planende Kollegen in der Verwaltung.

Nach Ende der Niederdeutschen Gartenschau wurde das Gelände weiter herausragend gepflegt und zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen im Park abgehalten. Der Parkführer von 1940 berichtet unter anderem von der Reichstagung „Kraft durch Freude“ 1938 mit über 200.000 Besuchern an einem Tag, 1939 die

Fischereiausstellung „Segen des Meeres“, die Tagungen des Reichskolonialbundes und des Roten Kreuzes. Im Sommer 1938 wurde die Riesenleuchtföhne von der Düsselnder Ausstellung „Schaffendes Volk“ zusammen mit zwei neuen Nebenfontänen im Wasserbecken eingebaut. Diese damals größte Wasserlichtorgel Deutschlands mit über 300 Scheinwerfern war einer der Höhepunkte im Park. 1939 wurden die Aquariumsgaststätte mit einem Seewasseraquarium und die Konzerthalle mit 2.300 Sitzplätzen eröffnet. Letztere wurde auch als Kino genutzt: Filme über die Kakteenjagd in Mexiko für Pflanzen und Blumen wurden im Krieg auch den kämpfenden Truppen vorgeführt (Abb. 6).<sup>24</sup>

Im April 1941 öffnete eine Blumenschau ihre Pforten, die auf ihre Art auf eine schönere Zeit nach dem Krieg einstimmen sollte.<sup>25</sup> Die Sonderschau Rosenschnittblumen hatte kämpferisch auch die Aufgabe, mit der Besinnung auf volkseigene Kulturgüter die Heimatfront zu stärken.<sup>26</sup> Und für Karl Foerster zeigten die Tulpen-, Rosen- und Gladiolenschauen von 1941 den „Puls dieses deutschen Gartenvolkes [...], das ein Gartenvolk ersten Ranges“ werden sollte.<sup>27</sup> Vom 4. Juli bis 3. August 1941 fand die Ausstellung „Wehr und Sieg“ auf dem Gelände statt (Ausstellung erbeuteter Waffen und anderer Dinge). Die Ausstellungsparkanlage von 1935 erfüllte zumindest bis zu den verheerenden Bombenangriffen auf Hamburg 1943 offenbar auch ihren politischen Zweck. Die Hamburgische Ausstellungsgesellschaft trat als Mieter der Zoo-Ausstellungshallen AG auf.

### Nachkriegszeit und Wiederaufbau

Erhebliche Kriegsschäden gab es vor allen am Gebäudebestand. Während Pflanzen und Blumen und der Botanische Garten sehr schnell als präsentable Grünanlagen hergerichtet worden sind, wurden die südlich gelegenen Teile der sogenannten Großen und Kleinen Wallanlagen mit Trümmerschutt egalisiert, der Wallgraben verfüllt und die Anlagen in vereinfachter Form zweckmäßig hergerichtet. Dabei verschwanden unter anderem auch zahlreiche Elemente der Gartenbauausstellung von 1897 unter der Erde.

Planerisch überliefert sind vom Februar 1947 Überlegungen des Gartenamtes zum Bau einer großen Parkanlage unter Einbeziehung des südlich gelegenen Botanischen Gartens und des heutigen Messengeländes bis hinunter zum Sievekingplatz, die ihren Ursprung in älteren stadtplanerischen Überlegungen hatte und unter anderem 1940 von Karl Foerster beschrieben worden sind.

Bereits 1950 folgten erste Ideenskizzen der Verwaltung für eine Gartenbauausstellung 1953 in Pflanzen und Blumen und nun auch in den angrenzenden Bereichen. Bei der IGA 1953 unter der gartenkünstlerischen Gesamtleitung von Karl Plomin wurden in der ursprünglich eher architektonisch ausgerichteten Anlage nun landschaftliche Schwerpunkte gesetzt. Plomin sorgte dafür, dass wesentliche Teile seiner Planung von 1935 erhalten blieben und sich in die Nachkriegsgestaltung einfügten.

Auch die IGA 1963 (Günther Schulze, Heinrich Raderschall) ließ den Kern der Plominischen Planungen von 1953 weitgehend unberührt. Günther Schulze und Heinrich Raderschall arbeiteten überwiegend in den Großen und Kleinen Wallanlagen,<sup>28</sup> während Plomin den Bereich von Pflanzen und Blumen und dem Botanischen Garten

bearbeitete.<sup>29</sup> Hier entstand nun das einzigartige Ensemble von Mittelmeerrassen, Schaugewächshäusern (Architekt Bernhard Hermkes) und Johan-van-Valckenburgh-Brücke. Der gestalterische Aufbruch in die Neuzeit wurde vor allem in den Großen Wallanlagen, der Fläche der Allgemeinen Gartenbauausstellung von 1897 (Gartengestaltung Rudolph Jürgens) gezeigt. Das gestalterische Grundgerüst seiner Planung hatte Jahrzehnte lang Bestand und ging erst mit den Trümmern des Zweiten Weltkrieges unter.

Erst zur IGA 1973 wurden die Teile Pflanzen und Blumen, Botanischer Garten und die Großen und Kleinen Wallanlagen zu einem einheitlichen Ausstellungsgelände zusammengefasst. Die Umgestaltungen waren erheblich, und in diesem Zusammenhang sind auch letzte Schaupflanzungen vergangener Tage wie auch die Haltung verschiedener Tiere aufgegeben worden. Die IGA 1973 zeigt nur noch die Wasserkaskade (Abb. 7 und 8) und die Mauern der ehemaligen Rosengärten aus der Zeit der Niederdeutschen Gartenschau.<sup>30</sup> Hauptgestaltungsmerkmal war nun der stumpfe Winkel.

Das von 1970–1973 erbaute Congress Centrum Hamburg CCH und das SAS-Hotel griffen deutlich in den Bestand der Parkanlage ein und veränderten den Bereich des ehemaligen Haupteingangs erheblich. Die Parkanlage hatte sich offenbar ökonomischen Sachzwängen unterzuordnen. Gleichwohl war der IGA 1973 kein finanzieller Erfolg beschieden.<sup>31</sup> 1974 übernahm die Hamburger Grünverwaltung die Pflege des Parks, der bis dahin von einem Regiebetrieb der



Abb. 7 Wasserkaskade mit Ufergärten, 1935.



Abb. 8 Wasserkaskade mit Ufergärten, 2010.

Hamburger Messe unterhalten worden ist. Die verschiedenen Teile der westlichen Wallanlagen wurden nun als Wallringpark bezeichnet, die Parkanlage zum ersten Mal für die Bevölkerung ohne Eintritt erleb- und nutzbar.<sup>32</sup>

Auf Grundlage des Wettbewerbs Wallringpark 1985 erfolgten ein Jahr später die heute noch prägenden Umgestaltungen wie zum Beispiel der Japanische Garten (Yoshikuni Araki), der überdachte Messegang oder der Rosengarten (1993) nach Entwürfen von Wegener/Hess. Zahlreiche Relikte der IGA 1973 wurden beseitigt und die ganze Anlage erhielt auf Beschluss der Bezirksversammlung Mitte den Namen Pflanzen un Blumen, nachdem der zunächst verwaltungsintern benutzte Name Wallringpark in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert worden ist.

Eine Erweiterung des CCH wurde vor wenigen Jahren erneut auf Kosten der Parkanlage durchgeführt. Die begehbare Dachbegrünung scheint da nur ein schwacher Ausgleich zu sein. Derzeit wird an einem neuen Parkeingang im Bereich des ehemaligen Orchideen-Cafés gebaut, um die hier gegenüber expandierende Messe besser erreichen zu können. Den Wettbewerb gewann 2009 das Berliner Büro a24 Landschaft. Ein anderer Entwicklungsschwerpunkt liegt in der zur IGA 1973 entstandenen Eis- und Rollschuhbahn, die nach Aufgabe der 1936er-Eisbahn in die Großen Wallanlagen verlegt worden ist. Auch hier wird nach dem 2009 durchgeführten Wettbewerb an einer Umgestaltung gearbeitet.

Im Januar 2010 haben die Landschaftsarchitekten Maria Auböck und Janos Kárász aus Wien im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ein Entwicklungskonzept für Pflanzen un Blumen vorgelegt, um den künftigen Herausforderungen an Nutzungen, Um- und Neubauten im Umfeld und an den Rändern besser begegnen zu können. Künftige Entwicklungen werden dabei vor allem auch als Möglichkeit gesehen, die Parkanlage unter Berücksichtigung ihrer historischen und gartendenkmalpflegerischen Qualitäten neu zu positionieren. Parallel dazu wurde von Michael Herrmann, Hamburg, ein Marketingkonzept für die Anlage erarbeitet, um den Park in kommunikativer und wirtschaftlicher Sicht weiter zu entwickeln.

Mit dem Namen Pflanzen un Blumen wird heute nicht nur der Kernbereich der Niederdeutschen Gartenschau 1935 bezeichnet, sondern ein großer Teil der westlichen Hamburger Wallanlagen. Dadurch werden gedankenlos die Entwicklungen der Nachkriegszeit mit den Planungen aus nationalsozialistischer Zeit vermengt, das Bewusstsein für damit einhergehende Werte- und Sinneswandel in Frage gestellt.

Die Gartenschau 1935 diente auch dazu, im Sinne nationalsozialistischer Ideologie die Verbindungen zwischen dem Volk und dem Boden, aber auch das ‚Gartenschaffen des neuen Deutschlands‘ aufzuzeigen<sup>33</sup> und somit einen Nachweis für die Überlegenheit deutscher Gartenkunst zu erbringen.

Spannungsreich bleibt die Wertschätzung des Niederdeutschen im Vergleich zur Modernität der Anlage: Von außen betrachtet setzte die Hinwendung zum Niederdeutschen im Parknamen, mit dem Fachwerkbau der Bauernschänke sowie den Beispielen für Siedlergärten, Wochenendgärten und Kleingärten eine Tradition fort, wie sie sich bereits in den großen Hamburger Volksparks abzeichnete.<sup>34</sup>

Daneben gab es in Pflanzen un Blumen aber auch die von Hermann Koenig damals kritisierte Modernität der Anlage (Orchideen-Café, Musikmuschel). In diesem Nebeneinander von Modernität und Heimattümelei ist so ganz undemokratisch eine Parkanlage entstanden, die insbesondere auch zusammen mit dem jenseits der Jungiusstraße liegenden, 1936 eingeweihten Aufmarschgelände (Nutzung von 1941–1945 als Gemeinschaftslager mit bis zu 24 Baracken für über 900 Menschen; heute Messegelände), auf ihre Art im Kontext zum Nationalsozialismus gesehen werden muss.

Pflanzen un Blumen steht heute auch für Kontinuität in der Gartenkunst, wie sie vielfach an anderen Beispielen nahtlos von den dreißiger Jahren bis in die fünfziger Jahre zu verfolgen ist.<sup>35</sup> Nicht zuletzt sorgte auch die Person Karl Plomins vor Ort für diese Kontinuität, indem er seine eigenen Planungen von 1935 achtzehn Jahre später zur IGA 1953 nur behutsam weiterentwickelte, zur IGA 1963 wiederum gestalterisch mitarbeitete und auch zur IGA 1973 beratend zur Seite stand.

Zweifellos ist 1935 eine neue, gestalterisch moderne, oft auch als zeitlos bezeichnete, innerstädtische Parkanlage entstanden, die trotz oder gerade auch wegen ihrer zahlreichen späteren Umgestaltungen, aller Mängel und Kritik über die Jahre zu einer festen Größe nicht nur in Hamburg, sondern auch darüber hinaus geworden ist. An die Umstände der Entstehung erinnert sich heute kaum jemand. Es sind vielmehr die drei Internationalen Gartenbauausstellungen der Nachkriegszeit, die mit ihren eigenen Schwerpunkten das Bewusstsein der Bevölkerung für die Parkanlage, vor allem aber auch für Hamburgs Ruf als Stadt der Gartenbauausstellungen bestimmen.

Dass sich bei der Bezeichnung für die Parkanlage weder die Begriffe Wall, Wallring, Gartenschau-Gelände oder IGA durchsetzen konnten, sondern die niederdeutsche Bezeichnung Pflanzen un Blumen beibehalten worden ist, zeigt, dass die Sehnsucht nach Identität, Heimat und Regionalität groß war und immer noch ist, und die Namensgeber bereits damals wie heute wohl doch den Nerv der Bevölkerung getroffen haben. Die Suche nach der Regionalität als Kontrapunkt zu Globalität – da lässt sich trefflich streiten. Die Identität der Anlage aber lässt sich nicht ohne Kenntnis ihrer Entstehung begreifen.



**Anmerkungen**

- 1 Bolau, Heinrich: Führer durch den Zoologischen Garten zu Hamburg. 42. Auflage ca. 1900.
- 2 Hamburg und die Allgemeine Gartenbauausstellung, Offizieller Führer, Hamburg 1897, S. 58–61.
- 3 Die Gartenwelt 1902/03, Jg. 7, Heft 16, S. 187.
- 4 Der 1911 abgelaufene Pachtvertrag mit dem Zoologischen Garten wurde um weitere 20 Jahre bis 1931 verlängert. Der Betrieb des Zoos erforderte erhebliche jährliche Staatszuschüsse. 1920 wurde der Zoo nach Einstellung der Zahlung staatlicher Zuschüsse geschlossen, die Gesellschaft aufgelöst und 1921 durch eine neue Gesellschaft wieder eröffnet.
- 5 Scheutzw, Jürgen W.: Dreiklang Messe, Garten und Kongresse – Aus 125 Jahren Hamburger Ausstellungsgeschichte, Hamburg 1986, S. 19.
- 6 Koenig, Hermann: Öffentliche Gartenanlagen von Hermann Koenig, Hamburg. In: Der Deutsche Gartenarchitekt 8.1931, Heft 4, S. 39–41.
- 7 Vgl. a. Mehlhop, Wilhelm: Historische Topographie der Freien und Hansestadt Hamburg von 1895–1920 mit Nachträgen bis 1923. Hamburg 1923, S. 256–257.
- 8 Gartenkunst 44.1931, S. 9.
- 9 Vgl. a. Plansammlung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Gartendenkmalpflege. Die Gartenschau war offenbar zunächst für zwei Jahre konzipiert.
- 10 Unter Androhung einer Ordnungsstrafe untersagte die Reichskammer der bildenden Künste am 1.9.1934 die Verwendung der Berufsbezeichnung Garten- oder Landschaftsarchitekt und ordnete statt dessen die Bezeichnung Gartengestalter an.
- 11 Karl Plomin, geboren 1904 in Hamburg, Gärtnerausbildung bei der Firma Schnackenberg & Siebold in Hamburg, anschließend Gehilfenjahre, 1924–1926 Studium an der Kunstgewerbeschule am Lerchenfeld in Hamburg, 1926 Studium an der TH München, 1927–1930 Anstellung bei Heiler in Kempten, 1930–1935 Anstellung im Garten- und Friedhofsamt in Hamburg, 1935 Eröffnung eines eigenen Büros.
- 12 Vgl. a. Ein Wegweiser durch Pflanzen und Blumen – Niederdeutsche Gartenschau Hamburg 1935. Verantwortlicher Schriftleiter: Curt Backeberg.
- 13 Der Garten- und Blumenbauverein für Hamburg, Altona und deren Umgebungen wurde 1836 mit dem Ziel gegründet, Ausstellungen und Zusammenkünfte durchzuführen, um den Garten- und Blumenbau bekannter zu machen. 1872 erfolgte die Umbenennung in Gartenbauverein für Hamburg, Altona und Umgebung und 1958 in Gartenbauverein Hamburg. 125 Jahre Gartenbauverein Hamburg e.V. 1836–1962.
- 14 Vgl. a. Gartenkunst 48.1935, S. 1–2, S. 33–36.
- 15 Vgl. a. Plansammlung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Gartendenkmalpflege.
- 16 Hoffmann, Herbert: Die Gartenschau „Pflanzen und Blumen“ in Hamburg in: Moderne Bauformen 4.1935, Heft 9, S. 475–492.
- 17 Die Gefrieranlage für die Kunsteisbahn wurde erst im Winter 1935/36 eingebaut. Hamburg und seine Bauten 1929–1953, S. 113 ff.
- 18 S.a. Der Deutsche Architekt 7.1935, S. 6 ff.
- 19 Backeberg, Curt: Als Pflanzenjäger in fremden Ländern in: Die Gartenschönheit 20.1939, S. 273–276 und: Riesenkakteen im Hamburger Park „Pflanzen und Blumen. In: Gartenschönheit 21.1940, S. 206–207.
- 20 S.a. Schmal, Helga: Die Hamburger Wallanlagen – Ein historischer Überblick. In: Altstadt-City-Denkmalort, Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg Nr. 16, Hamburg 1996; Die Zeit Nr. 03, 21. Januar 1954, Seite 13, Der Spiegel, 25. Mai 1955, S. 43.
- 21 Vgl. auch Allinger, Gustav: Das Hohelied von Gartenkunst und Gartenbau – 150 Jahre Gartenbauausstellungen in Deutschland. Berlin/Hamburg 1963, S. 93.
- 22 Hübötter, Wilhelm: Die Geistige Haltung der Hamburger Ausstellung „Pflanzen und Blumen“. In: Gartenkunst 48. 1935, S. 157–160.
- 23 Koenig, Hermann in: Gartenrundschau 1935, Heft 7, S. 51–56.
- 24 Backeberg, Curt: Pflanzen und Blumen, Hamburgs Blühender Garten, Parkführer, vermutlich 1940.
- 25 Backhaus, Karlheinz: Blumenschau im Kriege, in: Gartenbau im Reich 22.1942, S. 121.
- 26 Ebert, Prof. Dr. W.: Rosen in Garten und Landschaft der Deutschen in: Gartenbau im Reich 22.1942, S. 162, 167.
- 27 Foerster, Karl: Dankwort an die Blumenschauveranstaltung in „Pflanzen und Blumen“, in: Gartenbau im Reich 22.1942, S. 188–189.
- 28 S.a. Haist, Marketa: Achtundzwanzig Männer brauchen einen neuen Anzug. Die internationalen Gärten auf der Internationalen Gartenbau-Ausstellung 1963 in Hamburg. In: Die Gartenkunst 2.1996, S. 252–257.
- 29 S.a. Dühring, Anja und Oertzen, Julia von: Karl Plomin – Ein Gartenarchitekt des 20. Jahrhunderts. Diplomarbeit an der Fachhochschule Osnabrück 1998.
- 30 S.a. Monard, Rigobert: Die Wallanlagen als Erholungsraum. In: Das Gartenamt 22.1973, S. 191–200.
- 31 S.a. Ende, Thomas: Pflanzen und Blumen in Hamburg. Aktuelle Entwicklungen und Probleme seit dem Wettbewerb Wallringpark 1985. In: Altstadt-City-Denkmalort, Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg Nr. 16, Hamburg 1996.
- 32 Mündliche Auskunft des früheren Betriebsleiters Thomas Ende.
- 33 Gartenbau-Ausstellungen – Kritische Betrachtungen von Gartengestalter F. C. Weigold in: Gartenkunst 48.1935, S. 33–36.
- 34 Wieweit der Gedanke des Niederdeutschen in der damaligen Gartenkunst verbreitet war, zeigt sich z. B. auch in Herrenhausen, wo die Stadt Hannover nach der Übernahme des Großen Gartens 1936/37 dort u. a. einen niederdeutschen Rosengarten und einen niederdeutschen Blumengarten als Teil der acht neuen Boskettgärten anlegen ließ.
- 35 S.a. Lange, Claus: Die 1950er Jahre – Das Beispiel Düsseldorf. In: Garten und Landschaft 5.2009, S. 24–27.

**Abbildungsnachweis**

Abb. 1, 6, 7, 8: Archiv: Gartendenkmalpflege der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Abb. 2, 3, 4, 5: Hamburgisches Architekturarchiv, Bestand Otto Rheinländer, Fotograf: Otto Rheinländer.

## Stück für Stück – die Entwicklung des Niendorfer Geheges

JENS BECK

Die Konversion von Freiräumen im engeren Sinne ist ein altes Thema in der Gartenkunst. Der als Schussfeld freigehaltene Bereich vor den Stadtwälle, zum Teil auch diese selbst, wurden schon vor dem Dreißigjährigen Krieg in Friedenszeiten als Grünanlagen, Gartenland oder zu Freizeitaktivitäten genutzt; und manchmal auch wieder geräumt, wenn der Verteidigungsfall eintreten sollte. Die endgültige Umwidmung und auch Umgestaltung der Befestigungen begann mit den Veränderungen der militärischen Strategien im 18. Jahrhundert, den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im 19. Jahrhundert mit der Schaffung zusammenhängender Grünanlagen anstelle der Wallanlagen in Städten wie Hamburg, Bremen, Frankfurt oder Emden. In einigen Städten blieben die Fortifikationen als sichtbarer Unterbau erhalten, wie beispielsweise in Göttingen, oft wurden jedoch künstlerisch anspruchsvolle Anlagen geschaffen, auch von renommierten Gartenkünstlern wie Peter Joseph Lenné, auf dessen Entwurf der Leipziger Grüngürtel zurückgeht. Noch im frühen 20. Jahrhundert entstanden hervorragende Zeugnisse dieser Gattung, darunter die Wallanlagen in Stade, die nach Plänen von Christian Roselius gestaltet wurden. Richtungsweisend für die moderne Grünplanung waren unter anderem die Konzepte von Fritz Encke für den Kölner Grüngürtel.

Fasst man den Begriff Konversion weiter, so finden sich zahlreiche Beispiele für die Umwandlung vorhandener Flächen in Grünanlagen, ebenfalls für die Umnutzung historischer Gärten: Ein alter Schlosspark wird zum öffentlichen Stadtpark, die Parkanlage eines früheren Landhauses fungiert als Schulgarten, ein Gartenschau-gelände als Freizeitpark. Viele historische, unter Denkmalschutz stehende Grünanlagen erfüllen heute nicht mehr den ihnen ursprünglich zugeordneten Zweck. In der Regel fügen sich jedoch neue Nutzer und Nutzergruppen gut in historische Anlagen ein, sofern dafür keine großen Umgestaltungen erforderlich sind. Sie geraten daher nur selten in die Situation, dass sie „ungenutzt“ bleiben und nach einer Phase des „Leerstands“ einer neuen, oft mit verlustreichen Eingriffen verbundenen Nutzung zugeführt werden. Deshalb sind historische Grünanlagen im Gegensatz zu Gebäuden weniger durch die Aufgabe ihrer ursprünglichen Funktion und Phasen fehlender Nutzung bedroht; verhängnisvoller ist die Einschränkung der Pflege oder eine gestalterische Überformung aus rein ästhetischen Überlegungen heraus.

Die Voraussetzung einer gelungenen und denkmalgerechten Umnutzung ist die Kontinuität einer „grünen“ Nutzung. Die Öffnung eines früher nur dem Hofstaat zugänglichen Parks einer Residenz für die örtliche Bevölkerung ist beispielsweise unproblematisch, sofern er weiterhin der Kontemplation dient. Ebenso kann ein ehemals privater Landschaftspark eines Sommerhauses zu einer öffentlichen Grünanlage werden, ohne dass dazu Veränderungen notwendig sind. Alle Formen der Nutzung, die nicht mit gestalterischen Eingriffen oder dem Verschleiß der Substanz einhergehen, sind in einer Anlage möglich, auch wenn sie ursprünglich nicht dafür geschaffen wurde.

Allerdings ändern sich das gesellschaftspolitische Umfeld und damit auch die Anforderungen, die an Grünanlagen gestellt werden. Nicht alle schlagen sich in einer Veränderung der Gestaltung nieder, häufig sind aber Schäden an der Substanz zu beobachten: zerfahrene Wege, stark beanspruchte Rasenflächen und Ähnliches. Der Versuch, diese Schäden einzugrenzen, führt manchmal zu Veränderungen der Gestaltung, die sich im Lauf der Zeit verfestigen.

Es gibt jedoch einige Gattungen denkmalgeschützter Grünanlagen, bei denen die Nutzung durch neue Personengruppen oder die Aufgabe der früheren Funktion zu einschneidenden und dauernden Veränderungen der denkmalwerten Substanz führt. Beispiele dafür sind alte Friedhöfe, die entwidmet und in öffentliche Parkanlagen umgewandelt werden oder Grünanlagen, die an bestimmte Gebäude gebunden sind: Anlagen an Krankenhäusern, Schulen oder großen Unternehmenskomplexen. Sie können oft nur unter großen Verlusten an neue Nutzungen angepasst werden. In der Regel muss dann jedoch von Zerstörung gesprochen werden, eine Konversion auch im weitesten Sinne stellt dies nicht dar.

Ein problematisches Beispiel für die allmähliche Umwandlung eines historisch bedeutenden Geländes durch die seit dem Zweiten Weltkrieg praktizierte forstliche Nutzung ist das Niendorfer Gehege, an dessen jüngster Geschichte sich gut die Egalisierung völlig unterschiedlicher Teilflächen durch Aufforstung und natürliche Sukzession nachvollziehen lässt.

### Das Niendorfer Gehege – ein historisches Konglomerat

Das Niendorfer Gehege ist ein vorwiegend aus Wald- und einigen Wiesenflächen bestehendes Areal im Norden Hamburgs, dessen Grenzen sich nicht exakt festlegen lassen. Es ist zusammengewachsen aus einzelnen Parzellen mit sehr unterschiedlicher Vergangenheit. Neben alten, seit circa 400 Jahren bewirtschafteten Waldparzellen und einem Tiergehege werden auch einige landschaftliche Parkanlagen des späten 19. Jahrhunderts dazu gezählt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Besitz der Stadt übergegangen waren. Weitere Grünflächen, darunter der alte Niendorfer Friedhof und mehrere Kleingartenkolonien, bilden den Übergang zu den angrenzenden Stadtteilen.

Obwohl durch die forstliche Bewirtschaftung der letzten Jahrzehnte allmählich die Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen des Geheges verschwinden, lässt sich gegenwärtig noch deutlich erkennen, dass die Historie den verschiedenen Flächen ein jeweils charakteristisches Erscheinungsbild gegeben hat. Neben den Waldpartien, deren Entwässerungsgräben und Baumbestände auf die jahrhundertealte Forstwirtschaft hinweisen, sind die früheren Parkanlagen gut anhand der ehemals freistehenden Baumgruppen und Solitäre, den großen Rasenflächen, Alleen und früheren Teichen zu identifizieren. Andere durch Quellen nachweisbare Elemente wie Obstwiesen, Gemüseärten und Hofstellen sind dagegen nicht mehr sichtbar und von jungem Stangenholz sowie Aufforstungen der Nachkriegszeit überdeckt.

Für die Denkmalpflege stellt sich die Frage nach der Bewertung dieses vor allem für die Stadtgeschichte historisch bedeutsamen Gebildes, das einem Konglomerat ähnelt. Einerseits sind alte Waldflächen in der weiterhin expandierenden Hansestadt inzwischen selten geworden, andererseits sind die Relikte der früheren Landschaftsgärten wichtige Zeugnisse für eine nahezu vergessene Landhauskultur abseits von Elbe und Alster, die noch bis in die 1950er Jahre die Randbereiche der Stadt sichtbar geprägt hat, seitdem aber fast verschwunden ist. Der geschichtlichen, städtebaulichen und teilweise künstlerischen Bedeutung einzelner Teile steht deren schlechter Erhaltungszustand gegenüber. Außerdem stellt sich die grundsätzliche Frage, ob das Gehege trotz der unterschiedlichen Vergangenheit seiner Einzelteile als Ganzes betrachtet werden sollte oder ob auch eine Unterschutzstellung von Teilbereichen sinnvoll wäre. Um diese Fragen fachlich zu beantworten, ist die weitere Erforschung des Geheges unabdingbar.

### Zur Geschichte des Niendorfer Geheges

Das Gehege hat seine Wurzeln in einem zwischen den Dörfern Stellingen, Eidelstedt, Lokstedt und Niendorf beidseits der Kollau gelegenen Wald, der seit dem 16. Jahrhundert nachweisbar ist. Die erste Darstellung findet sich auf Freses Landtafel von 1588.<sup>1</sup> Die weitere Entwicklung des Areals lässt sich auf späteren Karten gut nachvollziehen. Die Flächen gehörten der dänischen Krone; nach dem deutsch-dänischen Krieg 1866 wurden Lokstedt und Niendorf preußisch.

1786 wurde im für die Verwaltung des Gebiets zuständigen königlich-dänischen Amt Pinneberg eine Kommission gebildet, die sich mit der Verkoppelung der Flächen befassen und eine sinnvolle Aufteilung der weitgehend zersplitterten Ländereien vornehmen sollte. Neben der Neuvermessung des Ackerlandes war die Kommission mit der „Einrichtung und Regulierung der Hölzungen“<sup>2</sup> beauftragt. Auf ihre Empfehlung hin wurden mehrere Waldparzellen am Rande der Dörfer Eidelstedt, Stellingen, Lokstedt und Niendorf zu einem einheitlichen Forstrevier zusammengelegt, das die Bezeichnung „Niendorfer Gehölz“ erhielt. Der spätere Name „Gehege“ weist darauf hin, dass das Gelände zumindest zeitweise eingezäunt war. Dies diente vermutlich nicht der Haltung der Tiere im Gehege, sondern sollte gerade umgekehrt den Wald vor Wildschäden von außen schützen. Denn das etwa 35 Hektar große Gehölz bot nur für wenige Haustiere<sup>3</sup> eine Waldweidefläche, ein darüber hinaus gehender Besatz mit Tieren führte zu Schäden an den Bäumen und Sämlingen durch Verbiss. Durch die Einzäunung konnte die Nutzung des Waldes, insbesondere die Eichelmast der Schweine, besser kontrolliert und gleichzeitig die nach der Verkoppelung nicht mehr erlaubte Entnahme von Holz unterbunden werden. Dieses im Grundriss fünfeckige Gehölz bildete die Keimzelle des heutigen Geheges.

Hinzu kommen einige Waldparzellen nördlich und östlich des Kernbestands, die von ihren Eigentümern, meist kleinere Bauern, uneingeschränkt genutzt werden durften, im Fall einer Abholzung oder übermäßigen Holzentnahme jedoch neu aufgeforstet werden mussten. Eine weitere Verödung der Gegend sollte dadurch verhindert werden. Dieser als Bondenwald – eine Abwandlung des

dänischen Begriffs für „Bauernwald“ – bezeichnete Forst umfasste ursprünglich etwa 23 Hektar<sup>4</sup> und ist mit den aus anderen Gegenden gemeinschaftlich genutzten Allmendewäldern zu vergleichen.

Bis 1937 wurden die Waldflächen des früheren königlich-dänischen Geheges von Pinneberg aus bewirtschaftet, die anderen Flächen durch die privaten Eigentümer. Neben den traditionellen Nutzungen (Holzeinschlag, Waldweide et cetera) ist für das Gehege auch die Entnahme von Heistern (insbesondere junge Birken und Erlen) zur Aufforstung des Klövensteener Forstreviers nachweisbar.<sup>5</sup> In der Nachkriegszeit erwarb die Stadt nach und nach die privaten Grundstücke und fasste sie zu einem geschlossenen Forstrevier zusammen.

### Die Niendorfer Landhauskultur

Die Wiesen- und Ackerflächen, die an die Waldbestände grenzten, wurden im 19. Jahrhundert nach und nach von wohlhabenden Hamburger Familien aufgekauft, um sich hier größere Landsitze einzurichten. Die fünf wichtigsten Familien waren Berenberg-Gossler, Bolten (Nachfolge Brettschneider), Merck, Mutzenbecher und Hachfeld.<sup>6</sup> Sie schufen sich im damals noch relativ abgelegenen Niendorf private Rückzugsorte, die nicht mit den repräsentativen Landhäusern der Elbvororte vergleichbar waren. Im Gegensatz zu den großen, aufwendig gestalteten Villen zwischen Altona und Blankenese, zwischen Hohenfelde und Hamm mit ihren weitläufigen Parkanlagen waren die Niendorfer Landhäuser schlichter und ganz von den privaten Vorlieben und Bedürfnissen der Besitzer geprägt. In Niendorf wurde eine ländliche Kultur gepflegt, zu der auch die bäuerliche Landwirtschaft, Nutzgärten und Obstbau gehörten – dies freilich auf höchstem Niveau, denn auch in der rustikalen Idylle wollte man nicht auf die Annehmlichkeiten des modernen Lebens verzichten. Aber noch die erhaltenen Reste dieser Kultur zeigen deutlich, dass weder Häuser noch Gärten auf die äußere Wirkung und die Selbstdarstellung der Besitzer hin ausgerichtet waren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erwarb die Stadt nach und nach die Parkanlagen und vereinigte sie mit den Waldflächen. Um 1960 hatte das Niendorfer Gehege ungefähr seine heutige Ausdehnung erreicht. Einige Landhäuser und fast alle Wirtschaftsgebäude wurden abgebrochen, sodass heute in erster Linie die ehemaligen Parkanlagen eine Vorstellung von der früheren Landhauskultur vermitteln. Die wichtigsten unter ihnen sind die früheren Landsitze der Familien Mutzenbecher und Gossler.

### Park und Landhaus der Familie Mutzenbecher

Der Sommersitz der Hamburger Familie Mutzenbecher wurde im Jahr 1900 errichtet. Bauherr war Hermann Franz Matthias Mutzenbecher (1855–1932), Generaldirektor und Gründer mehrerer Versicherungsunternehmen, unter anderem der Hamburg-Mannheimer und der Albingia-Versicherung. Er erwarb zunächst die im Besitz des englischen Fabrikanten Wünsch befindlichen Flächen nördlich des königlichen Geheges, später auch einige östlich davon liegenden Grundstücke, schließlich auch den königlichen Forst selbst. Ab 1902 bewohnte er bis zu seinem Tod das Landhaus mit seiner Familie, vornehmlich in den Sommermonaten. Das



Abb. 1 Ansicht des früheren Landhauses Mutzenbecher von Süden; um 1900 errichtet, später von Elingius mehrfach umgebaut. Vor dem Haus befand sich ein kleiner Blumengarten, der 1911 von dem damals im Büro Jakob Ochs arbeitenden Gartenarchitekten Leberecht Migge entworfen wurde.



Abb. 2 Die ehemalige Zufahrt zum Landhaus Gossler, Blick in Richtung Süden.

zurückhaltende, trotz seiner Größe bescheiden wirkende Gebäude war nicht als Repräsentationsbau konzipiert, in dem große Empfänge und Feste stattfinden sollten, sondern als privater Rückzugsraum (Abb. 1). Bisher ist allerdings unklar, ob die Familie sich hier nur am Wochenende aufhielt oder das Haus im Sommer auch über einen längeren Zeitraum bewohnte.<sup>7</sup>

Die Umgebung des Hauses wurde ebenfalls sehr zurückhaltend gestaltet. Kein weitläufiger Landschaftspark, sondern ein kleiner, nach englischem Vorbild angelegter Rosengarten schloss sich nach Süden an die breite Veranda an. Er war als Senkgarten leicht in das Gelände eingetieft und von Hecken eingefasst. Weiter südlich folgte eine kleine landschaftliche Partie, deren Mittelpunkt ein Teich bildete. Der Aushub wurde genutzt, um die Uferbereiche in bewegten Formen zu modellieren. Vermutlich gab es eine mit der Gestaltung korrespondierende Bepflanzung, davon sind jedoch nur einzelne Gehölze erhalten geblieben. Interessant ist, dass der Hausherr auch mit solch vergleichsweise kleinen Aufgaben bekannte Fachleute beauftragte. Die Umbauten im Haus wurden von Erich Elingius durchgeführt, die Gartenarbeiten plante das Büro Ochs, vermutlich war Leberecht Migge der ausführende Zeichner.

Neben der Gartenanlage gab es nördlich und östlich des Hauses ausgedehnte Nutzgärten und Obstwiesen, deren Gestaltung jedoch nicht überliefert ist. Die spätere Aufforstung und natürliche Verwilderung haben die Spuren dieser Partien weitgehend beseitigt. Immerhin sind in der unmittelbaren Umgebung des Hauses noch einige Obstbäume verblieben, die von der Bedeutung der früheren Nutzgärten zeugen. Südlich des Geländes lag ein Tennisplatz, der noch auf Luftbildern der Nachkriegszeit zu erkennen ist.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg erwarb Hermann Mutzenbecher die westlich an seinen Besitz angrenzende Fläche des ehemaligen königlich-dänischen Forstbestands, der damals bereits „Niendorfer

Gehege“ genannt wurde.<sup>8</sup> Damit vergrößerte sich der Landsitz auf fast 70 Hektar. Bisher ist nicht bekannt, ob Mutzenbecher das alte Gehege umgestalten ließ. Vermutlich bewirtschaftete er den Wald forstlich und nicht im Hinblick auf eine spätere parkartige Gestaltung.

Die Weltwirtschaftskrise ruinierte die finanzielle Basis der Familie. 1930 musste Hermann Mutzenbecher den Versicherungskonzern nach hohen Verlusten verkaufen, er zog sich ganz auf sein Anwesen in Niendorf zurück. Nach seinem Tod fiel der Landsitz an seine Erben, die ihn 1955 an die Stadt Hamburg verkauften. Die Flächen wurden mit anderen Ländereien vereinigt, die Gebäude seitdem von der SAGA, dem städtischen Wohnungsbaunehmen, verwaltet.

Geblieben ist von dem umfangreichen Komplex ein kleiner Teil der südlich des Hauses gelegenen Parkanlage mit einigen Solitären, dem Teich und dem Aussichtshügel; in Hausnähe hat sich der kleine Senkgarten erhalten. Alle anderen Teile, darunter die frühere Hofstelle und der große Obst- und Gemüsegarten, wurden mit Fichten aufgeforstet und sind im Gelände ohne die Zuhilfenahme älterer Karten nicht mehr auffindbar.

#### **Park und Landhaus der Familie Gossler**

Der größte Landsitz, der an die Waldflächen des Niendorfer Geheges grenzte und dessen Park nach dem Krieg dem Gehege zugeschlagen wurde, war das Anwesen der Familie Gossler. Die Gossler waren reiche Bankiers und stellten einige Senatoren und Bürgermeister. Johann Heinrich Gossler (1805–1879), Bruder des späteren Bürgermeisters Hermann Gossler, kaufte ab 1847 erste Flächen im Norden des heutigen Geheges auf und vergrößerte nach und nach den Besitz auf circa 20 Hektar. Dazu gehörte auch ein älteres Landhaus, das der vorherige Besitzer, der Kaufmann Luppe



Abb. 3 Blick in den früheren Landschaftspark Gossler vom Standort des ehemaligen Hauses in Richtung Süden.



Abb. 4 Sitzplatz am östlichen Rand des früheren Landschaftsparks Gossler.



Abb. 5 Historische Lindenreihe im Bereich des früheren Landhauses Gossler.



Abb. 6 Baumgruppen am östlichen Rand des früheren Landschaftsparks Gossler.

Siemsen, hatte errichten lassen. Über die Gestaltung der Anlage in dieser Zeit ist nichts bekannt, vermutlich glich das Anwesen wie auch der Landsitz der Familie Mutzenbecher einem schlichten, großen Bauernhof. Erst der Sohn Johann Heinrichs entschloss sich 1880, nachdem die Familie das große Bankhaus Berenberg Gossler & Co. vollständig übernommen hatte und für ihre kaufmännischen und diplomatischen Verdienste ein Adelsprädikat erhalten hatte, ein neues, wesentlich größeres und anspruchsvolleres Wohnhaus zu errichten. 1882 war die einem historistischen Gutshaus ähnliche Villa fertiggestellt. An seiner Südseite wurde ein weitläufiger Landschaftspark angelegt, ebenso eine neue Zufahrt, die als Allee bepflanzt war (Abb. 2). Sie führte von Süden auf das Haus zu, sodass die Besucher durch die Parkanlage auf die prachtvolle Gartenseite des Hauses zufuhren. Vor allem an dieser Führung der Zufahrt zeigt sich, dass der Park eine Anlage des späten 19. Jahrhunderts war. Die dem Haus zugeordnete Partie knüpfte hingegen – soweit es sich an den erhaltenen Strukturen ablesen lässt – an die Parkanlagen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts an und orientiert sich deutlich an den Anlagen des Elbufers: Eine langgestreckte, zentrale Rasenfläche wird von großen, kulissenartig gesetzten Baumgruppen eingerahmt, die den Blick des vor dem Haus stehenden Betrachters in die Tiefe ziehen (Abb. 3). Die Bodenmodellierung ist sehr sorgfältig und geschickt ausgeführt, vor allem die Randbereiche der Rasenfläche

sind kräftig mit deutlichen Vor- und Rücksprüngen durchgestaltet. Die Bepflanzung korrespondiert mit dem Relief, sodass sich ein Zusammenspiel von Grund- und Aufriss, von Rasenfläche und Gehölzbeständen ergibt.

Durch die Vernachlässigung der letzten Jahre ist die Anlage auf ihr gestalterisches Grundgerüst reduziert worden. Ziersträucher, Blumenbeete und andere empfindliche und pflegebedürftige Elemente sind verschwunden, Wege und Sitzplätze überwuchert (Abb. 4 bis 6). Der Abbruch des Hauses 1938 hat dem Park darüber hinaus seinen architektonischen Bezugspunkt genommen. Weitere Beeinträchtigungen entstanden durch die Bebauung des nördlichen Bereichs sowie die Aufforstungen am westlichen Rand. Die Einschränkung der Wiesenmahd hat mittlerweile auch zur Verbuschung einiger Bereiche geführt. Dennoch sind die Grundstrukturen der Anlage deutlich sichtbar, insgesamt ist der verbliebene Teil von Gosslers Park der am besten erhaltene der früheren Landschaftsgärten, die dem Niendorfer Gehege angegliedert wurden. 1965 konnte die Stadt die Flächen erwerben.

#### **Das Niendorfer Gehege als schützenswerte Kulturlandschaft**

Neben den beiden beschriebenen sind noch andere Parkanlagen in der Nachkriegszeit von der Stadt gekauft und dem Gehege zugeschlagen worden. Von diesen Anlagen sind jedoch nur wenige

Elemente im heutigen Bestand erhalten, meist einzelne Solitäre, Alleepflanzungen oder durchgewachsene Hecken. Bemerkenswert ist eine Findlingsgruppe, ein Relikt des früheren Landsitzes der Familie Merck (Abb. 7).

Insgesamt betrachtet bildet das Niendorfer Gehege eine aus sehr unterschiedlichen Teilen zusammengesetzte Kulturlandschaft. Kernbestand sind die alten Waldflächen und die Flächen der früheren Parkanlagen. Hinzu kommen der alte Friedhof Niendorf sowie jüngere Teile wie das Tiergehege oder die am Rand liegenden Kleingärten. Das Nebeneinander sehr verschiedener Bereiche ist ein Charakteristikum des Geheges, die vielschichtige Historie spiegelt sich bis heute darin wider. Bedroht ist die Vielfalt durch die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestehende forstliche Nutzung. Denn durch sie wird allmählich der Bestand egalisiert, sowohl hinsichtlich der räumlichen Verteilung als auch hinsichtlich der Artenzusammensetzung. Denn auch wenn es in Zukunft vermutlich keine Monokulturen aus Fichten geben wird, so wird doch die Aufforstung von freien Flächen unter rein wirtschaftlichen Aspekten geschehen. Bearbeitbarkeit, Ertrag und Standortgerechtigkeit der Gehölze werden dann im Vordergrund stehen. Dies führt zu einer gleichmäßigen Verteilung und der Vermeidung exotischer Gehölze, die im 19. Jahrhundert zu jedem Park gehörten. Die alleeartigen Pflanzungen werden ebenso verschwinden wie die Solitäre. Eine zweite Bedrohung für die ehemals gestalteten Bereiche geht von der Einschränkung der Pflege aus, die vor allem zur Verbuschung und Bestockung der freien Flächen führt. Vermutlich werden die wenigen freien Flächen in einigen Jahren verschwunden sein.

Für die Denkmalpflege stellt sich die Frage nach der Schutzwürdigkeit, aber auch der Schutzmöglichkeit des Niendorfer Geheges. Dass es sich um ein aus mehreren historisch bedeutenden Einheiten zusammengesetztes Gelände handelt, steht außer Frage. Dies allein rechtfertigt jedoch noch nicht das Eingreifen des Denkmalschutzamts in die zukünftige Pflege und Bewirtschaftung. Denn der vergleichsweise schlechte Erhaltungszustand der früheren Parkanlagen, die starke Überformung des gesamten Areals durch die Forstwirtschaft und die Unsicherheit über wichtige historische Elemente (beispielsweise die frühere Wegeführung oder die Bedeutung der Wassergräben) erschweren eine abschließende Bewertung. Hinzu kommt die völlig unterschiedliche Geschichte der einzelnen Bestandteile, von denen einige als Werke der Gartenkunst, andere als historische Kulturlandschaftselemente zu beurteilen sind. Diese haben sich lange Zeit völlig unabhängig



Abb. 7 Steinsetzung („Grotte“) des früheren Landschaftsparks Merck.

voneinander entwickelt, sind erst nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengelegt worden und nie durch eine übergreifende Gestaltungsabsicht geprägt worden – anders als beispielsweise das frühere Sierichsche Gehölz, das zu einem Teil des Stadtparks wurde und auch in die planerische Konzeption mit einbezogen wurde. Das Niendorfer Gehege ist eher ein Konglomerat sehr verschiedener Elemente, die erst in jüngster Zeit, durch die einheitliche Bewirtschaftung eine – bezogen auf das Erscheinungsbild – gewisse Vereinheitlichung erfährt, die selbstverständlich weder im Sinne einer bewussten Gestaltung wirksam ist, noch die Unterschiede vollständig beseitigen kann. Insofern werden immer historische Strukturen sichtbar bleiben, die einen gewissen historischen Zeugniswert besitzen. Dieser ist jedoch nach heutiger Einschätzung zu gering, um das Gehege als Ganzes als Denkmal einzustufen.

Das erhaltene Landhaus Mutzenbecher, das letzte, nahezu unveränderte Zeugnis der weitgehend verschwundenen und wenig beachteten Niendorfer Landhauskultur, ist ein wichtiges Baudenkmal. Es stellt eine Art Gegenentwurf, gleichzeitig aber auch eine Ergänzung der repräsentativen Elbvillen dar und ist für die Hamburger Baugeschichte des 19. Jahrhunderts von großer Bedeutung. Die verbliebenen Freiraumstrukturen und Freiraumelemente, die noch mit der teilweise von Leberecht Migge gestalteten Gartenanlage in Verbindung gebracht werden können, sollen mit dem Gebäude zu einem Ensemble zusammengefasst und ebenfalls unter Denkmalschutz gestellt werden. Über die Bewertung der anderen Flächen als historische Kulturlandschaft sollte mit dem Naturschutz eine Verständigung erzielt und die zukünftige Behandlung diskutiert werden.

## Anmerkungen

- 1 Walden 2002, S. 70.
- 2 Walden 1995, S. 15.
- 3 Grigat, Bd. I., S. 257.
- 4 Walden 1995, S. 15.
- 5 Walden 2002, S. 353.
- 6 Grigat, S. 265ff.
- 7 Alle Daten und Angaben aus: Grigat, S. 258. Zur Biographie Mutzenbechers siehe: Schröder 2008.
- 8 Grigat, S. 258.

## Literatur

Grigat, Horst: Hamburg-Niendorf von der Steinzeit bis zur Gegenwart, zwei Bände, Hamburg 1972 und 1991; Schröder, Hans-Joachim: Hermann Franz Matthias Mutzenbecher – ein Hamburger Versicherungsunternehmer, Hamburg 2008.; Walden, Hans: Zur Geschichte des Niendorfer Geheges, in: Die Wälder der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Klövensteen. Das Niendorfer Gehege. [Naturschutz und Landschaftspflege in Hamburg 45/1995]; Walden, Hans: Stadt – Wald, Untersuchungen zur Grüngeschichte Hamburgs, Hamburg 2002.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1–7 Jens Beck.

## „Die schönste Kaserne der Welt“ – über 50 Jahre militärische Nutzung des früheren Olympischen Dorfs Berlin-Elstal

SYLVIA BUTENSCHÖN

### Einleitung

Auf einem ehemaligen Militärgelände 15 Kilometer westlich von Berlin wurde für die Olympischen Sommerspiele 1936 das Olympische Dorf errichtet. Das Ensemble war eine Inszenierung für einen Sommer, entworfen und umgesetzt von den Architekten Walter und Werner March, Georg Steinmetz sowie dem Landschaftsarchitekten Heinrich Wiepking-Jürgensmann.<sup>1</sup> Gestaltungsidee war es, eine idealtypische deutsche Landschaft zu schaffen, in die sich ein funktionales Dorf mit allem nötigen Komfort für 4.000 Sportler aus aller Welt einbetten sollte. Von vornherein war eine Nachnutzung der Anlage als Kaserne der Wehrmacht geplant. Nach Kriegsende wurde das Gelände von der Roten Armee übernommen und war dann bis 1992 Standort der Sowjetischen Streitkräfte, die dieses Gesamtkunstwerk in über 40 Jahren Kasernen-Nutzung vor allem durch Abriss der meisten Unterkunftsgebäude und die Errichtung von Wohnblocks deutlich überprägt haben. Seit dem Abzug stehen die Gebäude auf dem Areal leer. Die DKB-Stiftung für gesellschaftliches Engagement, seit 2004 Eigentümerin des unter Denkmalschutz stehenden Geländes, unterhält die Anlage und betreibt in geringem Umfang eine museale Nutzung.<sup>2</sup>

In diesem Beitrag sollen die Gestaltung der Außenanlagen des Olympischen Dorfes dargestellt, deren Veränderungen seit 1936 nachvollzogen und anschließend die Denkmalwürdigkeit des heute Überkommenen erörtert werden. Zudem sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie mit dem heutigen Bestand umgegangen werden könnte, um seine Bedeutung zu vermitteln.

Ein Rundgang durch das 55 Hektar große geschichtsträchtige Areal offenbart die Vielschichtigkeit und den teilweise desolaten Zustand des Denkmals. Am aktuellen nördlichen Eingang des Geländes wird der Besucher mit dem sportlichen Charakter der Anlage konfrontiert: Ein offenbar genutzter Sportplatz mit Aschenbahn und Zuschauerbänken erstreckt sich zwischen den

Gebäuden einer Schwimm- und einer Turnhalle. Der Weg hinter der Schwimmhalle wird begleitet von teils ruinösen, eingeschossigen und ein wenig ländlich wirkenden Bauten, den ehemaligen Sportlerunterkünften, und führt zu einem der Hauptgebäude des Areals, dem ehemaligen Speisehaus der Nationen (Abb. 1). An diesem modern anmutenden Gebäude vorbei gelangt man in einen von den Ruinen mehrgeschossiger Wohnblocks geprägten Bereich. Seitlich des Weges führen Treppenstufen auf die Fundamentplatte des ehemaligen russischen Cafés, das den zentralen Platz in der Dorfstruktur in der Zeit sowjetischer Nutzung markierte. Von hier aus sind Blicke in die zentralen Grünräume der Anlage möglich und es führt eine Treppe in den niedriger gelegenen Bereich der ehemals sogenannten unteren Dorfau. Diese parkartig wirkende Zone ist von Rasenflächen und Gehölzgruppen geprägt. Ein ehemaliger See ist nur noch im Relief und durch unterschiedliche Vegetation beziehungsweise Mahd im Gelände zu erkennen, Wasserflächen sind nicht mehr sichtbar (Abb. 2). Im Südost-Teil des Geländes findet man in einem etwas höher liegenden Bereich als zweites größeres Gebäude das sogenannte Hindenburghaus, das während der Olympischen Spiele für kulturelle und sportliche Zwecke genutzt wurde. Der Rückweg zum Ausgang führt an der unteren Dorfau entlang, wo am Rande der Wiese die Reste eines runden, Bastion genannten Aussichtsplatzes zu erkennen sind. Eine Böschung hinauf gelangt man wieder zum Sportplatz.

### Die Gestaltung der Außenanlagen des Olympischen Dorfes

Das Gelände des Olympischen Dorfes gehörte zum militärisch genutzten Areal der Dallgow-Döberitzer Heide, die schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als Truppenübungsplatz und für die Errichtung verschiedener Kasernenanlagen diente.<sup>3</sup> Die Fläche war im Eigentum der Wehrmacht, die auch als Bauherrin für das Olympische Dorf auftrat.<sup>4</sup> Den Auftrag für die Gesamtplanung



Abb. 1 Einige ehemalige Sportlerunterkünfte und das sogenannte Speisehaus der Nationen verweisen als bauliche Zeugnisse auf das Olympische Dorf von 1936, 2011.



Abb. 2 Der Bereich des ehemaligen Waldsees im Olympischen Dorf ist nur noch als Geländemulde mit Feuchtwiesenvegetation erkennbar, 2011.

erhielt Werner March, der für die Realisierung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Architekten Georg Steinmetz und Walter March sowie dem Landschaftsarchitekten Heinrich Friedrich Wiepking-Jürgensmann einging.

Die vorgesehene Fläche war vor Baubeginn teilweise mit Waldstücken bestanden, teilweise Offenland mit heideartigem Charakter.<sup>5</sup> Die städtebauliche Anordnung der notwendigen Gebäude erfolgte von der Planergruppe in Anpassung an die vorgefundenen Gegebenheiten, wobei als Vorbilder teilweise historische Dorfformen, beispielsweise Angerdörfer und Rundlinge, teilweise auch Krankenhaus- und Kasernenanlagen zu erkennen sind (Abb. 3). Für die ausländischen Besucher und Bewohner sollte das Dorf Deutschland und das nationalsozialistische System repräsentieren. Alle Gebäude und Wege wurden nach deutschen Städten und Landschaften benannt, sodass die Gesamtform wie eine Wiedergabe des Deutschen Reiches in Kleinformat wirkte.<sup>6</sup>

Der für die Gestaltung der Außenanlagen zuständige Landschaftsarchitekt Heinrich Friedrich Wiepking-Jürgensmann (1891–1973) war seit 1934 als Nachfolger von Erwin Barth Professor und Direktor des Instituts für Gartengestaltung an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. Seine vorher ausgeübte freiberufliche Tätigkeit führte Wiepking-Jürgensmann nebenher weiter und plante Projekte im Auftrag von Staat und Partei, wie

die landschaftliche Eingliederung des Reichsehrenmals von Tanenberg 1936, die Außenanlagen der Botschaften Italiens und Japans in Berlin 1940 und eben die gartengestalterischen Arbeiten am Reichssportfeld sowie im Olympischen Dorf.<sup>7</sup>

Wiepking-Jürgensmann ging es bei der Gestaltung um die Idealisierung des vorgefundenen Geländes, um so den Eindruck einer „gewachsenen harmonischen Landschaft“<sup>8</sup> zu erreichen. Die Gestaltung sollte als solche nicht sichtbar sein. Um die gewünschte Struktur zu schaffen, ließ Wiepking-Jürgensmann großflächig Abtragungen und Aufschüttungen vornehmen. Ungefähr 120.000 Kubikmeter Erde wurden bewegt, um „einen inneren Zusammenhang und Zusammenklang zwischen den beiden Dorfaufen und zwischen Häuseringen zu schaffen.“<sup>9</sup> Er war optimistisch, dass dies selbst Fachleuten nicht auffallen würde, denn die Landschaftsform orientierte sich an den im Untergrund vorhandenen Strukturen eines ehemaligen Bachlaufes. Die Bepflanzung erfolgte ebenso in Anlehnung an den vorgefundenen Bestand und sollte wie gewachsen wirken, obwohl Tausende Gehölze, darunter auch mehrere Jahrzehnte alte Großbäume verpflanzt wurden.<sup>10</sup> Beim Errichten der Gebäude innerhalb des vorhandenen Bestandes wurden möglichst viele Bäume erhalten, teilweise auch innerhalb von befestigten Flächen wie den Terrassen (Abb. 4).

Eine Analyse der Gebäudeanordnung und Raumbildung zeigt,

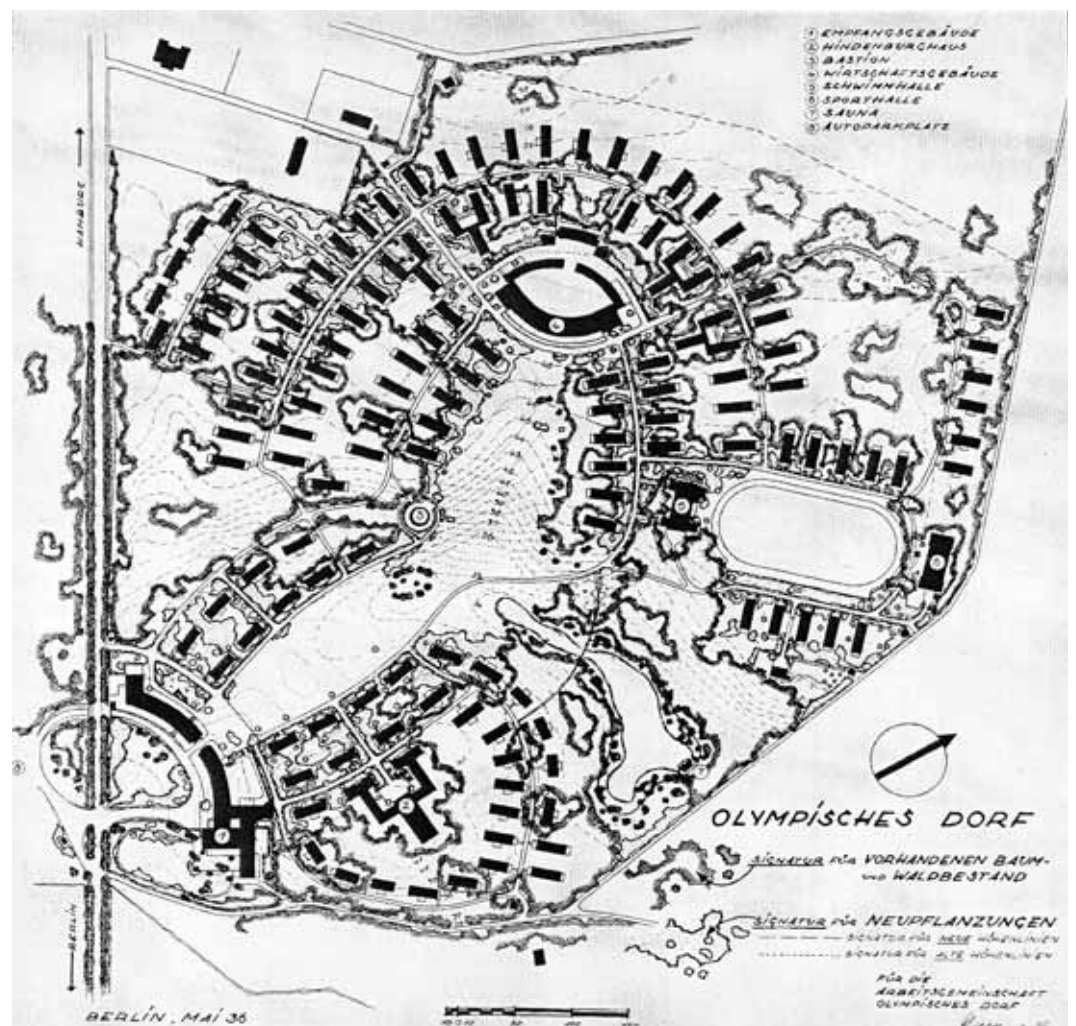


Abb. 3 Im Lageplan des Olympischen Dorfes ist die städtebauliche Anordnung der Baulichkeiten um die zentralen Freiflächen der Dorfaufen und des Waldsees erkennbar, Plan 1936.





Abb. 4 Eine alte Birke in der Terrasse eines Unterkunftsgebäudes verdeutlicht das Konzept der engen Verzahnung von Architektur und Natur, 1936.



Abb. 5 Die Bastion am Knickpunkt von unterer und oberer Dorfaue bildete einen wichtigen Aussichtspunkt; die Rasenstufen im linken Vordergrund rahmten den Birkenring, in dem regelmäßig die Dorfkapelle spielte, 1936.

dass alle Großbauten des Ensembles ihre eigenen Einflusszonen aufweisen. Die Turnhalle und die Schwimmhalle im Nordteil rahmen den Sportplatz, das Speisehaus der Nationen bildet den formalen Schwerpunkt des größten Teils der Sportlerunterkünfte, das Hindenburghaus thront von den niedrigen Unterkunftsgehäusen umgeben auf einer leichten Anhöhe im Ostteil des Geländes und das Empfangsgebäude am südlichen Eingang begrenzt im konvexen Bogen die untere Dorfaue. Die gleichförmigen Sportlerunterkünfte wurden so angeordnet, dass verschieden große Innenräume geschaffen wurden, die in Zusammenhang mit der unterschiedlichen Vegetation, teils Kiefer, teils Birke als vorherrschende Baumarten, zu abwechslungsreichen Raumbildern und Ansichten trotz der Verwendung von Typenarchitektur führten. Die drei großen nach innen gerichteten Freiräume des Geländes, die obere und untere Dorfaue sowie der Waldsee wurden jeweils durch ein markantes oder besonderes Gebäude an ihrem äußeren Ende gehalten, dem Speisehaus der Nationen und dem Empfangsgebäude bei den beiden Dorfauen und der wie ein Blockhaus anmutenden Sauna am Waldsee. Am Schnittbereich dieser drei wichtigen Räume, im Zentrum des Dorfes, wurden mit der sogenannten Bastion und dem Birkenring zwei zentrale bauliche Elemente des Freiraums angeordnet. Die runde Aussichtspunkt der Bastion war als Freiluftbar mit Strohdach ein wichtiger Aufenthaltsort (Abb. 5) und bot durch die Lage am Böschungsrand einen guten Überblick über das Gelände. Der Birkenring zu Füßen der Bastion war ein durch zwei Naturstein-Stufen gefasster, abgesenkter Rasenplatz, der ebenfalls als Treffpunkt diente und für Konzerte der Dorfkapelle genutzt wurde. Die Lage und Ausrichtung im Niederungsbereich ließ den Birkenring in Verbindung mit dem nahen Waldsee wie die gestalterische Markierung eines früheren Bachlaufes wirken.

#### Nutzung und Gestaltung der Außenanlagen nach den Olympischen Spielen

Nach dem Ende der Olympischen Spiele nahm die Wehrmacht das vormalige Olympische Dorf in eigene Nutzung. Nach einigen Umbaumaßnahmen in den Gebäuden wurde hier eine Infanterieschule und das 1. Bataillon des Infanterie-Lehrregiments untergebracht, um „einen befähigten und tüchtigen Führernachwuchs heranzubilden“<sup>11</sup>, wie es 1938 in einer Selbstdarstellung hieß. Die Wehrmacht pries das Objekt als „schönste Kaserne der Welt“.<sup>12</sup> Die Sportlerunterkünfte dienten nun den Teilnehmern der Lehrgänge beziehungsweise den Soldaten des Lehrregiments. Das Speisehaus der Nationen wurde zu einem Krankenhaus umgebaut und als Olympia-Lazarett im August 1937 wieder eröffnet. Diese Umnutzung war von vornherein intendiert gewesen und hatte sich in den Bauformen mit der Abtreppung der Stockwerke, der fast vollständig in Fenster aufgelösten Südfront und den umlaufenden Liegeterrassen niedergeschlagen. Es entsprach damit den Reformansätzen im Krankenhausbau im frühen 20. Jahrhundert.<sup>13</sup> Die Zone vor den Terrassen, auf denen die Kranken in ihren Betten die frische Luft und Sonne genießen können sollten, wurde nun von einer schlichten Rasenfläche in ein üppiges Blumenbeet umgewandelt (Abb. 6).

Die zwei unterschiedlichen Nutzungen auf dem Gesamtgelände führten dazu, dass eine interne Abgrenzung vorgenommen wurde.<sup>14</sup> Dem wenigen überlieferten Bildmaterial aus dieser Zeit ist zu entnehmen, dass diese Grenze zumindest im Bereich des Lazarett durch einen Jägerzaun gebildet wurde.<sup>15</sup> Daraus ergab sich für den militärischen Teil die Notwendigkeit eines neuen Weges quer über die obere Dorfaue, der parallel zur Front des Olympia-Lazarett an der Außenseite des Zaunes angelegt und mit einer unregelmäßigen Baumreihe bepflanzt wurde, die das zentrale Gebäude langfristig den Blicken aus der Dorfaue entziehen würde. Vermutlich aus



Abb. 6 Nach dem Umbau des Speisehauses der Nationen zum Olympia-Lazarett wurde vor der Terrasse ein üppiges Blumen- und Staudenbeet angelegt, 1937.

Gründen der praktischen Erreichbarkeit wurde südlich des Birkenringes ein Weg quer über die untere Dorfaue angelegt. Auch zum Südwestende des Sees entstand eine Wegeverbindung, im Bereich der zentralen Rasenflächen bildeten sich Trampelpfade.<sup>16</sup> Bei einem Luftangriff der Alliierten auf den benachbarten Rangierbahnhof Wustermark am 20. April 1945 kam es auch an einzelnen Häusern im Olympischen Dorf zu Beschädigungen.<sup>17</sup> Ab Mitte April 1945 wurde zahlreiche Verwundete aus dem umkämpften Berlin ins Olympia-Lazarett gebracht, wo bis Mitte Juli – fast zwei Monate nach dem Eintreffen der Roten Armee – noch ein Notbetrieb aufrechterhalten wurde. Die etwa 40 in dieser Zeit im Lazarett Verstorbenen konnten nicht mehr auf den Friedhof Döberitz gebracht werden, sondern wurden unter einer Rasenfläche vor dem Lazarett beerdigt.<sup>18</sup> Diese Grabstätten sind bislang nicht lokalisiert worden.

Nach Kriegsende diente das ehemalige Olympische Dorf zunächst als Flüchtlingsunterkunft. 1947 übernahm die Rote Armee das Gelände offiziell als Hausherrin, 1949 wurde Dallgow-Döberitz zum Stützpunkt der 35. Motorisierten-Schützen-Division und das ehemalige Olympische Dorf diente dann im Wesentlichen als Wohnort für höhere Offiziere mit ihren Familien.<sup>19</sup> Im vormaligen Lazarett wurde die Offiziersschule untergebracht, der Wohnhauskomplex im Südwesten Geländes wurde als Krankenstation, das Kommandanten-Haus als Kindergarten und das Hindenburghaus als Kulturhaus genutzt. Das bei Kriegsende stark beschädigte Empfangsgebäude diente zur Beschaffung von Baumaterialien und wurde spätestens bis Anfang der 1950er Jahre vollständig abgetragen. Viele Freiflächen wurden in der Nachkriegszeit gartenbaulich genutzt.<sup>20</sup>

Für den Zeitraum der 1950er bis 1970er Jahre ist kaum Bildmaterial auffindbar, mit dem Aussagen über den Zustand der Außenanlagen gemacht werden könnten. Lediglich zwei Luftbilder von 1949 und 1953 lassen erahnen, dass bei der Nutzung beziehungsweise dem Umgang mit der Fläche die ursprüngliche Gestaltungskonzeption nicht beachtet wurde. Schon 1949 ist eine Veränderung der Wegeführung im Bereich der unteren Dorfaue erkennbar, die wohl im Zusammenhang steht mit der Umzäunung eines Teilbereiches um die südlichsten sechs Unterkunftshäuser. 1953 ist ein



Abb. 7 Blick von der Sitzterrasse auf der Südseite des Brunnenplatzes im Park der Kultur und Erholung, um 1980.

gerader, breiter Wege durch diese Grünzone entstanden, der zu neu errichteten Gebäuden nördlich des Waldsees führt, die als Unterstellmöglichkeit und Werkstattbereich für Lastkraftwagen dienten. Anfang der 1960er Jahre begann man, den überwiegenden Teil der Sportlerunterkünfte abzureißen. Im südlichen Teil des Dorfes wurden diese Gebäude dann durch zwölf viergeschossige Wohnzeilen in Blockbauweise ersetzt.<sup>21</sup> Als Dorfmittelpunkt entstand hier ein mit Kiefern bestandener Platz, der von einem Konsum-Gebäude und dem Café „Erholung“ gerahmt wurde. Zwischen 1980 und 1983 erfolgte eine bauliche Erweiterung des Dorfes durch drei fünfgeschossige Plattenbauten in der Umgebung des Hindenburghauses. Den zwei Nord-Süd-ausgerichteten Zeilen wurden zur ehemaligen unteren Dorfaue hin schmale Privatgärten vorgelagert.

Ab 1968 zog der Sportclub der sowjetischen Streitkräfte in das frühere Olympia-Lazarett, wo Trainings- und Unterkunftsräume für Sportsoldaten aus der ganzen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eingerichtet wurden, die hier für die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1972 in München trainierten. Vor dem Haus wurden eine Fläche für Ballspiele asphaltiert und weitere Sportflächen angelegt. Wahrscheinlich stammt die heute noch vorhandene Spitzhorn-Reihe vor dem Gebäude aus dieser Zeit, auch die Gestaltung eines kleinen Platzes vor dem östlichen Eckbau<sup>22</sup> könnte hiermit in Verbindung stehen.

Nordöstlich des Wohnbereiches wurde ab Mitte der 1970er Jahre ein Bereich in der Umgebung des Sees zum Naherholungsraum ausgestaltet, der als Park der Kultur und Erholung bezeichnet wurde.<sup>23</sup> Zugleich bepflanzte man den östlichen Teil der oberen Dorfaue im Raster mit Apfelbäumen, die der Versorgung der Bewohner mit frischen Lebensmitteln dienten. Im Zusammenhang mit dem Bau des Cafés und der Anlage des Kulturparks wurde eine Treppe gebaut, die vom Café zum See herunter führt und entlang der Bastion verläuft. Sie war beidseitig mit Koniferen und Rosen bepflanzt. Der See wurde im vorderen, zur Dorfaue gerichteten Teil zugeschüttet und an dieser Stelle ein ebener Platz angelegt, der von einem kreuzenden Weg und einem mittig angeordneten runden Springbrunnen strukturiert war (Abb. 7). Seitlich dieses Platzes legte man eine kleine Sitz- oder Grillterrasse an. Der Weg um den

verbleibenden See herum wurde mit Lampen ausgeleuchtet und mit Bänken versehen. Der Kulturpark diente den Dorfbewohnern zum geselligen Beisammensein und zum erholsamen Spaziergang, für die Kinder und Jugendlichen war es ein großer Spielplatz, der im Winter sogar die Möglichkeiten zum Rodeln und Schlittschuhlaufen bot.<sup>24</sup> Ob die Neugestaltungen lediglich eine pragmatische Nutzbarmachung der vorgefundenen Gegebenheiten darstellten oder als bewusste Brechung der nationalsozialistischen Gestaltung zu verstehen sind, kann mangels zeitgenössischer Quellen kaum beurteilt werden.

#### **Denkmalwert der Außenanlagen und Vermittlungsideen für ein mehrschichtiges Gartendenkmal**

Nach dem wendebedingten Abzug der Sowjetarmee wurde das Gelände 1991 an das Bundesvermögensamt übergeben und verfiel seitdem durch Nicht-Nutzung und Vandalismus.<sup>25</sup> Obwohl schon 1993 als Flächendenkmal ausgewiesen, erfahren die Freiflächen erst seit dem Eigentümer-Wechsel 2004 zur DKB-Stiftung für gesellschaftliches Engagement eine mäßige Pflege durch Mahd der Wiesenflächen und Fällungen von geschädigten Bäumen im Gehölzbestand. Vereinzelt werden auch Gehölze neu gepflanzt. Die Pflege und Entwicklung geschieht allerdings ohne gartendenkmalpflegerisches Konzept. Dem Wert der Freiflächen als substanzieller Bestandteil des Denkmals wird sie derzeit nicht gerecht. So wurde noch vor wenigen Jahren in einem Bereich der unteren Dorfaue, der in seiner Reliefausprägung noch auf die Phase von 1936 zurückgeführt werden kann, eine Kugelstoßanlage eingebaut, um dort der Sportlerin Astrid Kumbernuss eine Abschiedsvorstellung im Kugelstoßen zu ermöglichen.<sup>26</sup>

Das ehemalige Olympische Dorf ist unter verschiedenen Aspekten ein wichtiges Geschichtszeugnis. Als ältestes erhalten gebliebenes Olympisches Dorf überhaupt ist es sportgeschichtlich bedeutsam, architekturgeschichtlich relevant sind die in unterschiedlicher Formausprägung, aber mit damals modernster Technik ausgestatteten Gebäude. Von allgemein geschichtlicher Bedeutung ist die Anlage als Ausdruck der Ideologie des nationalsozialistischen Regimes und der nachfolgenden sowjetischen Besatzung. Auch den Freiflächen, die mit etwa 90 Prozent des Areals einen wesentlichen Bestandteil der Gesamtanlage ausmachen, kommt hohe Denkmalqualität zu. Die Gesamtanlage ist in ihrem Ursprungszustand auch in Hinsicht auf die Freiraumgestaltung als künstlerisches Werk einzustufen, das von einem bedeutenden Gartenkünstler geschaffen wurde und eine hohe landschaftsarchitektonische Qualität hat. Das angestrebte Ziel, eine natürlich wirkende, anmutige Landschaft zu zeigen, hat der Landschaftsarchitekt mit seinen Bodenmodellierungen und dem Pflanzeneinsatz erreichen können. Die Freiflächen haben den Bewohnern des Dorfes ein Eingebettetsein in eine typische deutsche Landschaft vermittelt und mit ihren Aufenthaltsqualitäten zum Wohlbefinden in dem damals sogenannten „Dorf des Friedens“<sup>27</sup> beigetragen. Sowohl in der Gesamtkonzeption wie im Kleinräumigen haben die Gestalter eine verständliche Raumbildung geschaffen und harmonische Lösungen gefunden, die trotzdem eine gewisse Vielfalt und damit Abwechslung boten. Die Freiflächengestaltung hat natürlich auch eine gartenhistorische Bedeutung als

Beispiel für die Gestaltungsweise zur Zeit des Nationalsozialismus, gerade weil in diesem Zeitraum wenige Grünflächen völlig neu angelegt wurden. Sie verkörpert eine Umsetzung der Blut- und Boden-Ideologie in der Freiraumgestaltung und bildet einen interessanten Gegensatz zu den als typisch empfundenen monumental-architektonischen Gestaltungsansätzen nationalsozialistischer Planung. Aus der Phase der Wehrmachtsnutzung sind keine Relikte bewusster Veränderungen im Außenraum erhalten. Die Freiflächengestaltung der Zeit der Sowjetarmee ist im künstlerischen Wert sicher nachrangig, auch wenn in einigen Bereichen eine gewollte Gestaltung zu erkennen ist. Sie hat aber in ihrer Gesamtheit als Kaserne beziehungsweise Wohnanlage der Sowjetarmee im ehemaligen Olympischen Dorf eine hohe historische Bedeutung, ist doch die mehr als 40-jährige Nutzung in dieser Weise die unmittelbare Folge des diktatorischen nationalsozialistischen Systems, das dieses „Dorf des Friedens“ als propagandistische Täuschung aufgebaut hatte.

Die Gestaltung von Wiepking-Jürgensmann ist heute nur noch in ihren Grundstrukturen und einzelnen Elementen erhalten. Gerade die grundlegende orographische Modellierung ist großteils verschüttet, denn das Schutt- und Bodenmaterial, das beim Abriss der Gebäude des Olympischen Dorfes anfiel, wurde ebenso wie der Bodenaushub für die Neubauten auf die Freiflächen in der Nähe der jeweiligen Gebäude aufgebracht. Die ursprünglich hergestellte Ausmuldung der oberen Dorfaue wurde durch eine Terrassierung völlig überdeckt. Im Zusammenhang mit den Bepflanzungen in diesem Bereich wurde der Bezug vom Speisehaus der Nationen zu den Dorfauen vollständig beseitigt. Zusätzlich wurde durch die Neubauten die räumliche Ausrichtung des Olympischen Dorfes überprägt. Das von der südlichen Bundesstraße erschlossene Gebiet hatte sein Zentrum nun südlich der oberen Dorfaue, wo mit einem Café und einem Konsum-Gebäude der neue Dorfplatz gerahmt wurde. Der zusammenhängende zentrale Grünraum, der von der Bastion aus überschaubar gewesen war, wurde nun zum rückseitigen, über die neue Treppe erschlossenen Park.

Die Veränderungen in der Zeit der Sowjetarmee können als Störungen des Gartenkunstwerks verstanden werden, sie können aber auch als eine eigene historische Bedeutungsebene interpretiert werden, die aus einem eventuell absichtsvoll negierenden Umgang mit den vorgefundenen Gestaltqualitäten resultiert.

Beim Umgang mit dem derzeitigen Bestand scheidet nach meinem Verständnis wegen der großen historischen Bedeutung der langjährigen militärischen Nutzung an diesem Ort, die einen wichtigen Teil des Denkmals als Anregung zum Nachdenken ausmacht, eine Restaurierung der Außenanlagen auf einen historischen Zustand von 1936 aus. Die Anforderung ist, eine für die heutigen Besucher verständliche Darstellung zu entwickeln, um die strukturellen Veränderungen in Architektur, Topographie und Vegetation nachvollziehbar zu machen und beiden historischen Schichten, die das Gelände geprägt haben, gerecht zu werden. In einem Studienprojekt im Master-Studiengang Landschaftsarchitektur, das im Fachgebiet Denkmalpflege der Technischen Universität Berlin durchgeführt wurde, haben die Studierenden verschiedene Vorschläge entwickelt, in der musealen Vermittlung mit dieser Schwierigkeit umzugehen.<sup>28</sup>

Ein möglicher kuratorischer Ansatz wäre es, die

Mehrschichtigkeit durch Themenrundgänge verständlich zu machen. So könnten Flyer für eine individuelle Erkundung des ehemaligen Olympischen Dorfes erstellt werden, die Besucher zu bestimmten Themen und zu bestimmten Zeitschichten der Anlage informieren, beispielsweise ein Rundgang, der das Gelände aus der Sicht eines Kindes sowjetischer Offiziere beschreibt, das dort gewohnt hat. Eine andere Möglichkeit wäre, die Mehrschichtigkeit durch Zeichensetzung zu erläutern. So könnten die Wege im Gelände benannt und gekennzeichnet werden, indem man zum einen auf die 1936 verwendeten Bezeichnungen zurückgreift und zum anderen für die in der Sowjet-Zeit angelegten Wege neue russische Bezeichnungen wählt, sodass dem Besucher mit einer beigegebenen Karte ermöglicht wird, die Durchdringung der beiden Gestaltungsphasen zu erkennen. Auch Schautafeln, auf denen ein historisches Foto denselben Bildausschnitt im Zustand von 1936 zeigt, den der Betrachter sieht, wenn er über die Tafel hinweg schaut, könnten die Veränderungen im Gelände verständlich machen beziehungsweise

die Reste der ursprünglichen Gestaltung lesbar machen. Ein anderes, ein wenig stärker in die Substanz eingreifendes Konzept wäre es, die historischen Strukturen durch bauliche Ergänzungen wieder nachvollziehbar machen. Beispielsweise könnten die Grundrisse der ehemaligen Sportlerunterkünfte südlich der oberen Dorfaue durch leicht erhöhte Grasbeete markiert und so die früheren Raumstrukturen erkennbar gemacht werden. In Bereichen, in denen im vorwaldartigen Gehölzbestand die verbliebenen Fundamente der Unterkunftshäuser kaum noch erkennbar sind, wäre eine Nachzeichnung der Eingangstüren mit schlichten Metallrahmen denkbar, die den Rhythmus der Gebäudestellung entlang der Wege verdeutlichen.

Das Interesse der Besucher auch an den teils ruinösen Zeugnissen aus der Geschichte des Olympischen Dorfes ist vorhanden. Künftig könnte aber noch stärker darauf hingewiesen werden, dass die Freiraumstrukturen und Grünflächen ein integraler und gartenhistorisch bedeutsamer Bestandteil dieses Ensembles sind.

## Literatur

Das Olympische Dorf. Unterkunft der Infanterieschule und des I. Bataillons des Infanterie-Lehrregiments. 2. Aufl., Berlin 1938 (veränderte Auflage von: Das Olympische Dorf. XI. Olympiade. Berlin 1936).  
DKB Stiftung für gesellschaftliches Engagement (Hg.): Vergessener Ort. Olympisches Dorf 1936. Ein historischer Exkurs von seiner Entstehung bis heute. Berlin 2009.  
Conrath, Martin: Zur Geschichte der Döberitzer Heide. Supplemente 1, Umriss einer Rezeptionsgeschichte des Truppenübungsplatzes Döberitz. Berlin 2011; online veröffentlicht unter [http://www.mc-mk.de/GdDH/PDF/Stix\\_Supplemente1.pdf](http://www.mc-mk.de/GdDH/PDF/Stix_Supplemente1.pdf).  
Dost, Susanne: Das Olympische Dorf 1936 im Wandel der Zeit. Berlin 2004.  
Kellner, Ursula: Heinrich Friedrich Wiepking-Jürgensmann (1891–1973). Leben, Lehre und Werk. Dissertation an der Universität Hannover 1998.  
Kühl, Margrit: Moderne Gärten – steinernes Programm: die Architektur des Olympischen Dorfes. In: DKB Stiftung für gesellschaftliches Engagement (Hg.) 2009, S. 69–118.  
Michels, Klaus; Rathjen, Hans-Heinrich: Das Olympische Dorf von 1936. 75 Jahre Geschichte eines Sportlerdorfes der Sommerspiele der XI. Olympiade Berlin in Elstal. Unveröffentl. Typoscript, Elstal 2011.  
Saalbach, Hans: Das Olympische Dorf, erbaut von der Wehrmacht des Deutschen Reiches zur Feier der XI. Olympischen Spiele Berlin 1936 (Umschlagtitel: Dorf des Friedens). Leipzig 1936.  
Schäche, Wolfgang: Zur Baugeschichte des Olympischen Dorfes und dem Zusammenhang von Architektur und Landschaftsplanung. In: DKB Stiftung für gesellschaftliches Engagement (Hg.) 2009, S. 119–138.  
Schmieden, Heinrich: Krankenhausbau in Neuer Zeit. Brücke. Kirchhain 1930.  
Schwan, Christian: Das Olympische Dorf von 1936 im Spiegel der Geschichte. In: DKB Stiftung für gesellschaftliches Engagement (Hg.) 2009, S. 7–54.  
Stix, Erika: Die Geschichte der Döberitzer Heide. 9 Hefte. Selbstverlag Berlin 1999–2011.  
Wiepking-Jürgensmann, Heinrich Friedrich: Über die Landschaft des Olympischen Dorfes. In: Die Gartenkunst 49.1936, H. 8, S. 142–146.

## Anmerkungen

- 1 Grundlegend zur Geschichte und Entwicklung des Olympischen Dorfes: Dost 2004; DKB-Stiftung 2009.
- 2 [http://www.dkb-stiftung.de/web/Oeffnungszeiten\\_und\\_Fuehrungen\\_im\\_Olympischen\\_Dorf\\_von\\_1936.52.htm](http://www.dkb-stiftung.de/web/Oeffnungszeiten_und_Fuehrungen_im_Olympischen_Dorf_von_1936.52.htm), Aufruf am 21.6.2012.
- 3 Zur Militärgeschichte des Gebietes Dallgow-Döberitz s. Stix 1999–2011; Conrath 2011; online veröffentlicht unter <http://www.mc-mk.de/GdDH/>

- PDF/Stix\_Supplemente1.pdf, Aufruf am 21.6.2012.
- 4 Schwan 2009, S. 14.
  - 5 Abbildung in Dost 2004, S. 12.
  - 6 Dost 2004, S. 24.
  - 7 Zu Leben und Werk von Wiepking-Jürgensmann s. Kellner 1998.
  - 8 Wiepking-Jürgensmann 1936, S. 144.
  - 9 Wiepking-Jürgensmann 1936, S. 144.
  - 10 Wiepking-Jürgensmann 1936, S. 145.
  - 11 Das Olympische Dorf 1938, Vorwort.
  - 12 Das Olympische Dorf 1938, Vorwort.
  - 13 Schmieden 1930.
  - 14 Michels, Rathjen 2011, S. 62.
  - 15 Kühl 2009, S. 90.
  - 16 Diese Veränderungen in den Außenanlagen sind einem Luftbild des Geländes vom April 1945 zu entnehmen; abgebildet in Schwan 2009, S. 38.
  - 17 Schäche 2009, S. 134.
  - 18 Dost 2004, S. 53, mit Verweis auf einen Brief des Arztes Dr. Karl Schäfer, Gemeindearchiv Wustermark.
  - 19 Schwan 2009, S. 46.
  - 20 Michels, Rathjen 2011, S. 70.
  - 21 Schäche 2009, S. 135.
  - 22 DKB-Stiftung 2009, Titelblatt.
  - 23 Michels, Rathjen 2011, S. 74.
  - 24 Aussagen von Zeitzeugen; ermittelt im Rahmen eines Studienprojektes an der TU Berlin, vgl. Fußnote 28.
  - 25 Schäche 2009, S. 135–137.
  - 26 Vgl. Abbildung in Schäche 2009, S. 119.
  - 27 Saalbach 1936, Umschlagtitel.
  - 28 An dem Studienprojekt unter Leitung von Börries von Detten und Sylvia Butenschön im Wintersemester 2011/12 nahmen teil: Boris Boeckhoff, Gesine Brandl, Nataliya Borys, Julia Gäckle, Rahiel Ghorashi, Sarah Götze, Yvonne Griephan, Katrine Harving Holm, Michael Keil, Niklas Mayr, Anne Miersch und Jascha Ohlrich. Ihnen allen sei für großes Engagement und gute Ideen herzlich gedankt!

## Abbildungsnachweis

Abb. 1, 2: Sylvia Butenschön; Abb. 3: Wiepking-Jürgensmann 1936, S. 145; Abb. 4: Wiepking-Jürgensmann 1936, S. 736; Abb. 5, 6: Postkarte, Privatsammlung Sylvia Butenschön; Abb. 7: Marina Zuljaeva.

## Umgang mit historischen Krankenhausanlagen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts in Berlin – Nutzungskontinuität oder Umnutzung, welche Strategie bietet bessere gartendenkmalpflegerische Perspektiven?

KLAUS LINGENAUER

Für zahlreiche Hospitäler und Krankenanstalten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts (1870–1920) sind in den letzten 20 Jahren in Berlin Erhaltungs- und Umnutzungsstrategien erarbeitet und umgesetzt worden. Dabei wurde vom LDA immer auch besonderer Wert auf die Dokumentation, Erhaltung und Instandsetzung der Krankenhausgärten gelegt. So entstanden zum Beispiel Dokumentationen und Leitkonzepte für verschiedene Anlagen der Stadtbauräte Blankenstein und Ludwig Hoffmann. Zahlreiche Standorte wurden bereits denkmalgerecht auch im Freiraum instandgesetzt und restauriert. Das Spannungsfeld der Nutzung und Umnutzung geht dabei von Wissenschafts-, über neue Klinikstandorte bis hin zu Wohn- und Gewerbenutzungen. In den letzten Jahren gibt es verschiedene erfolgreiche Projekte, insbesondere zur Übernahme und denkmalgerechten Entwicklung kompletter Areale

zu Wohnstandorten durch private Träger, in enger Abstimmung mit der Denkmalpflege.

Ein diesbezüglich bau- wie gartendenkmalpflegerisch vorbildliches Beispiel von Ludwig Hoffmann in Buch wurde 2011 mit der Ferdinand-von-Quast-Medaille ausgezeichnet. Im Vortrag werden verschiedene Beispiele vorgestellt und unter anderem die Frage erörtert, welche Strategie im Sinne des Gartendenkmals erfolgreicher ist: denkmalgerechte Erhaltung und Instandsetzung eher durch Nutzungskontinuität oder durch Umnutzung? In der Praxis stellt sich die Frage der Auswahl unterschiedlicher Entwicklungsperspektiven allerdings kaum; vielmehr ist der Denkmalpflege zur prinzipiellen Denkmalsicherung zunächst (fast) jede Perspektive recht, wenn als Alternative Leerstand, Verwahrlosung und Verlust droht.<sup>1</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Kurztext aus der Broschüre Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt, Mai 2012.

## Verdichtete Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre

SIMONE MEYDER

In der Ausgabe Oktober/November 2011 der Stadtteil- und Vereinszeitung „Treffpunkt“ von Stuttgart-Neugereut schrieb das so genannte „Beobachterle“. Ich zitiere ihn im Originalton:

„Des henner beschtimmt au scho mitkriegt: Des Terrassenhaus ‚Schnitz‘ em Ibisweg 17 + 19 isch a Kulturdenkmal. Eigentlich ko mr des kaum glauba: Onser Neugereut feiert grad sein vierzigscha Geburtstag, ond trotzdem hen mr scho a Kulturdenkmal mittla onder ons. Ehrlich! Des Regierungspräsidium Stuttgart hot des Terrassenhaus ‚Schnitz‘ im Ibisweg 17 + 19 in sei ‚Liste für Kulturdenkmale in Baden-Württemberg‘ uffgnomma. I hon mi gfrogt wieso, weshalb, warum? Wer net frogt bleibt domm.“<sup>1</sup>

### Warum ist das Terrassenhaus „Schnitz“ ein Kulturdenkmal?

Das Terrassenhaus der Eigentümergemeinschaft „Schnitz“ wurde 1973–1974 nach Entwürfen des Büros Faller und Schröder errichtet (Abb. 1). Ein überdimensionales „Nur-Dach-Haus“ in Form eines liegenden, dreiseitigen Prismas, vom Boden bis zum First mit Eternitschindeln verkleidet. In die Dachhaut sind auf der Nordwestseite terrassenartige Freiflächen eingeschnitten. Das konstruktive Gerüst bilden acht Wandschotten. Auf sechs möglichen Wohnebenen sind insgesamt 21 Wohneinheiten unterschiedlicher Größe untergebracht. In der unteren und oberen Wohnebene liegen Maisonetten, in der mittleren eingeschossige, durchgesteckte Wohnungen. Den Individualbereich ergänzen in der untersten Ebene ein außergewöhnlich umfangreiches Programm an Gemeinschaftsräumen und -flächen sowie 24 Stellplätze in der Tiefgarage. Die Wohnanlage wird von Südosten über zwei Treppenhäuser erschlossen, die Innen- und Außengänge (Laubengänge) bedienen.

Die partizipatorische Planungsidee macht es zu einem Vorzeigeprojekt für ein neues, selbstbestimmtes Wohnen. An der Planung des „Schnitz“ wurden von Beginn an die künftigen Eigentümer beteiligt, um Wohnziele zu definieren und Spielräume für eine selbstbestimmte Gestaltung der Grundrisse sicherzustellen. Die Eigentümergemeinschaft, der unter anderen die Architekten selbst angehörten, wollte neben einem sehr detaillierten Verfahren zur Ermittlung von Sonderwünschen auch umfangreiche Eigenleistungen berücksichtigt wissen. Individuell eingebaut werden konnten nicht tragende Wände sowie alle Installationen. Selbst die Fenster konnten die Bewohner in Anzahl und Ausformung aus einem vorgegebenen ‚Fensterbaukasten‘ auswählen. Jedem Eigentümer gehört ein „Schnitz“ – süddeutsch für ein aus der Frucht herausgeschnittenes Stück – aus der Wohnanlage.

Das Ziel, maximale Besonnung, Grünraum und Flexibilität für jede Wohnung wurde hier beispielhaft umgesetzt. Mit einem bis heute unübertroffenen Angebot an privaten Freiräumen und den klar umrissenen Planungsspielräumen ist die Idee des Gemeinschaftswohnhauses sozialbewusst und innovativ zugleich.

Diese Informationen erhielt auch das „Beobachterle“ aus der Neugereuter Stadtteilzeitung „Treffpunkt“ durch das im ‚Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege Baden-Württemberg‘ veröffentlichte Denkmalporträt übermittelt.

### Pilotprojekt der Inventarisierung

Die Feststellung der Kulturdenkmaleigenschaft des Terrassenhauses Schnitz ist das Ergebnis eines Inventarisationsprojektes, das 2009 bis 2011 im Regierungsbezirk Stuttgart durchgeführt wurde. Neu war die Vorgehensweise. 2009 schrieb das Referat Denkmalpflege den Projektauftrag aus. Die Hochschule für Technik Stuttgart als Auftragnehmer erstellte durch Literaturrecherche eine bauhistorische Gesamtschau über den verdichteten Wohnungsbau dieser Zeit in der Region. Die städtebaulichen, architektonischen sowie bautechnischen Besonderheiten wurden dokumentiert. Von insgesamt circa 60 Siedlungen und Wohnanlagen benannte die Inventarisierung nach Ortsbesichtigungen und Auswertung der Ergebnisse sieben Kulturdenkmale.

Das Pilotprojekt eröffnete die Chance, diese Phase des deutschen Wohnungs- und Siedlungsbaus und deren Bautypen innerhalb eines begrenzten Zeitraums bauhistorisch zu erschließen. Mit den externen Partnern wurden die wissenschaftlichen Grundlagen erarbeitet. Diese Kooperation stellte ein Korrektiv für die Bewertung der kontrovers diskutierten Bauaufgabe dar. Wir konnten auf dieser Basis zügig die Denkmalkriterien benennen, die Kulturdenkmale herausfiltern und ihren Denkmalwert begründen.

Ausführlich können Sie sich über das Projekt im Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege Heft 2, 2011 oder in der Publikation „Größer, höher, dichter. Wohnen in Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre in der Region Stuttgart“<sup>2</sup> informieren.

### Fünf Denkmalporträts

In ihrem Erscheinungsbild ebenso spektakulär wie der „Schnitz“ sind die zwei 1971–1974 nach Entwürfen von Paul Stohrer errichteten Terrassenhochhäuser der Siedlung Schlosspark in Hemmingen (Abb. 2). Auch im Hochhausbau wurde experimentiert. In der Seitenansicht beschreiben die zwölfgeschossigen Terrassenhochhäuser geschwungene Linien, sie scheinen wegzukippen. Auffällig sind



Abb. 1 Stuttgart-Neugereut, Terrassenhaus „Schnitz“, Ansicht von Südwesten, 2011.



Abb. 2 Hemmingen, Terrassenhochhaus mit vertikal strukturierten, nach außen geneigten Betonbrüstungen vor dunkler Eternitfassade, 2011.

die geschossweise zurückspringenden, gefalteten Terrassen an der Südwestseite, deren Tiefe nach oben hin geringer wird. Ihre großen Pflanztröge gewähren Sichtschutz auf die darunterliegenden Terrassen. Parallel verschoben kragen die Geschosse auch an der gegenüberliegenden nordöstlichen Seite beiderseits des vertikal durchlaufenden Treppenkerns aus. Verstärkt wird die Wirkung durch den Kontrast der dunklen Eternitplatten an den Fassaden und den hellgrauen, vertikal strukturierten und schräg nach außen geneigten Betonbrüstungen der Terrassen. Im Grundriss als Dreispänner organisiert, flankieren Dreieinhalb- und Viereinhalbzimmerwohnungen die Zweizimmerwohnungen der mittleren Vertikalen. Die Wohnräume öffnen sich fächerförmig nach Südwesten, die Schlafräume sind möglichst nach Nordosten orientiert. In ihrer Höhe sowie der eigenwilligen und futuristischen Formensprache stehen sie in starkem Kontrast zum dörflich geprägten Ortskern der Gemeinde Hemmingen.

In einen steilen Südhang eingebunden, entstanden 1971–1972 die Reihen- und Terrassenhäuser der Siedlung „Im Schneider“ in Waiblingen-Neustadt nach Entwürfen des Stuttgarter Architekturbüros Kammerer und Belz. Es gehört sicherlich zu den bekanntesten Architekturbüros dieser Zeit im Stuttgarter Raum.

Als erster Teil entstanden 1971 neun dreigeschossige Reihenhäuser für Mitarbeiter des Büros (Abb. 3). Gestaltgebend für die Flachdachbauten sind die für das Büro typische graue Eternitverkleidung, dunkle Holzpartien an den Fenstern, Wandflächen und



Abb. 3 Waiblingen-Neustadt, Reihenhäuser der Siedlung „Im Schneider“ mit grauer Eternitverkleidung, weiße Kalksandsteinscheiben trennen die Grundstücke, 2010.

Terrassenbrüstungen sowie Farbakzente an Türen. Im Inneren wird die Konstruktion sichtbar: Zwischen weiße, gemauerte Scheiben aus Kalksandstein sind Holzleimbinder mit Holzdecken und -dächern eingespannt. Die drei halbgeschossig versetzten Wohnebenen (split-level) passen sich an die starke Neigung des Geländes an. Vom zentralen, offenen Treppenhaus kann man durch sämtliche Geschosse blicken. Jede Wohnebene verfügt über Gartenhof, Terrasse oder Balkon. Trotz der Verdichtung sind die einzelnen Häuser klar voneinander getrennt, die Wohnräume jedoch sind durch den offenen Grundriss eng verzahnt. 1972 errichtete das Büro dann die östlich anschließenden in Höhe und Tiefe gestaffelten Terrassenhäuser (Abb. 4). 34 Wohnungen sind je vier bis sieben in Reihe angeordnet. Aus der Ferne betrachtet wirken sie wie eine Großskulptur. Ein durchdachtes Erschließungssystem verbindet gekonnt Treppen und Podeste und ermöglicht eine gesonderte Zugangs- und Eingangssituation für jede Wohnung. Zu jeder Wohnung gehören eine großzügige teilweise überdachte Terrasse, ein kleiner Gemüsegarten und eine Wirtschaftsterrasse. Alle Wohn- und Schlafräume öffnen sich durch große Fensterflächen zur kaum einsehbaren Terrasse. Der hohe architektonische Anspruch setzt sich in der durchdachten Verwendung von Farben und Materialien fort: Zeittypisch findet der dunkle Eternit im Kontrast mit weißen Holzfensterrahmen und -vordächern, dem schalungsrauen Beton der Treppenanlage und dem Grün der Koniferen Verwendung. Selbst Lampen, Geländer und Wasserspeier sind Teil des Gesamtkonzeptes. Vorbildlich gelungen ist hier auch das Entwurfsziel, die Fuß- und Wohnwege von den Straßen zu trennen. „Was, ihr seid Denkmal? Das ist ja toll!“<sup>43</sup> Dies war die Reaktion von Bekannten einer Wohnungseigentümerin in den Terrassenhäusern, als sie erfahren haben, dass die Reihen- und Terrassenhäuser nun Kulturdenkmal sind. Das Interview mit der Denkmaleigentümerin ist ebenfalls in der Publikation „Größer, höher, dichter“ veröffentlicht.

In der Siedlung Hochholz in Stuttgart-Heumaden wurden 1969–1971 nach Plänen des Büro Kilpper und Partner fünf parallel angeordnete, leicht aus der Nord-Süd-Achse gedrehte terrassierte Geschosswohnungsbauten errichtet (Abb. 5). Sie sind flach gedeckt,



Abb. 4 Waiblingen-Neustadt, in Höhe und Tiefe gestaffelte Terrassenhäuser der Siedlung „Im Schneider“, 2010.

unterschiedlich lang und von drei über sechs zu neun Geschossen nach Süden geringer und nach Norden stärker terrassiert. Im westlichen Gebäude ist zur Nahversorgung im Erdgeschoss eine Ladenzone eingerichtet. In 30 Varianten sind insgesamt 280 Ein- bis Fünzimmerwohnungen meist in Ost-West-Richtung durch orientiert. Entwurfsbestimmend und für die Architektur in hohem Maß prägend ist der enge Freiraumbezug der Wohnungen (Terrassen, Balkone und Loggien), der ein Wohnen „unter den

Bäumen, in den Bäumen oder über den Bäumen“<sup>4</sup> ermöglichen sollte. Die gemeinschaftlichen Freiräume kennzeichnet ein hoher gestalterischer Anspruch. Sie reichen von Rasenflächen, Strauch- und Baumpflanzungen, Mauern, Zäunen und Leuchten über einen zentralen Treffpunkt mit Brunnenanlage zu Spiel-, Sitz- und Wäschetrockenplätzen. Gestalterisch prägend sind an diesen innovativen Terrassenbauten die horizontal umlaufenden, schräg gestellten und steinmetzmäßig bearbeiteten Balkonbrüstungen. Die Vertikale wird durch die vorgezogenen überhöhten Treppentürme mit Pultdächern akzentuiert und rhythmisiert. Die Vorteile des Wohnens im Eigenheim wurden hier auf den Geschosswohnungsbau übertragen, trotz der Verdichtung wurde Maßstäblichkeit gewahrt und hoher Wohnwert sowie individuelle differenzierte Freiraumbezüge geschaffen. In der Einzelform wurde eine typologisch innovative Form des Terrassenbaus gewählt.

Als komplette Siedlung wurde das Wohnquartier Aspen Kulturdenkmal. Es entstand 1963 bis 1966 nach Plänen Kammerer & Belz als Eigentumswohnanlage für Landesbeamte (Abb. 6). Für die Anlage und die architektonische Gestaltung der Bebauung bestimmend ist die Aussichtslage in einer Waldlichtung am Südrand des Stuttgarter Stadtteils Botnang. Ein Punkthochhaus, fünf dreigeschossige Wohnbauten sowie ein- und zweigeschossige Reihenhäuser sind gegeneinander versetzt und in der Höhe gestaffelt in eine „große Gartenlandschaft“<sup>5</sup> des Landschaftsarchitekten Hans Luz eingebunden. Details wie



Abb. 5 Stuttgart-Heumaden, Siedlung Hochholz, zentraler Platz mit Brunnen zwischen den terrassierten Geschosswohnungsbauten, 2010.





Abb. 6 Stuttgart-Botnang, Luftbild der Siedlung Aspen, 2011.

Gartenmauern und -tore, Lampen oder Beschriftungen sind mitgestaltet. Die in Mauerwerksbauweise unter Verwendung von Fertigbauteilen erstellten Bauten sind sämtlich mit Flachdächern versehen. Ein wesentliches Ziel des Entwurfskonzeptes war es, trotz der Dichte ein hohes Maß an Privatsphäre für die Haus- und Wohneinheiten zu erlangen.

Als letztes möchte ich Ihnen eine sehr kleine Form des verdichteten Wohnungsbaus mit den Wohnhäusern der Architekten Kammerer und Belz in Kernen-Stetten vorstellen (Abb. 7). Ursprünglich war das nach Süden geneigte 1.800 Quadratmeter große Grundstück nur für ein repräsentatives Einfamilienhaus vorgesehen. Hans Kammerer, Walter Belz und Günther H. Weig errichteten darauf 1961–1963 ihre eigenen Wohnhäuser in der Form von vier gereihten Flachdachhäusern mit Atrium. Sie sind in Grund- und Aufriss gestaffelt angeordnet und geschickt an die Hanglage angepasst. Jede Einheit verfügt auf der Nordseite über eine Garage unter der östlichen Gebäudehälfte. Von dort erfolgt der Zugang. Die strenge architektonische Grundform der eingeschossigen Flachdachbauten ist durch eine bis ins Detail durchdachte Materialgestaltung geprägt: zum Beispiel weißes Kalksteinmauerwerk, dunkel gestrichenes Holz, betonsichtige Kamine sowie Stützmauern und Pflanztröge aus Einkornbeton. Auch hier sind Wandschotten aus Kalkstein mit Holzflachdächern die konstruktive Basis. Der offene Grundriss der Wohneinheiten ist jeweils in drei Bereiche gegliedert. Durch eine gezielte Belichtung mit großflächigen Fenstern zur Terrassenseite im Süden und den Innenhöfen sowie im etwas dunkleren Eingangsbereich mit einem zusätzlichen Oberlicht ist in der Verdichtung dennoch ein hohes Maß an Wohnqualität möglich. Diese Qualität demonstrieren sowohl die Split-level-Grundrisse der beiden mittleren Häuser, wie auch die in den südlichen Bereichen zweigeschossigen Endhäusern. Im Inneren sind Gestaltungsdetails wie die Skulptur des in weißem Kalkstein gemauerten Kamins hervorzuheben. Die Architekten zeigen vorbildhaft die Umsetzung der Idee des verdichteten Wohnungsbaus auf dem Grundstück eines Einfamilienhauses.



Abb. 7 Kernen-Stetten, Architektenwohnhäuser Kammerer und Belz. Materialität: weißes Kalksandsteinmauerwerk, betonsichtiger Kamin, dunkles Holz, Pflanztrog aus Einkornbeton, 2011.

### Fazit

Die Erhaltung dieser experimentellen Wohnanlagen, vielfältigen Terrassenhäuser und zusammenhängend geplanten Wohnquartiere steht aus wissenschaftlichen und künstlerischen Gründen im öffentlichen Interesse. „Urbanität durch Dichte“, zeigte sich an diesen Wohnanlagen mit Kulturdenkmaleigenschaft nicht als städtebauliche Fehlentwicklung, sondern vielmehr als qualitätsvolle Gestaltung mit durchdachter Funktionalität und hoher Individualität. Schlagworte wie Verdichtung, Stapelung und Maßstabsvergrößerung, die mit dem verdichteten Wohnungsbau der 1960er und 1970er Jahre assoziiert werden, sind bei den vorgestellten Kulturdenkmälern als Qualitätsmerkmale zu bewerten.

Für große Stadterweiterungen mit eigener Infrastruktur kam eine Prüfung als Gesamtanlage gemäß Paragraph 19 infrage. Keine der untersuchten verdichteten Siedlungen erfüllt jedoch die Anforderungen, die nach dem Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg an Gesamtanlagen gestellt werden.

### Zu den Denkmalkriterien in Stichworten

#### Wissenschaftliche Gründe

- Überzeugende Siedlungsstruktur bzw. -konzept
- Modellhafte oder gelungene Umsetzung einer Planungs-idee
- Neuartige Gebäudetypologie
- Bedeutung für das Werk des Architekten oder Planers
- Gegenstand wissenschaftlicher Forschung
- Entwurfsraffinessen im Grundriss
- Vielfältiges Wohnungsangebot bzw. -gemenge
- Einbindung von Grün- und Freiräumen in die Planung
- Beteiligung der Bewohner am Planungsprozess.

#### Künstlerische Gründe

- Gesteigerte ästhetische und gestalterische Qualität
- Ausgewogene Proportionen
- Gliederung der Baumassen, spannungsreiches Verhältnis von Öffnungen zu Wandflächen
- Ausgewählte Farbigkeit und ausgesuchte Materialien
- Form und Funktion entsprechen sich auf besondere Weise

– Skulpturale Auffassung von Architektur.

*Heimatgeschichtliche Gründe* sind bei den untersuchten Siedlungsbauten unwesentlich.

*Öffentliches Interesse*

– Überdurchschnittlich gute Überlieferung von Siedlungsstruktur und Architektur

– Einmaligkeit eines Konzeptes, Seltenheitswert.

### Ausblick zur Denkmalerhaltung

Zum Abschluss ein Blick in die Zukunft: Wie können die Denkmalwerte fortbestehen? Wo liegen die Möglichkeiten und Herausforderungen ihrer Erhaltung?

Natürlich ist zunächst festzulegen, welche der genannten Denkmalwerte bestimmend sind und worin sie genau liegen. Steht beispielsweise die überzeugende Siedlungskonzeption im Vordergrund? Sind vor allem die architektonischen Qualitäten der Einzelbauten denkmalkonstituierend? Ist das Verhältnis von Frei- und Grünflächen zu bebauter Struktur wesentlich? Ist ein partizipatorisches Planungsprinzip ein entscheidendes Merkmal? Nur so kann ein differenziertes denkmalpflegerisches Konzept nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entwickelt werden.

Eine nicht zu unterschätzende Herausforderung ist die oft große Zahl an Wohnungseigentümern. Wie kann es gelingen, dass die Siedlung oder Wohnanlage nach einheitlichen Gesichtspunkten instand gesetzt wird? Hinzu tritt das Thema industriell gefertigter Baustoffe wie Beton und Kalksandstein, Fenster aus Aluminium und Fassadenverkleidungen aus Eternit. Manche Materialien sind bauzeitlich schon von schlechter Qualität, heute

nicht mehr verfügbar oder sind gar gesundheitsschädlich. Nicht zu vergessen: Die Forderung nach energetischer Verbesserung.

Daraus ergeben sich folgende Fragen: Ist ein möglicher Substanzverlust gleichbedeutend mit Denkmalverlust? Oder: Müssen wir mit diesen Denkmälern anders umgehen, als mit den uns eher vertrauten Denkmälern aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg?

Ich denke nein. Wir haben jetzt die Chance, rund 50 Jahre nach der Errichtung die Zukunft der Kulturdenkmale mitzugestalten. Dieser Verantwortung müssen wir uns mutig stellen. Möglicherweise haben wir noch zu großen Respekt, weil der Zeitabstand so gering ist. Meist weisen diese Denkmale nur eine Zeitschicht oder wenige Zeitschichten auf. Scheinbar ist damit kaum „Verfügungsmasse“ vorhanden. Auch die Restaurierungstechniken werden sich weiter entwickeln und wir werden in der Zukunft manches besser können als heute.

Für die Siedlung Aspen und das Terrassenhaus „Schnitz“ sind wir dabei, den Ist-Zustand zu dokumentieren und daraus Leitlinien zu entwickeln. In Aspen sollen Fallgruppen von Maßnahmen definiert werden, um ein gleichartiges Handeln bei einem Bautyp der Siedlung sicherzustellen. Beim „Schnitz“ ist angedacht, dass das partizipatorische Planungsprinzip zum Beispiel bei der Auswahl der Fenster aus dem Fensterkatalog beibehalten wird. Es sollen Leitlinien für zukünftige Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen vorgegeben werden. Damit kann eine gezielte Konzeptfindung im Rahmen geplanter Maßnahmen erfolgen.

Nutzen wir die einmalige Chance, diese hochwertigen, vielleicht noch sperrigen Geschichtszeugnisse zu überliefern. Sie sind eben nur größer, höher und dichter.

### Anmerkungen

- 1 Auf hochdeutsch: „Das habt ihr sicherlich auch schon mitbekommen. Das Terrassenhaus ‚Schnitz‘ im Ibisweg 17+19 ist ein Kulturdenkmal. Eigentlich kann man dies kaum glauben: Unser Neugereut feiert gerade seinen vierzigsten Geburtstag und trotzdem haben wir schon ein Kulturdenkmal mitten unter uns. Ehrlich! Das Regierungspräsidium Stuttgart hat das Terrassenhaus ‚Schnitz‘ im Ibisweg 17+19 in seine ‚Liste für Kulturdenkmale in Baden-Württemberg‘ aufgenommen. Ich habe mich gefragt wieso, weshalb, warum? Wer nicht fragt, bleibt dumm.“
- 2 Größer, höher, dichter. Wohnen in Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre in der Region Stuttgart, hg. v. Karin Hopfner, Christina Simon-Philipp, Claus Wolf, Stuttgart 2012.
- 3 Wohnen im Kulturdenkmal. Interview mit Ingrid Papst – Bewohnerin der Terrassensiedlung Trollingerweg, in: Größer, höher, dichter. Wohnen in Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre in der Region Stuttgart, Stuttgart 2012, S. 110.
- 4 Wohl vom Büro Kilpper und Partner selbst geäußert, zitiert aus: Wohngebiet

Heumaden-Hochholz, in: Baumeister, 4/1973, S. 424 sowie Wohngebiet eigener Prägung – von hohem Wohnwert. Heumaden-Hochholz, bei Stuttgart, in: Architektur und Wohnwelt, 4/1974, S. 231.

- 5 Hans Kammerer, in: Wohnen und Wohlstand, hg. v. Hans Kammerer, Stuttgart 1994, S. 91.

### Abbildungsnachweis

Abb. 1, 2: Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Stuttgart, Foto: Karl Fisch; Abb. 3, 4, 5: Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Stuttgart, Foto: Simone Meyder; Abb. 6: Luftbild L7320-013-02\_7280-29, Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Stuttgart, Foto: Otto Braasch, Landshut; Abb. 7: Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Stuttgart, Foto: Felix Pilz.

## **Borken – Verdichtung im Stadtraum der 1950er Jahre**

BETTINA HEINE-HIPPLER

Nachdem Hiltrud Kier 1986 gemeinsam mit Wolfram Hagspiel und Ulrich Krings als eine der ersten den Fokus auf Wertigkeit der Architektur der 1950er Jahre legte und diesem Ansatz viele folgten, stellt aktuell das Deutsche Nationalkomitee in seiner Faltblattreihe die Bedeutung der Hochschularchitektur der Nachkriegszeit heraus. Damit rücken großformatige Strukturen ins Blickfeld der Betrachtung

Was aber ist mit den nach 1945 neu konzipierten Stadtgrund-

rissen? Am Beispiel der Stadt Borken, mit einer im Krieg zu 80 Prozent zerstörten Innenstadt im westlichen Münsterland, soll dieser Frage nachgegangen werden. Bekannte Architektennamen wie Rudolf Wolters und Konstanty Gutschow tauchen in den Planunterlagen auf. Vor dem Hintergrund einer beabsichtigten Nachverdichtung sollen im Vortrag Fragen der Wertigkeit dieser in der Nachkriegszeit entstandenen Stadtstrukturen und Fragen eines möglichen Umgangs angesprochen werden.<sup>1</sup>

### **Anmerkungen**

<sup>1</sup> Kurztexat aus der Broschüre Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt, Mai 2012.

## Aufstieg und Fall der Stadtpromenade in Cottbus

ALEXANDER KRAUß

Entgegen den üblichen Verdächtigen und allseits bekannten Beispielen der DDR-Architektur soll hier die deutlich weniger bekannte, aber nicht weniger wichtige sozialistische Stadtpromenade in Cottbus vorgestellt werden. Nachdem Cottbus die entsprechende Einwohnerzahl (über 100.000) erreicht hatte, wurde sie zur ersten sozialistischen Großstadt ernannt, die damit natürlich zukünftig auch über ein entsprechendes neues Stadtzentrum zu verfügen hatte.

Bei einem Besuch Walter Ulbrichts im November 1964 wurde die Umgestaltung beschlossen. Im Jahre 1969, anlässlich des 20. Jahrestages der DDR, sollte der erste Bauabschnitt fertiggestellt werden. Die Gesamtplanung wurde dem Chefarchitekten des VEB Wohnungsbaukombinats Cottbus Prof. Dr. Gerhard Guder, BDA/DDR (geb. 1924) übertragen.

Westlich der alten Stadtmauer entstand zwischen 1968 und 1977 in Nord-Süd-Ausrichtung in zwei Bauabschnitten ein raumgreifender Gebäudekomplex, bestehend aus einer Wohnhochhausreihe,



Abb. 1 Ausführungsmodell der Stadtpromenade, Gesamtentwurf: Gerhard Guder, Ausarbeitung: Werner Fichte + Ewald Jantke, um 1976/77.

zwei Punkthochhäusern, einer Stadthalle im Norden, einer Fußgängerbrücke, einem konsument-Warenhaus, einer Straßenbahnhaltestelle sowie sieben Verkaufspavillons mit unterirdischer Diskothek und Bowlingbahn, gefasst von einer aufwendig gestalteten Freifläche. Verwaltungsgebäude beziehungsweise Büros waren nicht vorgesehen (Abb. 1).

Begonnen wurde 1968 mit dem konsument-Warenhaus im Süden der neuen Promenade. Es folgte 1969 der in ingenieurtechnischer als auch in rein formal ästhetischer Hinsicht der architektonische Höhepunkt, die im Volksmund „Sternchen“ genannte Milch-Mokka-Eis-Bar „Kosmos“ von den Architekten Jörg Streitparth und Gerd Wessel (Statik) aus Berlin (Abb. 2).<sup>1</sup> Streitparth war bereits in den vorangegangenen Jahren an wichtigen baukünstlerischen Projekten in Berlin und Umgebung beteiligt gewesen. Dazu gehören der Müggelturm (1959–1961), das Haus des Lehrers (1961–1964) und das Telecafé im Fernsehturm (1965–1972). Bauten, die zum anerkannten und erhaltenswerten Architektur-Erbe der DDR zählen. Streitparth und Wessel entwarfen für die Milch-Mokka-Bar einen sechseckigen sternförmigen Pavillon, dessen Tragkonstruktion gleichzeitig als Dach fungiert, sodass der Innenraum völlig frei gestaltet werden konnte.<sup>2</sup> Das Dach bestand aus einer sogenannten Hypar-Schalenskonstruktion (Flächentragwerk), für die erstmals in der DDR Holz verwendet wurde. Das Gebäude fand 1971 auch in der bundesdeutschen Architekturzeitschrift „Bauwelt“ Beachtung.<sup>3</sup>

Die Wohnscheibe mit dem Punkthochhaus, die die Stadtpromenade nach Westen begrenzt, wurde noch 1970 fertiggestellt. Aber die Stadthalle, die im Norden der Stadtpromenade liegt und dort auch den Schlusspunkt der Anlage bildet, folgte erst fünf Jahre später – 1975 (Abb. 3). Im Volksmund wurde die Baugrube auch gern als „Tagebau Mitte“ bezeichnet.<sup>4</sup>

Während die Stadthalle fußläufig nur durch das Queren der Berliner Straße zu erreichen war, war das übrige Gelände vollständig frei vom Autoverkehr. Lediglich eine Straßenbahntrasse verlief ab 1974 in Nord-Süd-Richtung zwischen der Stadtmauer und den



Abb. 2 Milch-Mocca-Bar „Kosmos“ (1969), Zustand vor 1976, Architekten Jörg Streitparth + Gerd Wessel (Statik).



Abb. 3 Stadthalle Cottbus (1970–1975), Zustand nach Sanierung, Architekt Eberhard Kühn (Wettbewerb).



Abb. 4 Fußgängerbrücke mit Rampe und Aussichtsplattform, Architekt Gerhard Guder.

Grünflächen der Promenade, um diese neben der bestehenden ebenerdigen Verbindung noch zusätzlich überqueren zu können, wurde im gleichen Jahr mit dem Bau einer 140 Meter langen asymmetrischen Fußgängerbrücke begonnen. Die Brücke war eine schlaff bewehrte Beton-Plattenkonstruktion mit Asphaltbelag, die in Ortbetonbauweise errichtet wurde. Am Scheitelpunkt der Brücke befand sich als Point de vue eine kleine Aussichtsplattform mit einem Uhrenturm. Der Uhrenturm mit Edelstahlverkleidung steckte wie eine Nadel als Blickfang in der Mitte der Plattform (Abb. 4).



Abb. 6 Stadtpromenade Cottbus, Objekt 4, Foyer, Disco, Zustand 2010.

Die Brücke war mit ihrer asymmetrischen und skulpturalen Form eher eine begehbare Bauplastik als eine funktional zwingend erforderliche Straßenbahnüberführung. Es waren gerade etwas mehr als 100 Meter Fußweg zurückzulegen, um von der Altstadt zum westlichen Teil der Stadtpromenade zu gelangen, sodass die Brücke vor allem hinsichtlich der Aussichtsplattform vorrangig zum Spazierengehen und Flanieren geeignet war.

Den zeitlichen Schlusspunkt der Anlage bildeten die locker eingestreuten Verkaufspavillons, teilweise mit überdachter Wegeführung. Es entstand eine Gruppe von sieben Pavillons mit gemeinsamer unterirdischer Erschließung, die beim landesweiten Architekturwettbewerb im Jahre 1977 mit einem ersten Preis ausgezeichnet wurde:<sup>5</sup>

„Als sichtbare Materialien wurden Glas und naturfarben eloxiertes Aluminium für die Schaufensterbereiche, Cottaer Sandstein für Wandverkleidungen und Syenit für Sockelverkleidungen und Eingangsbereiche verwendet (Abb. 5).“

Unter den Pavillons befand sich nicht nur ganz banal die unterirdische Erschließung, sondern eine der Hauptattraktionen der Stadtpromenade, die unterirdische Diskothek mit der Bowlingbahn.



Abb. 5 Pavillons mit Kunst am Bau, Zustand 2010, Werke der Künstlerischen Produktionsgenossenschaft (KPG) „Neue Form“.

Die Technik dafür stammte aus den Niederlanden und der Schweiz, die dort für Devisen eingekauft werden musste. Das ist auch ein Hinweis darauf, welche Bedeutung von den Planern der Freizeitgestaltung beigemessen wurde.

Die Attraktivität und die anspruchsvolle Gestaltung lässt sich anhand der Fotos und den darauf sichtbaren erfolgten Veränderungen aus den frühen 1990er Jahren nur noch schwer nachvollziehen, aber die wohl stets gut besuchte Disco mit der Bowlingbahn und das Café „Sternchen“ sorgten unter anderem auch für die hohe Akzeptanz der Stadtpromenade bei der Bevölkerung (Abb. 6).

Die Freiflächen als unverzichtbarer Bestandteil und Gestaltungselement der Nachkriegsmoderne sind auch hier aufwendig geplant und mit geringfügigen Abweichungen im Detail ausgeführt worden (Abb. 7). Sämtliche zeittypischen Gestaltungselemente sind vorhanden:

Hochbeete, Pflanztröge, mehrfarbige Plattenbeläge mit weißem, rotem und schwarzem Splitvorsatz und zwei größere Wasserbecken mit Wasserspielen und gestalteter Baukeramik boten zusätzliche Anreize zum Verweilen. Hinzu kam noch die umfängliche Verwendung von Kunst am Bau.

Die Freiflächenplanung entsprach den damaligen zeitgemäßen Tendenzen in der Gartenarchitektur der 1960er Jahre, es sei beispielsweise auf die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) in Hamburg 1963 verwiesen. Der größte Unterschied liegt in der Synthese (Fülle und Dichte) von Werken der bildenden Kunst und der (Garten-) Architektur, was in diesem Umfang zu jener Zeit zum Beispiel in der Bundesrepublik nicht mehr verwirklicht wurde.

Zeigen die Bauten des ersten Bauabschnitts (ab 1968, J. Streitparth) noch eine enge Verhaftung mit der zeitgenössischen internationalen Architektur, verlieren die Bauten des zweiten Abschnitts (1976–1977, W. Fichte, E. Jantke, BDA/DDR) im internationalen Vergleich an Modernität und bilden damit zugleich einen zeittypischen Bestandteil der DDR-Architektur der späten 1970er Jahre.

„Das neue Stadtzentrum mit der Stadtpromenade und ihren Wasserspielen, der kühn geschwungenen Fußgängerbrücke, der sinnvollen Einordnung alter Stadtmauerreste in das Ensemble von Neubauten trugen seinem Schöpferkollektiv um Prof. Dr. Gerhard Guder den Nationalpreis der DDR ein“,<sup>6</sup> und die Promenade wurde bereits zu DDR-Zeiten unter Denkmalschutz gestellt.

Eine über die Denkmalausweisung und fachliche Wertschätzung hinaus gehende Akzeptanz dieser das Stadtbild prägenden, qualitativen Architektur zeichnete sich jedoch erst viel zu spät ab, ausgelöst durch den bereits beschlossenen Abbruch zu Gunsten einer neuen Einkaufspassage.

Zu diesem Zeitpunkt war der Komplex allerdings bereits aufgrund eines mehr als zehnjährigen Leerstandes so gravierend geschädigt, dass eine Wiederherstellung kaum denkbar war. Hatte die ‚Doppelbelastung‘ als Denkmal der Nachkriegsmoderne in Kombination mit einer Hinterlassenschaft einer Diktatur derart überfordert, das an eine Konversion der bestehenden Bauten überhaupt nicht zu denken war?

Dass der Denkmalschutz allein noch keinen Abbruch verhindert, ist zumindest in Fachkreisen nichts Neues. Die Umstrukturierung der Einkaufs- und Freizeitgewohnheiten infolge des gesellschaftlichen



Abb. 7 Freiflächenplan (Bestand 2010), Gartenarchitekt Wolfdieter Barth, Freiflächenplan KVO – Büro für Bauforschung und Restaurierung.

Umbruchs machte auch nicht vor der Stadtpromenade halt, führte aber zunächst nur zu geringfügigen Veränderungen, die per se noch keinen Totalverlust der Anlage vermuten ließen. Aus dem Café „Sternchen“ wurde eine Spielhalle, aus der Blechen-Galerie eine Sparkasse und aus dem Postzeitungsvertrieb ein China-Imbiss. Damit war die Um- beziehungsweise Weiternutzung noch für die 1990er Jahre gesichert. Aber um 2000 begann für das Projekt eines neuen Einkaufszentrums von ECE der allmähliche Leerzug der Pavillons. Das Eiscafé „Sternchen“ war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr in der Nutzung und bis 2003 vor allem so durch Vandalismus beschädigt, dass seine Wiederherstellung unwirtschaftlich schien. Auch die Disco und die Bowlingbahn hatten seit langem geschlossen. Hinzu kam, dass die Betriebserlaubnis und Genehmigungen für die unterirdischen Einrichtungen abgelaufen waren. Einer Wiederinbetriebnahme ohne aufwendige Modernisierung standen vor allem baurechtliche Bedenken entgegen, und für die Fußgängerbrücke bestand ganz erheblicher Sanierungsbedarf, da der verwendete Beton durch den Zuschlagstoff Grauwacke vorzeitig gealtert und porös geworden war. Das ECE Projekt „City Galerie“ kam nicht zur Ausführung. Eine Bürgerinitiative hatte im Jahr 2001 10.000 Unterschriften gegen die Einkaufsgalerie gesammelt, aber ein neuer Investor übernahm das begonnene Vorhaben und begann mit dessen Realisierung.



Abb. 8 Carl-Blechen-Carré, 2. Bauabschnitt 2011–2013, Ansicht von Norden.

Der fortwährende Leerstand und Vandalismus bedeutete 2010 auch das endgültige Aus für die Pavillons. Die Pavillons

der Stadtpromenade wurden 2012 für den zweiten Bauabschnitt der Einkaufspassage Blechen-Carré abgebrochen, der im Oktober 2013 fertiggestellt sein soll. Übriggeblieben sind das Kaufhaus, die Stadthalle, die Wohnscheiben und das Punkthochhaus, aber die strukturell und architektonisch wertvollen und den Freiraum prägenden Elemente sind damit endgültig verloren gegangen.

Sowohl der erste Bauabschnitt des neuen Blechen-Carrés, dem allerdings nur ein Parkplatz weichen musste, als auch der zweite Bauabschnitt schließen zwar à la mode den Stadtraum, aber können weder architektonisch noch stadtgesterisch die Qualität der ehemaligen Stadtpromenade aufgreifen, geschweige denn fortführen (Abb. 8). Bei dem Carré handelt es sich um eine schlichte Generalunternehmer-Kiste, die gestalterische Bestrebungen höchstens im Ansatz erkennen lässt.

Das Erinnern der Einheimischen und das Aneignen der Stadtgeschichte durch die Zugezogenen (in Cottbus vor allem Studenten) kam in diesem Fall für eine Nutzungsänderung im Bestand zu spät.

## Anmerkungen

- 1 Bilder aus dem alten Cottbus. Unser „Sternchen“ bleibt unvergessen. In: Der Märkische Bote. Lausitzer Heimatzeitung, 9. Dezember 2006.
- 2 Zur Bedeutung der bauzeitlichen Innenausstattung vgl. u.a. die Innenrichtungen der Pavillons auf der Weltausstellung in Montreal 1967.
- 3 Vgl. Milch-Mokka-Bar „Kosmos“ in Cottbus, in: Bauwelt 11/1971. Zur weiterführenden Literatur siehe: Milch-Mocca-Bar „Kosmos“, in: Deutsche Architektur, XX. Jg., Januar 1971, S. 21–23. Streitparth, Jörg/Wessel, Gerd: Milch-Mocca-Bar im Stadtzentrum Cottbus, in: Deutsche Architektur, XVIII. Jg., April 1969, S. 234f.
- 4 Das ursprünglich westlich der Stadthalle gelegene Interhotel „Lausitz“ (1970) wurde bereits 1999 abgerissen.

5 Vgl. Krenz, Gerhard: Architekturwettbewerb 1977, in: Architektur der DDR, 27. Jg., Juni 1978, Berlin, S. 329f.

6 Drescher, Wolfgang/Kaffka, Jürgen/Seidler, Reinhard: Der große Cottbus-Bildband, Berlin 1990, S. 24.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1: Architektur der DDR, 27. Jg., Juni 1978, Berlin; Abb. 3: www.reisetravel.eu; Abb. 2, 4, 5, 6, 7: Alexander Krauß; Abb. 8: EKZ Stadtpromenade Cottbus GmbH, Vorholzstraße 57, 14656 Brieselang.

## Nachkriegsmoderne in der alten Stadt – Verdichtung oder Vernichtung? Zum Beispiel: Verwaltungsbau

CLEMENS KIESER

Um 1960 bahnte sich in Deutschland die Ablösung von der oftmals noch sehr kunsthandwerklich orientierten „Nierentisch-Architektur“ an. Architekten und Bauherrn strebten nach Weltläufigkeit und auch nach rationelleren, vielfach auch industriell inspirierten Bauweisen. Der Hinwendung zum „Internationalen Stil“ folgten auch die Stadtplaner: Sie nahmen Abschied vom Primat der „aufglockerten Stadt“ und strebten nach „Urbanität durch Verdichtung“. Mit diesem Gesinnungswandel kam in Westdeutschland die erste heiße Phase des Wiederaufbaus der Kriegszerstörungen zu einem Abschluss, die in der DDR während der 1960er Jahre noch andauerte. Der neue, durch das Wirtschaftswachstum entfachte Bauboom verlängerte die „Architektur der 60er Jahre“, einer gelegentlich auch als „zweite Nachkriegsmoderne“ bezeichneten Epoche, bis in die Mitte der 1970er Jahre, als mit der Ölkrise (1973) und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Stagnation ein Umdenken einsetzte. Die zurückliegenden Boomjahre hatten eine beispiellose Vermehrung des Dienstleistungssektors mit sich gebracht, der einen gigantischen Bedarf an Büroflächen nach sich zog. Auch

die DDR erlebte in diesen Jahren einen Aufschwung und konnte sich nach dem Mauerbau von 1961 wirtschaftlich stabilisieren. In beiden deutschen Staaten verbrachten die Architekten, Stadtplaner und Raumgestalter die euphorischen Jahre des Baubooms mit kühnem Systematisieren, Theoretisieren, Experimentieren und in ästhetischer Gestaltungslust. Nie wurde kühner, nie rigoroser geplant. Der kreative Ausbruch brachte jedoch auch bis heute bedauerte Verluste mit sich. Vor allem die tiefgreifenden innerstädtischen Flächensanierungen, die ganze historische Stadtviertel in futuristischem Taumel irreparabel beschädigten oder gar zerstörten. Die Verluste machten die Menschen schmerzlich auf die unwiederbringlichen Werte ihrer gebauten Identität aufmerksam. Der damit einsetzende gesellschaftliche Bewusstseinswandel hatte letztlich die Einführung der westdeutschen Denkmalschutzgesetze der frühen 1970er Jahre zur Folge. So mag es in mancher Hinsicht widersinnig erscheinen, über den Denkmalwert architektonischer Errungenschaften nachzudenken, aus deren Ablehnung heraus die moderne staatliche Denkmalpflege erst hervorgehen konnte.



Abb. 1 New York, Lever House, Gordon Bunshaft von Skidmore, Owings & Merrill (1952–1953).



Abb. 2 „Dreischeiben-Hochhaus“, Düsseldorf, Helmut Hentrich und Hubert Pertschnigg (1957–1960).



Und dennoch – die hier behandelten Jahre brachten eine Vielzahl von großartigen architektonischen Leistungen. Es ist an uns, ihren Wert zu erkennen und sie zu bewahren. Es ist die hohe Zeit einer in den 1920er Jahren geborenen Architektengeneration, die erst nach Kriegsende die Hochschulen besuchte und nun aufbrach, das Land neu zu gestalten. Die junge Architektengeneration orientierte sich nicht nur im Verwaltungsbau zunächst hauptsächlich an den USA: Die asketische Formensprache eines Mies van der Rohe vermittelte ihre große Wirkung in Deutschland insbesondere durch die Arbeiten des Architekturbüros Skidmore, Owings und Merrill. Dieser Einfluss manifestierte sich maßgeblich in dem fulminanten Düsseldorfer „Dreischeiben-Hochhaus“ von Helmut Hentrich und Hubert Petschnigg (1957–60), die mit ihrem schnell zu Berühmtheit gelangten Projekt den Nerv der Zeit getroffen hatten. Das Architektengespann hatte ein Fanal des wirtschaftlichen Aufbruchs für das Ruhrgebiet und der jungen Bundesrepublik entzündet. Auch in der DDR wurden diese neuen Architektureinflüsse aufmerksam wahrgenommen und nach dem Ende der stalinistischen Architekturdoktrin 1955 mit dem wirtschaftlichen Aufschwung zur Mitte der 1960er Jahre dann auch zunehmend rezipiert.

In der Folge entstanden eine ganze Reihe von bisher noch nicht da gewesenen Grundrissen und daraus folgenden Gebäudeformen. Die grundlegende Voraussetzung der sich bald offenbarenden Vielfalt war die Hinwendung zum Großraumbüro, das sich vehement von den „Zellenbüros“ oder den „Bürosälen“ mit ihren sturen Schreibtischkolonnen unterscheiden wollte. Jener ein Maximum an Flexibilität verheißende Büro-Großraum wurde durch eine Gruppe deutscher Planer, die sich „Quickborner Team“ nannte, bald zur verheißungsvollen „Bürolandschaft“ geadelt. 1960 entstand für Boehringer in Mannheim das erste eigenständige, ganz auf Großraumbüros zugeschnittene Verwaltungsgebäude. Dieses erste große Projekt des Quickborner Teams bedeutete gleichzeitig einen international beachteten Durchbruch. Schon bald experimentierten viele Architekten mit dem Dreiecksraster als Planungsgrundlage, das den Entwurf sechseckiger Gebäude begünstigte. Außerdem schätzte man die Flexibilität dieses Rasters für eventuell zu planende Erweiterungen. Ein wichtiges und viel beachtetes Projekt stellt das



Abb. 3 Mannheim, Großraumbüro der Fa. Boehringer, Siegel und Wonneberg mit Quickborner Team (1958–60), Innenansicht vom 1. Obergeschoss.

Bürohaus der Hamburger BP dar, das 1968–1971 durch das Büro Kraemer, Pfennig und Sieverts wiederum in Zusammenarbeit mit dem Quickborner Team verwirklicht wurde.

Bis 1967 waren mindestens 70 Bauten für Großraumbüros entstanden. Die Stimmung in Umfragen war inzwischen weitgehend positiv – Kritik zog allerdings die an warmen Tagen unzureichende Klimatisierung auf sich, auch empfand man die räumliche Abkapselung der Vorgesetzten gelegentlich als diskriminierend. Die Angestellten wünschten sich auch mehr Stelltafeln, um der Beobachtung durch Kollegen zu entgehen. Erst 1975 zeichnete sich eine echte Trendwende ab: Sie ergab sich aus der Erkenntnis, dass die zu jeder Zeit mögliche Kommunikation in einem Großraumbüro gar nicht notwendig sei, da 80 Prozent aller Arbeiten ohnehin in der Organisationseinheit „Gruppe“ getätigt würden. So kam es Mitte der 1970er Jahre mit den „Gruppenbüros“ zu einer Synthese von Zellen- und Großraumbüro.

Viele große Architekten der behandelten Epoche orientierten sich an der makellos industriellen Fassade des Lever-House in New York (Skidmore, Owings & Merrill, 1952–1953). Immer ging es bei den Neubauprojekten auch um wirksame Repräsentanz durch Grenzüberschreitung: So zeichnet sich das 1961–1963 durch Hentrich und Petschnigg in Hamburg verwirklichte Unileverhaus durch einen innovativen windmühlenförmigen Grundriss aus. Das Hochhaus gilt als erstes Verwaltungsgebäude mit einem fensterlosen Treppenhaus im Gebäudekern.

Auch wurde die innovative Bautechnik laut vorgetragen: In Deutschland war das Rathaus von Marl (1960–69, van den Broek & Bakema) das erste Hängehaus. Es waren niederländische Architekten, die erstmals in Europa die spektakuläre Konstruktionsidee zur praktischen Anwendung brachten. Als erste deutsche Architekten realisierten Hentrich und Petschnigg 1966 das elegante Hamburger Finnland-Haus. Um die gewünschte Stützenfreiheit in Büro- und Schalerräumen zu erreichen, wurden die Lasten über außen liegende Hängeglieder aus Stahlbeton abgeführt. Das bekannteste,

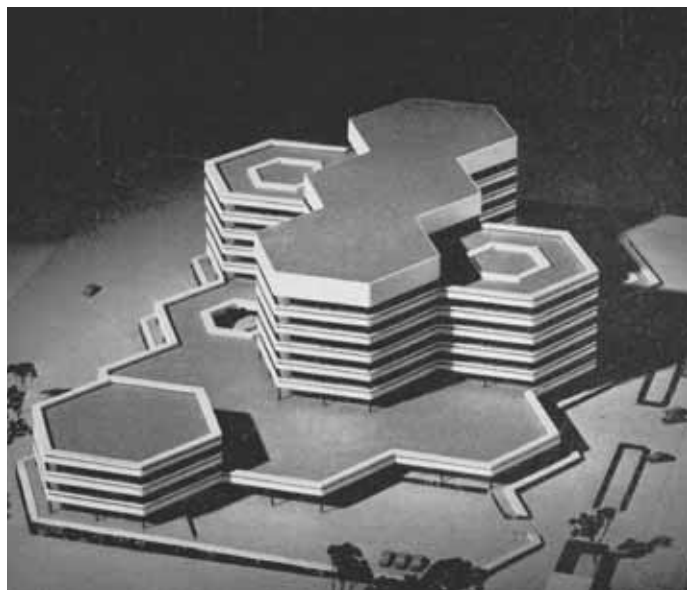


Abb. 4 Hamburg, British Petrol, Hentrich, Petschnigg und Partner mit Quickborner Team (1968–1971).

in der Literatur insgesamt mit weitem Abstand am häufigsten genannte und diskutierte Verwaltungsgebäude unserer Epoche ist eine Hängekonstruktion: Mit dem Münchner BMW-Turm (Wettbewerb 1966, 1970–1973) gelang dem Autohersteller zusammen mit dem Wiener Architekten Karl Schwanzler ein großer Wurf.

Auch auf kommunaler Ebene entfaltete sich in den 1960er Jahren ein wahrer Bauboom. Die altherwürdigen Rathäuser konnten den gestiegenen Anforderungen nicht mehr genügen und so konzipierte man nun Verwaltungszentren als „Stadhäuser“. Die unverzichtbaren Repräsentationsräume wie Rats- und Festsäle wurden als niedrige Pavillonbauten aus den immer höher wachsenden Hauptgebäuden ausgegliedert, oder in einem „Breitfuß“ als Flachbau konzentriert, über dem sich die Bürotrakte oft turmartig erheben konnten. Diese räumliche Trennung machte den fast immer ästhetisch hervorgehobenen Ratssaal zum wichtigsten Teil des Rathauses und trennte ihn von der durch die Bevölkerung weniger geliebten Verwaltung ab. Bei aller gewünschten Modernität und Wirtschaftsnähe wollte man auf gewisse bauliche Würdezeichen nicht verzichten, die seit Jahrhunderten zu Rathäusern gehörten. Oftmals blieben Rathhausturm mit Uhr und Glockenspiel eine unabdingbare Würdeform. Doch auch die sogenannten „Stadhäuser“ verzichteten nicht auf Repräsentation, nur hatte sich der althergebrachte Rathhausturm nun zum Büroturm gewandelt. Einen sehr charakteristischen Bau dieser Auffassung schuf wiederum Roland Ostertag mit dem Rathaus in Kaiserslautern (1963–1968). Sein Baukomplex machte die Dominanz der Verwaltung durch das Turmhochhaus auf den

ersten Blick sichtbar, in den flacheren Gebäudeteilen brachte der Architekt die repräsentativen Räume unter. Ostertags Bau in Kaiserslautern entfaltete eine Vorbildwirkung auf andere Neubauprojekte von Kommunalverwaltungen, wie das mit einem dreieckigem Büroturm versehene Rathaus Offenbach (1968–1971, Maier, Graf, Speidel, Schanty) oder das Bonner Stadthaus (Heinle, Wischer und Partner, 1973–1977) zeigen. Das Bonner Stadthaus wurde aufgrund der Nähe des modernen und städtebaulich dominanten Neubauprojektes zur Bonner Altstadt hart kritisiert. Die architekturkünstlerisch beachtlichsten Rathäuser der 1960er Jahren entstanden in Bensberg und in Mainz. Gottfried Böhm schuf in Bensberg seinen in eine Ruine integrierten Rathausneubau (Wettbewerb 1962, 1965–1967, 2. BA 1969–1971), der alle Funktionen der modernen Stadtverwaltung in einem expressiven Sichtbetonbau vereinte. Im Reigen der Rathausbauten der 1960er und 1970er Jahre ist auch Arne Jacobsens Mainzer Rathaus (1970–1973) am Rheinufer eine ästhetische Ausnahmeerscheinung.

Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges ging man zunächst an die Reparatur und an den Wiederaufbau der beschädigten oder zerstörten Gerichtsbauten. Um 1960 setzte ein neues Nachdenken darüber ein, wie die neue demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik in ihren Justizbauten ein architektonisches Äquivalent erhalten könnte. Der berühmt gewordene Vortrag des Juristen und Politikers Adolf Arndt 1960 auf den Berliner Bauwochen setzte eine grundlegende Diskussion um die „Demokratie als Bauherrn“ in Gang: In der Transparenz des Bauwerks habe sich die freiheitliche Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik widerzuspiegeln. Der bedeutendste Justizbau der 1960er Jahre ist das von Paul Baumgarten am Karlsruher Schlossplatz errichtete Bundesverfassungsgericht (1962–1968). Er zeigte eine neue Leichtigkeit und Offenheit: Unterschiedliche Pavillons, verbunden durch einen zentralen Laufgang, demonstrierten demokratische Transparenz in Stahl, Glas und warmem Holz.

Seit 1955 hatte sich in der DDR-Architektur Wesentliches geändert: Man verabschiedete sich von dem monumentalen und materialaufwendigen Historismus der Stalin-Zeit. Anstelle des Baustils der „Nationalen Tradition“ rückte die Doktrin vom „Proletarischen Internationalismus“, denn Nikita Chruschtschow hatte 1954 auf der Unionskonferenz der Baufachleute der UdSSR gefordert, „besser, billiger und schneller zu bauen“. Seine Vorgabe leitete nicht nur die



Abb. 5 München, BMW-Hochhaus im Bau.



Abb. 6 Karlsruhe, Bundesverfassungsgericht, Paul Baumgarten (1962–1968).

Rationalisierung der Baupolitik ein, sondern ermöglichte auch in der DDR den Beginn einer „nachgeholten Moderne“. Nun konnten westliche Architekturfleuße den Eisernen Vorhang überwinden oder nahmen den Umweg über sozialistische Bruderländer. Unter dem Zwang der Rationalisierung konnten in der DDR Architekturformen reüssieren, die vorher noch als Feindbild galten. Mitte der 1960er Jahre befand sich die DDR in einer Phase wirtschaftlicher Konsolidierung und in den Städten entstanden repräsentative Verwaltungshochhäuser. Marksteine dieser Zeit sind das bekannte Universitätshochhaus in Leipzig als „architecture parlante“ in Form eines aufgeschlagenen Buches (1968–1975) und das „Fernrohr“, das zweite Forschungshochhaus des VEB (Volkseigener Betrieb) Carl Zeiss von Hermann Henselmann (1970–1972). Obwohl es sich auch hier nicht um ein Verwaltungsgebäude handelte, hatte Henselmann am Potsdamer Platz mit dem „Haus des Lehrers“ (1961–1964) ein unübersehbares Zeichen des formalen Aufbruchs gesetzt. Die Leipziger Hauptpost (Kurt Nowotny, 1961–1964) zeigte in der DDR erstmals eine „Curtain Wall“ aus Glas und Metallsprossen. Es war der Städtebau, der dem „Sieg des Sozialismus auf deutschem Boden“ monumentalen Ausdruck verleihen sollte. Im Stadtzentrum von Chemnitz, dem früheren Karl-Marx-Stadt, formt der zweimal abgeknickte Baukörper des früheren „Haus der Staatsorgane“ die nördliche Begrenzung des zentralen Chemnitzer Platzes um die Stadthalle. Das Gebäude entstand in zwei Bauabschnitten zwischen 1968–1971 und 1977–1979 nach Entwurf des Architektenkollektivs um Wolfgang Sehm. Zunächst wuchs ein querlagernder Verwaltungsbau, an den später W-förmig abgewinkelte Trakte gleicher Höhe angefügt wurden. Dieser zweite Bauabschnitt verlieh der Skulptur des russischen Bildhauers Lew Kerbel auf geschickte Weise auch in der Seitenansicht eine architektonische Grundierung. Auffällig ist die Verschmelzung des Gebäudes mit dem den Platz dominierenden, für das damalige Karl-Marx-Stadt zentralen Karl-Marx-Monument. Die haushohe Schriftgestaltung am Treppenhaus aus 192 Aluminiumgusstafeln von Volker Beier und Hans Schumann bildet mit seinen mehrsprachigen Karl-Marx-Zitaten den Hintergrund des überdimensionalen Steinkopfes. An diesem Projekt wird ein nachdrücklich verfolgtes ästhetisches Bestreben dieser Zeit besonders deutlich: Die Architekten sollten sich der

bildenden Kunst bedienen, um ihrer Moderne politische Identität zu verleihen. Zwar war es schon seit 1949 verpflichtend, ein bis zwei Prozent der Bausumme für die „Kunst am Bau“ aufzuwenden. Die in den Jahren der baulichen Hochkonjunktur in der DDR stetig gestiegene Wertschätzung gipfelte 1970 in einer regelrechten Dekretierung einer „Synthese von Architektur, Städtebau und Bildender Kunst“.

Bis zur Mitte der 1960er Jahre entstanden in der DDR, aus westdeutscher Sicht verspätet, weiterhin Bürogebäude mit Rasterfassaden. Dennoch arbeiteten Bürokollektive intensiv an der Entwicklung serieller Planung und der damit verbundenen Vorfertigung und setzen diese auch um. Das im Schulbau bald erfolgreiche Verfahren hatte sich in Kombination mit Skelettkonstruktionen rasch als günstigste Bauweise erwiesen. Schon 1962 legte die Bauakademie in Ostberlin einen „zentralen Elementekatalog“ vor, der zur Grundlage der weiter typisierten Gebäudeplanung wurde. Die große Stärke der „Montagebauweise 2-Mp“ war, dass sie universell anwendbar war und die Vorfertigung nicht auf Spezialbetriebe beschränkt bleiben musste. Schon Ende der 1960er Jahre bot die „standortunabhängige Angebotprojektierung“ den Industrieunternehmen einen ganzen Katalog von „VGB-Mehrzweckgebäuden“ (VGB = Vereinheitlichter Geschossbau) an, um schneller und günstiger bauen zu können. Und Ende der 1960er Jahre entdeckten die Planungskollektive die Vorzüge der materialsparenden Stahlskelett-Montagebauweise. Hier wurde das 1969 gegründete Metalleichtbaukombinat Leipzig führend, indem es Hallen und Bürogebäude aus Stahl konzipierte und baute.

An kreativen Architekten mangelte es in der DDR nicht. So griff etwa der große Hermann Henselmann (1905–1995) den in der Bundesrepublik früh aufgekommenen Hang zum Sechseckgrundriss auf. Sein Entwurf für das Quartier der Bauakademie in Ostberlin von



Abb. 7 Leipzig, Hauptpost, Kurt Nowotny (1961–1964).



Abb. 8 Chemnitz, Haus der Staatsorgane und Karl-Marx-Denkmal (rechts), Hotel „Kongress“ (links).

1971 wurde jedoch nicht verwirklicht. In Karl-Marx-Stadt entstand 1968–1974 an zentraler Stelle unter Leitung von Rudolf Weißer das 90 Meter hohe Hotel „Kongress“ und die aus mehreren unregelmäßig hexagonalen Kuben komponierte Stadthalle, die auf einem Dreiecksraster beruhten.

Im Verwaltungsbau blieb insgesamt jedoch der horizontal lagernde, zweibündige Riegelbau mit mittlerer Erschließung vorherrschend. Kompakte Verwaltungsgebäude mit großer Tiefe, die sich für Großraumbüros eigneten, entstanden nur selten, obwohl das Thema – 1960 in der Bundesrepublik eingeführt – schon 1963 der DDR-Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde. Dennoch wurden einige Gebäude mit Großraumbüros geplant und gebaut, sodass man in den späten 1960er Jahren bereits auf Erfahrungen zurückblicken konnte. Dass sich das Großraumbüro in der DDR nicht allgemein durchsetzen konnte, lag an der aufwendigen Haustechnik, also der notwendigen Dauerbelichtung und -klimatisierung. Schon 1964 war allerdings das große Büro des Überseehafens in Rostock als Hallenbau mit weit gespannter Dachbinderkonstruktion konzipiert worden. Mit dem „Lindencorso“ entstand 1964–1965 „Unter den Linden“ in Ostberlin das erste mehrgeschossige Verwaltungsgebäude mit Großraumbüros. Die überzeugende Gestaltung dieses Gebäudes erkannte auch die westdeutsche Fachwelt als beispielhaft, allerdings kritisierte man den „Büroaalcharakter“, das heißt die „geometrische Anordnung der Arbeitsplätze“. In der Möblierung blieben

diese großen Räume in der DDR tendenziell Bürosäle, in denen nur selten jene halbhohe Sichtschutztafel aufgestellt wurden, um die Einzelplätze abzuschirmen und den Büro großraum dabei ästhetisch zu gliedern. Hier stand eher die Gemeinschaft der Büroarbeiter im Vordergrund, während im Westen, insbesondere vertreten durch die Ideen des „Quickborner Teams“ zunächst anti-hierarchische Ideen dominierten. Ob hüben oder drüben: Das Großraumbüro war das zentrale Thema der allmächtigen Planer, die Büroarbeit preiswert, mit höchster innerbetrieblicher Flexibilität und Effizienz ermöglichen wollten. Dass das Büroleben auch angenehm und ästhetisch ansprechend ausgestaltet sein sollte, lässt sich an dem romantisch hinterlegten Begriff der „Bürolandschaft“ erahnen. Wie diese Aufgaben funktional und ästhetisch gelöst wurden und ob sie als anspruchsvolle Gebäudegestalt glücklich in die „Stadtlandschaft“ hinein gepflanzt wurden, ist das Verdienst von Bauherrn und Planern.

#### Verwaltungsbau der 1960er Jahre: Unterwegs zum Denkmalwert

Der staatlichen Denkmalpflege ist es aufgegeben, Bauten der Zeitgeschichte auf ihre künstlerische und historische Bedeutung zu prüfen, das heißt festzustellen, ob auf der Grundlage der in den Bundesländern jeweils gültigen Denkmalschutzgesetze die Ausweisung oder Bezeichnung von Objekten als Kulturdenkmale begründbar ist. In der Folge der geschilderten, ungemein vielfältigen funktionalen und formalen Aspekte der historisch eng umgrenzten Bauaufgabe darf gesagt werden, dass es nicht möglich ist, einen geschlossenen Formenkanon für Verwaltungsgebäude der „2. Nachkriegsmoderne“ beziehungsweise der „Sechziger Jahre“ zu bilden. Dennoch erscheint es möglich, an Bauprojekte dieser Epoche einige aus heutiger Sicht gebotene Verständnisfragen zu richten. Für die so deutlich unter dem hellen Stern des Funktionalismus stehende wirtschaftliche Gründungszeit sollte die Betrachtung von Verwaltungsbauten – für Architektur dieser Epoche fast ein Gemeinplatz – bei der inneren Organisation beginnen und bei der städtebaulichen Repräsentanz enden. Die im Diskurs der denkmalpflegerischen Wertung sinnfälligen Fragestellungen finden ihren Weg von der Organisation zur Repräsentation, von der schlichten Bewältigung der Aufgabe zur bravourös geglückten Rhetorik einer Architektur. Der Überlieferungsstand der Gebäude ist wichtig, er kann aber nicht zum übermächtigen Argument zum Wohl und Wehe des Denkmals werden. Am Schluss sei dann alles wohl abgewogen und bedacht, ob die erkannte architektonische, historische oder insgesamt auch gesellschaftliche Symbolkraft eines administrativen Baukomplexes maßvolle Veränderungen an diesen, von ökonomischem Druck hoch belasteten, in vielen Fällen überlieferungswürdigen Häusern hinnehmbar macht.

#### Das Innere

- Wo befindet sich die Erschließung des Gebäudes und welche Qualität hat sie?
- Wo ist der technische Versorgungskern, welche planerischen Folgen hat seine Lage für die Gebäudeform und für die betrieblichen Funktionsabläufe?
- Welche Büroart herrscht vor? Sind es Zellenbüros, Bürosäle, Großraumbüros (ab 1960) beziehungsweise „Bürolandschaften“

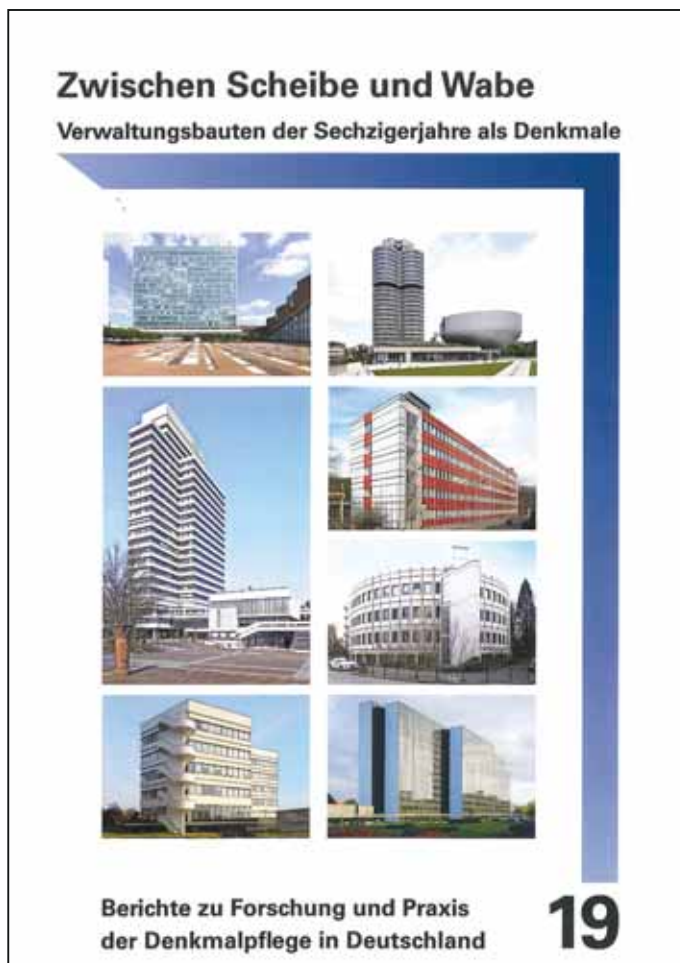


Abb. 9 Zwischen Scheibe und Wabe, Buchumschlag, 2012.

- oder herrschen bereits Gruppenbüros (ab 1973) vor?
- Gibt es Großraumbüros? Wie sind sie gestaltet? Sind es monoton-horizontale Raumscheiben mit einem tristen, mitunter dunklen Gesamteindruck oder gibt es auflockernde Gestaltung in der Decke, der Tageslichtbeleuchtung, der Raumhöhe oder durch Geschossversprünge und Zwischentreppen, einen aufgelockerten eventuell polygonalen Grundriss?
- Sind die Grundrisse flexibel gedacht, wie wegweisend beziehungsweise funktional war diese Planung?
- Gibt es ein ästhetisch-funktional stimmiges inneres Gestaltungskonzept, ist architektonisch-künstlerische durchbildete Ausstattung (Bemalung, Plastik, Wand- und Deckenverkleidung et cetera) vorhanden?
- Wie verhält sich die Innengestaltung zu Form und Funktion des Gebäudes?
- Ist die Gestaltung der Büros und Verkehrsflächen funktional und formal bemerkenswert, passt sie zum „Image“ des Verwaltungszwecks?
- Wurde die Innengestaltung des Gebäudes publizistisch rezipiert?

#### Das Äußere

- Handelt es sich um einen Monolith oder um einen mehrteiligen Gruppenbau? Wie wird der Bauplatz planerisch genutzt, hat die Anlage städtebauliche Qualitäten?
- Ist diese Aufteilung inhaltlich kohärent? In welchem ästhetisch-funktionalen Verhältnis stehen die Einzelgebäude? Ergibt sich die Gestaltung aus der Funktion, ist sie formalistisch oder folgt sie zeittypischen Moden?
- Wie gut wurden statische beziehungsweise bautechnische Herausforderungen bewältigt?
- Wie sind die Fassaden gestaltet (Glasvorhang, Aluminium, Farbe,

Geschossmarkierung, Balkone, Galerien, Module)? Ist diese Form wissenschaftlich-künstlerisch gelungen, das heißt wegweisend, besonders zeittypisch oder bereits rückständig?

#### Einordnung und Wertung

- Grundsätzlich: Um welchen Gebäudetypus handelt es sich? Welche funktionalen Voraussetzungen gelten für diesen?
- Welche Anerkennung beziehungsweise Rezeption erlangte das Projekt in der Architekturwissenschaft nach seiner Fertigstellung?
- Welche Qualitäten wurden in der zeitgenössischen Literatur hervorgehoben? Sind diese noch vorhanden?
- Ist das Objekt insgesamt noch vollständig erhalten beziehungsweise wurden Änderungen in denkmalverträglicher Weise ausgeführt?
- Welche zeitgenössischen Strömungen wurden aufgegriffen, verworfen und fortentwickelt?
- Ist das Objekt in die Fortentwicklung der Gebäudelehre eingeflossen?
- Welchen städtebaulichen beziehungsweise gesellschaftlichen Symbolwert hat das Anwesen? Handelt es sich um einen Neu- oder Wiederaufbau? Welche Bedeutung hat das Anwesen für die lokale, regionale oder nationale Geschichte?

In Jahren 2010–2012 hat sich die Arbeitsgruppe Inventarisierung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (VdL) mit der Frage des Denkmalwerts bei Verwaltungsbauten befasst. Ergebnis dieser Arbeit ist die Publikation „Zwischen Scheibe und Wabe. Verwaltungsbauten der Sechziger Jahre als Denkmale“, die 2012 in der Reihe Berichte zu Forschung und Praxis der Denkmalpflege (Bd. 19) erschienen ist. Hier werden zahlreiche denkmalgeschützte Bauwerke dieser Zeit vorgestellt und die Probleme ihrer Erhaltung diskutiert.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1: Foto: Bauwelt, 1, 1973; Abb. 2: Foto: Deutsche Bauzeitschrift, 12, 1960; Abb. 3: Foto: Deutsche Bauzeitschrift, 6, 1962; Abb. 4: Foto: Bauen und Wohnen, 5, 1966; Abb. 5: Foto: Jürgen Joedicke, Büro- und Verwaltungsbauten. Internationale Beispiele. Stuttgart 1975; Abb. 6: Foto: Deutsche Bauzeitschrift, 8, 1961; Abb. 7: Foto: Stadt Leipzig; Abb. 8: Foto: Profil durch Tradition und Leistung. 30 Jahre FZW. Beitrag zur Werkzeugmaschinenforschung in der DDR. Karl-Marx-Stadt 1986; Abb. 9: Foto: Imhof Verlag, Petersberg.

## Freianlagengestaltungen in der früheren DDR im Spannungsverhältnis zu aktuellen städtebaulichen Leitvorstellungen

MATTHIAS LERM

### Einführung: Zielkonflikt

Heutige innerstädtische Entwicklungsabsichten zielen zumeist auf eine verdichtete Citybildung. Damit geraten sie zunehmend in einen grundlegenden Zielkonflikt zu den Ideen aufgelockerter Stadtstrukturen aus der Entstehungszeit der zu betrachtenden Freianlagen.

Mit der Straße der Nationen, dem Rosenhof und der Freianlage um die Stadthalle in Chemnitz werden Beispiele vorgestellt, deren heutige Zielstellung (nahezu) unverändert gegenüber der Entstehungszeit ist. Geschildert werden damit positive Beispiele eines Umgangs in Respekt vor der Qualität der Ursprungsleistung.

Das Beispiel der Umgestaltung der Dresdner Prager Straße verdeutlicht im Gegensatz dazu die Nichtachtung des Gesamtensembles aus Gebäuden und Freiraum. Wesentliche Teile wurden beseitigt und überbaut. Ohne Not wurden auch die Teilbereiche angegriffen, die städtebaulich unverändert geblieben sind (Prager Platz). Sie haben dadurch das Originelle eingebüßt, das mittlerweile nach mehreren Wellen der Nichtachtung bereits Seltenheitswert besitzt.

Die hier behandelten Freiraumgestaltungen der DDR-Zeit gehören zu den „zentralen Ensembles“ der sozialistischen Stadtzentrumskonzeptionen. Die diesen Bautengruppen zugrundeliegenden städtebaulichen Leitbilder waren von einem kompositorischen Ansatz geprägt: Großkörper, teils freistehend, andere durch niedrigere Solitäre verbunden, oft dann weiter akzentuiert und individualisiert durch Sonderbauten wie das Rundkino in Dresden oder das Kongresshotel in Chemnitz als neue Stadtkrone, verbanden sich durch die Freianlagen zu einem Ganzen, das versuchte, die untergegangenen oder beseitigten Qualitäten der früheren auf gründerzeitlichen oder mittelalterlichen Grundrissen basierenden Quartiere durch sozialistische Großkompositionen zu übertreffen. Nicht zuletzt ging es im Kalten Krieg um machtvollere Zeichen der Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die damalige Idee aufgelockerter Siedlungsstrukturen führte zu einem verschwenderischen Umgang mit dem Raum. In den späteren Jahren der DDR, als das Bauen sich der Lösung der Wohnungsfrage auf der Grünen Wiese zugewendet hatte, zeigten auf den Restflächen der Innenstädte angelegte ebenerdige Parkplätze auch äußerlich das Unvollendete der meisten dieser Bautengruppen. Vielerorts änderte sich die Anforderung an die Stadtzentren dergestalt, dass das Ziel der Nachwendezeit schon angesteuert wurde: Statt Kompositionen aus „Gesellschaftsbauten“, also zumeist Bürobauten für die Parteien, Verwaltungen und Massenorganisationen nebst den unvermeidlichen Abstands- und Parkierungsflächen, die das Ganze noch unwirtlicher machten, waren nun wieder verstärkt Wohnungen, unterlagert mit Gaststätten, Handwerkerpassagen oder Boutiquen gefragt. Städtebaulich wirksame Räume zu bilden, war erwünscht. Damit war eine reelle Chance gegeben, die historischen Stadtgrundrisse nicht weiter auszuradieren, sondern durch Baulückenschließungen zu verfestigen. So wurde etwa die Dresdner Prager Straße Nord in Abkehr vom früheren Konzept quartierbildend fortgesetzt.

Nach der Wende schließlich stand die Aufgabe, das Stadtzentrum stark zu verdichten, um vor allem Raum für pulsierende Einkaufsstraßen, für Malls und Shoppingcenter, für Büroparks und auch Wohnungen und Hotels zu schaffen. Dadurch kamen die üppigen Freiraumgestaltungen, die vielfach Entwicklungsschwächen bei der Bebauung der Stadtkerne kaschierten, ins Fadenkreuz anderer Interessen. Das Leitbild der aufgelockerten Stadt wurde bestenfalls abgelöst von dem der verdichteten, integrierten europäischen Stadt, oft jedoch nur von ausgedehnten Malls und Shopping-Centern nach amerikanischem Vorbild. Damit entstanden Zielkonflikte, bei denen es gerade die Freianlagen der DDR-Zeit sind, die praktisch durchgängig auf der Verliererseite standen und stehen. Dass es auch anders geht, zeigen Beispiele einer engagierten Stadtplanung und Denkmalpflege, die um die besonderen Qualitäten einzelner Anlagen aus dieser Zeit ringen.

### Zielstellung heute (nahezu) unverändert gegenüber der Entstehungszeit

Geschildert werden mehr oder weniger positive Beispiele eines Umgangs in Respekt vor der Qualität der Ursprungsleistung. Dies wurde bei den hier vorgestellten Beispielen dadurch erleichtert, dass sich die heutigen städtebaulichen Anforderungen nicht oder kaum geändert haben.

Die wesentliche Idee, die sich über mehrere Zwischenschritte bei der Aufbauplanung des stark verwüsteten Chemnitzer Stadtkerns (1953–1990 Karl-Marx-Stadt) durchsetzte, war eine von Nord (Bahnhofs- und TH-Bereich) mit der Straße der Nationen nach Süden über den Karl-Marx-Platz verlaufende Achse, die nach dem Durchstreichen des Neumarktes in den Fußgängerbereich Rosenhof mündete.

Die Chemnitzer Straße der Nationen ist ein Beispiel für ein städtebaulich-architektonisches Gesamtkonzept, das den Freiraum einschließt und dessen Wert auch über die Wende hinweg bis heute erkannt, geachtet und bewahrt wurde. Dazu trug sicher seine unstreitbare Qualität bei. Von Johannes Gitschel (Wohngebäude) und Gerhard Laake (Geschäftsbauten) entworfen,<sup>1</sup> wurde und wird die Straße in großzügigem Schwung von zweigeschossigen Ladenvorbauten begleitet. Die unterirdische Anlieferung der Geschäfte war damals eine beispielgebende städtebauliche Lösung, die aus heutiger Sicht jedoch ein wenig technisch-bemüht wirkt. Die drei achtgeschossigen Wohnscheiben, in Großplattenbauweise ausgeführt, stehen zeilenartig zurückgesetzt, womit die kammartige Struktur für Chemnitz einen frühen Prototyp bildete. Das 1957 begonnene, in weiteren Bauabschnitten 1960–1964 vollendete Kernensemble Straße der Nationen 26–54 ist eine Sachgesamtheit mit weiteren Einzeldenkmalen nach Paragraph 2 SächsDSchG (Sächsisches Denkmalschutzgesetz).

Hinsichtlich der Verbindung des Ensembles mit der großstädtisch angelegten Straße der Nationen kommt dem künstlerischen

Konzept eine besondere Bedeutung zu. Immer an den Stellen, an denen die Stirnseiten der zurückgesetzten Blöcke die Reihe der Ladenarkaden unterbrechen, wird die platzartige Aufweitung durch Kunstwerke, zum Beispiel Brunnen, akzentuiert. Das wurde auch bei der heutigen großzügigen Modernisierung des Straßenzuges beibehalten und wirkt aus heutiger Sicht, wo der Maßstab der Stadt Chemnitz durch die Innenstadtverdichtung noch gesteigert wurde, fast ein wenig putzig und klein, lässt aber den insgesamt bescheideneren Maßstab der 1960er Jahre auch für die nachgeborene Generation anschaulich werden – ein lebendiges Denkmal, das die abgeschlossene geschichtliche Etappe der DDR veranschaulicht.

Die parkähnlichen Hofbereiche zwischen den Wohnblöcken (Wäschetrocknerplätze), die auch Plastiken und sogar eine kleine Teichanlage enthielten, sind im Wesentlichen beibehalten worden. Die Chemnitzer Untere Denkmalschutzbehörde ist sich mit der Gartenarchitektin des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen einig, dass der derzeit gute Zustand ohne weitere größere Eingriffe erhalten werden kann und soll,<sup>2</sup> womit dank der Kooperation der Eigentümer dieses Denkmal eines integrierten Gebäude- und Freiraumkonzeptes auch für die nächste Zukunft als gesichert gelten kann.

Die Geschichte der kleinen, eher bescheidenen Freianlagen-gestaltung des Chemnitzer Rosenhofes ist eine eigene Betrachtung wert. Der frühere Ross- und Holzmarkt wurde ab 1958 durch das Stadtplanungsamt unter Leitung des Stadtarchitekten Walter Pester beplant.<sup>3</sup> Das ab 1961 errichtete Bauensemble greift für die Straße der Nationen entwickelte Prinzipien erneut auf, ist somit ein verkleinertes Echo dieser Anlage:<sup>4</sup> Die Ostseite weist achtgeschossige, kammartig aufgestellte Wohnscheiben auf, verbunden durch

zweigeschossige Ladenvorbauten. Die Westseite bildet ein einziger langgestreckter Wohnblock. 1966, ein Jahr nach der Umbenennung in „Rosenhof“, wurde schließlich ein fünfzehngeschossiges Wohnhochhaus fertiggestellt, das den langgestreckten, eher straßenähnlichen Rosenhof gegenüber der verkehrsreichen Ringstraße abschließt.

Das Ensemble steht erstaunlicherweise nicht unter Denkmalschutz: Immerhin hat es innerhalb der zur DDR-Zeit hervorgehobenen und vielfach publizierten modernen Gebäude- und Freiraumensembles einen vorderen Platz inne. Zunächst gestaltete man 2000/2001 die Ladenzone an der Südseite nach dem Vorbild der ehemals vorhandenen Rosenhof-Arkaden um. Es schloss sich, geplant von WES & Partner, Landschaftsarchitekten, Hamburg, die komplette Neugestaltung der Freifläche an. Es entstand eine fast 150 Meter lange Mittelzone aus Hochbeeten, die vornehmlich mit Rosen bepflanzt ist (Abb. 1). Das Bodenmosaik „Windrose“ von Gerhard Klampäcker fand am Zugang zum Markt einen neuen Standort. Insgesamt erinnert auch die Neugestaltung in Haltung und Ausführung an die frühere Lösung, hält jedoch strengeren Maßstäben, wie man sie aus denkmalpflegerischem Blickwinkel anlegen würde, nicht stand. Das war auch nicht bezweckt und man wird sich fragen, warum unsere Zeit nicht in der Lage ist, trotz eines unzweifelhaft engagierten und aus der üblichen Landschaft herausragenden Büros in einer vorgefundenen und beibehaltenen städtebaulichen Lösung der 1960er Jahre eigenständig zu gestalten und damit die Gestaltungsstringenz, Signifikanz und Eigenständigkeit des Bestands fortzusetzen.

Aufmerksamkeit in Chemnitz verdient ferner eine gleichfalls über alle Veränderungen der Umgebung und aktuelle



Abb. 1 Chemnitz, Rosenhof, 2006.

Anforderungen hinwegerrichtete kleine Frei- und Parkanlage, die Teil des Ensembles aus Stadthalle und ehemaligem Interhotel ist, also zwischen Straße der Nationen und Rosenhof auf der städtebaulichen Achse im Bereich des Karl-Marx-Platzes gelegen und damit im kompositorischen Mittelpunkt der „sozialistischen“ Karl-Marx-Stadt. Beider Grundriss geht auf ein Dreiecksraster von neun Meter Seitenlänge zurück,<sup>5</sup> das sich bis in die Freianlagen fortsetzt. Mit den ehemaligen Häusern der Partei- und Staatsorgane, denen das berühmteste Monument der Stadt, die Karl-Marx-Plastik von Lew Kerbel<sup>6</sup> vorgelagert ist, bildete es das Karl-Marx-Forum.

Die Stadthalle mit den Freianlagen, darunter die bekannte und beliebte, aufwendig sanierte Brunnenanlage mit ihren wechselnden Wasserspielen, ist ein Kulturdenkmal nach Paragraph 2 SächsDSchG.

Unter Leitung von Chefarchitekt Rudolf Weißer geht die Planung von 1969 auf ein Kollektiv mit den Architekten Konrad Reimann, Peter Koch und Dr. Natschka (Tragwerksplanung) zurück, Realisierung 1972–1974. Es ist ein wichtiges Beispiel der späten Moderne in der DDR-Architektur. Der markante Baukörper weist Gestaltungselemente aus Sichtbeton, Rochlitzer Porphyrt und Glas auf und bildet einen wirkungsvollen Hintergrund für den kleinen Park mit Kaskadenbrunnen und Kunstobjekten von Gartenarchitekt Karl Wienke.<sup>7</sup>

Zwischen 1999 und 2001 wurde der heutige Park am Roten Turm im Zuge des Baus der Stadtgalerie „Roter Turm“ unter Federführung des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes der Stadt Chemnitz umgestaltet. Die Planungsverantwortung lag bei Ipro-Plan Planungsgesellschaft mbH Chemnitz. Dabei konnten die Grundstruktur des Parks und wichtige Gestaltungselemente erhalten und dem veränderten städtebaulichen Umfeld angepasst werden. Der Kernbereich des Parks wurde behutsam saniert, die Bäume und die feingliedrige Geländemodellierung blieben weitestgehend erhalten. Der Wettbewerb von 2011 zur Erweiterung der Stadthalle Chemnitz zum Kongresszentrum mit dem Siegerentwurf vom Büro studioinges, Berlin, schließlich sieht eine Erweiterung des Baukörpers in südwestliche Richtung vor, womit keine Eingriffe in den Parkbereich verbunden sein sollen.

Auch hier ist also zu erwarten, dass Chemnitz seinem Motto einer „Stadt der Moderne“ verantwortungsvoll nachkommt.

### Zielstellung heute nahezu unverändert, jedoch unter Modernisierungsdruck

Der öffentliche Raum der Dresdner Prager Straße, kompositionell eine Einheit mit der Großgebäudekomposition bildend, war die erste bedeutende moderne Freiraumgestaltung in Dresden nach dem Kriege.<sup>8</sup> Nach einem Wettbewerb wurde diese gemischte Baukörperkomposition aus Wohnscheibe, vier Hotels, Ladenpavillons, später um Rundkino und Kaufhaus ergänzt, von 1965–1978 errichtet. Der innere Teil der Fußgängerzone zwischen Hauptbahnhof und Stadtkern wurde durch Rosenbeete gegliedert, durch Brunnenanlagen belebt (Karl Bergmann), darunter die berühmten „Pustebumen“ von Leonie Wirth und durch Kunstwerke bereichert. Hervorzuheben ist dabei etwa die zwar unter „Frieden-Freundschaft-Solidarität“ firmierende, doch vom inneren Gehalt her abstrakte Skulptur „Völkerfreundschaft“

von Wolf-Eike Kuntsche. Thomas Topfstedt würdigte die Freianlage im Jahre 1988: „Rechteckig gefasste Wasserbecken mit Springbrunnen sowie Bäume, Blumenbeete und Rasenflächen gliedern die Freiflächen, deren Gestaltung mit großer Sorgfalt auf die räumlichen Proportionen des Straßenensembles abgestimmt ist“ (Abb. 2).<sup>9</sup>

Joseph Pietsch, Wilhelm Landgraf und Vincenz Wanitschke schufen zwischen den Hotelhochkörpern 1965–1972 die sogenannten



Abb. 2 Prager Straße, um 1975.



Abb. 3 Prager Straße, 2012.

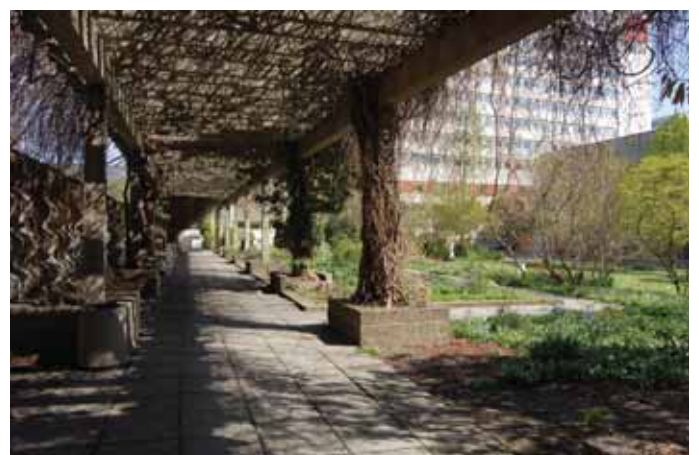


Abb. 4 Touristengärten Prager Straße, 2012.





Abb. 5 Platz der Kosmonauten Jena, um 1975.

Touristengärten. Von den monotonen Wäschetrockenplätzen der „Seevorstadt West“ durch eine breite Erschließungszone mit Parkplätzen getrennt, bildeten sie mit ihrer üppigen Bepflanzung, den Pergolen, durch Mäuerchen in der Höhe differenzierten Pflanzflächen, Wechsel-, Stauden- und Gräserbepflanzungen und Koniferenakzenten sowie den eingefügten Plastiken eine hochwillkommene grüne Oase – ohne vordergründiges ikonografisches Programm, wie man es etwa dem „Haus der sozialistischen Kultur“ (heute Kulturpalast) oder dem Leninplatz (heute wieder Wiener Platz) mit seiner gleichnamigen Großplastik angeidehen ließ.

Die mittlerweile weit fortgeschrittene Umgestaltung der Hochbauten und Freianlagen der Prager Straße verdeutlicht weit überwiegend eine Ignoranz gegenüber dem Gesamtensemble aus Gebäuden und Freiraum. Nachdem Trojan, Trojan und Neu (Darmstadt) den städtebaulich-architektonischen Wettbewerb von 1988 gewonnen hatten, der die Touristengärten überbaute und den Westteil durch eine überdachte Vorzone zusammenzog, ermöglichten Wiederaufbaugelder nach dem Hochwasser vom August 2002 auch die Neugestaltung der Bodenbeläge. Entworfen von Siegbert Langner von Hatzfeld mit Heinele, Wischer und Partner wurde der Innenbereich gänzlich neugefasst – mit Brunnen, abgesenkten Bereichen, Pavillons (Abb. 3). Lediglich Erinnerungen blieben an die frühere Straßengestaltung. Die Details und der Maßstab hingegen sind eher von der Sehnsucht bestimmt, Dresden wieder entsprechend seiner Vorkriegsbedeutung auszugestalten.

Der nördliche Touristengarten, Prager Straße Westseite, wurde durch eine große Einzelhandelsfläche überbaut, die westlich verlaufende ehemals durchgängige Fußgängerachse unter den Gebäudegiebeln durch Müllabstellräume verstellt. Erhalten, wenngleich ungepflegt und durch Absperrungen dem allgemeinen Publikumsverkehr entzogen, ist noch der südliche Touristengarten. Verschlissene, baupolizeilich gesperrt und erneuerungsbedürftig ist die Pergola, errichtet aus Stahlbetonfertigteilen, und sind die Betonplatten, Stufen und Mäuerchen. Die Bepflanzung aus der Zeit der Anlage der Gärten ist trotz Vernachlässigung noch gut erkennbar, weil sie

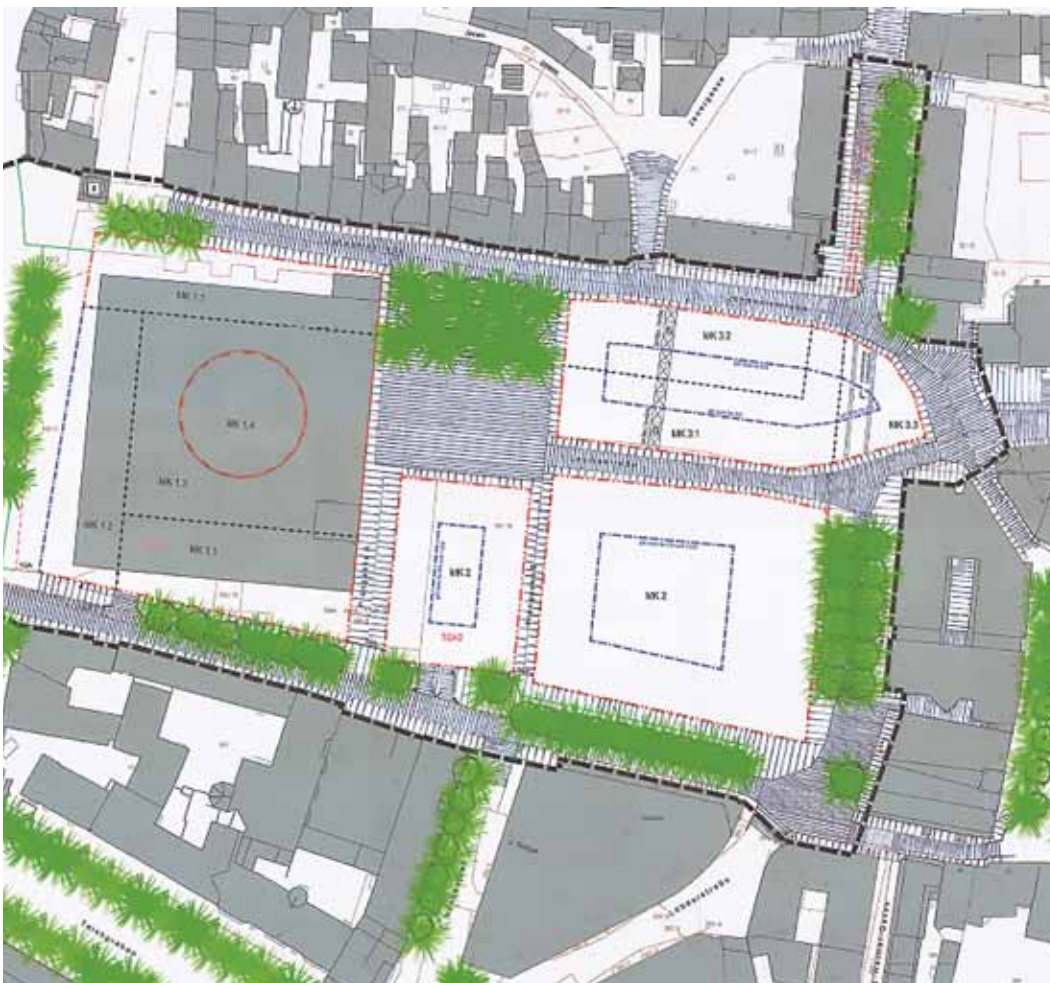


Abb. 6 Freiflächengestaltung Eichplatzareal Jena.

lange Jahre gepflegt und verjüngt wurde (Abb. 4). Die Koniferen sind mittlerweile der ihnen zugeordneten Größe und der Komposition entwachsen, gleichfalls sind die Kletterpflanzen zu unansehnlichen Wucherungen und Verbuschungen übergegangen. Man merkt der Anlage die beklagenswerterweise fehlende Wertschätzung an. Der allgemeine Zustand der baulichen Anlagen, für den das städtische Amt für Grünflächen und Abfall (ASA) verantwortlich ist, ist jämmerlich. Das fällt umso stärker ins Gewicht, als das ASA in den vergangenen Jahren aufsehenerregende Rekonstruktionen von Parks des 19. Jahrhunderts (Blüherpark) und der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts unternommen hat. Immerhin – als aktuelle Entwicklung – wurde die Anlage unter Denkmalschutz gestellt. Damit wird das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs hier vorerst nicht weiter verfolgt – die Überbauung auch dieses Zwischenbereiches der Hotelscheiben. Weiterhin wurde ein Betonsanierungsinstitut zu einer geeigneten Lösung für die Pergola befragt.<sup>10</sup> Der geringe investive Etat des ASA wird jedoch eine kurzfristige Erneuerung kaum zulassen.

### Heutige Zielstellung völlig anders

Man kann nicht alle Leistungen der DDR-Zeit pauschal als qualitativ und bewahrenswert einstufen. Der Sachsenplatz in Leipzig wich vor wenigen Jahren dem Neubau des Museums der Bildenden Künste. Damit wurde ein wenig wieder das zurückgenommen, was Thomas Topfstedt über die Planungen ab 1959 als Aufgabe des „umfassenden, der Nachkriegszeit entstammenden denkmalpflegerischen Sanierungskonzeptes zugunsten einer größeren räumlichen Auflockerung der Innenstadt“<sup>11</sup> bezeichnet hatte. Die einzige räumlich wirksame Begrenzung des 1969 fertiggestellten Sachsenplatzes bildeten die westlichen rekonstruierten Straßenfassaden der Katharinenstraße. „Die Leipzig-Information“, so Topfstedt weiter, wirke „desintegrierend“. „Der teilweise begrünte, durch Wasserspiel, Plastiken, Blumenbeete und drei Pavillons möblierte Raum schließt sich aufgrund seiner heterogenen architektonischen Fassung zu keiner einheitlichen Schöpfung zusammen. Er lässt die hier vom Krieg in den Altstadt kern gerissene Lücke empfindlich spürbar bleiben. Außerdem bildet er das nördliche Teilstück einer großen Raumschneise, die sich über den nicht mehr sonderlich ausgegrenzten Marktplatz bis hin zur Freifläche des Thomaskirchhofes diagonal durch das Stadtzentrum zieht“, urteilte Thomas Topfstedt schon 1988 – im vorletzten Jahr der DDR.

### Anmerkungen

- 1 Zu Details vgl. Lange, Ralf: Architektur und Städtebau der sechziger Jahre, Plänen und Bauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR von 1960 bis 1975, Schriftenreihe des DNK, Band 65, Bonn 2003, S. 60.
- 2 Informationen der Unteren Denkmalschutzbehörde Chemnitz mit Dank an Thomas Morgenstern und Bettina Schülke 2012.
- 3 Ebenda.
- 4 Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955–71, Seemann Verlag Leipzig 1988, S. 91.
- 5 Vgl. Lange, Ralf: Architektur, s. o. S. 67.
- 6 Das von den Bewohnern des früheren Karl-Marx-Stadt liebevoll ironisch mit „Nischel“ tituliert wird.
- 7 Informationen wiederum durch die Untere Denkmalschutzbehörde Chemnitz, 2012.

Ganz ähnlich nimmt sich die Geschichte der größten Jenaer Innenstadtbrache, des Eichplatzes, aus. Hier war nach Kriegszerstörung und weiteren Abbrüchen im Umfeld des Universitätshochhauses ein ausgedehnter Platz für zentrale Manifestationen entstanden, der „Platz der Kosmonauten“. Die Südseite der Straßenfassaden der historischen Johannisstraße bildet die einzig markante Platzfront – vergleichbar der eben geschilderten Leipziger Situation mit der nur noch einseitig bebauten Katharinenstraße am Sachsenplatz.

Er wies einige Gestaltungsmerkmale aus seiner Erbauungszeit zu Beginn der 1970er Jahre auf, die jedoch in der Summe nicht als bewahrenswert eingeschätzt wurden und werden. Während das Hochhaus selbst nach Mitteilung des Thüringer Landesamts für Denkmalpflege und Architektur durchaus Denkmalstatus aufwies, würde diese Frage gestellt werden, traf dies für den Turmfuß und die Platzgestaltung (Abb. 5) nicht zu. Die Tribüne, Volksbuchhandlung, das Café und der Orchideenbrunnen verschwanden, als das Einkaufszentrum „Neue Mitte“ ab Mitte der 1990er Jahre die Turmumbauung ersetzte. Gleich nach der Wende wurde mit der Aufstellung der Sanierungsziele für die Jenaer Innenstadt auch beschlossen, den Eichplatz wieder zu bebauen. Nach Wettbewerb und mehreren Vorstufen eines Bebauungsplanes ist nun der Stand erreicht worden, dass mehrere Angebote von Investoren und das Ergebnis eines Wettbewerbes zur Gestaltung des neuen Eichplatzes vorliegen. Die Bebauung steht unmittelbar bevor.

Hier wird absehbar ab 2014 eine wenig qualitätvolle DDR-Gestaltung einer ausgedehnten Innenstadtbrache durch urbane Stadtquartiere ersetzt werden (Abb. 6).

Insofern können beide Beispiele als Zwischenzustände aus ihrer Entstehungszeit gelten, die bauliche Narben mehr schlecht als recht kaschiert und damit ihre Schuldigkeit getan haben. Sie wurden und werden zu Recht größtenteils durch eine völlig andere städtebauliche Konzeption ersetzt und weitestgehend überbaut.

### Zusammenfassung/Fazit

Der Bestand an Freianlagengestaltungen der ehemaligen DDR ist bereits stark zusammengeschrumpft, weshalb für einen verantwortungsvollen und verantwortbaren Umgang mit diesen zunehmend selten baukulturellen Zeugnissen eine sorgfältige vergleichende Sichtung nötig ist. Bei qualifizierter Abwägung sollten heute diejenigen Lösungen bevorzugt werden, die mit den wertvollen Freiraumlösungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts achtsam umgehen.

8 Vgl. dazu: Lerm, Matthias: Die Prager Straße in Dresden – bleibendes Experimentierfeld der Moderne. (Beitrag innerhalb der Rubrik „... in die Jahre gekommen“), Deutsche Bauzeitung, Stuttgart, Heft 4/2003, S. 68–72.

9 Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955–71, Seemann Verlag Leipzig 1988, S. 88.

10 Auskunft des Stadtplanungsamtes Dresden, Juni 2012.

11 Topfstedt, ebenda, S. 83.

### Abbildungsnachweis

Abb. 1: Untere Denkmalschutzbehörde Stadt Chemnitz; Abb. 2: Generalverkehrsplan Stadt Dresden 1977, S. 48; Abb. 3, 4: Matthias Lerm; Abb. 5: Stadt Jena, Bauaktenarchiv, 0385; Abb. 6: Stadt Jena, Zeichnung: Matthias Lerm.

## Das Centro Sociale im ehemaligen Hunde- und Pferdeausspann stall

TINA FRITSCHÉ

„Das ist ja schlecht zu finden!“ – Wer zum ersten Mal ins Centro Sociale kommt, zeigt sich nicht selten erstaunt bis vorwurfsvoll: „Lässt sich das nicht besser ausschildern?“ Nein, lässt es sich nicht: Das einstöckige, langgestreckte Backsteingebäude ist als Teil des Schlachthofensembles in St. Pauli-Nord denkmalgeschützt, die Fassade zur Straße hin darf nicht durch Eingänge unterbrochen werden und nur sehr zurückhaltend weisen Schilder an Türen und Fenstern den Weg zum Eingang über den kopfsteingepflasterten Hof. Das Backsteingebäude im Schatten der „Alten Rinderschlachthalle“ diente einst als Hunde- und Pferdeabspannhalle (HuPFA) im 1892 eröffneten Central-Schlachthof am Karolinenviertel. Nach Verkleinerung des Schlachtbetriebes und Öffnung des Geländes wurde der Bau in eine Tischlerei und ein Restaurant umgewandelt. 2008 gründete sich aus der Eigeninitiative von Anwohner\_innen der autonome, vom unbezahlten Engagement getragene Nachbarschaftstreff Centro Sociale. Anstoß für die politische Initiative war damals die Unzufriedenheit mit der zunehmenden Kommerzialisierung beziehungsweise Gentrifizierung des Viertels und mit dem offensichtlichen Mangel an nachbarschaftsorientierten Räumen. Im Oktober 2008 gründeten die Centro-Aktiven die Sozialgenossenschaft St. Pauli Nord und rundrum eG; diese gewann in einem umstrittenen öffentlichen Wettbewerb, begleitet von großer medialer Aufmerksamkeit und unterstützt von zahlreichen Projekten, Institutionen und Einzelpersonen im November 2009 die Trägerschaft für das Stadtteilzentrum. Seit Januar 2010 ist das Centro Sociale mit einem Mietvertrag – für mindestens fünf Jahre mit Option auf weitere fünf Jahre – abgesichert. Gemeinsam mit Denkmalschutzamt und Bezirk wurde Ende 2010 das bis dahin zugige und schwer heizbare Haus denkmalgerecht saniert und an die Nutzungsbedürfnisse als Stadtteiltreff angepasst. Für einen Stadtteiltreff, der ausschließlich mit unbezahltem Engagement, das heißt ohne bezahlte Arbeit funktioniert und dessen laufende Kosten fast vollständig über private Spenden finanziert werden, ist eine leicht nutz- und pflegbare, möglichst niedrigschwellige Räumlichkeit und eine solide Infrastruktur unbedingt notwendig. Die umfangreichen Umbaumaßnahmen Ende 2010 haben die Aktivitäten des Centro Sociale dementsprechend unterstützt: Mit dem Einbau neuer Sanitäreinrichtungen und vor allem einer rollstuhlgerechten Toilette ist der Veranstaltungssaal barrierefrei und für ein größeres Publikum attraktiv, durch die neue Heizungsanlage lassen sich die verschiedenen Räume endlich heizen, so dass auch Veranstaltungen für Kinder und ältere Menschen ohne Einschränkung möglich sind, neu eingebaute Türen wirken energiesparend, die Lüftungsanlage erlaubt Familien- und andere Feiern auch nach 22 Uhr, der neue Fußboden erleichtert die Reinigung. Mit der Wiedereröffnung des Centro am 22. Dezember 2010 war der Stadtteiltreff wärmer, heller, barrierefrei und damit offener für Veranstaltungen unterschiedlicher Art. Dass das äußere Erscheinungsbild weitestgehend unangetastet – und damit unauffällig – blieb, passt recht gut zum Selbstverständnis des Centro Sociale: Auswärtige auf dem

Weg zwischen Messe, Partymeile und Hafen lassen das nach außen hin unauffällige Centro eher links liegen und gehen vorbei.

Hinter den neuen Glastüren gibt es lebendigen und vielfältigen Raum für stadtteilbezogene Aktivitäten – das Centro Sociale ist wie



Abb. 1 Auch nach dem Umbau ist die tragende Balkenkonstruktion gut zu sehen.



Abb. 2 Der Saal mit mobilem Tresen, Fluchttreppe und kreativen Lichtlösungen.



Abb. 3 Neue Türen in altem Gemäuer.



Abb. 4 Die alten Schiebetüren sind erhalten.

ein Adventskalender, der das ganze Jahr über funktioniert: Man öffnet eine der fünf Türen zum flachen Backsteinbau und findet dahinter immer wieder andere Überraschungen – zaubernde und backende Kinder, bastelnde St. Pauli-Fans und schweißende Fahrradfreaks, konzentrierte Bogenschützen, palavernde Politgruppen, tanzende Konzertbesucher und entspannte Zuhörende bei einer Lesung, stöbernde Bücherfreund\_innen und abgedrehte Friggler, Menschen, die im Saal Hochzeit oder Geburtstag feiern, Konzerte und Theaterstücke proben, gemeinsam einen Blick auf die Welt werfen und Bestehendes hinterfragen, Bildungsurlaub machen oder einfach nur Tischtennis oder am Kicker spielen. Herz des Centro ist der Saal, in dem rund hundert Menschen Platz finden – darum herum liegen fünf weitere unterschiedlich ausgestattete Räume für verschiedene Zwecke, zum Beispiel für Kurse der Erwachsenenbildung, Jugendseminare, für Werkstattarbeiten, für kleine Sportaktivitäten und so weiter. Das Centro Sociale ist ein belebter, vielfältiger und im wahrsten Sinne des Wortes niedrigschwelliger und stadtteilbezogener Ort, wie ihn sich die Stadt wohl in jedem Viertel wünscht.

Die mittlerweile fast 400 Genossenschaftsmitglieder bilden das finanzielle und politische Rückgrat für das selbstverwaltete Projekt; genutzt wird der Stadtteiltreff jedoch von weit mehr Menschen, die das Centro als kulturellen und politischen Freiraum im Viertel begreifen, als offenen Ort für gemeinsames Denken, Reden, Handeln



Abb. 5 Reden und schrauben – die Werkstatt.

und als Kontrapunkt zur Gentrifizierung. In diesem Selbstverständnis organisieren sich die Nutzer\_innen des Nachbarschaftstreffs selbst und arbeiten unbezahlt – dies gilt selbstverständlich auch für die Vorstände und Aufsichtsräte der Genossenschaft. Eine institutionelle Förderung vonseiten der Stadt gibt es nicht; vielmehr bezahlt die Genossenschaft für das städtische Gebäude, das in treuhänderischem Eigentum des privaten Unternehmens Steg ist, rund 47.000 Euro Miete im Jahr – also fast eine viertel Million Euro innerhalb von fünf Jahren. Der gesellschaftlich relevante Wert, den Orte wie das Centro Sociale in der Gemeinwesenarbeit und politischen Bildung schaffen, lässt sich hingegen nicht errechnen.

P. S.: Der 2009 gegründete Förderverein „Freundinnen und Freunde des Centro Sociale e.V.“ unterstützt die stadtteilbezogene Arbeit des Centro Sociale, ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Spendenbescheinigungen ausstellen. Wer eine kleine oder große Summe für die kulturelle Arbeit im Stadtteil und die Stärkung selbstverwalteter Strukturen geben möchte, überweist bitte an:

Freundinnen und Freunde des Centro Sociale e.V.,  
Kontonummer 12273600  
bei der Hamburger Volksbank, BLZ 20190003.  
Mehr Informationen unter [www.centrosociale.de](http://www.centrosociale.de)  
Kontakt: [tina.fritsche@centrosociale.de](mailto:tina.fritsche@centrosociale.de)

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1–5: Anke Haarmann.

## Zukunftsfähig durch Vielfalt – Leistungsvermögen und Sinnpotenziale von Denkmälern Einführung

SABINE SCHULTE

„Das Denkmal als Ressource für Vielfalt und Identität – Wert-Verschiebungen zu einer neuen Kultur des Bewahrens?“ – Was auf den ersten Blick wie ein bunter Strauß von Themen aussieht, ist der Versuch, Gegenwartsfragen der Denkmalpflege aufzugreifen und Zusammenhangswissen zu gewinnen. Wir haben das Tagungsthema „Konversion“ so ausgelegt, dass Denkmale und ihre Deutungen „im Fluss sind“. Um die Chancen und Grenzen der Konversion von Denkmälern diskutieren zu können, bedarf es einer reflektierten Sicht auf die Werte und Bedeutungen von Kulturerbe. Wir wollen ein Plädoyer halten für differenzierte Wertbestimmungen als Grundlage unseres Handelns am Denkmal.

Ein roter Faden und zugleich Oberthema ist „Vielfalt“. Vielfalt ist nicht nur eine bewährte Methode der Evolution, ein Garant für Zukunftsfähigkeit. Sie ist offenbar eine erstrebenswerte Qualität in vielen Bereichen (Abb. 1). Vielfalt kennzeichnet auch die Welt der Denkmale. Vielfalt erfordert immer neue Zugänge. Vielfalt bedeutet Reichtum in der Natur wie in der Kultur. „Wer sagt, dass dasjenige ökonomisch sei, was mit dem geringsten Aufwand den größtmöglichen Effekt erziele, unterschlägt einen sehr wesentlichen Aspekt, nämlich die Wertschätzung der Vielfalt als Reichtum.“<sup>1</sup>

Wenn im Kontext internationaler Abkommen oder der UNESCO-Erklärung zur kulturellen Vielfalt vom Rechtsbegriff der „Daseinsvorsorge“ die Rede ist, so ist auch Vielfalt als Reichtum gemeint.<sup>2</sup> Wir plädieren in diesem Sinn für eine Erhaltungsstrategie auf der Grundlage von vielfältigen authentischen Zeugnissen. Da Denkmale Speicher kulturellen Wissens und damit Sinnangebote sind, kann Denkmalpflege ein Beitrag sein, kulturelle

Zukunftsfähigkeit zu sichern, ganz im Sinne des Sozialpsychologen Harald Welzer, der betont, dass die Zukunft Bezugspunkt jeder Erinnerung und Vergangenheitskultur ist und sich aus ihr erst Vergangenheit und Geschichte definieren lassen.<sup>3</sup>

Da Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt in einem wechselseitigen Einflussverhältnis stehen, bedeutet der Verlust von Dingen, Objekten oder Denkmälern et cetera zugleich immer auch eine Einschränkung von Wahrnehmungs- und Erfahrungsmöglichkeiten. „Wenn die kulturelle Vielfalt abnimmt, sinkt auch die gesamte Umweltwahrnehmung der Gesellschaft.“<sup>4</sup> Wie steht es mit unserer Umweltwahrnehmung? Wie sind die Wahrnehmungsstrukturen? Wir beobachten Wertverschiebungen, die verbunden sind mit Phänomenen wie Ökonomisierung, Demografischer Wandel, Klimawandel oder Gentrifizierung in (groß-)städtischen Quartieren. Eine als sich immer schneller verändernd wahrgenommene Umwelt setzt auch die Denkmalpflege unter Druck, schneller zu reagieren. Braucht Denkmalpflege als spezifische Form der Umweltdeutung neue Ansätze? Brauchen wir eine „Bewusstseinsweiterung“ bei der Bedeutungsanalyse? In der Praxis der Denkmalpflege erleben wir, dass Beschleunigung oft zu Entwertung führt. Denkmalpflege agiert immer stärker „maßnahmengesteuert“. Das hat Auswirkungen auf die wissenschaftliche Inventarisierung und die Befassung mit der Bedeutung von Denkmälern, weil diese Abstand und Entschleunigung erfordert. Vielen Beteiligten gelten Nachforschungen als Luxus, weil sie vermeintlich „den Laden aufhalten“. Im täglichen Geschäft wird hier mal schnell eine juristischtaugliche Aussage zum Denkmalwert gebraucht oder eine Stellungnahme



Abb. 1 Wert der Vielfalt.

Abb. 2 Wertschöpfung – „Konsumschrein“ in der Hamburger City.



zum „Nicht-Denkmalwert“ begehrt – und dies nicht selten in Interessenkonflikten, bei denen die Denkmalobjekte oder Teile von ihnen nur Aufhänger sind. Im täglichen Betrieb danach zu fragen, welche Bedeutung, welchen Wert Denkmale für uns haben, oder gar welche noch schwer greifbaren Wert-Potenziale darüber hinaus in ihnen stecken und wie wir ihnen auf die Spur kommen könnten, mutet oberflächlich betrachtet lebensfern an.

#### Wissenschaftliche Wert-Ermittlung und Geschichte

Denkmalpflege ist eine „Wertwissenschaft“<sup>5</sup>, und für die wissenschaftliche Wert-Ermittlung an ihren Objekten, den Denkmalen, hält die Kunstgeschichte das Methodenwissen bereit und bietet als historische Wertwissenschaft grundlegende und tragfähige Kriterien. Alois Riegls Wertelehre ist durch die Deutungsmöglichkeiten geeignet, auch Wertverschiebungen beziehungsweise den permanenten Prozess des Werte- und Bedeutungswandels zu bewältigen. Es ist sinnvoll, die Frage nach unserem Bedürfnis nach Alterswert immer wieder selbstkritisch zu stellen. Je mehr und differenzierter wir uns auch über die „Pluralität der Wertfrachten“ oder den „Plurivalenzwert des Denkmals“<sup>6</sup> klarwerden, umso besser.

Im „Bewertungsgeschäft“ der Denkmalpflege kommt der Geschichte eine Schlüsselfunktion zu. Durch die Vielzahl der außerwissenschaftlichen Geschichtspräsentationen beziehungsweise des außerwissenschaftlichen Interesses an Geschichte hat sich der Umgang mit Geschichte verändert und damit auch der Bewertungsrahmen. Gerade wegen der Omnipräsenz von Geschichte sollte die geschichtliche Dimension von Denkmalen als Bewertungskriterium in den Fokus rücken. Denkmalpflege kann sich durchaus auf Avantgardefunktionen besinnen, weil sie regelmäßig Objekte in den Blick nimmt, die noch nicht als Geschichtszeugnisse im allgemeinen Bewusstsein sind. Als angewandte Geschichtswissenschaft schafft Denkmalpflege Denkmalwissen, das kontinuierlich vermittelt werden muss. Erfolgreiche Vermittlungsstrategien sind auch abhängig von dem Wissen um gesellschaftliche Prozesse. Dabei bewegt sich Denkmalpflege mit ihrem Anliegen immer im Spannungsfeld von

Wissenschaft und Gesellschaft. „Die Frage nach der Relevanz von Historie ist indirekt eine Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft.“<sup>7</sup>

#### Wertschöpfung am Denkmal – Präferenzen

Die Denkmalpflege ist permanent mit Ökonomisierungsdruck und einer Wachstums- und Verwertungslogik konfrontiert (materielle Wertschöpfung). Daher wird es immer wichtiger, Erkenntnisse über die ökonomischen Potenziale der Denkmale zu gewinnen. Wertschöpfungsanalysen werden angestrengt, neue Forschungsbereiche entstehen – Wertschöpfungsmanagement. Unter dem Titel „Value the Heritage! European Heritage and Economic Development“ befasste sich das 4. European Heritage Forum 2011 mit der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Kulturerbes. Man fragte, wie der Nutzen von kulturellem Erbe messbar zu machen sei, und wie es unter Ausnutzung seiner Leistungsfähigkeit größere Wertschätzung erlangen könne.

In einer pluralen Gesellschaft kann es viele verschiedene Wertzuschreibungen und Wertsetzungen geben. Welche Eigenschaften machen Denkmale für die Gesellschaft wertvoll? Wie offen sind Denkmale angesichts so vielfältiger Wertansprüche? Es gibt einen „semiotischen Kreislauf aus Entwertung, Wiederentdeckung, Aufwertung“<sup>8</sup>, aber auch den verblüffend simplen Zusammenhang, dass unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten Originalität zugleich Verknappung heißt und folglich Wertsteigerung impliziert. In der Tat hat sich als ein Mittel der ökonomischen Wertschöpfung auch die Unverwechselbarkeit „des Historischen“ etabliert. Denkmale sind nicht selten Inspirationsquelle für eine angestrebte Exklusivität durch historische Optik, historische Ästhetik und „historisches Flair“ (Abb. 2).

Während beim Aufspüren von Denkmalwerten Faktoren wie materielle Unversehrtheit, Authentizität<sup>9</sup> und Integrität der Überlieferung eine Rolle spielen und zugleich die Basis für weitestgehend objektivierbare spätere Wertzuschreibungen bilden, ist die vermarktbarke Unverwechselbarkeit von Objekten von diesen Gesichtspunkten losgelöst. Die Verfügbarkeit von



Abb. 3 „Letzte Ausfahrt Substanz“ – Reflex auf zunehmende Virtualität?



Abb. 4 Buchhandlung im Metropolkino Bonn.

oder das Sich-Hinwegsetzen über Geschichte scheint manchmal grenzenlos, wenn man sich von Rekonstruktion von nicht mehr Vorhandenem oder von dem Verschieben von Denkmälern Wertschöpfung verspricht. Auch der Wunsch, die Hamburger Dammtorstraße aus Imagegründen in Opernboulevard umzubenennen, bezeugt einen grundlegenden Wandel in dem Verhältnis zur Geschichte.<sup>10</sup>

Durch Privatisierung von Flächen entsteht in vielen Innenstädten eine vereinheitlichende, konsumfördernde „Normalität“, die durch Komfort bietende Hüllen mit Hausordnung, Sicherheitsdiensten und Reinigungspersonal charakterisiert ist. Ein Beispiel ist das sogenannte BID (Business Improvement District). Eine Begegnung mit dem „Anderen“, Unvorhergesehenen, Fremden, Überraschenden wie zum Beispiel mit Objekten aus einer anderen Zeit findet in solchen Innenstadtbereichen kaum mehr statt. Die Zusammenhänge von Materialität der Welt und Wahrnehmungshandeln lassen sich besonders gut an Orten des Konsums und des Transits belegen. Bauliche Hüllen können Dinge ermöglichen und verhindern – zum Beispiel die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, das Sich-Involvieren in offene Begegnungen mit Dingen und mit Anderen.<sup>11</sup>

Wir hören, dass die Dinge Eigenwirksamkeit besitzen und mit den Menschen interagieren. Dadurch formen sie unser Verhalten. Völlig neue Gesten entstanden im Zusammenhang mit Smartphone & Co. Wenn Artefakte so zu „Akteuren“ werden können, dann reichen deskriptiv-analytische Methoden nicht mehr aus, um die Dinge zu erkunden. Wir müssen vielmehr noch dazu Fragen nach Charakter und Wirkweise der Dinge stellen. Damit einhergehend erleben wir eine neue intellektuelle Wertschätzung von Materialien und Oberflächen. Der Wunsch, die Dingwelt zu verstehen, die Erforschung der Materialität und die Bedeutungssuche haben Konjunktur. Verbindet sich mit der Erforschung von Materialität von Kulturgut möglicherweise auch eine neue Wertschätzung der authentischen Substanz (Abb. 3)? Bedeutet der „material turn“ eine Gegenbewegung zum Bild? Oder anders gefragt: Gibt es vielleicht ein neues Bedürfnis nach Alterswert?

Was passiert, wenn eine dominierende ästhetische

Wahrnehmungspraxis auf das historische Schutzgut übertragen wird? Wenn Denkmale vor allem bildhaft rezipiert werden, ist es naheliegend, Maßnahmen zur Verschönerung, Klärung und Wirkungssteigerung ergreifen zu wollen, um das scheinbar unperfekte Historische zu „verbessern“. Jörg Schulze spricht von der „Schädigung der Aussagefähigkeit von Originalen“, die entstehen durch „undifferenzierte Gestaltungsplädoyers“ und durch „bewusste oder unbedachte Akzeptanz unangemessener ästhetischer Präferenzen“<sup>12</sup>. Mit den Auswirkungen einer Überbetonung von Bildqualitäten befasst er sich auch in seinem Beitrag für diese Sektion. Der Gedanke, dass es sich bei der ästhetischen Bewertung von Denkmälern („stadtbildprägend-städtebaulich“) um eine besonders konservative (dabei nicht primär bewahrende!) Praxis handelt, ist frappierend. Ist diese Praxis möglicherweise bald überholt, weil die neue Wertschätzung der Materialität Ausgangspunkt für das Wagnis ist, sich wieder mehr einer aufregenden, imperfekten und unberechenbaren authentischen Substanz zuzuwenden?

#### Letzte Ausfahrt Substanz?

Bekanntnisse zum Wert der authentischen Überlieferung gibt es genug. In der Charta von Venedig (1964) heißt es: „Die Menschheit [...] hat die Verpflichtung, [...] die Denkmäler im ganzen Reichtum ihrer Authentizität weiterzugeben.“ In Artikel 12 ist vom „[...] Wert des Denkmals als Kunst und Geschichtsdokument [...]“ die Rede. In dem Verständnis, dass auch Ideen an Materialität gebunden sind, steckt bereits die Unabdingbarkeit des Vorhandenseins von historischer Materie. Sie gewährleistet auch eine gewisse Objektivierbarkeit unabhängig von sich wandelnden Werte-Präferenzen. „[...] Der Wertewandel im Gedanklichen [durch die Betrachtenden] bedingt die Wertekonsistenz im Materiellen [des Betrachteten].“<sup>13</sup>

Denkmalpfleger müssen vermitteln, dass jeder Eingriff in die Substanz eine Umcodierung bedeutet! Was wird beachtet, ignoriert, vergessen, beseitigt? Es braucht ein permanentes Bewusstsein dafür, dass sich unsere Deutung von Objekten ändert, und dass dahinter sich ständig ändernde gesellschaftliche (Wahrnehmungs-)Bedürfnisse stehen. Wenn wir uns wegbewegen von einem pflegenden hin zu einem austauschbaren Wertbegriff wird Geschichte immer mehr

zur Verfügungsmasse. Bestandssicherung kann nur mit einem eindeutig substanzorientierten Denkmalebegriff erzielt werden. Durch die Marginalisierung von Substanz und eine zunehmende Pflege von städtebaulichen Bildern wird nicht zuletzt auch eine Praxis gefördert, die „in den besten Familien vorkommt“ – die Rekonstruktion. Bei der präzisen Bestimmung von Schutzgut muss sich der Inventariseur fragen: „Wann verflüchtigt sich ein Denkmal?“ und „Welchen Zeugniswert haben die Reste?“ (Abb. 4). Nicht selten geschieht die Bewertung inmitten laufender Maßnahmen am Gegenstand der Beurteilung, so dass die Prognose über Verbleibendes und die Gültigkeitsdauer von Aussagen zur Substanz und zum Denkmalwert gleich mitgedacht werden müssen. Ein spannender Komplex ist die Frage nach der institutionellen Rahmung von Wertermittlungs- und Wertevermittlungsprozessen und nach den Botschaften von „Werte-Institutionen“. Außerwissenschaftliche Vorstellungen von Geschichte wirken natürlich auch auf die (Geschichts-) Politik von Institutionen ein. Unter dem Titel „Werte verwalten“ reflektiert Winfried Speitkamp Geschichtspolitik, Wertverständnis und Denkmalschutz nach 1989.

#### Methodenerweiterung: Soziologie

Auf der Suche nach einer Erweiterung unserer Methoden und neuen Ansätzen für die Bewertung der gebauten Umwelt stoßen wir auf die Disziplin der Architektursoziologie. Im Zentrum steht die Erforschung der „affektauslösende[n] Kraft architektonischer Artefakte“ und ihrer „stofflichen Eigenlogik“<sup>14</sup>. Uns interessieren Beobachtungen über die Sinnsetzungen in gebauten Strukturen. Kann die Architektursoziologie, die als Gesellschaftswissenschaft, Architektur als Ausdruck sozialer und kultureller Prozesse betrachtet<sup>15</sup>, nützlich sein für die Bedeutungsanalyse von Denkmälern? Eröffnen sich hier neue Zugangsweisen auch zu Denkmälern? Welche Ansätze und Perspektiven eine sich seit einigen Jahren neu formierende Forschungsrichtung in der Soziologie bietet, stellt Arne Dreißigacker in seinem Beitrag vor.

Ein interessantes Beispiel für die Analyse der Wahrnehmung der gebauten Umwelt ist die Studie von Janne und Roland Günter aus den 1970er Jahren (Abb. 5). In der sozialwissenschaftlich orientierten Baugeschichte einer Bergarbeitersiedlung im Ruhrgebiet werden die Aneignungsmöglichkeiten der Bewohner betrachtet. Es ist eine Art mikroanalytische Feldforschung in sozialen Gestaltungsräumen, durch die der Blick geschärft wird für die kommunikative Bedeutung von gebauter Umwelt in der Gesellschaft. Die Forschungen in der Siedlung Eisenheim zeigen die Bindungen an die umgebende Umwelt, die durch geschichtlich ablesbare Strukturen determiniert ist. Im Kleinen konnte detailliert gezeigt werden, worin sozialgeschichtlicher Anschauungswert besteht und wie Menschen sich als Teil der Geschichte empfinden können.<sup>16</sup>

„Baukunst ist die öffentlichste der Künste. Die Denkmale stehen da als unübersehbare Orientierungszeichen, an denen wir die Geschichtlichkeit unserer Umwelt und unserer eigenen Existenz erfahren können. Als Zeugnisse vergangener Lebensbedingungen und Ideologien stehen sie dem heutigen Betrachter einerseits in historischer Distanz gegenüber; andererseits aber speichern sie ein Potenzial von Qualitäten, das über die Entstehungsbedingungen

hinausweist und im Prozeß der Aneignung freigesetzt wird. [...] Wenn bei der immer rapider sich vollziehenden Umstrukturierung, insbesondere unserer Städte dieser Bezug von Gegenwart und Geschichte erfahrbar bleiben soll, müssen wir der Stadterhaltung Priorität einräumen. Dabei geht es nicht nur um die Konservierung von Gebäuden, sondern ebenso um den Schutz gewachsener Sozialstrukturen. Stadterhaltung dient der Humanisierung unserer Umwelt [...].“<sup>17</sup>

Wie wirkt gebaute Umwelt an den Konstruktionen unserer Wirklichkeit mit? Das wechselseitige Verhältnis von sozialer Praxis und ihrer Materialisierung in Architekturen beschäftigt auch die heutige Architektursoziologie. Sie stellt gesellschaftsdiagnostische Fragen, beobachtet alle Beteiligten und ihre Sinnsetzungen. Sie betrachtet Gebäude in ihrer Gestalt, ihrer materiellen Eigenlogik<sup>18</sup> und Expressivität oder untersucht zum Beispiel das Phänomen des architektonischen Rekonstruktivismus als soziale Bewegung. Der Ausspruch Gottfried Sempers „Gebt uns eine Gesellschaft, und die Architektur wird ihr nichts schuldig bleiben“<sup>19</sup> spiegelt sich bei der Soziologin Heike Delitz in der Frage „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich, angesichts dieser Architektur?“ So könnten wir als Denkmalpfleger fragen: „In welcher Gesellschaft leben wir, angesichts unserer Denkmale?“

#### Klima – Umwelt – Werte

Neben dem Wort „Vielfalt“ könnte unsere Tagungssektion auch einen weiteren Leitbegriff haben, der leider durch Überstrapazieren schon etwas gelitten hat: Nachhaltigkeit. Denkmalpflege ist ökologisch, ressourcenschonend und nachhaltig. Durch die Erfahrung und Kultur des Umgangs mit endlichen Ressourcen ist Denkmalpflege selbstverständlicher Teil eines erweiterten Umweltschutzes. Georg Mörsch hat diese Form der Nachhaltigkeit auch in ihren Möglichkeiten prägnant dargestellt. Denkmalpflege stifte „[...] eine Kultur des umsichtigen, gebildeten materiellen Umgangs mit kostbaren Dingen. Dieser Umgang erweitert nicht nur unsere Umweltkompetenz eindeutig, sondern setzt auch gesellschaftliche Energien frei [...].“<sup>20</sup> Denkmalpflege kann sich in die gesellschaftliche Diskussion um die Ideen der Nachhaltigkeit einbringen. Die



Abb. 5 „Mensch-Haus“ – Arbeitersiedlung Eisenheim im Ruhrgebiet.





Abb. 6 Gentrifizierung auf St. Pauli.

Verbindung zwischen soziologischen Zeitdiagnosen und dem kulturellen Nachhaltigkeitsdiskurs scheint vielversprechend. Auch wenn man hinter der Formel „Denkmalschutz ist auch visueller Umweltschutz“<sup>21</sup> eine Offenheit für Verschönerungsabsichten vermuten könnte, ist damit auch angedeutet, dass viele Maßnahmen zur Effizienzsteigerung von Gebäuden eindimensional gedacht sind. Inzwischen ist nicht nur Fachleuten klar, dass 18 Zentimeter Styropor und Kunstharzputz auch einen haptisch-visuellen Unterschied ausmachen. Die Erkenntnis wächst, dass Dämmplatten bei Fenstern auch eingengte Blickwinkel und Lichtmangel verursachen. Wir ahnen, dass mit einer eindimensionalen „Nachhaltigkeits-Praktik“ nicht nur ökologische und ästhetische Komponenten verbunden sind, sondern auch Veränderungen, die einen kulturellen Verlust bedeuten, zum Beispiel die Entwertung von Kulturgut durch billige Materialien. Uwe Rada hat diese Verluste in einem Artikel in der „tageszeitung“ 2010 beschrieben.<sup>22</sup> Er konstatiert eine Abwertung des Fensters als Durchlass zwischen dem öffentlichen und dem privaten Raum einer Stadt. Wie kaum ein anderes architektonisches Element ist das Fenster gebaute Architekturgeschichte. Seine Gestalt sagt auch etwas aus über den Umgang einer Gesellschaft mit Öffentlichkeit und Privatheit. Arnold Baratzky erörtert in seinem Beitrag den Komplex von Ökologie und Ressourcenschonung.

### Werteverschiebungen durch Gentrifizierung

Ein Phänomen, das Werteverschiebungen besonders verdeutlicht, ist Gentrifizierung. In Hamburg beobachten wir die Mechanismen von Aufwertung und Verdrängung aktuell vor allem in den city-nahen ehemaligen Vorstädten St. Georg und St. Pauli, wo Neubauten dem Quartier einen neuen Charakter geben, sich Akzente verschieben. Wie sehr sich der Veränderungsdruck auswirkt, lässt sich nicht nur an der Höhenausdehnung und den neuen Dimensionen der Baukörper ablesen (Abb. 6), sondern auch an der zunehmenden Verdichtung der Blockinnenräume (Abb. 7). An Beispielen wie der „Recht auf Stadt“<sup>23</sup>- und der „Komm in die Gänge“-Bewegung für das Gängeviertel stellt Christoph Twickel<sup>24</sup> Initiativen vor, die sich für soziale Milieus aber auch für historische Bausubstanz in Hamburg engagieren.



Abb. 7 Verdichtung in der Bernhard-Nocht-Straße.

### Erinnerungs- und Gedenkort – Raumzeichen – Denkmale?

In der angedeuteten Dynamik ist die Anwendung der Technik des „Liegenlassens“ als Voraussetzung für ein zukünftiges Auffinden zunehmend schwierig. Es scheint, als fehlten Strategien, die Komplexität oder manchmal auch das Chaos zuzulassen und auszuhalten. In zunehmender Geschwindigkeit geraten manchmal in der Öffentlichkeit Objekte in den Blick, über die wir manchmal noch nachdenken müssten (Abb. 8). Es sind vor allem Objekte der Zeitgeschichte. Während bei den gesetzten Denkmälern im Sinne von Monument, Mahnmal, Erinnerungsmal greifbar ist, dass ihr Sinn primär auf geschichtlicher Ebene liegt, erschließt sich bei anderen Bauten und Räumen in der Stadt nicht unmittelbar, wie viel Geschichte oder milieuspezifische Geschichten sie enthalten.<sup>25</sup> Die Zusammenhänge zwischen historischer Erfahrung, Vergangenheitsbezug und Interpretation der (gebauten) Wirklichkeit sind vielschichtig.

„[...] hat sich ja bereits gezeigt, daß die Bindungen an die uns umgebende Umwelt sich sehr stark über das historisch Ablesbare und Vermittelte einstellen. Zudem läßt die Einsicht in historische Entwicklung das Bewußtsein entstehen, nun selbst aktiv an Geschichte teilzuhaben. [...] Worauf es ankommt, ist zunächst die Klärung der Frage, in welcher Gegenwart wir an welcher Stelle uns um die Rettung eines Geschichtserbes bemühen. Daraus geht das WIE des Erbantritts hervor. Das ist einmal die Methode des erkenntnistheoretischen Vorgehens. Sie zeichnet sich aus durch ein fest umrissenes geschichtswissenschaftliches Vorgehen.“<sup>26</sup>

### Methodenerweiterung: Migrantenerbe

In der gebauten Umwelt können sich auch unterschiedliche Kulturen ausdrücken. Bei der Erschließung neuer Wert-Ebenen und Vielfaltsräume kommt dem Erbe von Migranten eine wichtige Rolle zu. Bei diesem Thema stoßen wir an die Grenzen historischer Information, weil wir es oft mit nicht direkt zugänglichen Erscheinungen zu tun haben. Es können Spuren in der Stadt sein, die sich indirekt mitteilen über Proportionen von Gebäuden und Freiräumen, über Zuschnitte von Straßen und Plätzen über fremdartige Strukturen, Materialien und Farben. Wie können wir uns diesen Um-Welten annähern? Welche Möglichkeiten gibt es,



Abb. 8 „Lieengelassenes“ – Kultort Kiezkneipe.

sie besser zu verstehen? Biagia Bongiorno diskutiert Ansätze zu einem methodischen Instrumentarium, das eine Annäherung an die Spuren von Migrationsgeschichte überhaupt erst ermöglicht. Gabi Dolff-Bonekämper betrachtet die Wirkungsweise von Kulturerbengemeinschaften und die Effekte von Migration mit Blick auf die Deutungshoheit und die Interpretation von Kulturerbe. Anna Menny stellt Erinnerungsorte von spanischen Migranten in Hamburg vor.

#### **Methode: Kunst und Bürgerprotest**

Ein wichtiger Impulsgeber für einen integralen Ansatz zur Bewahrung der gebauten und gewachsenen Umwelt ist die Kunst. Sie kann Wertetransfer befördern und In-Wert-Setzungen bewerkstelligen. Als eine Strategie der Nachhaltigkeit kann eine Kunstaktion den Gestalt-Wandel des öffentlichen Raums thematisieren, Potenzialität von Denkmälern darstellen und Alternativen aufzeigen, wie kulturelle Vielfalt bewahrt werden kann. Das Spektrum der künstlerischen Interventionen ist breit. Es reicht von der Veränderung architektonischer (Grund-)Strukturen durch Medientechnik, Kunst am Bau, Graffiti, Street Art, Performances bis hin zu (sozial-)politisch inspirierten Initiativen wie Guerilla Gardening, Flashmobs oder Guerilla Knitting. Letzteres verdeutlicht den fruchtbaren Prozess der „Verstrickung“ von handgemachten Produkten mit Kommunikation und Intervention in der Öffentlichkeit und zeitgleich in Internet Communities, wodurch mehrere semantische Ebenen buchstäblich miteinander „verknüpft“ werden können.<sup>27</sup> Künstler können als gesellschaftsstrukturierende Akteure wirken, weil sie sich die Freiheit nehmen, Referenzrahmen zu sprengen. Performative Aktionen wie „Liebe Deine Stadt“<sup>28</sup> in Köln oder andere Formen der Aneignung brachliegender Areale und Gebäude durch Zwischennutzungen können neue Wertschöpfungsketten für Denkmale in Gang setzen. Jörg Biesler stellt solche kreativen „Einmischungen“ vor, die die Aufmerksamkeit auf Denkmale lenken.<sup>29</sup>

Bürgerproteste sind auch Reaktionen auf die egalisierenden Veränderungen unserer städtischen Umwelt und dem damit verbundenen Identitätsverlust.<sup>30</sup> Auch in den 1970er Jahren regte sich Widerstand, wurden Werte bewegt. Sollten sich die positiven



Abb. 9 Hamburger Hafenstraße.

Effekte seinerzeit für den Denkmalschutz nochmal wiederholen? Gibt es einen Bewusstseinswechsel? Auch 1975 wusste man es nicht.<sup>31</sup>

Bei dem Thema Protest darf in Hamburg das Beispiel Hafenstraße nicht fehlen (Abb. 9). Die etwa 1850–1860 erbauten Etagenhäuser bezeugen nicht nur den Mietwohnungsbau des 19. Jahrhunderts im Vorort St. Pauli. Sie sind heute erhalten, weil es einen langanhaltenden Protest gegen wirtschaftspolitische Interessen gegeben hat. Durch ihre jüngere Geschichte wurden sie zu beredten Zeugen einer Auseinandersetzung um die städtebauliche und wirtschaftliche Nutzung der attraktiven Grundstücke am Hafensrand der Metropole Hamburg. Die Häuser sind durch ihre jahrelange Besetzung und den damit verbundenen Konflikt mit der Stadt zu einem Symbol für den „Widerstand gegen den Staat“ geworden. Jan Philipp Reemtsma, der seinerzeit auch als Vermittler aufgetreten ist, analysiert früh die gesellschaftspolitischen Implikationen des Konflikts und findet eindrucksvolle Metaphern, wenn er vom Hafen als dem „Maul der Stadt“ spricht und von den hier nicht entfernten „faulen Zähnen“.<sup>32</sup> Die Hafenstraßenhäuser sind zu zeitgeschichtlichen Dokumenten geworden.

#### **Geschichte schafft Zugänge**

Oft lesen wir verquere Darstellungen zum Denkmalschutz, so, als gäbe es noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache. Ira Mazzoni konstatiert treffend, dass die fortschreitende Stadtbildpflege mit ihren Stadtbildproduktionen, an denen Denkmalpflege mitwirkt, nicht nur eine an der Geschichte orientierte fesselnde Erzählung verhindert, sondern dass durch die Relativierung des „auf Substanz beruhende[n] System[s]“ das System selbst implodieren könne.<sup>33</sup> Denkmalschutz wird oft als Wertminderungsfaktor bemüht und gerne undifferenziert instrumentalisiert. Wie können wir Denkmalwerte besser kommunizieren und Handlungsspielräume nutzen? Wie kann der Wissenstransfer gelingen? Aus der täglichen Praxis berichten Birgit Karger und Kristina Sassencheidt. Der PR-fachliche Beitrag von Christian Arns führt uns vor Augen, dass es gerade Geschichten und Geschichtchen sind, mit denen Denkmalpflege Aufmerksamkeit gewinnen kann.

Die Fokussierung auf die geschichtliche Dimension von

Denkmalen und die Geschichtlichkeit unserer Umwelt sowie unserer Sichtweisen bildete einen „roten Faden“ der seminarartigen Veranstaltung im Centro Sociale auf St. Pauli. Die durchgängig konzentrierte Rezeption der Vorträge und die engagierte Diskussion über den ganzen Tagungstag haben gezeigt, dass das

kontinuierliche Ausloten der historischen Dimension in der Bestimmung von Werten und Potenzialen von Denkmalen genau die Fülle von Möglichkeiten bietet, die notwendig ist, um Substanz in ihrer Vielfalt zu verstehen, zu überliefern und dadurch Zukunftsfähigkeit zu erreichen.

### Anmerkungen

- 1 Peter Finke: Nachhaltigkeit und Bildung. Merkmale zukunftsfähiger Kulturen. Undatiertes Redemanuskript im Internet, 14 S., hier S. 12. [http://www.provinz.bz.it/gea/download/Referat\\_Finke.pdf](http://www.provinz.bz.it/gea/download/Referat_Finke.pdf) (15.04.2013).
- 2 Siehe hierzu: Ernst-Rainer Hönes: Internationaler Denkmal-, Kulturgüter und Welterbeschutz. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz Bd. 74. Baden-Baden o.J. (2009), S. 148, 158 und 172.
- 3 Harald Welzer: Zu spät für Pessimismus – Wie moderne Gesellschaften wieder zukunftsfähig werden. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Das Quartier im Blick – Energetische Erneuerung im Städtebaulichen Denkmalschutz. Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 37. Berlin 2012, S. 129–133, hier S. 133.
- 4 Davide Brocchi: Die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit. *Cultura* 21, 26.03.2007, 18 S., hier S. 12. Quelle im Internet unter [http://www.davidebrocchi.eu/doks/2007\\_dimension\\_nachhaltigkeit.pdf](http://www.davidebrocchi.eu/doks/2007_dimension_nachhaltigkeit.pdf) (15.04.2013).
- 5 Wilfried Lipp: Kultur des Bewahrens. Schrägansichten zur Denkmalpflege. Wien/Köln/Weimar 2008, S. 212.
- 6 Lipp (2008), S.177. Siehe auch: Hans-Rudolf Meier, Ingrid Scheurmann, Wolfgang Sonne (Hrsg.): Werte. Begründungen der Denkmalpflege in Geschichte und Gegenwart. Berlin 2013.
- 7 Lipp (2008), S. 148.
- 8 Lipp (2008), S. 190 und S. 217.
- 9 Die Charta von Venedig (1964) und das Nara-Dokument (1994) schreiben Kriterien für die materielle, funktionale, technische und symbolische Authentizität von Denkmalen fest.
- 10 Vgl. zu dem Thema Hanno Rauterberg: Jetzt ist Früher heute. Warum werden überall Häuser erbaut, die nach vorgestern aussehen? Weil sich unser Verhältnis zur Zukunft und zur Vergangenheit grundlegend gewandelt hat. In: Die ZEIT. Nr. 4 vom 19.01.2012, S. 42.
- 11 Siehe hierzu Lars Frers: Einhüllende Materialitäten. Eine Phänomenologie des Wahrnehmens und des Handelns an Bahnhöfen und Fährterminals. *Bielefeld* 2007, bes. S. 265, 277–278 und 285–287.
- 12 Jörg Schulze: Denkmalpflege und Ästhetik. In: *Denkmal-Kultur im Rheinland*. Festschrift für Udo Mainzer zum 65. Geburtstag. (Arbeitsheft der rheinischen Denkmalpflege 75). Sonderband. Worms 2010, S. 53–59, hier S. 53.
- 13 Bernhard Furrer: Wertewandel – Auch in der Denkmalpflege? In: *Denkmalschutz Informationen*. 32. Jg. 2/2008 (Juli), Bonn 2008, S. 88–95, hier S. 94.
- 14 Heike Delitz: Architektursoziologie. Reihe Einsichten. Themen der Soziologie. Bielefeld 2009, S. 85.
- 15 Bernhard Schäfers: Architektursoziologie. Grundlagen – Epochen – Themen. 2. durchgesehene Auflage. (Soziologie der Architektur und der Stadt). Wiesbaden 2006, S. 106; Siehe auch: Joachim Fischer, Heike Delitz (Hrsg.): *Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie*. Reihe: Sozialtheorie. Bielefeld 2009.
- 16 Quelle: Janne und Roland Günter, Fotografie: Roland Günter/Frank Napierala: Architekturelemente und Verhaltensweisen der Bewohner. Denkmalschutz als Sozialschutz. In: *Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung*. Neue Folge der Hessischen Blätter für Volkskunde Bd. 2/3: Denkmalräume – Lebensräume – Hrsg. v. der Hessischen Vereinigung für Volkskunde durch Ina-Maria Greverus. Gießen 1976, S. 7–56; Roland Günter (Red.) u.a.: Eisenheim. Die Erfahrung einer Arbeiterkolonie. In: Lutz Niethammer (Hrsg.): *Wohnen im Wandel*. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft. Wuppertal 1979, S. 188–208.
- 17 Michael Brix: Die gesellschaftliche und geschichtliche Begründung der Denkmalpflege. In: *Die Geschichtlichkeit des Menschen und der Stadt*. 5. Kunstkongress Göttingen 20.–22. Juni 1975. Hrsg. v. Stadt Göttingen. Göttingen 1975, S. 159–166, hier S. 164/165.
- 18 Architektur ist nicht nur Semantik oder Text, sondern besitzt „stoffliche Eigenlogik“.
- 19 Zit. nach Julius Posener: Vorlesungen zur Geschichte der Neuen Architektur IV. In: *Arch+*. Heft 63/64 (Juli 1982), S. 79–89, hier S. 85.
- 20 Georg Mörsch: Thesen zur Nachhaltigkeit denkmalpflegerischer Ziele und Massnahmen. In: Marion Wohlleben, Hans-Rudolf Meier (Hrsg.): *Nachhaltigkeit und Denkmalpflege*. Beiträge zu einer Kultur der Umsicht. Zürich 2003, S. 139–144, hier S. 144.
- 21 Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Leitbild Denkmalpflege*. Zur Standortbestimmung der Denkmalpflege in Deutschland (2. Aufl.) Petersberg 2011, S. 16.
- 22 Uwe Rada: Die Verschandelung der Städte. Energetische Sanierung. In: *taz* vom 29.09.2010, S. 13; Zum Thema siehe auch: Kerstin Molter, Mark Linnemann: *Wärmedämmverbundsysteme und Verbrechen*. In: *Bauwelt 09/2010*. Berlin 2010; dies.: *Wärmedämmverbundsystem*. Und das verlorene Ansehen der Architektur. o.O. 2010.
- 23 Unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ (Henri Lefebvre) formierte sich ein Netzwerk aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten.
- 24 Der Journalist und Buchautor Christoph Twickel begleitete die Hamburger »Recht auf Stadt«-Bewegung. Er ist Mitinitiator und Sprecher von »Not In Our Name, Marke Hamburg«; Siehe: Christoph Twickel: *Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle*. Hamburg 2010; ders.: *Komm in die Gänge oder Wunder in der Stadt der Tiefgaragen*. In: *arch+ Zeitschrift für Architektur und Städtebau*. Berlin (Oktober) 2011, S. 150–153.
- 25 Gedanken zu sozialen Interaktionsvorgängen und Bewertung der gebauten Umwelt: siehe: Cord Meckseper: *Denkmal oder Milieu*. Versuch einer Begriffsbestimmung. In: *Bewertungsfragen der Denkmalpflege im städtischen Raum*. Hrsg. v. Institut für Bau- und Kunstgeschichte. TU Hannover. Bearbeitet von Günther Kokkelink, Heinz-Detlef Theen. Hannover 1976, S. 21–23.
- 26 Michael Müller: *Geschichte und Erfahrung*. Das Problem ihrer Rettung. In: *Bewertungsfragen der Denkmalpflege im städtischen Raum*. Hrsg. v. Institut für Bau- und Kunstgeschichte. TU Hannover. Bearbeitet von Günther Kokkelink, Heinz-Detlef Theen. Hannover 1976, S. 57–71, hier S. 63.
- 27 Siehe Beiträge des Themenhefts „Die mediale Durchdringung des öffentlichen Raums“. Redaktion: Katharina Eck, Annette Gilbert, Florian Leitner, <http://www.kunsttexte.de/index.php?id=621> (15.04.2013).
- 28 Homepage der Initiative <http://www.liebedeinstadt.de/frameset.html> (15.04.2013); Siehe auch: Merlin Bauer: *Liebe Deine Stadt*. Öffentliche Angelegenheiten Köln. Köln 2009; Jörg Biesler: *Liebe Deine Stadt – trotzdem*. In: *arch+ Zeitschrift für Architektur und Städtebau*. Berlin (Oktober) 2011, S. 140–145.
- 29 Beispiele: <http://www.initiative-beethovenhalle.de/index.html>; [http://www.rundkino-dresden.de/html/rahmen\\_verein\\_ziele.htm](http://www.rundkino-dresden.de/html/rahmen_verein_ziele.htm) (15.04.2013).
- 30 Vgl. hierzu Martina Löw: *Soziologie der Städte*. Frankfurt am Main 2008, Kap. III.
- 31 „Die neue Motivation für Denkmalschutz als Teil des Umweltschutzes wird aber auf die Dauer nur zu Erfolgen führen können, wenn sich in den wirtschaftlichen Fragen des täglichen Lebens ein Wandel vollzieht, fort von einem Streben nach stürmischem Wachstum, übertriebenem Komfort und ständigem Auswechseln, hin zu einer Bereitschaft zum Ausbessern, zum vorsichtigen Erneuern und zu bescheideneren Ansprüchen.“ Gottfried Kiesow: *Die gesellschaftliche und geschichtliche Begründung der Denkmalpflege*. In: *Die Geschichtlichkeit des Menschen und der Stadt*. 5. Kunstkongress Göttingen 20.–22. Juni 1975. Hrsg. v. Stadt Göttingen. Göttingen 1975, S. 155–157, hier S. 157.
- 32 Jan Philipp Reemtsma: *Das Maul der Stadt*. In: Michael Herrmann, Hans-Joachim Lengert, Jan Philipp Reemtsma, Karl Heinz Roth: *„Hafenstraße“*. Chronik und Analysen eines Konflikts. 1987, S. 104–126.
- 33 Ira Mazzoni: *Geschichtsvergessen und bildbesessen*. Rekonstruktionen und die Krise der Denkmalpflege. In: Hans-Rudolf Meier, Ingrid Scheurmann (Hrsg.): *Denkmalwerte*. Beiträge zur Theorie und Aktualität der Denkmalpflege. Georg Mörsch zum 70. Geburtstag. Berlin/München 2010, S. 101–107, hier S. 106.

### Abbildungsnachweis

Abb. 1, 3, 4, 6–9: Sabine Schulte; Abb. 2: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Nicolai Wieckmann; Abb. 5: Foto: Roland Günter/Frank Napierala.

## Sein oder Schein – Denkmalpflege als Inszenierung

JÖRG SCHULZE

Wir leben in einer Welt, in der uns Realität weitgehend als ästhetisch überformte Wahrheit entgegentritt. Diese Ästhetisierung unseres Alltags beeinflusst auch die gesellschaftlichen Ansprüche an die Denkmalpflege. Je mehr unmittelbar erfahrbare Gewissheiten durch schön inszenierte Bildangebote, durch Glotze, imaginäre Computerwelten und Lifestyle überdeckt oder medial drapiert werden, umso mehr verflüchtigt sich die Sicherheit einer logisch erfassbaren Umwelt. In dieser als unverbindlich und veränderbar erlebten Wirklichkeit ist es nur noch ein kleiner Schritt zu einer Einstellung, die die substanzielle Realität der Geschichtszeugnisse mit regressiver Ignoranz verdrängt, um sie als Ressource kollektiver Verschönerungsideale buchstäblich zu verwerten. Hohe Zustimmungsraten für die Denkmalpflege sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Menschen auch von der Denkmalpflege nichts anderes erwarten als eine „Überzuckerung des Realen mit ästhetischem Flair“.<sup>1</sup>

Eine solche Erwartungshaltung steht allerdings in krassm Widerspruch zu den deutschen Denkmalschutzgesetzen, die die Erhaltung der Denkmäler (neben deren Erforschung) als wichtiges Kernanliegen benennen. Dieser Erhaltungsanspruch ist wegen notwendiger Eingriffe zur Eindämmung physikalischer Verfallsprozesse und wegen unvermeidlicher Zugeständnisse an neue Nutzungen ohnehin nie hundertprozentig erfüllbar. In der Praxis wird der Bestand durch ästhetisch-nostalgische Zielvorgaben, durch mangelhafte Voruntersuchungen, unzulängliche Planungen sowie handwerkliche und restauratorische Fehler oft zusätzlich verfälscht und verwässert.

Bei Ensembles tritt noch erschwerend hinzu, dass der Erhaltungsauftrag in den meisten deutschen Denkmalschutzgesetzen fahrlässig auf „charakteristische Eigenheiten des Stadtbildes“ bezogen wird.<sup>2</sup> Das Wort „Stadtbild“ ist aber leider so unscharf und missverständlich, dass es beliebigen Interpretationen Tür und Tor öffnet. Der unbefangene Leser eines derartigen Textes wird sich fragen, was eine solche Formulierung in einem Gesetz überhaupt zu suchen hat. Geht es in einem Gesetzestext nicht darum, Bürgern und Behörden über eine Verpflichtung verbindlich Klarheit zu verschaffen?

Ein Bild, das in unser Bewusstsein dringt, – auch das Erscheinungsbild eines Ortes – ist ja gerade nicht das physische Gegenstück eines real vorhandenen Denkmals oder Ensembles. Es ist vielmehr eine durch unser Gehirn organisierte und umgeformte Wirklichkeit. Und zwar ganz im Gegensatz zu dem exakten Abbild auf unserer Netzhaut. So können im Wahrnehmungsprozess wichtige vorhandene Details ausgeblendet oder marginalisiert oder Einzelheiten – auch solche von historischer Bedeutung – können als Störung einer harmonischen städtebaulichen Einheit wahrgenommen werden. Die alte Wahrheit, dass man sieht, was man weiß, ist noch immer gültig. Und sie gilt natürlich auch umgekehrt: Man sieht nicht, was man nicht weiß. Demgemäß ist der ungeschulte Wahrnehmungsapparat ohne entsprechende Erläuterungen gar

nicht in der Lage, historische Bedeutung zu erkennen, er kann aber historische Fakten mühelos durch ein Wunschbild substituieren: „Mach Dir ein Bild“, wie die auflagenstärkste deutsche Tageszeitung uns scheinbar wirklichkeitsgerecht auffordert.

Dass es sich hier keineswegs nur um theoretische Erörterungen handelt, zeigt beispielsweise der Vernichtungsfeldzug der 1980er und 1990er Jahre gegen historische Bürgersteige. Mit ihm wurde ja kein Erhaltungsziel verfolgt, sondern ein ästhetisches Ideal. Die Entfernung zahlloser Bürgersteige aus dem historischen Straßenraum – bedeutender Zeugnisse des Fortschritts im Interesse der Fußgänger – war für die ignoranten Betreiber solcher Maßnahmen nichts anderes als die Beseitigung eines historischen Trennelementes, das unserer angeborenen Tendenz zur optischen Bevorzugung geschlossener Gesamtformen im Wege stand. Von einer heftigen Gegenwehr der Denkmalpflege gegen diese massenhaft durchgeführten „Verschönerungen“ auf Kosten der historisch gewachsenen Straßenprofile ist mir nichts bekannt. Das Beispiel macht deutlich, dass der Erhaltungsanspruch für real vorhandene Kulturdenkmäler mit Ensemblecharakter zwar theoretisch weiter besteht, durch den verunklarenden Bezug auf das Bildhafte aber in der Durchführungspraxis scheitert, ja scheitern muss. Die von Denkmalpflegern so gern betonte Unterscheidung zwischen Stadtbildpflege und Denkmalpflege wird irrelevant.

Im Gegensatz zum Ensemble bestehen in Deutschland, trotz unserer bundesstaatlichen Ordnung, für Einzeldenkmäler stringente gesetzliche Erhaltungsaufträge und zwar flächendeckend. Umso provozierender scheint es mir, dass die historische Wirklichkeit immer wieder durch harmonische Verhübschung oder pittoreske Historisierung entstellt wird. Wo stehen dabei eigentlich die deutschen Denkmalpfleger? Wer diese Frage als Zumutung empfindet, sollte sich nur einmal die Auflagen der Denkmalbehörden im Genehmigungsverfahren anschauen.

Forderungen zur Bestandssicherung sind da schon deutlich in der Minderheit. Stattdessen ist immer wieder die Rede von formalen Aspekten, von passender Gestaltung, von richtiger Materialwahl und von befundgerechter Farbgebung, um nur einige Beispiele zu nennen. Substanzgefährdende Lösungen werden dagegen häufig ohne ernsthaften Widerstand hingenommen, statt die bauphysikalischen Langzeitfolgen für den Bestand ernsthaft zu überprüfen.

Um nicht missverstanden zu werden, betone ich ausdrücklich: Die gestalterische Anpassung an den Bestand oder ein gezielter Kontrast muss ebenso bedacht werden wie die technische Verträglichkeit von Ergänzungen und Reparaturen. Was ich aber sehe, ist ein deutliches Missverhältnis zwischen beiden. Der Eindruck drängt sich auf, dass die am historischen Idealbild orientierte Gesamterscheinung wichtiger genommen wird als substanzgefährdende Baudetails. Das reale Sein wird unterminiert zugunsten eines attraktiven Scheins. Allerdings lässt sich nicht leugnen, dass das Eingehen auf bestimmte ästhetische Idealvorstellungen oftmals

der Preis ist, den der Denkmalpfleger zahlen muss, um die Bereitschaft des Nutzers für eine insgesamt denkmalgerechte Instandsetzungsmaßnahme zu bestärken oder überhaupt erst zu erreichen.

Wenn das unter Hintanstellen historischer Zeugniswerte aber immer wieder geschieht, wenn städtebauliche Wirkungen, male-riche Schönheit und künstlerische Vollkommenheit gerade von Denkmalpflegern immer wieder ins Feld geführt werden, um den Denkmalstatus oder die Richtigkeit nostalgisch rekonstruierender Vorhaben zu rechtfertigen, kann das nicht ohne Wirkung auf das Wertverständnis von Politikern und Bürgern bleiben. So ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Zugewinn an Gestaltwerten und die Verschönerung von der Allgemeinheit längst als wesentliche Ziele der Denkmalpflege betrachtet werden.

Genau hier liegt aber ein altes Problem der Denkmalpflege. Argumentative Abgrenzungsprobleme gegen formale Kriterien und nostalgische Verschönerungsideale haben in der Denkmalpflege eine lange ungute Tradition. Zwar war die Konzeption des modernen Denkmalbegriffs an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert – das Geschichtsdenkmal – ein Gegenentwurf zur Behandlung von Denkmälern als Objekte mit herausragenden Gestaltqualitäten – das Kunstdenkmal. Die von Hegel angedachte Verlagerung des gesellschaftlichen Interesses von der formalen Vollendung von Artefakten, wie sie idealtypisch in den Meisterwerken der griechischen Antike gesehen wurde, auf den Zeugniswert historischer Objekte,<sup>3</sup> fand in der Allgemeinheit wie auch bei den Fachleuten jedoch nur eine begrenzte Aufnahme.

So lag die Motivation für die aufwendigste Maßnahme des 19. Jahrhunderts an einem deutschen Baudenkmal, die Vollendung des Kölner Domes, nicht etwa in denkmalpflegerischem Erhaltungsstreben, sondern in dem Kalkül, damit ein herausragendes Wahrzeichen für die 1813/1814 gewonnene Einheit aller Deutschen zu schaffen. Dazu gehörte auch die Idee, den Dom von seiner umgebenden Bebauung freizustellen und standbildartig zu präsentieren. Zu den namhaften Unterstützern dieser Idee gehörte auch Schinkel, der sich an anderer Stelle ausdrücklich für eine rücksichtsvolle Bestandserhaltung einsetzte.

Durch die Konzeption der Verbindung des Nationaldenkmals Kölner Dom mit einer optimalen ästhetischen Anmutung entstand ein Wahrzeichen, das sich moderne Werbestrategen nicht besser hätten ausdenken können. Aus der Sicht des Zeugniswertes war es ein Desaster. Das ohnehin schon verbreitete Leitbild, bedeutende historische Bauten durch Freilegung in ihrer erhabenen Wirkung zu steigern, erfuhr durch das Vorbild des Kölner Domes eine zusätzliche Verstärkung. Allein in Köln fiel dieser „Verschönerungswelle“ im weiteren Verlauf des Jahrhunderts eine beachtliche Zahl wertvoller historischer Bauten zum Opfer, insbesondere durch die Freistellung historischer Stiftskirchen und Stadttore.<sup>4</sup>

Im Frankreich des 19. Jahrhunderts wurde Viollet-le-Duc zu einer Leitfigur, die noch pointierter als der Deutsche Schinkel forderte, dass historische Zufügungen, gleich welcher Epoche, an den Objekten respektiert werden müssten „unter völligem Verzicht auf jede persönliche Meinung“. In der Praxis aber verfolgte Viollet-le-Duc das Ziel, veränderte Bauwerke „in einen Zustand der Vollständigkeit zurückzusetzen, der möglicherweise nie zuvor existiert hat.“<sup>5</sup>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreichten die Diskussionen über den richtigen Umgang mit Denkmälern einen Höhepunkt. Die Anerkennung des Baudenkmal als einzigartige und nicht willkürlich veränderbare historische Quelle wurde von einigen Protagonisten, wie beispielweise Cornelius Gurlitt und Georg Dehio, zum zentralen Anliegen des Umgangs mit dem schützenswerten Bestand erklärt, ohne dass es zu einem allgemein verbindlichen Verhaltenskodex gekommen wäre. Dabei stoßen wir gerade bei den führenden Persönlichkeiten der Denkmalpflege immer wieder auf eine große Diskrepanz zwischen einem klaren erhaltungsorientierten Konzept und formalästhetisch verwässertem praktischen Handeln.

So etwa bei Georg Dehio, der mit seinem Grundsatz „konservieren, nicht restaurieren“ als Mitbegründer einer strikt konservatorischen Richtung der Denkmalpflege gilt. Gerade in der jahrelangen Grundsatzdebatte um das Heidelberger Schloss, in der er sich als Vorkämpfer eines konsequenten Verzichts auf formale oder historisierende Vorstellungen profilierte, ließ er aber schließlich doch ein Faible für Bildwerte erkennen. Mag man seine Bemerkungen vom „Stimmungsakkord des Ganzen“ oder über die „monströsen Giebel“ noch als argumentative Einstellung auf seine nur ästhetisch ansprechbaren Gegner werten, so gilt dies sicher nicht für sein Eintreten für den Wiederaufbau der brandzerstörten großen St. Michaeliskirche in Hamburg. Unmissverständlich sprach er sich dafür aus, „gemütliche Faktoren und Erwägungen“, wie sie massiv von der Bevölkerung der Hansestadt vorgebracht wurden, zu respektieren.<sup>6</sup>

Wie Dehio wird auch der rheinische Provinzialkonservator Paul Clemen gerne als Anwalt einer strikt konservatorischen Einstellung der Denkmalpflege zitiert. Und tatsächlich gibt es Äußerungen von ihm, in denen er die „blinde Restaurierungswut“ scheinbar konsequent verurteilt. Andererseits lobt er die Restaurierung der Marienburg durch Carl Steinbrecht, bei der wesentliche Zeugnisse der dreihundertjährigen polnischen Geschichte zugunsten einer Rückführung auf den mittelalterlichen Zustand vernichtet wurden. Beim Berliner Tor in Wesel, das 1791 im Zuge der Französischen Revolution seines reichen Bauschmuckes beraubt worden war, ließ er die gesamte Bauzier nach einer alten Zeichnung rekonstruieren.

Und angesichts der Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg forderte er, der Denkmalpfleger solle „die Wiederherstellung in der alten Form und tunlichst im selben Material und aus dem gleichen Geist der alten Handwerkstradition“ anstreben. Denkmäler sind für Clemen Wahrzeichen, „getragen von einer hohen Symbolik, einer geheimnisvollen Vorstellungswelt, [...] Verkörperung geheiligter religiöser Empfindungen [...] von uns teuren, uns erhebenden Stimmungsmomenten.“<sup>7</sup>

Die gefühlig ästhetisch durchsetzte Auffassung Clemens ist bis heute nicht überwunden worden, trotz moderner Gesetze, deren konsequenter Denkmalbegriff und Erhaltungsanspruch ja von Denkmalpflegern mitformuliert wurde. Diese Feststellung einer regressiven Hinwendung zu ästhetischen Wunschbildern muss auch kaum relativiert werden, wenn man in Rechnung stellt, dass es prominente Fälle gibt, in denen die Gesellschaft die ersehnte

Schönheit rekonstruierter Highlights gegen das Votum der Denkmalpfleger realisiert hat. Ich erwähne nur den verspäteten Wiederaufbau des Knochenhauer Amtshauses in Hildesheim, die Fassadenrekonstruktion der Ostzeile am Frankfurter Römerberg und den teilweisen Wiederaufbau des Braunschweiger Schlosses. Die von der Denkmalpflege nicht gewollte Rekonstruktion des Berliner Schlosses ist längst eine beschlossene Sache, und der Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam wäre wohl nur noch durch ein Scheitern der Finanzierung zu verhindern.

Es ist sicher kein Zufall, dass es bei den genannten Beispielen durchweg um die Revision von Kriegsverlusten und spätere Ruinenbereinigung in ihrem Gefolge geht. Dass wir als Gesellschaft offenbar nicht gewillt sind, diese Verluste aktiv zu betrauern und damit schließlich als definitiv zu akzeptieren, ist wohl auch eine Flucht vor dem Eingeständnis unserer eigenen Verantwortung für die massiven Kriegszerstörungen, wie uns Alexander und Margarethe Mitscherlich schon vor Jahren vorgehalten haben.<sup>8</sup> Die meisten Rekonstruktionen wären aber wohl auch nicht denkbar, wenn sie nicht mit einer verbreiteten Geschichtsfremdheit einhergingen, die einen angemessenen Respekt vor authentischen historischen Objekten vermissen lässt und Denkmäler als Ressourcen nostalgischen Wohlgefühls betrachtet.

Anscheinend gibt es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, nach dem die Tradition ein wesentlicher Bestandteil der Erlebnisvielfalt der Gegenwart sein sollte. Nur richten sich die Wünsche eben nicht auf den Informationsgehalt der Originale, sondern auf ihre formalen Qualitäten und ihren Stimmungswert. Die meisten Menschen sind mit Surrogaten völlig zufrieden, wenn sie nur ihren diffusen, ästhetisch-historisierenden Vorstellungen gerecht werden. Indem Imitationen vom Diktum des Minderwertigen befreit werden, tragen sie aber indirekt auch zur Vernichtung authentischer Objekte bei. Warum soll man ein Original schützen, wenn der Ersatz ebenso viel Befriedigung bietet?

Dass der Denkmalpfleger gerade bei großen Rekonstruktionsvorhaben wie dem Berliner Schloss oder der Garnisonkirche in Potsdam nicht das letzte Wort haben kann, liegt auf der Hand. Es bleiben aber zahlreiche Fälle, in denen der zuständige Denkmalpfleger stillschweigend oder im besten Einvernehmen mit Bauherren und Öffentlichkeit stilistische und formal geschmacklerische Präferenzen zum Nachteil des authentischen Bestandes akzeptiert. So etwa beim Wiederaufbau von St. Maria im Kapitol in Köln, der wegen seiner beliebig anachronistischen Kombination von Bauteilen unterschiedlicher Entstehungszeiten von Georg Mörsch zu Recht als Denkmalfälschung bezeichnet wurde. Zu denken ist aber auch an die zahlreichen kleineren Maßnahmen, bei denen der Denkmalpfleger originale Spuren der Geschichte opfert, indem er spätere Bauphasen durch rekonstruierende Rückgriffe auf einen ausgewählten zeitlichen Gebäudezustand ersetzt, der seiner Vorstellung eines formal stimmigen historischen Baus entspricht.

In diesem Zusammenhang ist immer wieder zu hören, dass man sich bei der Instandsetzung eines Baus für eine bestimmte Bauphase – etwa des 17. oder 19. Jahrhunderts – als Grundlage entscheiden müsse. Warum eigentlich? Sicher ist es für das

Verständnis wichtig zu wissen, welche Bauteile zu welcher Zeit und in welchem Zusammenhang entstanden sind und welche historische Bedeutung sie haben. In Wirklichkeit ist der Bezug auf eine bestimmte Bauphase als Sanierungsgrundlage aber meist nichts anderes als eine Ausflucht, um die eigenen Vorstellungen von Harmonie und historischer Richtigkeit mit einem scheinbar objektiven historischen Argument zu bemänteln. Mitunter sieht es so aus, als ob manche Denkmalpfleger zu Denkmaldesignern mutiert wären.

Warum kämpfen Denkmalpfleger oft so engagiert, ja teilweise verbissen für die Wiederherstellung einer bestimmten geschichtlichen „Originalfarbigkeit“, die einem in seinen Details schon vielfach geänderten Bau als Gesamtheit gar nicht mehr gerecht werden kann? Warum fallen Fassungen oder Malereien immer wieder einem unheiligen Freilegungseifer zum Opfer, nur weil man meint, unbedingt bis zur ältesten untersten Schicht einer Fassung oder Malerei vorzudringen zu müssen? Und welcher Denkmalpfleger denkt angesichts faszinierender Befunde noch daran, dass wir Malereien, die gerade deshalb viele Jahrhunderte überdauert haben, weil sie durch späteres Überputzen oder Übermalen optimal geschützt waren, durch Freilegung einer ungewissen Zukunft überantworten?

Es ist nicht zu übersehen, dass die verbreitete Nachfrage nach gefälligen historischen Bildern von einigen Denkmalpflegern nicht nur unter öffentlichem Druck mit entsprechenden Bedarfsartikeln befriedigt wird. Vielmehr scheint es ein tief verankertes Bedürfnis für das ästhetisch Vollkommene zu geben, das neben dem gesetzlichen Auftrag zur Erhaltung von authentischen Zeugnissen der Geschichte virulent geblieben ist, auch in der Gefühlswelt von Denkmalpflegern: Schönheit ist eine Macht! Die Wahrheit dieser Feststellung ist längst durch die moderne Forschung bestätigt worden: Gut aussehende Kinder bekommen in der Schule bessere Noten, schöne Menschen finden leichter eine Anstellung und schöne Gesetzesbrecher bekommen geringere Strafen. Unsere Wahrnehmung der Umwelt und insbesondere auch der Architektur geschieht nach ererbten Mustern, die natürlich auch für Denkmäler und Ensembles gelten. Dazu gehört in erster Linie unsere Präferenz für die formale und stilistische Geschlossenheit von historischen Objekten.

Es ist also überhaupt nicht verwunderlich, dass Rekonstruktionen immer darauf hinauslaufen, diesem Aspekt unserer ästhetischen Wahrnehmung zu folgen. Nicht erst seit unserer Einstimmung auf die Beliebigkeit postmoderner Medienwelten. So war es, als das 1962 von Oesterlen erbaute Hotel Rose auf dem Hildesheimer Marktplatz als Störfaktor empfunden wurde und einer Rekonstruktion des Knochenhauer Amtshauses weichen musste. So war es auch, als die Aufstockung des 19. Jahrhunderts auf dem sogenannten Mittelbau der Abtei Brauweiler entfernt wurde, angeblich aus statischen Gründen, in Wirklichkeit aber, weil sie das vom 18. Jahrhundert geprägte Gesamtbild störte. Und so ist es auch beim geplanten Wiederaufbau des Berliner Schlosses, dessen Rekonstruktion wesentlich mit platzräumlichen und städtebaulichen Argumenten in der desolaten Leere des Marx-Engels-Platzes begründet wird.

Bei kleineren Bauvorhaben lässt sich die Bedeutung formal-ästhetischer Begründungen kaum überprüfen, weil dabei in aller Regel kein schriftlich festgehaltener Diskurs stattfindet. Dafür wird sie bei prominenten Rekonstruktionen umso deutlicher. Und es sind eben nicht nur kommerzielle Verwerter und Politiker, Architekten und Journalisten, die mit ästhetischen und stadträumlichen Argumenten für die Wiederherstellung einer schöneren Umwelt plädieren, sondern auch Denkmalpfleger. Dabei geht es ihnen um die Rekonstruktion der „Gesamterscheinung“, um den „Kontext eines größeren Wirkzusammenhangs“,<sup>9</sup> um die „städtebauliche Rolle“ eines Objektes, um den „monumentalen Maßstab eines Viertels“<sup>10</sup> und so fort. Die gestaltbezogenen Argumente unterscheiden sich nur in Nuancen von denen, die wir schon von Dehio und Clemen kennen.

Immer wieder taucht auch das Argument von der herausragenden Bedeutung eines Objektes auf, bei der Dresdner Frauenkirche beispielsweise mit den Worten „Monument von Weltbedeutung“ oder „einsamer Gipfel europäischer Baukunst, unvergleichlich, Unikat“.<sup>11</sup> Als ob die herausragende Bedeutung eines Objektes ein Grund wäre, der seine Bindung an die materielle Substanz aufheben könnte. Der Verlust eines Denkmals mag umso schmerzlicher sein, je bedeutender es ist, je schöner, je größer seine symbolische und monumentale Wirkung. Aber seine vollständige Vernichtung löscht in jedem Fall die Denkmaleigenschaft aus. Und es wäre gut, wenn die Denkmalpflege sich nicht mit sozialpsychologischen Argumenten an Diskussionen beteiligen und so den Eindruck erwecken würde, als ob das allgemeine Verlustempfinden ein akzeptables denkmalpflegerisches Argument für die Rekonstruktion wäre. Ebenso unsinnig scheint mir das auch von Denkmalpflegern immer wieder zu hörende Argument, dass Rekonstruktionen eher zu rechtfertigen seien, wenn Zerstörung und Wiederaufbau in engem zeitlichen Zusammenhang geschähen. Das klingt gerade so, als ob die Authentizität eines zerstörten Bauwerks nicht mit der Zerstörung verloren ginge, sondern erst nach und nach mit dem Verblässen unserer Erinnerung. Dass die Neuinszenierung mit frischer Erinnerung ein Original wiederherstellt, im Gegensatz zur späteren Rekonstruktion, wird doch wohl niemand behaupten wollen. Glückspantasien nach rückwärts sollten wir besser denen überlassen, die das gute Recht haben, unfachliche Aspekte in ihre Überlegungen einzubeziehen. Sicher ist es immer angebracht, Verlustschmerzen der Bevölkerung und Einzelner mit Verständnis zu begegnen. Und ich bin auch überzeugt, dass es auf diese Weise eher möglich ist, auch eine breitere Akzeptanz für unsere manchmal zwingende denkmalpflegerische Betrachtung zu finden, nämlich die Endgültigkeit eines Verlustes.

Eine Welt, die wesentlich über Wahrnehmungsprozesse konstituiert wird und sogar selbst zum ästhetischen Konstrukt geworden ist, macht es Denkmalpflegern sicher nicht leicht, eine denkmalpflegerische Grundhaltung zu bewahren, in der der Schutz des authentischen historischen Bestandes immer seine eindeutige Priorität behält. Gerade der kunsthistorisch vorgebildete Denkmalpfleger hat ja ein viel prägnanteres Bild davon vor Augen, wie eine umgebaute Kirche des 12. Jahrhunderts in ihrer ursprünglichen Gestalt ausgesehen haben mag oder ein unverändertes barockes

Schloss. Er muss sich daher mit einer klaren denkmalpflegerischen Grundhaltung von der inneren Anmutung solcher Idealgestalten distanzieren, wenn er seinem Auftrag wirklich gerecht werden will. Und der Auftrag lautet: Denkmäler sind zu erhalten. Erhalten aber kann man nur, was noch vorhanden ist.

Die rheinische Denkmalpflege hat hierzu kürzlich eine unerbetene, aber sehr hilfreiche und klärende Unterstützung erhalten, die unmissverständlich deutlich macht, wie wichtig es ist, sich als Denkmalpfleger nicht von imaginären Bildwelten zu Rekonstruktionen verleiten zu lassen: 1983 hatte die Stadt Bonn als zuständige Denkmalbehörde das Metropol, ein 1929/30 erbautes Lichtspieltheater am Bonner Markt im Benehmen mit dem Landeskonservator in ihre Denkmalliste eingetragen. In den Folgejahren kam es zu mehrfachen Umbauten und Gerichtsverfahren, die hier nur soweit erwähnt werden sollen, wie sie für die strittige Authentizität des Gebäudes von Belang sind. So wurde die Rechtmäßigkeit der Unterschutzstellung vier Jahre nach der Listeneintragung durch das Oberverwaltungsgericht (OVG) des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt, obwohl der Bestand durch mehrfache Umbaumaßnahmen bereits erheblich gelitten hatte. In seinem Urteil konkretisierte das OVG: Im Kinosaal seien „die konstruktiven Bauteile des Bühnenrahmens, die Empore und die Ränge noch erhalten [...]“. Die gesamte Raumordnung und Raumausgestaltung sei damit typisch für die Lichtspieltheater am Ende der 1920er Jahre“.

Weitere Bauvorhaben mit wechselnden Nutzungszielen führten schließlich zum Verlust der Denkmaleigenschaft des Metropol, wie das OVG 2008 nach einem weiteren Gerichtsverfahren durch zwei Instanzen feststellte: „Das bauliche Zentrum des Objektes, das den eigentlichen Grund für seine Errichtung und das Herzstück seiner Nutzung als Großkino darstellt“, so das Urteil, „– der große Saal mit Rang und Bühne sowie der für den Kinobetrieb erforderlichen Ausstattung – existiert als historisches Zeugnis nicht mehr.“ Die Annahme der Denkmalbehörde, dass die fehlenden Teile durch die inzwischen durchgeführte Rekonstruktion etwa vollwertig ersetzt und die denkmalbegründenden Aussagen des Objektes somit erhalten worden seien, lässt das Gericht nicht gelten.

Dazu wird präzisiert: „Die vorstehenden Ausführungen werden durch den Umstand, dass zahlreiche Bestandteile des Gebäudes nach Zerstörung oder Abbruch auf der Grundlage historischer Befunde rekonstruiert worden sind, nicht in Frage gestellt. Auch wenn insbesondere der große Saal mit Ranggeschoss, Kuppel, Orchestergraben, Bühnenrahmen und Bühnenhaus nach ihrer Neuerrichtung das historische Vorbild wieder erkennen lassen, [...] hat diese Teilrekonstruktion des Gebäudes den Verlust der Denkmaleigenschaft nicht verhindern können.“<sup>12</sup> Ergänzend betont das Gericht, dass es sich bei den am Metropol durchgeführten Baumaßnahmen eben nicht um bloße Erhaltungsmaßnahmen gehandelt habe, die regelmäßig nicht zum Verlust der Denkmaleigenschaft führten. Dies gelte auch, wenn im Laufe der Jahrhunderte der letzte noch aus der Erbauungszeit stammende Stein infolge zeitbedingter Verwitterungsschäden ausgetauscht worden sei.

Die bemerkenswerte Klarheit dieses Urteils sollte all denen zu denken geben, die immer wieder versuchen, größere Verluste durch Rekonstruktionen zu überspielen. Das Urteil lässt keinen

Spielraum für Ausflüchte, wann Rekonstruktionen unter bestimmten Umständen eben doch möglich sein könnten. Und das ist gut so. Wir werden mit Recht am Erhaltungsauftrag der Denkmalschutzgesetze gemessen, auch wenn nicht jede Fehlentscheidung durch ein passendes Urteil quittiert wird. Auf längere Sicht wird eine fruchtbare Arbeit der Denkmalpflege nur gelingen, wenn sich

endlich eine einheitliche Auffassung über den denkmalpflegerischen Erhaltungsauftrag durchsetzt und stringent in der Öffentlichkeit vertreten wird. Eine Fortsetzung des mehr als hundertjährigen Trauerspiels über Konservierung und Restaurierung kann sich eine Denkmalpflege, die glaubwürdig sein will, nicht leisten. Das Bonner Metropol-Urteil ist eine deutliche Warnung.

### Anmerkungen

- 1 Wolfgang Welsch, *Ästhetisches Denken*, Stuttgart 1990, zitiert nach: Werner Jung, *Von der Mimesis zur Simulation*, Hamburg 1995, S. 213.
- 2 Denkmalschutzgesetz der Stadt Hamburg vom 3.12.1973, zuletzt geändert 27.11.2007, § 2, (Die Denkmalschutzgesetze von Bremen und Niedersachsen kommen ohne den irritierenden Verweis auf den Bildcharakter von Ensembles aus.).
- 3 Jörg Schulze, *Denkmalpflege und Ästhetik*. In: *Denkmalkultur im Rheinland* (= Festschrift für Udo Mainzer zum 65. Geburtstag), Worms 2010, S. 54.
- 4 Jörg Schulze, *Denkmalbereiche*. In: *Denkmalbereiche im Rheinland* (= Arbeitshefte der Rheinischen Denkmalpflege 49), Köln 1996, S. 11 ff.
- 5 Jörg Schulze (wie Anm. 3), S. 54.
- 6 Jörg Schulze (wie Anm. 3), S. 55.
- 7 Michael Metschies, *Von der bösen Lust zum Rekonstruieren von Baudenkmalern* (= Johannesberger Texte 3), Fulda, 1995, S. 64.
- 8 Siehe dazu: Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zum Trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München, 1968.
- 9 Siehe dazu: Manfred F. Fischer, *Rekonstruktionen – Ein geschichtlicher Überblick*. In: *Rekonstruktionen in der Denkmalpflege* (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 57), Bonn 1997, S. 14 f.
- 10 Heinrich Magirius, *Meinungsstreit: Wiederaufbau der Frauenkirche oder Erhaltung der Ruine als Denkmal?* In: *Zur Rekonstruktion von Baudenkmalern* (= Johannesberger Texte 3), Fulda, 1995, S. 99 ff.
- 11 Heinrich Magirius (wie Anm.9), S. 98.
- 12 OVG NRW, Urteil vom 26. August 2008 - 10 A 3250/07-.



## Im Land der Dichter und Dämmer: Ökologie als Denkmalkiller?

ARNOLD BARTETZKY

Als ich vor weniger als zehn Jahren von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz zu einer Podiumsdiskussion über Denkmalschutz und energetische Sanierung eingeladen wurde, musste ich zunächst gestehen, bis dahin noch nie über das Thema nachgedacht zu haben. Das ist aus heutiger Sicht unfassbar. Denn man müsste heute mit Blindheit geschlagen sein, um die Folgen der Energiespar- und Klimaschutzkampagnen für den Denkmalbestand, ja für ganze Stadt-, Dorf- und Landschaftsbilder Deutschlands zu übersehen. Je teurer das Heizen und je ungewisser die Stromversorgung wird, je schärfer die Energieeinsparverordnungen und je katastrophischer die Klimawandelszenarien ausfallen, desto hektischer wird der

Baubestand mit matratzendicken Dämmschichten verpackt. Und dies meist ohne Ansehen der Qualität: Der Sichtbeton von Plattenbauten verschwindet ebenso unter den klobigen Styroporblöcken wie subtile Klinkerkompositionen der zwanziger und dreißiger Jahre. Manchmal machen die Dämmenthusiasten sogar vor gründerzeitlichem Ornament (Abb. 1) oder auch intaktem Fachwerk nicht Halt (Abb. 2). Mit ihrem dünnen Putz über dem weichen Styropor wirken die Wärmedämmverbundsysteme wie glattgestrichene Knetmasse und die durch Verdoppelung der Laibungstiefe eingesunkenen, oftmals gleichzeitig verkleinerten Fenster lassen zuweilen an eingefallene Augenhöhlen von Greisen denken.



Abb. 1 Energetische Kaputtsanierung: Gründerzeitliches Doppelhaus in Eisenach. Die rechte Hälfte verlor mit der Verpackung jeden Charme, der linken erging es aber auch nicht besser: Sie wurde inzwischen abgerissen. Aufnahme 2007.



Abb. 3 Gutgemeinte Verschlimmbesserung: Gedämmtes Wohnhaus aus der Zwischenkriegszeit in Hamburg-Dulsberg. Applizierte Klinkerimitate sollen über den Gesichtsverlust hinwegtäuschen. Aufnahme 2009.



Abb. 2 Vom Regen in die Traufe: Fachwerkhäuser in Heisede. Kaum von Asbestplatten befreit, verschwindet das intakte Fachwerk unter Styroporblöcken. Aufnahme 2011.



Abb. 4 Nachbarschaftlicher Zusammenstoß der Kulturen: Links eine schonende Sanierung, rechts eine zerstörerische Verjüngungskur. Die Fotografie, irgendwo in Deutschland entstanden, wurde – offenbar ohne jede kritische Absicht – als Illustration zum Wikipedia-Artikel über Wärmedämmverbundsysteme verwendet. Aufnahme 2011.



Abb. 5 Baudenkmal als Kraftwerk: Fachwerkhaus mit Solaranlage im Eichsfeld. Aufnahme 2005.



Abb. 6 Landschaftszurichtung für die Energiewende: Windpark bei Eisenach. Aufnahme 2011.



Abb. 7 Renaissance der Flurbereinigung: Maismonokultur mit Biogasanlage. Aufnahme 2007.

Traditionsverhaftete Hausbesitzer versuchen an das frühere Erscheinungsbild anzuknüpfen, indem sie etwa die Dämmschicht, als Reverenz an die darunter verschwundenen Ziegel, mit dünnen Riemchen oder mit Wandpaneelen in „Backsteinoptik“ tapezieren (Abb. 3). Andere begreifen die Wärmedämmung als ästhetische Verjüngungskur und malen die Fassaden mit schrillen Modifarben an (Abb. 4). Das Ergebnis ist in beiden Fällen eine Verschlimmbesserung.

Während in unserer Bekleidungskultur kaum etwas so geächtet – und gefürchtet – ist wie die Ganzkörpervermummung, bekommen unsere Häuser eines nach dem anderen eine Burka übergestülpt, wie Peter Richter und Niklas Maak in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ spotteten.<sup>1</sup> Der Anblick der vermummten Häuser ruft Erinnerungen an die Sanierungspraxis einer Zeit wach, die als baukultureller Tiefpunkt in der Geschichte der Bundesrepublik gilt. Ein Diskutant in einem Internet-Forum der „Bauwelt“ brachte es so auf den Punkt: „Vorwärts, wir müssen zurück! In den 1960ern und 1970ern wurden Altbauten mit kleinformatischen Asbestzementplatten und Ziegelimitaten aus Bitumenpappe versaut. Dann kam die Kampagne ‚Eine Zukunft für unsere Vergangenheit‘ – also das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 – „und das ganze Zeug wurde wieder abgebaut – zumindest bei Baudenkmalen. Nun geht der Wahnsinn wieder los. Lasst uns dieses Land dauerhaft, nachhaltig und klimaschonend ästhetisch versauen. Im Urlaub erholen wir uns dann im Ausland!“<sup>2</sup> Eine erschütternde Illustration zu dieser Parallele bietet der Anblick eines Fachwerkhauses im niedersächsischen Heisede, das auf einer Seite von seiner scheußlichen,

vor ein paar Jahrzehnten als zeitgemäßes, modernes Kostüm geltenden Asbestzementverkleidung befreit wird, während um die Ecke das freiliegende Fachwerk bereits unter Styroporblöcken verschwindet (Abb. 2).

Es ist noch nicht lange her, dass unzählige solcher Häuser in lange verborgener Schönheit erstrahlten, indem sie ihre nunmehr als miefig empfundenen Verkleidungen abwarfen. Hätte jemand in den achtziger oder neunziger Jahren prognostiziert, dass man bald nach der damals eingeleiteten Befreiung von Asbest und Pappe dazu übergehen würde, im Namen des Fortschritts den Altbaubestand mit Kunststoff zuzukleistern, hätten wir ihn wohl für verwirrt erklärt. Denn der Gewinn an Ästhetik und Lebensqualität durch die Beseitigung der Entstellungen war so offenkundig, dass die Entwicklung bis auf Weiteres unumkehrbar schien. Unter den stumpfen Platten kamen nach Jahrzehnten der Entwöhnung handwerkliche Qualität und Detailreichtum zum Vorschein, totsanierte Straßen erhielten ihren verlorenen Reiz zurück, ganze Städte gewannen an Attraktivität. Die steigende gesellschaftliche Akzeptanz denkmalgerechter Altbaurestaurierung deutete auf einen Entwicklungssprung im Verständnis für das Bauerbe, um nicht zu sagen: in der Geschmacksbildung der Massen hin. Die Bedenken- und Wahllosigkeit, mit der das Bauerbe heute verpackt wird, zeigt, dass dies eine Illusion war.

Zu einer ähnlichen Plage wie die Dämm Pakete auf den Mauern entwickeln sich die Sonnenkollektoren und Photovoltaikmodule auf den Dächern (Abb. 5). Inzwischen ist kaum noch ein Dorf von dieser Invasion verschont geblieben. Selbst die intaktesten und

reizvollsten Dachlandschaften sind vor der grassierenden Verunstaltung nicht sicher. Vor allem auf roten Dachziegeln erzeugen die blau-silbrig glänzenden Paneele einen schreienden Kontrast, Versuche einer Anpassung von Form und Größe der Anlagen an die Dachgestalt sind bisher eine Ausnahme.

Aber nicht nur der Denkmalbestand, nicht nur die Stadt- und Dorfbilder, auch die Landschaft verändert sich durch den Ausbau erneuerbarer Energien in rasantem Tempo. Äcker verwandeln sich in Photovoltaikfelder, himmelstürmende Windkraftträder erobern die Gipfel und breiten sich als Stahlwälder in der Ebene aus (Abb. 6), der geplante Ausbau der Stromnetze droht das Land mit monströsen Höchstspannungsleitungen zu überziehen, der extensive, ökologisch problematische Anbau von Energiepflanzen wie Raps und Mais befördert eine Landschaftsverödung durch Monokulturen, die an die berüchtigten früheren Flurbereinigungen erinnert (Abb. 7).

Neben der demographischen Entwicklung ist die Energiewende heute die größte Herausforderung für den Denkmalschutz in Deutschland, und sie droht zu einem Desaster für den Landschafts- und Naturschutz zu werden. Das Atomzeitalter setzte uns Gefahren aus, mit denen wir nicht auf Dauer leben wollen. Das anbrechende postatomare Zeitalter zeigt uns ein hässliches Gesicht, an das wir uns nicht gewöhnen wollen.

Das werden wir aber müssen, sagen uns inzwischen nicht nur Radikalökologen, sondern die meisten maßgeblichen Politiker. Denn all die brachialen Eingriffe seien „alternativlos“. Wer sich dagegen auflehnt, trägt sich den Vorwurf eines weltfremden, ja verantwortungslosen Ästhetizismus ein.

Doch so verheerend die Folgen für Bauerbe und Landschaft, so fragwürdig ist die ökologische Gesamtbilanz vieler Eingriffe im Namen von Ressourcenschonung und Klimaschutz. Das gilt besonders für die Zurichtung des Gebäudebestands.

Bei der Außendämmung stehen dem – gemessen an den Versprechungen der Hersteller meist ernüchternden – Energieeinsparereffekt der Energieaufwand, der Rohstoffverbrauch und die Umweltbelastung bei Erzeugung, Transport, Anbringung und nicht zuletzt bei der künftigen Entsorgung des Materials entgegen. In der von der Dämmindustrie genährten Überzeugung mit der Außendämmung eines Altbaus nicht nur für den eigenen Geldbeutel, sondern auch für die Umwelt etwas Gutes zu tun, denken die wenigsten Hausverpacker daran, dass sie mit den vorwiegend aus dem synthetischen Polystyrol, vulgo: Styropor bestehenden, bis zu dreißig Zentimeter dicken Dämmschichten Müllberge von morgen produzieren.

Wohlgemerkt, von morgen und nicht erst von übermorgen. Denn von einem Material, das noch nicht einmal einem pickenden Spechtschnabel standhält, ist nicht gerade eine generationenlange Haltbarkeit zu erwarten. Das Einnisten von Vögeln im weichen Styropor ist nur eine der Ursachen für die vielen Bauschäden durch Eindringen von Nässe und Schimmelbildung, die bei verpackten Gebäuden gemeldet werden. Der Besitzer muss dann nicht nur die Entsorgung, sondern auch eine neue Sanierung übernehmen.

Ökologische Schäden auf dem Grundstück hat er aber schon vorher zu befürchten, da Wärmedämmverbundsysteme zum Schutz

vor Algen- und Pilzbefall giftstoffhaltige Pestizide enthalten, die binnen weniger Jahre vom Regenwasser in den Boden gespült werden. Vom Styropor, das bei rund achtzig Prozent der Systeme verwendet wird, kann sogar Lebensgefahr ausgehen: Bei Kontakt mit Feuer wirkt es als Brandbeschleuniger, der den Flammen, wie bereits geschehen, in Windeseile zur Ausbreitung auf die ganze Hausfassade verhelfen kann – ein Risiko, das sich wohl auch durch den üblichen Einsatz flammenhemmender Chemikalien auf der Dämmschicht nicht unter Kontrolle bringen lässt.<sup>3</sup>

Nicht gerade über alle Zweifel erhaben ist auch die ökologische Gesamtbilanz der auf Hausdächern angebrachten Photovoltaikanlagen. Wegen des hohen Energieaufwands bei der Herstellung und des niedrigen Wirkungsgrads in unseren sonnenarmen Breiten benötigen sie Jahre, um sich energetisch zu amortisieren. Ungleich schwerer wiegt aber die ungelöste Entsorgungsfrage, vor allem bei den billigeren Dünnschichtmodulen, die das krebserregende Schwermetall Cadmium enthalten. Bis heute ist nicht klar, wie diese Massen an kontaminiertem Elektroschrott nach einer optimistisch angenommenen Betriebszeit von dreißig Jahren beseitigt werden, und es steht zu befürchten, dass sie gelegentlich im Hausmüll landen.<sup>4</sup>

Mit dem Hinweis auf die Umweltbelastung im Namen von Ressourcenschonung und Klimaschutz sei nicht behauptet, dass Außendämmung von Altbauten und Erzeugung von Sonnenenergie auf deren Dächern grundsätzlich kein ökologisch verträglicher Beitrag zur Energiewende sein könnten. Beides erfordert aber Augenmaß und eine sorgfältige, auf das einzelne Gebäude abgestimmte Vorbereitung. Ein hohes zerstörerisches Potenzial hat dagegen der aktuelle, subventionierte Aktionismus, zumal wenn er sich mit einem quasireligiösen Fundamentalismus und damit einer Unfähigkeit zur Güterabwägung verbindet.

Ein prominenter Exponent dieser Haltung ist Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer. „Ich würde, wenn es möglich wäre“, rief Palmer allen Ernstes auf einer Konferenz von Architekten und Stadtplanern aus, „heute noch das Gesetz erlassen, dass alle Gebäude gedämmt werden müssten. Es ist einfach ein Unding, dass wir uns nur um die Neubauten kümmern, dafür eine [...] Energieeinsparverordnung entwickeln und der Bestand darf weiterhin mit vier- oder fünfhundert Kilowattstunden im Jahr zum Fenster und zur Wand hinaus heizen, ohne dass irgendein Gesetz jemanden daran hindert. [...] Sie müssen sich um den Bestand kümmern und deswegen sage ich, der Skandal ist, dass das Verpacken so langsam vorangeht. [...] Es muss schneller gehen [...], wir sollten viermal mehr einpacken. Und jetzt habe ich nichts dagegen, wenn Sie konstruktiv herangehen und mir den Vorschlag machen, wie das ohne Styropor gehen soll, allerdings bitte nicht einen, der viermal so viel kostet. [...] In der Stadt Tübingen [...] haben wir unsere Sanierungsrate in den letzten drei Jahren verdreifacht. Wir packen ein wie die Weltmeister. Sie werden bei uns überall Baustellen finden, wo nur eingepackt wird. Ich bin stolz darauf [...]. Wir können auf diese Einsparung nicht verzichten. Und ein Drittel unseres Klimaproblems in Deutschland sind Ihre wunderbaren architektonischen Meisterwerke, die unter energetischen Gesichtspunkten allesamt Katastrophen sind – mit wenigen Ausnahmen.“<sup>5</sup>

Mit der abschätzig ironisierenden Rede von „wunderbaren architektonischen Meisterwerken“ offenbart Tübingens Oberbürgermeister, dem eines der am besten erhaltenen Stadtbilder in Deutschland anvertraut ist, eine erschreckende Geringschätzung des Bauerbes. Indem er dieses pauschal als energetische Katastrophe brandmarkt, zeigt er sich zugleich als Vertreter einer reduktionistischen U-Wert-Obsession, die zu einer ganzheitlichen Analyse der Energiebilanz eines Gebäudes unfähig ist. So entgeht ihm, was die Lebenszyklusbetrachtung von Baudenkmalen zutage bringt: dass diese schon deshalb viel Energie eingespart und Ressourcen geschont haben, weil sie seit einhundert, zweihundert oder fünfhundert Jahren existieren, ohne in dieser Zeit, wie bei einem Großteil der Neubauten üblich, im Abstand von einer Generation abgerissen und neugebaut worden zu sein.

Glücklicherweise fand der von Palmer und anderen Scheuklappenpendämmern propagierte Fundamentalismus bisher keinen Eingang in die Energieeinsparverordnung, die ungeachtet aller Verschärfungen Ausnahmen „bei Baudenkmalern oder sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz“ zulässt, wenn die energetischen Anforderungen „die Substanz oder das Erscheinungsbild beeinträchtigen“.<sup>6</sup>

Das Problem ist damit aber nicht gelöst. Denn das Hauptopfer des Dämmwahns sind nicht die gelisteten Baudenkmalere oder allgemein als besonders erhaltenswert erkannte Einzelbauten, sondern die unzähligen Wohngebäude, die einzeln betrachtet oftmals unscheinbar wirken, in der Summe aber den Charakter einer Stadt ausmachen können. In Hamburg etwa verlieren ganze Wohnviertel ihren Reiz, seit die schönen, changierenden Oberflächen des traditionellen Klinkermauerwerks massenweise unter Styropor verschwinden.<sup>7</sup>

Nicht alle Besitzer solcher stadtbildprägender Massenbauten, meist Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften, sind begeisterte Hausverpacker. Wenn sie aber auf Außendämmung verzichten, riskieren sie erhebliche Wettbewerbsnachteile. Denn, auch wenn die gefühlte Energieersparnis durch Styropor meist viel größer ist als die reale, werden bei unverpackten Häusern wesentlich höhere Heizkosten befürchtet, die durch entsprechend niedrigere Mieten kompensiert werden müssen. Selbst aus dem unter Wohnungsknappheit leidenden Hamburg ist zu hören, dass die Verpackungsverweigerer unter den Hauseigentümern zunehmend Schwierigkeiten haben, ihre Mieter zu halten. Hinzu kommen der Ausfall von Fördergeldern und der durch Dämmgläubige wie Palmer erzeugte Druck auf das ökosoziale Gewissen.

Die Styroporisierung des Bauerbes lässt sich also nicht allein durch die Verteidigung der Denkmalnischen in der Energieeinsparverordnung aufhalten. Notwendig ist auch eine beharrliche Aufklärung über die Verluste durch und die Alternativen zur Außendämmung, gepaart mit dem Einsatz für eine denkmalgerechtere Förderpolitik. Die Denkmalpflege und zahlreiche denkmalfreundliche Institutionen, Initiativen, Fachleute und Journalisten in Deutschland haben dies frühzeitig erkannt. Die inzwischen vorliegenden Studien<sup>8</sup>, Handlungsleitfäden<sup>9</sup>, Publikationen in Büchern<sup>10</sup>, Fachzeitschriften<sup>11</sup> und Presse<sup>12</sup>, die stattgefundenen Konferenzen, Diskussionsveranstaltungen und laufenden Modellprojekte<sup>13</sup> zu verschiedenen Aspekten des Themas lassen sich kaum noch überschauen.

Und sie bleiben nicht ganz ohne Wirkung: Auch wenn Lobbyisten und Fanatiker weiterhin unverdrossen dreißig Zentimeter dicke Styroporbrocken als Nonplusultra für die energetische Ertüchtigung des Baubestands anpreisen und den Klimaschutz gegen den Denkmalschutz ausspielen, findet allmählich auch die Forderung Gehör, dass jeder Maßnahme eine gründliche Abwägung zwischen Energieeinspareffekt und Denkmalverträglichkeit vorauszugehen hat. Es spricht sich langsam herum, dass auch durch eine Kombination von aus baukultureller Sicht unproblematischen Eingriffen wie Erneuerung der Heiztechnik und Dämmung von Kellerdecke und Dachboden ein sehr hoher Wirkungsgrad erzielt werden kann. Auch die immer besseren Erfahrungen mit atmungsaktiver Innendämmung der Außenwände stoßen zunehmend auf Interesse. Und wer sich dennoch für Außendämmung entscheidet, kann aus zuverlässiger Quelle erfahren, dass die Beschränkung auf eine dünne Dämmschicht zweckmäßig ist, da der erste Zentimeter den größten Einspareffekt bringt, während der Wirkungsgrad ab vier Zentimetern Dämmdicke unverhältnismäßig abnimmt.<sup>14</sup>

Viel Beachtung finden auch die bisher wenigen Beispiele guter Praxis, die die Möglichkeit der Versöhnung von energetischer Ertüchtigung und Denkmalschonung vorführen. Eines von ihnen ist die im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau 2010 durchgeführte Sanierung der Siedlung „Am Bergmann“ in Sangerhausen (Abb. 8).<sup>15</sup> Das federführende Hallenser Büro Brambach Architekten ersparte den 1952–1953 errichteten, denkmalgeschützten Bauten die Außendämmung und restaurierte hingebungsvoll die figürlichen Sgraffitodekorationen und andere Fassadendetails, die die gestalterische Qualität der zurückhaltenden Wohnriegel ausmachen. Auf hohe Standards der Energieeffizienz musste dabei nicht verzichtet werden: Die Wohnungen erreichen den Neubaustandard nach der Energieeinsparverordnung von 2007. Dafür sorgt eine ausgeklügelte Kombination von Innendämmung, sparsamem Heizungssystem mit Wärmerückgewinnung und regenerativer Energieerzeugung durch Solarmodule. Auch bei der Anbringung der Kollektorflächen erwiesen sich die Architekten als sensible Weiterbauer: Damit diese nicht wie ein aufgesetzter Fremdkörper wirken, wurden sie nicht einfach nur angeschraubt, sondern in die Dachhaut versenkt und an den Seiten, der Trapezform der Walmdachflächen folgend, abgeschrägt.

Solche denkmalgerechten energetischen Sanierungen kosten



Abb. 8 Energetische Sanierung ohne Außendämmung und ohne Denkmalzerstörung: Die Siedlung „Am Bergmann“ in Sangerhausen. Aufnahme 2011.

freilich mehr Geld als das ordinäre Verpacken und sind deshalb bisher eine Ausnahme. Das von verschiedenen Institutionen der Denkmalpflege angestoßene neue Fördersegment „Effizienzhaus Denkmal“ der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) lässt hoffen, dass es dabei nicht bleiben muss.<sup>16</sup> Diese Erweiterung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms gilt für eingetragene Denkmale und für alle Gebäude, die von der betreffenden Kommune als „besonders erhaltenswerte Bausubstanz“ eingestuft werden. Deren Sanierung ist nun auch förderfähig, wenn das Ergebnis den Standard der Energieeinsparverordnung für Neubauten um bis zu sechzig Prozent und mehr überschreitet. Eine Außendämmung ist nicht mehr erforderlich. Auch die Anforderungen an den U-Wert der Fenster wurden gesenkt. Für die Gewährleistung der Denkmalverträglichkeit aller Sanierungsmaßnahmen werden „Energieberater für Baudenkmale“ qualifiziert.<sup>17</sup>

Damit ist der Weg für die von der Denkmalpflege geforderte individuelle Behandlung des Einzelbaus bei öffentlich geförderten energetischen Sanierungen geebnet. Ebenso wichtig wie die sorgfältige Betrachtung jedes Objekts ist aber eine Erweiterung der Perspektive auf die Quartiers-, Stadt- und Regionalebene, die den Effizienzsteigerungsdruck vom Einzelbau nimmt. Beispielhaft dafür ist der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegte „Handlungsleitfaden zur Energetischen Stadterneuerung“.<sup>18</sup> Die ganzheitliche Betrachtung des Zusammenhangs von Lage, Siedlungsstruktur, Einwohnerverhalten und Energieverbrauch zeigt, dass Baudenkmale und stadtbildprägende Bauten, also die von Palmer belächelten und als energetische Katastrophe inkriminierten „wunderbaren architektonischen Meisterwerke“, meist per se umwelt- und klimafreundlich sind, auch wenn die U-Werte ihrer Mauern oder Fenster gelegentlich deutlich schlechter sind als bei Neubauten. Ihre gute Energiebilanz resultiert nicht nur aus der schon erwähnten langen Lebensdauer. Sie sparen auch durch ihre vorwiegend kompakte Bauweise, zum Beispiel als mehrgeschossige Blockrandbebauung, viel Energie, da sie einen deutlich geringeren Anteil an Außenmauern haben als etwa Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand. Hinzu kommen die beträchtlichen ökologischen Vorteile der meist innenstadtnahen Lage von Altbauten: Ihre Bewohner legen im Durchschnitt täglich wesentlich kürzere Wege zurück und benutzen dabei viel seltener das Auto, dafür umso häufiger Bahn, Bus und Fahrrad als Eigenheimbesitzer oder Mieter von Neubauwohnungen an der Peripherie.

Ein differenzierter, ganzheitlicher Blick auf lokale und regionale Gegebenheiten ist nicht nur für die Bewertung der Energiebilanz des Baubestands, sondern auch für die Entwicklung von umwelt- und denkmalfreundlichen Energieversorgungskonzepten notwendig. Auch auf diesem Gebiet gibt es inzwischen verschiedene modellhafte Projekte. So führen etwa einige Kleinstädte in Franken erfolgreich vor, dass eine ambitionierte Klimaschutzpolitik keineswegs zulasten des Denkmalbestands gehen muss. In der

idyllischen Altstadt von Iphofen zum Beispiel wird bei den wenigen Außendämmungen strikt auf Maßstäblichkeit gegenüber der Fassadengliederung geachtet, während Solaranlagen auf Dächern nur in Ausnahmefällen und unter der Bedingung der Unsichtbarkeit vom öffentlichen Raum aus zugelassen sind. Zugleich hat das Städtchen aber im Rahmen eines Forschungsprojekts am Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik an der Technischen Universität München einen Energienutzungsplan entwickelt, der den exakten Wärmebedarf und lokalspezifische, regenerative Energiequellen ermittelt.<sup>19</sup> Im Ergebnis entschied sich die Kommune für den Bau eines Biomassekraftwerks mit Nahwärmenetz. Als Brennstoff dienen Holzhackschnitzel, ein nachwachsendes Material, an dem in Iphofen dank Waldreichtums und alter Holzrechte seiner Bürger kein Mangel besteht. Einen ähnlichen Weg – weg vom Dämmwahn und ungehinderter Invasion von Solarpaneelen, hin zum denkmalfreundlichen Klimaschutz durch strikt bedarfsgerechte, dezentrale und selbstorganisierte Energieversorgung unter Nutzung lokaler Ressourcen – gehen auch Städte und Dörfer in Unterfranken wie Hallstadt, Thüngersheim, Stadtprozelten oder Binsfeld. Mit einer verwandten Zielsetzung ist in Brandenburg das Verbundprojekt „Energieeffiziente historische Stadtkerne mit gestalterischem Anspruch“ aktiv.<sup>20</sup>

Auch in der denkmalgerechten Energienutzungsplanung auf lokaler und regionaler Ebene können Photovoltaikanlagen und Windkraftträder ihren Platz haben. Statt des Wildwuchses von Solarpaneelen auf einzelnen Dächern werden aber effizientere, gemeinschaftlich betriebene Bürgersolarkraftwerke an geeigneten Orten errichtet. Auch bei Windrädern besteht die Hoffnung, dass die bisher vorherrschende, zerstörerische Willkür bei der Standortwahl<sup>21</sup> künftig durch ein geordnetes und behutsameres Vorgehen abgelöst wird, das auf Sichtbeziehungen Rücksicht nimmt.<sup>22</sup> So arbeitet etwa das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege im Auftrag der Staatsregierung an einer Kartierung von Baudenkmalen, die Einfluss auf die Wahl künftiger Standorte von Windkraftträdern haben soll.

In wohl keinem Land wurden Gebäudebestand und Landschaft bisher so extensiv zum Zweck der Energieersparnis und des Klimaschutzes zugunsten wie in Deutschland. Nirgendwo hat der Dämmwahn bereits so gewütet, nirgendwo haben Sonnenkollektoren die Dachlandschaften derart okkupiert, kein anderes Land wird in einem ähnlichen Maß von Windkraftträdern verunstaltet. Aber es gibt wohl auch in kaum einem anderen Land einen so avancierten Diskussionsstand zu dem Thema, eine solche Fülle von Studien und Pilotprojekten, die Alternativen zur bisherigen Zerstörungspraxis aufzeigen und damit den vermeintlichen Zielkonflikt zwischen den eng miteinander verwandten Anliegen des Umweltschutzes und des Denkmalschutzes auflösen. Und das lässt hoffen, dass in Zukunft nicht nur die Energiewende, sondern auch ihre denkmal- und landschaftsfreundliche Gestaltung zu einem deutschen Exportschlager werden kann.

## Anmerkungen

- 1 Richter, Peter; Maak, Niklas: Die Burka für das Haus. Wohnen, Dämmen, Lügen: Am deutschen Dämmstoffwesen soll das Weltklima genesen. Was der neue Fassadenstreit über unser Land verrät und warum Vollwärmeschutz das Gegenteil von Fortschritt ist. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Feuilleton, 16.11.2010.
- 2 Fink, Andreas: Diskussionsbeitrag zum Thema „Dämmung vs. Baukultur“ – <http://www.bauwelt.de/cms/debatte.html?id=3087723#.T75ah8U3Hcs> (Aufruf 25.05.2012).
- 3 Zu den hier beschriebenen Risiken und Nebenwirkungen der Außendämmung siehe die aufwendig recherchierte NDR-Fernsehdokumentation: Wahnsinn Wärmedämmung – [http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45\\_min/videos/minuten385.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/videos/minuten385.html) (Aufruf 01.06.2012).
- 4 Zum Problem der Entsorgung von Photovoltaikanlagen: <http://www.produktion.de/clean-tech/dem-solaranlagen-boom-folgt-ein-ungeklaertes-entsorgungsproblem> (Aufruf 04.06.2012).
- 5 Palmer, Boris: Diskussionsbeitrag zum Thema „Nachhaltig bauen statt schnell verpacken“. In: Konferenz zur Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt, Nr. 1. Hg. von Christoph Mäckler und Wolfgang Sonne. Zürich 2011, S. 174–176, hier S. 174–175. Eine gekürzte Fassung des Beitrags: <http://denkmaldebatten.denkmalschutz.de/kontroversen/energetische-sanierung> (Aufruf 25.05.2012).
- 6 Wortlaut der aktuellen Energieeinsparverordnung unter: [http://www.gesetze-im-internet.de/enev\\_2007/index.html](http://www.gesetze-im-internet.de/enev_2007/index.html) (Aufruf 08.06.2012).
- 7 Bartetzky, Arnold: Dichter und Dämmer. Hamburgs ästhetische Probleme mit dem Wärmeschutz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Feuilleton, 05.01.2010.
- 8 Zum Beispiel: Grunewald, John; Will, Thomas; Pohl, Martin: Pilotstudie zum Modellprojekt des Sächsischen Staatsministeriums des Innern: Energetische Sanierung von Baudenkmalen. Dresden 2010 – [http://www.bauen-wohnen.sachsen.de/download/Bauen\\_und\\_Wohnen/Pilotstudie\\_Energetische\\_Sanierung.pdf](http://www.bauen-wohnen.sachsen.de/download/Bauen_und_Wohnen/Pilotstudie_Energetische_Sanierung.pdf) (Aufruf 16.06.2012).
- 9 Zum Beispiel: Energetisches Sanieren gestalten. Leitfaden: Baubestand nachhaltig weiterentwickeln. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Berlin – Bonn 2010; Handlungsleitfaden zur energetischen Stadterneuerung. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin 2011; Energetische Modernisierung und Denkmalpflege. Hg. von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern. München 2009; Energetische Sanierung von Baudenkmalen. Handlungsanleitung für Behörden, Denkmaleigentümer, Architekten und Ingenieure. Hg. vom Sächsischen Staatsministerium des Innern. Dresden 2011. Eine österreichische Richtlinie: Richtlinie Energieeffizienz am Baudenkmal. Hg. vom Bundesdenkmalamt Hofburg. Wien 2011.
- 10 Zum Beispiel: Weller, Bernhard; Fahrion, Marc-Steffen; Jakubetz, Sven: Denkmal und Energie. Wiesbaden 2012; Denkmalschutz und Klimaschutz – zwei Seiten derselben Medaille?! Chancen und Grenzen bei der energetischen Sanierung alter Bausubstanz für eine klimabewusste und nachhaltige Entwicklung. Hg. von Karin Blessing und Claus-Peter Hutter. Stuttgart 2011; Molter, Kerstin; Linnemann, Mark: Wärmedämmverbundsystem und das verlorene Ansehen der Architektur. Kaiserslautern 2010; Jaskulski, Christoph: Dämmbaustil oder Baumeisterkunst? Die „Macht“ des U-Werts. Frankfurt 2009.
- 11 Zum Beispiel: Bauwelt 102 (2011), Nr. 15/16 (Themenheft: Dämmen und Denkmal); Vollmar, Bernd: Denkmalpflege und Energieeffizienz – eine nicht ausschließlich denkmalfachliche Betrachtung des Themas. In: Denkmalpflege Informationen 145 (März 2010), S. 7–11, 146 (Juli 2010), S. 6–10; Die Denkmalpflege 70 (2012), Nr. 2 (Themenheft, in Vorbereitung).
- 12 Zum Beispiel: Richter/Maak 2010 (wie Anm. 1); Rauterberg, Hanno: Schluss mit dem Dämmwahn! Die Bundesregierung will alle Gebäude energiedicht machen. Es wäre das Ende aller schönen Architektur. In: Die Zeit, Feuilleton, 28.10.2010 – <http://www.zeit.de/2010/44/Architektur-Gebaeude-Daemmung> (Aufruf 16.06.2012); Jaeger, Falk: Wo möchten Sie wohnen, links oder rechts? Die Energieeinsparverordnung bedroht flächendeckend die Baukultur – ein Plädoyer gegen die falsche Wärmedämmung. In: Der Tagesspiegel, Wirtschaft, 03.09.2011 – <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/architektur-wo-moechten-sie-wohnen-links-oder-rechts-seite-2/4566710-2.html> (Aufruf 26.06.2012); Bartetzky 2010 (wie Anm. 7). Fernsehdokumentationen: Die verpackte Republik – <http://www.3sat.de/page/?source=hitec/159270/index.html>; Wahnsinn Wärmedämmung (wie Anm. 3).
- 13 Zum Beispiel: Co2ol Bricks. Climate Change, Cultural Heritage & Energy Efficient Monuments – [www.co2olbricks.eu](http://www.co2olbricks.eu) (Aufruf 16.06.2012); Energienutzungsplan unter besonderer Berücksichtigung des Denkmalschutzes am Beispiel der Stadt Iphofen – <http://www.bk.ar.tum.de/index.php?id=1189> (Aufruf 09.06.2012); Fraunhofer-Zentrum für energetische Altbausanierung und Denkmalpflege Benediktbeuern – <http://www.denkmalpflege.fraunhofer.de> (Aufruf 26.06.2012); Deutsches Fachwerkzentrum Quedlinburg e.V. – <http://www.deutsches-fachwerkzentrum.de/forsch.htm> (Aufruf 26.06.2012).
- 14 Grunewald, John; Will, Thomas: Vortrag „Gemeinsames Forschungsprojekt ‚Baudenkmale und Energieeffizienz – eine Pilotstudie für Sachsen‘“, gehalten auf dem 19. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz, Quedlinburg, 20.–21.09.2011.
- 15 Bartetzky, Arnold: Außendämmung, umgangen. In: Bauwelt 102 (2011), Nr. 15/16, S. 20–27.
- 16 <http://www.kfw.de/kfw/de/Inlandsfoerderung/Tipps/Denkmal/index.jsp> (Aufruf 08.06.2012).
- 17 <http://www.energieberater-denkmal.de/> (Aufruf 08.06.2012).
- 18 Handlungsleitfaden zur Energetischen Stadterneuerung... (wie Anm. 9).
- 19 Energienutzungsplan... (wie Anm. 13). Zum Planungsinstrument Energienutzungsplan: Leitfaden Energienutzungsplan. Hg. vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. München 2011 – <http://www.stmi.bayern.de/bauen/baurecht/staedtebau/17251/> (Aufruf 09.06.2012).
- 20 Vorträge auf der Tagung der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz, Iphofen, 07.–08.05.2012. Informationen dazu erhältlich über die Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz: >info@staedtebaulicher-denkmalschutz.de<.
- 21 Dazu kritisch: zu Guttenberg, Enoch: Ich trete aus. Vor 37 Jahren habe ich den BUND mitbegründet – für eine schönere, gesündere Welt. Dieses Ziel wurde verfehlt. Mir reicht es. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Feuilleton, 12.05.2012; Wiegand, Ralf: Das befürchtete Ende der Blickoase. Dürfen Windräder höher sein als die örtliche Kirche? Im nordfriesischen Dagebüll gibt es eine Menge Menschen, die sagen: nein. In: Süddeutsche Zeitung, Panorama, 13.03.2012.
- 22 Zur landschaftsschonenden Anordnung und ästhetischen Gestaltung von Windrädern: Schöbel, Sören: Windenergie und Landschaftsästhetik. Zur landschaftsgerechten Anordnung von Windfarmen. Berlin 2012.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1: Max von Trott zu Solz; Abb. 2: Christoph Jaskulski; Abb. 3, 8: Arnold Bartetzky; Abb. 4: Wikimedia Commons/Handwerker; Abb. 5: [www.forum-fachwerk-eichsfeld.de](http://www.forum-fachwerk-eichsfeld.de); Abb. 6: [www.antibarbarus.de](http://www.antibarbarus.de); Abb. 7: [www.bundesbienen.info](http://www.bundesbienen.info).

## Werte verwalten: Geschichtspolitik, Denkmalpflege und Identitätspflege nach 1989

WINFRIED SPEITKAMP

Im Juni 2012 ist in Kassel die dOCUMENTA (13) eröffnet worden. Zu den Installationen gehörte ein Raum, in dem man sich in eine Unterschriftenliste eintragen kann: Die Erdatmosphäre soll demnach umgehend in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen werden. Dieser künstlerische Beitrag zur Umweltdebatte ist zugleich ein markanter Hinweis auf die Schwächen aktueller Erbedebatten. Es wird immer schwieriger, selbstverständlich eine konkrete Repräsentation von Natur- und Kulturerbe zu akzeptieren. Die Vorstellung vom Kulturerbe wird immer breiter aufgefächert, auch Immaterielles wird zunehmend einbezogen, schon um den Eurozentrismus der westlichen Sichtweisen zu unterlaufen, der lange auf fast statisch verstandene bauliche Substanz fixiert war. In Spanien hat man vorgeschlagen, den Flamenco zum Weltkulturerbe zu erklären – zur selben Zeit wollten die Konservativen den Stierkampf zumindest als nationales Kulturerbe anerkannt wissen. Entsprechend wird nicht mehr nur das Erbe selbst erforscht, sondern es wird über die Emotions patrimoniales<sup>1</sup> diskutiert, also über die emotionalen Bindungen, die durch Kulturerbe erzeugt und tradiert werden, auch durch imaginiertes Kulturerbe, die aber auch umgekehrt das Kulturerbe erst vor unserem geistigen Auge entstehen lassen.

Immer schwieriger wird es daher zu fassen, was ein Denkmal ist, und scheinbar unmöglich wird es zu bestimmen, was Denkmalpflege noch leisten kann. Kann sie sich tatsächlich darauf beschränken, nur Objekte zu bewahren, oder muss sie das Objekt in seinen kulturellen Bezügen schützen? Muss sie nicht sogar primär die kulturellen Bezüge in den Blick nehmen, das Objekt aber, das ja oft nur noch rudimentär Authentizität enthält, bloß als Symbol oder sogar nur als Instrument dieser kulturellen Bezüge nutzen? Und überdies: Ging es zu Beginn der modernen administrativen Denkmalpflege um 1900 noch häufig darum, das Spezifische, die Identität eines Kollektivs im Denkmal zu finden, und zwar an erster Stelle die Identität der Heimat oder der Nation, so scheint diese Suche nach Einheit und Identität, nach Harmonie und Homogenität heute wissenschaftlich überholt. Niemand glaubt mehr an homogene kollektive Identitäten. Man spricht eher von transkulturellen Verflechtungen, verschlungener Geschichte oder geteilten Erinnerungsorten, von umstrittenen Denkmälern und dem „Streitwert“ (G. Dolff-Bonekämper) der Denkmäler. Diese sind jedenfalls, als Dokumente von Krisen, Brüchen und Konflikten, nicht notwendig „schön“, vollständig oder harmonisch, um erhaltenswert zu sein. Denkmäler stehen demnach nicht für Vollendung, nicht für die Abgeschlossenheit einer Epoche, sondern für die Offenheit, Unabgeschlossenheit und Konflikthaftigkeit der Geschichte, für historische und kulturelle Vielfalt.

Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive interessiert, in welchen Kontext dieser Paradigmenwandel eingebettet ist, welche geschichtspolitischen und geschichtswissenschaftlichen Debatten und Narrative dahinter stehen und welche Vielfalt gemeint ist. Die Leitfrage soll in vier Schritten, auf vier – territorialen – Ebenen und damit auch aus vier Perspektiven behandelt werden. Am Ende gilt

es, Konsequenzen für die Denkmalpflege zu resümieren und zu fragen, welche Werte denn Denkmalpflege heute noch verwalten kann.

### 1. Afrika

Die heutigen afrikanischen Staaten südlich der Sahara sind aus europäischen Kolonien hervorgegangen. Ihre politischen und administrativen Prägungen, aber auch ihre Kultur und vor allem ihre Grenzen spiegeln europäische administrative und kulturelle Traditionen. Auch die frühen nachkolonialen Eliten Afrikas kamen aus europäischer Schulung: Gelernt hatten sie in der Regel zunächst auf Missionsstationen, dann auf Universitäten in Europa. Und so sehr sie die nationale Identität ihrer Staaten auch in Abgrenzung von europäischer Kolonialherrschaft definierten, so sehr blieben sie doch in den Werthaltungen der Europäer gefangen. Hinzu kam ganz konkret: Da die vorkolonialen Systeme Afrikas nicht nur schriftlos waren und keine Dokumente hinterlassen hatten, sondern in der Regel auch keine Steingebäude errichtet hatten, blieb scheinbar nur das materielle und bauliche Erbe der Kolonialherren greifbar und sichtbar: Verwaltungsgebäude und Kirchen, Eisenbahnlinien und Straßen, auch koloniale Dokumente und Archive. Für die frühen nachkolonialen Regierungen war das nicht weiter problematisch: Sie übernahmen das europäische Entwicklungsmodell für ihre Staaten, betrieben das, was man seinerzeit, in den 1960er und 1970er Jahren, als Modernisierung bezeichnete, und kümmerten sich wenig um ein eigenes materielles Kulturerbe. Stattdessen verfolgten sie eine romantisierende Vorstellung afrikanischer Geschichte, eingebettet in den Panafricanismus: Demnach gebe es bestimmte immaterielle afrikanische Werte – Gemeinschaftsgeist, Familiensinn, Achtung von den Alten, Solidarität, Verwurzelung im Boden, gelebte Demokratie, afrikanischer Sozialismus – die man nun allgemein mit westlichen Entwicklungsprogrammen auf wirtschaftlichem Gebiet verbinden müsse und könne. Und Geschichtspolitik konzentrierte sich darauf, die Wurzeln der Nationenbildung in den Befreiungsbewegungen und nunmehr regierenden Parteien und Politikern zu finden. Tradition drückte sich dann nicht in Bauten aus, sondern lediglich in einer eklektischen Symbolik, in Kleidungselementen, etwa Chief-Mützen oder Massai-Speeren, die bei repräsentativen Gelegenheiten oder im Kontext symbolischen politischen Handelns getragen wurden. Das alles wurde eingefügt in ein nationales Narrativ, das die Einheit und Zukunftsgewandtheit des Staates betonte und die Geschichte nur als Quell nationaler Einheit, nicht Diversität nutzte.

In dieser Form der Geschichtspolitik war Denkmalpflege im „westlichen“ Sinn, bezogen auf bauliche Relikte, nicht vorgesehen. Die Bauten der Kolonialzeit wurden entweder weiter- und umgenutzt (so Verwaltungsbauten, Militärstationen und Kirchen), oder sie verfielen (wie die Boma in Bagamoyo), oder sie wurden mit Finanzhilfe der ehemaligen Kolonialherren restauriert und zum Teil auch förmlich als Kulturdenkmäler unter Schutz gestellt. Ersteres gilt zum Beispiel für den Bismarck-Brunnen in Buea/Kamerun sowie für deutsche Gräber in Namibia.

Mit der globalen Wende von 1990 bahnte sich auch in Afrika südlich der Sahara ein tiefgreifender politischer Umbruch an: Diktaturen brachen zusammen, Parteien wurden zugelassen, Wahlen abgehalten und Verfassungen demokratisch revidiert. Das alles hatte auch Auswirkungen auf die Geschichtspolitik.<sup>2</sup> Mehr denn je betonten Politiker, auch in Rücksicht auf ihre Wähler, nun die Vielfalt der Traditionen in einer Nation und gleichzeitig die vorkoloniale Wurzel der Nation. Von Ghana bis Kenia beschwor man nun, dass die afrikanischen Staaten eine vorkoloniale gemeinsame Geschichte hätten, und zwar eine Geschichte der Immigration und Ansiedlung vieler Ethnien in dem nun gemeinsamen Staatsgebiet, eine Geschichte der Interaktion und Kommunikation, in der Vielfalt die Basis von Solidarität und Einheitsbewusstsein sei. Gleichzeitig wurden in diesem Kontext föderale Elemente, die man zuvor noch als Katalysator von Zersetzung und Zerfall der Nation gesehen hatte, wieder gestärkt und als Elemente der Integration der Nation gewertet. Zahlreiche afrikanische Staaten, von Guinea-Bissau bis Südafrika, haben zum Beispiel per Verfassung traditionale lokale Instanzen und traditionale lokale Zivilrechte wieder zugelassen. Ergänzend zu dem „westlichen“ Modell der Gewaltenteilung propagieren sie ein als afrikanisch verstandenes Modell der Machtverteilung. Auf die verfassungsrechtlichen Konflikte, die sich daraus ergeben – Einheitsrecht versus Partikularrecht, wer bestimmt, was das lokale Recht ist? – kann hier nicht eingegangen werden. Wichtiger ist, dass die Nation nicht mehr auf einen Prozess der Homogenisierung, sondern auf Prozesse der Mobilität und Kooperation zurückgeführt wird. Merkmal der Nation und ihres kulturellen Erbes muss dann auch die Vielfalt und vor allem die Akzeptanz von Vielfalt sein. Das ist aber ein beständiger, höchst brisanter Aushandlungsprozess. Wer Vielfalt nicht nur symbolisch, sondern administrativ und politisch akzeptiert, muss sich von üblichen Vorstellungen kollektiver Identität ein für alle Mal verabschieden. Der Konflikt darüber ist dann keine vorübergehende Begleiterscheinung, sondern Wesenskern des multipolaren Kulturerbes, das im übrigen nicht nur aus Baulichkeiten und fassbaren Objekten, sondern auch aus Traditionen und anderen immateriellen Befunden besteht, darunter ganz konkrete Anrechte zum Beispiel auf Boden und Wasser. Auch die Illusion des Kulturerbes als eines statischen Relikts der Vergangenheit und als Ressource von Identität ist damit hinfällig, das Kulturerbe ist selbst fluid und entsteht im Prozess der Auseinandersetzung darüber.

## 2. Die deutschen Bundesländer

Der Blick in deutsche Regionen ist nur scheinbar ein großer Sprung. Im Prinzip geht es um dieselben Probleme der Deutung einer keineswegs kontinuierlichen und konstanten Geschichte. Die deutschen Bundesländer haben nach 1990 ihre Geschichtspolitik deutlich intensiviert. Gerade die neuen Bundesländer haben landesgeschichtliche Professuren eingerichtet, die dezidiert die Geschichte ihres Bundeslandes in den Blick nehmen und die junge Landesidentität schon institutionell unterstreichen sollten. Handbuchprojekte zur Geschichte der einzelnen Bundesländer wurden ebenfalls forciert; zumindest in Bayern und in Baden-Württemberg haben sie dazu beigetragen, die Nachkriegsländer als traditionsreiche Einheiten darzustellen, selbst da, wo sie Vielfalt – der Bevölkerungsgruppen,

Traditionen, kulturellen Elemente – thematisieren.<sup>3</sup> Auch die Landeszentralen für politische Bildung haben verstärkt an der neuen Geschichtspflege mitgewirkt und manchmal ganz unbefangen die Identitätspflege als Kern ihrer Aufgabe deklariert; ihre Veröffentlichungen umkreisen, wie in Hessen, das als gemeinsam und als integrierend verstandene Erbe.<sup>4</sup>

Doch zeigten sich auch konkurrierende Tendenzen. Erstens sind die Bundesländer nach 1945 trotz mancher Tradition suggerierenden Namen eher als Kunstprodukte entstanden: durch die oktroyierte Zusammenbindung bislang getrennter Gebiete und durch mehr oder minder willkürliche Grenzziehungen. Man könnte sie insofern auch als Produkte der alliierten Besetzung – quasi einer Kolonialpolitik wie in Afrika – verstehen. Und zweitens waren und blieben die Bundesländer doch Objekte und Resultat von Migrationsprozessen, angefangen mit der Integration der Vertriebenen über die Zuwanderung sogenannter „Gastarbeiter“ seit den 1960er Jahren bis zur jüngeren Arbeitsmigration aus unterschiedlichen Richtungen, von der Türkei bis Osteuropa. Diese Zuwanderungen wurden in den neuen Handbuchprojekten sogar thematisiert, wenn auch etwas verschämt und knapp, wie im Handbuch der bayerischen Geschichte, das einen eigenen kleinen Artikel über Muslime in Bayern aufgenommen hat<sup>5</sup> – in vorauseilender Anspielung auf die Debatte, ob der Islam zu Deutschland gehört, wie der ehemalige Bundespräsident Wulff formuliert hat, oder nur die Muslime, wie es Bundespräsident Gauck variiert hat.

Manche Bundesländer haben dieses Problem – Wie definiert man eigentlich kollektive Identität in einem plurikulturellen Einwanderungsland? – schon früh in ihre regionale Erbpolitik aufgenommen. „Hesse ist, wer Hesse sein will“, formulierte der langjährige hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn. Er sagte das anlässlich des ersten sogenannten „Hessentags“, einer Selbstdarstellung hessischer Vereine und Institutionen, ein „Fest aller Hessen“, das seit 1961 jährlich in wechselnden Städten des Landes gefeiert wird.<sup>6</sup> Das Motto griff auf, dass der hessische Raum seit jeher ein Raum der Migration gewesen ist. Angesichts seiner geografischen Lage war Hessen ohnehin immer ein Durchgangsland, seit dem späten 17. Jahrhundert zeitweise ein Einwanderungsland, nämlich ein Aufnahmeland für Hugenotten, im 19. Jahrhundert ein Auswanderungsland, im 20. Jahrhundert, vor allem seit 1945, auch wieder ein Zuwanderungsland: Flüchtlinge, Vertriebene und ausländische Arbeitnehmer haben für immer neue Einwanderungswellen und unterschiedliche Probleme der Integration in den unterschiedlichen Teilen des Bundeslandes gesorgt. Das Motto „Hesse ist, wer Hesse sein will“ war vor allem auf Flüchtlinge und Vertriebene gemünzt.

In Hessen ist dieses Lob der Vielfalt und Integration längst zur offiziellen Geschichtspolitik geworden. Im Jahr 1995 hob ein hessischer Staatssekretär auf einer Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen des Bundeslandes Hessen „die neu gewonnene Identität des jungen Bundeslandes in der Mitte Deutschlands“ hervor und lobte das „gefestigte Hessenbewusstsein im Lande selbst und in ganz Deutschland“, das auch „insoweit überraschend“ sei, als „man Hessen als das weltoffenste, internationalste Flächenland der Bundesrepublik bezeichnen“ könne. Der Staatssekretär behauptete keine ungebrochene Kontinuität und Einheit hessischer Geschichte, sondern



führte das „gefestigte Hessenbewusstsein“ und die Weltoffenheit des Bundeslandes auf die besondere Geschichte der Vielfalt zurück: „Wer in diesem neuen, alten Hessen an die vielfältigen und oft verschlungenen Pfade der hessischen Geschichte erinnert, gefährdet die neu gewonnene Identität des jungen Bundeslandes in der Mitte Deutschlands also keineswegs. Er trägt vielmehr dazu bei, dass die Bürger Hessens besser verstehen, wo die historischen Ursprünge ihrer Heimat liegen und wie vielfältig die Einflüsse und Kulturen sind, die da 1945 in einem Land zusammengefügt worden sind.“<sup>7</sup> Einerseits machte der Staatssekretär hier deutlich, dass der Weg zum Bundesland Hessen nicht vorgezeichnet oder gar determiniert war. Andererseits verwies er auf Integrationsprozesse, die gerade nicht als Homogenisierung oder autoritative Identitätsstiftung verstanden werden können, sondern aus historischer Vielfalt und der Diskussion über eben diese Vielfalt entstanden seien.

In den 1990er und 2000er Jahren findet sich eine große Zahl an öffentlichen Bekundungen von politischer Seite, die gerade die Vielfalt als Basis der kollektiven Identität Hessens hervorheben, und auch in anderen Bundesländern, zumindest den Bindestrich-Ländern, gewinnt diese Form der Selbstbeschreibung an Attraktivität, weil sie eben auch die Integration neuer Bevölkerungsgruppen als selbstverständlich und auf lange Sicht problemlos erscheinen lässt. Vielfalt wird hier in einer eher unpolitischen Variante zur Norm und zum Alltag gemacht.

### 3. Europa

Spätestens seit der Wende von 1989/90 ist die europäische Geschichte Norm und Ziel vieler geschichtspolitischer Initiativen. So ist man auch in der Geschichtswissenschaft gegenwärtig verstärkt auf der Suche nach einer europäischen Geschichte, in betonter Abkehr von einer älteren nationalzentrierten Geschichtsbetrachtung. Die Bologna-Reformen haben zahlreiche Studiengänge „Europäische Geschichte“ hervorgebracht, ohne dass man sagen könnte, welcher Raum oder welcher Gegenstand damit präzise gemeint ist. Schon die klassische Antike, angeblich Wurzel der europäischen Kulturen, spielte sich ja nicht nur auf dem geographischen Kontinent Europa ab, sondern auch in Asien und Nordafrika. Und die moderne Geschichte ist erst recht nur noch als transkontinentale zu betreiben, angefangen von der europäischen Expansion nach Übersee seit der Frühen Neuzeit bis zu Erscheinungen wie Amerikanisierung und Globalisierung im 20. Jahrhundert. Von daher ist es problematisch anzunehmen, man habe durch die neue europäische Geschichte und auch durch die Diskussion über ein europäisches Kulturerbe die alte Nationalgeschichtsschreibung überwunden. Eher droht die Gefahr, dass europäische Geschichte nach dem Muster der alten Nationalgeschichte geschrieben wird, das heißt als eingrenzende und ausgrenzende Geschichte in einem definierten Raum für eine definierte Bevölkerung.

Wie aber schreibt man überhaupt europäische Geschichte? Es gibt nur wenige, die dezidiert eine integrative Geschichte schreiben und das auch unter eine eigene, neue Disziplin, „Europäistik“ genannt, fassen wollen.<sup>8</sup> Die meisten Darstellungen Europas verfahren anders. Gegenwärtig erscheinen zahlreiche neue Einführungsreihen für Studierende und ein interessiertes Publikum zur europäischen

Geschichte, jüngst eine Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“.<sup>9</sup> Der Verlag hat sie in der Öffentlichkeit unter der Leitfrage „Wie schreibt man eine zeitgemäße europäische Geschichte?“ vorgestellt. Das Erstaunliche ist, dass diese Reihe additiv vorgeht, also die Geschichte Italiens, Frankreich et cetera in Einzelbänden behandelt. Da war man in den 1970er und 1980er Jahren fast schon weiter, als Theodor Schieder und Wolfram Fischer ihre mehrbändigen Handbücher zur europäischen Geschichte präsentierten und hier auch grundlegende integrierende Beiträge schrieben.<sup>10</sup> Aber auch zur Zeit dieser Handbücher war klar, dass Europa in den Handbüchern erst konstituiert wird. Im Rahmen von Schulpolitik und Lehrbuchplanung ist ebenfalls viel von der europäischen Dimension die Rede, die zu berücksichtigen sei, doch de facto tragen die Schulbücher sehr dezidiert noch nationale Geschichtsbilder und Perspektiven weiter und beschreiben selbst europäische Geschichte da, wo sie sie behandeln, aus nationaler Perspektive.<sup>11</sup>

Es gibt neuerdings auch Versuche, Sammlungen „Europäischer Erinnerungsorte“ zu erstellen,<sup>12</sup> ähnlich den französischen „Lieux de mémoire“ von Pierre Nora und den „Deutschen Erinnerungsorten“ von Etienne François und Hagen Schulze.<sup>13</sup> Doch die jüngst erschienenen, von Heinz Durchhardt und anderen herausgegebenen dreibändigen Europäischen Erinnerungsorte scheitern nicht nur an ihrem Unverständnis für Pierre Noras Begriff der Erinnerungsorte, sondern auch am Gegenstand Europa. Auch erste Entwürfe einer Gesamtdeutung eines europäischen kollektiven Gedächtnisses, festgemacht wiederum an Erinnerungsorten, liegen vor, so von dem Politologen Claus Leggewie.<sup>14</sup> Beide Werke suchen aber implizit wieder nach dem gemeinsam Europäischen und schaffen es gerade nicht, Vielfalt auszudrücken und Kulturerbe anders als die Suche nach gemeinsamer Tradition und gemeinsamem Vergangenheitsdiskurs zu verstehen. Bislang fehlen noch überzeugende Beispiele wirklich europäischer, also im gesamteuropäischen Rahmen als geteilte Erinnerung gespeicherter Orte. Das gilt auch für das europäische Kulturerbe-Siegel, das vor wenigen Jahren geschaffen worden ist und zum offiziellen EU-Label werden soll. Das europäische Label soll diejenigen Bauten auszeichnen, die auf europäischer Ebene besondere Bedeutung haben, also einen Kanon von Europa-Denkmalern schaffen.<sup>15</sup> Vorerst tendiert es dazu, zur Ansammlung jeweils national als bedeutend angesehener Objekte zu werden, also wiederum Europa additiv zu verstehen, was gerade heißt: nicht wesentlich vielfältig, sondern zusammengesetzt aus jeweils homogenen Teileinheiten.

Die Probleme sind allerdings offensichtlich.<sup>16</sup> Es ist kaum möglich, scharf zu trennen: Was unterscheidet Europas Erbe vom nationalen oder vom Welterbe? Muss etwas weltweit bekannt oder zumindest für die Weltgeschichte bedeutend sein, um als Weltkulturerbe zu gelten? Gibt es also einen europäischen Denkmalwert und einen – davon unterschiedenen – Welt Denkmalwert? Gibt es spezifische europäische Denkmäler? Wird damit eine Konkurrenz geschaffen? Tauchen alte Vorstellungen einer Klassierung von Denkmälern wieder auf? Ist das Europa-Label nur subsidiär? Was es nicht ins Welterbe geschafft hat, könnte demnach immerhin noch das Europa-Label quasi als Trostpreis erhalten. Und könnte man überhaupt Erbe definieren, das spezifisch europäisch ist, also besonders für die europäische Geschichte, aber nur für sie, Bedeutung

hat? Die deutschen Landeskonservatoren haben 2009 Anregungen zu diesen Fragen gegeben, und sie haben dabei Wert auf die Eigenständigkeit des Europa-Labels gelegt, indem sie sieben „Themen“ oder „Denkmalkomplexe“ dafür vorgeschlagen haben: 1. das Erbe der Zisterzienser; 2. den Bremer Dom; 3. Stätten und Denkmale des Westfälischen Friedens in Münster und Osnabrück; 4. das Erbe der Migration; 5. Bäderarchitektur und Kurorte; 6. die Berliner Mauer und das europäische Erbe des Eisernen Vorhangs; 7. Stätten des Kalten Krieges in Europa. Dabei handelt es sich jeweils um Dinge und bauliche Überlieferungen, die man auch einem immateriellen Erbe zuschreiben kann.<sup>17</sup> Aber zugleich handelt es sich um Objekte, die man ebenso gut als Teil eines Welterbes etikettieren könnte, die zumindest zum Teil ohne globale Dimensionen nicht zu verstehen sind.

#### 4. Die globale Perspektive

Mit dem Europa-Label und auch mit den Vorschlägen der deutschen Landeskonservatoren gerät man offenkundig in Konkurrenz zur Welterbeliste. Die Landeskonservatoren haben das ausdrücklich vermeiden wollen; hinter der Einordnung als Welt- oder Europaerbe stehe keine Hierarchisierung. Aber das Problem liegt tiefer. Jedes historische Ereignis, jeder historische Gegenstand steht in globalen Bezügen. Der Historiker Reinhard Wendt hat das in einem kleinen Aufsatz deutlich gemacht: Nürnberger Lebkuchen, Aachener Printen und Lübecker Marzipan, so führte er aus, seien Produkte, deren Bezeichnung gleichermaßen durch die Europäische Union geschützt seien. Sie dürfen unter diesen Namen nur verkauft werden, wenn sie auch in den Namen gebenden Städten hergestellt worden sind. Sie sind also quasi lokales Kulturgut unter europäischem Schutz, stehen für Heimat und Identität. Aber sie basieren wesentlich auf den Zutaten Gewürze, Schokolade und Zucker, also auf kolonialen Importen. Sie stehen, so gesehen, eher für globale Vernetzung als für lokale Identität. Unsere gesamte Kultur basiert wesentlich auf Importen aus anderen Kontinenten, angefangen mit dem Christentum, das wir gern als Kern abendländischer autochthoner Identität ausmachen. Die moderne Geschichtswissenschaft ist somit auch zur weltgeschichtlichen Betrachtungsweise zurückgekehrt – die freilich nicht mehr so heißt. Man spricht nicht mehr von Welt- oder Universalgeschichte, wie im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern von transnationaler Geschichte und Globalgeschichte,<sup>18</sup> und diese verfolgt man nicht mehr mit ganzheitlichen integrativen Darstellungsweisen. Vielmehr sucht man nach transkulturellen Beziehungen, nach Wechselwirkungen und Vernetzungen über die Kontinente hinweg, und zwar auch in Prozessen und Strukturen, die auf den ersten Blick keine globale Dimension haben. Es geht also darum, in lokalen und regionalen Befunden die globalen Vernetzungen zu erkennen, umgekehrt das Lokale besser zu verstehen im Blick auf die globalen Wechselwirkungen. In diesem Sinn spricht man auch von Glokalisierung und Glokalgeschichte: Im Lokalen finden sich die Spuren des Globalen, vereinfacht gesagt: Die leeren Coladosen liegen eben nicht irgendwo im globalen Raum, sondern in jedem Dorf, in Afrika ebenso wie in Hessen oder Norddeutschland.

Ein Musterfall solcher globaler Verschränkungen ist der Kolonialismus. Seit rund 15 Jahren haben sich in der Folge der zunächst literaturwissenschaftlichen Postcolonial Studies neue Zugangsweisen zu einer transnationalen Geschichtsschreibung durchgesetzt. Die postkolonialen Deutungsansätze beziehen sich zum einen auf die ehemaligen Kolonien: Deren Situation in Vergangenheit und Gegenwart soll nicht mehr als einseitiges Täter-Opfer-Verhältnis beschrieben werden, in der Dichotomie zwischen aktiven Europäern und hilfloser Kolonialbevölkerung. Vielmehr wird die agency, die Handlungsmacht, der Kolonialunterworfenen betont; im Alltag des Kolonialismus wurden demnach Positionen und Einflüsse ausgehandelt. Zum anderen, so der postkoloniale Ansatz, sind auch die ehemaligen europäischen Mutterländer ungewollt bis heute von ihrer kolonialen Vergangenheit geprägt, durch Namensgebungen und Güter, durch Erinnerungen und Erfahrungen, nicht zuletzt durch Werthaltungen und Mentalitäten. Große Teile der heutigen Kolonialgeschichtsschreibung widmen sich daher den postkolonialen Verhältnissen in den ehemaligen Metropolen.

In diesem Kontext hat auch in mehreren europäischen Staaten in den letzten zehn Jahren eine neue Diskussion über die Kolonialvergangenheit begonnen.<sup>19</sup> In Deutschland ist der Kolonialismus nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem 100. Jahrestag des Aufstandes gegen die deutsche Herrschaft in Südwestafrika, heute Namibia, wieder in den Blick gerückt. In Frankreich wurde seit den 1980er Jahren wieder intensiver über die traumatische Erfahrung des Algerienkriegs debattiert; Unruhen in den Vorstädten rückten zudem ins Bewusstsein, dass die nachkolonialen sozialen Probleme der Immigration aus den Kolonien ins Mutterland noch nicht behoben sind. Aus Anlass von Geschichtsgesetzen und Gedenktagen wurde über das plurale Gedenken an die koloniale Vergangenheit debattiert; ein Gesetz zur positiven Würdigung der Kolonialgeschichte in Schulbüchern von 2005 musste nach scharfer Kritik zurückgezogen werden.<sup>20</sup> In England wurde die Erinnerung an die brutale Niederschlagung des anticolonialen Mau-Mau-Aufstands in Kenia in den 1950er Jahren durch Publikationen und Entschädigungsforderungen aus Afrika wieder wachgerufen. In auffälliger Parallelität mussten sich die europäischen Kolonialmächte über vierzig Jahre nach Beendigung ihrer Herrschaft über überseeische Gebiete also ihrer Vergangenheit stellen, die im Falle Frankreichs und Englands durch die Zuwanderung aus den Kolonien ja durchaus sichtbar präsent war.

So sehr diese Auseinandersetzungen auch im nationalen Rahmen geführt wurden, haben sie doch die Debatten über eine gemeinsame europäische Erinnerung belebt. Claus Leggewie hat die Kolonialerinnerung in seinem Buch „Der Kampf um die europäische Erinnerung“ 2011 als einen von sieben Kreisen europäischer Erinnerung benannt, nach Holocaust, Sowjetkommunismus, Vertreibungen und Kriegserinnerung.<sup>21</sup> In dieser Perspektive ist die koloniale Erinnerungslandschaft Deutschlands Teil eines europäischen und zugleich globalen Gedächtnisses. Dazu zählen beispielsweise Kolonialdenkmäler im engeren Sinn und Straßennamen, Museen und Sammlungen, aber auch Objekte wie die ehemalige Kolonialschule in Witzhausen und die Mutterhäuser von Missionsgesellschaften. Der Kolonialismus ist in Europa aber weniger

durch konkrete Bauten präsent. Er lebt fort in Erinnerungen und Debatten, in Migrationskulturen und Familiengeschichten, in wissenschaftlichen Traditionen und Kolonialfilmen, in religiöser wie kultureller Hybridität. Es geht insofern weniger um Objekte, die zu schützen wären, als um einen amorphen Bestand an Immateriellem, der in Erinnerung gehalten werden muss, dessen Fortexistenz insofern abhängig ist von dem Streit darüber und der per se pluri-kulturell ist. Dieses Kulturerbe ist zutiefst ideologisch aufgeladen und muss sich beständig auch internationaler Kritik stellen, es ist zugleich nationales wie globales Kulturerbe.

### 5. Schlussfolgerungen

Mit dem globalen Wandel von 1989/1991 haben sich die Bedingungen und Vorstellungen von Kulturerbe und Denkmalpflege grundlegend gewandelt. Zum Ersten werden Vorstellungen eines nationalen Kulturerbes in Abgrenzung von anderen Nationen immer fragwürdiger, zum Zweiten werden Konzepte eines europäischen Erbes propagiert, die wiederum neue Abgrenzungen implizieren, zum Dritten ist Kulturerbe als Teil eines globalen Zusammenhangs zu verstehen, der sich nur zum geringsten Teil in konkreten materialen Zeugnissen wie Bauwerken ausdrückt. Und gleichzeitig wird der Begriff des Erbes quasi verflüssigt: Ideen eines statischen gemeinsamen Erbes werden zunehmend aufgegeben, Erbe wird nicht nur als wandelbar, sondern als wesentlich offen, vielfältig und

transnational verstanden. Auch Identität ist damit keine statische Befindlichkeit, sondern ein Prozess der Selbstvergewisserung in Gruppen und über Gruppen, bei dem allerdings Vorstellungen von Erbe und Aneignung eine Rolle spielen. Auch Werte, darunter Denkmalwerte, werden dabei verflüssigt.

Damit wandeln sich die Aufgaben von Denkmalpflege. Die Denkmalpflege widmet sich Objekten, deren Erhalt aus kunst- oder kulturhistorischen Gründen von öffentlichem Interesse ist. Diese Gemeinwohlorientierung ist immer weniger einzulösen, wenn sich der Begriff eines einheitlichen Kulturerbes auflöst, Materielles von Immateriellem gerahmt wird und Vielfalt nicht nur rhetorisch propagiert, sondern mit allen daraus resultierenden Konflikten ernst genommen wird. Als normative Geschichtspolitik zur Durchsetzung eines kulturstaatlichen Anspruchs, zur Bewahrung gemeinsamer, allseits anerkannter Werte und zur Verwaltung eines gemeinsamen Erbes, wie seit den Anfängen der modernen Denkmalpflege um 1900 immer wieder propagiert, kann sie nicht mehr glaubwürdig sein. Wandel, Vielfalt und Verschiedenartigkeit des Kulturerbes verlangen von Denkmalpflege vielmehr eine Öffnung für transnationale Denkansätze. Denkmalpflege kann sich dann allerdings nicht bloß als exekutive Behörde verstehen, sondern nimmt an Aushandlungsprozessen teil, die sich auf gemeinsame Werte ebenso wie auf das Nebeneinander konkurrierender Werte und am Ende auch auf sie selbst als Institution beziehen.

### Anmerkungen

- 1 So der Titel einer Pariser Tagung vom Mai 2010.
- 2 Zum Folgenden: Winfried Speitkamp, *Kleine Geschichte Afrikas*, 2. Aufl., Stuttgart 2009, S. 448–469; Ders., *Suche nach den Wurzeln. Afrika: Die jungen Demokratien knüpfen an die Tradition nationaler Befreiungskämpfe an*, in: *Das Parlament [Themenausgabe Afrika]* Nr. 10–11, 7.3.2011; Ders., *Erinnerungsorte und Erinnerungskulturen in Afrika*, in: Sonja Klein u.a. (Hg.), *Gedächtnisstrategien und Medien im interkulturellen Dialog*, Würzburg 2011, S. 273–282.
- 3 Winfried Speitkamp, *Stadt – Land – Fluss? Konfigurationen der Region – Perspektiven der Landesgeschichte*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 60, 2010, S. 127–148.
- 4 Winfried Speitkamp: *Versuche hessischer Identitätskonstruktion im nationalen Kontext*, in: Monika Gibas/Rüdiger Haufe (Hg.), „Mythen der Mitte“. *Regionen als nationale Wertezentren. Konstruktionsprozesse und Sinnstiftungskonzepte im 19. und 20. Jahrhundert*, Weimar 2005, S. 251–265, hier S. 259–262.
- 5 *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. 4: *Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart*, Teilbd. 2: *Die innere und kulturelle Entwicklung. Begründet von Max Spindler. In Verbindung mit Helmut Baier u. a. neu hrsg. von Alois Schmid*, 2., völlig neu bearbeitete Aufl., München 2007, S. 385–391.
- 6 Vgl. Winfried Speitkamp. *Geschichtspolitik, Denkmalpflege und kollektive Identität in Hessen*, in: Helmut Berding/Klaus Eiler (Hrsg.), *Hessen – 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum, Wiesbaden 2006 (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 45)*, S. 369–398, hier S. 377f.
- 7 Rolf Praml, *Grußwort*, in: *Fünfzig Jahre Land Hessen*, S. 9f., hier S. 10.
- 8 So besonders Wolfgang Schmale, *Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität*, Bonn 2010; Ders., *Die Bedeutung der Europäistik für die Geschichtswissenschaften*, in: Michael Gehler, Silvio Vietta (Hg.), *Europa – Europäisierung – Europäistik. Neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden und Inhalte*, Wien 2010, S. 111–120.
- 9 München 2010.
- 10 Theodor Schieder (Hg.), *Handbuch der europäischen Geschichte*, 7 Bde., Stuttgart 1976–1979; Wolfram Fischer u.a. (Hg.), *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 6 Bde., Stuttgart 1980–1993.
- 11 Vgl. Susanne Grindel, *Deutscher Sonderweg oder europäischer Erinnerungsort? Die Darstellung des modernen Kolonialismus in neueren deutschen Schulbüchern*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 30, 2008, H. 3, S. 695–716.
- 12 Pim den Boer u.a. (Hg.), *Europäische Erinnerungsorte*, 3 Bde., Bd. 1: *Mythen und Grundbegriffe des europäischen Selbstverständnisses*; Bd. 2: *Das Haus Europa*, München 2011; Bd. 3: *Europa und die Welt*, München 2012.
- 13 Pierre Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, 7 Bde., Paris 1984ff.; Etienne François, Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2001.
- 14 Günther Lottes, *Europäische Erinnerung und europäische Erinnerungsorte?* In: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 3, 2002, S. 81–92; Claus Leggewie zus. mit Anne Lang, *Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt*, München 2011.
- 15 Überblick über europäische Denkmalschutz-Initiativen bis hin zum Europa-Label: Jörg Haspel, *Eine Zukunft für unser gemeinsames Erbe. Denkmalschutz und Denkmalpflege im europäischen Kontext*, in: *kunsttexte.de* 1, 2010 (24.02.2012).
- 16 Dazu zum Beispiel der ICOMOS-Workshop „European Heritage Label und Weltkulturerbe“ vom November 2009 in Berlin.
- 17 Gerd Weiß, *Empfehlungen der Landeskonservatoren für bundesdeutsche Welterbe- und Europa-Erbe-Nominierungen – ein Zwischenbericht*, in: *kunsttexte.de* 1, 2010 (24.02.2012).
- 18 Vgl. Jürgen Osterhammel, *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*, Göttingen 2001; Ders. (Hg.), *Weltgeschichte*, Stuttgart 2008; Ders./Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen – Prozesse – Epochen*, München 2003; Gunilla Bude u.a. (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006.
- 19 Susanne Grindel/Winfried Speitkamp, *Da war doch was. Die europäischen Staaten beginnen, sich ihrer kolonialen Vergangenheit zu stellen*, in: *Kulturaustausch. Zeitschrift für internationale Perspektiven* 58/4, 2008, S. 71.
- 20 Susanne Grindel, *Kolonialismus im Schulbuch als Übersetzungsproblem. Deutsche, französische und englische Geschichtslehrwerke im Vergleich*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38, 2012, S. 272–303.
- 21 Leggewie, *Kampf um die europäische Erinnerung*, S. 14, 36–40.

## Denkmalpflege – eine soziologische Annäherung

ARNE DREIßIGACKER

Die Soziologie ist eine multiparadigmatisch oder vorsichtiger formuliert eine multiperspektivisch verfasste Wissenschaft, das heißt, es gibt eine Vielzahl theoretischer Ansätze mit unterschiedlichen Ausgangspunkten und Ansprüchen hinsichtlich ihrer Reichweite, ihrer empirischen Rückbindung sowie ihrer Diagnose- oder Erklärungskraft. Die Fokussierung auf bestimmte Aspekte der sozialen Welt führt zu vielfältigen, gewinnbringenden Erkenntnissen und Anknüpfungspunkten für andere Disziplinen, aber eben auch zu unscharfen oder blinden Flecken. Einem Trend zum erkenntnistheoretischen Konstruktivismus folgte in der soziologischen Theoriebildung als auch in empirischen Forschungsdesigns eine weitgehende Vernachlässigung von Raum, materiellen Artefakten und damit auch von Architektur.

In Anlehnung an den Sozialgeographen Benno Werlen, der die „Raumvergessenheit“ der Soziologie mit der „Raumversessenheit“ der Geographie konfrontiert,<sup>1</sup> könnte mit Verweis auf Michael Petzet<sup>2</sup> auch von einer „Substanzvergessenheit“ der Soziologie gegenüber einer „Substanzversessenheit“ der Denkmalpflege gesprochen werden.<sup>3</sup> Das scheint zunächst keine gute Voraussetzung für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Denkmalpflegern und Soziologen zu sein, doch gerade hier zeigt sich eine positive Seite des multiperspektivischen Zustands der Soziologie. Dieser kann zwar als „institutionelle Belastung“ für die Disziplin aufgefasst werden, weil es scheinbar keine gemeinsame Basis gibt, aber ebenso als „produktiver Modus“, indem über Vielfalt „die Restriktionen einzelner Modelle strukturell neutralisiert werden können.“<sup>4</sup> Letzteres macht sich die noch recht junge Architektursoziologie<sup>5</sup> zunutze, deren Programmatik im Folgenden skizziert wird, um anschließend die theoretischen Ansätze der sozialen Morphologie und der philosophischen Anthropologie vorzustellen sowie deren Potenzial für die Denkmalpflege aufzuzeigen.

### Architektursoziologie

Neben Bernhard Schäfers gehören insbesondere Joachim Fischer und Heike Delitz zu den Initiatoren der erstmals im Jahr 2004 tagenden Ad-hoc-Gruppe „Architektursoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie“. In ihrem im Jahr 2009 erschienenen Sammelband „Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie“ teilen sie bezüglich der soziologischen Theoriekonkurrenz die Auffassung einer „vitalen Vielfalt“<sup>6</sup> und lassen Vertreter verschiedener Richtungen Stellung nehmen.<sup>7</sup> Es zeigt sich, dass Architektur in Relation zur Gesellschaft höchst unterschiedlich als „Spiegel, Ausdruck, Zeugnis oder Medium des Sozialen“<sup>8</sup> gedeutet und theoretisch gefasst werden kann.

Das Potenzial der Architektursoziologie sieht Fischer in zweifacher Weise. Zum einen hält sie soziologische Einsichten für all diejenigen bereit, die sich professionell mit Architektur auseinandersetzen, zum anderen kann sie den Einfluss von Architektur auf die Vergesellschaftung und damit deren Relevanz als Gegenstand für die Soziologie verdeutlichen. Denn im Entwerfen, Erbauen,

Umbauen, Abreißen und Erhalten stecken immer auch soziale Dimensionen, die es hinsichtlich ihrer kommunikativen Eigenlogik soziologisch aufzuschließen und zu übersetzen gilt. Gleichzeitig soll mit der Architektursoziologie keine weitere Bindestrich-Soziologie entstehen, sondern auf die grundsätzliche Anerkennung und Einbeziehung der Architektur als „soziales Grundphänomen“<sup>9</sup> innerhalb soziologischer Theorien und Forschungsdesigns hingearbeitet werden.

Für die Denkmalpflege bietet die Architektursoziologie die Möglichkeit nicht nur die Figur des Denkmalpflegers, sondern auch konkrete Denkmale mit „reflexiver Vielfach-Perspektivierung“<sup>10</sup> in den Blick zu nehmen und läuft damit, anders als noch in den 1960er und 1970er Jahren, weniger Gefahr aufgrund der Dominanz einer Theorie in den Ton einer dogmatisch beherrschenden Architekturkritik zu verfallen.<sup>11</sup>

### Soziale Morphologie

Die von Émile Durkheim (1858–1917) begründete soziale Morphologie als Teilbereich der Soziologie bildet den Ausgangspunkt für den architektursoziologischen Ansatz von Markus Schroer.<sup>12</sup> Er bezieht sich dabei insbesondere auf die Arbeiten des Soziologen Maurice Halbwachs (1877–1945), der auch innerhalb der Denkmalpflege bekannt ist und dessen Terminus des „kollektiven“ oder genauer des „sozial bedingten Gedächtnisses“ rege Verwendung findet.<sup>13</sup> In seiner gleichnamigen Schrift beschreibt Halbwachs eindrücklich, wie sich soziale Gruppen durch den Austausch über gemeinsame Erinnerungen stabilisieren und wie diese Erinnerungen mit räumlichen Strukturen verbunden beziehungsweise von diesen präsent gehalten werden.<sup>14</sup>

Schroers Hauptaugenmerk liegt in diesem Fall jedoch auf Halbwachs' weniger bekannten Ausführungen zur sozialen Morphologie.<sup>15</sup> Halbwachs, der eng in Verbindung zu namhaften Geographen und Historikern seiner Zeit stand<sup>16</sup> und als erster empirischer Soziologe der französischen Schule gilt,<sup>17</sup> widmet sich darin der Gestalt des Sozialen, einem Gegenstandsbereich der soziologischen Theorie Durkheims, die dieser selbst nicht ausgearbeitet hat.

Halbwachs beschäftigte sich also neben der Verschränkung von Raum und Erinnerung auch eingehend mit dem „Substrat des Kollektivlebens“<sup>18</sup> beziehungsweise den sozial wirksamen materiellen und räumlichen Gegebenheiten wie der Architektur. An diese sind eben nicht nur gruppenspezifische Erinnerungen geknüpft, sondern – und dies ist insbesondere für Durkheim entscheidend – in ihr haben sich soziologisch bedeutsame soziale Relationen materialisiert, die stabilisierend und integrativ auf die Gesellschaft zurückwirken. Dies ist jedoch nach Halbwachs nicht mit einem „mechanistischen Zwang“ gleichzusetzen, vielmehr gewinnt der Einzelne mit einer zunächst abstrakten Vorstellung ein plastisches Bild von der Gesellschaft mit ihren Institutionen, Werten, Praktiken und so weiter.<sup>19</sup> Gleichzeitig setzen die gebauten Strukturen allen gesellschaftlichen Veränderungen eine Trägheit oder Widerständigkeit entgegen,

was Schroer als „time-lag zwischen den sozialen Veränderungen und ihrer räumlichen Materialisation“<sup>20</sup> bezeichnet. Architektur ist hier kein bloßer Spiegel der Gesellschaft, sondern eher eine Art Gedächtnis, denn: „es wäre unverständlich, daß wir die Vergangenheit wiedererfassen können, wenn sie nicht durch das materielle Milieu aufbewahrt würde, das uns umgibt.“<sup>21</sup> Im Umgang mit den Bauten der Vergangenheit beschreibt Halbwachs die Möglichkeit des Bewahrens durch Umwidmung (Betonung von Kontinuität) sowie die Möglichkeit des Abreißens (Betonung des Neuanfangs beziehungsweise sichtbaren Bruchs).<sup>22</sup> Dabei bevorzugt er grundsätzlich keine der beiden Seiten, steht aber – wie Schroer bemerkt – dem Bewahren kritisch gegenüber, wenn damit schwerwiegende soziale Veränderungen nicht wahrnehmbar beziehungsweise verdeckt werden.<sup>23</sup>

Welche Möglichkeiten bietet dieser soziologische Ansatz der Denkmalpflege? Zum einen stellt sich die Frage nach dem Gruppenbezug der Denkmale, zum Beispiel, welche sozialen Gruppen werden durch den Erhalt bestimmter Gebäude in ihrer gemeinsamen Erinnerungsbasis gestützt?<sup>24</sup> Daneben könnte die gegenwärtige Denkmallandschaft ebenfalls Gegenstand einer „Morphologie der Denkmalpflege“ werden und hinsichtlich ihrer Bedeutung für das Bewusstsein der Individuen und deren Vorstellung von der Gesellschaft befragt werden. Wie schreibt sich die Denkmalpflege durch Unterschutzstellung und Umwidmung von ausgewählten Baukörpern oder ganzer Ensembles selbst in den Raum ein? In dieser Richtung ließe sich mit Halbwachs argumentieren, dass zu schnelle und plötzliche Gestaltwandel der Gesellschaft den Einzelnen und damit auch die Gesellschaft aus dem Gleichgewicht bringen würden, denn „das soziale Denken würde sich der Gefahr aussetzen, manisch, inkohärent zu werden, würde sich mit allerlei Hirngespinnsten beschäftigen, in Träumen und Einbildungen auflösen, wenn es sich nicht auch immer den Umfang und die Gestalt der Gruppe vorstellte, ihre regelmäßigen Bewegungen in der materiellen Welt.“<sup>25</sup>

Denkmalgeschützte Gebäude können mit diesem Ansatz als kristallisierte und damit empirisch zu analysierende soziale Tatsachen verstanden werden, deren Zahl, Zustand und Verhältnis zur restlichen Bebauung soziologische Aussagen über den Zustand der Gesellschaft zwischen Harmonie und Anomie zuließe. Doch ist mit Bezug auf den eingangs geschilderten multiperspektivischen Zustand der Soziologie davon auszugehen, dass die Kraft solcher Aussagen durch andere theoretische Ansätze relativiert werden kann. Denn auch wenn Halbwachs den Dogmatismus Durkheims ein wenig abschwächt, bleibt die grundsätzliche Zielrichtung seiner Arbeit erhalten, mit Hilfe empirischer Forschung eine allgemeine, das heißt geschichtslose und universelle, soziale Wirklichkeit zu beweisen.<sup>26</sup> Da es aber keinen geschichtslosen und universellen Menschen gibt, ist auch das soziale Integrations- und Gleichgewichtsproblem kein universelles. Hinzu kommt, dass sich der Fokus hier zu sehr auf die integrative Wirkung relativ stabiler Gruppen und Gesellschaften mit einer ebenso stabilen räumlichen Struktur verschiebt. Dadurch werden systematisch Prozesse sozialer Exklusion ausgeblendet und andererseits erscheint dieses Gesellschaftsbild für moderne Gesellschaften eher unpassend.<sup>27</sup> Bezogen auf Architektur stellt Schroer fest: „Die Steine sind womöglich nicht mehr so unempfindlich, die Dinge nicht mehr so unbeweglich und der Raum nicht mehr so

permanent, wie Halbwachs dies noch annehmen konnte.“<sup>28</sup> Trotzdem ist der frühe Hinweis der sozialen Morphologie zu würdigen, „dass es die materiellen Artefakte sind, die eine Art Anker im Meer der Kontingenz bilden.“<sup>29</sup>

### Philosophische Anthropologie

Während bei der Argumentation auf theoretischer Basis von Durkheim und Halbwachs das Soziale beziehungsweise die Gesellschaft schlicht vorausgesetzt wird, gründen die architektursoziologischen Überlegungen von Fischer und Delitz auf einer beim Menschen ansetzenden Theorie: der philosophischen Anthropologie vertreten von Max Scheler (1874–1928), Helmuth Plessner (1892–1985), Arnold Gehlen (1904–1976) und Erich Rothacker (1888–1965). Damit wird Architektur als „expressiver Außenhalt“ für das „natürlich künstliche Lebewesen“ Mensch in seiner „exzentrischen Positionalität“ verstehbar.<sup>30</sup>

Im lebensphilosophischen Vergleich mit Pflanzen und Tieren wird der Mensch durch seine „Umweltoffenheit“ und „Instinktarmut“ gekennzeichnet. Sein von Natur aus haltlos schwankendes und gefährdetes Dasein kann mit Hilfe seiner geistigen Fähigkeiten in ein künstliches inneres und äußeres Gleichgewicht durch Routinen und Institutionen umgewandelt und abgesichert werden. Gleichzeitig versucht der Mensch aufgrund erfahrener Kontingenz über diese Ordnungen immer wieder hinauszugelangen. Die Dinge und er selbst sind ihm aufgrund seiner „vermittelten Unmittelbarkeit“ zwar erforschbar aber letztendlich unergründlich: „Ortlos, zeitlos ins Nichts gestellt, treibt sich das menschliche Wesen beständig von sich fort, ohne Möglichkeit der Rückkehr, findet sich immer als ein anderes in den Fügungen seiner Geschichte, die es zu durchschauen, aber zu keinem Ende zu bringen vermag.“<sup>31</sup> In seiner „exzentrischen Positionalität“, das heißt, mit der Fähigkeit gedanklich aus seiner Mitte hervorzutreten, sich selbst in Beziehung zur Natur und Umwelt wahrzunehmen und zu reflektieren, ist der soziale Bezug zur „Mitwelt“ bereits angelegt.<sup>32</sup> Damit ergibt sich auch die Notwendigkeit, die eigenen künstlichen Grenzsetzungen zu verkörpern beziehungsweise erscheinen zu lassen, um für andere Personen verstehbar zu werden.<sup>33</sup>

Architektur ist in Analogie zur Kleidung ein solcher Modus der „natürlichen künstlichen“ Grenzziehung, in der sich die Funktion der Sicherung des Daseins mit dem Ausdruck des Soseins verbindet und daher als „expressiver Außenhalt“ bezeichnet werden kann. Gleichzeitig wird betont, dass Architektur ein eigenlogisches Kommunikationsmedium „der kulturellen Welt- und Selbsterschließung“<sup>34</sup> ist und sich nicht auf die Logik anderer Medien (Text, Bild, Musik, Sprache und ähnliche) reduzieren lässt. Vielmehr ist es so, dass Architektur in ihrer nicht außer Kraft setzbaren Allgegenwart andere „leichtere“ Medien fundiert.<sup>35</sup>

Fischer macht zudem deutlich, dass Architektur nicht nur als „Umwelt für Interaktion“ funktioniert, sondern vorher bereits als „Mitwelt von Interaktion“ zu verstehen ist.<sup>36</sup> Der Mensch ist in diesen auf Dauer gestellten Grenzrealisierungen bereits in Kommunikation mit und durch Architektur eingebunden, und weil er in eine architektonisch überformte und sozial relationierte Welt geboren wird, bedeutet das immer auch Kommunikation mit den Ahnen,

denn: „[n]icht an Spezialorten wie dem Friedhof oder dem Archiv sind die Vorfahren präsent, sondern im Gebauten [...]“<sup>37</sup>, so Fischer. Damit besteht grundsätzlich die Möglichkeit der Irritation des eigenen Selbstbildes gegenüber dem architektonisch verkörperten Unvertrauten, Fremden. „Wenn Fremdheit eine Herausforderung für das Selbstverständnis der eigenen Existenz darstellt, zeichnen sich verschiedene Möglichkeiten ab, mit ihr umzugehen: Sie kann als mögliche Bereicherung, als neutrales Anderssein oder aber als Bedrohung erlebt werden.“<sup>38</sup> Dabei handelt es sich jedoch um kein festes Freund-Feind-Schema, sondern um eine aktualisierbare und transformierbare soziale Beziehung, die zu unterschiedlichen Einstellungen und Reaktionen gegenüber den vermittelnden Baukörpern führt.

Gemäß Delitz lässt sich auf sozialtheoretischer Ebene beobachten, dass Architektur bestimmte „Handlungen, Haltungen, Interaktionen und Selbstverhältnisse“ hervorruft und stabilisiert. Ausgehend von dieser „sozialen Aktivität“ werden Baukörper als „socius“ im Sinne von „Gefährte“, „Teilnehmer“ oder „Mitspieler“ aufgefasst und beschrieben.<sup>39</sup> Bezogen auf Architekturdenkmale könnten demzufolge Erkenntnisse im Vergleich zwischen Gebäuden unterschiedlichen Alters, Baustils und Zustands gewonnen werden. Welche Handlungen, Wahrnehmungen, Bewegungen rufen sie hervor oder unterdrücken sie, welche Affekte werden beispielsweise durch Spuren, Patina oder alte, ungebräuchlich gewordene Materialien, Räume und Formen ausgelöst?

Auf der Ebene der Gesellschaftstheorie beschreibt Delitz Architektur als „Medium des Sozialen“<sup>40</sup>, über deren Gestalt die Gesellschaft erst wahrnehmbar/imaginierbar wird und wiederum bestimmte Einstellungen hervorruft. Das führt zu den Fragen: Welchen Einfluss hat die sinnlich erfahrbare Historizität der baulichen Um- und Mitwelt auf unsere Vorstellungen von der Gesellschaft und welche sozialen Verhältnisse (Zugehörigkeiten, Differenzierungen, Ungleichheiten, Machtverhältnisse und andere) werden mit ihnen aufrechterhalten beziehungsweise immer wieder aktualisiert? An dieser Stelle lässt sich zudem die vermittelnde Position der Denkmalpflege beleuchten, die als eine Art Mediator zwischen

die Generationen mit ihren jeweiligen materialisierten Selbst- und Weltbildern tritt<sup>41</sup> und die in ihrem Auftreten und Wirken als Teil der Gesellschaft selbst historisierbar ist.

### Resümee

Die vorgestellten theoretischen Ansätze als auch deren Potenzial für die Denkmalpflege konnten in diesem Rahmen allenfalls angedeutet werden. Festzuhalten bleibt, dass die soziale Morphologie den soziologischen Blick zum ersten Mal auf die Architektur lenkt und deren sozialstrukturierende Rückwirkung erkennt. Die Denkmalpflege erscheint hier als eine Institution, die durch den Erhalt von materialisierten sozialen Beziehungen zur Kontinuität und Stabilität der Gesellschaft beiträgt und sich dabei selbst in den Raum einschreibt.<sup>42</sup> Eine Gleichgewicht sichernde und expressive Seite der Denkmalpflege wird ebenfalls mit der architektursoziologisch gewendeten philosophischen Anthropologie beschreibbar, mit dem Unterschied, dass dieser Ansatz bei der Existenz des Menschen beginnt und keine bestehende Ordnung voraussetzt. Damit erhält neben dem Geschichtsbewusstsein das Kontingenzbewusstsein eine größere Aufmerksamkeit. Indem die Denkmalpflege „Gleichzeitigkeit von ungleichzeitigen Vergangenheiten“<sup>43</sup> vor Augen stellt, verweist sie nicht nur auf eine identitätsstiftende Vergangenheit, sondern ebenso auf die Kontingenz des sozialen Daseins (der Lebensweise, der Mitwelt, der Raum- und Zeitvorstellung und so weiter) sowie auf die Kreativität anregende Möglichkeit über bestehende Ordnungen und das eigene Sein hinauszugehen.<sup>44</sup>

Es bleibt zu hoffen, dass die soziologischen Auseinandersetzungen mit Architektur und Denkmalpflege weiter zunehmen, die offenen Fragen beantwortet werden und das Interesse an der sozial- wie gesellschaftstheoretischen Erschließung sozialer Dimensionen von Architektur (Denkmalen) wächst. Denn „[w]enn sich Vergesellschaftung auch über, im und durch gebauten Raum vollzieht, sind von Beginn an Kooperation und Konflikt, Verständigung und Rivalität, Differenzierung und Integration, Über- und Unterordnung, Macht und Ohnmacht, Inklusion und Exklusion eingebaut. Architektur ist so brisant und penetrant wie das Soziale selbst.“<sup>45</sup>

## Anmerkungen

- 1 Werlen, Benno (2000): Sozialgeographie. Eine Einführung. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt, S. 14.
- 2 Petzet spricht von „Substanzfetischisten“ unter den Denkmalpflegern. Petzet, Michael (1994): Der neue Denkmalkultus am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Die Denkmalpflege 52 (1), S. 22–32, S. 25.
- 3 Heinlein und Dimbath attestieren der Soziologie zudem eine „Gedächtnisvergangenheit“. Heinlein, Michael; Dimbath, Oliver (2010): Soziologie. In: Christian Gudehus, Ariane Eichenberg und Harald Welzer (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart: Metzler, S. 276–287, S. 276.
- 4 Schüle, Johann August (2008): Soziale Realität und das Schicksal soziologischer Theorie. In: Andreas Balog und Johann August Schüle (Hg.): Soziologie, eine multiparadigmatische Wissenschaft. Erkenntnisnotwendigkeit oder Übergangsstadium? Wiesbaden: VS, S. 15–46, S. 43.
- 5 Eine erste allgemeine Definition des Gegenstands der Architektursoziologie bei Schäfers, Bernhard (2003): Architektursoziologie. Grundlagen – Epochen – Themen. Wiesbaden: VS, S. 22.
- 6 Fischer, Joachim; Delitz, Heike (2009): Die ‚Architektur der Gesellschaft‘. Einführung. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: Transcript, S. 9–17, S. 13.
- 7 Neben den hier vorgestellten Ansätzen sind dies Vertreter figurationssoziologischer, phänomenologisch-hermeneutischer, institutionenanalytischer, historisch-soziologischer, diskursanalytischer Theorien, als auch der System- und Formtheorie, Gender Studies, Cultural Studies, soziale Ungleichheitstheorie und Strukturierungstheorie.
- 8 Fischer; Delitz (2009) (siehe Anmerkung 6), S. 13. Eine zusammenfassende Darstellung der einzelnen Perspektiven findet sich bei Schäfers, Bernhard (2012): Architektur. In: Eckardt, Frank (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS, S. 365–377.
- 9 Fischer, Joachim (2009): Zur Doppelpotenz der Architektursoziologie. Was bringt die Soziologie der Architektur – Was bringt die Architektur der Soziologie? In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: Transcript, S. 385–414, S. 386.
- 10 Ebd., S. 392.
- 11 Vgl. Schäfers, Bernhard (2009): Architektursoziologie. Zur Geschichte einer Disziplin. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: Transcript, S. 365–384, S. 381.
- 12 Schroer, Markus (2009): Materielle Formen des Sozialen. Die ‚Architektur der Gesellschaft‘ aus Sicht der sozialen Morphologie. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: Transcript, S. 19–48.
- 13 Eine aktuelle und eingehende denkmaltheoretische Auseinandersetzung: Binnewerg, Anke (2013): Menschen und Steine. Die Anwendbarkeit von Maurice Halbwachs‘ Thesen zu Erinnerung und Raum für die Denkmalpflege. In: Hans-Rudolf Meier, Ingrid Scheurmann und Wolfgang Sonne (Hg.): Werte. Begründungen der Denkmalpflege in Geschichte und Gegenwart. Berlin: Jovis, S. 90–101.
- 14 Halbwachs, Maurice (1991): Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt a. M.: Fischer.
- 15 Halbwachs‘ Schriften zur sozialen Morphologie wurden erstmalig 2002 auszugsweise ins Deutsche übersetzt: Halbwachs, Maurice (2002): Soziale Morphologie. Ausgewählte Schriften. Hg. v. Stephan Egger. Konstanz: UVK.
- 16 Zum Beispiel Vidal de la Blache, Robert E. Park und Ernest W. Burges. Vgl. Egger, Stephan (2002): Soziale Form und praktischer Sinn. Zu einer Morphologie des kollektiven Menschen bei Maurice Halbwachs. In: Maurice Halbwachs: Soziale Morphologie. Ausgewählte Schriften. Hg. v. Stephan Egger. Konstanz: UVK, S. 92–127, S. 95 und 113 sowie Craig, John E. (1981): Die Durkheim-Schule und die Annales. In: Wolf Lepenies (Hg.): Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin, Bd. 3. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 298–322, S. 303.
- 17 Vgl. Craig (1981) (siehe Anmerkung 16), S. 265.
- 18 Durkheim, Émile (1984): Die Regeln der soziologischen Methode. [Les règles de la méthode sociologique. Presses Universitaires de France, Paris 1895]. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 113.
- 19 Vgl. Halbwachs (2002) (siehe Anmerkung 15), S. 88.
- 20 Schroer (2009) (siehe Anmerkung 12), S. 29.
- 21 Halbwachs (1991) (siehe Anmerkung 14), S. 142.
- 22 Vgl. Halbwachs (2002) (siehe Anmerkung 15), S. 39.
- 23 Vgl. Schroer (2009) (siehe Anmerkung 12), S. 41.
- 24 Dieser Frage widmet sich Erika Spiegel (1975): Über Wert und Unwert des Alten für die Bewohner historischer Städte. Bedeutung und Bedeutungsverlust kollektiver Erinnerungen für die Erhaltung alter Wohnquartiere. In: Zeitschrift für Stadtgeschichte 2, S. 285–306.
- 25 Halbwachs (2002) (siehe Anmerkung 15), S. 91.
- 26 Vgl. Jonas, Friedrich (1969): Geschichte der Soziologie III. Französische und italienische Soziologie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 46 und 63.
- 27 Vgl. ebd., S. 70–73.
- 28 Vgl. Schroer (2009) (siehe Anmerkung 12), S. 45.
- 29 Ebd., S. 46.
- 30 Vgl. Delitz, Heike (2009): Gebaute Gesellschaft. Architektur als Medium des Sozialen. Frankfurt a. M., Dresden: Campus, S. 174–176.
- 31 Plessner, Helmut (1976): Die Frage nach der *Conditio humana*. Aufsätze zur philosophischen Anthropologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 116.
- 32 Lindemann, Gesa (2005): Verstehen und Erklären bei Helmuth Plessner. URL: [www.ts.tu-berlin.de/fileadmin/fg226/TUTS/TUTS\\_WP\\_4\\_2005.pdf](http://www.ts.tu-berlin.de/fileadmin/fg226/TUTS/TUTS_WP_4_2005.pdf), zuletzt geprüft am 04.06.2012.
- 33 Eine ausführliche Darstellung mit Bezug auf Architektur findet sich bei Fischer, Joachim (2004): Exzentrische Positionalität. Der Potsdamer Platz aus der Perspektive der Philosophischen Anthropologie. In: Joachim Fischer (Hg.): Potsdamer Platz. Soziologische Theorien zu einem Ort der Moderne. München: Wilhelm Fink, S. 11–32.
- 34 Fischer (2009) (siehe Anmerkung 9), S. 395.
- 35 Vgl. ebd., S. 407.
- 36 Ebd., S. 403.
- 37 Ebd., S. 409.
- 38 Lindemann (2005) (siehe Anmerkung 32), S. 15.
- 39 Delitz, Heike (2009): Expressiver Außenhalt. Die ‚Architektur der Gesellschaft‘ aus Sicht der Philosophischen Anthropologie. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: Transcript, S. 163–194, S. 178.
- 40 Ebd., S. 190.
- 41 Vgl. dazu die Ausführungen zur „tertiären Position“ des Architekten bei Fischer (2009) (siehe Anmerkung 9), S. 390 und dazu Fischer, Joachim (2004): Figuren und Funktionen der Tertiärität. Zur Sozialtheorie der Medien. In: Joachim Michael und Markus Klaus Schäffauer (Hg.): Massenmedien und Alterität. Frankfurt a. M.: Vervuert, S. 78–86.
- 42 In ähnlicher Richtung argumentiert auch Hermann Lübbe, wenn er u. a. der Denkmalpflege eine kompensatorische Funktion zuschreibt und deren Objekte als „Stein gewordenes historisches Bewusstsein“ bezeichnet. Lübbe, Hermann (1977): Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie. Basel, Stuttgart: Schwabe & Co, S. 304–307 sowie Lübbe, Hermann (2004): Modernisierungsgewinner. Religion, Geschichtssinn, direkte Demokratie und Moral. München: Fink, bes. S. 127.
- 43 Tausch, Harald (2010): Architektur. In: Christian Gudehus, Ariane Eichenberg und Harald Welzer (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart: Metzler, S. 156–164, S. 156.
- 44 Siehe dazu auch die Argumentation von Detlev Ipsen, der bezogen auf Architekturdenkmale von einem „gesellschaftlichen Genpotenzial“ für „Wertorientierungen, Wissensbestandteilen und Fertigkeiten“ spricht. Ipsen, Detlev (2001): Die Modernisierung der Gesellschaft und die Rolle des Denkmalschutzes. In: Achim Hubel (Hg.): Ausbildung und Lehre in der Denkmalpflege. Ein Handbuch. Jahrestagung 1998 in Bamberg. Petersberg: Imhof, S. 12–20, S. 16.
- 45 Fischer (2009) (siehe Anmerkung 9), S. 388.

## Werte und Wandel: Was Gentrifizierung, Denkmalschutz und die „Recht auf Stadt“-Bewegung miteinander zu tun haben

CHRISTOPH TWICKEL

1958 mussten in der Ulricusstraße in der Hamburger Neustadt 36 Fachwerkhäuser dem Hochhaus der „Margarine Union“ weichen – das spätere Unilever-Haus. Neben einigen Bordellen stand hier auch der „Brahmskeller“ in einem Haus von 1742, in dem Johannes Brahms Wein trank und komponierte. In unmittelbarer Nachbarschaft gab es die Kneipe „Palette“, über die Hubert Fichte zehn Jahre später seinen gleichnamigen Roman verfasst. 1960 schrieb Fichte aus Frankreich an einen Freund: „Was macht das Babel Hamburgs? Gibt es noch ein paar interessante Bars oder ist alles in Margarine umgeschmolzen?“

Dass Subkultur und Denkmäler oft dem nämlichen Stadtentwicklungsfuror zum Opfer fallen, ist also keinesfalls ein neues Phänomen. Selbst das Unilever-Haus von Helmut Hentrich und Hubert Petschnigg, das selbst wieder Denkmal wurde, heißt heute Emporio-Haus und hat seine schutzwürdige Gestalt als Solitär eingebüßt – gegen die lukrative Bebauung der umgebenden Grünfläche konnte sich der Denkmalschutz offensichtlich nicht durchsetzen.

### 1. Komm in die Gänge: Denkmalschutz statt Beton, Glas, Putz

Gleich vis-à-vis, zwischen Valentinskamp und Caffamacherreihe, stehen die zwölf Gebäude, die man heute als Gängeviertel kennt. 2003 verkaufte die Stadt Hamburg das Areal an private Investoren, diese verkauften es 2007 weiter an den niederländischen Immobilienfonds Hanzvast. Hanzvast plante den weitgehenden Abriss und die Entkernung der Gebäude und wollte nur ein paar historische Fassaden als Dekoration erhalten. Gegen diesen Fassadismus beginnen zur Jahreswende 2008/2009 einige Künstler und Galeristen, die in den Gebäuden noch Räume gemietet haben, die Idee einer Besetzung auszubrüten (Abb. 1). Aus einem Kern von Leuten, die sich wöchentlich in der „Zelle“ im Keller eines der Gebäude treffen, entsteht die „Komm in die Gänge“-Bewegung.

Tatsächlich waren es aber nicht nur Künstler, sondern alle möglichen Leute, die mit der Besetzung Anspruch auf das Viertel stellten: Im Gängeviertel findet sich eine Transversale von Subkultur-Szene, Stadtplanern, Architekten, Künstlern, Selfmade-Handwerkern und Leuten aus linken Zusammenhängen. Im Juni 2009 gründet sich im Centro Sociale im Hamburger Schanzenviertel ein Netzwerk von lokalen Initiativen unter dem Slogan „Recht auf Stadt“. Dieses Netzwerk, das circa 40 Initiativen umspannt, wird für die „Komm in die Gänge“-Bewegung zum politischen Referenzrahmen.

Ein paar Worte zum „Recht auf Stadt“: Die Formulierung geht zurück auf Schriften des französischen Philosophen Henri Lefebvre in den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts und verknüpft die Idee von gesellschaftlicher Teilhabe mit dem Anspruch auf den Zugang zur Stadt und ihren Netzwerken. Der Frankfurter Sozialforscher und Kulturanthropologe Klaus Ronneberger kategorisiert die Entwicklung der Stadt seit der industriellen Moderne in drei aufeinanderfolgende Phasen, die er die „liberal-kapitalistische Bürgerstadt“,

die „funktional-industrielle Vorsorgestadt“ und die „unternehmerisch orientierte Erlebnisstadt“ nennt.<sup>1</sup> Die Benennung dieser drei sich allmählich ablösenden Idealtypen erzählt bereits davon, was in ihnen als zeitgemäß und visionär galt beziehungsweise gilt: In der ersten, der Bürgerstadt des 19. Jahrhunderts herrschen das Kapital und ein damit personell eng verbundener liberaler Bürgersinn. In der zweiten, der Metropole des 20. Jahrhunderts bis in die Sechziger-/Siebzigerjahre, erobert die Politik als ideeller Gesamtkapitalist die Hegemonie über eine Stadt, die sich an den Notwendigkeiten von Produktion und Umschlag orientiert. Die dritte Stadt, die neoliberale Event-City, in der wir heute und seit gut drei Dekaden leben, konkurriert mit anderen Städten um Attraktivität für eine bestimmte Sorte von Investment. Es geht darum, Schaltzentrale einer globalisierten Produktion zu sein und Ansiedlungsort einer globalen Business Class. Das wiederum ist Gegenstand der Spekulation für eine finanzmarktgesteuerte Immobilienbranche. Die Stadt wird zur Agglomeration von A-, B- und C-Lagen. So wie die Ratingagenturen Länder bewerten, so bewertet die Immobilienbranche urbane Lagen.

Die Aktualität der neuen urbanen Bewegungen speist sich nicht zuletzt aus dieser zunehmend un-sozialen Taxierung des urbanen Raums durch das Finanzkapital. Denn für die städtischen Bewohnerschaften bedeutet sie Segregation und Gentrifizierung. „Recht auf Stadt“ ist sozusagen der Schlachtruf derer, die in der Flächenkonkurrenz nicht mithalten können, aber auch die Anschlüsse an die Produktions- und Kommunikationsströme der Stadt brauchen, um überleben oder besser leben zu können – von der Putzhilfe bis zum Pizzaboten.

Die heutige Stadtentwicklungspolitik – so die Kritik der „Recht auf Stadt“-Initiativen – setzt dieser Ökonomisierung nicht nur kaum mehr antizyklische Maßnahmen entgegen, sie agiert oftmals selbst als Preistreiber im städtischen Raum. Ein Umstand, der ganz



Abb. 1 Aufkleber zur Ankündigung des Hoffestes im Gängeviertel am 22.8.2009, das in die Besetzung mündet.



vital auch die Interessen des Denkmalschutzes berührt. Denn in dem Maße, wie Kommunen ihre Denkmäler auf dem Immobilienmarkt zu Geld machen, erhöhen sie den Renditedruck auf diese Objekte und minimieren damit die Chancen auf eine denkmalkompatible Nutzung und Sanierung.

In Hamburg artikulieren diese Kritik an der neoliberalen Stadt besonders wahrnehmbar Künstler, die keine Nische mehr in der Stadt finden. Aber auch ein neues akademisch-bürgerliches Prekariat formuliert seine Einwände in dieser Weise, da es um seinen Platz in der Stadt fürchtet. Dass Gentrifizierung und das Recht auf Stadt in deutschen Großstädten seit 2009 ein immer wiederkehrendes Medienthema ist, mag auch damit zu tun haben, dass es die Medienarbeiter\_innen selbst sind, die zunehmend von der Ökonomisierung der Städte negativ tangiert sind. Tatsächlich treffen die städtischen Segregationsprozesse am härtesten die, die in der Soziologie etwas unschön die „vier As“ genannt werden: Ausländer, Arbeitslose, Arme und Alte.

Für die Popularität der Gängeviertel-Besetzung waren allerdings nicht so sehr soziale und politische Aspekte entscheidend. Eine zentrale Rolle spielt das, was ich den Kleinod-Faktor des Viertels nennen würde. Die engen Gassen und Hinterhöfe, die kleinen Wohnungen, die historisch gesehen den Charakter der Gängeviertel als Elendsquartiere belegten, bekommen im Rückblick eine romantische Patina. Aus der zeitlichen Distanz werden die zwölf besetzten Häuser zum schützenswerten Kleinod – gerade angesichts der umgebenden Stahl-Glas-Architektur, die die Kleinteiligkeit des Areals zum gemütlich-authentischen Gegenbild zur neoliberalen Unternehmerstadt erscheinen lässt. Die Besetzerinnen und Besetzer selbst schrieben sich den Denkmalaspekt auf die Fahnen – und das wortwörtlich: „Denkmalschutz statt Glas, Stahl, Putz“ lautete der Slogan auf einem Transparent, das an den besetzten Häusern hing. Ohne diesen Kleinod-Faktor, ohne die plötzliche Popularität der Häuser bei einem bürgerlichen Publikum und in der Presse wäre der Rückkauf durch die Stadt Ende 2009 nicht möglich gewesen.

## **2. Der Kampf ums Frappant: Vom Niedergang eines Wohlstandstempels**

Ganz anders war die Lage im Falle des sogenannten Frappant-Komplexes in der Großen Bergstraße in Altona-Altstadt, das nur ein paar Monate nach der Gängeviertel-Besetzung zum politisch umkämpften Ort avancierte. Das Frappant-Kaufhaus, entworfen von Borhan Mohregi und 1973 von Versandhauschef Josef Neckermann persönlich eröffnet, galt in den Siebzigern als Inbegriff von zeitgemäßer Urbanität und war selbst für die feinen Leute aus den Elbvororten ein Anziehungspunkt. Der rund 47.000 Quadratmeter große Stahlbeton-Koloss beherbergte ein Kaufhaus, das Restaurant „Alt-Altona“, einen Friseur, ein „Reaktivierungszentrum“ mit Sauna, Schwimmbad und Massagepraxis, eine Diskothek, ein russisches Restaurant und manches mehr. Konzipiert war es als Mittelpunkt und Attraktion eines neuen Quartiers, in dem der neue Mittelstand wohnen und konsumieren sollte – noch ganz im Sinne des funktionalen Städtebaus der Fünfziger- und Sechzigerjahre.

Diese Funktion büßte das Frappant-Kaufhaus in den achtziger und neunziger Jahren sukzessive ein. 2003 schloss Karstadt, das

den Komplex nutzte, für immer seine Pforten, in den Folgejahren standen weite Teile leer, andere wurden durch Künstler und andere Kulturarbeiter\_innen zwischengenutzt. Der Eigentümer lässt das Gebäude verfallen, was die öffentliche Stigmatisierung des Frappant als Schandfleck befördert. Im Frühjahr 2009 vermelden Bezirkspolitiker stolz, dass Ikea auf dem Grundstück seine erste innerstädtische Möbelhaus-Filiale errichten wolle.

Gegen diese Entwicklung wiederum setzen sich die im Frappant arbeitenden Zwischennutzer zur Wehr sowie diverse lokale Initiativen – auch der Autor dieser Zeilen engagiert sich in der Bewegung, die die Umwandlung des leerstehenden Stadtteilkomplexes in einen Big-Box-Retailer für Möbel verhindern will.

Mit einer Besetzungsaktion Ende November 2009 versuchen diese Initiativen, ihre Idee einer Umnutzung des Frappant-Komplexes in die Öffentlichkeit zu bringen: Gegen die Verödung der Stadt durch Investorenarchitektur und -projekte setzen sie die Idee des „Stadthauses“, das die Idee des Komplexes als soziales Zentrum für das umliegende Viertel aktualisiert. Das Frappant sollte umgenutzt werden, eine Substandard-Sanierung und ein günstiger Pachtpreis sollten möglich machen, dass Nutzungen reinkommen, die auf bezahlbare Mieten angewiesen sind: Vom Saal für türkische Hochzeiten über ein günstiges Gästehaus bis hin zu kommunalen Gewerberäumen. Kurz gesagt: Lokale Ökonomie und lokale Kultur statt eines global agierenden Filialisten.

Allen Argumenten zum Trotz mochte der Gängeviertel-Effekt im Falle des Frappants nicht eintreten. Stattdessen dominierte offene Ablehnung den Tenor der Medien und auch der Gespräche in der unmittelbaren Nachbarschaft. Der medial-politische Schandfleck-Diskurs definierte die Wahrnehmung des Areals. Nur in einer relativ überschaubaren Szene von Kulturarbeiter\_innen und politisch engagierten Leuten war man sich sicher, dass aus dem alten Betonkoloss ein Traumhaus im Sinne einer anderen, nachbarschaftlich-sozialen Stadtentwicklung werden kann – und konnte auch ästhetisch dem Siebziger-Jahre-Brutalismus des Komplexes etwas abgewinnen.

Gerade ältere Anwohnerinnen und Anwohner standen dem Gebäude, das in ihrer Jugend quasi der Inbegriff von schick, modern und fortschrittlich war, mit extremer Missgunst gegenüber. Während – wie im Falle des Gängeviertels – ein Elendsgebiet der Vergangenheit sich in der Distanz der heutigen Wahrnehmung zum gemütlich-kleinteiligen Altbau-Kleinod mausert, gelten die Bauten des sozialstaatlichen Kapitalismus, der „Vorsorgestadt“ wie Ronneberger sie nennt, als grauenhaft. Die verlassensten Flanier- und Einkaufsmeilen des rheinischen Kapitalismus der Fünfziger bis Siebziger führen den Menschen den Niedergang des Wohlstands- und Demokratieversprechens vor, mit dem sie aufgewachsen sind. Je mehr man diesen Architekturen den Verfall und die Niederlage ansieht, desto besser funktioniert der Schandfleck-Diskurs, die Rede vom hässlichen Betonklotz und die Verheißung eines brandneuen Shoppingareals.

Die Stadtpolitik zieht sich zurück und überlässt die Definition zentraler urbaner Orte globalen Playern wie Ikea oder dem Shopping-Mall-Giganten ECE: Weil dieser Prozess heute üblich und eingespielt ist, haben es nicht nur „Recht auf Stadt“-Initiativen,

sondern auch Denkmalschützer schwer. Die öffentliche Hand gilt im Bewusstsein der Stadtbewohner längst als Versagerin, die nicht auf die Reihe bekommt, was Konzerne wie Ikea per Handstreich erledigen. Die Ökonomisierung der Stadt wird unter beschönigenden Begriffen wie „Aufwertung“ oder „Belebung“ zur alternativlosen Entwicklungsstrategie – bizarrerweise sogar von denen beklatscht, die in ihr absehbarerweise zum Opfer fallen, also den bereits erwähnten vier As, die die Nachbarschaft des Frappants bewohnen.

### 3. Schandfleck-Diskurse und wie man sie kontert: Die Essohäuser an der Reeperbahn

Die allfällige Rede von den Sünden der modernen Architektur, den Betonklötzen und Schandflecken und der mutmaßlich nicht mehr zeitgemäßen Bauweise ist – wer wüsste das besser als die Denkmalpflege – meist interessegeleitet beziehungsweise verdankt sich einer Priorisierung bestimmter Lebensweisen. Nehmen wir – als letztes Hamburger Beispiel für die Auseinandersetzungen um ein „Recht auf Stadt“ – die sogenannten Essohäuser an der Reeperbahn – zwei Wohnhäuser mit zweigeschossigem Vorbau für Gewerbe und der angeschlossenen Esso-Tankstelle, die als „Kieztanke“ nationale Berühmtheit erlangt hat. Anfang der Sechziger als Schmuckstück des „modernen St. Pauli“ gebaut, gelten die Häuser heute ebenfalls vorwiegend als Schandfleck. Tatsächlich funktioniert das Ensemble im Rahmen der sozialen Realität auf St. Pauli recht gut. Die kleinen Wohnungen – die zum Teil kaum 30 Quadratmeter haben – sind beliebt bei Kiezbewohnern, die viel unterwegs sind, alleine leben, nachts arbeiten, kurze Wege brauchen. Zu den Bewohnerinnen und Bewohnern gehört der Mann, der auf der Ölplattform arbeitet genauso wie die Transe, die auf dem Kiez jobbt, die Barleute, verrentete Rotlicht-Veteranen, aber auch Studentinnen, die wenig Platz brauchen und das laute Leben auf dem Kiez in Ordnung finden.

Für die Immobilienfirma Bayrische Hausbau, die das Ensemble gekauft hat, ist der Bestand ein Hindernis für eine lukrativere Nutzung. Der Abriss und Neubau mit einem satten Anteil an Eigentumswohnungen brächte mehr. Die in Hamburg regierende Sozialdemokratie hat auch nicht so richtig viel für die Kiez-Wohnungen übrig. Wie so häufig gehen die Politiker auch im Fall der Essohäuser mit einem Mittelstands-Bias an die Stadtplanung ran, der geräumigere Wohnungen für junge Familien vorsieht und für gut verdienende Einpendler, die in die Stadt zurückgeholt werden sollen.

Die Gegenkampagne der Bewohnerinnen und Bewohner (Abb. 2) gegen den Schandfleck-Diskurs funktioniert immerhin so gut, dass es gelingt, ein effektvolles mediales Gegenbild zu erzeugen. Der Abriss- und Neubau-Rhetorik setzen sie den Erhalt ihrer Community-Strukturen aus Kiezianern, Rotlicht-Rentnern, Studenten, Gastronomen, Freaks und Aktivisten entgegen und beharren darauf, dass die vermeintlich veraltete Architektur genau ihren Lebensweisen zugutekommt.

Auch hier bemühen sich die Aktivistinnen und Aktivisten um eine Wahrnehmung des Ensembles als erhaltenswertes Baudenkmal – mit mäßigem Erfolg, wie der Anwohner und Musiker Ted Gaier in einem Artikel für die Wochenzeitung „Woz“ resümiert: „Eine Lobby für den Erhalt der Nachkriegsarchitektur gibt es in Hamburg sowieso nicht. Was will man auch erwarten von dieser



Abb. 2 Der Essohäuser-Komplex mit Protestplakaten, 2012.

Kaufmannsstadt, die zum Beispiel im 19. Jahrhundert ihren frühgotischen Dom abgerissen hat und in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts den neoromanischen Gründerzeit-Bahnhof in Altona.“<sup>2</sup>

Immerhin kann alles, was auf dem Hamburger Kiez passiert, mit einer gewissen Medienresonanz rechnen. St. Pauli ist ein populärkulturell hochaufgeladener Stadtteil, wie nicht nur die unzähligen Reportagen über die „Kulttanke“ an den Essohäusern in den letzten Jahren zeigen. In der Image-City oder der „unternehmerischen Erlebnisstadt“ (Ronneberger) sind Orte wie St. Pauli sozusagen medial privilegiert. Da es einen öffentlichen Resonanzraum gibt für Anwohnerproteste, kann die Initiative (wie viele andere auf St. Pauli, die sich gegen die galoppierende Gentrifizierung zur Wehr setzen) politischen Druck entfalten, ohne in ihren Reihen ökonomisch oder politisch einflussreiche Kräfte zu wissen. Was immerhin zur Folge hat, dass die lokale Politik dem Eigentümer die Abrissgenehmigung verweigert und ein unabhängiges Gutachten über eine Sanierung im Bestand in Auftrag gibt (Stand Januar 2013).

### 4. Statt eines Fazits

Ein Tipp an Deutschlands Denkmalschützer: Nehmen Sie ruhig mal Kontakt zu ihrer lokalen Hausbesetzerszene auf! Womöglich stellt sich heraus, dass sich Synergieeffekte erzielen lassen. Wenn die Denkmalschützer die institutionelle Opposition gegen eine neoliberale, geschichtsvergessene Stadtentwicklung ist, dann ist „Recht auf Stadt“ auf jeden Fall ein außerinstitutioneller, außerparlamentarischer Partner dafür. Proteste können für den Denkmalschutz nützlich sein, weil sie ein Gebäude, ein Ensemble, ein Areal überhaupt erst mal in die Öffentlichkeit bringen. Umgekehrt kann der Denkmalschutzaspekt für stadtpolitische Initiativen eine Art Firewall gegen Abriss sein und kann das Neu-Nachdenken über andere, nicht von Investoreninteressen geprägte Nutzungen ermöglichen.

Jenseits eines solchen instrumentellen Verhältnisses, in dem stadtpolitische Initiativen den Denkmalaspekt als Schutzschild benutzen und vice versa Denkmalpfleger aus den Initiativen eine politische Lobby für den Erhalt von Gebäuden rekrutieren, sollte „Recht auf Stadt“ aber auch das Recht auf ein Stadtbild sein, dass

die Geschichte in Erinnerung behält. Es geht nicht nur, aber auch um den Kampf für Bauwerke als kollektive Stadtgedächtnis-Speicher. Das bedeutet gerade nicht, dass Gebäude musealisiert werden oder dass sie historisierend rekonstruiert werden. Es bedeutet vielmehr, den Niedergang bestimmter Nutzungen zu akzeptieren, ohne das Gebäude gleich als Junk Architecture auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen. Sprich: Den Umstand, dass ein Areal, ein Gebäude, eine Struktur nicht mehr optimal vermarktbar ist, als eine Chance zu begreifen für prekäre Ökonomien und Lebensweisen in der Stadt.

Das Gegenteil ist natürlich auch richtig: Denkmalschutzgerechte Sanierung ist teuer und von Initiativen nicht einfach zu leisten. Sprich: Was die Eigentümer nicht bezahlen, kann die

außerparlamentarische Opposition oftmals nicht bezahlen. Im Falle des Gängeviertel ist es gelungen, den entsprechenden öffentlichen Druck zu erzeugen, damit sich die Politik bewegt, Geld anfasst oder Anstrengungen unternimmt, es aus den entsprechenden Töpfen zu mobilisieren. An weiteren Modellen – etwa mit Hilfe von Stiftungen – wird gearbeitet.

Doch eine solche Mobilisierung von medialer Aufmerksamkeit und kollektiver ökonomischer Mittel ist natürlich nicht in jeder Konstellation zu schaffen. Für das Industriedenkmal in einer überschuldeten Gemeinde im Ruhrgebiet oder in Meckpomm wird sich wohl weder die kritische Masse für eine Besetzung finden, noch eine Öffentlichkeit, in der es einen Widerhall findet, wenn man skandalisiert, dass hier historisches Erbe vernichtet wird.

### **Anmerkungen**

1 Klaus Ronneberger, „Von der Stadtmaschine zur Event-City. Die Architektur und das Soziale“. Unveröffentlichter Vortrag, gehalten am 20.4.2012 in Bochum.

2 „Die Muppets sind erfolgreich renitent“, Woz Nr. 24/2012 vom 14.6.2012.

### **Abbildungsnachweis**

Abb. 1, 2: C. Twickel.

## Bevölkerungswandel und Wertewandel – städtischer Pluralität Rechnung tragen

BIAGIA BONGIORNO

„Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.“<sup>1</sup> So endet die „Charta der Vielfalt“, die 2007 von BP, Daimler und weiteren Großunternehmen auf den Weg gebracht wurde und deren Schirmherrin die deutsche Bundeskanzlerin ist. In diesem Papier geht es um Chancen der Vielfalt in der Wirtschaft. Kein Wunder, weil die Unternehmen bereits über Fachkräftemangel klagen und ein Weg aus der Misere darin gesehen wird, dass Fachleute aus anderen Ländern angeworben werden. Die Unterzeichner der Charta verpflichten sich, ihren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Wertschätzung entgegenzubringen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Weltanschauung und Identität. Vielfalt und die daraus resultierenden vielfältigen Talente sollen sogar erkannt, gefördert und zum Wohle des Unternehmens, der Wirtschaft genutzt werden.<sup>2</sup> In der Charta sind einige Merkmale angesprochen, die man unter Pluralität subsumieren kann und die insbesondere städtische Gesellschaften ausmachen. Es soll in diesem Beitrag um Vielfalt hinsichtlich der Nationalität, der ethnischen Herkunft und der Identität gehen und dem damit eng zusammenhängenden Thema Migration, das in jüngster Zeit verstärkt auch im kulturhistorischen Bereich Beachtung findet, wie man an Titeln von Tagungen von 2012 sehen kann, die sich beispielsweise mit „Migration und künstlerische Produktion“<sup>3</sup> oder sogar mit „Multiculturalism and Representation: A Conference on Comics“<sup>4</sup> befassen. Auch das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz und ICOMOS (= Internationaler Rat für Denkmalpflege) Deutschland wollen sich dem Thema Migration und Erbe annehmen und sich mit materiellen Zeugnissen der Migrationsgeschichte befassen. Wie solche Relikte eruiert werden und inwieweit sie denkmalfähig sein können, wird im Folgenden zu diskutieren sein. Doch zuerst zu einer grundsätzlichen Frage: Was war einer der ursprünglichen Gründe Denkmalschutz in Deutschland im 19. Jahrhundert zu betreiben respektive zu institutionalisieren und worin könnte die aktuelle Motivation sowie die gesellschaftliche Relevanz liegen?

„Wir konservieren ein Denkmal nicht, weil wir es für schön halten, sondern weil es ein Stück unseres nationalen Daseins ist.“<sup>5</sup> Mit diesem berühmten Zitat Georg Dehios aus dem ebenso prominenten Vortrag „Denkmalschutz und Denkmalpflege im 19. Jahrhundert“, den er 1905 anlässlich des Geburtstages des anwesenden Kaisers Wilhelm II. hielt, wird ein grundlegender Sinn und Zweck von Denkmalpflege benannt: Die Stärkung der nationalen Kultur und der sogenannten nationalen Identität. Die Pflege von Gebäuden war also maßgeblicher Bestandteil des Konstruierens einer homogenen Nation, die aus einem homogenen Volk bestand, das ein Territorium bewohnte und eine Sprache sprach. Damit folgte die deutsche Denkmalpflege dem geläufigen Kulturbegriff Johann Gottfried Herders, nachdem die Kultur das Leben eines ganzen, in sich homogenen Volkes prägte. Die verschiedenen Kulturen waren nach Herders Sicht sogar mit abgrenzender Tendenz direkt an

Völker gebunden und somit ethnisch fundiert. Eine solche aus dem 18. Jahrhundert stammende Vorstellung von Kultur, von Bevölkerung ist ein Konstrukt, das weder der historischen noch der gegenwärtigen Situation gerecht werden kann.<sup>6</sup> Was tun, wenn heute 19 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund haben, also überhaupt keine homogene Bevölkerung, kein homogener Kulturstaat vorhanden ist?

Die durch den Philosophen Wolfgang Welsch geprägte Transkulturalität stellt ein Konzept dar, das heutigen Gesellschaften gerecht werden könnte. Welsch wendet sich von einem traditionellen gruppenorientierten Kulturverständnis ab und geht vielmehr davon aus, dass sich kulturelle Praktiken und Lebensstile ständig verändern und sich über nationale Grenzen hinweg vermischen. Sie sind daher auch nicht voneinander abgrenzbar, sondern gehen ineinander über. Auch distanziert sich Welsch vom identitätsbestimmenden Ansatz des traditionellen Kulturverständnisses. Er geht vielmehr davon aus, dass Menschen sehr komplex beeinflusst und ihre soziokulturellen Prägungen vielfältig sind. Die einzelnen Teile dieser Prägung überschneiden oder unterscheiden sich in unterschiedlichem Maße: so durchdringen beispielsweise Lebensstile national oder regional vermittelte Kulturen. Die Kategorie „Herkunfts-kultur“ wird daher nicht als nützlich angesehen, da sie nur bedingt Auskunft über Menschen geben kann. Somit geht Transkulturalität über die Vorstellung des Multikulturalismus<sup>7</sup> hinaus, mit dem die parallele Existenz verschiedener, an nationale Zugehörigkeiten gekoppelte Kulturen auf einem Territorium gemeint ist. Die große Vielfalt der Kulturen geht jedoch mit einer großen Differenzierung zwischen den kulturellen Gruppen einher. Denn Kultur wird als Gesamtheit dessen definiert, was das soziale, wirtschaftliche und geistige Leben einer Gruppe bestimmt. Insoweit wird davon ausgegangen, dass Kultur die entscheidende Größe ist, über die Gruppen oder Gesellschaften und somit auch Einzelpersonen voneinander abgrenzbar sind. Damit stünde beispielsweise die „türkische“ der „deutschen“ oder der „schwedischen“ Kultur gegenüber. Einerseits sind so Kultur, Nation und Gesellschaft unmittelbar miteinander verbunden, andererseits geht man von grundsätzlicher Unterschiedlichkeit zwischen den Kulturen und deren Zugehörigen aus. Es handelt sich um eine bipolare Denkweise, die vom Eigenen und vom Fremden ausgeht, wobei zumindest ein Interesse am Fremden, an kultureller Vielfalt bekundet wird und beispielsweise interkulturelle Kompetenzen erworben werden können.<sup>8</sup>

Auch wenn der Begriff Transkulturalität bei Welsch zu verorten ist, ist die Idee, dass Kulturen niemals homogen und durchlässig sind, bereits in den Postkolonialen Studien zu finden. Wichtige Vertreter wie Edward Said oder Homi Bhabha sprechen von einem ständigen Austausch von Kulturen und fordern auf, Hierarchien abzubauen, die eine Kultur über eine andere stellen. Stattdessen wird von hybriden Gesellschaften und von hybriden Kulturen ausgegangen, in denen das Eigene mit dem Fremden vermischt wird, es keine klare Trennbarkeit zwischen Eigenem und Fremden gibt.<sup>9</sup> Ein recht

simples Beispiel ist Essen: Mit welcher Selbstverständlichkeit kochen wir heute Pasta und krönen das Essen mit einer Mousse au chocolat oder mit einem Baklava.

Sowohl bei Welsch als auch bei Said beziehungsweise Bhabha gibt es noch Fremdes und Eigenes. Die Autoren vertreten keine harmonisierenden Konzepte, sondern weisen darauf hin, dass Gesellschaften und Menschen komplexer, ambivalenter, vielfältiger und durchlässiger sind, als häufig behauptet wurde und wird. Wenn man sich mit dem Gedanken anfreunden kann, dass Gesellschaften hybride sind, kann man sich vielleicht auch leichter mit dem Gedanken anfreunden, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und daher auch eine reiche Migrationsgeschichte haben muss.<sup>10</sup> Seit der Einführung eines Zuwanderungsgesetzes 2005 gibt es zumindest ein politisches Bekenntnis zur Heterogenität der Bevölkerung der Bundesrepublik.

Es stellt sich die Frage, ob und wie sich das konkret materiell manifestiert hat? Eindeutige Beispiele für Gebäude von Zugewanderten sind Gotteshäuser, wie die Imam-Ali-Moschee in Hamburg-Uhlenhorst, die sich in exklusiver Lage an der Außenalster befindet. Sie wurde unter anderem von einem deutschen Architekten für die iranisch-schiitische Gemeinde als eine der ersten Moscheebauten in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet. Finanziert haben sie persische Kaufleute, die sich bewusst für ein Grundstück

in einem zentralen Villengebiet entschieden haben. Den beschränkt ausgeschriebenen Wettbewerb gewannen Jürgen Elingius und sein iranischer Mitarbeiter Parviz Zargarpoor. Sie bauten bis 1969 auf dem schmalen Grundstück eine Moschee mit ausgeprägter Schaufassade zur Außenalster hin. Der Sakralbau bezieht sich mit den fliesenbelegten Oberflächen, dem imposanten tiefen Torbogen (Iwan), der Kuppel, den flankierenden Minaretten und dem vorgelagerten Hof mit Brunnenanlage auf den Typ der persischen Iwan-Hofmoschee.<sup>11</sup>

Solche im Stadtraum offensichtlichen Objekte sind für die Inventarisierung deutlich zu erkennen und deren Denkmalwerte sind vergleichsweise klar zu benennen. Es finden sich auch bereits Beispiele in der einschlägigen Fachliteratur, wie die Bilal-Moschee in Aachen (Rudolf Steinbach, Gernot Kramer, 1964–1968) in der Zeitschrift „Die Denkmalpflege“.<sup>12</sup>

Eine andere Herangehensweise wählten die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe im Rahmen des Kulturhauptstadtjahrs in der Metropole Ruhr 2010. Sie suchten nach „fremden Impulsen“ an bereits als Denkmale deklarierten Objekten in Nordrhein-Westfalen. Durch diesen anderen Blick konnten Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Regionen, neue Zusammenhänge und Geschichten entdeckt werden. Es zeigte sich, dass Austausch und Migration Gesellschaft und Kultur schon seit Jahrhunderten prägen.<sup>13</sup>



Abb. 1 Imam-Ali-Moschee, Hamburg-Uhlenhorst.

Wie können darüber hinaus Objekte oder zumindest Geschichten der Migrationsgeschichte vor allem für die Zeit nach 1945 gefunden werden? Für die Denkmalpflege stellt sich die Frage nach denkmalwerter Substanz, die die jüngste Zuwanderung bezeugen kann. Neben stadtbildprägenden Gotteshäusern gibt es auch unauffälligere Bauten wie das Gecekondü in Berlin-Kreuzberg. Mit Gecekondü bezeichnet man in der Türkei einen Bau, der über Nacht errichtet wurde und aufgrund eines alten osmanischen Gesetzes Bestandsschutz genießt. Es handelt sich um eine eigenwillige Laube aus Brettern, Bettgeländern, Blech et cetera, die von einem wild wuchernden Garten umgeben ist. Sie befindet sich auf einer Verkehrsinsel auf dem Bethaniendamm und damit an der Grenze zwischen den Bezirken Kreuzberg und Mitte, die fast drei Jahrzehnte durch die Berliner Mauer getrennt waren. Osman Kalin, der Laube und Garten anlegte, war seit 1963 Gastarbeiter, zuerst in Österreich, dann in Süddeutschland und von 1980 bis 1983 in Berlin. Nachdem er 1983 Rentner geworden war, suchte er nach einer neuen Beschäftigung. Von seiner Wohnung am Bethaniendamm aus konnte er auf eine gegenüberliegende Brache direkt an der Mauer blicken. Im selben Jahr noch beschloss er, einen Garten anzulegen. Dieses Stückchen Erde war unbewirtschaftet und ohne Gehweg, stattdessen als Mülldeponie zweckentfremdet. Kalin legte einen Gemüsegarten an, errichtete einen Zaun und eine kleine Hütte.



Abb. 2 Gecekondü mit Garten, Berlin-Kreuzberg.

Bald stellte sich heraus, dass er zwar in West-Berlin gärterte, sich aber rechtlich auf dem Territorium der DDR befand. Die Mauer war oft nicht direkt auf die eigentliche Staatsgrenze gebaut worden, sondern man hatte sie begradigt. Dies führte dazu, dass exterritoriale Gebiete in West-Berlin entstanden. Kalins Pflanzen gediehen unter den argwöhnischen Blicken der DDR-Grenzer, die jedoch den türkischen Schrebergärtner eines Tages besucht und befragt haben



Abb. 3 Gecekondü, Berlin-Kreuzberg.

sollen. Er scheint davon unbeeindruckt geantwortet zu haben: Er sei ein osmanisches Enkelkind, das auf seine alten Tage gärtnern wolle. Das Gecekondü wurde weiterhin geduldet, und es soll sogar Akten geben, die belegen, dass Kalins Fall im Zentralkomitee erörtert worden wäre. Demnach hätte man an oberster politischer Stelle beschlossen, den bedürftigen anatolischen Gastarbeiter sein Gemüse ziehen zu lassen, auch weil man darin das unmenschliche Antlitz des Kapitalismus sah. Wenn das stimmt, dann wäre das Gecekondü auch aus ideologischen Gründen geduldet worden.

Die Anlage gehörte nach der Wende zum Bezirk Mitte, „mental“ jedoch zu Kreuzberg. Ab 2004 schließlich wandelte sich die gefühlte Zugehörigkeit zu einer tatsächlichen, denn im Zuge einer Grenzbegradigung wurde das Stückchen Land dem Großbezirk Friedrichshain-Kreuzberg zugeschlagen, der das Gecekondü bis heute duldet.<sup>14</sup>

Kalins Laube ist ein Überbleibsel, ein Zeugnis der Mauerzeiten, man findet sie sogar in Mauerpublikationen als Kuriosum verzeichnet.<sup>15</sup> Der Denkmalwert des Gecekondüs könnte darin liegen, dass es ein Beispiel für einen türkischen Bautyp und für die türkische Kleingartenkultur darstellt. Die Anlage bezeugt außerdem, wie der Migrant Kalin Kreuzberg um ein Stück territorial erweitert hat. Hier hätten wir ein Objekt mit Substanz, das man unter Schutz stellen könnte, auch wenn die Erhaltung sicher eine Herausforderung wäre.

Leider sind nicht viele solcher Beispiele bekannt, weil es einerseits einen Forschungsbedarf gibt, andererseits gerade Objekte von Zugewanderten eher in deren Gruppengedächtnissen verankert sind, so auch das Gecekondü, wie Studierende der Technischen Universität Berlin im Rahmen eines von mir geleiteten Projektes herausbekommen haben. Sie haben nicht nur nach offensichtlichen Spuren der Migrationsgeschichte gesucht, sondern auch Mitglieder verschiedener Migrantengruppen befragt. So auch Türken und Türkinnen, die den Garten mit der Laube und die Geschichte Kalins kannten.<sup>16</sup>

Damit wäre ein weiteres wichtiges Thema für die Erfassung von Zeugnissen der Migrationsgeschichte angesprochen: Es müssen Menschen aus den verschiedenen ethnischen und sozialen Gruppen nach relevanten Orten befragt werden. Es kann sein, dass man so vor allem Geschichten ermittelt, die sich an bestimmten Orten begeben haben. Die sogenannten Gastarbeiter sind ursprünglich nicht nach Deutschland gekommen, um sich hier fest anzusiedeln, sondern um schnell Geld zu verdienen oder weil ihre Heimat ihnen kein ausreichendes Einkommen bot. Lange hatte gerade die erste Migrantengeneration eine enge Bindung zum Herkunftsland und hat womöglich die Lebensorte in Deutschland wenig substantiell geprägt. Diese „Lieux de mémoire“<sup>17</sup> wären nicht justiziabel, was jedoch nicht bedeutet, dass sie und ihre Geschichten ohne Relevanz wären. Manchmal fügt es sich zufällig und die Ereignisorte sind bereits denkmalgeschützt, so dass zumindest die neu eruierte Geschichte dem Denkmal hinzugefügt werden könnte.<sup>18</sup>

Konkret müsste man bei der Suche nach Zeugnissen der Migrationsgeschichte für die Denkmalpflege ungewöhnliche Methoden anwenden, die aber in der Geschichtswissenschaft durchaus gebräuchlich sind. Wie in der Oral history üblich sind mündliche



Abb. 4 Hanse Viertel, Hamburg-Mitte.

Quellen zu nutzen, also Zeitzeugen zu befragen und Erinnerungsinterviews zu führen. Die Interviews müssten transkribiert und ausgewertet werden und dabei das methodische Problem bedacht werden, dass die Quellen selbst produziert sind und daher in eine bestimmte Richtung beeinflusst sein könnten. Das Erzählte müsste selbstverständlich durch andere Quellen in einer vergleichenden Analyse überprüft werden.<sup>19</sup> Die Auswahl der zu Befragenden, die Entwicklung eines Fragebogens oder eines Interviewleitfadens werfen verschiedene Fragen auf, die bedacht werden müssten. Im Fachgebiet Denkmalpflege am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin hat es dazu schon Überlegungen gegeben, deren empirische Erprobung ein Desiderat darstellt. Auf den Punkt gebracht: Es müsste einer Forschergruppe die Möglichkeit gegeben werden, eine Pilotstudie zu starten. Basierend auf deren Ergebnissen wären eine standardisierte Interviewform und Auswertung, also zusätzliche Instrumente für die Denkmalerschaffung, zu entwickeln. Diese neue methodische Herausforderung müsste in den Denkmalämtern vor allem die Inventarisierung bewältigen und dafür der momentanen Stellenerosion Einhalt geboten werden.

Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass es sich um ein wichtiges Themenfeld handelt, dem Rechnung getragen werden muss, weil es ein Teil des öffentlichen Interesses ausmacht. Auch aus wissenschaftlicher Sicht wird es Zeit, sich mit den Relikten der sogenannten Gastarbeiter der ersten Generation – einer abgeschlossenen Epoche – zu befassen. In den 1970er Jahren waren es unter anderem Zeugnisse der Industrie- und Technikgeschichte

sowie der Sozialgeschichte, die auf einmal so relevant wie Objekte der Hochkunst und der großen nationalen Geschichte wurden. In gleicher Weise können die Spuren der Migrantinnen und Migranten unter Zeugnisse der Sozialgeschichte subsumiert werden. In der Geschichtswissenschaft befasst man sich seit den 1980er Jahren verstärkt mit dem Thema Migration und geht vereinzelt sogar soweit, die bundesrepublikanische Geschichte als Migrationsgeschichte zu erzählen. Eine sehr treffende Sichtweise, denn Deutschland hätte nicht so eine große kulturelle Vielfalt oder eine solche wirtschaftliche Entwicklung vollzogen, ohne die Millionen von Zuwanderern, die in den letzten 60 Jahren freiwillig oder gezwungenermaßen in das Land gekommen sind.<sup>20</sup> Dass die Geschichte der Zugewanderten zu einem wesentlichen Bestandteil der eigenen Landes- und Regionalgeschichte wird, ist sicher für Befürworter von homogenen Leitkulturen schwer zu akzeptieren. Aber dies trifft meines Erachtens die Realität besser, beschreibt die Qualität von Stadt und spiegelt sich in dem Transkulturalitätskonzept von Wolfgang Welsch wider. Wenn man die Zeugnisse und Geschichten nicht zusammenträgt, geht ein Teil der eigenen

Geschichte, ein Teil der Vielfalt der eigenen Region, des eigenen Landes verloren.<sup>21</sup>

Zum Abschluss sei noch ein subversiv transkulturelles Gebäude im Zentrum Hamburgs unweit des Rathauses erwähnt, das sich einer gewissen Bekanntheit erfreut und schon Eingang in die Bauliteratur gefunden hat.<sup>22</sup> Es handelt sich um den prominenten Eingang des Hanse Viertels an der Ecke Große Bleichen/Poststraße, eine zwischen 1974 und 1980 errichtete Einkaufspassage des Architekturbüros von Gerkan, Marg und Partner,<sup>23</sup> in dem sich zudem der Sitz des Denkmalschutzamts Hamburg befindet. Dem postmodernen Klinkerbau, der von polnischen Bauarbeitern errichtet worden ist, sieht man auf den ersten Blick seine Transkulturalität nicht an. Bei genauerer Betrachtung kann man Spuren – eigentlich Baumängel – der polnischen Subunternehmer an der Fassade über dem goldenen Werbeschriftzug „HANSE VIERTEL“ finden: Sie haben die Fassade so gemauert, dass sich durch dunkler gebrannte Steinen das Wort „POLEN“ ergibt und so mitten in der Hansestadt einem „Konsumtempel“ ihr Herkunftsland eingeschrieben.

## Anmerkungen

- 1 <http://www.charta-der-vielfalt.de/charta-der-vielfalt/die-charta-im-wortlaut.html>, Zugriff am 26.2.2013.
- 2 Vgl. <http://www.charta-der-vielfalt.de/de/charta-der-vielfalt.html>, Zugriff am 14.8.2012.
- 3 Burcu Dogramaci, Center for Advanced Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- 4 Ian Hague, University of Chichester.
- 5 Dehio, Georg: Denkmalschutz und Denkmalpflege im neunzehnten Jahrhundert. Feste an der Kaiser-Wilhelm-Universität zu Straßburg, den 27. Januar 1905, in: Dehio, Georg: Kunsthistorische Aufsätze, München, Berlin 1914, S. 261–282, Zitat: S. 268.
- 6 Vgl. Berg, Eberhard: Johann Gottfried Herder (1744–1803), in: Marschall, Wolfgang: Klassiker der Kulturanthropologie. Von Montaigne bis Margaret Mead, München 1990, S. 51–68.
- 7 Vgl. beispielsweise Geißler, Rainer: Multikulturalismus in Kanada – Modell für Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26/2003, S. 19–25.
- 8 Vgl. Welsch, Wolfgang: Was ist eigentlich Transkulturalität?, in: Darowska, Lucyna, Lüttenberg, Thomas, Machold, Claudia (Hg.): Hochschule als transkultureller Raum? Kultur, Bildung, Differenz in der Universität, Bielefeld 2010, S. 39–66.
- 9 Vgl. Bachmann-Medick, Doris: Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften, Reinbeck 2010<sup>4</sup>, S. 184–237, Fischer-Tiné, Harald: Postkoloniale Studien, in: Europäische Geschichte online, herausgegeben vom Institut für Europäische Geschichte, Mainz 2010, <http://www.ieg-ego.eu/de/threads/europa-und-die-welt/postkoloniale-studien/harald-fischer-tine-postkoloniale-studien>, Zugriff am 4.3.2013.
- 10 Vgl. zu Wien: Csáky, Moritz. Das Gedächtnis der Städte. Kulturelle Verflechtungen – Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa, Wien, Köln, Weimar 2010, vor allem S. 13–36.
- 11 Vgl. Kraft, Sabine: Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten, Münster, Hamburg, London 2000, S. 91–114, Welzbacher, Christian: Euroislam-Architektur. Die neuen Moscheen des Abendlandes, Amsterdam 2008, S. 28–36.
- 12 Vgl. Goege, Thomas: Kulturdenkmal Bilal-Moschee, in: Die Denkmalpflege 2/2011, S. 190–191.
- 13 Vgl. Harzenetter, Markus et al. (Hg.): Fremde Impulse. Baudenkmale im Ruhrgebiet, Münster 2010. Siehe auch Seifen, Barbara: Fremde Impulse – Baudenkmale im Ruhrgebiet. Das Denkmalprojekt zur Kulturhauptstadt RUHR.2010, in: Fremde Impulse. Baudenkmale im Ruhrgebiet.
4. Westfälischer Tag für Denkmalpflege auf Schloss Cappenberg (Arbeitsheft des LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen 10), S. 20–27, Münster 2011.
- 14 Vgl. Rollmann, Anette: Zwei Gärten zwischen den Systemen, in: die tageszeitung, 1.11.1999, Hettlage, Bernd: Ein Gespräch? 50 Euro, in: Der Tagesspiegel, 22.6.2002, Lehnartz, Sacha: Der Kreuzberger Guerilla-Garten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.2007.
- 15 Vgl. beispielsweise Klausmeier, Axel, Schmidt, Leo: Mauerreste – Mauer Spuren, Berlin, Bonn 2004, S. 186–187.
- 16 Vgl. Bericht des Studienprojektes „Fremdes Erbe“, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin, Sommersemester 2006 – Wintersemester 2006/2007.
- 17 Vgl. Nora, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1998, S. 19–39.
- 18 Wie beispielsweise die Geschichte des Türkischen Arbeiterchores, die sich im Bethanienkrankenhaus in Berlin-Kreuzberg zugetragen hat. Vgl. Bongiorno, Biagia: Fremdes Erbe – Eigenes Erbe. Berliner Orte der Migrationsgeschichte, in: Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V. (Hg.): Sozialer Raum und Denkmalinventar, Leipzig 2007, S. 93–94.
- 19 Vgl. Grele, Ronald J.: Oral History as Evidence, in: Charlton, Thomas L., Myers, Lois E., Sharpless, Rebecca (Hg.): Handbook of Oral History, Lanham, New York, Toronto, Plymouth 2008, S. 43–101.
- 20 Vgl. Motte, Jan, Ohliger, Rainer, Oswald, Anne von (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung: Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt am Main, New York 1999.
- 21 Vgl. Bongiorno, Biagia: Fremdes Erbe – Eigenes Erbe. Berliner Orte der Migrationsgeschichte, in: Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V. (Hg.): Sozialer Raum und Denkmalinventar, Leipzig 2007, S. 92–96.
- 22 Vgl. Hankammer, Gunter: Abnahme von Bauleistungen Hochbau, Köln 2007<sup>3</sup>, S. 203, Meyhöfer, Dirk: Hamburg. Der Architekturführer, Berlin 2007, S. 183.
- 23 Vgl. Marg, Volkwin, Schröder, Reiner: Architektur in Hamburg seit 1900, Hamburg 1993, S. 241.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Sabine Ganczarsky; Abb. 2, 3: Biagia Bongiorno; Abb. 4: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, Foto: Nicolai Wieckmann.



## Die Denkmale der Anderen. Eigenes und fremdes Erbe in Europa

GABI DOLFF-BONEKÄMPER

Das harmonische Zusammenklingen und die gegenseitige Festigung von Ort, Volk, Kultur, Heimat und Erbe gelten bis heute als der Normal- oder mindestens der Idealfall. Dies ist und war schon immer eine problematische Konstruktion. Sie ignoriert systematisch die für unseren Kontinent seit Jahrtausenden verbreitete Mobilität von Bevölkerungen und Funktionseliten. Migration, ob freiwillig oder erzwungen, gehört zu unserem Kulturraum. Das sollte auch von der Denkmalpflege beachtet werden. Wie lange muss etwa eine Person/eine Gruppe an einem Ort sein, bis sie den dort bestehenden Kulturerbengemeinschaften beitreten und Anteil an Deutung und Erhaltung von Denkmalen nehmen kann? Welche Auswirkungen hat ein solcher Beitritt für den Interpretationsrahmen

beziehungsweise die Deutungshoheit staatlicher oder kommunaler Denkmalpflege? Und wie alt und wie massiv müssen die Zeichen/Bauten/Spuren der Zugewanderten in Stadt und Landschaft sein, um selber als Erbe und eventuell als denkmalfähig zu gelten, und das nicht nur für die jeweils betroffene Gruppe, sondern auch für die Mehrheitsgesellschaft? Um welche Bauten, welche Dinge handelt es sich? Gibt es eine schützenswerte Substanz? Oder sind wir da im Bereich des von der UNESCO weltweit propagierten „immateriellen Erbes“ der kulturellen Praktiken oder in dem der Ereignisorte, der „lieux de mémoire“ und der Erinnerungskultur. Also sind Denkmalpfleger gar nicht zuständig? Diese und andere Fragen will ich in meinem Vortrag stellen und beispielhaft verdeutlichen.<sup>1</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Kurztex aus der Broschüre Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt, Mai 2012.

## Migration und Geschichtsrarbeit im Stadtteil: Erinnerungsorte spanischer Migranten in Hamburg-Eimsbüttel<sup>1</sup>

ANNA MENNY

Vor 52 Jahren wurde das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem damals franquistischen Spanien geschlossen. Kamen die meisten Arbeitsmigranten zunächst mit der Vorstellung eines vorübergehenden und kurzfristigen Aufenthaltes zum Gelderwerb, so zeigte sich bereits in den 1970er Jahren eine veränderte Realität: die Aufenthaltsdauer stieg an, Familien wurden nachgeholt und es entwickelten sich Einrichtungen und Strukturen, die den spezifischen Bedürfnissen der Einwanderer entsprachen.<sup>2</sup> Eine Verankerung dieser Vergangenheit und der mit ihr verbundenen Erinnerungen im kollektiven Gedächtnis steht bislang aber weitgehend aus. Ihre Spuren und Orte bleiben im öffentlichen Stadtbild unsichtbar.<sup>3</sup>

Ein solcher Erinnerungsort<sup>4</sup> „Zuwanderung“ könnte sich Betina Alavi zufolge in „Orten wie etwa einem Anwerbebüro oder einem Ankunftsbahnsteig“ kristallisieren, er könnte auch auf „politische [...] Entscheidungen wie dem Anwerbestopp oder der Änderung des Asylrechts“ verweisen oder auf „Wendungen wie ‚Das Boot ist voll‘, ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘, ‚Festung Europa‘, ‚Leben zwischen zwei Welten““. Weiterhin zählt Alavi Institutionen, zivilgesellschaftliche Reaktionen oder Bücher als mögliche Erinnerungsorte auf – und die Liste ließe sich weiter fortsetzen.<sup>5</sup> Im Folgenden liegt der Fokus auf im Stadtteil lokalisierbaren Orten der Alltagsgeschichte und damit auf den Lebensbereichen Arbeit, Wohnen und Familie.

Viola Georgi wirft in ihrer Untersuchung von Geschichtsbildern junger Migranten ausgehend von der Überlegung, ob es eine gemeinsame Geschichte geben müsse, zentrale Fragen auf, die das Fehlen einer öffentlichen Erinnerungskultur zum Themenkomplex Migration in Deutschland aus der Perspektive der Migranten beleuchten. Zugleich verweist sie damit auf den engen Zusammenhang von Nationalgeschichte/-gedächtnis und Identität, worin ein Grund für die fehlende erinnerungskulturelle Verankerung der Einwanderungsgeschichte zu sehen ist:<sup>6</sup> „Sehen Migranten überhaupt eine Chance, ihre historischen Lebensentwürfe in diese Gesellschaft einzubringen?“ „Oder sind sie aufgrund der familienbiographisch erfahrenen historischen Diskontinuität mit dem Herkunftsland durch den Migrationsprozeß dazu verurteilt, in einem historisch-politischen Vakuum zu leben? Gibt es andere Orte, an denen ihre Geschichte(n) und Tradition(en) einen Niederschlag finden?“<sup>7</sup>

Während Georgi eher die nationale Ebene in den Blick nimmt und danach fragt, inwieweit ein als offiziell verstandenes nationales Gedächtnis in der Bundesrepublik Deutschland, Minderheiten – in diesem Fall Migranten – die Möglichkeit zugesteht, ihre Erinnerungen einzuschreiben und damit kulturell zu manifestieren, wird der Blick im Folgenden auf die lokale Ebene gelenkt. Untersuchungen zu lokalen Gedächtnissen sind im Vergleich zur nationalen Perspektive bislang unterrepräsentiert, dabei erlaubt gerade die Konzentration auf die lokale Ebene kleinere Erinnerungsgemeinschaften und „Erinnerungssubkulturen“ zu untersuchen.<sup>8</sup> Im Gegensatz

zum nationalen Gedächtnis, bietet die regionale und lokale Ebene möglicherweise auch eher Gelegenheit, alternative Erinnerungen und damit die Erinnerungen von Minderheiten in kollektive Gedächtnisse einzuschreiben.<sup>9</sup> Darüber hinaus scheint sich Migration in den letzten Jahren zu einem „wichtigen Element der [...] urbanen Selbstreflexion“ zu entwickeln, die Erforschung der Migrationsgeschichte hält für die städtische Einwanderungsgesellschaft sinnstiftendes Potenzial bereit.<sup>10</sup>

Das hier vorzustellende Interviewprojekt ist in Zusammenarbeit mit der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel im Rahmen des Arbeitsschwerpunktes Migration entstanden. Neben der Erforschung der Lebens- und Migrationsgeschichten zielt es auf die Untersuchung der spezifischen Gruppenerinnerungen spanischer Migranten in Hamburg-Eimsbüttel. Die Methode der Befragung wurde bewusst gewählt, um die oftmals negative Außenwahrnehmung von Migration, die Probleme und Konflikte in den Mittelpunkt rückt, durch eine Binnenperspektive aufzubrechen und zugleich dem Klischee des passiven „Gastarbeiters“ ohne Handlungsspielräume entgegenzuwirken.<sup>11</sup>

In einem ersten Schritt wurden Interviews mit spanischen Migranten und Migrantinnen der ersten und zweiten Einwanderungsgeneration geführt. Dabei lag der Schwerpunkt der Interviews zunächst auf der Migrationsgeschichte des/der Befragten beziehungsweise derjenigen der Eltern im Fall der zweiten Einwanderungsgeneration.<sup>12</sup> Ein zweiter Fokus wurde auf die Frage nach persönlichen Erinnerungsorten gelegt, in diesem Fall verstanden als materielle und lokalisierbare Orte, mit denen der/die Befragte Erinnerungen an die eigene/familiäre Migrationsgeschichte verband. Die Ergebnisse der Interviews wurden in der Broschüre „Von Spanien nach Eimsbüttel. Ein Interviewprojekt zu spanischer Migration“<sup>13</sup> veröffentlicht und durch das Angebot eines Stadtteilrundganges entlang der von den Befragten genannten Erinnerungsorte ergänzt. Dieses Angebot ermöglicht „Unbeteiligten“ einen Einblick in das Gruppengedächtnis der Befragten und stellt so einen ersten Schritt zur Verankerung der Erinnerungen im öffentlichen Raum dar. Einige dieser Orte sollen hier näher vorgestellt und unter der Frage betrachtet werden, inwieweit sie eine Möglichkeit darstellen, die bisherige Stadtteilgeschichte und das lokale Gedächtnis um Minderheiten-Erinnerungen zu ergänzen, das heißt, inwieweit sie über die persönliche Bedeutung hinaus erinnerungskulturelle Relevanz beanspruchen können. Anders gefragt: Welche Perspektiven eröffnen sich durch die Erforschung von Migrantengeschichte(n) im lokalen Raum und durch ihre Verankerung im öffentlichen Stadtbild? Zunächst wird ein kurzer Überblick über die spanische Migrationsgeschichte im Bezirk Eimsbüttel gegeben.

### Spanische Migration in Eimsbüttel

Laut Melderegister der Stadt Hamburg hatten Ende 2010 etwa 30 Prozent der Stadtbevölkerung einen Migrationshintergrund. Im

Bezirk Eimsbüttel lag der Anteil bei etwa 23,5 Prozent.<sup>14</sup> Spanische Migranten stellten dabei eine eher kleine Gruppe dar, laut einer nach Herkunftsland aufgeschlüsselte Statistik aus dem Jahr 2008 lebten 661 Spanier im Bezirk Eimsbüttel, wobei die 30–45-jährigen den größten Anteil bildeten.<sup>15</sup> Auch wenn die spanische Migration damit gegenwärtig quantitativ nicht stark ins Gewicht fällt, hat sie den Bezirk im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte nachhaltig geprägt.

Nachdem im März 1960 das Anwerbeabkommen geschlossen worden war, warben auch Hamburger Firmen spanische Arbeitskräfte an, neben Fischfabriken, Valvo-Philips oder den Howaldtswerken Deutsche Werft, ist das Beiersdorf-Unternehmen zentral für die spanische Arbeitsmigration und bildet zugleich einen wichtigen Grund für die Ansiedlung im Bezirk Eimsbüttel, das heißt in unmittelbarer Nähe zum Firmensitz.<sup>16</sup> Die bereits in den 1960er Jahren verhältnismäßig hohe Konzentration von Spaniern in diesem Gebiet ermöglichte die Herausbildung eigener Strukturen, die den spezifischen Bedürfnissen dieser Migrantengruppe entsprachen. Neben den familiären und freundschaftlichen Netzwerken, die in der Anfangszeit im Mittelpunkt standen, bildeten sich langfristig eigene Einrichtungen und Institutionen heraus, die auf die neuen Herausforderungen und Bedürfnisse der Migranten reagierten und auf die es von Seiten der bundesrepublikanischen Politik zunächst keine angemessenen Reaktionen gab. Zu solchen Einrichtungen und Angeboten gehörten in Eimsbüttel zum Beispiel die Spanische Jugendinitiative, die im Folgenden noch vorgestellt wird, das spanisch-galizische Kulturzentrum *Centro Gallego*, das 1979 in der Grundstraße ins Leben gerufen wurde, ebenso wie der spanische Elternrat (*Asociación de Padres de Familias Españolas y Padres de Alumnos de Hamburgo y los Alrededores*), der sich für die Möglichkeit eines Spanischunterrichts für die in Deutschland geborenen Kinder der Einwanderer engagierte und zugleich politische und rechtliche Aufklärungsarbeit leistete.<sup>17</sup> Diese Einrichtungen haben ihre Spuren hinterlassen – aber sie müssen lesbar gemacht werden.

### Erinnerungsorte spanischer Migration in Eimsbüttel

Viele der von den Befragten genannten Erinnerungsorte sind mit dem Themenkomplex „Arbeit“ verbunden, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass sich die in der Bundesrepublik als solche bezeichneten „Gastarbeiter“ auch selbst als Arbeitsmigranten verstanden, deren primäres Ziel zunächst der Gelderwerb für eine „bessere Zukunft“ im Heimatland war. Sowohl auf bundesdeutscher als auch auf der Seite der Migranten sollte sich erst allmählich die Einsicht durchsetzen, dass der kurzfristige Aufenthalt zum Gelderwerb nicht der Realität entsprach.<sup>18</sup>

Für Eimsbüttel sind die Erinnerungen an das Thema „Migration und Arbeit“ eng mit dem Beiersdorf-Konzern verbunden. So kristallisierte sich als ein erster Erinnerungsort die Firmenzentrale selbst heraus. Die Beiersdorf AG (bis 1966 P. Beiersdorf & Co. AG) hat seit 1892 ihren Sitz in der heutigen Unnastraße. Dort und in der nahegelegenen Lokstedter Troplowitzstraße befanden sich in den 1960er und 1970er Jahren die Produktionsstätten für Kosmetik- und Körperpflegeartikel, für Tesa-Produkte, Pflaster und Medikamente. Aufgrund der zahlreichen spanischen Arbeitskräfte in diesen Produktionsstätten stellte der Konzern einen Dolmetscher ein und bot

Deutschkurse an. Das ebenfalls eingerichtete Frauenwohnheim auf dem Betriebsgelände war ein Grund für den Wunsch vieler Spanierinnen bei Beiersdorf zu arbeiten.<sup>19</sup>

In der sogenannten Villa, die sich auf dem Firmengelände befindet, lebten Anfang der 1960er Jahre etwa 60 Frauen, heute ist in dem Gebäude die Betriebskrankenkasse untergebracht. Nachdem das ursprüngliche Wohnheim trotz einer Erweiterung im August 1964 zu klein geworden war, richtete Beiersdorf in der Tornquiststraße 46/48, ebenfalls im Stadtteil Eimsbüttel, ein neues Frauenwohnheim ein. Diese Einrichtung bot für etwa 100–120 Frauen Platz, wobei die Mehrheit der Bewohnerinnen wiederum aus Spanien kam. Sie bestand bis in die 1980er Jahre. In demselben Gebäude waren außerdem ein betriebseigenes Kindertagesheim und eine Krippe untergebracht.<sup>20</sup> Sodass sich hier gleichermaßen Erinnerungen der ersten und zweiten Einwanderungsgeneration kristallisieren.

Heute besteht dort eine Eigentumswohnanlage und das Gebäude hat sein äußeres Erscheinungsbild vollständig verändert.<sup>21</sup> Hinweise auf die Geschichte des Gebäudes finden sich ebenso wenig wie an der sogenannten Villa. Auch die Geschichte der spanischen Beiersdorf-Mitarbeiter ist weitgehend unbekannt. Ließ sich Mitte der 1960er Jahre noch in der Betriebszeitung über die enge Beziehung von Beiersdorf zu Spanien und die hohe Relevanz der spanischen Arbeitskräfte für das Unternehmen lesen,<sup>22</sup> scheint sich dieser Teil der Firmen- und Stadtteilgeschichte gegenwärtig vornehmlich in den Erinnerungen der Migranten selbst fortzuschreiben. Für diese wiederum ist der Beiersdorf-Konzern oftmals eng mit der eigenen Biographie verbunden. Als Erinnerungsort für die Alltagsgeschichte der als „Gastarbeiter“ angeworbenen Arbeitskräfte besitzt er jedoch auch über die individuelle Ebene hinaus einen historischen Erkenntnisgewinn.

Weitere Orte, die unverändert bestehen und zum öffentlichen Stadt(teil)bild gehören, an denen sich jedoch kein Hinweis auf ihre Bedeutung für die Geschichte der spanischen Migranten findet, sind zum Beispiel das Hamburg-Haus und die Kirchengemeinde Am Weiher. Das Hamburg-Haus am Doormannsweg wurde 1965 als Kulturzentrum des Bezirks gegründet und beherbergte unter seinem Dach in den 1980er Jahren die Spanische Jugendinitiative. Diese von etwa 20 Jugendlichen 1979 gegründete Vereinigung setzte sich für die Bedürfnisse der zweiten Einwanderungsgeneration ein, die sich mit einer im Vergleich zu ihren Eltern veränderten Lebenssituation und mit neuen Herausforderungen konfrontiert sahen. Das Eimsbütteler Wochenblatt beschrieb die Spanische Jugendinitiative in einem Artikel im Mai 1988 als die einzige anerkannte ausländische Jugendinitiative in Hamburg.<sup>23</sup> Die Gründer der Jugendinitiative betonen im Rückblick ihre Bedeutung als Treffpunkt und Anlaufstelle für die Jugendlichen. Damit ist die Jugendinitiative mit ihren Räumlichkeiten im Hamburg-Haus ein Beispiel für einen von Migranten geschaffenen Raum, wo diese aktiv für ihre migrationspolitischen Ziele und Belange eintraten, woran deutlich wird, dass Migrationsgeschichte die Migranten nicht als Objekte, sondern als Subjekte in den Blick nehmen sollte.<sup>24</sup>

Die St.-Bonifatius-Gemeinde Am Weiher existiert seit 1892, bereits im folgenden Jahr eröffnete auf ihrem Grundstück die katholische Schule, die 1963 durch das Angebot einer Kindertagesstätte

ergänzt wurde. Während das imposante Kirchengebäude jedem Eimsbüttler bekannt sein dürfte, trifft dies vermutlich für den Erinnerungsort „spanische Migration und Schule/Kindergarten Am Weiher“, den viele der Befragten anführten, nicht zu. Auch hier ist also der Widerspruch zwischen einem im öffentlichen Stadt(teil)bild wahrnehmbaren und markanten Ort und der Unsichtbarkeit der an ihn gekoppelten Gruppenerinnerungen zu konstatieren. Zwar ließe sich der Gemeindekomplex Am Weiher durchaus als ein Erinnerungsort deuten, jedoch für die Geschichte der Katholiken in Eimsbüttel oder in Hamburg – und nicht für die Geschichte spanischer Migration (ebenso wenig wie für die Geschichte italienischer oder polnischer Migration, für die der Ort eine vergleichbare Relevanz besitzen dürfte).

In den 1970er Jahren bildeten die Kinder der spanischen Einwanderer aufgeschlüsselt nach Herkunft die größte Gruppe in der katholischen Kindertagesstätte, die von vielen spanischen Eltern aufgrund der konfessionellen Ausrichtung und der Nähe zur Arbeitsstätte bei Beiersdorf, wo – wie bereits erwähnt – ein Großteil der Eltern arbeitete, gewählt wurde. Die Beschäftigung bei Beiersdorf und die dortige Schichtarbeit (bis zu drei Schichten) wirkte sich auf das Angebot der St.-Bonifatius-Gemeinde aus, die zusätzlich zur Kindertagesstätte einen Frühdienst und einen Hort für die Schulkinder einrichtete. Für die Befragten der zweiten Generation verbinden sich mit diesem Ort noch weitere Erinnerungen. Dort fand in den 1980er Jahren zweimal wöchentlich Nachmittagsunterricht in spanischer Sprache statt. Ein Angebot, für das sich der bereits erwähnte Spanische Elternrat stark gemacht hatte und das seit etwa 30 Jahren vom spanischen Bildungsministerium für die im Ausland lebenden Spanier finanziert wird. Die koordinierende Vereinigung dieser Zusatzschulen, die *Agrupación de Lengua y Cultura Española*, sitzt gegenwärtig in der Osterstraße und bietet ihren Unterricht unter anderem in der bilingualen deutsch-spanischen Grundschule Lutterothstraße an. Die Schule ist zwar nach außen hin als ein Ort, der der spanischen Sprache Relevanz einräumt erkennbar, jedoch deutet für Außenstehende nichts auf die Mitarbeit spanischer Migranten bei der Einrichtung des bilingualen Zweiges hin. Auch hier handelt es sich um ein im Stadtraum lokalisierbares Beispiel für die Aneignung bestehender Institutionen durch Migranten. Die damit einhergehenden Veränderungs- und Anpassungsprozesse sind auch zentraler Bestandteil der jeweiligen Institutionengeschichte.

### Resümee

Gemeinsam ist den hier knapp skizzierten Erinnerungsorten spanischer Migration in Eimsbüttel, dass sie alle im öffentlichen Stadt(teil)bild sichtbar sind, die Vielzahl der Geschichten, die an diesen Orten zusammenlaufen aber verborgen bleibt. Erst der Rückgriff auf Zeitzeugen und damit auf das kommunikative Gedächtnis spanischer Migranten kann die an diesen Orten sich verdichtenden Erinnerungen dieser Gruppe freilegen und damit die Stadtteilgeschichte um eine wichtige Perspektive erweitern. So wird aus dem Wohnhaus in der Tornquiststraße ein Erinnerungsort für die ersten Jahre der spanischen Frauen in der neuen Heimat, der zugleich auf die schwierige Situation von Arbeitsmigranten in der

Bundesrepublik sowie auf die Vorbehalte und Diskriminierungen, die den Einwanderern – nicht nur auf dem Wohnungsmarkt – entgegenschlugen, verweist. Aus dem Hamburg-Haus wird ein Ort, der eine wichtige Anlaufstelle für spanische Jugendliche wurde, wo sie Beratung in schulischen, beruflichen oder familiären Angelegenheiten erhielten, an dem zugleich das Selbstverständnis der zweiten Generation ausgehandelt und diskutiert wurde. Ein Ort, an dem sich auch ein entscheidender Perspektivwechsel in der Wahrnehmung von Migration vollzieht, indem auf die Akteurebene fokussiert wird. Die katholische Gemeinde Am Weiher erhält durch die Verortung in der Geschichte der spanischen Migration eine weitere Dimension und verweist unter anderem auf den Stellenwert, den die Bildung für die Einwanderer der ersten und zweiten Generation einnahm. So begannen hier die Schulkarrieren vieler spanischer Kinder aus dem Bezirk Eimsbüttel und zugleich fand auf dem Gelände eine zeitlang die spanische Nachmittagschule statt, die vor allem auf Betreiben der Eltern initiiert worden war – hier wird das Klischee des „Gastarbeiters“ erneut gebrochen.

Es ließen sich noch weitere Orte mit ähnlichen Eigenschaften anführen, sie alle verweisen auf ein Gruppengedächtnis, das Nicht-Angehörigen dieser Gruppe unzugänglich ist. Dies ist für viele Gruppengedächtnisse, solange diese sich in einem eng gefassten Rahmen bewegen, wie zum Beispiel Familie, Freundeskreis et cetera, zutreffend und grundsätzlich in der Natur gruppenspezifischer Erinnerungen angelegt, im Fall der hier exemplarisch untersuchten Gruppe spanischer Migranten sind aber unter Rückgriff auf die von Georgi aufgestellten und anfangs zitierten Fragen weitergehende Überlegungen anzustellen. Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland momentan etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund haben, wobei der Anteil in vielen Großstädten und innerhalb der jüngeren Bevölkerung wesentlich höher liegt,<sup>25</sup> gewinnt die unzureichende Präsenz von Erinnerungsorten zu Migrationsgeschichte(n) eine neue Aktualität. So geht es hier nicht allein um die Verankerung von Gruppengedächtnissen im öffentlichen Raum, sondern vielmehr um die Aushandlung eines offiziellen Gedächtnisses der deutschen Einwanderergesellschaft, in dem dann auch Erinnerungen von Migranten ihren Platz finden müssen. Ziel solcher sich kulturell und materiell manifestierender Erinnerungen ist dabei nicht die erneute Isolation von Migranten als eine homogene, von der Aufnahmegesellschaft unterscheidbare Gruppe, sondern die Verankerung von Gruppenerinnerungen, die einen konstituierenden Teil der Gesellschaft bilden.<sup>26</sup> Letztlich steht damit auch das nationale Selbstverständnis erneut zur Disposition. Dies scheint umso dringlicher, da sich zunehmend die Einsicht durchzusetzen beginnt, dass Erinnerungen im Verhältnis von Einwanderergesellschaft und Migranten eine integrative Wirkung entfalten können.<sup>27</sup> Die Integrationsfunktion besteht in doppelter Hinsicht: Zum einen kristallisiert sich an Erinnerungsorten das Gruppenverständnis – in dem untersuchten Fall der spanischen Migranten – und sie wirken nach innen identitätsstiftend, zum anderen bieten im öffentlichen Raum wahrnehmbare Erinnerungsorte die Gelegenheit, Geschichte kennenzulernen und an nicht eigenen Erinnerungen teilzuhaben und damit die Möglichkeit der Perspektiverweiterung. Die Überprüfung der

„deutschen“ Erinnerungskultur kann sich dabei nicht auf die derzeit viel diskutierte Frage beschränken – so wichtig dieser Aspekt auch ist – wie das Gedenken an den Holocaust und die nationalsozialistischen Verbrechen angesichts einer zunehmend heterogenen Schülerschaft, bei der die Betroffenheit/der Bezug nicht mehr über ihre Herkunft herzustellen ist, gewährleistet werden kann,<sup>28</sup> es muss auch danach gefragt werden, ob und wie das offizielle Gedächtnis

um neue und teilweise „importierte“ Geschichten erweitert werden kann. Neben die „Menschen mit Migrationshintergrund“, über die in jüngster Vergangenheit viel geschrieben und diskutiert wurde, müssen endlich auch „Gedächtnisse mit Migrationshintergrund“ treten. Die Untersuchung lokaler Erinnerungskulturen bietet hier einen fruchtbaren Ansatzpunkt und einen ersten Schritt zur Sichtbarmachung solcher Spuren.

## Literatur

Alavi, Bettina: Geschichtsschulbücher als Erinnerungsorte. Ein Gedächtnis für die Einwanderungsgesellschaft?, in: Motte, Jan; Ohliger, Rainer (im Auftrag des Landesentrums für Zuwanderung NRW) (Hrsg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004: S. 199–212.

Bade, Klaus J.: Von der Arbeitswanderung zur Einwanderung, in: Stemmler, Susanne (Hrsg.): Multikultur 2.0. Willkommen im Einwanderungsland Deutschland, Bonn 2011 (BPB 1170): S. 154–185.

Boesen, Elisabeth; Lentz, Fabienne (Hrsg.): Migration und Erinnerung. Konzepte und Methoden der Forschung. Migration et mémoire. Concepts et méthodes de recherche, Berlin 2010 (Soziologie. Forschung und Wissenschaft 28).

Erel, Umut: Migration, Geschlecht, Ethnizität: (De-)Konstruktionen von Identitätspolitik und Gemeinschaft, in: Eder, Angelika (Hrsg.): „Wir sind auch da!“ Über das Leben von Migranten in europäischen Großstädten, Hamburg 2003 (Forum Zeitgeschichte 14): S. 267–290.

François, Etienne; Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl, Bonn 2005 (BPB 475).

Fuge, Janina; Hering, Rainer; Schmid, Harald (Hrsg.): Das Gedächtnis von Stadt und Region. Geschichtsbilder in Norddeutschland, München/Hamburg 2010.

Georgi, Viola B.: Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003.

Georgi, Viola B.: „Ich kann mich für Dinge interessieren, für die sich jugendliche Deutsche auch interessieren“: Zur Bedeutung der NS-Geschichte und des Holocaust für Jugendliche aus Einwandererfamilien, in: Dies.; Ohliger, Rainer (Hrsg.): Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn 2009 (BPB 1018): S. 90–108.

Gerstenhauer, E.: Carmen und Pilar. Im neuen Heim, in: Haus-Kurier. Die Zeitschrift der Beiersdorfer, 35/1966: S. 5.

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003 (BPB 410).

Jiménez Laux, Rosa María: Migration und Lebenszeit, Bremen 2001 (Werkstattberichte des INBL 12).

Menny, Anna: Von Spanien nach Eimsbüttel. Ein Interviewprojekt zu spanischer Migration, hrsg. v.: Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 2010.

Nora, Pierre (Hrsg.): Erinnerungsorte Frankreichs, München 2005 [1984–1992].

Peters, Freia; Borstel von, Stefan: „In Deutschland ist alles besser als zu hause“, in: Welt, 30.10.2011; <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13687575/In-Deutschland-ist-alles-besser-als-zu-Hause.html>, 19.05.2012.

„Spanische Jugend-Initiative verlor ihre Räume im Hamburg-Haus“, in: Eimsbütteler Wochenblatt, 19.05.1988: S. 11.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistische Berichte: Ausländische Bevölkerung in Hamburg, 17.04.2008: S. 14.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistik informiert... Spezial, VII/2011: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2010, 18.07.2011.

Thießen, Malte: Das kollektive als lokales Gedächtnis: Plädoyer für eine Lokalisierung von Geschichtspolitik, in: Schmid, Harald (Hrsg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009 (Formen der Erinnerung 41): S. 159–180.

Wippermann, Carsten; Flaig, Berthold Bodo: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, in: APuZ, 5/2009: S. 3–11.

## Anmerkungen

- 1 Der Text basiert auf einem Vortrag, den ich am 12.06.2012 im Rahmen der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland in Hamburg gehalten habe. Grundlage meines Vortrags war wiederum die Broschüre Von Spanien nach Eimsbüttel.
- 2 Zur Geschichte der Arbeitsmigration und der Anwerbeabkommen in der Bundesrepublik Deutschland vgl. zum Beispiel: Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003 (BPB 410): S. 202ff.
- 3 Vgl.: Alavi, Bettina: Geschichtsschulbücher als Erinnerungsorte. Ein Gedächtnis für die Einwanderungsgesellschaft?, in: Motte, Jan; Ohliger, Rainer (im Auftrag des Landesentrums für Zuwanderung NRW) (Hrsg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004: S. 199f; Boesen, Elisabeth: Migration und Erinnerung. Einleitung, in: Dies.; Lentz, Fabienne (Hrsg.): Migration und Erinnerung. Konzepte und Methoden der Forschung. Migration et mémoire. Concepts et méthodes de recherche, Berlin 2010 (Soziologie. Forschung und Wissenschaft 28): S. 1f.
- 4 Zum Konzept der Erinnerungsorte vgl.: Nora, Pierre (Hrsg.): Erinnerungsorte Frankreichs, München 2005 [1984–1992]; sowie für Deutschland: François, Etienne; Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl, Bonn 2005 (BPB 475).
- 5 Alavi: Geschichtsschulbücher als Erinnerungsorte, in: Motte; Ohliger (Hrsg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft: S. 199.
- 6 Vgl.: Georgi, Viola B.: Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003: S. 36.
- 7 Georgi: Entliehene Erinnerung: S. 35, S. 20ff.
- 8 Thießen, Malte: Das kollektive als lokales Gedächtnis: Plädoyer für eine Lokalisierung von Geschichtspolitik, in: Schmid, Harald (Hrsg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009 (Formen der Erinnerung 41): S. 162.
- 9 Zu regionalen und lokalen Gedächtnissen vgl.: Fuge, Janina; Hering, Rainer; Schmid, Harald (Hrsg.): Das Gedächtnis von Stadt und Region. Geschichtsbilder in Norddeutschland, München/Hamburg 2010.
- 10 Boesen: Migration und Erinnerung, in: Dies.; Lentz (Hrsg.): Migration und Erinnerung: S. 3.
- 11 Alavi bezieht sich mit dieser Feststellung auf das von ihr untersuchte Schulbuch, sie kann aber auch für den allgemeinen Diskurs über Migration Gültigkeit beanspruchen, vgl.: Alavi: Geschichtsschulbücher als Erinnerungsorte, in: Motte; Ohliger (Hrsg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft: S. 211. Zur in der deutschen Migrationsforschung oftmals dominanten Defizitperspektive vgl. auch: Wippermann, Carsten; Flaig, Berthold Bodo: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, in: APuZ, 5/2009: S. 3–11; Erel, Umut: Migration, Geschlecht, Ethnizität: (De-)Konstruktionen von Identitätspolitik und Gemeinschaft, in: Eder, Angelika (Hrsg.): „Wir sind auch da!“ Über das Leben von Migranten in europäischen Großstädten, Hamburg 2003 (Forum Zeitgeschichte 14): S. 267.
- 12 Damit wird der in der Migrationsforschung üblichen, wenn auch nicht unproblematischen, Einteilung in erste und zweite Einwanderungsgeneration gefolgt, wobei der Generationenbegriff sich hier nicht auf das Lebensalter sondern auf die Migrationsgeschichte bezieht. (Vgl.: Jiménez Laux, Rosa María: Migration und Lebenszeit, Bremen 2001 (Werkstattberichte des INBL 12): S. 41.)
- 13 Menny, Anna: Von Spanien nach Eimsbüttel. Ein Interviewprojekt zu

- spanischer Migration, hrsg. v.: Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 2010.
- 14 Vgl.: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistik informiert... Spezial, VII/2011: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2010, 18.07.2011: S. 1, S. 5.
  - 15 Vgl.: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistische Berichte: Ausländische Bevölkerung in Hamburg, 17.04.2008: S. 14. Momentan nimmt die Zuwanderung aus Spanien aufgrund der dort sehr hohen (Jugend-) Arbeitslosigkeit wieder zu, so dass in einigen deutschen und spanischen Medien bereits von „neuen Gastarbeitern“ die Rede ist. (Vgl. zum Beispiel: Peters, Freia; Borstel von, Stefan: „In Deutschland ist alles besser als zu Hause“, in: Die Welt, 30.10.2011; <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13687575/In-Deutschland-ist-alles-besser-als-zu-Hause.html>, 19.05.2012.)
  - 16 Vgl.: Menny: Von Spanien nach Eimsbüttel: S. 12ff. Insgesamt arbeiteten bei Beiersdorf seit dem Anwerbeabkommen 1960 nach Auskunft eines Betriebsratsmitglieds vermutlich etwa 1.000 Spanierinnen und Spanier.
  - 17 Vgl.: Menny: Von Spanien nach Eimsbüttel: S. 41ff.
  - 18 Vgl.: Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik: S. 232ff.
  - 19 Vgl.: Menny: Von Spanien nach Eimsbüttel: S. 19ff. Zur Wohnsituation vgl. auch: Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik: S. 214ff.
  - 20 Vgl.: Menny: Von Spanien nach Eimsbüttel: S. 23f; Gerstenhauer, E.: Carmen und Pilar. Im neuen Heim, in: Haus-Kurier. Die Zeitschrift der Beiersdorfer, 35/1966: S. 5.
  - 21 Vgl.: Menny: Von Spanien nach Eimsbüttel: S. 39.
  - 22 Vgl.: Gerstenhauer: Carmen und Pilar, in: Haus-Kurier. Die Zeitschrift der Beiersdorfer: S. 5. So heißt es dort, dass „die Beziehungen Beiersdorfs zur Spanisch sprechenden Welt seit jeher besonders eng gewesen“ seien.
  - 23 Vgl.: „Spanische Jugend-Initiative verlor ihre Räume im Hamburg-Haus“, in: Eimsbütteler Wochenblatt, 19.05.1988: S. 11.
  - 24 Zur Spanischen Jugendinitiative vgl.: Menny: Von Spanien nach Eimsbüttel: S. 45ff.
  - 25 Vgl.: Bade, Klaus J.: Von der Arbeitswanderung zur Einwanderung, in: Stemmler, Susanne (Hrsg.): Multikultur 2.0. Willkommen im Einwanderungsland Deutschland, Bonn 2011 (BPB 1170): S. 168.
  - 26 Vgl.: Kleist, J. Olaf: Grenzen der Erinnerung. Methoden des Vergangenheitsbezugs und ihre Implikationen für Migrationspolitik, in: Boesen; Lentz (Hrsg.): Migration und Erinnerung: S. 234.
  - 27 Vgl.: Kleist: Grenzen der Erinnerung, in: Boesen; Lentz (Hrsg.): Migration und Erinnerung: S. 224.
  - 28 Vgl. zu diesem Thema zum Beispiel: Georgi, Viola B.: „Ich kann mich für Dinge interessieren, für die sich jugendliche Deutsche auch interessieren“: Zur Bedeutung der NS-Geschichte und des Holocaust für Jugendliche aus Einwandererfamilien, in: Dies.; Ohliger, Rainer (Hrsg.): Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn 2009 (BPB 1018): S. 90–108.

## Und wir erhalten es doch – bürgerschaftliche und künstlerische Interventionen zum Schutz von Denkmälern

JÖRG BIESLER

Gesetzliche Regeln für den Umgang mit Monumenten und Dokumenten der eigenen Geschichte sind ein hohes Gut, weil sie Denkmale schützen und zugleich ausdrücken, dass dieser Schutz ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und eine solche Aufgabe ist. Das gilt umso mehr, weil diese Wertschätzung sich nicht allein den „schönen“ historischen Zeugnissen widmet, deren Erhaltungswert mit ihrem Unterhaltungswert korrespondiert und der daher selbstverständlich ist, weil er sich auch jedem erschließt, der nicht als Historiker die Dinge auf ihren Zeugnischarakter hin befragt, sondern mit einer unreflektierten Nostalgie durch die Städte streift und daher Dresden schöner findet als Wuppertal und Frankfurt schöner als Osnabrück. Und: Machen wir uns nichts vor, das sind die meisten Menschen. An Denkmalschutz im eigentlichen Sinne Interessierte sind eine Minderheit, eine gebildete, fachlich qualifizierte Minderheit zwar, aber eine Minderheit. Um so erstaunlicher, dass es gelungen ist, innerhalb unseres Gemeinwesens eine Denkmalpflege zu installieren, die, fachlichen Kriterien folgend, besonders erhaltenswerte Gebäude, Gegenstände und Gebräuche benennt und erforscht, dokumentiert und öffentlich vermittelt. Das ist eine Errungenschaft. Ein Glück! Jedenfalls theoretisch! Die Praxis zeigt, dass der Denkmalschutz nicht zwangsläufig auch mit Denkmalpflege einhergeht und für schützenswert Befundenes auch geschützt wird. So würde man sich das ja eigentlich denken. Anders aber als im Straßenverkehr, wo jeder für verursachte Schäden aufkommen muss, sind die Folgen von Verstößen gegen Denkmalschutzaufgaben kaum spürbar. Allenfalls droht ein Bußgeld und damit ist dem Denkmal ja auch nicht geholfen.

Es gibt daher für die institutionalisierte Denkmalpflege keinen Weg als den, an die Einsicht der Handelnden zu appellieren. Und selbst dieser ist oft verstellt, weil gerade die Träger politischer Verantwortung manchen Appell nicht hören wollen. Alternativ lässt sich vielleicht über die Öffentlichkeit ein gewisser Druck aufbauen. Aber welcher Journalist skandalisiert schon den Umgang mit Denkmälern? Und wenn wir es tun, wer will das hören?

Auch unter den Fachleuten ist das laute Trommelschlagen wenig beliebt. Die großen Institutionen wie das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz setzen darauf, Denkmale so positiv wie möglich darzustellen. Das ist sicher ein guter Weg, um deren Schutz populärer zu machen. Wenn aber deswegen Konflikte möglichst nicht angesprochen werden, Skandale nicht benannt, dann werden eben nur die grundsätzlich Gutwilligen erreicht. In vielen Fällen ist das nicht ausreichend, weil Geschäftsinteressen, falsch verstandene Stadterneuerung oder blanke Abscheu vor der Architektur vor allem des 20. Jahrhunderts für Investoren und Politiker oft schwerer wiegen als der Schutzgedanke. Hausbesitzer heulen auf, wenn die Unterschutzstellung geplant ist und Politiker sind dann schnell an ihrer Seite. Denn auch Politiker sind ganz normale Menschen, jedenfalls was ihre Meinung vom Denkmalschutz angeht. Die meisten von Ihnen halten ein Denkmal für ein hübsches Gebäude aus

Mittelalter oder Barock oder jedenfalls etwas, das immerhin so aussieht. Denkmalschutz funktioniert sehr gut, wenn das Haus dekorativ ist und das Wetter gut. Wenn das Gebäude modern ist, wird es schon schwierig und dramatisch, wenn es Interessen gibt, an dessen Stelle etwas anderes zu setzen, sei es nun aus wirtschaftlichen, städtebaulichen, ideologischen oder repräsentativen Gründen.

Der Palast der Republik stand zugegebenermaßen nicht unter Denkmalschutz, aber eine rechtzeitige Unterschutzstellung hätte seinen Abriss wohl auch nicht verhindert. Als herausragendes Zeugnis des DDR-Staates und zugleich einer utopischen Moderne befand ihn das postpostmoderne Deutschland als ungeeignet, bauliche und symbolische Mitte des wiedervereinigten Staates und seiner Hauptstadt zu sein. Stattdessen: ein Schloss! Das sieht schon als Neubau alt aus und wird daher vielen als schützenswerter erscheinen als der Altbau moderner Architektursprache. Die nachgebaute Geschichte siegt über das erhaltene Original. Den Palast von Heinz Graffunder konnte auch der Nachweis seiner Nutzbarkeit durch die künstlerische Zwischennutzung 2004 und 2005 nicht schützen und auch nicht Lars Rambergs Projekt Palast des Zweifels.

Zweifel? Die sind leider nicht sehr verbreitet unter den Anhängern einer Ideologie, die die Moderne als Irrweg identifiziert zu haben glaubt und nun zurück möchte in die steinerne Geschichte. Tatsächlich wird ja die Architektursprache von Antike und Renaissance von Architekten wie Hans Kollhoff in geradezu kindlicher Ignoranz historischer Differenzen als endgültig formulierte, richtige, wahre Architektur empfunden, die auch Antworten auf heutige Fragen in Architektur und Städtebau geben kann. Ähnlich wie männliche Musikliebhaber mittleren Alters wahlweise Bach, Beethoven oder Wagner nicht zu Höhe-, sondern zu End- und Zielpunkten allen musikalischen Schaffens ernennen. Solche Absolutheitsansprüche gibt es auch andersherum, nicht wenige Architekten haben im 20. Jahrhundert dem falsch verstandenen Beispiel Corbusiers folgend tabula rasa machen wollen.

Jetzt aber ist es die moderne Architektur, die unter die Räder einer ideologischen Auseinandersetzung gerät, die mit der wissenschaftlichen Aufgabe des Denkmalschutzes nichts zu tun hat und die mit fachlichen Argumenten nicht gewonnen werden kann.

Ulrich Müthers signethaftes Ahornblatt-Restaurant aus den 1970er Jahren an der Leipziger Straße in Berlin auf der Fischerinsel musste einer Bebauung weichen, die architektonisch belanglos und städtebaulich unvernünftig ist, weil sie aus der Straße keinen Ort zu machen vermag.

Das Ahornblatt stand unter Denkmalschutz, es gab ein Nutzungskonzept und heftigen Protest gegen den Abriss von Architekturkritikern und Künstlern, von Denkmalschützern auch. Aber die Zahl der Empörten war so klein wie ihre Beachtung in der Öffentlichkeit, sodass niemand der politisch Verantwortlichen fürchten musste, deswegen Wahlen zu verlieren. Für das Rundkino in Dresden von Gerhard Landgraf, ebenfalls aus den 1970er Jahren, ging es

besser aus. Zunächst aber stand es schlecht um das Haus nach dem Hochwasser in Dresden und dem Konkurs der Betreibergesellschaft UFA. Dort aber waren ein Puppentheater und eine Filiale von Pizahut ständige Nutzer und ein Verein, initiiert von der Düsseldorfer Künstlerin Andrea Knobloch, propagierte den Erhalt und lotete gemeinsam mit Wissenschaftlern Nutzungsmöglichkeiten aus. Und es fand sich ein Betreiber für den großen Saal, der darin ein 3-D-Kino eröffnete. Ich kenne die Dresdner Verhältnisse nicht gut genug, aber hier kamen wohl viele glückliche Momente zusammen. Die Tatsache der Unterschutzstellung 2003 allein hätte das Haus sicher nicht bewahrt.

Ebenso die Beethovenhalle in Bonn, die von den Bürgern bewahrt wurde (Abb.1). Die Stadtpolitik hatte gar nichts dagegen einzuwenden, dass ein dort ansässiger Konzern, mehrheitlich im Besitz der Öffentlichkeit, die Deutsche Post nämlich, die denkmalgeschützte Beethovenhalle, ein Wahrzeichen ihrer Stadt, in schwierigsten Nachkriegszeiten mit von Bürgern gestiftetem Geld errichtet, zugunsten eines Festspielhauses von Zaha Hadid plant. Ein kostbares mit Marmor und edlen Hölzern, Glasbildern und großem Mut ausgestattetes Haus, entworfen vom damals jungen Siegfried Wolske, inzwischen jahrzehntelang vernachlässigt. Hier wurde nicht nur ein Denkmal ohne Not geopfert, sondern die Kultur als Gemeinschaftsstifter der Bürgergesellschaft gleich mit. Denn im neuen Haus sollte das passieren, was die Konzernchefs rund um Klaus Zumwinkel sich vorstellten und nicht mehr das bunte Nacheinander von Sinfoniekonzert, Abiturball und Kleintierzüchtertreffen. Den Kulturbegriff wollte sich die Stadtspitze künftig von Managern diktieren lassen, die sich sonnen wollen im Glanz musikalischer Weltstars. Die einst gerühmte Akustik wurde nun als nicht mehr tragbar angesehen, die Realisierbarkeit einer technischen Umrüstung nur halbherzig geprüft. Ausgerechnet ein Denkmal, ein Zeugnis unserer Kultur, sollte leichtfertig einer vermuteten Aufwertung Bonns als Kulturstadt weichen.

Glanz statt Nachkriegsmoderne, Glamour statt Erinnerung, das ist die gleiche Konstellation wie in Berlin. Dann kamen glücklicherweise einige Kunstgeschichtsstudenten, die gegen alle Widerstände den Bonnern ihre Beethovenhalle und deren Qualitäten wieder

näher brachten und das mittlerweile auch mit anderen Gebäuden der Nachkriegsmoderne machen. Werkstatt Baukultur heißt das Projekt von Martin Bredenbeck, Constanze Moneke und Martin Neubacher, das bundesweit Aufmerksamkeit erregt hat und mit dem Preis des Nationalkomitees für Denkmalschutz ausgezeichnet wurde. Sie organisierten Protest, aber vor allem informierten sie mit Führungen und einem Kolloquium.

Geholfen hat ihnen, dass in der wirtschaftlichen Krise die Konzerne ihr Engagement teilweise überdachten und das Projekt jetzt wohl an der Finanzierbarkeit scheitert. Mittlerweile hat der Rat der Stadt Bonn beschlossen, die Beethovenhalle zu erhalten. Krise und Engagement gemeinsam haben dafür gesorgt, dass die Beethovenhalle noch steht. Der Denkmalschutz allein hätte dazu nicht ausgereicht.

Der Denkmalschutz also kann sich – so sollen diese Beispiele zeigen – auch gegen politische Widerstände durchsetzen, wenn er Verbündete hat und die allgemeine politische Stimmung hilft. Tatsächlich müsste die Stadtgesellschaft erst einmal an den Prozessen der Stadtplanung und -gestaltung teilhaben, müsste nachvollziehbare und sorgfältig geplante Lösungen einfordern, um nach diesem ersten Schritt selbst interessiert und ansatzweise fachkundig zu werden, um Denkmalschutz wirksam werden zu lassen auch in strittigen Fällen.

In den allermeisten Fällen aber ist das nicht so. An fremden Orten laufen wir staunend durch die Welt, aber in der eigenen Stadt bewegen wir uns wie in Röhren der Gewohnheit, blicklos, ohne Wahrnehmung für Fassaden und Plätze. Die Prozesse der Stadtplanung interessieren nur wenige, das bürgerliche Engagement beschränkt sich meist auf Einwände, die motiviert sind von der Sorge um den Wert des eigenen Besitzes. Und das richtet sich dann oft gegen Interessen des Denkmalschutzes.

Ich selbst lebe in der Stadt mit der erfolgreichsten Rettungsaktion eines Denkmals, die jedenfalls mir bekannt ist, in Köln. Am Ende trat sogar der Rat der Stadt den Alternativvorschlägen des Bürgerbegehrens gegen den Abriss des Schauspielhauses von Wilhelm Riphahn bei.

Die Geschichte beginnt mit der Entscheidung des Stadtrats, die Josef-Haubrich-Kunsthalle abzureissen, ein mutiges Gebäude der Nachkriegsmoderne von Franz Lammersen. Dagegen regte sich Widerstand, weil in der Kunsthalle, die ein ausgesprochen interessantes Gebäude war, der Kölner Kunstverein residierte, die Adresse für zeitgenössische Kunst in Köln. Heute steht dort das Kulturzentrum am Neumarkt, ein kreisparkassenhaftes Ziegel-Glas-Geriegel. Der Protest kam also zu spät und es begann ein Nachdenken über die politischen Konzepte der Repräsentation und Partizipation und das regelmäßige Zuspätkommen der öffentlichen Proteste. Der Schauspieler Udo Kier las während einer Protestaktion vor der Kunsthalle einen Text von Rosemarie Trockel, deren Video der Aktion im Stil der 1960er Jahre Dokumentation und Inszenierung einander überschneiden lässt. Das zentrale Thema ist die Auslieferung der Stadtgestalt an Investoren und gedankenlose Entscheidungsträger und das fehlende Engagement der Bürger, ja selbst der Künstler, die immer erst zu spät sich aufregen über fehlgegangene Planungen, die stets auf das Besondere zielen und mit



Abb. 1 Protestaktion gegen den Abriss der Beethovenhalle bei der Eröffnung des Beethovenfestes 2011. Im Vordergrund Bürgermeister Jochen Nimptsch.





Abb. 2 Das „Strandmobil“ des Kölner Künstlers Merlin Bauer, mit dessen Hilfe er verlorene Orte wieder für die Stadtgesellschaft in Besitz nehmen wollte.

ihrer Passivität stets das Immergleiche, Austauschbare schaffen. Damals waren es nur wenige, die sich am Protest beteiligten, doch es entstand daraus eine Initiative für eine Europäische Kunsthalle, weil es der Stadt nicht einmal gelang, den Neubau des heutigen Kulturzentrums zu realisieren. Vier Jahre verzögerte sich schon der Baubeginn, eröffnet wurde das Haus erst im Herbst 2011, also nach 14 Jahren Bau- und Planungszeit und gut fünf Jahre später als geplant.

Die in dieser Zeit angerichtete städtebauliche und finanzielle Misere der Stadt will ich hier nicht näher erläutern, in Köln nennt man das Klüngel, jedenfalls machte eine kleine Gruppe von Mächtigen eine ganze Reihe Geschäfte unter sich aus, die auf den ersten Blick aussehen, als müsse man sie strafrechtlich verfolgen. Die Kölner Stadtgesellschaft jedenfalls war bereits aufgebracht.

Aus der Initiative entstand der Verein Das Loch e.V., namensgebend war das inzwischen anstelle der Kunsthalle klaffende Loch, der sich neue Formen für seine Aktionen suchte, witzige, intelligente und künstlerische. Über Nacht malten Aktivisten ein großes H mit einem Kreis drumherum in „das Loch“, wie sie die Grube fortan nannten, und erklärten sie zum Helioport für Investoren, offenbar die einzige Personengruppe, für die sich im Kölner Rat noch irgendjemand interessierte. Mit dem Verein, für den sich Künstler wie Rosemarie Trockel, Marcel Odenbach, Thomas Ruff, Sigmar Polke und Gerhard Richter stark machten, veränderten sich die Protestformen und -taktiken. Statt bloßer Opposition machten nun Künstler und Architekten der Politik vor, wie man etwas auf die Beine stellt und die Menschen für gute Ideen begeistert.

Das Architekturbüro Lepel und Lepel macht in Köln seit über zehn Jahren aufmerksam, indem es den Schriftzug „Blick heben“ an vielen Stellen aufs Plaster druckte. Es bedarf der Irritation, des Konventionsbruchs, um die Aufmerksamkeit zu wecken, zu schärfen für das vermeintlich Selbstverständliche, das uns umgibt. Der Künstler Merlin Bauer machte sich in Köln für die Qualität von Orten und deren Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit stark, in dem er mit seiner Strandbox selbst unwirtliche Umgebungen zu öffentlichen Plätzen machte. Motto: Unter dem Pflaster der Strand (Abb. 2).

Insgesamt entstand hier eine Gegenöffentlichkeit zu den Machenschaften einiger Strippenzieher aus Verwaltung, Politik, Banken und Baugewerbe, die inzwischen schon am nächsten Abriss arbeiteten. Oper und Schauspielhaus sollten abgeräumt werden, in dem befremdenden Glauben, die Lebendigkeit der Kultur einer Stadt mache sich vor allem an möglichst schillernden Außenansichten der dafür zur Verfügung stehenden Gebäude fest. Die Oper sah mancher nach dem Vorbild Sydneys am Wasser, sich des nachts funkelnd im Rhein spiegeln. Das Funkeln des großartigen bestehenden Gebäudeensembles, das Ende der 1950er Jahre von Wilhelm Riphahn entworfen worden war und anschließend so vernachlässigt wurde, dass die baupolizeiliche Schließung drohte, sahen nur wenige. Vor allem das Opernhaus, das die Werkstätten vor dem Bühnenturm gestaffelt in die Höhe schiebt und so ursprünglich



Abb. 3 Die Kölner Oper von Wilhelm Riphahn. Das denkmalgeschützte Ensemble mit Schauspiel und Restaurant wollte der Kölner Stadtrat zertrümmern.

alle Werkstätten und Proberäume an einem Standort versammelte, ist ein baukünstlerisches Symbol für die kulturelle Aufbruchstimmung der Nachkriegszeit. Das auf einen weiten Platz gestellte Ensemble aus Oper, Schauspiel und einem an die Straßenkante vorgeschobenen Restaurantpavillon ist deshalb denkmalgeschützt.

Doch den Denkmalschutz wollte der Stadtrat aufheben, um einen Neubau und ein Geschäft möglich zu machen. Eifrige Investoren hatten schon Pläne für den derzeitigen Standort, ein Filetgrundstück im Herzen der Stadt, auf dem vor den Novemberpogromen 1938 die Kölner Synagoge gestanden hatte, finanziert ausgerechnet von jener Familie Oppenheim, deren Bank sich dort nun ein Einkaufszentrum vorstellte (Abb. 3).

Weniger die Liebe zur eigenen Stadt als die Abscheu vor der Dreistigkeit der Stadtoberen war es, die in Köln die Proteste wachsen ließ, als nun Oper und Schauspiel bedroht waren, schließlich klaffte am Neumarkt noch immer „das Loch“. Diese Interventionspraxis und die performative Protestkultur, wie sie der Verein „Das Loch“ entwickelt hatte, verband Merlin Bauer angesichts der Bedrohung von Schauspielhaus und Oper in seinem Projekt „Liebe deine Stadt“, das die öffentliche Aufmerksamkeit auf die vielen gelungenen Häuser vor allem der ungeliebten 1960er Jahre lenken sollte. Wie beim Pferderennen wurden sie mit einer rot-weißen Preisschleife ausgezeichnet und eine öffentliche Laudatio feierte die bis dahin weitgehend unentdeckten Schönheiten vom Parkhaus mit wie angeklebt wirkendem Hotel bis zum eleganten Cafépavillon im Grüngelände. Als der Schweizer Architekt Peter Zumthor im September 2006 die Laudatio auf Wilhelm Riphahns Opernhaus hielt, geriet die symbolische Preisverleihung zum Happening, bei dem Hunderte sich auf dem Offenbachplatz versammelten. Zumthor, der schräg gegenüber gerade das Diözesanmuseum Kolumba vollendete, lobte nicht nur die feinen handwerklichen Details, sondern auch die gesellschaftliche Dimension der gelungenen Platzanlage, deren Feier des öffentlichen Raums. Derweil wurde der vernachlässigte Platz, dessen Pflaster verschoben und aufgebrochen ist und dessen Brunnen ruinös, in Besitz genommen (Abb. 4). Öffentlicher kann ein Ort nicht werden als zu der Zeit, in der er selbst zum Thema und damit als Ort bewusst wird. Die performativen Aktionen von „Liebe deine Stadt“ stellen temporär den als ideal gedachten Zustand einer wachen Stadtgesellschaft her, die sich auf ihren Plätzen ihrer selbst als sozialem Gebilde und ihrer Stadt als architektonischer Form versichert. Welche Kraft und Beständigkeit die auch in dieser Form eingeübte Solidarität besitzt, zeigt die enorme Dynamik, die mit dem naherrückenden Abrisstermin des Schauspielhauses die ganze Stadt erfasste. Nachdem für die Oper eine Sanierungslösung gefunden wurde, bestand der Rat auf dem Neubau des Schauspiels, der maßstablos nicht nur das glänzende Stadtgefüge der Riphahnbauten zerstört, sondern an dessen Stelle auch noch eine nichtssagende Allerweltsarchitektur mit vorgeblendeten Metallelementen gesetzt hätte. Der Streit um den Abriss schwelte in der Kölner Stadtgesellschaft als am 3. März 2009 das Historische Archiv der Stadt Köln am Waidmarkt in die Baugrube einer neuen Kölner U-Bahn-Strecke stürzte. 90 Prozent der Dokumente der historischen Überlieferung der Stadt seit dem Mittelalter lagen nun in Schutt und Grundwasser. Auch diese Katastrophe mit zwei



Abb. 4 Der Schweizer Architekt Peter Zumthor hielt im Rahmen des Projekts „Liebe Deine Stadt“ die Laudatio auf das Opernhaus von Wilhelm Riphahn.

Toten hatten Schludrigkeit und Desinteresse verursacht. Die Kontrolle über den U-Bahn-Bau wurde gleich ganz der Bauherrin, den Kölner Verkehrsbetrieben übergeben, die sich dann selbst kontrollierte – nicht ausreichend allerdings. Dass im Haus an der Baugrube das Stadtgedächtnis lagerte und die Bauarbeiten deshalb besondere Sorgfalt verlangten, das interessierte offenbar nicht.

Nun mischte sich die Empörung über den Einsturz des Archivs mit dem Unmut über den Gesamtzustand der Kölner Kulturpolitik zu einer Bürgerbewegung, die unter dem Motto „Mut zu Kultur“ begann, Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Schauspielhausabriss zu sammeln. Der Denkmalschutz und die Qualität von Riphahns Gebäude waren Thema, das aber stark wurde durch die allgemeine Empörung. Zugleich legte die Initiative ganz praktische Pläne und Kostenschätzungen für eine Sanierung vor. Beim Rosenmontagszug 2010 fuhr dann ein Wagen mit, den der Künstler Merlin Bauer konzipiert hatte und dem er das ironische Motto „Ihr seid Künstler und wir nicht“ gab, das mit der kölschen Eigenart spielte, immer zu allem ein Urteil abgeben zu können, ganz gleich, ob man sich auskennt oder nicht.

Am Rosenmontag gelang der Coup urkölsche Protestformen, die längst zur bloßen Unterhaltung mutiert sind, für die Opposition gegen die herrschende Katastrophe zu reaktivieren und die Rebellion weit in die Bevölkerung zu tragen. Auf dem Wagen schüttelten Gerhard Richter und Sigmar Polke die Köpfe über den Eiertanz ums Schauspielhaus und Intendantin Karin Beier, die selbst gegen den Abriss protestiert hatte, führte als „Freiheit“ nach dem Vorbild von Delacroix' berühmten Gemälde das Volk an (Abb. 5). Und ein bitterböses Schmähdied persiflierte die Bräsigkeit, mit der die Kölner Entscheidungsträger Meinungen als Urteile verkauften und sich ansonsten einer Debatte zu entziehen suchten. Sogar Mottoschals und Wurf-Schokoladen mit Schauspielhaus-Motiv gab es für den seltsamen Karnevalsauftritt, zudem Schaukästen in Kneipen und Aktionen mit den Fans des 1. FC Köln. Nachdem 50.000 Unterschriften gesammelt waren und sich damit weit mehr Bürger als nötig für ein Bürgerbegehren gegen den Abriss ausgesprochen hatten, machte der Rat der Stadt das Begehren auch zu seiner Sache und entschied sich am 13. April 2010 für eine Sanierung und den Erhalt



Abb. 5 Merlin Bauers Wagen für den Rosenmontagszug vor dem Schauspielhaus in Köln. Darauf Figuren der Künstler Gerhard Richter und Sigmar Polke und der Intendantin Karin Beyer.

des denkmalgeschützten Schauspielhauses. Dieser Fall in seiner ganzen Komplexität ist kaum übertragbar. Aber ohne die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit durch kreative, ungewöhnliche und dadurch medienwirksame Aktionen wäre das Schauspiel abgerissen worden und auch die Bonner Beethovenhalle. Die Politik, vor allem auf lokaler Ebene ist zwar legitimiert, aber meist nicht qualifiziert, Entscheidungen in Sachen Denkmalschutz zu fällen. Unter dem wirtschaftlichen Druck, dem die Kommunen ausgesetzt sind, fällt es schwer, sich den Versuchungen ökonomisch vielversprechender Projekte zu verweigern, auch wenn dafür Denkmale geopfert werden. Jüngstes Beispiel für das Desinteresse der Politik ist der Ministerentscheid des damaligen nordrhein-westfälischen Bauministers Harry K. Voigtberger (SPD). Der ignorierte Mitte 2012 einfach den Sachverstand seiner eigenen Denkmalbehörde und urteilte auf der Grundlage eines Ingenieurgutachtens, dass der Düsseldorfer Tausendfüßler, eine Hochstraße der Nachkriegszeit, nach einer nötigen Sanierung keinen Denkmalwert mehr habe. Es scheint, dass Denkmale engagierte Anwälte und große Öffentlichkeit brauchen, um die Launen ihrer obersten Hüter zu überleben.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1 Wolfgang Kirschbaum 2011; Abb. 2, 4, 5: Merlin Bauer/VG Bild-Kunst Bonn, 2013; Abb. 3: Raimond Spekking/CC-BY-SA-3.0 (via Wikimedia Commons).

## Werte darstellen – Denkmalpflege und Öffentlichkeitsarbeit

KRISTINA SASSENSCHEIDT

Als ich vor über fünf Jahren im Denkmalschutzamt Hamburg antrat, um hier die Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen, bekam ich zunächst das Gefühl, völlig überflüssig zu sein: Fast alle im Amt waren bereits laufend mit Öffentlichkeitsarbeit zugange – sei es die Verwaltung, die regelmäßig Bürgeranfragen beantwortete, die Bibliothekarin, die Recherchen betreute, die Inventarisatorin, die Fachauskünfte gab und mindestens ein oder zwei Publikationen im Jahr herausbrachte, und nicht zuletzt die Gebietsreferenten, die von morgens bis abends ihren Bauherren erklärten, was die Denkmalpflege von ihnen will. Und auch Presseanfragen wurden (meistens) beantwortet, in der Regel kamen sie allerdings nur zu Krisen-Themen. Warum also noch jemand extra für Öffentlichkeitsarbeit – als gäbe es nicht genug anderes zu tun?

Die Arbeit in der Denkmalpflege hat natürlich fast immer mit Vermittlung zu tun, unabhängig vom jeweiligen Aufgabenprofil, und jeder Mitarbeiter betreibt in der Beantwortung fachlicher Fragen und als Vertreter des Amtes nach außen einen wichtigen Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Aber leider wird die personelle Ausstattung der Landesdenkmalämter niemals ausreichen, jedem Bürger einen Gebietsreferenten vorbeizuschicken, um ihn im persönlichen Gespräch über die Vorzüge der Denkmalpflege aufzuklären. Auch liest (zumindest noch) nicht jeder Bürger oder Politiker unsere fachlichen Publikationen. Und auch Pressearbeit funktioniert nicht, solange sie defensiv betrieben und eigentlich nur als Belastung wahrgenommen wird. Man kommt also nicht daran vorbei, eigene Verantwortungsbereiche für Denkmal-Vermittlung zu schaffen.

Es soll in diesem Beitrag jedoch nicht nur darum gehen, warum eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Denkmalpflege unverzichtbar ist, denn das wurde schon mehrfach hinreichend dargelegt (sehr prägnant zum Beispiel durch Georg Skalecki in dem Beitrag „Die Pflicht des Denkmalpflegers zur Öffentlichkeitsarbeit“<sup>1</sup>). Es soll vielmehr um die Frage gehen, wie eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit für die Denkmalpflege funktionieren kann, und dabei liegt die Betonung auf „professionell“, also empfängerorientiert, systematisch, kontinuierlich, vernetzt und immer wieder auf der Suche nach möglichen Verbesserungen, die mit der immer schnelleren Weiterentwicklung der Kommunikationsformen halbwegs Schritt halten können. Und auf der Überzeugung basierend, dass effektive Vermittlungsarbeit kein einseitiger Vortrag vom Fachmann zum Laien ist, sondern ein vertrauensvoller Dialog auf Augenhöhe.

### Öffentlichkeitsarbeit – was ist das eigentlich?

Öffentlichkeitsarbeit kommt vom englischen „public relations“ (PR, deutsch: „öffentliche Beziehungen“). Das heißt, es geht um die „gezielte und planvolle Gestaltung der Beziehung zwischen der eigenen Organisation und der Öffentlichkeit“<sup>2</sup>. Oder noch konkreter: „Öffentlichkeitsarbeit bezeichnet die operative Ebene, für die die Presse- und Medienarbeit als Kerndisziplin gilt.“<sup>3</sup> Medienarbeit bildet insofern einen Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit,

und das nicht ohne Grund: Die Medien – klassische, aber zunehmend „Neue Medien“ – haben heutzutage eine ungeheure Macht. Die meisten Menschen informieren sich nahezu ausschließlich über sie und bilden sich darüber ihre politische Meinung. Und eine Institution, die nicht das öffentliche Wohlwollen oder zumindest eine politische Legitimation genießt (die wiederum vom öffentlichen Wohlwollen abhängt), kann auf Dauer weder Entscheidungen durchsetzen, noch um öffentliche Ressourcen konkurrieren noch überhaupt Bestand haben. Der Urvater der modernen PR, Edward Bernays, konstatierte dazu schon 1928: „So wie unsere Gesellschaft heute organisiert ist, kann kein größeres Vorhaben ohne öffentliche Zustimmung gelingen. Auch eine lobenswerte Unternehmung ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie sich der Öffentlichkeit nicht mitteilt.“<sup>4</sup> Die Denkmalpflege hat das am eigenen Leib gespürt, als mit ihrer Beliebtheit rund um das Denkmalschutzjahr eine immense Personalaufstockung einherging, die jedoch bis 1973 wieder kontinuierlich zurückgefahren beziehungsweise durch den anwachsenden Denkmalbestand relativiert wurde.

### Nur gründliche Analyse ermöglicht zielgruppengerechte Kommunikation.

Jede gute Denkmalsanierung erfordert eine genaue Kenntnis der Bausubstanz und ihrer Schäden – und genauso ist eine gründliche Analyse der Situation und eine Klärung der eigenen Ziele auch die unverzichtbare Basis für jede erfolgreiche Vermittlungsarbeit. Auf diese ist die Strategie aufzubauen, um die Kommunikations-Maßnahmen genau auf seine Ziele und Zielgruppen auszurichten – und nicht einfach nur, weil man bestimmte Maßnahmen gewohnt ist oder gerade für zukunftsweisend hält. Es ist daher ebenso wenig zielführend, den Schwerpunkt der denkmalpflegerischen Vermittlungsarbeit auf Fachpublikationen zu legen, „weil man das immer so gemacht hat“, wie ohne Kenntnis der Zielgruppe und ihrer Bedürfnisse Newsletter zu verschicken oder Facebook-Seiten anzulegen, nur weil man „auch mal was mit Neuen Medien“ machen will. Gerade in der Denkmalpflege, wo die Kapazitäten chronisch knapp sind, sollte jede Aktivität strategisch begründet und nach Prioritäten geordnet sein.

Bevor ich auf die konkreten Vermittlungs-Aktivitäten des Hamburger Denkmalschutzamtes eingehe, möchte ich im Folgenden zunächst ein paar kurze Thesen zu den grundsätzlichen Problemen und Potenzialen der Denkmalvermittlung formulieren.

### Wenige Menschen wissen wirklich, was die Denkmalpflege macht, dabei besitzt sie großes Vermittlungspotenzial!

Obwohl die staatliche Denkmalpflege schon lange gesetzlich verankert ist, herrscht bis heute eine breite Unkenntnis darüber, wieso es sie gibt und nach welchen Kriterien sie handelt. Das betrifft den Großteil der Bevölkerung, ebenso wie die meisten Journalisten und Politiker, die die Aktivitäten der Denkmalpflege kommentieren beziehungsweise beeinflussen. Das ist ebenso tragisch wie unnötig, denn die Denkmalpflege hat einen großen Fundus an Erfahrungen und Kenntnissen, die täglich



Abb. 1 Am besten vermittelt sich immer noch das Denkmal selbst. Der Denkmalstammtisch besichtigt eine gerade fertig sanierte Privatvilla.

angewendet werden, und in ihren Archiven einen riesigen Schatz an historischen Informationen in Texten und Bildern. Und vor allem besitzt die Denkmalpflege ein immenses Vermittlungspotenzial in Form der Denkmäler selbst, das noch viel mehr genutzt werden könnte:

- **Bildkraft:** Der alte Spruch „Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte“ trifft auch für Denkmäler zu. Gerade historische Bilder besitzen eine enorme Anziehungskraft und damit ein Erzähl-Potenzial für eine breite Öffentlichkeit (man denke nur an die Beliebtheit von „Damals-Heute“-Gegenüberstellungen) – dennoch fristen die meisten Bildarchive ein Schattendasein.
- **Materialität:** Baugeschichte kann man ebenso wie abstraktere theoretische Zusammenhänge vor Ort am konkreten Denkmal sinnlich erlebbar und damit verständlich machen. Neben klassischen Gebäudeführungen sind viele weitere Formen der Baugeschichtsvermittlung über Kulturveranstaltungen möglich, die Menschen zu den Denkmälern bringen und ihnen neue Zugänge anbieten (siehe unten).
- **Geschichten:** Jeder Mensch hört gerne Geschichten. Davon besitzt jedes Denkmal eine Vielzahl, und die Kunst besteht darin, sie lebendig zu erzählen, zum Beispiel über Zeitzeugen und ihre persönlichen Erinnerungen.
- **Emotionen:** Kaum ein Thema bewegt den Bürger so sehr wie seine gebaute Umwelt, seine Heimat. Indem man zusätzliche Bezüge zur Geschichte der Menschen aufzeigt, erregt man Interesse und schafft persönliche Betroffenheit („Diese Gebäude zeigen, wie es hier mal aussah, als Eppendorf noch ein wirkliches Dorf war [Abb. 1].“)

**Die meisten Vorurteile gegenüber der Denkmalpflege sind ebenso unreflektiert wie hartnäckig – umso besser muss man seine Gegenargumente kennen und platzieren.**

„Ein Denkmal muss schön oder zumindest alt sein“, „Denkmalpflege kostet nur“, „Man darf gar nichts mehr verändern“ – das Bild von Denkmalpflege ist in vielen Köpfen immer noch erschreckend verzerrt. Allen Vorurteilen jedoch lassen sich überzeugende Argumente und Beispiele entgegensetzen, die vorzutragen man niemals müde werden darf! Idealerweise hält man für jedes Vorurteil die dazugehörigen Gegenbotschaften bereit („Denkmalpflege bringt Steuervorteile/hat eine große volkswirtschaftliche Bedeutung als Tourismus- und Standortfaktor“ et cetera) und platziert sie bei jeder geeigneten Gelegenheit, ob bei der Pressearbeit, in Grußworten, Publikationsbeiträgen oder in Gesprächen – schlichtweg in jedem Austausch mit der Öffentlichkeit.

**Denkmal-Inhalte werden oft in wissenschaftlicher Sprache versteckt und könnten sonst viel mehr Menschen erreichen!**

Die meisten Denkmalgutachten, Topografien und sonstigen Denkmal-Publikationen sind optisch, aber vor allem auch sprachlich (angeblich) an einem kleinen Fachpublikum orientiert. Fachliche Leserschaft ist es zwar gewohnt, mit Fremdwörtern und Schachtelsätzen umzugehen, aber sie wäre vermutlich genauso dankbar für einfach formulierte, präzise Aussagen oder gar Bilder zur Veranschaulichung wie jeder andere Leser. Oder, um es mit Georg Skalecki zu sagen: „Thesen werden nicht wissenschaftlicher, wenn man sie kompliziert darstellt“<sup>5</sup>. Ein sehr empfehlenswertes, weil sowohl höchst unterhaltsames als auch lehrreiches Buch zu diesem Thema heißt „Deutsch fürs Leben“<sup>6</sup> von Wolf Schneider, und es sollte eigentlich in jeder Behörden-Bibliothek verfügbar sein!

**Die Denkmalpflege ist häufig Sand im Getriebe kurzlebiger Stadtentwicklungs-Interessen und braucht daher dringend Partner.**

Die Denkmalpflege ist chronisch unterbesetzt und in ihrer Kommunikation durch politische Abhängigkeiten eingeschränkt. Gleichzeitig ist sie oft die einzige Stimme innerhalb der öffentlichen Verwaltung, die sich gegen spekulative Immobilienverkäufe, das Stadtbild schädigende Aufstockungen oder sonstige Gefahren für die Baukultur erhebt. Umso wichtiger ist es, Bürger, Verbände und Politik im Rahmen einer systematischen Lobbyarbeit kontinuierlich zu informieren und wo nötig und möglich Allianzen zu bilden. So ist zum Beispiel das Handwerk ein wesentlicher Profiteur der Denkmalpflege und könnte daher noch viel mehr als Fürsprecher aktiviert werden! Breitenwirksame Veranstaltungen wie der „Tag des offenen Denkmals“ machen nicht nur Tausende von Denkmaleigentümern zu Multiplikatoren bei der Vermittlungsarbeit, sondern stiften auch wichtige neue Netzwerke. Aber auch in der täglichen Arbeit sind bürgerschaftliche Initiativen für Denkmalerhaltung nach Kräften zu unterstützen und Partner oder gar Komplizen zu gewinnen, wo es nur geht. Nur eine breite öffentliche Unterstützung kann auch die Politik dazu bewegen, denkmalpflegerische Anliegen ernst zu nehmen.

**Behörden haben ein Glaubwürdigkeitsproblem – umso überzeugender ist es, Dritte für sich sprechen zu lassen.**

Dieses Waschmittel wäscht weißer als alle anderen – das glaubt heute kein Mensch mehr. Klassische Reklame ist daher schon lange out, gute PR bedeutet, andere für sich sprechen zu lassen. Aus demselben Grund funktioniert es aber auch nicht, Denkmal-Botschaften über staatliche Pressemeldungen zu verkünden oder auf andere Art „von oben herab“ zu vermitteln. Niemand lässt sich gerne eine Meinung vorschreiben! Viel mehr Vertrauen schafft es, andere für sich sprechen zu lassen – seien es Architekten- oder Handwerksverbände, zufriedene Eigentümer oder einfach Vertreter der Denkmal-Lobby. Dabei lohnt es sich oft, schwierige Themen möglichst frühzeitig und offensiv zu kommunizieren, denn die ersten Aussagen zu einem Thema beeinflussen die Mehrheitsmeinung erwiesenermaßen am effektivsten. Und es ist unverzichtbar, vertrauensvolle Partnerschaften mit Journalisten aufzubauen, und sich durch frühzeitige Informationsflüsse deren langfristige Unterstützung zu sichern (Abb. 2).

Und abschließend: Die Denkmal-Materie wird immer komplex bleiben, und die Denkmalpflege ist damit ein Stück weit zu einem Hauptwohnsitz im Elfenbeinturm verdammt. Sie sollte jedoch nie aufhören, daraus herabzusteigen und empfängerorientierte Vermittlungs- und Dialog-Angebote zu machen. Die Gesellschaft wird es ihr danken.

**Von der Theorie zur Praxis:**

**Welche Öffentlichkeitsarbeit betreibt das Denkmalschutzamt Hamburg?**

Ein Filmabend in einem historischen Mausoleum, ein Schlagzeugkonzert auf Wärmedämmung – Denkmalvermittlung heißt in Hamburg inzwischen weit mehr als die Herausgabe von Fachpublikationen. Im Zeitalter von „Eventisierung“ und Informationsflut wird mit zunehmendem Einsatz um die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit geworben. Das Denkmalschutzamt Hamburg spricht seine Zielgruppen seit einigen Jahren über verschiedene Formate an: Neben dem bewährten, aber stark erweiterten Instrument des „Tags des offenen Denkmals“ gibt es das exklusivere Format des „Denkmalsalons“ mit Vorträgen und Diskussionen und den monatlichen, eher informellen „Denkmalstammtisch“ mit Denkmalführungen und Kneipengesprächen. Zudem werden über eine kontinuierliche Pressearbeit, insbesondere mithilfe der lokalen Medien, regelmäßig Denkmalthemen positiv und bei kontroversen Inhalten nach Möglichkeit offensiv auf die Hamburger Themenagenda gesetzt. Ein Kulturprogramm zum Tag des offenen Denkmals setzt mit Illuminationen, Konzerten und Filmabenden Denkmäler neu in Szene und schafft Zugänge auch für jüngere, nicht fachlich geprägte Zielgruppen (Abb. 3). Das nachfolgende PR-Konzept zeigt, inwiefern Analyse und Maßnahmen aufeinander aufgebaut sind.

**Ausgangsposition**

Das Denkmalschutzamt Hamburg bewahrt das baukulturelle Erbe der Stadt. Entscheidend ist dabei der gelungene Vermittlungsprozess,



Abb. 2 So macht Pressearbeit Spaß: Glückliche Eigentümer loben die Denkmalpflege im Lokalteil der regionalen Zeitung.

um Vorbehalte gegenüber dieser staatlichen Aufgabe aus der Welt zu räumen, ein größeres Bewusstsein für die zu erhaltenden Werte zu schaffen und erfolgreiche Perspektiven für Denkmäler zu entwickeln. Sowohl Denkmaleigentümern als auch der breiten Öffentlichkeit muss daher immer wieder anschaulich vermittelt werden, welchen Wert ihre historische Umwelt und die Arbeit der Denkmalpflege hat. Die größten Probleme und Potenziale bei dieser Aufgabe sind oben bereits ausführlich erläutert worden.



Abb. 3 Klassische Konzerte im Römischen Garten erinnern zum Denkmaltag an die kulturellen Aufführungen, die hier schon in den 1920er Jahren stattfanden.



Abb. 4 Die Gruppe „A WALL IS A SCREEN“ zeigt bei seinen abendlichen Kurzfilm-Rundgängen zum Tag des offenen Denkmals historische Filme, die die Geschichte der jeweiligen Orte wieder aufleben lassen.

**Die wichtigsten Kommunikationsziele sind:**

- eine positive Wahrnehmung bei Politik und Öffentlichkeit, Wissensvermittlung und Bewusstseinsbildung,
- eine erhöhte Akzeptanz bei Bauherren, vor allem durch Service- und Informationsangebote,
- verstärkte Vernetzung unter „Denkmalfreunden“ und in der Kulturszene,
- neue Partner beispielsweise aus Handwerk und Wirtschaft,
- ein aktives Bürgerengagement (Initiativen, Fördervereine),
- „Das Denkmal als Marke“ (= Image- und Wertewandel).

**Als wichtigste Zielgruppen gelten:**

- „Fachöffentlichkeit“, sprich Kundschaft wie Bauherren/Architekten, das Handwerk oder kommunale und kirchliche Partner,
- Medienvertreter als Multiplikatoren zur Politik, zur Fach- und breiten Öffentlichkeit,
- Interne: Behördenleitung, Arbeitsebenen innerhalb der Verwaltung.

**Daraus ergeben sich die nachfolgenden Maßnahmen:**

Pressearbeit:

- Beantwortung von Anfragen,
- Regelmäßige Kontaktpflege mit Journalisten,
- Strategische Pressearbeit (Positive Berichte ebenso wie „Krisen-PR“),
- Pressemitteilungen (für Terminankündigungen oder ähnliches),
- Pressebeobachtung, Pressebrett, Pressearchiv.

Veranstaltungsorganisation:

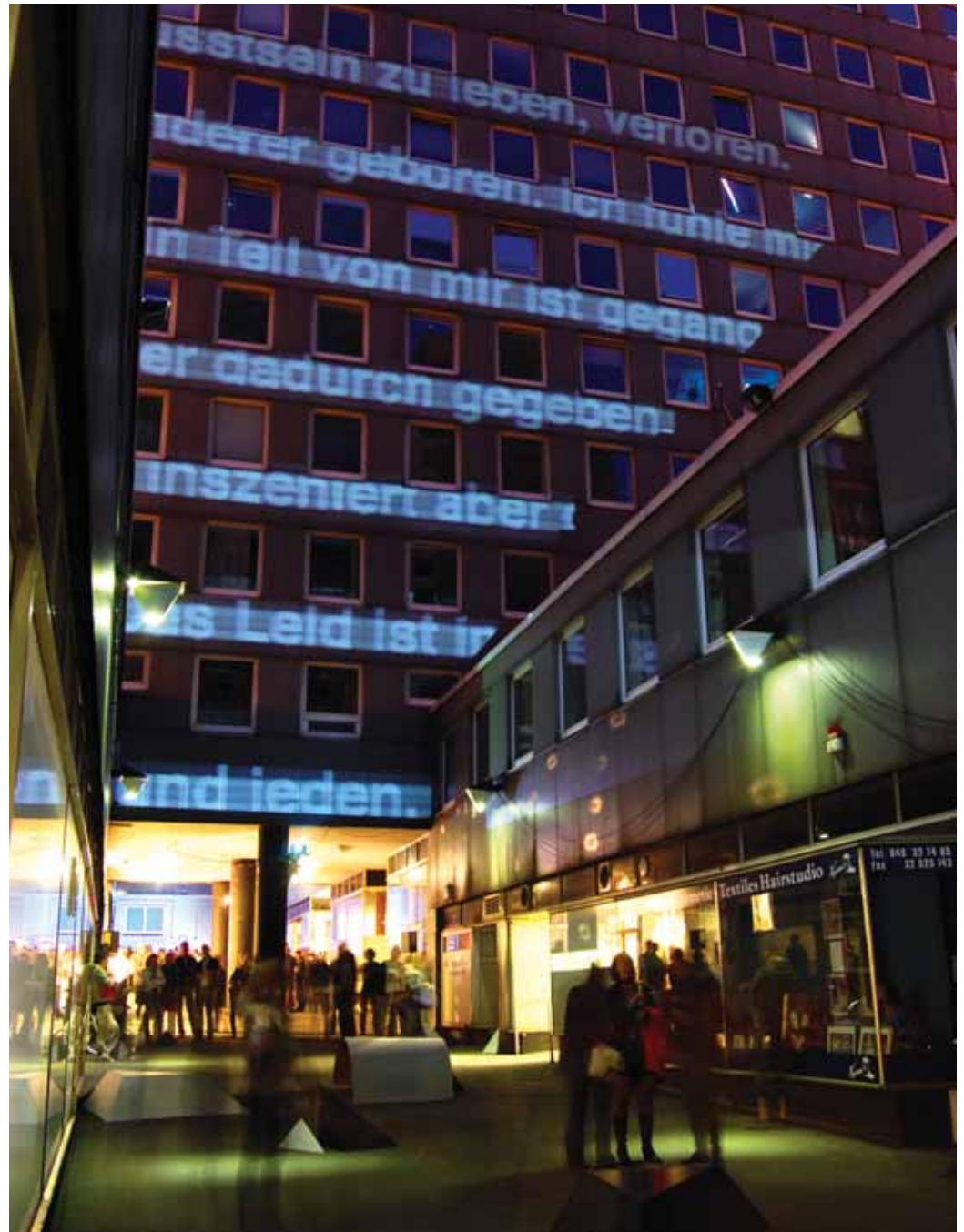
- „Tag des offenen Denkmals“ mit Kulturprogramm und Familienangeboten,
- „Denkmalsalon“ (3–4 mal im Jahr),
- „Denkmalstammtisch“ (monatlich),
- Verleihung des „Hamburger Fassadenpreises“ (alle zwei Jahre),
- Vernetzung (über Veranstaltungsplattformen, als Ansprechpartner bei Veranstaltungen oder durch gemeinsame Veranstaltungen/Ausstellungen),
- mit Bildungsinstitutionen (Hochschulen et cetera),

- mit der Kulturszene (Museen, Off-Kultur et cetera),
- bundesweit bei der AG Öffentlichkeitsarbeit des VdL (Vereinigung der Landesdenkmalpfleger) und des DNK (Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz) sowie
- Verfassen von Redebeiträgen vor allem für die Behördenleitung,
- Veröffentlichungen von Flyern, Info-Blättern oder Praxishilfen,
- Datenbank- und Verteilerpflege,
- Pflege und Optimierung der Homepage-Angebote.

Die Vermittlungserfolge können anhand von messbaren Indikatoren evaluiert werden (sprich qualitativ, quantitativ und zeitlich). Da in der Denkmalpflege keine Verkaufszahlen oder ähnliches vorliegen, kann man dabei Hilfsziele wie Besucherzahlen, Anzahl oder Tonalität der Presseberichte oder der Veröffentlichungen nutzen. Eine systematische Presse-Evaluation wurde bislang nicht vorgenommen, aber der „Tag des offenen Denkmals“ zum Beispiel hat sich hinsichtlich seiner Denkmäler und Besucherzahlen verdreifacht (von ca. 10.000 auf circa 30.000 Besucher), und auch Denkmalsalon und -stammtisch haben ein kontinuierlich wachsendes Publikum (Abb. 4).

Die obige Aufzählung lässt schon erahnen, dass die aktuell bestehende Dreiviertel-Stelle damit gut gefüllt ist, und dass viele weitere Ideen bis heute auf ihre Umsetzung warten müssen. Dazu gehören vor allem systematische Bildungsk Kooperationen mit Schulen und Universitäten, denn dort werden die Werte mitgebildet, auf denen der Denkmalschutz aufbaut. Skandinavische Länder beispielsweise, in denen ästhetische Erziehung schon früh auf dem Lehrplan steht, zeigen, dass Denkmalschutz auch bei den Erwachsenen eine bessere Ausgangsposition hat, wenn ein behutsamer Umgang mit baulichen Qualitäten selbstverständlich ist. Und natürlich brauchen die nachwachsenden Generationen auch andere Formen der Ansprache, daher gewinnen neue Kommunikationskanäle wie die Sozialen Medien auch für die Denkmalpflege zunehmend an Bedeutung. Abschließend sei noch einmal auf den Videobeitrag „Ice Cube Celebrates The Eames“<sup>7</sup> verwiesen, der für eine überraschende und frische Form der Ansprache steht, die inspirierend für unsere tägliche Vermittlungsarbeit sein kann (Abb. 5).

Abb. 5 Kunst-Happening als Denkmalvermittlung: Bei der „LANGEN NACHT DER LECA-PLATTE“ wurde der gleichnamigen, ehemaligen Verkleidung der heute ebenso grau verkleideten wie ungeliebten City-Hof-Hochhäuser gedacht. Über 300 Besucher feierten die vergessene Passage, es gab Gebäudeführungen, Musik, Live-Siebdruck mit Motiven der Nachkriegsmoderne, Tanz-Performance und Illuminationen.



### Anmerkungen

- 1 Skalecki, Georg: Die Pflicht des Denkmalpflegers zur Öffentlichkeitsarbeit. In: Bildung und Denkmalpflege. 78. Tag für Denkmalpflege, Brandenburg an der Havel. Worms 2010. = Forschungen und Beiträge zur Denkmalpflege im Land Brandenburg Bd. 12.
- 2 Plein, Irene; Öffentlichkeitsarbeit in der staatlichen Denkmalpflege. Überblick über die Situation in den Ämtern 2010. In: Bildung und Denkmalpflege. 78. Tag für Denkmalpflege, Brandenburg an der Havel. Worms 2010. = Forschungen und Beiträge zur Denkmalpflege im Land Brandenburg Bd. 12. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de>.
- 3 Edward Bernays: Propaganda. Die Kunst der Public Relations., mit einem Vorwort von Klaus Kocks, orange-press, 3. Auflage 2011.
- 5 Skalecki, Georg: Die Pflicht des Denkmalpflegers zur Öffentlichkeitsarbeit. In: Bildung und Denkmalpflege. 78. Tag für Denkmalpflege, Brandenburg an

- der Havel. Worms 2010. = Forschungen und Beiträge zur Denkmalpflege im Land Brandenburg Bd. 12.
- 6 Schneider, Wolf. Deutsch fürs Leben – Was die Schule zu lehren vergaß. Rowohlt-TB 1994, 17. Auflage 2007.
- 7 [http://www.youtube.com/watch?v=FRWawt\\_ZEQI](http://www.youtube.com/watch?v=FRWawt_ZEQI), <http://www.pacificstandardtime.org/>.

### Abbildungsnachweis

Abb. 1, 3, 4.; Kristina Sassenscheidt; Abb. 2: Hamburger Abendblatt; Abb. 5: René Gabriel.



## Das Denkmal als Produkt – konstruktive Anregungen zur Kommunikation

CHRISTIAN ARNS

Natürlich können Sie Glück haben und Ihre Ausgangssituation der Kommunikation ist besonders komfortabel. Vielleicht haben Sie einen prominenten Rapper an der Hand, der zugleich gelernter Bauzeichner ist und Sie unglaublich gerne unterstützen möchte.<sup>1</sup> Das wäre hilfreich. Vielleicht leben Sie in einer Millionenstadt mit gigantischem Lokalpatriotismus, einer der größten öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten, einem weltweit bekannten Rosenmontagszug und Fußballfans, die sich – wie man dort sagt – für nix fies sind, die also leicht zu motivieren sind. Gemeinsam kämpfen Sie für ein gleichermaßen bekanntes wie schönes Gebäude.<sup>2</sup>

Vielleicht haben Sie aber auch nur einen Zeitvertrag beim Landkreis Ostprignitz-Ruppin und die Aufgabe, den Denkmalschutz in die Märkische Allgemeine oder die Berichterstattung des rbb zu bringen. Wir sind uns dabei bereits einig: Die lokalen und regionalen Medien sind die bestgeeigneten, wenn es um Ihre Anliegen geht.

Sie stellen sich ganz praktisch die Frage, wie Sie das Thema Denkmalschutz in die tagesaktuelle Medienberichterstattung bekommen. Das Thema wäre also, wie Wikipedia Außenstehenden wie mir verrät, das angestrebte „Ziel, Denkmale dauerhaft zu erhalten. Dem kulturellen Erbe einer Gesellschaft kann die Funktion zukommen, anhand dinglicher und sinnlich wahrnehmbarer historischer Zeugnisse über die Geschichte der Gesellschaft zu informieren und somit ein lebendiges Bild der Baukunst und Lebensweise vergangener Zeiten zu erhalten“.<sup>3</sup>

Das soll so in die Medien? In die Backnanger Kreiszeitung oder den Zollern-Alb-Kurier, die Roth-Hilpoltsteiner Volkszeitung oder die Online-Ausgabe der Rhein-Neckar-Zeitung, in die Berichterstattung von Radio Kiepenkerl oder Antenne Bad Kreuznach? Um es deutlich zu sagen: Das wird nichts! Sie kommen dort mit dem Thema Denkmalschutz nicht in den redaktionellen Teil.

Schade.

Oder sogar gemein? Andere sind doch auch drin! Das Thema Fußball zum Beispiel. Im Moment sind die Medien mal wieder rappellvoll davon.<sup>4</sup> Aber finden wir dort das „Thema Fußball“?

Lassen Sie uns noch einmal sehen, was Wikipedia zum Thema Fußball zu sagen hat: „Fußball ist eine Ballsportart, bei der zwei Mannschaften mit dem Ziel gegeneinander antreten, mehr Tore als der Gegner zu erzielen und so das Spiel zu gewinnen. Die Spielzeit ist üblicherweise 2 mal 45 Minuten (exklusive Nachspielzeit und eventuell Verlängerung), jedoch gibt es auch Variationen, bei der die Spielzeit kürzer ist. [...] Fußball entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Großbritannien und breitete sich ab den 1880er und 1890er Jahren in Kontinentaleuropa und anderen Kontinenten aus und gilt mittlerweile als weltweit beliebteste Mannschaftssportart.“<sup>5</sup>

Ich habe heute mal in unterschiedlichen Medien nachgesehen. Das steht da nicht. Nirgends. In den Zeitungen nicht, in einer Special-Interest-Zeitschrift nicht, online auch nicht. Das „Thema Fußball“ ist nicht drin.

Dafür schreiben die Journalisten über den Sieg der Ukraine

über Schweden, über die Kritik von Mehmet Scholl an Mario Gomez, die Nervosität der deutschen Nationalmannschaft vor dem Spiel gegen Holland, über die Physiognomie diverser Lebensgefährtinnen der Spieler sowie über Fans, Trainer und sonstige Beteiligte.

Lassen Sie uns einmal kurz nachdenken und mutmaßen: Das 2:1 der Ukraine ist vermutlich auf manch einer Titelseite<sup>6</sup>, weil es sich um eine Neuigkeit handelt. Die sarkastisch formulierte Sorge von Mehmet Scholl im ZDF, er habe überlegt, ob sich Mittelstürmer Mario Gomez im Spiel gegen Portugal wundgelegen habe und gewendet werden müsse, das ist zusammen mit den Reaktionen darauf ein Konflikt, wie er im Buche steht. Dieser Zoff füllt die Blätter.<sup>7</sup> Das anstehende Spiel der DFB-Elf gegen die Niederlande weckt Emotionen, die ausführlich erörtert werden.<sup>8</sup>

Berichte über mitgereiste deutsche Fans, über die noch nicht eingesetzten Spieler oder auch den Koch<sup>9</sup> der deutschen Nationalmannschaft leben neben den Emotionen von ihrer starken Personalisierung. Und in der Berichterstattung über die Partnerinnen der Fußballer wird erkennbar auf Sexualität angespielt, wie die beiden Bildunterschriften „Hingucker Lena Gercke, die attraktive Freundin des Real-Spielers Sami Khedira“<sup>10</sup> und „So sexy kann Fußball sein. Wir zeigen die heißen Kicker-Frauen von Ronaldo und Co.“<sup>11</sup> belegen.

Ungewöhnlich ist das alles nicht – diese Kriterien kennen wir aus der Medienberichterstattung. Diese vielfach retrospektiv nachgewiesenen Auswahlgründe werden als Nachrichtenfaktoren<sup>12</sup> bezeichnet: Ist etwas neu? Ist eine Sichtweise umstritten? Ist das Ereignis an einer Einzelperson darzustellen? Werden Emotionen transportiert oder gar – mehr oder weniger offen – auf Geschlechtlichkeit angespielt? Ist ein Thema en vogue, erfährt es also ohnehin gerade eine Medienkarriere?

Eins der wichtigsten Kriterien fehlte sogar bei den eben genannten Fußball-Beispielen: Betrifft eine Neuigkeit die Nutzerinnen und Nutzer des Mediums direkt? Hat die Nachricht Auswirkungen auf das Publikum? Das ist die Frage nach der Relevanz. Wann immer dieser Nachrichtenfaktor in einer Geschichte steckt, wird sie gerne von den Medien aufgegriffen.

Jetzt sind Sie dran: Das ist künftig Ihre Suche!

Durchforsten Sie Ihr Arbeitsgebiet, Ihren Zuständigkeitsbereich, Ihr persönliches Wissen daraufhin, welche Geschichten Neues bieten und wo etwas – möglichst heftig – umstritten ist, suchen Sie nach Geschichten, die emotional sind oder sogar auf Sexualität anspielen, in denen Sie anderen Menschen einzelne Personen näher bringen können, in denen es also menschelt. Tauchen Promis auf oder ist das Publikum sogar unmittelbar betroffen? Ich bin sicher, dass Sie vieles finden werden.

Wenn Sie beim besten Willen nichts Derartiges auftreiben können – dann lassen Sie das mit den Medien. Das wird nichts.

Doch das glaube ich nicht. Ich bin ganz sicher, dass in dem, womit Sie tagtäglich zu tun haben, viele, viele kleine und große Geschichten drin stecken. Wenn ich eben aus Wikipedia zitiert habe,

dass es bei Ihrer Arbeit um die „Geschichte der Gesellschaft“ geht, dann müssen da doch auch Geschichten einzelner Menschen drin stecken. Dozieren Sie nicht, DASS irgendwo Geschichte drin steckt – erzählen Sie diese. Wenn Sie doch die „Lebensweisen vergangener Zeiten“ dokumentiert sehen wollen, dann erzählen Sie uns von diesen Lebensweisen. Da gab es doch garantiert auch Männer und Frauen ... und Sexualität...!

Es heißt, Denkmale könnten ein „lebendiges Bild der Baukunst“ zeichnen – dann tun Sie das halt. Zeichnen Sie dieses Bild und erwecken Sie es zum Leben. Da tauchen doch garantiert Prominente auf, seien es Herrscher, Gönner oder Künstler, auch wenn die lange tot sind. Wenn das Ganze angeblich „sinnlich wahrnehmbar“ ist, dann lösen Sie im Gespräch mit den Journalisten Emotionen aus: Was genau ist daran bitte sinnlich? Diese Frage müssen Sie vor Ort und spürbar beantworten.

Erzählen Sie die Geschichte, was in dieser oder jener Zeit los war, was dieses konkrete Baudenkmal mit dem Leben in dieser Zeit machte, welche Bedeutung es für den Alltag normaler Menschen hatte. Lassen Sie Journalisten in die jeweilige Epoche eintauchen und dann wieder vor diesem Gebäude stehen. Manchen Stadtführern gelingt genau das – übrigens sind das die, die mit Abstand am meisten Trinkgeld bekommen. Wir alle lassen uns gerne Geschichten erzählen. Für Journalisten gilt das ganz genau so.

Zwei Beispiele, eins vom Fußball, eins aus dem Denkmalschutz:

Beispiel 1: In der Berichterstattung rund um die gerade stattfindende Fußball-Europameisterschaft hat der Tagesspiegel auch eine Rubrik mit netten Erzählungen. Im wiederkehrenden Vorspann heißt es: „Kleine Geschichten von einem großen Turnier. Wäre doch schade, wir hätten sie nicht aufgeschrieben.“<sup>13</sup> Sie sehen: auch Journalisten sprechen von Geschichten.

Beispiel Nummer 2 ist ein junger Historiker in Lettlands Hauptstadt Riga. Er nennt sich „Alexander der Kleine“ und zeigt Touristen die weniger herausgeputzten Teile der Stadt. So zeigt er sechsstöckige Wohngebäude aus den frühen 1960er Jahren, allesamt nicht mehr so richtig schick. Diese auf Weisung der damaligen Sowjet-Regierung errichteten Häuser haben keine Fahrstühle, erzählt er, daher hätten sie bei den Menschen seit jeher den Spitznamen „Chruschtschows Fitness-Center“. Die Geschichte ist nicht überragend, aber sie ist nett. Ich habe sie mir gerne angehört. Hätte mir danach jemand erzählt, dass da jemand Aufzüge reinbauen will, wäre ich natürlich empört gewesen: Ins Fitness-Center von Nikita Sergejewitsch Chruschtschow gehören doch keine Fahrstühle!

Missverstehen Sie mich bitte nicht: Der junge Stadtführer kämpft gar nicht für den Denkmalschutz, mir wäre auch nie der Gedanke „Oho, es geht um das Thema Denkmalschutz“ durch den Kopf geschossen. Er hat nur eine Geschichte erzählt – und der fiktive Vorschlag mit den Fahrstühlen wäre geeignet, mir diese Geschichte kaputt zu machen.

Das mag ich nicht.

Das mag niemand.

Ich wäre also gegen den Fahrstuhl-Einbau, damit für den Erhalt des Gebäudes in seinem aktuellen Zustand. Das können Sie nutzen. Wenn Sie Journalistinnen und Journalisten schöne, spannende, originelle oder emotionale, vor allem aber lebendige Geschichten

erzählen, die mit einem Gebäude zusammenhängen, dann läuft jeder Veränderungsvorschlag zu diesem Gebäude Gefahr, als „Geschichten-Kaputtmacher“ daher zu kommen. Sie müssen Erste sein in anstehenden Konflikten, nur so haben Sie eine Chance auf ein Mindestmaß an Deutungshoheit.

Nun mag die Eine stören, dass die konkrete Geschichte mit „Chruschtschows Fitness-Center“ zu banal ist, den Anderen treibt die Sorge um, dass solche Geschichten allgemein zu platt sind und dem großen Ganzen des Denkmalschutzes nicht gerecht werden. Das mag ja sein, aber solche Geschichten sind der Einstieg. Sie sind der Einstieg in Gespräche mit Journalisten – und in deren Verständnis für das, worum es Ihnen geht.

Bisher sieht es doch in der Praxis meist so aus, dass dem Journalisten zunächst irgendwelche Pläne dargelegt werden. Dann wird ihnen die wirtschaftliche Bedeutung erläutert. Ist diese Sichtweise erst verstanden, kommt mit einem Mal der Denkmalschutz daher und will das alles nicht. Oder der Redaktion werden mühsam die Anforderungen des Umweltschutzes näher gebracht – und dann stellen sich die Denkmalschützer quer. So ging es auch mir als Journalist:<sup>14</sup> Immer hatte ich erst etwas von Plänen und plausibel klingenden Konzepten gehört, dann kam der Denkmalschutz um die Ecke, war im Zweifel dagegen und behauptete höchst abstrakt, dass dieses oder jenes so bleiben müsse, da es für Geschichte stehe.

Aus meiner Sicht müssen Sie hier deutlich früher ansetzen! Sie müssen die spannenden Geschichten erzählen, ehe jemand dem Denkmal an den Kragen will. Berichten Sie von Mord und Totschlag im 19. Jahrhundert, schildern Sie das Familiendrama, das sich genau in diesem Gebäude ereignete, oder erklären Sie, was diese genau hier noch erhaltene Bauweise für Auswirkungen auf das Sexualleben der Gründerzeit hatte. Machen Sie es spannend, seien Sie bildhaft, verankern Sie die lebendigen Geschichten als „Kopf-Kino“ in den Köpfen der Journalisten. Damit muss jeder, der hier etwas ändern will, seinerseits in die ungeliebte Rolle des Geschichte(n)-kaputt-Machers.

Das setzt voraus, dass Sie frühzeitig Kontakte herstellen und pflegen. Sie müssen nach und nach zum Informations-Netzwerk der Medien gehören, zum festen Bestandteil des Recherche-Pools werden. Es geht um das Gefühl, dass man sich immer bei ihnen melden kann, wenn man eine interessante, lehrreiche oder auch nur originelle Geschichte benötigt. Hier verbindet sich Expertenwissen mit dem Service-Gedanken: Nennen Sie es „knowledge on demand“, wenn Sie wollen. Auf jeden Fall müssen Sie hier in Vorleistung gehen; Sie investieren in die spätere Sichtweisen-Hoheit.

Um das zu schaffen, sollten Sie sich zunächst die Frage stellen, was Journalisten eigentlich benötigen. Ganz sicher können Sie ständig lokale Beispiele zu Themen brauchen, die gerade bundesweit oder gar international beachtet werden. Zurzeit gibt es beispielsweise in Ägypten erneute Anschläge auf die Kopten. Das lesen Sie auf Seite 1; der Politikteil liefert Informationen über die christliche Minderheit. Sollte es irgendwelche Bezüge zu deren Geschichte in Ihrer Stadt geben, dann wäre genau jetzt der Moment, die Lokalredaktion darauf aufmerksam zu machen. „Die Geschichte aufs Lokale runterbrechen“ nennen das die Journalisten – und sie tun dies gern. Sie könnten ihnen dabei als Experten helfen.

Manche Medien haben regelmäßige Rubriken, die etwas mit

Geschichte zu tun haben. Die heißen „Kalenderblatt“ oder „Heute vor 100 Jahren“ oder so. Glauben Sie, dass diese Rubriken des Journalisten liebstes Kind sind? Natürlich nicht. Trotzdem müssen sie die einmal ins Leben gerufene Idee umsetzen, müssen aus ihrer Sicht völlig veraltete Fakten zwischen ihre mühsam ermittelten Neuigkeiten platzieren. Sollte jemand von Ihnen regelmäßig gute, am besten lebensnahe Geschichten haben, die sich hier reinschreiben lassen – das wäre toll.

Denken Sie an regelmäßig wiederkehrende Ereignisse wie Ostern oder den Tag des offenen Denkmals, denken Sie an Jahrestage<sup>15</sup>, meinetwegen an den Schulbeginn oder den Tag des Ehrenamts: alles mehr oder weniger lästige Pflichtaufgaben der Redaktionen, zu denen man sich Jahr für Jahr etwas Neues einfallen lassen muss. Hier sind Redaktionen für Ansätze dankbar, die quer zum Alt-Eingefahrenen laufen, die neue Sichtweisen ermöglichen und ihnen eine originelle Alternative zu dem bieten, auf das sie mal gerade selbst gekommen wären. Und: Wer mir ein oder zweimal gute Ideen anbietet, den habe ich ab sofort auf dem Schirm. Den rufe ich an, wenn ich selbst zu Themen recherchiere. Geht es künftig „um etwas Altes“, dann frage ich natürlich auch meinen „Experten für altes Zeug“, das ist doch klar.

Wer es gerne etwas wissenschaftlicher hätte: Wenn Sie während Ihrer Arbeit konsequent auch darüber nachdenken, was daran für Medien – aus deren Sicht! – interessant sein könnte, wenn Sie herausfinden, was welche Redaktion benötigt und anschließend Teile Ihrer Arbeit genau darauf ausrichten, diese Bedürfnisse inhaltlich zu befriedigen, dann tragen Sie zur vom Medium gewollten Berichterstattung bei. Sie ermöglichen diese Berichterstattung.

Nimmt der Journalist dies seinerseits zur Kenntnis und bindet Sie künftig in seine Recherchen mit ein, wo immer ihm das inhaltlich zu passen scheint, ermöglicht auch er: Er ermöglicht Ihnen, dass Sie mit Ihren Inhalten die (Medien-) Öffentlichkeit erreichen. Dieses interdependente Verhältnis des geplanten, auf wechselseitige Unterstützung ausgerichteten Gebens und Nehmens wird im kommunikationswissenschaftlichen Intereffikationsmodell abgebildet. Nach diesem ist das Handeln der einen Seite nur „möglich, weil die jeweils andere Seite existiert und mehr oder weniger bereitwillig ‚mitspielt‘.“<sup>16</sup>

Ganz praktisch setzt das zweierlei voraus: Erstens müssen Sie systematisch recherchieren, welche Medien welche Geschichten machen, welche Rubriken haben, welche Plattformen bieten. Dann brauchen Sie die richtigen Ansprechpartner: Wer ist für was zuständig, wer macht welche Geschichten im Fernsehen oder Radio, bei der Lokalzeitung, dem Anzeigenblatt oder dem Online-Forum? Wer ist dort Ressortleiter, also der gestrenge Hüter über den geringen Platz, wer Redakteur mit dem vermutlich höchsten Spezialwissen, wer freier Mitarbeiter? Der Redakteur liebt Hinweise zu festen Rubriken, denn er hat sie zu füllen; der freie Mitarbeiter freut sich über komplette Geschichten, denn wenn er etwas Neues anbieten kann, steigen seine Verdienst-Chancen, wird er doch oft nach gedruckter Zeile oder gesendeter Minute bezahlt.

Zweitens benötigen Sie die Lizenz zum Gespräch. Wenn Sie Teil der Kommunalverwaltung sind, dann wird die Pressestelle

ein Wörtchen mitzureden haben. Das ist übrigens auch richtig so, wie ich Ihnen als ehemaliger Pressesprecher<sup>17</sup> versichern möchte: Wenn aus einer Verwaltung jedes Einzelinteresse und jede Vorliebe ungefiltert an die Medien getragen wird, dann ist nicht nur jede strategische Pressearbeit unmöglich. Letztlich verhindert das auch die überzeugende Führung der Stadtverwaltung oder des Landratsamtes. Im Großen und Ganzen befindet also die Pressestelle völlig zu Recht über die Medienkontakte.

Die Frage ist nur, ob das bei jeder Detailtiefe erforderlich ist. Üblicherweise steigt der Abstimmungsbedarf erheblich, wenn Informationen erstens eigeninitiativ und zweitens schriftlich gegeben werden sollen. Die Pressemitteilung ist insofern häufig mit einem unangenehmen Missverhältnis zwischen internen Freigabeverfahren und inhaltlicher Tiefe verbunden. Günstiger sieht dies bei der telefonischen Antwort auf eine vom Journalisten gestellte Frage aus. Insofern kann Ihr Ziel nur heißen: Provozieren Sie Fragen!

Sollten Sie also Kontakt zu Journalisten haben, können Sie diese durchaus ermuntern, ihre – tunlichst sehr ins Detail gehenden – Fragen an die Pressestelle zu richten; diese wird schon aus Gründen des arbeitsökonomischen Selbstschutzes große Teile an die Fachleute weiterreichen. So etwas gleich an sie zu geben, rettet die Pressestelle vor dem Ertrinken, ist praktisch für die Medien und hilfreich für Sie.

Sie brauchen dabei gar nicht als Akteur aufzutauchen. Ihnen ist das möglicherweise etwas fremd; für Journalisten ist es das Normalste der Welt: Nicht jede Information wird in der Berichterstattung der Quelle zugeschrieben. Vor allem dann, wenn der Informant nicht genannt werden möchte, können Journalisten ein Zitat den diffusen „gut informierten Kreisen“ zuordnen oder eine Info ganz ohne wörtliche Rede und damit ohne jeden Quellenhinweis verwenden. Weisen Sie Ihre Gesprächspartner also kurzerhand darauf hin, dass Sie nicht namentlich genannt werden wollen. Das ist völlig normal. Bei vielen hat sich dafür die Formulierung „unter 2“ etabliert – ein Verweis auf den zweiten Spiegelstrich in Paragraph 16, Absatz 1 der Satzung der Bundespressekonferenz e.V.<sup>18</sup> Dieser Passus regelt, wie mit Zitaten umgegangen wird: offen, ohne Nennung der Quelle oder vertraulich.<sup>19</sup>

Natürlich funktioniert dieses System nur so lange, wie es nicht gegen die Interessen der Verwaltungsspitze läuft. Sie sollten also nicht mit einer offenen Kritik am Bürgermeister oder dem Landrat zitiert werden. Aber: Wenn Ihre Erklärungen einem Journalisten dabei helfen zu verstehen, wie intensiv und vielschichtig man sich innerhalb einer Verwaltung aller möglichen Aspekte annimmt, ehe man entscheidet, dann ist das doch schick.

Das ist ein durchaus charmantes Ziel: Journalisten kennen viele spannende und originelle Geschichten von Ihnen, daher rufen sie auch ihrerseits mal an. Gemeinsam sorgen Sie dafür, dass Erzählenswertes aus der Geschichte Ihrer Region zum Leben erweckt wird und dass diese Geschichten ganz selbstverständlich und öffentlich mit in der Waagschale liegen, wenn es etwas zu entscheiden gibt. – Ach so, retrospektiv werden Sie übrigens feststellen, dass das Thema Denkmalschutz in den Medien war. Mein eingangs geäußelter Pessimismus war also unbegründet.

**Anmerkungen**

- 1 Kristina Sassenscheidt zeigte in ihrem bemerkenswerten Vortrag einen kurzen Clip des Rappers Ice Cube und berichtete, dass dieser gelernter Bauzeichner ist.
- 2 Dr. Jörg Biesler vom WDR berichtete bei der Jahrestagung von der Rettung des Kölner Opernhauses dank prominenter und vielfältiger Unterstützung.
- 3 Stichwort „Denkmalschutz“ bei wikipedia.org, Stand 18. Juni 2012.
- 4 Zum Zeitpunkt der Jahrestagung fand die Vorrunde der Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine statt; die Begegnung Deutschland – Niederlande stand unmittelbar bevor.
- 5 Stichwort „Fußball“ bei wikipedia.org, Stand 18. Juni 2012.
- 6 Für viele Tageszeitungen beispielhaft Der Tagesspiegel (Berlin) und die Berliner Morgenpost, beide vom 12. Juni 2012.
- 7 Der Tagesspiegel widmet dem Streit am 12. Juni 2012 ein Drittel der Seite 20: „Es kommt wie's kommt“. Etwas kleiner die Berliner Morgenpost am selben Tag auf Seite 23: „Löws Mission steckt voller Überraschungen“ Der kurze Vorspann lautet: „Gomez kontert die Kritik von TV-Experte Scholl souverän.“
- 8 „Der viel zu junge Klassiker“ im Sportmagazin kicker vom 11. Juni 2012, S. 8f.
- 9 Der Tagesspiegel porträtiert Nationalmannschafts-Koch Holger Stromberg am 12. Juni 2012 auf S. 23 unter der Überschrift „Verrückt nach Hausmannskost“.
- 10 Berliner Morgenpost vom 12. Juni 2012, S. 24: „Wirbel um Deutschlands Glücksbringer“.
- 11 <http://www.gmx.net/themen/em-2012/bildergalerien/bilder/1294018-schoensten-spielerfrauen>.
- 12 Galtung, Johan; Ruge, Mari Holmboe: The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Foreign Newspapers. In: Journal of Peace Research, 1965: 64–91.
- 13 Der Tagesspiegel vom 12. Juni 2012, S. 23.
- 14 Ich habe viel Zeit in Lokalredaktionen verbracht: in Marburg (Oberhessische Presse), in Eisenach (Eisenacher Presse), in Bad Tölz (Tölzer Kurier), in Eisenhüttenstadt (Märkische Oderzeitung), in Hanau (Hanauer Anzeiger) und in Berlin (Der Nord-Kurier und taz, die tageszeitung).
- 15 Die Berliner Morgenpost berichtete in ihrer bereits mehrfach zitierten Ausgabe vom 12. Juni 2012 groß auf der Titelseite und fast ganzseitig auf der S. 3 über den 25. Jahrestag der Aufforderung des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan an seinen sowjetischen Amtskollegen Michail Gorbatschow, den Eisernen Vorhang zwischen Ost und West zu öffnen: „Reißen Sie diese Mauer nieder“.
- 16 Bentele, Günter: Intereffikationsmodell. In: Bentele, Günter/ Fröhlich, Romy/ Szyszka, Peter (Hg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Wiesbaden 2008: S. 211.
- 17 Unter anderem habe ich als Pressesprecher für das Bundesministerium der Justiz, das Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt und den Bundeswehr-Kunstwettbewerb „Von Angesicht zu Angesicht“ gearbeitet.
- 18 In der Bundespressekonferenz sind die hauptberuflichen bundespolitischen Berichterstatter der deutschen Medien organisiert.
- 19 <http://www.bundespressekonferenz.de/index.php?option=content&id=89>. Umgangssprachlich ist die Formulierung „Unter 3“ verbreiteter, allerdings hieße dies, dass die Information wirklich nur zum besseren Verständnis gedacht ist und gar nicht in der Berichterstattung verwendet werden soll. Damit wäre Ihnen nicht geholfen. Die meisten Auskunftgeber, die von „Unter 3“ reden, kennen schlicht den Ursprung dieses Code nicht und meinen „Unter 2“.

## Wertewandel und Denkmalpflege

DOROTHEE BOESLER

Bereits zum zweiten Mal beschäftigt sich ein Plenumsvortrag auf einer Jahrestagung mit dem Thema Wertewandel. So sprach Bernhard Furrer 2008 über „Wertewandel – Auch in der Denkmalpflege?“<sup>1</sup> auf der Jahrestagung in München. Im Fokus seiner Betrachtungen standen, entsprechend der Themenwahl der Jahrestagung, der gesellschaftliche Wandel und seine demografischen Vorgaben. Er beschäftigte sich mit der Zäsur, den der Mai 1968 darstellte, mit den veränderten Lebenseinstellungen, die mit Spaß- oder Lustgesellschaft umschrieben werden, mit den Veränderungen, die die elektronische Datenverarbeitung und die neuen Kommunikationsmittel mit sich brachten, sowie mit der Globalisierung. Er fragte nach den Folgen des Wertewandels für die Beschäftigung mit Baudenkmalen und deren Vermittlung. Ganz optimistisch war er, dass Baudenkmalen auf ein immer größer werdendes Interesse stoßen und überzeugt, dass sich die Denkmalpflege aber auch der neuen Medien bedienen sollte und in Zeiten, in denen die Autoritätsgläubigkeit weiter sinkt, der Dialog und die gemeinsame Suche nach Lösungen im Mittelpunkt der Beratung der Nutzerschaft von Denkmalen stehen muss. Wichtig sei dabei, die „alte Erkenntnis“, dass die das Baudenkmal konstituierende Materie möglichst weitgehend gewahrt bleibe, da nur diese es ermögliche, dem Baudenkmal durch neue Interpretationen, zum Beispiel durch Wertewandel in einem anderen Lebensbereich bedingt, eine neue Bedeutung zuweisen zu können. Dabei stehe, so Furrer, viel auf dem Spiel: das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Glaubwürdigkeit der Denkmalpflege.

Wie wir bei Furrer sehen, ist der Themenkomplex Wertewandel und Denkmalpflege ein weites Feld.

Ein Wertewandel beziehungsweise ein Paradigmenwechsel in wissenschaftlichen Theorien ist ein ständiger Prozess, er betrifft unterschiedliche Felder. Gerade die Denkmalpflege ist, da sie im hohen Maße von Werten geprägt wird, davon betroffen. Sabine Schulte sprach in ihrem Beitrag zur Sektion VI davon, dass Denkmalpflege eine Wertewissenschaft sei.<sup>2</sup>

Ich will hier unterscheiden:

1. den gesellschaftlichen Wertewandel, darauf werde ich mit einem etwas anderen Schwerpunkt als Furrer eingehen;
2. den Wertewandel in der Gesellschaft beim Verhalten gegenüber dem Denkmal, den Wolfgang Kaschuba mit seinem Beitrag „Das Denkmalprinzip“ auf der Jahrestagung in Brandenburg 2010 meiner Meinung nach überzeugend und nachdenklich stimmend beschrieben hat;<sup>3</sup>
3. den Wertewandel innerhalb der wertesetzenden Disziplinen, die die Denkmalpflege tragen, also Geschichte, Kunstgeschichte, Restaurierungswissenschaft, Städtebau et cetera.

Da der letzte Punkt wohl besser mit dem Begriff Paradigmenwechsel gefasst werden kann, möchte ich darauf nicht weiter eingehen. Was unterscheidet einen Paradigmenwechsel von einem Wertewandel? Paradigmenwechsel heißt für mich, dass sich entweder die Rahmenbedingungen für einzelne wissenschaftliche Theorien verändert

haben oder dass sich wichtige wissenschaftliche Entwicklungen ergeben haben. In unserem Fall könnte hierzu zum Beispiel die sogenannte Erweiterung des Denkmalbegriffs nach 1975 als Paradigmenwechsel gelten.

Werte und gesellschaftlicher Wertewandel sind nicht erst seit Kurzem en vogue, es scheint jedoch mit dem Wertediskurs 2007, ausgelöst durch das Konzeptpapier einiger CDU-Mitglieder, in den darauf folgenden Jahren ein weiterer Boom in der Öffentlichkeit zum Thema erzeugt worden zu sein. Sehr kritisch äußerte sich dazu Eberhard Straub mit seiner Publikation „Zur Tyrannei der Werte“, die Ende 2010 erschienen ist, oder beschreibender die von Axel Hacke und Giovanni die Lorenzo veröffentlichte Publikation mit dem Titel „Wofür stehst Du? Was in unserem Leben wichtig ist – eine Suche“, die den Autoren zahlreiche Einladungen in Talkshows eingebracht haben.

Was sind denn überhaupt Werte? Der Wertebegriff wird in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen benutzt, so zum Beispiel der Ökonomie, der Psychologie, der Soziologie und auch der Denkmalpflege. Er wird mit drei verschiedenen Sinngehalten angewandt: der Wert als Gut, als Maßstab und als Ziel.<sup>4</sup>

Wert ist seinem Ursprung nach ein ökonomischer Begriff, er beschreibt das Maß der Bereitschaft für den Erwerb eines Gutes Tauschgüter anzubieten,<sup>5</sup> der Umfang letzterer wird unter anderem von der Nachfrage bestimmt. Zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Begriff auch in andere Disziplinen übertragen, besonders ausgeprägt in die Philosophie und die Ethik. Hier sind Werte, nach „Meyers Enzyklopädischem Lexikon“, Ergebnisse von Wertungen, das heißt die Bevorzugung einer Handlung vor einer anderen oder eines Gegenstandes oder eines Sachverhaltens vor einem anderen. Aus Sicht der Soziologie ist ein Wert eine „im soziokulturellen Entwicklungsprozess einer Gesellschaft sich herausbildende, von der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder akzeptierte und internalisierte Vorstellung über das Wünschenswerte.“<sup>6</sup>

Von diesen Begriffsdefinitionen als Gut und Ziel muss man den Wert als Maßstab, als Kategorie unterscheiden. Für diese Begriffsverwendung stand die Mathematik Pate. Diese Bedeutung ist für den Begriff, wie er im Kompositum „Denkmalwert“ verwandt wird, relevant. Denn Denkmalwerte sind dem Grunde nach keine grundlegenden Orientierungsmaßstäbe, sondern die Wertungskategorien und Maßstäbe, nach denen Bauten und andere Artefakte beurteilt werden.

Werte unterliegen einem steten Wandel, da auch sie geschichtlich geworden und damit jederzeit vergänglich, veränderbar oder umdeutbar sind. Werte müssen nicht immer aus moralischer Sicht positiv bewertet sein. Ein Wert wie Selbstbereicherung kann handlungsleitend als Ziel in Personen oder gar ganzen Gesellschaften bestehen.

Wir beschäftigen uns mit Werten, weil wir überzeugt sind, dass Werte Handlungen leiten und Verhalten steuern. Dann kann man von Wertorientierung sprechen. Es reicht also nicht, dass ein Wert existiert, er muss auch als Wertorientierung verinnerlicht sein. Diese Wertorientierungen haben gegenüber Gesetzen und Normen, die

ja nicht unbedingt verinnerlicht sein müssen, eine höhere Durchschlagskraft beim Einzelnen, weil sie auch funktionieren, wenn keine Sanktionen drohen.<sup>7</sup>

Bevor ich zum Thema Wertewandel die wichtigsten Ergebnisse vorstelle, ist es erforderlich, sich mit der Debatte der Sozialwissenschaften zum Thema zu beschäftigen, insbesondere der Frage, warum der Begriff „Wertewandel“ in der Soziologie so eine Karriere machen konnte. Die sogenannte Werteforschung hat sich seit den 1970er Jahren intensiv mit Fragen des Wertewandels beschäftigt. Die Kernfrage dabei ist, welche Rolle Werte für die Gesellschaft spielen. So besagt Wertewandel folglich nicht, dass sich Werte verändern, sondern die Bedeutung von Werten für die Gesellschaft. Dieses wird als Werteverlust, Werteverfall oder neutral als Wertewandel beschrieben. Die Werteforschung hat sowohl das Individuum als auch die Gesellschaft im Blick. Die Forschung geht davon aus, dass sich Persönlichkeit und Identität eines Menschen „über ein bestimmtes Werteprofil definiert“. Im Großen definiert sich die Kultur einer ganzen Gesellschaft gleichermaßen über „kollektiv vorherrschende Werteprofile“.<sup>8</sup> Unklar ist, in welchem Maße die Gesellschaft ihre Werteprofile an den Einzelnen weiterreicht und wie viel Spielraum der Einzelne bei der Ausbildung seiner Wertorientierungen hat. Wertorientierungen verändern sich, wenn sich die Lebensbedingungen ändern, da sie dafür da sind, „gemachte Erfahrungen sinnvoll zu ordnen und gegebene Lebensumstände zu meistern“. Wertewandel ist demnach eine notwendige Anpassung an Veränderungen. Ihre Verhaltensrelevanz entwickeln Wertorientierungen durch die Möglichkeit, sie in Entscheidungssituationen, die regelhaft mit Zielkonflikten einhergehen, priorisieren zu können. Voraussetzung dabei ist, dass die Wertorientierungen selbst im Menschen priorisiert vorliegen. Gesellschaftliche Wertorientierungen werden oft in Gesetzen und Normen gegossen.

Für Denkmalpflege ist der gesellschaftliche Wertewandel unter zwei Gesichtspunkten interessant:

1. hinsichtlich der gesellschaftlichen Bedeutung von Gesetz und Ordnung
2. sowie der gesellschaftlichen Bedeutung von Selbstentfaltung und Partizipation.

Wie sehen jetzt die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung hinsichtlich der beiden Werte, die für die Denkmalpflege zentral erscheinen, aus? Erforderlich ist, darauf hinzuweisen, dass die Sozialforschung hinsichtlich ihrer Methoden, Wertorientierungen zu ermitteln, multiperspektivisch vorgeht. An dieser Stelle kann der intensive Diskurs dazu nicht ausgebreitet werden, ich möchte aber die kritische Stimme der Bonner Soziologin Doris Lucke zitieren: „Irreführend ist schon die Begriffswahl: Was der ‚Wertewandel‘ begrifflich belegt, ist bei Lichte betrachtet, kein Wandel von Werten, sondern eine gewandelte Einstellung zu bestimmten Werten. Letztlich beschreibt der Begriff nichts anderes als veränderte Werthaltungen, deren Zielobjekte sich ihrerseits in Bewegung befinden. Als (sich selbst wandelnde) Untersuchung des Wandels in der Wahrnehmung des Sich-Verändernden setzt sie eine konstante Vorstellung von Werten und von Wandel voraus, um etwas derart Voraussetzungsreiches wie den Wertewandel überhaupt erfassen zu können.“<sup>9</sup> Sie belegt die Schwierigkeiten einleuchtend unter anderem anhand

von Beispielen von kulturell, national und regional sowie temporär unterschiedlichen Wertinhalten, dass zum Beispiel der Wert „Sicherheit“ in der Bundesrepublik Deutschland nach Beendigung des Kalten Krieges mehrheitlich nicht mehr äußere Sicherheit bedeutete, sondern heute meist als Arbeitsplatzsicherheit verstanden wird.

Aber ich möchte ja versuchen, die eine oder andere Idee der Werteforschung für die Denkmalpflege nutzbar zu machen. Hier bediene ich mich in erster Linie der Forschungen der sogenannten Speyerer Werteforschung um den Soziologen Helmut Klages von der Hochschule für Verwaltungswissenschaft.

Unter der Überschrift „Der Rechtsstaat ist in den Werten fest verankert“ stellt Klages in seiner Analyse von 2002 fest, die auf Umfragen von Emnid und dem Speyerer Werte- und Engagementsurvey von 1997 beruhen: „Der Wert ‚Gesetz und Ordnung respektieren‘ wird von 67,2 Prozent der Befragten als sehr wichtig und von 85,2 Prozent der Befragten als wichtig eingestuft. Die Rechts-, Ordnungs- und Gesetzesakzeptanz in Deutschland darf somit – von der Wertebene her beurteilt – als gut fundiert eingeschätzt werden.“<sup>10</sup> Und weiter:

„Angesichts des Wertewandels steht die Ordnungsakzeptanz allerdings unter dem steten Druck, entweder durch evidenten Nutzen oder auch durch überzeugende argumentative Begründung legitimiert zu werden. Die Rechts-, Ordnungs- und Gesetzesakzeptanz des deutschen Normalbürgers ist nicht die des Untertanen früherer Zeiten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnte zum Beispiel Max Weber noch daran glauben, dass im modernen rationalen Staat die Legitimität von Normen durch die bloße Legalität ihres Zustandekommens gewährleistet werden könne. Nach Max Weber bietet die Tatsache, dass der Staat ein demokratischer Rechts- und Verfassungsstaat ist, einen hinreichenden Grund zur Normenakzeptanz. Demgegenüber ist es nun erforderlich, dass der Normalbürger die Bedeutung der Normen, die das eigene Verhalten einschränken und regeln, unmittelbar einsieht. Ist diesbezüglich keine Evidenz gewährleistet, muss der Bürger argumentativ überzeugt werden, um zur Normakzeptanz veranlasst zu werden.“<sup>11</sup>

Während eine Reihe von Positionen in der Werteforschung umstritten ist, es existieren neben der Speyerer Schule vor allem die Arbeiten von Ronald Inglehart sowie Elisabeth Noelle-Neumann, herrscht Einigkeit darüber, dass es einen grundlegenden Wertewandel in den postindustriellen Ländern seit 1960 gegeben hat. Der Trend geht von Füg- und Folgsamkeit hin zu Werten der Selbstentfaltung und Gleichberechtigung beziehungsweise Partizipation, ein „emanzipatorischer“ Wertewandel also.<sup>12</sup>

Heruntergebrochen auf die Denkmalpflege könnte das heißen: Wir können also vermuten, dass es bei allen Konflikten in und um Denkmale nicht in erster Linie darum geht, sich über das Gesetz hinwegsetzen zu wollen, sondern um Konflikte, die dadurch entstehen, dass die jeweiligen Anliegen der Denkmalpflege nicht verstanden werden oder nicht überzeugend genug sind.

Wichtig ist hier der Begriff von Normalität, den der Historiker Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte an der Universität in Mainz, im Zusammenhang mit der Frage, welche Werte werden wann priorisiert, von der Soziologie übernommen hat. Was als

normal angesehen wird, wird in der Regel akzeptiert und wird handlungsleitend, da die dahinterstehenden Werte in demokratischen Gesellschaften als im gesellschaftlichen Diskurs als ausgehandelt gelten.<sup>13</sup>

Was bedeutet der Wertewandel für mein Handeln als Denkmalpflegerin und Denkmalpfleger?

Andreas Rödder meint: „Postmoderne und Globalisierung haben die westlichen Gesellschaften und insbesondere die deutsche in fundamentale Unsicherheit geführt. Unsicherheit bedeutet aber, nach Orientierung zu suchen. Orientierung geben Werte, denn so sollen sie definiert werden: als allgemeine und grundlegende Orientierungsrichtlinien.“<sup>14</sup>

Das könnte also für die Denkmalpflege heißen, das insgesamt gestiegene Interesse an Werten zu nutzen. Tatsächlich Werte wie Anerkennung von Recht und Ordnung weiterhin durch das eigene Handeln zur Geltung zu bringen. Nicht nachzulassen beim Einfordern des korrekten Vollzuges der Denkmalschutzgesetze, die Diskussionen mit den Obersten Denkmalbehörden und der Politik immer wieder auch durch die Benennung der dahinterstehenden Werte zu befördern.

Die handlungsleitenden Werte Selbstbestimmung und freier Wille der Denkmaleigentümerinnen und -eigentümer im Hinterkopf haben, das heißt mit jedem Partner erneut verhandeln, sich immer wieder erneut verständlich machen. Werte werden im Diskurs ausgehandelt, dazu sich die Zeit nehmen, die Bereitschaft sich durch Fehlschläge bei der Durchsetzung der Werte der Denkmalpflege nicht entmutigen lassen. Eine menschliche Eigenschaft kommt uns dabei zugute: Wenn wir, wie es ja bei vielen Denkmalbesitzerinnen

und -besitzern und -interessierten bereits der Fall ist, Denkmalpflege als handlungsleitenden Wert verankert haben, wird es ein Perpetuum mobile: Denn die Hirnforschung bestätigt, wertkonformes Verhalten wird mit Dopaminausstoß belohnt.<sup>15</sup>

Wir müssen es als selbstverständlich hinnehmen, dass wir Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger diejenigen sind, die das Interesse und die Begeisterung für die Denkmalpflege selbst erzeugen und fördern müssen.

Mit einem großen Pfund können wir wuchern: Der Wunsch nach Partizipation bedeutet auch, dass viele Menschen bereit sind sich bürgerschaftlich zu engagieren, sich einzusetzen für ihre Umgebung, in der sie leben. Die Motivation dazu ist durch Umfragen ermittelt. Es geht den Bürgerinnen und Bürgern im Wesentlichen darum Spaß daran zu haben, eigene Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten zu haben, eigene Kenntnisse und Erfahrungen zu erweitern und mit sympathischen Menschen zusammen zu kommen.<sup>16</sup> Der Wertewandel unterstützt also die Bereitschaft sich zu engagieren und die sollten wir für die Denkmalpflege nutzen, Ideen mitentwickeln und die Initiativen nach Möglichkeit selbst tatkräftig unterstützen und Formen der Anerkennung generieren.

All das ist denkmalpflegerische Alltagsarbeit. Aber ich habe die Hoffnung, dass die Erkenntnisse der Werteforschung uns besser verstehen lassen, warum wir das tun, was wir tun und – dass es richtig ist. Allerdings der gesellschaftliche Wertewandel geht weiter und birgt, wie unter anderem die Beiträge von Winfried Speitkamp und Biagia Bongiorno in diesem Tagungsband belegen, weitere Herausforderungen für die Denkmalpflege.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. auch zum Folgenden Furrer, Bernhard, Wertewandel – Auch in der Denkmalpflege?, in: Denkmalschutz-Informationen 2/2008, S. 88–95.
- 2 Vgl. Schulte, Sabine, Einführung: Zukunftsfähig durch Vielfalt – Leistungsvermögen und Sinnpotenziale von Denkmälern, Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel, Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, 2012, S. 192.
- 3 Vgl. Kaschuba, Wolfgang, Das „Denkmalprinzip“, in: Bildung und Denkmalpflege, 78. Tag für Denkmalpflege, Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, Brandenburg an der Havel 16.–19.05.2010 (= Forschungen und Beiträge zur Denkmalpflege im Land Brandenburg 12), Neustadt/Weinstraße 2010, S. 44–48.
- 4 Vgl. Jaklin, Peter, Wertewandel und Medien. Eine vergleichende Untersuchung über die Bedeutung grafisch animierter Fernsehsendungen im Prozess der Wertevermittlung bei Grundschulkindern. Erster Teil, Baden-Baden 1998. URL: [http://mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/jaklin\\_wertewandel\\_A/jaklin\\_wertewandel\\_A.html](http://mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/jaklin_wertewandel_A/jaklin_wertewandel_A.html) am 23.05.2012.
- 5 Vgl. Lichtblau, Klaus, Wert/Preis, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von Joachim Ritter, Karlfried Gründer, Gottfried Gabriel. Bd. 12, W–Z, Darmstadt 2004, hier Sp. 586–591.
- 6 Hügli, Anton, Wert, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von Joachim Ritter, Karlfried Gründer, Gottfried Gabriel. Bd. 12, W–Z, Darmstadt 2004, Sp. 556–583, hier Sp. 581–582.
- 7 Vgl. Welzel, Christian, Werte- und Wertewandelforschung, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2009, S. 109–139. S. 109.

- 8 Vgl. auch zum Folgenden Welzel, Christian, Werte- und Wertewandelforschung, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2009, S. 109–139. S. 109–111.
- 9 Lucke, Doris, Wirklichkeitskonstruktion als Ware. Der Wertewandel in der westlichen Welt. Internationale Politik und Gesellschaft, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 4/2000, S. 389–398, S. 393.
- 10 Helmut Klages, Der blockierte Mensch. Zukunftsaufgaben gesellschaftlicher und organisatorischer Gestaltung, Frankfurt 2002, S. 37.
- 11 Helmut Klages, Der blockierte Mensch. Zukunftsaufgaben gesellschaftlicher und organisatorischer Gestaltung, Frankfurt 2002, S. 37–38.
- 12 Vgl. Welzel, Christian, Werte- und Wertewandelforschung, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2009, S. 109–139, S. 111.
- 13 Rödder, Andreas, Werte und Wertewandel: Historisch politische Perspektiven, in: Bueb, Bernhard, Frevert, Ute, Joas, Hans et al.: Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels, S. 9–36. S. 13f.
- 14 Rödder, Andreas, Werte und Wertewandel: Historisch politische Perspektiven, in: Bueb, Bernhard, Frevert, Ute, Joas, Hans et al.: Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels, S. 9–36. S. 12.
- 15 Greene nach Welzel, Christian, Werte- und Wertewandelforschung, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2009, S. 109–139, S. 110.
- 16 Braun, Joachim; Klages, Helmut, Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Wiesbaden 3. Auflage 2009, S. 93.

## Umnutzung von Kirchen in der DDR

HENRIETTE VON PREUSCHEN

Mit dem Amtsantritt Erich Honeckers 1971 kam es zu einer politischen Kehrtwende im Umgang mit den Kirchenbauten in der DDR. War das Jahr 1968 noch von dramatischen Kirchensprengungen durch den Staat geprägt (Abb. 1), ermöglichte die politische Führung nun nicht nur kirchlichen Gemeinden den Wiederaufbau und die erweiterte Nutzung ihrer Kirchengebäude – auch der Staat nutzte viele Kirchen zum Beispiel als Konzerthallen oder Museen um (Abb. 2).

Was war geschehen? Wir werden uns nun zunächst damit beschäftigen, wie es zu dieser Kehrtwende kam, um dann die Umnutzungen von Kirchen in den 1970er und 1980er Jahren vor diesem Hintergrund einordnen und bewerten zu können.<sup>1</sup>

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren Ruinen allgegenwärtig – in Deutschland wie in vielen europäischen Staaten. Gerade mächtige Kirchenruinen dominierten das Bild der verwüsteten Stadtzentren.<sup>2</sup> Besonders in großen Städten wie Berlin, Dresden und Magdeburg waren die Verluste immens. Der Umgang mit diesen kriegszerstörten Kirchen in den Stadtzentren, die hier den Schwerpunkt bilden, war mit den innenpolitischen Vorgaben der SED und mit den außenpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen eng verflochten. Diese schlugen sich in den Handlungsspielräumen und Intentionen der Konfessionen und der staatlichen Denkmalpflege ebenso nieder wie in den Vorgaben für den Städtebau, im staatlich verordneten Geschichtsverständnis und dem in engen Grenzen möglichen Austausch mit dem Westen. Es lassen sich vier Phasen unterscheiden, die durch politische Zäsuren und Kurskorrekturen abgegrenzt werden können.

### Phase 1 (1945–1949): Beginn des Wiederaufbaus herausragender Kirchen

In der Sowjetischen Besatzungszone – vom Kriegsende 1945 bis zur Gründung der DDR im Oktober 1949 – hatten die Kirchengemeinden noch größere Freiheiten als in den darauffolgenden Jahren nach Gründung der DDR, den Wiederaufbau und die

Nutzung ihrer Kirchen voranzutreiben. Die Sowjetische Militäradministration bemühte sich um eine tolerante Kirchenpolitik und umwarb bis Anfang der 1950er Jahre beide Konfessionen als potenzielle Bündnispartner. Es war also eine Zeit der Gestaltungsmöglichkeiten, doch wurden zugleich die Weichen gestellt. Denn Wiederaufbauprojekte, die die Konfessionen bis 1949 nicht auf den Weg bringen konnten, waren in der Folgezeit kaum noch durchsetzbar. Eine zumeist bewahrend ausgerichtete Stadtplanung unterstützte anfänglich diese frühen Wiederaufbaumühnungen. Positiv wirkte sich auch aus, dass die institutionellen Strukturen beider Konfessionen und der staatlichen Denkmalpflege erhalten waren, sodass sie ihre Arbeit nach Kriegsende fortsetzen konnten. Auch das Eigentum der Kirchen blieb unangetastet. Die staatlichen Institutionen und die politischen Parteien waren im Aufbau begriffen. Deshalb war ihr Einfluss auf die Kirchen noch gering.

So konnten beide Konfessionen unterstützt durch die staatliche Denkmalpflege mit der Sicherung, der Teilinstandsetzung und dem Wiederaufbau einzelner herausragender Kirchen beginnen. Hierzu zählten einerseits bedeutende Baudenkmale wie die Hofkirche St. Trinitatis in Dresden oder der Magdeburger Dom, auch der Erfurter Dom St. Marien. Andererseits waren dies Kirchen, an denen die



Abb. 1 Sprengung der Potsdamer Garnisonkirche 1968.



Abb. 2 Berliner Dom während des Wiederaufbaus 1975–1983.



Konfessionen ein besonderes Interesse hatten, weil sie relativ wenig beschädigt und daher zügig instanzzusetzen und zu nutzen waren, wie die Dresdner Annen- und die Kreuzkirche.

Provisorien und aus finanziellen Gründen einfache Gestaltungen prägten das Bild. Gleichzeitig behielten die denkmalpflegerischen und architektonischen Positionen, die sich vor dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatten, Gültigkeit. Gerade bei kulturhistorisch herausragenden Kirchenbauten bemühte sich die staatliche Denkmalpflege um einen rekonstruierenden Wiederaufbau, wie bei der katholischen Hofkirche in Dresden ab 1946. Purifizierungen waren verbreitet. Dies zeigt sich beispielsweise beim Wiederaufbau der Marienkirche des Klosters Unser Lieben Frauen in Magdeburg von 1946 bis 1953.

**Phase 2 (1949–1961): Umfangreiche Abbrüche gegenüber Wiederaufbau ausgewählter Kirchenbauten nach Gründung der DDR**

Die zweite Phase erstreckt sich von der Gründung der DDR im Oktober 1949 bis zum Bau der Berliner Mauer 1961. Die staatlichen Institutionen konsolidierten sich, und es bildete sich die Doppelstruktur zwischen Staat und SED heraus. Die neuen Machthaber empfanden die Evangelische und die Katholische Kirche als Bedrohung. Sie bekämpften – trotz gesetzlich verankerter Religionsfreiheit<sup>3</sup> – diese letzten dem Staat nicht untergeordneten Institutionen, die Fremdkörper in der sozialistischen Gesellschaft darstellten. Damit waren auch Kirchen und Kirchenruinen in ihrem weiteren Bestand besonders gefährdet, erzählten sie doch schon durch ihre Bausubstanz von der vorsozialistischen christlich geprägten Geschichte.

Kirchen wurden in großer Zahl abgebrochen, nur einzelne wiedererrichtet. Diese Fragmentierung des historischen Bestandes ist vor allem auf die Zielsetzungen des ‚sozialistischen Städtebaus‘ zurückzuführen. Beispielsweise hatten die ersten Entwürfe für den

Wiederaufbau des Magdeburger Zentrums die mittelalterlichen Monumentalbauten noch einbezogen. Doch dies änderte sich mit dem „Gesetz über den Aufbau der Städte in der DDR und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin“ vom 6.9.1950 und den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus“ vom 27.7.1950, die der Ministerrat der DDR als verbindliche städtebauliche Vorgaben nach sowjetischem Vorbild verabschiedete. Kirchen wurden zur städtebaulichen Verfügungsmasse. Ohne Berücksichtigung ihres kulturhistorischen Werts wurden sie für die neuen Magistralen und Zentralen Plätze abgebrochen oder bestenfalls als zweitrangige „Statisten“ in die Stadtsilhouetten einbezogen. Auch versagte der Staat den Konfessionen häufig die erforderlichen Bau- und Materialgenehmigungen. Die Gemeinden konnten dies trotz enormer Eigenleistungen nicht kompensieren. Zudem siedelten viele Gemeindemitglieder in den Westen über, sodass der Wiederaufbau mancher Kirchenruine auch aus kirchlicher Sicht überflüssig wurde.

**Phase 3 (1961–1971): Kirchen auf dem Höhepunkt ideologischer Konfrontation**

Die dritte Phase reicht vom Bau der Berliner Mauer 1961 bis zum Jahr 1971, das infolge der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik nach 1969 eine Wende in die DDR-Politik brachte. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, in ideologischer Konfrontation mit dem Westen fand eine Radikalisierung statt. Der Flüchtlingsstrom in den Westen war bis 1961 enorm angestiegen, denn die Versorgungs- und Wohnsituation in der DDR waren desolat, und der Staat erhöhte den politischen Druck auf seine Bürger kontinuierlich. Seit den 1960er Jahren reduzierte sich der Einfluss der Evangelischen Kirchen in der DDR dramatisch. 1968 schließlich erzwang die SED die Abspaltung von der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Konfessionen kämpften um Raum für Gottesdienste und Gemeindefarbeit. Der Bau der Berliner Mauer ermöglichte der SED in vielen Bereichen, ihre bislang verdeckt verfolgte Politik mit aller



Abb. 3 Mühlhausen, Umnutzung der ehemaligen Kornmarktkirche zum Bauernkriegsmuseum ab 1971.

Gewalt rücksichtslos durchzusetzen. Damit war der Mauerbau entscheidend für die steigende Zahl der Kirchenabbrüche, die 1968 mit den Sprengungen der im Zweiten Weltkrieg unzerstörten Leipziger Universitätskirche und der Potsdamer Garnisonkirche eskalierte (Abb. 1). Diesen gingen unter anderem die Sprengungen des St.-Johannis-Kirchturms in Leipzig 1963 sowie der Ruine der Sophienkirche in Dresden 1964 voraus. Die SED, und ihr voran Walter Ulbricht, demonstrierte damit, dass sie, so Rainer Eppelmann, „unumschränkter Herr im eigenen Haus“<sup>4</sup> war. Mit dem deutschlandpolitischen Programm des neuen Bundeskanzlers Willy Brandt verlor jedoch ab 1969 das westliche Feindbild in der DDR an Kraft; Ulbrichts politischer Abstieg begann.

#### Phase 4 (1971–1989): Neubewertung der Kirchen als Kulturdenkmale im Streben nach internationaler Anerkennung

Mit der politischen Öffnung der DDR ab 1971 und dem Amtsantritt Erich Honeckers kam nun die eingangs benannte Kehrtwende für die Kirchen und die Kirchenbauten. Es begann die vierte Phase, in der die Evangelische Kirche Kirchen nun in großem Umfang als Gemeindezentren wieder aufbauen konnte (Abb. 2); der Staat ließ Kirchen für kulturelle Nutzungen auf- und umbauen.

Dies war in erster Linie darin begründet, dass die DDR ebenso eine positive Außenwirkung gegenüber dem Westen wie die Abgrenzung von der Bundesrepublik anstrebte. Mit dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, der 1973 von beiden Seiten ratifiziert wurde, und der folgenden Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und andere internationale Organisationen sowie der Anerkennung der DDR durch die westlichen Staaten, rückte diese in das Blickfeld der Welt und gewann eine neue außenpolitische Wirksamkeit. Eine positive Selbstdarstellung als liberaler und leistungsstarker Staat sollte die internationale Anerkennung unterstützen. Die SED konnte sich nun also weder eine intolerante Kirchenpolitik leisten, noch die immer

noch zahlreichen, die Innenstädte prägenden Kirchenruinen, deren Wiederaufbau sie bisher so erfolgreich verhindert hatte. Gleichzeitig befürchtete die SED, durch zu viel Annäherung könne ihre Herrschaft aufgeweicht werden, sodass sie die Entspannungspolitik mit einem strikten Abgrenzungskurs gegenüber der Bundesrepublik flankierte.<sup>5</sup> Die Entspannungspolitik führte zu kulturpolitischen Lockerungen. Ein Höhe- und Wendepunkt in der Denkmalpflege brachten 1975 das Europäische Denkmalschutzjahr und das neu verabschiedete „Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der DDR“, das zu einem Erstarren der staatlichen Denkmalpflege führte. Der Staat gewann an Gelassenheit und Souveränität im Umgang mit seinem historischen Erbe. Die „neue Haltung zu den sakralen Bauwerken“<sup>6</sup> hing sicherlich auch mit den immensen Protesten zusammen, die zuletzt die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig 1968 hervorgerufen hatte.

#### *Vereinnahmung durch positive Mythen*

Der Staat suchte zudem neue Ansätze für die Identität und Integration der Bevölkerung. Hierfür öffnete er sein Geschichtsbild und bediente sich verstärkt der verbliebenen Kirchenbauten, um die vor-sozialistische Vergangenheit neu zu interpretieren und in seinem Sinne umzudeuten. Gleichzeitig bemühte er sich weiterhin um die Abgrenzung gegenüber dem Westen und versuchte, die deutsche Geschichte über historische Persönlichkeiten und Ereignisse insbesondere zu Jubiläen zu vereinnahmen, um sie als vorsozialistische Geschichte eines „besseren“ Deutschlands zu interpretieren. Die Brisanz lag im Zuge der internationalen Anerkennung darin, dass die DDR sich als „Sieger der Geschichte“ im Kampf der Systeme hervortun und sich damit legitimieren wollte. Die Botschaft der Jubiläumsvorhaben war also nicht nur nach innen in die Gesellschaft der DDR gerichtet, sie sollte ebenso propagandistisch in den Westen wirken und die DDR als Hort von Kunst und Kultur profilieren.



Abb. 4 Berliner Nikolaiviertel, Arbeitsmodell von Osten (Arbeitsstand 1984).

An den zentralen Gründungsmythos des Antifaschismus hatte man bereits seit den 1950er Jahren verschiedene historische Ereignisse, wie den Deutschen Bauernkrieg, die Weimarer Klassik, die Arbeiterbewegung unter anderem, gebunden, die „durch ihr Fortleben in der DDR zu einer besseren Gesellschaft führen würden und eben den Wendepunkt in der deutschen Geschichte begründeten“<sup>7</sup>, so Raina Zimmering. Folgerichtig ließ der Staat nun Gedenkstätten und Museen in denjenigen Kirchen einrichten, die mit herausragenden Persönlichkeiten deutscher Geschichte verbunden waren und damit zur Identifikation mit dem Sozialismus einluden. Ab 1971 wurde beispielsweise die Kornmarktkirche in Mühlhausen als Wirkungsstätte Thomas Müntzers zum Bauernkriegsmuseum umgebaut – zum 450. Müntzer-Jubiläum 1974 (Abb. 3).

#### *Inanspruchnahme preußischer Geschichte*

Auch das ursprünglich negative Bild Preußens als vermeintlichem Verursacher des deutschen Militarismus und Faschismus sollte das Selbstverständnis der DDR als antifaschistischer Staat untermauern. Doch da in den 1970er Jahren die Bindung an diesen Gründungsmythos ‚Antifaschismus‘ immer mehr nachließ, gestaltete die SED das Bild Preußens von einem negativen in einen positiven Mythos um: 1975 begann die Abteilung Sonderbauvorhaben unter Manfred

Prasser mit dem Wiederaufbau des Gendarmenmarktes (Platz der Akademie) im alten Berliner Zentrum. Der Wiederaufbau des Französischen Domes setzte 1977, der des Deutschen Domes 1983 ein. Die nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel, dem größten preußischen Baumeister erbaute Friedrichswerdersche Kirche wurde 1987 als Museum für Skulpturen des frühen 19. Jahrhunderts eröffnet. Orientiert am ursprünglichen Entwurf Schinkels wurden der Außenbau und die wandfeste Ausstattung nach einem stringenten Konzept des Instituts für Denkmalpflege (Robert Graefrath) weitgehend wiederhergestellt. Mit dem Wiederaufbau der Friedrichswerderschen Kirche war der historische Kern Berlins damit wieder preußisch geprägt.

#### *Hinwendung zur „historischen Stadt“, Kirchen als „historische Leitbauten“*

Seit den ausgehenden 1970er Jahren, im Angesicht zunehmend verfallender Altstädte in der DDR, fand eine Hinwendung zur ‚historischen Stadt‘ statt, die, vom Politbüro geduldet, letztendlich verschiedene Akteure initiierten: das Institut für Denkmalpflege, der BdA, der Kulturbund, das Institut für Städtebau und Architektur an der Bauakademie, Lehrende an den Technischen Hochschulen in Weimar und Dresden sowie viele Architekten in verschiedenen Stadt- und Bezirksverwaltungen.<sup>8</sup> Sie erkannten in den Kirchen nun historische „Leitbauten“ (Günter Stahn), also städtebauliche Bezugs- und Identifikationsorte. Der Staat suchte für das 750. Jubiläum der Gründung Berlins 1985 auch über den Wiederaufbau des Nikolaiviertels die Anknüpfung an die Geschichte als Gründungsort Berlins (Abb. 4).

Das Nikolaiviertel, das fast vollständig zerstörte historische Zentrum der Berliner Stadtgründung, wollte man „mit einer am Grundriss der historischen Stadt orientierten Bebauung“<sup>9</sup> wieder aufbauen. Hierfür war die Nikolaikirche als Leitbau von herausragender Bedeutung. Das Politbüro beschloss 1980 ihren Wiederaufbau als Historisches Museum. Eine Gruppe von Architekten hatte bereits 1968 vorgeschlagen, diese Kirche als „Museum der Stadt Berlin“ umzunutzen. Ausschlaggebend war nun, dass sie „das einzige aus der Gründungsepoche der Stadt unversehrt erhaltene, sichtbar aufrecht stehende Mauerwerk aus Granitquadern im Sockelbereich der Westtürme“<sup>10</sup> besitzt. Der Staat konnte also über diesen Bau den Gründungsort Berlins markieren und damit die Verbindung zur mittelalterlichen Lokalgeschichte herstellen.

#### *Umdeutung der profanierten Kirchen, Leistungsschau des Staates*

Der Staat übernahm also sichtbar alle Lebensbereiche, letzthin versuchte er auch die Freiräume, die nach wie vor durch die Kirchengebäude bestanden, zu besetzen – nun mit anderen Mitteln als Abbruch und Sprengung. Durch diese sogenannte ‚gesellschaftliche Inanspruchnahme‘ erfuhren die Kirchen eine Umwidmung und Umdeutung. Der Staat entzog sie dem kirchlichen Einfluss. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass man die Innenräume häufig neu nach Westen orientierte und den Chor abtrennte, sodass die ursprünglich religiöse Ausrichtung des Baus nicht mehr sichtbar war: Die Stadt Magdeburg nutzte ab 1974 das Kloster Unser Lieben Frauen zum Kulturzentrum mit



Abb. 5 Magdeburg, Südportal des Klosters Unser Lieben Frauen, Waldemar Grzimek, ‚Gefahren und Kreatur‘, Bronze, 1974/76.

Kulturhistorischem Museum und Konzerthalle. Die Architekten Hans Berger und Reinhard Rürger vom Landesdenkmalamt Halle planten den gestalterisch aufwendigen Umbau. Die zugehörige Marienkirche wurde als ‚Konzerthalle Georg Philipp Telemann‘ dem 1681 in Magdeburg geborenen Komponisten gewidmet. Die 1979 in die Apsis eingestellte mächtige Orgel und die vorgelagerte Orchesterbühne überschreiben die vormals lichtdurchflutete Apsis und das Grab des Heiligen Norbert – den vormals heiligsten Ort der Kirche, der seine religiöse Bedeutungsebene damit weitgehend einbüßt. Die Umdeutung in einen der ganzen sozialistischen Gesellschaft geöffneten, damit atheistisch geprägten Raum ist charakteristisch für die ‚gesellschaftliche Inanspruchnahme‘ der Kirchen. Die Apsis des Meeremuseums in Stralsund, ehemals St. Katharinen, zum Beispiel wurde durch ein Walskelett besetzt. Die Franziskanerkirche in Frankfurt/Oder wurde als ‚Konzerthalle Carl Philipp Emanuel Bach‘ nach Westen umorientiert, ihre Apsis abgetrennt.

Weiter ist die neue Ausstattung des umgenutzten Klosters Unser Lieben Frauen aufschlussreich: Es entstanden fünf beeindruckende Bronzetüren verschiedener Künstler. Dies waren die Bildhauer Heinrich Apel aus Magdeburg, der an zahlreichen Magdeburger Kirchenwiederaufbauten beteiligt war, Werner Stötzer und Wieland Förster, zwei bedeutende und staatlich weithin anerkannte Künstler der DDR. Außerdem waren der „Republikflüchtling“ Waldemar Grzimek, der 1961 in die Bundesrepublik übersiedelt war, und der Kölner Gerhard Marcks beteiligt (Abb. 5). Der Staat bezog damit renommierte Künstler aus dem Westen ein. Zudem entstanden vor allem für die Seitenschiffwände der Konzerthalle 17 Bildteppiche zum Thema „Kunst und Theater“. Diese bis 1977 neu geschaffene Sammlung war die größte der DDR nach der des Palastes der Republik. Die DDR nutzte die Umnutzung und Gestaltung

der ehemaligen Klosteranlage also als künstlerische und kunsthandwerkliche Leistungsschau, über die sie das positive Bild eines des historischen Erbes bewussten, toleranten und weltoffenen Staates in die Welt zu senden versuchte.

#### *Evangelische Gemeindezentren, „Sonderbauprogramm Kirchen“ ab 1972/1973*

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR konnte indes ab 1972/1973 durch das staatliche Sonderbauprogramm die Instandsetzung zahlreicher Kirchen, den Wiederaufbau von Kirchenruinen sowie ihre erweiterte Nutzung als Gemeindezentren mit Gemeinderäumen und anderen kirchlichen Einrichtungen in Angriff nehmen.

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) wählte zunächst die historisch wertvollen Kirchen in den Bezirkshauptstädten aus, auf deren Wiederaufbau er sich selbst konzentrierte. Vierzig bedeutende Kirchen, die er nicht mehr für die Seelsorge benötigte, gab der BEK dagegen für eine zukünftige nicht-kirchliche Nutzung durch den Staat frei – im Zentrum Ostberlins waren dies zum Beispiel die bereits genannte Nikolaikirche, die Friedrichswerdersche Kirche sowie der Deutsche Dom.<sup>11</sup>

Dieses Programm war für den Staat so interessant, weil die Kirchen im Westen es im Wesentlichen finanzierten, er also dringend benötigte Devisen erhielt. Die Evangelische Kirche schuf durch die neuen Gemeindezentren endlich Räume für ihre kirchlichen Aufgaben, die grundlegend in ihrem Selbstverständnis waren. In der Potsdamer Nikolaikirche entstanden von 1972 bis 1981, im Französischen Dom in Berlin 1977 bis 1983 Räume für Gottesdienst, Gemeindegemeinschaft und Diakonie (Abb. 6). Darüber hinaus sollten einzelne dieser Gemeindezentren durch zusätzliche Nutzungen überregionale Bedeutung erlangen: Der BEK baute zum Beispiel

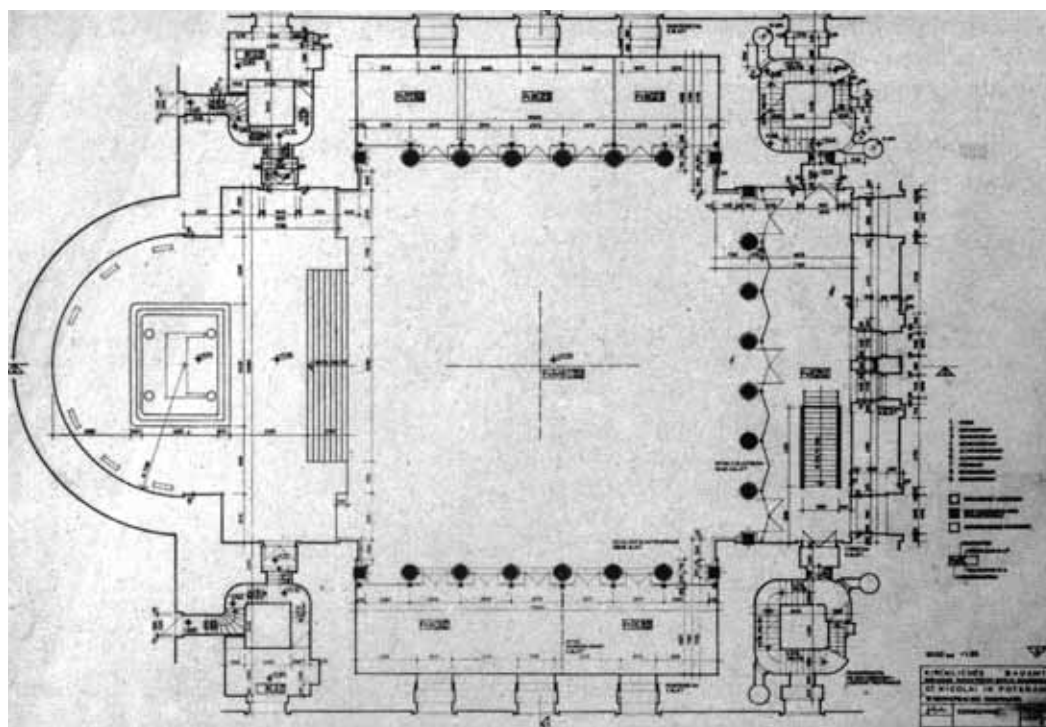


Abb. 6 Nikolaikirche in Potsdam, Umbauplanung für eine erweiterte Nutzung als Gemeindezentrum, Einbau von Foyer und Gemeinderäumen unter den hierfür vergrößerten Emporen, 1972.

den Berliner Dom 1975 bis 1983 als sein Zentrum mit zahlreichen kirchlichen Einrichtungen wieder auf (Abb. 2). In Dresden entstand 1984 bis 1990 das „Haus der Kirche“ mit Tagungszentrum, Behindertenwerkstätten und Evangelischem Kunstdienst in der Dreikönigskirche. Umfangreiche Raumanforderungen führten hier zur Übernutzung des Kirchenbaus. Denn das Interesse der Evangelischen Kirchen lag vorrangig darin, endlich Räume für die kirchlichen Aufgaben zu schaffen. Deshalb trat das kunsthistorischdenkmalpflegerische Interesse in den Hintergrund.

Die Evangelische Kirche war durch diese erweiterte Nutzung zahlreicher Kirchen in den Zentren sichtbar mit ihren Aktivitäten im sozialistischen Staat angekommen. Der auch innerhalb der Kirche umstrittene Schritt der Integration in die DDR-Gesellschaft war vollzogen. Doch war ihre Haltung gegenüber dem Staat ambivalent: Innerhalb der Evangelischen Kirche hatten 1981/1982 umfangreiche friedenspolitische Diskussionen begonnen.<sup>12</sup> Unter ihrem Dach sammelten sich neben den kirchlichen Friedensgruppen auch oppositionelle Gruppen, die einen Teil ihrer Versammlungen in kirchlichen Räumen abhielten. Mit ihnen war die Evangelische Kirche durch zahlreiche gemeinsame Anliegen – in der Friedenspolitik, in Bürgerrechtsfragen und im Umweltschutz – verbunden. Die relative Unabhängigkeit und die Anerkennung durch den Staat, die sie sich inzwischen erworben hatte, ermöglichte diese Entwicklung.

*Ringens um Deutungshoheit*

Das Ringen um die Deutungshoheit über die Kirchen zwischen Staat und Evangelischer Kirche beziehungsweise den Friedensgruppen wird besonders am Beispiel der Frauenkirche in Dresden deutlich (Abb. 7). Der Staat instrumentalisierte die Ruine ab 1966 als ‚Mahnmal gegen den amerikanischen Imperialismus‘. Die Inschrift wies allein den Westalliierten die Verantwortung für die Zerstörung Dresdens zu. Die SED führte hier Kranzniederlegungen am Tag der Zerstörung der Stadt und Massenkundgebungen durch, bei denen sie den Kampf gegen die „westliche Nachrüstung“ beschwor. Ab 1982 jedoch formierte sich auch hier der Protest von Dresdener Bürgern gegen die SED-Diktatur in einer Kerzenprozession am Tag der Zerstörung Dresdens. Die Ruine der Frauenkirche avancierte zu einem Symbol der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der DDR.

**Fazit: Der Griff nach den Kirchen**

Nicht das Verständnis und die Wertschätzung für das Kulturdenkmal waren es, die über Abbruch oder Wiederaufbau und damit auch die Umnutzung einer Kirche entschieden. Das politische Primat prägte den Kirchenbestand, denn alle Bemühungen Kirchenbauten wiederzuerrichten, zu erhalten oder zu nutzen waren der Politik und ihrem Geschichtsbild nachgeordnet (Abb. 8).

Die politische Führung strebte die Zerschlagung der kirchlichen Institutionen an. Deshalb verhinderte sie zahlreiche Wiederaufbauten unter kirchlicher Ägide oder sorgte gar für den Abbruch von



Abb. 7 Ruine der Frauenkirche, Dresden, Offizielle Kranzniederlegung am 13.2.1985.



Abb. 8 Walter Ulbricht am Stadtmodell Dresdens mit der Frauenkirche am 31.5.1953.

Kirchenbauten. Die Handlungsspielräume der Konfessionen und der staatlichen Denkmalpflege waren daher eng umgrenzt.

Die staatlichen Kirchenumnutzungen der 1970er Jahre folgten dem Interesse der Legitimation des sozialistischen Staates und gingen mit seiner Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik einher. Sie bedeuteten auch baulich eine profane Umdeutung der Kirchenbauten. Die sozialistische Gesellschaft nahm diese für ihre Zwecke in Anspruch und entzog sie damit dem kirchlichen Einfluss.

Im Sonderbauprogramm der 1970er Jahre gestand der Staat der Evangelischen Kirche auch aus finanziellem Interesse wenige Wiederaufbauten in den Stadtzentren zu, von denen er sich auch eine Kontrolle der kirchlichen Aktivitäten versprach. Weiterhin diente

dies dem von der Parteiführung außenpolitisch angestrebten positiven Bild von der DDR.

Die politische Marschrichtung der Parteiführung gegen den christlichen Glauben und die kirchlichen Institutionen war jedoch mit der Staatsgründung 1949 inhaltlich vorgegeben. Trotz des mit der Instandsetzung zahlreicher Kirchen in den 1970er Jahren vermeintlichen Paradigmenwechsels handelt es sich politisch um eine Fortführung der Instrumentalisierung der Kirchen, die der außen- und innenpolitischen Konsolidierung der DDR diente. Das Ziel einer atheistischen Gesellschaft änderte sich nicht, wohl aber die Wahl der Mittel, und der Staat erweiterte seinen Einfluss auf die Kirchenbauten kontinuierlich.

## Anmerkungen

- 1 Die hier vorgestellten Ergebnisse beruhen auf der 2011 veröffentlichten Dissertation der Autorin ‚Der Griff nach den Kirchen – Ideologischer und denkmalpflegerischer Umgang mit kriegszerstörten Kirchenbauten in der DDR‘ (Wernersche Verlagsgesellschaft Worms).
- 2 Von den 9.824 evangelischen Kirchen wurden zweihundert vollständig zerstört und 2.678 schwer beschädigt. Die katholischen Kirchen waren ebenfalls stark betroffen: Von insgesamt 613 Kirchen waren 28 vollständig zerstört und 70 schwer beschädigt worden (Zahlenangaben nach Albrecht Dohmann unter anderem, *Der Wiederaufbau der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik – Unter den Aspekten Kirche und Staat und der Wahrnehmung unseres kulturellen Erbes*, Berlin 1964, S. 27 f.; Elfride Kiel (Hg.), *Kirchbau heute. Dokumentation, Diskussion, Kritik*, Leipzig 1969, S. 9; Gerhard Schmidt, *Dresden und seine Kirchen. Eine Dokumentation*, Berlin 1976, S. 32; Matthias Lerm, *Abschied vom alten Dresden. Verluste historischer Bausubstanz nach 1945*, 1. Aufl. der Neuausgabe, Rostock 2000, S. 29).
- 3 „Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik“ (Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik [vom 7. Oktober 1949], Berlin 1955, S. 27).
- 4 Zitiert nach Polly Feversham und Leo Schmidt, *Die Berliner Mauer heute. The Berlin Wall Today*, Berlin 1999, S. 119. Rainer Eppelmann war Minister für Abrüstung und Verteidigung in der letzten, demokratisch gewählten Regierung der DDR.
- 5 Schroeder, Klaus: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1998, S. 223 ff.
- 6 Vogel, Karin: *Die neue Nutzung säkularisierter denkmalwerter Kirchen. Eine Studie zu Problemen und Methoden der Denkmalpflege in der DDR bei der Einbeziehung kirchlicher Baudenkmale in das gesellschaftliche Leben*, Dissertation, Berlin 1988, S. 42 f.
- 7 Raina Zimmering, *Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen*, Opladen 2000, S. 38.
- 8 Urban, Florian: *The Invention of the Historic City. Building the Past in East Berlin 1970–1990*, Dissertation an der TU Berlin, Institut für Soziologie, 2006, <http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2006/1204/>, 30.1.2006), S. 351.
- 9 *Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland: Denkmale in Berlin. Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte*, hrsg. vom Landesdenkmalamt Berlin, Petersberg 2003, S. 179.
- 10 Stahn, Günter: *Das Nikolaiviertel am Marx-Engels-Forum. Ursprung, Gründungsort und Stadtkern Berlins. Ein Beitrag zur Stadtentwicklung*, Berlin 1985, S. 20.
- 11 Die Katholische Kirche, die weit weniger große, historisch bedeutende Kirchenbauten als die Evangelische Kirche auf dem Gebiet der DDR besaß, hatte

bis Anfang der 1970er Jahre ihre Kirchenbauten in den Altstädten wiedererrichten können. Sie wandte sich nun dem Neubau von Kirchen sowie kirchlichen Gebäuden zu und ergänzte Ausstattungen bestehender Kirchen; erweiterte Nutzungen waren für sie nicht relevant. Die staatliche Kirchenpolitik war gegenüber der Katholischen Kirche, die sich ab 1950 politisch nicht mehr exponierte, moderater als gegenüber der Evangelischen Kirche. Die Katholische Kirche war auch in der Zahl der Mitglieder auf die DDR bezogen kleiner und in der Struktur nach innen gerichtet, sodass sie sich in den betrachteten Bezirkshauptstädten – mit Ausnahme Leipzigs – mit dem Wiederaufbau mindestens einer Kirche im jeweiligen Stadtzentrum konsolidieren konnte.

- 12 Zu dem Verhältnis zwischen Kirche und oppositionellen Gruppen siehe unter anderem Detlef Pollack (Hg.), *Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche*, *Forschungen zur Praktischen Theologie*, Bd. 8, hrsg. von Ulrich Nembach, Frankfurt a. M. 1990 sowie Gerda Haufe und Karl Bruckmeier (Hg.), *Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern*, Opladen 1993.

## Abbildungsnachweis

Abb.1: Potsdam-Museum; Abb. 2: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V., Erkner (IRS); Abb. 3: Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie; Abb. 4: Stahn, Günter: *Das Nikolaiviertel am Marx-Engels-Forum. Ursprung, Gründungsort und Stadtkern Berlins. Ein Beitrag zur Stadtentwicklung*, Berlin 1985, S. 82; Abb. 5: IRS; Abb. 6: Richter, Werner: *Stationen der Kirchbaudiskussion*, in: *Alte und neue Kirchen in der DDR*, *Kunst und Kirche. Ökumenische Zeitschrift für Architektur und Kunst*, Heft 3/1980, 130–135, S. 133; Abb. 7 Jürgen Ost + Europa-Photo, Berlin; Abb. 8 SLUB Dresden/Deutsche Fotothek/Erich Höhne & Erich Pohl.

## „Hier ist des Volkes wahrer Himmel“ – das ehemalige Gauforum in Weimar

CHRISTOPH SCHWARZKOPF

Ein Beispiel vielfacher Konversionen – wenn gestattet ist, auch Transformation eines Ortes hier zu subsumieren – ist das Areal des heutigen „Weimarplatzes“ in der ihm namengebenden Stadt.

Zunächst ein vorstädtischer Ort, neben dem Ackerbürgerstädtchen Weimar, landwirtschaftlich geprägt, und erst durch den Bahnanschluss des Ortes interessant geworden (Abb. 1). Doch nicht so, dass die ersehnten „ausländischen Capitalisten“ nun Schlange gestanden hätten; auch der Bau des Landesmuseums, im Jahr 35 nach Goethe – 1868 – erweckte vor 1871 kein gesteigertes Interesse (Abb. 2).

Zwar hatte man bereits 1868 die neue Straße zum Bahnhof angelegt, die Bebauung erfolgte jedoch zögerlich. Das änderte sich dann, um 1900 war das Gebiet bebaut, das Tal zwischen Stadt und Museum war mit einer anmutigen Parkanlage verschönert auf Kosten der holländischen Königstochter, der Großherzogin Sophie, die ihren Reichtum ihrer Herkunft aus dem niederländischen Königshaus verdankte. Ihr und ihres Gatten Carl Alexanders Regierungszeit nannte man in Weimar das „silberne Zeitalter“ – das goldene

war, ja sicher, die Zeit, die Weimar heute zum Weltkulturerbe adelt.

Das Asbachtal konnte bis 1933 ganz selbstverständlich eine anmutige Anlage bleiben, in der Groß und Klein vielleicht beim Osterspaziergang jauchzte: „[...] hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein [...]“ (Abb. 3).

Der Museumsbetrieb endete kurz nach der Machtergreifung der Nazis. Der Reichsstatthalter Sauckel bezog hier 1933 sein repräsentatives Quartier, anschließend gab es erste Überlegungen anstelle der Spazierwege Marschierwege für geschlossene Formationen herzustellen. Wie in allen Landeshauptstädten des Reiches sollte ein Gauforum mit einem Aufmarschplatz, Reichsstatthaltereie, Haus der Deutschen Arbeitsfront, Haus der Gliederungen der NSDAP und einer „Halle der Volksgemeinschaft“ entstehen, symbolisch für die Einheit von Partei, Arbeit und Staat. Es war vor allem die Idee Sauckels, anstelle der Parkanlage und des Tales die Bauten hier, nahe seinem ersten Dienstsitz zu errichten.<sup>1</sup>

Die Stadt Weimar beeilte sich, zu versichern: „Wie die ehemaligen Landesfürsten ihre Wohnsitze und Regierungsgebäude um den Fürstenplatz städtebau-künstlerisch gruppierten, haben der Herr Reichsstatthalter und die Stadtverwaltung den Wunsch, die schwebenden Bauprojekte zu einem einheitlichen städtebaulichen Werk zusammenzuschließen, das in seiner Wirkung ein sinn- und machtvolles Denkmal für Reich und Führer darstellen soll [...]“. Der Platz sollte in der Art einer „Thingstätte“ gestaltet werden.<sup>2</sup>

In einem Wettbewerbsverfahren für die Planung der Anlage siegte Hermann Giesler, der für Hitler unter anderem in München baute. Hitler hatte den dem Wettbewerb zugrunde gelegten Entwurf von Speer im Verfahren noch um eine „Halle der Volksgemeinschaft“ und einen Glockenturm ergänzt (Abb. 4).<sup>3</sup>

Am Landesmuseum von 1868 sollte seine Konversion auch äußerlich sichtbar gemacht werden, anstelle der Zitek'schen Dachform war ein flaches Zelddach vorgesehen.

Ohnehin hatte Giesler, von dem die Planung stammte, das Haus für einen „Prellbock“ in der Achse vom Bahnhof gehalten.



Abb. 1 Blick vom Bahnhof nach 1843 nach Süden zur Stadt – Äcker und Wiesen, im Tal fließt der Asbach.



Abb. 2 Das fertiggestellte Museum im Jahr 1868 von Süden, die Straße zum Bahnhof (im Bild ganz klein rechts neben dem Museum) noch unbebaut.



Abb. 3 Das Museum mit den Anlagen über dem inzwischen verrohrten Asbach, um 1920.



Abb. 4 Modellfoto des Gauforums nach dem Entwurf von Giesler, 1936. Links im Bild das Museum, seines Daches beraubt, links hinten die „Halle der Volksgemeinschaft“.

Das Tal wurde verfüllt, nur die Tiefkeller der angrenzenden Bauten lassen seine einstige Lage noch erkennen. Es sollte der größte Platz Europas entstehen, ein Rechteck mit Seitenlängen von 200 und 350 Metern.<sup>4</sup> Anlässlich der Feiern zum 10. Jahrestag des ersten NSDAP-Reichsparteitags fand 1936 der „erste Spatenstich“ als große Propagandaveranstaltung statt, ebenso wurde die Grundsteinlegung 1936 inszeniert, hierfür sogar ein Teilmodell der Fassade der geplanten Halle in Originalgröße errichtet. Sauckel hat die Anlage auch in der Kriegszeit weiterbauen lassen – als einer der frühen Hitlergetreuen unterstützte dieser ihn dabei – obwohl die Bauten nicht als „kriegswichtig“ eingestuft waren.<sup>5</sup> Für manche der am Bau Beteiligten sicher die Hölle: Auch Zwangsarbeiter sind für den Bau eingesetzt worden. Der Platz wurde nach Adolf Hitler benannt.

Dennoch gelang es nicht, die Anlage fertigstellen zu lassen. Nur in Teilen nutzbar waren zum Kriegsende die Bürobauten, die Halle stand nur als Skelett.

Am 4. Mai 1945, also unmittelbar vor offiziellem Kriegsende und noch unter amerikanischer Besatzung, wurde der Platz umbenannt – er hieß nun Karl-Marx-Platz.<sup>6</sup> Für eine 1946 auf dem Platz geplante Demonstration zum ersten Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald am 11. April 1946 begann man, den offenen Giebel der Halle zu verschalen, auf dem Platz sollte ein Ehrenmal errichtet werden<sup>7</sup> – beides fand jedoch hier nicht statt. Hermann Henselmann hatte vorgeschlagen, aus der Halle ein Kulturzentrum zur Erinnerung an die Buchenwaldopfer zu machen.<sup>8</sup>

Zunächst nutzten die Stadtverwaltung und private Firmen zahlreiche Räume, sie mussten diese aber 1947 räumen. Die folgende Konversion des Areals war die Inbesitznahme durch die Rote Armee: Die Sowjetische Militäradministration Thüringen wurde hier untergebracht. Dazu gehörten auch ein Jungesellenwohnheim, Wohnungen und eine Kantine. Der Aufmarschplatz behielt seine Funktion nicht bei: Er wurde zur Grünfläche umgestaltet, ein Stalindenkmal aufgestellt (Abb. 5).<sup>9</sup> Das stand hier bis 1956 – man war in der DDR stalintreuer als dessen sowjetische Landsleute. Der Gipsguss mit Anstrich war 1956 so schadhaft, dass man es abtrug, „um eine Wirkung zu vermeiden, die ein sichtlicher Zerfall oder



Abb. 5 Nutzung des „Karl-Marx-Platzes“ 1947 – der Platz eine Grünfläche mit Stalindenkmal, die Gebäude geschmückt mit Losungen zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution und Stalinbild.

gar Einsturz in der Öffentlichkeit auslösen würde“ – so in einem internen Vermerk der Stadtverwaltung.<sup>10</sup> Das Gerippe der Halle – das einzig innovative waren damals an ihr die Spannbetonfachwerkbinder – diente zunächst weiter als Werbeträger, das Museum verfiel, nachdem es zuletzt 1947 für eine Ausstellung genutzt worden war.

Die Verwaltungsbauten waren seit dem Umzug der Landesverwaltung nach Erfurt 1947/1948 und der Auflösung der Sowjetischen Militäradministration, spätestens aber mit der Auflösung der Länder beziehungsweise Bildung der Bezirke als neuen Verwaltungseinheiten in der DDR Kandidaten einer erneuten Konversion: Die Kaderschmiede für die unteren Verwaltungsränge in der DDR, die Fachschule für Staatswissenschaften „Edwin Hörnle“ (eine Ausbildung dort kann durchaus Basis einer heutigen Tätigkeit als Landesminister oder Landrat sein), die Agraringenieurschule Walter Ulbricht (hochrangige Staatsmänner im Osten konnten für alle Wissenszweige namengebend sein), ein Internat der Hochschule für Architektur und Bauwesen und deren Bibliothek fanden Raum in den 1.000 Zimmern der Bauten (Abb. 6).



Abb. 6 Eingang zur Bibliothek der Hochschule für Architektur und Bauwesen im ehemals für den Reichsstatthalter bestimmten Südflügel. Erscheinungsbild seit 1987 (Anbau der Rollstuhlrampe) im Jahr 2000.





Abb. 7 Der Platz mit Sportplätzen, die Halle links hinten verschalt, um 1960.



Abb. 8 Blick auf den Karl-Marx-Platz 1988. Die Halle ist seit den 1970er Jahren zum „Mehrzweckgebäude“ für Lagerei und Gewerbe fertig gestellt, die Fassade mit Betonlamellen versehen, seit 1984 besteht vorgelagert ein Flachbau als Mensa.

1950 hatte die Stadtverwaltung Weimar noch Skrupel, das Areal zu nutzen, es sei „politisch sehr stark belastet und [weil es, Anmerkung des Verfassers] den Charakter eines hässlichen Kasernenhofes trägt“.<sup>11</sup> Das Museum war zuletzt 1946 für eine Ausstellung genutzt worden, danach ließ man es verfallen. Ein Teilbebauungsplan von 1951 sah vor, das Museum abzubauen. Man hatte die Vorstellung, dass die Monumentalität des ehemaligen Gauforums durch die Veränderung seiner städtebaulichen Einbindung gemildert werden könne: Durch Hereinleitung des Verkehrs sollte der Platz „den ihm anhaftenden Makel einer vorhergegangenen Epoche verlieren“.<sup>12</sup>

1952 beschäftigte sich eine Analyse nochmals mit der Nutzung als Buchenwalddenkmal, die Anlage würde bei Vorbeileitung des überörtlichen Verkehrs auch dazu führen, den Durchfahrenden die Bedeutung Weimars klar zu machen.<sup>13</sup>

1952 wurde das Museumsgebäude unter Denkmalschutz gestellt, diese Aktion blieb allerdings bis 1987 praktisch folgenlos.

Ende der 1950er Jahre wurde der Platz zur Sportstätte umgestaltet, Fotografien überliefern diese Situation (Abb. 7).<sup>14</sup> 1959 berichtete die Thüringische Landeszeitung über eine Umnutzung der Keller unter dem Torso der Halle: Hier wurden in den Kellern Champignons gezüchtet.<sup>15</sup> 1960 wurden die Bauten verputzt. Ihre Farbigkeit erhielten sie „nach Angabe des Architekten“. Dabei waren nahezu alle Bauten ocker gehalten, nur ein Teil des Südflügels, das Pendant zum ehemaligen Landesmuseum, wurde, dessen Rotsandstein farblich entsprechend, rot gestrichen.

Komplizierter stellte sich die Sache bei der Halle dar. Hatte Hermann Henselmann nach 1945 empfohlen, sie im Sinne Gorkis („Sie ehrten Lenin, in dem sie sich nützten“) zu einem Kulturzentrum als Erinnerungsstätte an die Buchenwaldopfer zu machen, führte sie zunächst einen Dornröschenschlaf. 1951 bot die Stadt Weimar dem Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, an, die Halle als Kongresshalle nach ihm zu benennen. Dazu kam es nicht. Es gab verschiedene andere Konversionsüberlegungen. Walter Ulbricht äußerte sich im April 1964. Er verwarf Überlegungen einer Umnutzung zu einem Sportzentrum, da für derartige Vorhaben eine Maximalsumme von 5,5 Millionen Mark zur Verfügung stünde, die

jedoch für die Kongresshalle nicht auskömmlich wären. So war er mit einer Umnutzung zur Lagerhalle einverstanden.<sup>16</sup> Anfang der 1970er Jahre begann man, sie zu einem „MZG“, einem „Mehrzweckgebäude“ umzubauen, in dem dann, wie mein Baukonstruktionsdozent berichtete „die GHG [Großhandelsgesellschaft, Anmerkung des Verfassers] Kurzwaren und Knöpfe bis unter die Decke stapelt“. Kennzeichnend für die Fassade waren die senkrecht montierten Betonlamellen.

Die anderen Gebäude erhielten 1977/78 eine neue Dachdeckung, die Dächer wurden ausgebaut.

1984 entstand vor der inzwischen umgenutzten Halle eine Mensa, auf dem Platz die zugehörige Baustelleneinrichtung (Abb. 8). Der Sportplatz wurde anschließend nicht wiederhergestellt.

Das Landesmuseum wurde in den 1970er Jahren als Werbeträger für den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, englisch: COMECON, das Wirtschaftsbündnis des Ostblocks, genutzt (Abb. 9). Die Werbung war bereits Anfang der 1980er Jahre in Auflösung begriffen und wurde bereits vor 1989 beseitigt. 1988 löste sich ein

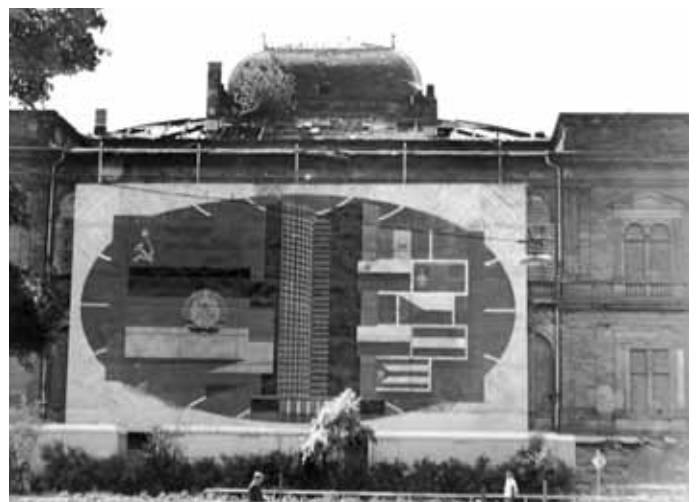


Abb. 9 Die Nordseite des ruinösen Landesmuseums mit der bereits maroden Werbung für den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, englisch: COMECON, das Wirtschaftsbündnis des Ostblocks, um 1980.

Teil des Gesimses des Landesmuseums und schlug auf den vorbeiführenden Gehweg. Dies war das „Fanal“ für die Rettung des Museums. Der Zusammenarbeit verschiedener Akteure ist zu verdanken, dass zunächst „Technosportler“ gerüstlos die Mauerkronen sicherten, anschließend konnte die Beräumung der Ruine von Schutt und Taubenkot beginnen. Verschiedene Enthusiasten wirkten mit, so der spätere Denkmalpflege-Professor Dr. Wirth, der zahlreiche Studenten zur Mitarbeit motivieren konnte (Abb. 10). Im Oktober 1989 war dann ein Ringanker auf dem Mauerwerk betoniert.<sup>17</sup>

Die Nutzung der Halle als Mehrzweckgebäude für Lagerei und Gewerbe war nach 1989 obsolet. Für das wiederhergestellte Land Thüringen wurde Anfang der 1990er Jahre das „Thüringer Landesverwaltungsamt“ als Mittelbehörde gebildet. Das Landesverwaltungsamt nutzte seit 1992 die Bauten und die Freifläche – aus-



Abb. 10 Hermann Wirth bespricht mit den studentischen Helfern 1988 die anstehenden Arbeiten zur Entschuttung der Ruine des Landesmuseums.

genommen das „Mehrzweckgebäude“. Das Amt ließ bis 1994 den Platz zum Parkplatz umbauen. In der gleichen Zeit ließ das Landesamt für Denkmalpflege durch ein Erfurter Architekturbüro einen Gestaltungsvorschlag für das Areal erarbeiten. Dieser sah vor, die Straße beiderseits mit Bäumen zu bepflanzen, um die räumliche Wirkung des Platzes abzuschwächen. Stellvertretend für die vielseitige Kritik, sei hier der Beitrag von Gerald Felber, „Das Gauforum läßt sich nicht als Allee verstecken“, genannt.<sup>18</sup>

1994 wurde das Ensemble durch das Landesamt für Denkmalpflege aus geschichtlichen Gründen in das Denkmalverzeichnis des Landes eingetragen.<sup>19</sup> Seit 1992 war es bereits vorläufig unter Schutz gestellt worden. Zu Zeiten der DDR war nur das Landesmuseum Denkmal. Dieses konnte nach einer zehnjährigen Instandsetzungszeit zum 1. Januar 1999 als „Neues Museum“ wieder eingeweiht werden.

1999 wurde ein Wettbewerb zur Umgestaltung des „Weimarplatzes“ ausgelobt.<sup>20</sup> In der Auslobung wurden denkmalpflegerische Ziele definiert. Die Anlage sollte insgesamt erhalten und erlebbar bleiben, durch gestalterische Eingriffe jedoch die Architektur des Dritten Reiches nicht das „letzte Wort“ behalten, die Bauten aber auch nicht banalisiert werden. „Das negative Geschichtsdenkmal ‚Gauforum‘ soll in seiner historischen Bedeutung, aber in kritischer Brechung wahrnehmbar und erfahrbar bleiben.“<sup>21</sup> Besonders interessant war der Beitrag des Berliner Büros Beyer + Schubert.

Die Architekten sahen vor, den ehemals geplanten Aufmarschplatz mit einer Tiefgarage zu unterkellern. Deren obere Decke auf dem Niveau des Platzes sollte mit einem umlaufenden Schlitz versehen werden, die Aufmarschfläche praktisch nicht mehr erreichbar sein. Zunächst hatte der Wettbewerb keine praktischen Folgen.

Von Mai bis August 1999 inszenierte Joachim Preiß die Teile 2 und 3 der Ausstellung „Aufstieg und Fall der Moderne“ in dem inzwischen leer geräumten ehemaligen Lagergebäude. Mit der umstrittenen Ausstellung zog er, eingebettet in das Kulturstadtjahr in Weimar, Parallelen zwischen der offiziellen Kunst der DDR und der des Dritten Reiches.<sup>22</sup>

Im Jahr 2002 legte die Firma Saller eine Planung zum Umbau der Halle unter dem Motto „Weimar Atrium“ vor.<sup>23</sup> Das zuletzt multifunktional genutzte Gebäude sollte zu einer Shopping-Mall umgebaut werden.

2003 erteilte das Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst als Oberste Denkmalschutzbehörde die Genehmigung für den Umbau unter Auflagen: Die Betonlamellen der Fassade mussten erhalten bleiben. Das Landesamt für Denkmalpflege hielt aus denkmalpflegerischer Sicht die geschlossene Herstellung der Platzfläche für sinnvoller, der umlaufende Schlitz, als „Graben“ bezeichnet, sollte nur zulässig sein, wenn seine Herstellung deutlich wirtschaftlicher wäre. Der Investor hatte dies geltend gemacht, da er so auf die Entauchung der Tiefgarage verzichten könne. Das Landesamt verlangte allerdings, die Platzoberfläche, wie im Entwurf von Beyer + Schubert vorgesehen, als Sichtbeton mit Inschriften herzustellen. In einem Schreiben vom April 2005 bekräftigte das Landesamt für Denkmalpflege noch einmal seine Forderungen und zitierte die Motivation des Freiflächenentwurfes von Beyer und Schubert:

„Der ehemalige Aufmarschplatz des Gauforums wird für eine Tiefgarage ausgehöhlt. Die neue konstruierte Platzebene ist eine schwebende Decke, eingehängt zwischen filigrane Brücken und Treppen mit einem umlaufenden 3 m breiten ‚Graben‘. Die Schritte über die mit Kreuzprofilen gefüllten Stahlkassetten machen den Hohlboden spürbar. Aufgedruckte Linien, Zahlen und Texte (ein Handballfeld, Textbotschaften, ein Kinderspiel...) versprechen Aktivitäten und verhindern sie gleichzeitig in ihrer Überlagerung. Die neue, empfindliche ‚Haut‘ des Platzes verweist in eine Leere. Eine räumliche Leere, die eine gedankliche Auseinandersetzung mit dem Geschichtsdenkmal provoziert.“

Das Eingangsbauwerk zur Tiefgarage sollte verändert werden. Den Werbepylonen wurde zugestimmt, Bedingung war, die Fassade werbefrei zu gestalten.<sup>24</sup> Die Zustimmung der Oberen Denkmalschutzbehörde berücksichtigte diese Stellungnahme nicht vollständig, eine anschließende Intervention des Landesamtes bei der Obersten Denkmalschutzbehörde blieb erfolglos.<sup>25</sup> Statt die geplante Stahl- oder Betonfläche des Tiefgaragendaches herzustellen, wurde dieses begrünt – dies war ausdrücklicher Wunsch auch der Behördenleitung des Landesverwaltungsamtes (Abb. 11).

Ebenso auf Wunsch des Landesverwaltungsamtes wurde die Farbgebung der Bauten, die seit 1960 Bestand hatte, bei der Neufassung von 2008 bis 2012 verändert:<sup>26</sup> Das Gebäude, das ursprünglich für die „Deutsche Arbeitsfront“ errichtet worden war, erhielt einen roten Anstrich (Abb. 12).



Abb. 11 Die ummantelte und zur Shopping-Mall umgewandelte Halle. Hinter der Membran sind die Betonlamellen erhalten. Der „Graben“ zeichnet sich im Gründach ab; auf Wunsch des Landesverwaltungsamtes wurde der Wettbewerbsentwurf, der eine Betonfläche vorsah, in der Ausführung verändert.

Damit ist es nun wesentlich dominanter im Stadtbild als ehemals. Dies mag man als eine gestalterische Albernheit abtun. Ebenso fragwürdig der neue Abschluss des unvollendeten Turmes: Das um 1950 errichtete Dach hatte den Charme des provisorischen – der neue Abschluss versucht dies mit einem eigenen gestalterischen Anspruch deutlich zu machen – was aber zu seiner Aufwertung führt, die man vermutlich vermeiden wollte. Auch die Wiederherstellung der Schieferdeckung, die die Bauten bei der Dachsanierung der 1970er Jahre verloren hatten, wertete die Gebäude zusätzlich auf – ein unverständlicher Akt von Denkmalpflege. Heute sind sie vollendet wie nie zuvor (Abb. 13).

Das Bauvorhaben zur Umnutzung der Halle wurde ebenfalls realisiert, hier entstand das „Weimar Atrium“ als Einkaufszentrum – hier ist nun „des Volkes wahrer Himmel“. Insgesamt eine spannende, facettenreiche Konversionsgeschichte – wenn auch die Umhüllung der Halle, das Eingangsbauwerk zur Tiefgarage und die

Werbeanlagen dem Ort sicher unangemessen sind.

Völlig unerklärlich aber, mit welcher Geschichtsvergessenheit die Stadt Weimar heute ihre Gäste empfängt: Sie nutzt das „Weimar Atrium“ als Empfangsgebäude für mit Bussen anreisende Reisegruppen. Ein geschichtsträchtiger Ort – der Gast erfährt in der als „italienisches Dorf“ dekorierten Etage, in der sich das „Weimar Welcome Center“ befindet, jedoch mit keiner Silbe, was es mit dem monströsen Ensemble auf sich hat, das zur Heimstatt des italienischen Dörfchens geworden ist [Die hier vorgesehene Abbildung darf wegen Verbots des Centermanagements nicht veröffentlicht werden, Anmerkung des Verfassers]. An die frühere Achse Berlin-Rom wird dabei hoffentlich auch niemand gedacht haben. Wie auch immer: Dieses „Weimar Welcome Center“ ist in dieser Form eine kulturelle Schande für die Stadt, die zu Recht als eine der wichtigsten Orte deutscher Kulturgeschichte zu bezeichnen ist.



Abb. 12 Juli 2010: Auf Wunsch des Landesverwaltungsamtes wurde die Farbgebung der Bauten, wie sie als Erstfassung seit 1960 Bestand hatte (links), verändert (rechts).



Abb. 13 Der Turm des ehemaligen Gauforums mit seinem neuen oberen Abschluss, der das flache Zeldach der 1950er Jahre ersetzte (vgl. Abb. 07).

**Anmerkungen**

- 1 StadtA Weimar, Hauptamt vor 1945, 102-07/1 o.P., Schreiben Gauleiter Sauckel an Oberbürgermeister der Stadt Weimar vom 15.11.1934.
- 2 StadtA Weimar, Hauptamt vor 1945, 102-07/1 o.P., Denkschrift der Stadt Weimar vom 08.02.1935.
- 3 StadtA Weimar, Hauptamt vor 1945, 102-07/1 o.P., Allgemeine Landeszeitung Deutschland Nr. 30, 16.05.1937, S. 3–4.
- 4 StadtA Weimar, Hauptamt vor 1945, 102-07/1 o.P., Allgemeine Landeszeitung Deutschland Nr. 30, 16.05.1937, S. 3–4.
- 5 ThHStAW Zweckverband 65, Schreiben vom 23.08.1941, Schreiben von H. Giesler.
- 6 Stadtarchiv Weimar, Rat der Stadt 1945–1990, 567060 – 1312 Straßenumbenennungen, Bd. 2, ohne Datum.
- 7 Stadtarchiv Weimar, Rat der Stadt 1945–1990, 473120 – 190, Schreiben Stadtbauamt an Bürgermeister, 26.11.1946.
- 8 Thüringer Volkszeitung, 06.03.1946.
- 9 Dies überliefern Fotos und Pläne, u.a. ThHStAW, Zweckverband Rolle 346
- 10 Stadtarchiv Weimar, Rat der Stadt 1945–1990, 473125 – 1374.
- 11 Stadtarchiv Weimar, Verwaltungsarchiv, 575 Strukturanalyse Weimar 1950, S. 30.
- 12 Bundesarchiv DH 1 38594 Stadtverwaltung Weimar an Ministerium für Volksbildung der DDR, 13.01.1951.
- 13 Stadtarchiv Weimar, 563000 – 1675 Strukturanalyse Weimar 1951–52.
- 14 Stadtarchiv Weimar, Sammlung Rösner, Band 3.
- 15 Thüringische Landeszeitung, 07.11.1959.
- 16 Stadtarchiv Weimar, Rat der Stadt 1945–1990, 473000 – 1492, o.P.
- 17 S. Wirth, Hermann: Mißachtung und Neubewertung. Das Landesmuseum in Weimar als unbequemes Architekturdenkmal 1945 – 1995, in: Bothe, Rolf: Neues Museum Weimar, München 1997.
- 18 Ostthüringer Volkszeitung, Gera, 02.09.1995, TLDA, Objektakte Weimarplatz.
- 19 TLDA, Objektakte Weimarplatz, Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 02.11.1995.
- 20 TLDA, Objektakte Weimarplatz, Schreiben ProjektPartner GmbH an TLDA, 31.05.1999.
- 21 TLDA, Objektakte Weimarplatz, Schreiben ProjektPartner GmbH an TLDA, 31.05.1999, Entwurf Auslobungstext, S. 57.
- 22 Preiß, Achim: Aufstieg und Fall der Moderne, in: Weimar Kultur Journal 05/1999, S. 16 ff.
- 23 TLDA, Objektakte Weimarplatz.
- 24 TLDA, Objektakte Weimarplatz, Schreiben des TLDA vom 12.04.2005.
- 25 TLDA, Objektakte Weimarplatz.
- 26 Mündliche Auskunft des TLDA auf Nachfrage zur Ursache der veränderten Farbgebung.

**Abbildungsnachweis**

Abb. 1: Klassikstiftung Weimar; Abb. 3: Thür. Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Skell; Abb. 5, 7: Stadtarchiv Weimar; Abb.2, 4, 6, 8–13: Christoph Schwarzkopf.

## Konversion statt Konservieren? Der Versuch einer Klärung, ob die aktuelle Denkmalpflege ein schlechtes Gewissen haben muss.

THOMAS DRACHENBERG

„[Die Menschheit] hat die Verpflichtung, [kommenden Generationen] die Denkmäler im ganzen Reichtum ihrer Authentizität weiterzugeben.“ (Charta von Venedig)

„Denkmalpflege gründet sich auf den Respekt für die bestehende Substanz und sollte so wenig wie möglich an materiellen Eingriffen mit sich bringen. Sie sollte nicht die Beweiskraft der Substanz verfälschen.“ (Charta von Burra)

Oberstes Ziel unseres Berufsstandes ist es, die als wertvoll erkannten Dinge zu bewahren und zu pflegen.

Schauen wir uns in unserem Berufsalltag aber selbstkritisch um, so scheint es, dass wir nur ganz kleine Schwimmer auf einer großen, immer wieder mit neuen Kräften heranrollenden Welle des Wandels sind.

Wir reden an Land – also unter uns Fachleuten – ständig von der konstanten baulichen und moralischen Qualität der Substanz und der Bewahrung des Erscheinungsbildes.

Andererseits haben wir das Gefühl, dass wir wenig wirklich unverfälscht bewahren können. Es herrschen vielmehr auf hoher See im Arbeitsalltag ganz andere Themen, zum Beispiel Investitionssicherheit, Arbeitsplätze und die maximale Grundstücksverwertung, Barrierefreiheit und energetische Verbesserung.

Tauchen wir unter der Welle durch, in der Hoffnung, es kommt dann keine mehr? Schwimmen wir lieber mit und verwenden unsere Kraft darauf, uns bessere Schwimmhilfen zu besorgen? Oder müssen wir die Eigenschaften einer Bühne haben, die immer wieder den neu anrollenden Wandel bricht?

Worin besteht eigentlich die Konstanz unseres Berufsstandes? Wer und was wandelt sich?

Das Problem, das ich in meinem Vortrag beleuchten will, könnte man so umschreiben:

- Hat die Beibehaltung der Bedeutung eines Denkmals Priorität oder die Hinzufügung neuer Bedeutungen, damit die alten auch weiter existieren können?
- Und: Hat die Erhaltung der Substanz am Denkmal Priorität oder

die Veränderung der Substanz zur Erhaltung des Denkmals?

- Bringt der Wandel = die Konversion irgendwann den Verlust des Denkmalwertes?

Ich möchte an zwei Beispielen – ein zum Schneeschieber gewandelter Panzer in Kleinmachnow bei Berlin und ein Gefängnis in Potsdam – das Problem illustrieren. Mit Absicht wähle ich zwei sehr plakative Beispiele und verzichte hier in meinem Vortrag auf die Diskussion, ab wie viel Balkons an einer ehemaligen Kaserne oder ab welcher Überbauungshöhe eines Bunkers der Denkmalwert kritisch wird (Abb. 1).

### Panzerdenkmal in Kleinmachnow: <sup>1</sup>

#### Phase 1: „Panzerdenkmal“ Dreilinden

„Zur Erinnerung an die Gefallenen der sowjetischen Panzerarmee in der Schlacht um Berlin wurde in Berlin-Zehlendorf auf dem breiten Mittelstreifen der Potsdamer Chaussee in Höhe der AVUS durch die sowjetische Besatzungsmacht ein konventionelles Panzerdenkmal errichtet und am 17. Oktober 1945 feierlich eingeweiht. Bei dem Denkmal handelte es sich um einen blockhaften rechteckigen Ziegelsockel, der, mit weißen Marmorplatten verblendet, auf einer leicht aufsteigenden Rampe einen sowjetischen „Stalin-Panzer“ vom Typ IS und eine Ehrentafel mit heute nicht mehr bekannter Inschrift trug. Der Panzer war in Fahrtrichtung Berliner Innenstadt ausgerichtet.

Weil aber sein Standort im amerikanischen Sektor lag, wurde das Denkmal vor allem während der Blockade Berlins 1948–1949 von den Westberlinern wiederholt mit antisowjetischen Parolen beschmiert und mit Brandsätzen beworfen. Eine von den Amerikanern 1951 vorgeschlagene Umsetzung in den sowjetischen Sektor lehnte die sowjetische Kontrollkommission ab. Schließlich mussten die Amerikaner das Denkmal sogar durch einen großen Drahtkäfig vor weiteren Anschlägen schützen (Abb. 2).

Eine zusätzliche Konfrontation erfuhr der Panzer 1953 durch eine Aktion von Jugendlichen des Bürgerschutzbundes.



Abb.1 Berlin Zehlendorf Panzerdenkmal, Standort 1, Sommer 1945.



Abb. 2 Berlin Zehlendorf, Panzerdenkmal Standort 1, 21.9.1951.



links: Abb. 3 Panzerdenkmal Standort 2, 1954.

oben: Abb. 4 Panzerdenkmal, Standort 3, Zeichnung 1969.

Sie errichteten dicht hinter dem Denkmal ein großes, aus unbebauten Eichenstämmen gezimmertes Kreuz als Reaktion auf die Ereignisse um den von sowjetischen Soldaten blutig niedergeschlagenen Aufstand vom 17. Juni.<sup>2</sup> Eine Tafel erinnerte an die Opfer des Aufstandes und würdigte die russischen Soldaten, die hingerichtet wurden, weil sie nicht auf Aufständische geschossen hatten. „Dem Gedenken an die für die Befreiung Berlins am Ende des Zweiten Weltkriegs gefallenen Sowjetsoldaten wurde damit das Gedenken an die zivilen und militärischen Opfer des Juni-Aufstands an die Seite beziehungsweise gegenübergestellt.“<sup>3</sup>

Ein erster Bedeutungswandel ist zu verzeichnen (Abb. 3).

### Phase 2: erster Standortwechsel

1955 holten die Sowjets doch das Denkmal aus dem Gebiet der Frontstadt in die DDR. „Im Nachhinein wurde die Umsetzung mit den ständigen Angriffen und Provokationen begründet, denen es auf Westberliner Territorium ausgesetzt gewesen sei. Als Standort wurde die erste Kurve der alten Reichsautobahn unmittelbar hinter der Berliner Stadtgrenze gewählt. Die Gestaltung blieb grundsätzlich gleich, jedoch wurde der Sockel deutlich erhöht und zur Panzerstandfläche mit einem kräftigen Gesims abgeschlossen. Außerdem wurde der schwere Panzer vom Typ IS stillschweigend gegen einen mittelschweren des Typs T34 ausgetauscht. Das Geschützrohr war auf West-Berlin gerichtet. Ob der Austausch des Panzers noch andere Gründe hatte als die Gewichtsreduzierung, ist nicht bekannt. Die feierliche Einweihung fand am 7. Oktober 1955, dem 6. Gründungstag der DDR statt. Da

der Panzeraustausch unerwähnt blieb, behielt die Legende, dass dieser Panzer der Erste gewesen sei, der 1945 die Berliner Stadtgrenze überquert habe und der erste Aufstellungsort eben jene Stelle bezeichnete, weiterhin ihre Gültigkeit.“<sup>4</sup>

Wir erkennen einen ersten Ortswechsel und die Veränderung der Substanz.

### Phase 3: zweiter Standortwechsel

„Ein zweites Mal wurde das Panzerdenkmal 1969 im Zuge der Verlegung der Grenzübergangsstelle Drewitz und der gleichzeitigen Verschwenkung des Autobahnverlaufs umgesetzt, weil es mitten auf der Trasse des geplanten Autobahnzubringers stand. Der sowjetische Marschall Koschewoi bat die DDR, das Denkmal diesmal „nach modernen architektonischen Gesichtspunkten zu errichten“<sup>5</sup>.

Die pathetische Gesamtwirkung des Denkmals wird durch den neu entworfenen, sphärisch geformten Betonsockel mit dynamisch ansteigender Rampe als Panzerstellfläche gegenüber den zwei Vorgängerentwürfen erheblich gesteigert. Neu angebracht wurde eine Bronzeplatte mit den Namen von zehn gefallenen Sowjetsoldaten und die Flankenbeschriftung des Sockels in Deutsch und Russisch „RUHM DER SOWJETISCHEN ARMEE“. Auch jetzt in einer Kurve aufgestellt, blieb die Zielrichtung des Geschützrohres weiterhin West-Berlin (Abb. 4).

Ab jetzt diente das Denkmal auch der eigenen Traditionspflege der DDR, wie eine Ministervorlage zur Einweihung belegt. Darin heißt es, dass das Denkmal die Stärke und den Sieg des Sozialismus

dokumentiere sowie die ewige Freundschaft und Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion ausdrücke.<sup>6</sup>

Das Denkmal wechselt zum zweiten Mal den Ort und erhält neue Bedeutungen.

#### Phase 4: Bedeutungswandel nach 1989

„Das Panzerdenkmal wurde nach der politischen Wende erstmals problemlos öffentlich zugänglich. Nur so konnte es geschehen, dass das Geschützrohr des Panzers, das die dynamische Aufwärtsbewegung des Sockels betonte, immer wieder von Unbekannten umgedreht wurde, sodass es sockelabwärts zeigte. Dies war vermutlich mit ein Grund für die Entscheidung der sowjetischen Streitkräfte, den Panzer 1990 ganz von dem Denkmal zu entfernen.“<sup>7</sup>

Eine Aktion, die übrigens mittels eines Anrufs bei der obersten Denkmalschutzbehörde im Kulturministerium in Potsdam unbürokratisch flankiert wurde.<sup>8</sup>

Am 27. März 1992 gelangte der verwaiste Sockel durch eine spektakuläre Kunstaktion zu neuer Bedeutung. Auf den inzwischen von all seinen Applikationen befreiten und teilweise stark besprühten Sockel hievte eine Gruppe um den Künstler Eckhard Haisch, damals anonym, ein künstlerisch verfremdetes – nämlich rosa angestrichenes – Schneeräumfahrzeug aus sowjetischer Produktion (Abb. 5 und 6). Damit stellte sich der Künstler bewusst in eine Reihe ähnlich gearteter Aktionen, wie der rosa Bemalung eines Panzers auf dem Prager Wenzelsplatz durch Prager Bürger 1990.

Die Fräse wurde so aufgestellt, dass aus Sockel und Fahrzeug eine spannungsvolle, graphische Zickzacklinie entstand. Die Befestigung auf dem Sockel war durch statische Berechnungen vorbereitet und dann doppelt gesichert, um Unfälle zu vermeiden.<sup>9</sup>

Die Aktion sollte die verschwindende Grenze als Gedenkort vor dem Vergessen bewahren. „Das Gerät steht dabei symbolisch für die Möglichkeit, Hindernisse und Widerstände, die Begegnungen von Menschen im Wege stehen, auszuräumen.“<sup>10</sup> Das neue Denkmal markiert damit die politische Wende in der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Wiederholt haben wir einen Bedeutungswandel und eine Veränderung der Substanz zu konstatieren.

#### Phase 5: Konservierung des Bestandes

„1985 war das Panzerdenkmal in seiner letzten Version mit Panzer in die Denkmalliste der DDR aufgenommen worden. Wegen der Entfernung des Panzers wurde die Position 1991 völlig zurecht aus der brandenburgischen Liste gestrichen. Aufgrund seiner neuen Form und mit Blick auf seine gewandelte Bedeutung wurde das Denkmal jedoch 1993 als Zeichen des politischen und gesellschaftlichen Wandels in Deutschland neu in das Denkmalverzeichnis aufgenommen.<sup>11</sup> Es ist nach wie vor das einzige Denkmal im Bereich der ehemaligen Grenzanlagen, das im eigentlichen Sinne die politische Wende zum Gegenstand hat. Es lässt sich als eine Verbildlichung des biblischen Friedensmottos der Menschen, die diese Wende herbeigeführt haben, interpretieren: Panzer zu Schneefräse – Schwerter zu Pflugscharen (Jesaja 2, Vers 4). Eine Erhaltung ist deshalb unverzichtbar.“<sup>12</sup>

Seit Ende 2011 ist die Anlage konserviert und ein Verein kümmert sich als neuer Träger um die Erhaltung. Zusammen mit dem Beobachtungsturm des Grenzübergangs Dreilinden (Checkpoint Bravo) und dem Rudiment der Stele mit dem fehlenden DDR-Hoheitszeichen sind das drei Denkmale, die den historischen Ort markieren.

#### Zusammenfassung:

Was müssen wir für diesen Fall feststellen? Das Denkmal hat drei Phasen mit unterschiedlicher Substanz (erster Panzer, zweiter Panzer, Schneefräse) und drei Standorte (Zehlendorf, alte Autobahn, neue Autobahn) durchlebt. Neben der Intention der Erbauer gibt es mindestens vier jeweils aktuell-politische Deutungen:

- Reflektionsebene 17. Juni 1953
- Bedrohungsgefühl der West-Berliner durch das nach Berlin gerichtete Panzerrohr
- Metapher des Sieges des Sozialismus über den Faschismus und die ewige Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion der DDR-Geschichtsschreibung
- Die rosa Schneefräse als das Symbol der Überwindung von bisher fest gefügten Widerständen mit dem Subtext der Befreiung Osteuropas durch die rosa Farbe.

Reden wir da von Konversion, von Wandel oder von Konservierung?



Abb. 5 Denkmal, Standort 3, 25.10.2009.



Abb. 6 Denkmal, Standort 3, 8.5.2012.

Reden wir von der Konstanz des Denkmalwertes? Bevor wir diese Fragen behandeln, zunächst noch ein Beispiel, das völlig anders gelagert ist:

**Das Gefängnis der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam<sup>13</sup>**  
*Ausgangssituation*

Das ehemalige Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam ist ein einzigartiges zeitgeschichtliches Dokument (Abb. 7).



Abb. 7 Potsdam, Mirbachstr. 1, Haus der Evangelischen Frauenhilfe, Aufnahme vor 1945.

„Das Gebäude in der Mirbachstraße 1 (heute Leistikowstraße 1) wurde in den Jahren 1916 bis 1918 errichtet. Bauherr war der unter der Schirmherrschaft von Kronprinzessin Auguste Viktoria 1888 gegründete Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein (EKH). Das Gebäude diente als Pfarrhaus sowie als Geschäftsstelle und Büro der 1899 vom EKH gegründeten Evangelischen Frauenhilfe (EFH) [...]“

Das Gebiet am Neuen Garten war und ist mit repräsentativen Villen und Landhäusern bebaut. Als unmittelbar nach Abschluss der Potsdamer Konferenz am 13. August 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) das Viertel beschlagnahmte, mussten die Bewohner ihre Villen verlassen. Um das neu gegründete „Militärstädtchen Nr. 7“ wurde eine zwei Meter hohe Mauer errichtet.

Das vormalige Pfarrhaus wurde durch die Hauptverwaltung der militärischen Spionageabwehr GUKR/Smers<sup>14</sup> der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ<sup>15</sup> (Sowjetische Besatzungszone) zum Untersuchungsgefängnis bestimmt.<sup>16</sup>

Die Nutzung als Gefängnis ist möglicherweise 1983 beendet. In der Zeit danach diente das Haus als Materiallager. Bis heute gibt es Überlebende und Zeitzeugen aus der Zeit der Gefängnisnutzung.

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland 1994 war ein hochgradig verletztes Gebäude mit den Nutzungsspuren eines Terrorapparates plötzlich für die Allgemeinheit zugänglich (Abb. 8).

Es ergab sich die Chance, das einzige erhaltene sowjetische Untersuchungsgefängnis außerhalb der Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu bewahren.

Denkmalgeschützt ist nicht das Wohn- und Verwaltungsgebäude der evangelischen Frauenhilfe, sondern die Zentrale der russischen und sowjetischen Auslandsspionage in Potsdam mit den nahezu unveränderten Spuren der Nutzung als Folterstätte und Gefängnis. Ein historisches Gutachten stellt lakonisch fest, dass es sich dabei um das einzige erhaltene derartige Gefängnis in Europa handelt, mit Ausnahme derjenigen, die in Russland und einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch aktiv betrieben werden.

Veränderungen und Entstellungen waren und sind eine wesentliche Schicht am Denkmal, die bis heute authentisch Auskunft über die Nutzung und das System des Terrors geben. Die Spuren des Terrors waren die wichtigste Nutzungsschicht – die Verletzung, der Verfall und die aus heutiger Sicht unsachgemäße Reparatur war das zu schützende Gut und die zu bewahrende Information.

Ist es möglich, das geschundene Gebäude tatsächlich mit seiner Substanz, seinen Nutzungsspuren und mit seinem verletzten Erscheinungsbild mittels der Konservierung zu erhalten? Ist es möglich, die Veränderung an- und aufzuhalten?

„Wie sollte man den einzigartigen Bestand möglichst komplett erhalten? Der authentische Ort war als Ebene für die wünschenswerte Vermittlung der Auswirkungen der sowjetischen Repressionspolitik unabdingbar. Die Vermittlung selber würde dagegen Räume, Technik und moderne Medien benötigen. Die Besucherströme müssen empfangen, die Interessierten wollen informiert werden. Viele Veränderungen wären nötig gewesen, um das Haus für diesen Zweck selbst



Abb. 8 Potsdam, Leistikowstr. 1, Südwestansicht, vor der Sanierung.



Abb. 9 Potsdam, Leistikowstr. 1, Neubau und Altbau, 27.1.2009.



auszurüsten – die nach den Vorschriften für ein Museum handelnde untere Bauaufsichtsbehörde hätte dafür Sorge tragen müssen.“<sup>17</sup>

Es entstand die Idee, das Gebäude selber als Ausstellungsgegenstand zu begreifen und für die Zwecke der Gedenkstätte einen Neubau unmittelbar daneben zu errichten (Abb. 9). Damit ergab sich die Chance, das Gebäude selbst von vielen Ansprüchen an Museumsbauten fernzuhalten. Hier interessiert nun vor allem die Frage, ob tatsächlich unter diesen idealen Bedingungen die Konservierung des Bestandes ohne Veränderungen realisiert werden konnte.



Abb. 10 Bild einer Inschrift, Horst Rheiboldt/Rathenow/TODESURTEIL/ 24.3.1953.

Um es kurz zu machen: Unter dem Label der Konservierung = der Erhaltung des Bestandes mussten natürlich zahlreiche Veränderungen akzeptiert werden:

Alle Wandoberflächen im Inneren, besonders aber die der Zellen im Keller- und Erdgeschoss, waren von dokumentarischem Wert. Sie waren mit Ölfarbe, vielfach aber mit Kalktünche und Leimfarbe gestrichen. Scheinbar war der Anstrich oft

erneuert worden. Mindestens im Keller sind in jeder Schicht Inschriften von Häftlingen erhalten, eingeritzt mit Angaben zu Namen, Schicksal und Todesdaten, überwiegend winzig klein und bisweilen mit Bildern versehen (Abb. 10). Eine klassische Aufgabe der Konservierung mit dem üblichen Untersuchungsprogramm kommt zur Anwendung. Die Gedenkstätte sieht die Erhaltung und Entschlüsselung als eine ihrer Aufgaben an. Ein glücklicher Umstand für die Denkmalpflege.

An den Außenfassaden sah das schon anders aus. „Der bauzeitliche Putz hatte sich an den Fassaden noch großflächig, aber mit unterschiedlichem Oberflächenbild erhalten. Er war partiell geschädigt, es gab Bereiche mit Schalenbildung und es fanden sich stellenweise im Sockelbereich Inschriften. Darüber hinaus gab es viele, teils grobe und entstellende Reparaturen. Die baulichen Veränderungen ließen sich anhand der Putzreparaturen gut ablesen.“<sup>18</sup> Gerade die Veränderungen waren aber sehr wichtig. So entwickelten wir ein Stufenprogramm, das Elemente der Konservierung und Restaurierung enthielt:

„Nicht oder nicht mit vertretbarem Aufwand erhaltbare Putzflächen wurden sorgsam abgenommen, großflächige und konservierbare, aber geschädigte Putzflächen durch Hinterfüllung und Anböschung in den Putzrandbereichen gesichert und die strukturgeschwächten, sandenden Bereiche mit Kiesel säureester gefestigt. Da, wo Putz abgefallen war, wurde mit einem Kalkmörtel ergänzt. Es war das Ziel, die neu verputzten Flächen nicht vordergründig in Erscheinung treten zu lassen, sondern sie vielmehr dem Bestand unterzuordnen. Sie wurden daher nach Abschluss aller Putzarbeiten durch den Auftrag einer pigmentierten Kalkschlämme neutralisiert, das heißt einem mittleren, an der Fassade vorherrschenden Farbton angepasst.“<sup>19</sup> Methoden der Konservierung und Restaurierung mit der Beantwortung von Gestaltungsfragen ergänzten sich also hier.

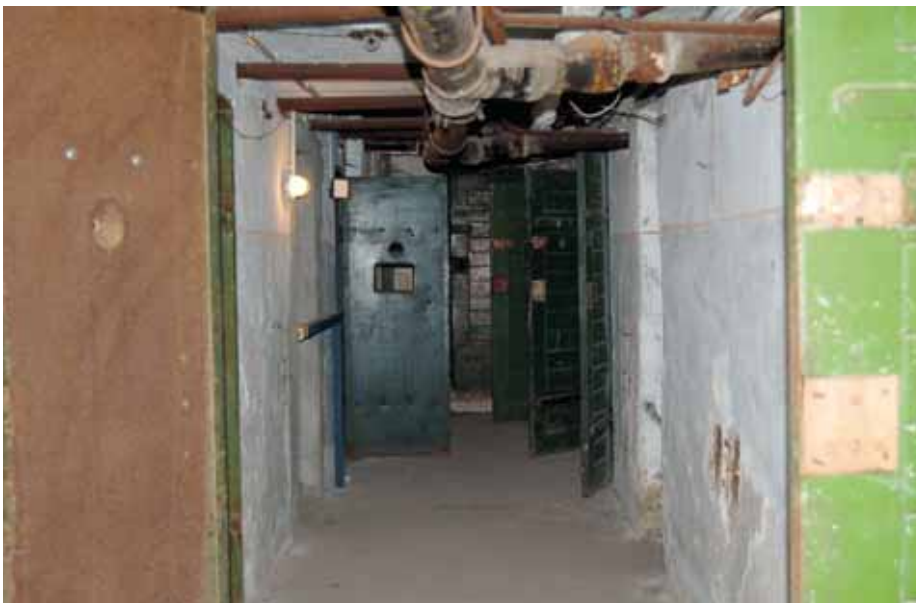


Abb. 11 Keller, 20.11.2006, Flur nach Westen mit Rohren, Zustand vor der Sanierung.



Abb. 12 Fenster 14.7.2006, Zustand vor der Restaurierung.

Die Fenster wurden repariert (Abb. 11 und 12), auch wenn sie in sowjetischer Zeit verändert wurden, und mit einem schützenden Anstrich versehen, der den letzten Farbanstrich wiederholt. Alle vorhandenen Farben verblieben darunter. Die Fenstergriffe stellen ein Sammelsurium verschiedener Nutzungszeiten dar und wurden alle belassen.

Dem Konflikt, keinen zweiten Fluchtweg zu haben, wurde durch die Beschränkung der Besucherzahl ausgewichen. Teile des Gebäudes bleiben für die Öffentlichkeit auch gesperrt, das dient zudem der Konservierung zum Beispiel der sehr sensiblen Einritzungen im Keller.

Die Abwasserrohre im Gang des Kellers standen einer öffentlichen Nutzung im Wege, da sie circa 160 Zentimeter über dem Fußbodenniveau befestigt waren und somit keinen baurechtlich zulässigen Fluchtweg darstellten. „Die Verankerungen dieser schweren Eisenrohre in der Decke waren verrostet. Die statische Sicherung und Sanierung der Rohre hätte einen so großen Eingriff in die Geschossdecke bedeutet, dass die an der Decke befindlichen Wärterinschriften verloren gegangen wären. Aus diesem Grund entschieden wir uns, die Rohre an ihren Halterungen abzusägen, um die wichtigere Decke zu erhalten.“<sup>20</sup> Konservierung war hier nur durch Veränderung möglich.

„Die Sicherheitstechnik an den Außentüren ist komplett in neutralen Formen erneuert. [...] An manchen Innentüren fehlen Beschläge, aber da sie funktional nicht erforderlich sind, konnten wir mit diesen Fehlstellen leben. Treppentralljen oder Metallstangen am Geländer der Außentreppen wurden formgleich ergänzt. Andere Elemente wie Entrauchungsstangen in den Zellen, Brandschutztüren am Abschluss der Flure oder zusätzliche Geländer am Treppenlauf wurden neutral daneben gesetzt. Denkmalpflegerisches Prinzip war die Bewahrung des Vorgefundenen mit neutralen Ergänzungen, soweit diese funktional unverzichtbar schienen. In Einzelfallentscheidungen musste dieses Prinzip während des Bauverlaufes immer wieder auf seine Richtigkeit hin überprüft werden. Hierzu war die hervorragende Kommunikation zwischen allen Beteiligten hilfreich.“<sup>21</sup>

Was bedeutet die beschriebene Vorgehensweise für die Begriffe Konservierung und Konversion?

Natürlich heißt es völlig zurecht in allen offiziellen Verlautbarungen, dass das Gebäude in seinem letzten Zustand im Bestand konserviert wurde. Gleichzeitig dürfte die Beschreibung einiger ausgewählter Problemfelder hier sehr deutlich gemacht haben, dass diese aus unserer fachlichen Sicht überaus erfolgreiche Konservierung sehr viele Elemente der Restaurierung und sehr viele notwendige Ergänzungen mit neuen Bauteilen beinhaltet und vor allem auch gestalterische Entscheidungen notwendig waren. Hier wird deutlich, dass der vorhin erwähnte Leitsatz: „Alles muss so bleiben, wie es ist“ nur durchführbar ist, wenn es Veränderungen gibt. Allein die Erhaltung des Putzes und die Ergänzung der Fehlstellen durch neuen Putz und die Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes mittels der Lasur ist eine wohlbegründete Veränderung, um den Bestand zu erhalten.

Konservierung gelingt nur dann, wenn sie Veränderungen beinhaltet.

#### Fazit:

Eingangs habe ich gefragt, worin eigentlich die Konstanz unseres Berufsstandes besteht.

Sie besteht nicht im unreflektierten Festhalten an der Substanz und am Erscheinungsbild. Wir haben ja gerade beim KGB-Gefängnis in Potsdam festgestellt, dass die Konservierung immer auch Elemente der Veränderung, der Restaurierung, der Konversion enthält.

Die Konstanz unseres Berufsstandes beginnt beim Erkennen der Denkmaleigenschaften: Die vorhandene Substanz in ihren geschichtlichen Veränderungen und sich wandelnden Bedeutungsebenen – wie beim Panzerdenkmal in Kleinmachnow – zu begreifen und vor allem zu bewerten, das ist die konstante Stärke unseres Berufsstandes. Daraus entsteht ein nachvollziehbarer Umgang mit dem Denkmal.

Wir müssen folglich immer wieder mit einem volkstümlich verbreiteten Irrtum aufräumen: Konservierung bedeutet nicht Stillstand, während sich alles wandelt. Konservierung ist der Versuch, den Bestand in seinem letzten Zustand länger zu bewahren, als es ohne Pflegemaßnahmen möglich ist. Wichtig ist, es geht nur länger und nicht ewig (siehe KGB-Gefängnis)! Allein diese Erkenntnis wirkt entkrampfend.

Wichtig ist: Eine Konservierung ist dann erfolgreich, wenn das mit einer Bewertung des Denkmals einhergeht. Ich muss wissen, was ich warum erhalte!

Wichtig ist, dass die Lesbarkeit, das heißt die Ikonographie des Denkmals erhalten bleibt. Wenn man über Denkmale redet, muss der Denkmalwert auch noch vorhanden sein!

Die Frage steht also nicht: Konversion statt Konservieren, sondern muss in die Erkenntnis umgewandelt werden: Konservierung gelingt nur innerhalb der Konversion.

Dabei ist mir folgendes wichtig:

- Die Anforderungen und realen Möglichkeiten, das Denkmal zu pflegen, das heißt zu konservieren, restaurieren und auch zu modernisieren sind immer unterschiedlich. Wir sind schließlich nur ein Anspruch an das Gebäude unter vielen Ansprüchen. Der Besitzer hat dabei – das wird immer leicht vergessen – auch einen großen Anspruch zu formulieren! Das führt zu scheinbar unterschiedlichen Ergebnissen und verunklart unser Bild in der Öffentlichkeit.
- Es geht nicht allein darum, Substanz nur zu bewahren, sondern auch der Bedeutung der Substanz gerecht zu werden. Wir sind immer dann solide, wenn wir die Veränderungen der Substanz und deren jeweilige Bedeutung kennen. Was gerne vergessen wird: Die Substanz selbst und deren Bedeutung muss aus heutiger Sicht bewertet werden. Ob wir konservieren, restaurieren oder erneuern – all das ist letztendlich die Hinzufügung einer Schicht unserer Zeit. Diese Hinzufügung geschieht – im besten Fall und dann hat die Denkmalpflege hervorragendes geleistet – einerseits unter Beachtung und Erhaltung der als relevant erkannten Schichten des Denkmals und andererseits sollte die Hinzufügung zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Denkmalwertes werden. Sie muss Qualität besitzen!
- Neue, aber auch konstante Nutzungen bedeuten Veränderung – unsere Aufgabe ist es, die Qualitäten des Bestandes als

- wichtigsten Teil dieser Modernisierung zu bewahren. Wir begreifen es als Sieg, wenn die Veränderung den Bestand respektiert. Veränderungen können aber auch über den Bestand dominieren. Dann begreifen wir dies oft als Niederlage.
- Ausdrücklich möchte ich hier betonen: Niederlagen müssen als solche auch bezeichnet und nicht schöneredet werden! Das hilft, in der Öffentlichkeit auch verstanden und akzeptiert zu werden. Völlig zurecht haben wir nach Abbau des Panzers in Kleinmachnow durch die abziehenden sowjetischen Truppen das Panzerdenkmal aus der Denkmalliste gelöscht.
  - Aussteigen – den Stecker ziehen – kann man nur vorher – im Planungsprozess. Dazu bedarf es einer hohen Kompetenz, die Konsequenzen auf das Denkmal in dieser Phase bereits zu erkennen. Nach einer mit einer denkmalrechtlichen Erlaubnis legitimierten Sanierung auszusteigen und das Denkmal von der Liste zu streichen, halte ich für rechtlich schwierig.
  - Beachten müssen wir den Bedeutungswandel eines Denkmals. Der findet in der Geschichte und in der Gesellschaft statt. Wir werden dem Denkmal nur dann gerecht, wenn wir die verschiedenen Bedeutungsebenen erkennen, wir werden unserem Anliegen in seiner Konstanz nur dann gerecht, wenn wir letztendlich

unseren eigenen Wandel reflektieren. Auch unsere Sichtweise auf das Denkmal wird nicht ewig fest gefügt sein, sie wird sich auch in Zukunft wandeln, wie sie es in der Vergangenheit getan hat. Aber das ist schon wieder ein neues Thema.

Die Konstanz unseres Berufsstandes besteht folglich in der Anerkennung, dass wir nicht dauerhaft die Substanz erhalten können, sondern uns bemühen, die Existenz von Substanz zu verlängern.

Die Konstanz unseres Berufes besteht darin, dass wir Anwalt der Bewahrung der Denkmalqualität in der heutigen Zeit sind. Je nach den spezifischen Bedingungen sind wir damit mehr oder auch weniger erfolgreich. Unsere Vorfahren waren dies übrigens genau so, aber unter anderen – unter ihren damaligen – Bedingungen, mit anderen Wertzuweisungen und Handlungsmustern.

In diesem Sinne müssen wir überhaupt kein schlechtes Gewissen haben!

Und – um das eingangs gefundene Bild wieder aufzunehmen: Wir sollten uns als Bühnen begreifen, über die manche Wellen hinwegrollen. Aber an den Bühnen sind immer genügend Schwimmhilfen – wir müssen sie nur ergreifen – auch wenn wir manchmal zu ertrinken drohen beziehungsweise andere meinen, wir könnten ja gar nicht schwimmen.

## Anmerkungen

- 1 Ausdrücklich möchte ich mich bei meinen Kolleginnen Ruth Klawun und Wera Groß für die Bildbeschaffung bedanken. Der letzte grundlegende Artikel stammt von Peter Boeger: Denkmal mit Streitwert. Zur Geschichte des Panzerdenkmals bei Kleinmachnow, in: Brandenburgische Denkmalpflege Jahrgang 18, 2009, Heft 2, Seite 88–98. Darauf fußt der von Wera Groß verantwortete Text einer kleinen Ausstellung des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam, die dort im „Schaufenster“ im 4. Quartal 2011 zu sehen war. Der Text liegt nicht gedruckt vor, ist aber für meinen Vortrag in weiten und hier gekennzeichneten Passagen mit freundlicher Genehmigung der Autorin verwendet worden.
- 2 Siehe Anmerkung 1, Schaufenster, Tafel 1.
- 3 Peter Böger siehe Anmerkung 1, S. 92.
- 4 Siehe Anmerkung 1, Schaufenster, Tafel 2.
- 5 Peter Böger siehe Anmerkung 1, S. 92, Anm. 23.
- 6 Wie zuvor.
- 7 Siehe Anmerkung 1, Schaufenster, Tafel 3.
- 8 Nach freundlicher Auskunft von Hartmut Dorgerloh, der zum damaligen Zeitpunkt Referatsleiter der obersten Denkmalschutzbehörde im Ministerium für Wissenschaft Forschung und Kultur des Landes Brandenburg war.
- 9 Wie zuvor.
- 10 Wie zuvor.
- 11 Ralph Paschke: Gutachterliche Äußerung zum Denkmalwert, 14.7.1993, Typoskript Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, siehe auch: Ders.: Türme, Mauern, Zäune – Denkmale der Grenzanlagen in Brandenburg, in: Tagung Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Dokumentation der Tagung am 11.–12.5.2009 in der Akademie der Künste (Schriften des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 76/2), Bühö/ Baden 2009, S. 133–140.
- 12 Siehe Anmerkung 1, Schaufenster, Tafel 4.
- 13 An dieser Stelle möchte ich mich bei Sabine Ambrosius von der unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Potsdam für die ausgezeichnete Kooperation bei der Vorbereitung des Vortrages bedanken. Sabine Ambrosius hat einen entscheidenden Anteil an der Umsetzung des denkmalpflegerischen Konzeptes bei der Konservierung des Gefängnisses in der Potsdamer Leistikowstraße für eine Gedenkstätte. Die Details der Sanierung entstammen einem gemeinsamen Vortrag, der nachzulesen ist in: Axel Klausmeier/Günter Schlusche (Hrg.): Denkmalpflege für die Berliner Mauer. Die Konservierung eines unbequemen Bauwerkes. Berlin 2011, S. 100–111. Siehe auch: Sabine Ambrosius und Thomas Drachenberg: Potsdam. Leistikowstraße 1. Das ehemalige Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Spionageabwehr, in: Brandenburgische Denkmalpflege Jahrgang 18, 2009, Heft 1, Seite 39–60.
- 14 GUKR Glavnoe upravlenie voennoj kontrarazvedki, Smerť špionam, Tod den Spionen.
- 15 Sowjetische Besatzungszone in Deutschland.
- 16 Vgl. Anm. 13, Ambrosius/ Drachenberg 2011 S. 103.
- 17 Wie Anm. 13, S. 103/104.
- 18 Wie Anm. 13, S. 107.
- 19 Wie Anm. 18.
- 20 Wie Anm. 13, S. 108.
- 21 Wie Anm. 13, S. 109.

## Abbildungsnachweis

Abb. 1, 3: Heimatverein Zehlendorf, Archivbestand Thielicke; Abb. 2: Landesarchiv Berlin/Bert Saß, F Rep.290, Nr. 0014399; Abb. 4: Bundesarchiv, Ministerratsvorlage über die Verlegung und Neubau des sowjetischen Panzerdenkmals Klein-Machnow, 17.3.1969: VA-07, 8446, Bd. 3, S. 122–130; Abb. 5, 6, 12: Thomas Drachenberg; Abb. 7: Archiv der Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Abb. 8, 9, 11: R. Wunder (BLDAM); Abb. 10: Christoph Gramann.

## Aktionen vor Ort

### 1. Harburger Binnenhafen

Leitung: Dipl.-Ing. Gabriele Bohnsack-Häfner

Der Harburger Binnenhafen, ursprünglich der Gründungsort Hamburgs, jetzt südlichster Ort der Internationalen Bauausstellung (IBA) 2013, durchläuft seit den 1990er Jahren einen tiefgreifenden Strukturwandel von eher stadtfernen schiffahrtsbezogenen und industriellen Nutzungen hin zu einem Standort des Dienstleistungsgewerbes, des Wohnens, der Bildung und der Kultur. So verwandelt sich das Gebiet zum dritten Mal in seiner Geschichte grundlegend. Zurückgehend auf die „Horeburg“ im 12. Jahrhundert und topografisch zurückzuführen auf die Zitadelle der Mitte des 17. Jahrhunderts, birgt der Binnenhafen Denkmalschichten aus über 800 Jahren: Er vereint auf engem Raum traditionelle Straßenzüge mit ihrer Bebauung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, amphibische und industrielle Strukturen aus der Blütezeit von Schiffbau und Seehandel. Das Spektrum der Denkmäler umfasst archäologische Schichten, Strukturen der historischen Topografie und des Städtebaus sowie Baudenkmale von traditionellen Fachwerkbauten bis hin zu innovativ anverwandelten Zeugen der Industriegeschichte. Bei der Steuerung des Strukturwandels entschied man sich nicht für die radikale Baufeldfreimachung, sondern für die Anverwandlung nutzbarer Strukturen für neue Zwecke. Die Denkmalpflege hat sich beharrlich in die Planungsprozesse eingeschaltet, um die nachhaltige Überlieferung des Kulturerbes in diesem komplexen Konversionsprojekt zu sichern.

Rundgang vom heutigen Stadtkern, durch das Binnenhafengebiet, Harburger Schloßstraße, Kanalplatz, Silo am Veritaskai, von dort Blick über das Gebiet und Besprechung, ggf. Kaffee, Fleethaus Schellerdamm, Karnapp und zurück.

### 2. Bauten für das Gesundheitswesen: Allgemeines Krankenhaus Barmbek/Quartier 21

Leitung: Dipl.-Ing. Christoph Bartsch, Alexander Krauß, M.A.

Das in den Jahren 1910–1915 nach Entwürfen des Architekten Ernst Ruppel (Hochbauwesen) in Pavillonbauweise errichtete ehemalige Allgemeine Krankenhaus Barmbek wird heute unter dem Namen „Quartier 21“ unter anderem als Wohn-, Büro- und Einzelhandelsstandort vermarktet. Die aus der Konversion resultierenden Folgen für das aus den Gebäuden und Freiflächen bestehende Denkmalensemble sind erheblich. Schwerpunkt der Diskussion soll der baulich-landschaftsplanerische Umgang sein. Darüber hinaus wird auch die Komplexität des Umnutzungsprozesses mit den vorbereitenden Abstimmungen, begleitenden Verfahren und der Zusammenarbeit mit zahlreichen zum Teil wechselnden Partnern dargestellt werden.

### 3. „Sonne für Wilhelmsburg“ – Aktion Bunker

Leitung: Dipl.-Ing. Katrin Meyer, M.A., Dipl.-Ing. Helga Schmal

Der Bunker Wilhelmsburg ist einer der beiden bedeutenden Flakbunker Hamburgs. Nachdem er jahrzehntelang ungenutzt und im Innern ruinös den Stadtraum prägte, konnte im Rahmen der IBA ein Nutzungskonzept gefunden werden, das derzeit umgesetzt wird. Der nun sogenannte „Energiebunker“ soll zunächst auf der Baustelle besichtigt und anschließend gemeinsam mit der IBA zu Fragen des Erhalts als Ruine, der Indienststellung für neue Technologien und Auswirkungen der Nutzung auf den Denkmalwert diskutiert werden.

### 4. Konversion von Denkmälern der Nachkriegsmoderne am Beispiel der City Nord

Leitung: Dietmar Ridder, M.A.

1959 beschloss der Hamburger Senat die Errichtung eines weitgehend monofunktionalen Bürohauskomplexes außerhalb des Zentrums. Durch zunächst obligatorische Wettbewerbe konnten für einige der Bauvorhaben renommierte Architekten, wie etwa Arne Jacobsen, gewonnen werden. Nicht zuletzt durch klare Vorgaben zur Geschossflächenzahl und zum Anteil der Begrünung an der Gesamtfläche entstand ein Areal mit hohem gestalterischen Anspruch sowohl an die Gebäude als auch an die öffentlichen und privaten Freiflächen. Nicht zu übersehende Leerstände und veränderte Nutzungsansprüche (zum Beispiel Großraumbüro versus Zellenbüro) haben zu einem Veränderungsdruck geführt, dessen Auswirkungen auf die Gebäude und deren Umfeld im Blickpunkt stehen sollen.

### 5. Veränderung von Arealen, die durch Leitbilder der Nachkriegszeit geprägt sind: Ost-West-Straße

Leitung: Dipl.-Ing. Christoph Schwarzkopf

Der Straßendurchbruch – bereits in den 1920er Jahren angedacht – war nach dem Zweiten Weltkrieg keine eigentliche Altstadtzerstörung mehr. Verbliebene Altbauten wurden integriert, es entstand ein Stück „autogerechte Stadt“. Einige der zugehörigen Neubauten, aber auch Rudimente der ehemals kleinparzelligen Blockrandbebauung, deren zugehörige enge Straßenräume der Autoschneise gewichen sind, stehen unter Denkmalschutz. Inzwischen gehen den Bauten, die mit der Straßenanlage entstanden, die zugehörigen Freiflächen verloren. Hat die städtebauliche Denkmalpflege hier noch eine Aufgabe? Hatte sie eine, die bereits verloren ist?

### 6. Umnutzung von Kirchen: Bethlehemkirche, Gnadenkirche, Stephanuskirche

Leitung: Dr. Stefan Kleineschulte, Dr. Ursula Markfort

Am Beispiel dreier Kirchen sollen verschiedene Umnutzungsmodelle diskutiert werden: Die evangelische Bethlehemkirche (1959) dient

nun als Kindertagesstätte in kirchlicher Trägerschaft, die evangelische Gnadenkirche (1907) ist inzwischen als russisch-orthodoxes Gotteshaus dem Heiligen Johannes von Kronstadt geweiht, und die evangelische Stephanuskirche (1912) wird jetzt als Café und Veranstaltungsraum genutzt. Schwerpunkte sollen die Auswirkungen auf den Bestand und die Bedeutung des Denkmals sein.

### **7. Freiräume: Veränderungen in historischen Grünanlagen durch neue Nutzungen**

Leitung: Dr. Jens Beck, Dipl.-Ing. Heino Grunert

Am Beispiel der Großen Wallanlagen und des früheren Ausstellungsgeländes Pflanzen und Blumen können vor Ort verschiedene Aspekte des Themas dargestellt werden. Jede Phase der wechselvollen Geschichte, von den ehemaligen Befestigungswerken über die Umformung zu einer innerstädtischen Parkanlage bis hin zu den Gartenschauen der Nachkriegszeit, hat bedeutende Substanz hinterlassen. Auch jüngste Veränderungen, die vor allem neue Freizeitaktivitäten ermöglichen sollen, werden thematisiert, ebenso die Umnutzung der früheren botanischen Institutsgebäude durch die Bucerius Law School. Am Schluss des Rundgangs soll kurz das Kriegerdenkmal am Dammtor mit dem Gegendenkmal von Alfred Hrdlicka besichtigt werden.

### **8. Veränderte Nutzungsansprüche, energetische Sanierung**

Leitung: Dipl.-Ing. Bendix Bürgener, Dipl.-Ing. Albert Schett

Die in den Jahren 1929–1931 nach Entwürfen der Gebrüder Frank errichteten „Frank’schen Laubenganghäuser“ unterliegen heute einem besonderen Veränderungsdruck. Aufgrund der erhöhten Anforderungen der Energieeinsparverordnung und systemimmanenter Konstruktionsmängel der Backsteingebäude wurden einige der Siedlungsbauten bereits energetisch saniert. Vor Ort sind verschiedene Sanierungsvarianten zu betrachten, darunter auch die Errichtung einer Vorsatzschale aus Klinkern in der Schlettstadter Straße. Es ist zu diskutieren, wie der Erhalt der Denkmalsubstanz und die Ziele der Energieeinsparung harmonisiert werden können. Der ausführende Architekt wird die besonderen baukonstruktiven Anforderungen bei der energetischen Ertüchtigung am Objekt schildern.

## Programm

**Sonntag, 10. Juni 2012**

**80. Tag für Denkmalpflege**

**Die Stadt im Wandel – Das Denkmal als Konstante?**

Ort: Handwerkskammer

13.00–18.00 Uhr

### Begrüßung

Hjalmar Stemmann, MdHB

Vizepräsident der Handwerkskammer Hamburg

Dr. Nikolas Hill

Staatsrat der Kulturbehörde Hamburg

Prof. Dr. Gerd Weiß

Vorsitzender der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland

### Plenumsvorträge

Dipl.-Ing. Frank Pieter Hesse, Kulturbehörde Hamburg, Leiter des Denkmalschutzamtes

*Die Stadt im Wandel – Das Denkmal als Konstante?*

Irina von Jagow, Stiftung Denkmalpflege Hamburg

*Fortnutzung, Umnutzung, neue Nutzung – wie die Stiftung Denkmalpflege Hamburg Denkmaleigentümer unterstützt*

Dipl.-Ing. Christoph Schwarzkopf, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt

*Stadtbild, Wiederaufbau, Denkmalpflege in Hamburg im 20. Jahrhundert*

### Rundgänge

1. Rathaus (ausgefallen d. Red)

2. Gängeviertel

Leitung: Dipl.-Ing. Kristina Sassenscheidt, Dipl.-Ing. Christoph Schwarzkopf

3. St.-Katharinen-Kirche

Leitung: Dr. Stefan Kleineschulte, Dr. Ursula Markfort

4. Kontorhausviertel

Leitung: Dr. Agnes Seemann

5. Speicherstadt

Leitung: Dr. Christine Onnen

6. Brahmskontor, Unilever-Haus

Leitung: Alexander Krauß, M.A., Prof. Dipl.-Ing. Anna Katharina Zülch

7. Wallanlagen, Pflanzen und Blumen

Leitung: Dr. Jens Beck

8. Rindermarkthalle, Schiller-Oper

Leitung: Dipl.-Ing. Frank Pieter Hesse

**Montag, 11. Juni 2012**

**Fachtagung Konversionen: Denkmal – Werte – Wandel**

Ort: Handwerkskammer

13.00–18.00 Uhr

### Eröffnung und Plenum

#### Begrüßung

Prof. Dr. Gerd Weiß

Vorsitzender der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland

Hans Heinrich Bethge

Amtsleiter der Kulturbehörde Hamburg

Dipl.-Ing. Frank Pieter Hesse

Kulturbehörde Hamburg, Leiter des Denkmalschutzamtes

Einführung in das Tagungsthema

#### Plenumsvorträge

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität Weimar  
*Konversion als denkmalpflegerische Strategie?*

Dr. Ulrike Plate, Regierungspräsidium Stuttgart, Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg

*Was macht das Denkmal zum Denkmal – Denkmalbegründungen als Grundlage für eine erfolgreiche Konversion*

Philippe Hertel, Conservation régionale des monuments historiques, Montpellier

*Umnutzungen in Frankreich gestern und heute*

Dr. Barbara Neubauer, Präsidentin des Bundesdenkmalamtes Österreich

*Denkmalpflege im Umbruch – die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*

18.00–19.00 Uhr VDL Mitgliederversammlung

19.30 Uhr Orgelkonzert und abendliches Beisammensein in St. Jakobi

**Dienstag, 12. Juni 2012**

**Aktionen vor Ort**

9.00–12.00 Uhr

1. Harburger Binnenhafen

Leitung: Dipl.-Ing. Gabriele Bohnsack-Häfner

2. Bauten für das Gesundheitswesen: Allgemeines Krankenhaus Barmbek/Quartier 21

Leitung: Dipl.-Ing. Christoph Bartsch, Alexander Krauß, M.A.

3. „Sonne für Wilhelmsburg“ – Aktion Bunker

Leitung: Dipl.-Ing. Katrin Meyer, M.A., Dipl.-Ing. Helga Schmal

4. Konversion von Denkmälern der Nachkriegsmoderne am Beispiel der City Nord

Leitung: Dietmar Ridder, M.A.

5. Veränderung von Arealen, die durch Leitbilder der Nachkriegszeit geprägt sind: Ost-West-Straße

Leitung: Dipl.-Ing. Christoph Schwarzkopf

6. Umnutzung von Kirchen: Bethlehemkirche, Gnadenkirche, Stephanuskirche

Leitung: Dr. Stefan Kleineschulte, Dr. Ursula Markfort

7. Freiräume: Veränderungen in historischen Grünanlagen durch neue Nutzungen

Leitung: Dr. Jens Beck, Dipl.-Ing. Heino Grunert

8. Veränderte Nutzungsansprüche, energetische Sanierung

Leitung: Dipl.-Ing. Bendix Bürgener, Dipl.-Ing. Albert Schett

9. Das Denkmal als Ressource für Vielfalt und Identität – Wertverschiebungen zu einer neuen Kultur des Bewahrens? = Sektion VI (ganztägig) Siehe hierzu unten Programm zu Sektion VI.

**Sektionen**

14.00–18.00 Uhr

**Sektion I: Industrie – Verkehr – Handel**

Ort: Handelskammer Hamburg

Moderation: Axel Föhl, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

**Vorträge**

Dipl.-Phil. Christina Czymay, Landesdenkmalamt Berlin  
*Zentralflughafen Berlin-Tempelhof*

Dr. Kerstin Walter, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland/  
Abtei Brauweiler

*Vom Thyssen-Hüttenwerk zum Landschaftspark Duisburg-Nord – die von Latz + Partner gestaltete Industriefolgelandschaft aus Sicht der Gartendenkmalpflege*

Dr. Christoph Uricher, Bauordnungsamt/Untere Denkmal-  
schutzbehörde Nordhorn

*Textilfabriken in „Klein-Amerika“ einst und jetzt. Zur Konversion von Industriebrachen in Nordhorn (Niedersachsen)*

Prof. Dr. Georg Skalecki, Landesamt für Denkmalpflege Bremen

*Kaffee war gestern: Konversion von Hafens- und Industriebauten in Bremen und Bremerhaven*

Dipl.-Ing. Gabriele Bohnsack-Häfner, Dr. Christine Onnen, beide  
Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt

*Welthafen Hamburg – drei Strategien*

**Sektion II: „Nach dem Zapfenstreich“ – die Konversion von  
Militäranlagen**

Ort: Handwerkskammer

Moderation: Dipl.-Ing. Christoph Bartsch, Dipl.-Ing. Katrin Meyer, M.A., beide Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt

**Vorträge**

Dr. Ulrich Kerkhoff, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesdenkmalpflege

*Operation gelungen – Patient tot. Konversionen und/oder Denkmalpflege*

Dr. Georg Frank, Brandenburgisches Landesamt für Denkmal-  
pflege und Archäologisches Landesmuseum

*Die Heeresversuchsstelle Kummersdorf – ein wenig bekannter Ort der europäischen Militärgeschichte*

Dr. Matthias Baxmann, Brandenburgisches Landesamt für  
Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

*Lausitzflugplatz Finsterwalde/Schacksdorf – eine gelungene  
Konversion?*

Dipl.-Ing. Christian Hoebel, Landschaftsverband Westfalen-Lippe –  
Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen  
*Das Luftwaffenbekleidungsamt in Bielefeld. Konversion in drei  
Schritten*

Alexander Krauß, M.A., Kulturbehörde Hamburg, Denkmal-  
schutzamt

*Umnutzung von Militärbauten in Hamburg*

**Sektion III: Handlungszwänge und Handlungsmöglichkeiten  
im Spannungsfeld von Denkmalschutz und Klimaschutz**

Ort: Handwerkskammer

Moderation: Dipl.-Ing. Peter-M. Friemert, ZEBAU GmbH

## **Vorträge**

Dr.-Ing. Roswitha Kaiser, Landesdenkmalamt Hessen  
*Impulse der Denkmalpflege für nachhaltigen Klimaschutz!*

Prof. Hans-Günther Burkhardt, Fritz-Schumacher-Gesellschaft  
Hamburg

*Von der norddeutschen Backsteinkultur zur gedämmten Scheinkultur oder Wie die norddeutschen Wohnreformsiedlungen der Weimarer Republik zum dritten Mal zerstört werden*

Dipl.-Ing. Michael Rink, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

*Handlungsempfehlung zur Erhaltung der Backsteinstadt Hamburg*

Dipl.-Ing. Werner Kaul, Technische Universität Hamburg-Hamburg

*Anmerkungen zur hygrothermischen Beurteilung denkmalgeschützter Mauerwerksfassaden*

Dipl.-Ing. Christoph Schwan, Dipl.-Ing. Wolfram Spehr, Architekturbüro Schwan & Spehr, Berlin

*Wandflächentemperierung – die konstruktiv-energetische Wandheizungstechnik zur Vermeidung von Außendämmung an Baudenkmalern*

## **Sektion IV: Historische Grünanlagen und Freiräume**

Ort: Handwerkskammer

Moderation: Dr. Jens Beck, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt und Dipl.-Ing. Heino Grunert, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

## **Vorträge**

Prof. Dr. Erika Schmidt, Technische Universität Dresden  
*Anpassung, Metamorphose, Verschwinden? – Bedeutungswandel, Bedeutungszuwachs oder Bedeutungsverlust infolge von Umwidmung bei Gartendenkmalen*

Dipl.-Ing. Volker Gehring, Hannover

*Vom Friedhof zur öffentlichen Parkanlage – zwei Beispiele aus Osnabrück*

Dipl.-Ing. Heino Grunert, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

*Schicht für Schicht – die Geschichte der Hamburger Wallanlagen*

Dr. Jens Beck, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt  
*Stück für Stück – die Entwicklung des Niendorfer Geheges*

Dr.-Ing. Sylvia Butenschön, Technische Universität Berlin  
*„Die schönste Kaserne der Welt“ – über 50 Jahre militärische Nutzung des früheren Olympischen Dorfs Berlin-Elstal*

Dipl.-Ing. Klaus Lingenauber, Landesdenkmalamt Berlin  
*Umgang mit historischen Krankenhausanlagen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts in Berlin – Nutzungskontinuität oder Umnutzung, welche Strategie bietet bessere gartendenkmalpflegerische Perspektiven?*

## **Sektion V: Nachkriegsmoderne – Freiräume – Verdichtung**

Ort: Handwerkskammer

Moderation: Dr. Stefan Kleineschulte, Dipl.-Ing. Christoph Schwarzkopf, beide Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt

## **Vorträge**

Dr. Simone Meyder, Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 86 – Denkmalpflege

*Verdichtete Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre*

Dr.-Ing. Bettina Heine-Hippler, Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

*Borken – Verdichtung im Stadtraum der 1950er Jahre*

Alexander Krauß, M.A., Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt

*Aufstieg und Fall der Stadtpromenade in Cottbus*

Dr. Clemens Kieser, Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 26 – Denkmalpflege

*Nachkriegsmoderne in der alten Stadt – Verdichtung oder Vernichtung?*

Dr.-Ing. Matthias Lerm, Stadtverwaltung Jena, Dezernat Stadtentwicklung

*Freianlagengestaltungen in der früheren DDR im Spannungsverhältnis zu aktuellen städtebaulichen Leitvorstellungen*

## **Sektion VI: Das Denkmal als Ressource für Vielfalt und Identität – Wert-Verschiebungen zu einer neuen Kultur des Bewahrens?**

Ort: Centro Sociale, bereits ab 9 Uhr

Moderation: Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität Weimar, Dr. Biagia Bongiorno, Dr. Sabine Schulte, Kulturbehörde Hamburg, beide Denkmalschutzamt

## **Begrüßung**

Tina Fritsche, M.A., Centro Sociale, Hamburg

*Ein Wort zum Tagungsort*

Dr. Sabine Schulte, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt  
*Einführung: Zukunftsfähig durch Vielfalt – Leistungsvermögen und Sinnpotenziale von Denkmalen*



Prof. Dr.-Ing. Jörg Schulze, Stellv. Leiter des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege a.D.

*Sein oder Schein – Denkmalpflege als Inszenierung?*

Dr. Arnold Bartetzky, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Universität Leipzig  
*Im Land der Dichter und Dämmer: Ökologie als Denkmalkiller?*

Diskussion

Prof. Dr. Winfried Speitkamp, Universität Kassel  
*Werte verwalten: Geschichtspolitik, Denkmalpflege und Identitätspflege nach 1989*

PD Dr. Joachim Fischer, Technische Universität Dresden (ausgefallen, d. Red.)  
*Denkmalschutz – Welche Interpretamente bietet die (Architektur-)Soziologie?*

Arne Dreißigacker  
*Denkmalpflege – Eine soziologische Annäherung*

Diskussion

Christoph Twickel, Journalist und Autor, Hamburg  
*Werte und Wandel: Was Gentrifizierung, Denkmalschutz und die „Recht auf Stadt“-Bewegung miteinander zu tun haben*

Dr. Biagia Bongiorno, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt  
*Bevölkerungswandel und Wertewandel – städtischer Pluralität Rechnung tragen*

Prof. Dr. Gabi Dolff-Bonekämper, Technische Universität Berlin  
*Die Denkmale der Anderen. Eigenes und fremdes Erbe in Europa*

Anna Menny, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München  
*Migration und Geschichtsarbeit im Stadtteil: Spanien in Eimsbüttel – Erinnerungsorte spanischer Migranten in Hamburg*

Diskussion

Dr. Jörg Biesler, Westdeutscher Rundfunk Köln  
*Und wir erhalten es doch – Kunstaktionen als wirksame Mittel der Öffentlichkeitsmobilisierung*

Dipl.-Ing. Birgit Karger, M.Sc., Dipl.-Ing. Kristina Sassenscheidt, beide Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt  
*Werte darstellen – Denkmalpflege und Öffentlichkeit*

Dipl.-Pol. Christian Arns, Leiter der Deutschen Presseakademie, Berlin  
*Das Denkmal als Produkt – konstruktive Anregungen zur Kommunikation*

## **Empfang des Senats, Rathaus**

20.00 Uhr

## **Begrüßung**

Prof. Barbara Kisseler  
Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg

Prof. Dr. Gerd Weiß  
Vorsitzender der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland

## **Mittwoch, 13. Juni 2012**

### **Plenumsvorträge, Abschlussdiskussion**

9.00–13.00 Uhr

Dr. Dorothee Boesler, Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen  
*Wertewandel und Denkmalpflege*

Dr.-Ing. Henriette von Preuschen, Regierungspräsidium Freiburg, Referat 26 – Denkmalpflege  
*Umnutzung von Kirchen in der DDR*

Dipl.-Ing. Christoph Schwarzkopf, Kulturbehörde Hamburg, Denkmalschutzamt  
*„Hier ist des Volkes wahrer Himmel“ – das ehemalige Gauforum Weimar*

Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor Hamburg  
*Zeitschichten im Städtebau – was kann erhalten, was darf entwickelt werden*

Dr. Thomas Drachenberg, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
*Konversion statt Konservieren? Der Versuch einer Klärung, ob die aktuelle Denkmalpflege ein schlechtes Gewissen haben muss*

### **Exkursion - Hafentrifft**

13.00–18.45 Uhr

Leitung: Christoph Schwarzkopf

1. Teil: Landungsbrücken – Steinwerder Hafen – Bremer Kai – Besichtigung 50er Schuppen (Stiftung Hamburg Maritim) – Moldauhafen – Müggenburger Zollhafen – Peutekanal – Landungsbrücken
2. Teil: Landungsbrücken – Roßhafen – Köhlbrand – Waltershofer Hafen – Landungsbrücken

### **Ausklang, 19.00 Uhr**

Restaurant Fischkajüte, St. Pauli Landungsbrücken

## Teilnehmer

- Benita Albrecht, Landeshauptstadt Hannover, Denkmalschutzamt
- Jens Amelung, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern
- Michael Antonakis, Denkmalschutzamt Hamburg
- Christian Arns, Deutsche Presseakademie, Berlin
- Dr. Arnold Bartetzky, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Universität Leipzig
- Helmuth Barth, Verein Freunde der Denkmalpflege e.V., Hamburg
- Albrecht Barthel, Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein
- Katrin Barthmann, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
- Christoph Bartsch, Denkmalschutzamt Hamburg
- Horst von Bassewitz, B&Z Architekten
- Prof. Dr. Josef Baulig, Landesdenkmalamt Saarland
- Dr. Matthias Baxmann, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
- Stefan Beate, Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kultur und Denkmalschutz
- Dr. Jens Beck, Denkmalschutzamt Hamburg
- Martin Bredenbeck, Bund Heimat und Umwelt
- Suleika Behan, Institut für Konservierung und Restaurierung, Fulda
- Gerd Belk, Institut für Konservierung und Restaurierung, Fulda
- Dr. Katharina Benak, Landesamt für Denkmalpflege Hessen
- Dr. Jörg Biesler, Westdeutscher Rundfunk Köln
- Dr. Udo F.-W. Bode, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
- Dr. Dorothee Boesler, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
- Ulrich Boeyng, Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat Denkmalpflege
- Gabriele Bohnsack-Häfner, Denkmalschutzamt Hamburg
- Dr. Biagia Bongiorno, Denkmalschutzamt Hamburg
- Anne Bonnermann, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
- Dr. Anke Borgmeyer, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, München
- Wenzel Bratner, Landesamt für Denkmalpflege Hessen
- Birgit Breloh, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
- Silvia Britz, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
- Ansgar Brockmann, Landesamt für Denkmalpflege Hessen
- Dr. Marie-Luise Buchinger, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
- Dr. Bernhard Buchstab, Landesamt für Denkmalpflege Hessen
- Jorinde Bugenhagen, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
- Bendix Bürgener, Denkmalschutzamt Hamburg
- Prof. Hans-Günther Burkhardt, Fritz-Schumacher-Gesellschaft Hamburg
- Dr. Sylvia Butenschön, Technische Universität Berlin
- Dr. Marcus Cante, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
- Dr. Katharina Corsepius, Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.
- Dr. Folkhard Cremer, Regierungspräsidium Freiburg
- Rocco Curti, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
- Mariusz Czuba, National Heritage Board of Poland, Warszawa
- Christina Czymay, Landesdenkmalamt Berlin
- Dr. Nicola Damrich, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
- Peter Dietz, Sächsische Schlösser
- Anika Döll, Landesamt für Denkmalpflege Hessen
- Prof. Dr. Gabi Dolf-Bonekämper, Technische Universität Berlin
- Michael Doose, Denkmalschutzamt Hamburg
- Dr. Thomas Drachenberg, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
- Wiebke Dreessen, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
- Arne Dreißigacker, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Petra Eggert, Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kultur und Denkmalschutz
- Sigrid Engelmann, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Reinhold Ernesti, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Dr. Bernd Euler, Bundesdenkmalamt Österreich, Wien

Dr. Claudia Euskirchen, Stadt Duisburg, Untere Denkmalbehörde

Dr. Annette Faber, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Alexandra Fink, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Angelika Fischer-Menshausen, Restauratorin, Hamburg

Axel Föhl, Düsseldorf

Dr. Georg Frank, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Peter-M. Friemert, Zebau GmbH, Hamburg

Tina Fritsche, Centro Sociale, Hamburg

Dr. Markus Fritz-von Preuschen, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Bernhard Furrer, Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege, Bern

Volker Gehring, Hannover

Dr. Angelika Geiger, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Joachim Glatz, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Dr. Bettina Gnekow, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Michael Goer, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart

Martina Goerlich, Regierungspräsidium Tübingen, Referat Denkmalpflege

Wolfgang Karl Göhner, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Antje Graumann, Landesdenkmalamt Berlin

Dr. David Gropp, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Dr. Wera Gross, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Heino Grunert, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg

Ina Gutzeit, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Sabine Guzowski, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

Prof. Valentin Hammerschmidt, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden

Jessica Hänsel, Landesdenkmalamt Berlin

Dr. Astrid Hansen, Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein

Dr. Markus Harzenetter, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Sybille Haseley, Landesdenkmalamt Berlin

Prof. Dr. Jörg Haspel, Landesdenkmalamt Berlin

Dr. Hans-Joachim Hassengier, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Ruth Hauer, Denkmalschutzamt Hamburg

Romaine Heinrich, Denkmalschutzamt Hamburg

Dr. Dorothee Heinzelmann, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Karlheinz Hemmeter, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Bettina Heine-Hippler, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Anne Herden-Hubertus, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Philippe Hertel, Direction régionale des Affaires culturelles, Montpellier

Beata Hertlein, Regierungspräsidium Tübingen, Referat Denkmalpflege

Frank Pieter Hesse, Denkmalschutzamt Hamburg

---

Dr. Christoph Heuter, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Gregor Hitzfeld, Landesdenkmalamt Berlin

Christian Hoebel, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Thomas Hohn, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dorothee Honekamp-Könemann, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Ulrich Hübner, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen

Ulrike Hübner-Grötzsch, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen

Dr. Irmgard Hunecke, Hansestadt Lübeck

Dr. Michael Huyer, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Irina von Jagow, Stiftung Denkmalpflege Hamburg

Dr. Elke Janßen-Schnabel, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Diana Joneitis, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

Dr. Dirk Jonkanski, Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein, Kiel

Monika Kahl, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

Dr. Roswitha Kaiser, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Maria Kampshoff, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Prof. Dr. Detlef Karg, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Birgit Karger, Denkmalschutzamt Hamburg

Werner Kaul, Technische Universität Hamburg-Harburg, Institut für Angewandte Bautechnik

Christine Kenner, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Dr. Ulrich Kerckhoff, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Dr. Clemens Kieser, Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat Denkmalpflege

Dr. Marco Kieser, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Martin Kinzinger, Denkmalschutzamt Hamburg

Dr. Rolf Kirsch, Landesamt für Denkmalpflege Bremen

Falk Kivelip, BFW Bundesverband freier Immobilien und Wohnungsunternehmen e.V.

Dr. Ruth Klawun, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Dr. Stefan Kleineschulte, Denkmalschutzamt Hamburg

Dr. Detlef Knipping, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Helmut Köhren-Jansen, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Waltraud Kofler-Engl, Amt für Bau- und Kunstdenkmäler Bozen/Italien

Dr. Günter Kolb, Regierungspräsidium Tübingen, Referat Denkmalpflege

Grit Koltermann, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart

Julia Kolloosche-Baumann, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Burkhard Körner, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Alexander Krauß, Denkmalschutzamt Hamburg

Dieter Krienke, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Katinka Krug, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Dr. Gundula Lang, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Christian Leonhardt, Verband der Restauratoren

Dr. Matthias Lerm, Stadtverwaltung Jena

Klaus Lingenauber, Landesdenkmalamt Berlin

Monika Loddenkemper, Regierungspräsidium Freiburg, Referat Denkmalpflege

Uta Lohse, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen	Dr. Barbara Neubauer, Bundesdenkmalamt Österreich, Wien
Katharina Maaser, Landesamt für Denkmalpflege Hessen	Thomas Noack, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen
Christiane Maier, Verband der Restauratoren	Ines Oberhollenzer, TU Berlin, Institut für Architektur
Heike Manns, Denkmalschutzamt Hamburg	Astrid Obermann, Landesamt für Denkmalpflege Hessen
Dr. Ursula Markfort, Denkmalschutzamt Hamburg	Detlev von Olk, KVO Büro für Bauforschung
Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität Weimar	Sonja Olschner, Landeshauptstadt Hannover, Stadtdenkmalpflege
Marina Meincke-Flossfeder, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt	Dr. Christine Onnen, Denkmalschutzamt Hamburg
Mechthild Mennebröcker, Stadt Münster, Städtische Denkmalbehörde	Dr. Michael Paarmann, Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein
Anna Menny, M.A.	Dr. Barbara Pankoke, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
Andreas Menradt, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart	Anton Pärn, Estnisches Kulturministerium, Tallinn
Dr. Holger Mertens, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen	Dr. Ralph Paschke, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Nils-Albrecht Metzler, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie	Lorena Pethig, Landesamt für Denkmalpflege Hessen
Dr. Simone Meyder, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart	Dr. Ulrike Plate, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
Katrin Meyer, Denkmalschutzamt Hamburg	Dr. Irene Plein, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart
Dr. Margita Meyer, Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein	Gabriele Podschadli, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
Dr. Oliver Meys, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland	Jan Prahm, Denkmalschutzamt Hamburg
Frauke Michler, Universität Kassel	Dr. Karsten Preßler, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart
Ute Militzer-Krieger, Denkmalschutzamt Hamburg	Dr. Henriette von Preuschen, Regierungspräsidium Freiburg, Referat Denkmalpflege
Christian Misch, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie	Dr. Andrea Pufke, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland
Elena Mittelfarwick genannt Osthues, Landesamt für Denkmalpflege Hessen	Josefine Puppe, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
Jutta Mößer, Landesamt für Denkmalpflege Hessen	Dr. Klaus Püttmann, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
Christiane Müller, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege	Holger Reinhardt, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege
Michael Müller, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen	Sebastian Reipsch, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege

---

Dietmar Ridder, Denkmalschutzamt Hamburg

Michael Rink, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg

Friedrich Roskamp, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Bernhard Rothlübbers, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Elisabeth Rüber-Schütte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Ursula Rückgauer, Landratsamt Ravensburg

Birthe Rüdiger, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt Hamburg

Dr. Kathrin Schade, Berlin

Uta Schaub, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Dr. Franz-Georg Scheffczyk, Stadtbauamt Neckargemünd

Corinna Scherf, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Albert Schett, Denkmalschutzamt Hamburg

Roswitha Schick, BFW Bundesverband freier Immobilien und Wohnungsunternehmen e.V.

Hermann Schiefer, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Luise Schier, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Dr. Jan Schirmer, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern

Helga Schmal, Denkmalschutzamt Hamburg

Christian Schmidt, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Prof. Dr. Erika Schmidt, Technische Universität Dresden, Institut für Landschaftsarchitektur

Joachim Schmidt, Landeshauptstadt Schwerin

Marie Schneider, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart

Sabine Schöfbeck, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern

Saskia Schöfer, LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Susanne Schöss, Landesamt für Denkmalpflege Bremen

Kristin Schubert, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Dr. Sabine Schulte, Denkmalschutzamt Hamburg

Dr. Heiko Schulze, Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Jörg Schulze, Bonn

Uwe Schwartz, Landesamt für Denkmalpflege Bremen

Ulrike Schwarz, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Christoph Schwarzkopf, Denkmalschutzamt Hamburg

Dr. Angelika Schyma, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Agnes Seemann, Denkmalschutzamt Hamburg

Susann Seyfert, Regierungspräsidium Tübingen

Stephanie Silligmann, Freiberuflerin

Prof. Dr. Georg Skalecki, Landesamt für Denkmalpflege Bremen

Johanne Speck, Denkmalschutzamt Hamburg

Wolfram Spehr, Schwan & Spehr, Architekten

Prof. Dr. Winfried Speitkamp, Universität Kassel

Dr. Erwin Stadlbauer, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Christian Steinmeier, Landesdenkmalamt Berlin

Dr. Bernhard Sterra, Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kultur und Denkmalschutz

Andrea Steudle, Regierungspräsidium Tübingen, Referat Denkmalpflege

Dr. Heribert Sutter, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

Dr. Ulrike Weber, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Dr. Ludger Sutthoff, LVR Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Markus Weis, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Christina Teufer, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Prof. Dr. Gerd Weiß, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Susanne Thiele, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Thomas Wenderoth, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Christoph Twickel, Hamburg

Dr. Ulrike Wendland, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Dr. Christoph Uricher, Bauordnungsamt/Untere Denkmalschutzbehörde Nordhorn

Moritz Wild, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Jennifer Verhoeven, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Dr. Johannes Wilhelm, Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat Denkmalpflege

Dr. Bernd Vollmar, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Klaus Winands, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern

Axel Vos, Landesamt für Denkmalpflege Bremen

Prof. Dr. Claus Wolf, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart

Uwe Wagner, Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

Prof. Dr. Peer Zietz, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Heinrich Walgern, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Dagmar Zimdars, Regierungspräsidium Freiburg, Referat Denkmalpflege

Prof. Jörn Walter, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg

Dr. Reiner Zittlau, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Kerstin Walter, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Hon.-Prof. Anna Katharina Zülch, B&Z Architekten

Roland Wanninger, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

**Impressum**

Originalausgabe

© 2014, Verlag Hanseatischer Merkur, Hamburg

Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg Nr. 28

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde,

Denkmalschutzamt

ISBN: 978-3-922857-64-8

Redaktion:

Rita Clasen, Christoph Schwarzkopf

Layout: Bernd Marzi

Titelgestaltung: Martin Kinzinger

Druck: fgb freiburger graphische betriebe, Freiburg

Die Verantwortung für die Darlegungen liegt bei den Autoren und stellt nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.